

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Günter Buchstab, Hans-Otto Kleinmann
und Hanns Jürgen Küsters

17. Jahrgang
2010



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

17. Jahrgang 2010

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Günter Buchstab, Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

und Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters

Redaktion: Dr. Wolfgang Tischner

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel 02241 / 246 2240

Fax 02241 / 246 2669

e-mail: zentrale-wd@kas.de

Internet: www.kas.de

© 2010 by Böhlau Verlag GmbH & Cie., Köln Weimar Wien

Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, info@boehlau.de www.boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Satzpunkt Ursula Ewert GmbH, Bayreuth

Druck: MVR-Druck GmbH, Brühl

ISSN: 0943-691X

ISBN: 978-3-412-20515-7

Erscheinungsweise: jährlich

Preise: € 19,50 [D] / € 20,10 [A]

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Böhlau Verlag unter:

vertrieb@boehlau.de, Tel. +49 221 91390-0, Fax +49 221 91390-11

Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

Inhalt

AUFSÄTZE

<i>Winfried Becker</i>	1
Die Überwindung des Vielparteienstaates. Vom Weimarer zum Bonner Modell	
<i>Jörg-Dieter Gauger</i>	25
„Bildung“ in den Grundsatzklärungen der Parteien im Deutschen Bundestag	
<i>Christoph Kösters</i>	55
Revolution, Wiedervereinigung und katholische Kirche 1989/90	
<i>Heinrich Küppers</i>	113
Machtkampf oder mehr? Ein Beitrag zu den schwierigen Anfängen der CSU bis zum Jahre 1949	
<i>Erik Lommatzsch</i>	149
Hans Globkes Verhältnis zu Ludwig Erhard	
<i>Stephen Schröder</i>	175
Dr. Paul Franken (1903–1984): Ein katholischer Akademiker in den rheinischen Widerstandskreisen	
<i>Rudolf Uertz</i>	205
Das „C“ in der Programmatik der CDU	

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

X. Reformimpulse in den 1990er Jahren

<i>Hanns Jürgen Küsters</i>	233
Einführung	
<i>Rudolf Seiters</i>	239
Die Ausreise der Botschaftsflüchtlinge aus Prag und Warschau	

<i>Hans-Peter Schwarz</i>	247
Reformimpulse in den neunziger Jahren oder: Der Reformier Helmut Kohl. Beobachtungen und Fragen	

MISZELLE

Rudolf Morsey	269
Auswirkungen der Zensurpolitik in der US-Besatzungszone	

AUS DEM ACDP

<i>Christopher Beckmann</i>	279
„Vor die staatspolitische Entscheidung gestellt ...“: Briefe Ludwig Erhards an führende FDP-Politiker im Vorfeld der Bundestagswahl 1949	

LITERATURBERICHT

<i>Hans-Otto Kleinmann</i>	293
Die Ära Kohl – Ein Literaturbericht. Zweiter Teil B: Monographisches zu einzelnen Politikfeldern	

NEUERSCHEINUNGEN zur Christlichen Demokratie	369
--	-----

Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen	385
---	-----

Mitarbeiter dieses Bandes	395
-------------------------------------	-----

AUFSÄTZE

Die Überwindung des Vielparteienstaates. Vom Weimarer zum Bonner Modell*

Von Winfried Becker

Die Bundesrepublik Deutschland lässt sich als die erste vom Erfolg begünstigte Parteiendemokratie der deutschen Geschichte bezeichnen. Umso erstaunlicher mutet an, dass ihr erster und bisher wohl bedeutendster Bundespräsident, Theodor Heuss, in seiner Rede zum Amtsantritt 1949 die tragende Rolle der Parteien für den Staat nicht explizit erwähnte, sondern sich nur auf die Ideen Friedrich Naumanns berief: Diesem Gründungsvater des modernen Liberalismus verdanke er die Einsicht, dass die Demokratie und die Freiheit „lebensgestaltende Werte“ seien und „daß die Nation nur leben kann, wenn sie von der Liebe der Massen des Volkes getragen ist.“¹ Mit dieser Vorenthaltung eines ‚Masterplans‘ für den Aufbau eines demokratischen Parteienstaats übte sich der neue Bundespräsident wohl weniger in der eigenen Reserve gegenüber den demokratischen Parteien. Er dürfte vielmehr Rücksicht auf die in der Bevölkerung noch verbreitete Ablehnung der Parteien genommen haben. Die Parteiendemokratie von Weimar war gescheitert, der Begriff der Partei war zusätzlich dadurch diskreditiert, dass der Nationalsozialismus ihn monopolisiert und missbraucht hatte.

Wenn man einige gängige Definitionen zu Hilfe nimmt, sind demokratische Parteien durch vier Merkmale charakterisiert: 1) Partei, von lateinisch *pars*, Teil eines Ganzen, bedeutet, dass sich Menschen mit ähnlichen oder gleichen politischen Überzeugungen vereinigen und insofern vom Ganzen absondern, bis hin zur Verfolgung allein ihrer eigenen Interessen. 2) Parteien vertreten gleichwohl Ziele, die sich auf das Ganze der Gemeinschaft beziehen, der sie angehören; auch wenn sie zunächst eigene Interessen verwirklichen wollen, tun sie dies zur Förderung des Gemeinwohls, etwa durch das Eingehen von Partei-Koalitionen. 3) Parteien wollen ihre Ziele im Staat durchsetzen und darum die politische Führung erobern und möglichst nach ihren Vorstellungen

* Ausarbeitung des am 13.11.2009 auf dem Kongress „L’Europa di De Gasperi e Adenauer. La sfida della ricostruzione (1945–1951)“ im Italienisch-Deutschen Historischen Institut (Fondazione Bruno Kessler) in Trient gehaltenen Vortrags. Die italienische Fassung erscheint in der Publikation der Kongress-Vorträge.

1 Rede von Heuss im Plenarsaal des Deutschen Bundestages am 12.9.1949. Zitiert nach: Jürgen WEBER, *Die Bundesrepublik nimmt Gestalt an. Koalitionsfrage und Regierungsbildung*, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.), *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 3, *Die Gründung des neuen Staates 1949*, München 1983, S. 167–198, S. 192f.

gestalten. 4) Parteien betrachten sich als Gleiche unter Gleichen, erkennen eine demokratische Verfassung oder Grundordnung an und verzichten darum darauf, ihresgleichen diktatorisch zu beherrschen oder zu unterdrücken.² Den erstrebten Aktionsradius können sie erreichen, wenn sie ins Parlament einziehen und die dafür notwendige Unterstützung durch den Wähler gewinnen.

Wirft man unter diesen Vorgaben einen kurzen Blick auf die Parteienlandschaft vor 1945, so fallen einige besondere Merkmale der deutschen Parteigeschichte ins Auge. Die deutschen Parteien organisierten sich trotz der monarchischen Struktur der deutschen Staaten. Sie bildeten erstmals Fraktionen in der Frankfurter Nationalversammlung von 1848. Später spiegelten sie deutlicher die politischen Meinungen und Tendenzen, die während des 19. Jahrhunderts im deutschen Staatsgefüge aufkamen und die als Elemente von dessen innerer Modernisierung angesehen werden dürfen. Vom Beginn des Kaiserreiches bis zum Ende der Weimarer Republik herrschte idealtypisch ein Vier-Parteien-Modell vor, das weithin weltanschaulich fundiert war: 1) die konservativen, nach 1918 die deutschnationalen Parteien, 2) die national- oder rechtsliberalen und die linksliberalen Parteien, 3) die katholische Deutsche Zentrumspartei (auch: Verfassungspartei), 4) die sozialistischen Arbeiterparteien, ab 1890 vertreten durch die jetzt erst so genannte Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD); von dieser spalteten sich 1915–1917 die Unabhängigen Sozialisten (USPD) ab.³ Obwohl alle Parteien stark auf ihr Eigenleben und Milieu konzentriert waren und sich daraus eine gewisse Isolierung voneinander und zahlreiche Differenzen ergaben, war am Ende des Kaiserreichs die Trennlinie zwischen den Sozialdemokraten und den „bürgerlichen“ Parteien am schärfsten ausgeprägt.

Die deutschen Parteien hatten zwar im Kaiserreich keine Regierungserfahrung sammeln können, traten 1918/19 aber wegen der 1917/18 sich abzeichnenden Parlamentarisierung nicht gänzlich unvorbereitet in den demokratischen Staat ein. Außerdem war die Weimarer Republik durchgängig mit schweren innen- und außenpolitischen Krisen belastet. Dies begünstigte in Verbindung mit dem neu eingeführten Verhältniswahlrecht die Aufsplitterung der Parteien. Die Einführung des Proporzwahlrechts, nachdem das Mehrheitswahlrecht des Kaiserreichs als ungerecht empfunden worden war, hatte so unbeabsichtigt negative Folgen. Es förderte die Entfremdung der Parteien voneinander, während im Kaiserreich die gegeneinander antretenden Parteien

2 Vgl. die Definitionen bei Richard STÖSS (Hg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Bd. 1, Opladen 1986, S. 24–26; vgl. Ulrich VON ALEMANN, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland* (Grundwissen Politik 26), Opladen 2000, S. 9–39; Uwe KRANENPOHL, *Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994*, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 15f.

3 Vgl. Thomas NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, *Machtstaat vor der Demokratie*, München 1998, S. 514–576.

gezwungen gewesen waren, vor den Stichwahlen Wahlvereinbarungen zu treffen, um ihren oder den aus ihrer Sicht nächstbesten Kandidaten durchzubringen oder gar „über jede trennende Kluft hinweg zu wählen.“⁴ Eine ausgesprochene Interessengruppe wie der Reichslandbund, der im Nordosten Deutschlands verankert war und nur einen Teil der Bauern repräsentierte, vertrat einen agrarischen Lobbyismus und verweigerte zudem der neuen Republik die Anerkennung, obwohl er auch verfassungstreue Vertreter in seinen Reihen zählte.⁵ Die stärkste, eindeutig auf dem Boden der Republik stehende Partei, die SPD, zeigte zu wenig Führungswillen und beteiligte sich zu selten an den Regierungskoalitionen. Ihre passive Haltung war wohl hauptsächlich von der Rücksichtnahme auf ihren radikalen Flügel verursacht. Dafür beteiligte sich eine andere verfassungstreue Partei, das Zentrum, permanent an den Reichsregierungen und verschrieb sich einer staatstragenden Politik der Mitte. Aber mit der geringen Stärke von nur etwa einem Sechstel der Wählerstimmen ausgestattet, konnte sie keinen dauerhaft bestimmenden Einfluss ausüben.⁶ Die Liberalen waren in die Deutsche Volkspartei, die Partei der deutschen Industriellen, und die links orientierte Deutsche Demokratische Partei aufgespalten. Nach 1920 wurden sie immer schwächer und konnten niemals mehr die parlamentarische Mehrheitsposition zurückgewinnen, die ihre Vorläufer mit dem Rechten und Linken Zentrum der Paulskirche 1848 und nach 1870 unter Bismarck eingenommen hatten. Zur Zersplitterung trugen auch größere Regionalparteien wie die Deutsch-Hannoversche Partei und die Bayerische Volkspartei bei, ebenso evangelische, national-konservative Gruppierungen: die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (1928–1932) und der Christlich-Soziale Volksdienst (1929); die Milieu- und Gesinnungsbindung dieser Parteien hätte unter anderen Umständen und für sich genommen ein stabilisierendes Element bilden können.⁷ Auch die unterschiedlichen Parteien-Koalitionen in den Ländern waren einer kontinuierlichen Regierungsbildung auf Reichsebene nicht dienlich. Die Bayerische Volkspartei (BVP) verweigerte bei der Reichs-

4 Beispiele bei Margaret Lavinia ANDERSON, *Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 2009 (engl. Ausg. Princeton University Press, Princeton/New Jersey 2000), S. 519f.

5 Stephanie MERKENICH, *Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918–1933*, Düsseldorf 1998, S. 357–361.

6 1919 errang das Zentrum als zweitstärkste Kraft bei den Wahlen zur Nationalversammlung rund ein Fünftel der Mandate und 15,9 % der Stimmen, die SPD 37,9 %. Karsten RUPPERT, *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930*, Düsseldorf 1992, S. 29; vgl. Johannes SCHAUFF, *Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928 von Johannes Schauff*, hg. von Rudolf MORSEY, Mainz 1975.

7 Vgl. Hans-Georg ASCHOFF, *Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866–1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches*, Düsseldorf 1987, S. 217f.

präsidentenwahl von 1925 dem Kandidaten des Zentrums, Wilhelm Marx, die Gefolgschaft, weil sie der langjährigen Zusammenarbeit ihrer Schwesterpartei mit der SPD in Preußen misstraute. Dies war eine Fehlentscheidung mit unermesslich schädlichen Folgen, weil Hindenburg es schließlich war, der Hitler zum Reichskanzler ernannte. Im Prinzip war der von der BVP propagierte Föderalismus angesichts der fortdauernden Hegemonie des übergroßen Preußen im Reich verständlich. Hier muss man jedoch zwischen den Grundsätzen und der Wirkung unterscheiden. Mit ihrer berechtigten föderalistischen Kritik erreichte die BVP wenig, stimmte aber in den polyphonen Chor derjenigen ein, die eine weitgehende Reform oder grundlegende Veränderung der Weimarer Republik forderten und damit das Ansehen des jungen Staatswesens, wie es nun einmal bestand, untergruben.

Die Funktionsfähigkeit der ersten deutschen Demokratie litt nicht nur unter der Zersplitterung der Parteien, sondern mehr noch unter zwei politischen Strömungen, die sich mit elementarer Wucht in der Bevölkerung ausbreiteten und einander unheilvoll ergänzten: Weite Kreise in der Industrie, unter den Landwirten, im Militär, in der Bürokratie und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) trauerten der verflissenen Monarchie nach und verweigerten dem demokratisch-parlamentarischen Staat trotz äußerlicher Mitarbeit die Zustimmung.⁸ Diese Haltung bildete den Nährboden für eine andere, noch weit gefährlichere Einstellung. Die zwischen 1928 (2,6 %) und 1932 (37,4 und 33,1 %) ihre Mandate im Reichstag sprunghaft vermehrenden Nationalsozialisten ritten nationalistische Attacken gegen die Republik, stellten das „System“ von Weimar an den Pranger und bekämpften es mit den gewalttätigen Mitteln des Bürgerkriegs. Ihnen trat, was den Kampf gegen das „System“ betraf, die Kommunistische Partei Deutschlands an die Seite. Dieser doppelte Radikalismus von links und rechts höhnte den schwachen Parteienstaat von Weimar aus, wenngleich es die Nationalsozialisten waren, die im Verein mit den beachtlichen Resten der monarchistischen, autoritären und antidemokratischen Kräfte den Weimarer Staat stürzten und durch die Führer-Diktatur Adolf Hitlers und die jeden parteipolitischen Pluralismus ablehnende „Volksgemeinschaft“ ersetzen. Das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ vom 14. Juli 1933 „besiegelte den Einparteienstaat.“⁹ Von 1933 bis 1945 war

8 Eberhard SCHANBACHER, *Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik. Wahlgesetzgebung und Wahlreform im Reich und in den Ländern*, Düsseldorf 1982, S. 212.

9 Eckhard JESSE, *Parteien in Deutschland. Ein Abriss der historischen Entwicklung*, in: Alf MINTZEL/Heinrich OBERREUTER (Hg.), *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1990, S. 40–83, hier S. 64; vgl. Christoph STUDDT, *Das Dritte Reich in Daten*, München 2002, S. 24.

der mit hörigen Nationalsozialisten besetzte Reichstag (seit 1938 Großdeutscher Reichstag) zum „Akklamationsorgan“ des Führerstaates degeneriert.¹⁰

Während 1918/19 das deutsche Volk ohne innere Vorbereitung und mit den erwähnten Reserven in die Republik aufbrach, blieb ihm nach der bitteren Erfahrung mit Diktatur und Krieg nur eine schwere Ernüchterung und die Hoffnung auf einen demokratischen, sich der sozialen Nöte der Menschen annehmenden Staat. Um dessen Parteien von vornherein ihrer Kontrolle zu unterwerfen und eine „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ zu schaffen, d. h. die Grundlage für eine kommunistische Diktatur zu legen, ließ die Sowjetische Militäradministration am 10. Juni 1945 als erste der vier Besatzungsmächte wieder deutsche Parteien zu. Die Lizenzierung der Parteien in den drei Westzonen setzte etwas später, zuletzt in der Französischen Zone ein. Die US-Politik vollzog eine radikale Schwenkung, als sie nach dem Fraternalisierungsverbot (Verordnung JCS 1067, Verbot vom 7. Juli 1945) am 8. August 1945 ihre Militärbehörden anwies, deutsche Parteien in den unteren Verwaltungsbezirken der Kreise zuzulassen. Später ergingen nähere Richtlinien, die detailliert den demokratischen Aufbau der Parteien, die Kontrolle ihrer Programme, Statuten und Zusammenschlüsse vorschrieben.¹¹ Ohne große Bedenken entfernten die Besatzungsmächte missliebige Personen aus Partei- und Verwaltungssämtern, so den soeben erst eingesetzten Bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer in der amerikanischen und den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer in der britischen Zone. Die bis Ende 1949 praktizierte Lizenzierung der Parteien und die Entnazifizierung hatten in den Westzonen drei wichtige Folgen: Das westdeutsche Parteiensystem trug die Spuren der anfangs nur auf Orts- und Kreisebene erlaubten (Wieder-)Gründungen, des Lokalismus. Das Verbot der NSDAP und ebenso konservativer, nationalistischer oder monarchistischer Sammlungsbewegungen verhinderte von Anfang an die Reorganisation starker nationalsozialistischer oder extrem nationalistischer Kräfte, die als Potential durchaus vorhanden waren. Und die Eingriffe der Besatzungsmächte wirkten vereinheitlichend auf das deutsche Parteiwesen. Das zuerst von den Sowjets in Berlin ins Leben gerufene Vier-Parteien-Modell umfasste die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Liberal-Demokratische Partei (LDP), die christlichen Unionsparteien und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Es setzte sich in formeller Hinsicht auch in den Westzo-

10 Joachim LILLA (Bearb.), *Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten seit Mai 1924*, Düsseldorf 2004, S. 7*.

11 Daniel E. ROGERS, *Politics after Hitler. The Western Allies and the German Party System*, Basingstoke 1995, S. 31ff., S. 63ff.; Alf MINTZEL, *Besatzungspolitik und Entwicklung der bürgerlichen Parteien in den Westzonen (1945–1949)*, in: Dietrich STARITZ (Hg.), *Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte – Entstehung – Entwicklung. Eine Einführung*, 2. Aufl., Opladen 1980, S. 73–89.

nen und dann in der Bundesrepublik durch, nur dass dort die KPD nach einiger Zeit wegfiel; diese von außen vorgegebene „Kanalisation“ entsprach dem Willen breiter Bevölkerungskreise, die der Weimarer Parteienzersplitterung müde waren.

„Nach Hitler – Wir!“ Dieses Rudolf Breitscheid zugeschriebene Wort aus dem Jahr 1932 lässt sich zur Kennzeichnung des Führungsanspruchs der SPD nach 1945 heranziehen.¹² Die gut organisierten Sozialdemokraten kehrten traditions- und selbstbewusst in die politische Arena zurück. Ende 1946 übertraf ihr Mitgliederstand in den drei Westzonen (701.449)¹³ den von 1931 erheblich; vergleichsweise hoch war ihre Mitgliederzahl in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ). Die Funktionäre kamen sehr überwiegend aus der SPD der Weimarer Republik, doch traten der Partei nun auch Aktivisten aus linkssozialistischen Splittergruppen (Willy Brandt, Fritz Erler), Anhänger aus dem bürgerlichen Lager (Carlo Schmid, Adolf Arndt), der frühere Kommunist Herbert Wehner und junge Weltkriegsteilnehmer (Helmut Schmidt, Hans Matthöfer) bei. Die SPD sah sich besonders aufgrund der jüngst erlittenen Verfolgung durch das NS-Regime legitimiert, nun die politische Führungsrolle zu übernehmen. Dabei gingen allerdings die Konzepte schon für den eigenen Wiederbeginn weit auseinander: Festhalten an der alten SPD, Umgestaltung zu einer deutschen Labour Party oder Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei, um endlich die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden.¹⁴ Mit Kurt Schumacher, der am 9. Mai 1945 in Hannover zum Vorsitzenden gewählt wurde, gewann die SPD frühzeitig eine charismatische Führungsgestalt. Der ehemalige Landtags- und Reichstagsabgeordnete hatte zehn Jahre KZ-Haft erleiden müssen und sah sich nun in seinem politischen Weltbild bestätigt. Schon am 6. Mai 1945 erteilte er der Konzeption der „Einheitspartei“ mit der KPD eine „kompromisslose Absage“, die Kommunisten nannte er „rotlackierte Nazis.“ Ebenso eindeutig bekannte er sich zu Staat und Nation, zur Wiedergewinnung der deutschen Souveränität und zur Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der er die Schuld am Erfolg des Nationalsozialismus beimaß. 1946 mahnten maßgebliche Kräfte in

12 Theo PIRKER, *Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945–1964*, 3. Aufl., Berlin 1977, S. 15.

13 1948: 846.518, 1951: 649.529. Josef BOYER/Till KÖSSLER, *SPD. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Mitgliedschaft und Sozialstruktur*, in: DIES. (Bearb.), *SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie die Grünen. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990. Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 2005, S. 31–734, hier S. 129.

14 Susanne MILLER, *Die SPD – die linke Volkspartei*, in: Heinrich POTTHOFF/Susanne MILLER, *Kleine Geschichte der SPD 1848–2002*, 8. Aufl. Bonn 2002, S. 173–284, hier S. 176–186; vgl. Franz WALTER, *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, Berlin 2002; Kurt KLOTZBACH, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin/Bonn 1982.

der SPD die Sozialisierung der Grundstoffindustrien, des Verkehrswesens, der Banken und Versicherungen sowie eine einschneidende Agrarreform an; diese sollte sich gegen die des Feudalismus und Kapitalismus bezichtigten „Großgrundbesitzer“ richten.¹⁵ Dass einige dieser Programmpunkte auf einen gewissen Anklang rechnen konnten, zeigte die Verabschiedung des Sozialisierungsgesetzes für den Kohlebergbau im Landtag von Nordrhein-Westfalen am 6. August 1948 mit den Stimmen der SPD, der KPD und des Zentrums bei Stimmenthaltung der Christlich-Demokratischen Union (CDU), während die Freie Demokratische Partei (FDP) dagegen stimmte und die englische Militärregierung ihr Veto gegen das Gesetz einlegte.

Zunächst hatte das „Zentralbüro“ Otto Grotewohls in Berlin dem Büro Hannover Kurt Schumachers Konkurrenz gemacht, aber schon am 11. Februar 1946 der Vereinigung mit der KPD unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und der mit dieser zusammenarbeitenden deutschen Kommunisten zugestimmt. Am 21./22. April 1946 wurde im Ostsektor Berlins die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) pomphaft gefeiert. Nur in Ost-Berlin konnte sich die SPD als stärkste Kraft vor der SED unter dem Schutz des in der geteilten Stadt herrschenden Viermächtestatus bis zur Berliner Blockade 1948 halten, freilich als gleichgeschaltete Klientelpartei der SED. Obwohl damit ein freies Wirken der Partei im Ostteil Deutschlands unmöglich geworden war, belastete Schumacher die Verhandlungen mit den Westmächten über die Bildung eines westdeutschen Staates mit seinen immer doktrinärer klingenden Forderungen nach der baldigen Wiederherstellung der Einheit und inneren Freiheit Deutschlands, zu der sich die Sowjetunion bereithalten müsse. Ebenso bekämpfte er kategorisch Ansätze zur Lockerung der Planwirtschaft im Wirtschaftsrat der Bizone. Seine oppositionellen Rundumschläge folgten zwar einer „internen Logik“ seiner Partei,¹⁶ verprellten aber die Westalliierten, trafen zudem weder die Erfordernisse der Realität noch die Wünsche vieler Menschen, die vor allem eine Besserung der allgemeinen Notlage herbeisehnten.

Die KPD hatte im Oktober 1945 in den Westzonen 80.280, im Mai 1947 324.214 und im März 1952 129.958 Mitglieder.¹⁷ Diese (1949/50 wieder verpuffende) Zuwachsblase und der Erfolg bei den Landtagswahlen 1947 in Nordrhein-Westfalen, wo sie 14 % der Stimmen und 28 Mandate gewann, zugleich der Aufschwung der Kommunisten auch in Frankreich und Italien, deuten an, dass Westeuropa nach 1945 auch eine unfreiheitliche Entwicklung hät-

15 Ernst-Ulrich HUSTER, *Die Politik der SPD 1945–1950*, Frankfurt/M.-New York 1978, S. 59f., S. 67f., S. 74–76.

16 Joseph ROVAN, *Histoire de la social-démocratie allemande*, Paris 1978, S. 228–241.

17 Till KÖSSLER, *KPD. Kommunistische Partei Deutschlands und kleinere Parteien des linken Spektrums. Mitgliedschaft und Sozialstruktur*, in: BOYER/KÖSSLER (Bearb.), *SPD, KPD und kleinere Parteien* (wie Anm. 13), S. 735–941, S. 797f.

te nehmen können. Die KPD ging in der Trümmerwüste Nachkriegsdeutschlands zunächst elastisch und einfallreich zu Werke, strebte als erwiesene Gegnerin des „Faschismus“ nach Expansion und Herrschaft. Sie propagierte die Vereinigung mit der SPD zu einer Partei, die gemeinsam die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehme, und trat als national gesinnte Partei auf. Über die zwischen der KPD und der SED von 1947 bis 1949 bestehende Sozialistische Arbeitsgemeinschaft wollte sie zusätzlichen Einfluss und Kontrolle in den Westzonen gewinnen.¹⁸ Die Moskauer Parteizentrale gedachte den westdeutschen Kommunismus allerdings genau zu überwachen und jedes Abdriften in eine alternative Richtung zu unterbinden. Ihrem Gebot folgend, musste die KPD den zentralistischen Aufbau der Partei vorantreiben und Verteidigungsmaßnahmen gegen die sogenannten Rechts- und Linksabweichungen ergreifen. Die unausbleibliche Folge war, dass die KPD nicht als eine demokratische Partei neben andere Parteien trat, sondern einen absoluten Führungsanspruch erhob, „denn sie wähnte sich im Besitz der einzig wahren Weltanschauung und der einzig wissenschaftlichen Gesellschaftstheorie, als Vorhut der mit einer historischen Mission ausgestatteten Arbeiterklasse.“¹⁹ Die neuen Ambitionen der KPD zerschlugen sich wegen ihrer undemokratischen Strategie und Struktur, der Interventionen der angelsächsischen Besatzungsmächte, des 1948 schon ausgeprägten Ost-West-Gegensatzes und der unerwarteten, doch einer zielgerichteten Politik zu verdankenden wirtschaftlichen Erholung Westdeutschlands.

Eine „kraftvolle Renaissance des Liberalismus“ blieb nach 1945 aus.²⁰ Schon gegen Ende der Weimarer Republik waren die liberalen Parteien völlig ausgedünnt worden.²¹ Die Freien Demokraten konnten sich zunächst in den linksliberalen Milieus der südwestdeutschen Länder und der Hansestädte reorganisieren. Sie waren sich bewusst, dass sie anders als die SPD und die Unionsparteien schwerlich eine Massenpartei werden konnten (1951 64.320 Mitglieder).²² Die westzonalen Gründungen, darunter die Demokratische

18 Ulrich HAUTH, *Die Politik von KPD und SED gegenüber der westdeutschen Sozialdemokratie (1945–1948)*, Frankfurt/M. 1978, S. 118–169.

19 Günter BENSER, *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität*, Bd. 4, *Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46)*, Berlin 2009, S. 269; Horst W. SCHMOLLINGER/DIETRICH STARITZ, *Zur Entwicklung der Arbeiterparteien in den Westzonen (1945–1949)*, in: STARITZ, *Das Parteiensystem* (wie Anm. 11), S. 109–126, S. 119–122.

20 Dieter HEIN, *Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949*, Düsseldorf 1985, S. 349–353, S. 334–340.

21 Vgl. die Reichstagswahlen 1919–1932. Tabelle bei Heinz HÜRTEN (Hg.), *Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung*, Bd. 9, *Weimarer Republik und Drittes Reich 1918–1945*, Stuttgart 1995, S. 144f.

22 Daniela GNISS, *FDP. Freie Demokratische Partei. Mitgliedschaft und Sozialstruktur*, in: Oliver GNAD u. a. (Bearb.), *FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990. Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf

Volkspartei (DVP) Württemberg-Baden, konnten mit der ostzonalen Liberal-Demokratischen Partei (LDP) unter Wilhelm Külz auf dem gesamtdeutschen Treffen in Eisenach (Juli 1947) noch gemeinsame „Grundsätze der Demokratischen Partei Deutschlands“ verabschieden. Sie brachen aber Anfang 1948 die Beziehungen zur LDP wegen deren Anlehnung an die Sowjetische Militäradministration ab. Die Einigungsbestrebungen in den Westzonen führten schließlich am 12. Dezember 1948 auf dem Heppenheimer Kongress zur Konstituierung der Freien Demokratischen Partei (FDP) auf Bundesebene. Die tiefen Gegensätze zwischen dem linksliberalen und dem nationalen Flügel dauerten danach zwar an, zwangen aber auch zur Kooperation, wollte die Partei der Gefahr des Auseinanderfallens entgehen. Einigende Wirkungen und programmatisch-inhaltliche Impulse gingen von zwei Institutionen aus, die die Staatswerdung der Bundesrepublik unmittelbar vorbereiteten. Die Fraktion der FDP gewann im Frankfurter Wirtschaftsrat durch ihr Eintreten für die freie Marktwirtschaft Kontur. Der Parlamentarische Rat gab der FDP-Fraktion Gelegenheit, bei den Beratungen über das Grundgesetz erneut Profil zu zeigen und an die verfassungspolitischen Traditionen des deutschen Liberalismus anzuknüpfen. Obwohl die FDP 1949 in die Regierungskoalition mit den Unionsparteien eintrat, bekämpfte ihr südwestdeutscher DVP-Flügel unter dem streitbaren Ministerpräsidenten Württemberg-Badens (1945–1952), Reinhold Maier, Konrad Adenauers Politik der Westintegration, weil er von der „Politik der Stärke“ die Zementierung der Spaltung Deutschlands befürchtete. Die nationalliberalen Traditionen, die Adenauers außenpolitischen Kurs in Frage stellten, wurden auch an der „Remstalpolitik“ Maiers und seines Mitstreiters Karl Georg Pfeleiderer deutlich.²³ Aus innen- und verfassungspolitischer Sicht war Maier allerdings zu den demokratisch gesinnten Altliberalen zu rechnen, die ihren Schwerpunkt im Südwesten hatten. Ein deutschnationaler Flügel entstand in Nordrhein-Westfalen um den Landesvorsitzenden Friedrich Middelhauve und dessen 1952 innerparteilich heftig diskutiertes „Deutsches Programm“. Eine nationale, scharf antisozialistische Sammlungspolitik zielte hier auf den Gewinn des „nationalliberal-konservativ vorgeprägten Bürgertums“ in Nordrhein-Westfalen und Hessen.²⁴ Nicht zuletzt die Flügelkämpfe innerhalb der Partei führten dazu, dass die FDP bei den Bundestagswahlen von 1953 auf 9,5 % zurückging, das waren 2,4 % weniger als 1949. Sie suchte fortan durch die

2005, S. 35–174, hier S. 93, S. 45f.; vgl. Dieter LANGEWIESCHE, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988; Karl-Heinz NASSMACHER, *Die FDP als Regionalpartei*, in: Dieter OBERNDÖRFER/Karl SCHMITT (Hg.), *Parteien und regionale politische Traditionen in der BRD*, Berlin 1991, S. 207–230.

23 Jörg BREHMER, *Reinhold Maier (1889–1971)*, in: Reinhold WEBER/Ines MAYER (Hg.), *Politische Köpfe aus Südwestdeutschland*, Stuttgart 2005, S. 267–276.

24 Peter LÖSCHE/Franz WALTER, *Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel*, Darmstadt 1996, S. 32–41.

Strategie des „begrenzten Konflikts“ mit ihrem Koalitionspartner, der Union, ihr Existenzrecht zu beweisen. Ihr neuer Vorsitzender, der Franke Thomas Dehler, wählte dafür das Feld der Deutschlandpolitik. Sein Oppositionskurs gegen Adenauer fand Zustimmung bei dem baden-württembergischen Parteiführer und Ministerpräsidenten Reinhold Maier sowie bei den im nordrhein-westfälischen Landesverband vordringenden, linksliberal orientierten „Jungtürken“.

Die eigentliche Neuerung war die Gründung der Unionsparteien, der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) und der Christlich-Sozialen Union (CSU) in Bayern. Sie vollzog sich zunächst eigenständig in vielen örtlichen Zentren, von der Hauptstadt Berlin bis hinab zu Kreisstädten vor allem im Westen Deutschlands. Hier beerbte die CDU die ehemaligen Hochburgen der Deutschen Zentrumspartei, fasste aber auch außerhalb des katholischen Milieus Fuß. Erste Zusammenschlüsse erfolgten mit der Bildung von Landesverbänden²⁵ und der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands Anfang 1947.²⁶ Die Bundespartei der CDU konstituierte sich erst am 20./21. Oktober 1950 auf ihrem ersten Parteitag in Goslar. Die Gründung der interkonfessionellen „Union“ zwischen Katholiken und Protestanten sowie, in sozialer Hinsicht, zwischen „allen Schichten und Gruppen unseres Volkes“ zielte auf die Überwindung der politischen Folgen der seit Jahrhunderten bestehenden konfessionellen Spaltung Deutschlands und des zerklüfteten deutschen Parteiensystems.²⁷ Die Parteigründer sahen die tieferen Ursachen für die Durchsetzung des Nationalsozialismus in der politischen und konfessionellen Zerrissenheit sowie der mangelnden Resistenz breiter Teile des Volkes gegen eine widerchristliche Weltanschauung. Schon von daher gesehen ist die These, die CDU sei nur eine lose Sammlung unterschiedlicher wirtschaftlicher Interessen gewesen,²⁸ zu vordergründig. Erst allmählich trat der wissenschaftlichen

-
- 25 Vgl. Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik*, Düsseldorf 1988; Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei*, Mainz 1987; Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945–1982*, Stuttgart 1993.
- 26 Am 5./6.2.1947 in Königstein im Taunus. Brigitte KAFF (Bearb.), *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*, Düsseldorf 1991, S. XI, S. XIVf.; vgl. Rainer SALZMANN (Bearb.), *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949*, Düsseldorf 1988; DERS. (Bearb.), *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion*, Stuttgart 1981.
- 27 Zitiert nach Peter HAUNGS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)*, in: Hans-Joachim VEEN (Hg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bd. 1, *Bundesrepublik Deutschland. Österreich*, Paderborn 1983, S. 9–194, S. 16.
- 28 So Arnold J. HEIDENHEIMER, *Adenauer and the CDU. The Rise of the Leader and the Integration of the Party*, Den Haag 1960, zitiert von Manfred ROWOLD, *Im Schatten der*

Forschung ins Bewusstsein, dass die Unionsparteien eine innere Legitimation aus der Verfolgung christlich gesinnter Politiker im „Dritten Reich“ herleiten konnten. Zudem hatten die Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei, die wichtigsten Vorläufer der Unionsparteien, sowie die katholische Konfessionszugehörigkeit sehr bedeutende Resistenzfaktoren gegen den Zuwachs der nationalsozialistischen Wählerstimmen zwischen 1928 und 1933 gebildet.²⁹ Der bemerkenswerte parteitheoretische Ansatz, den die Union ausbildete, fand allerdings keinen adäquaten Niederschlag in den relativ geringen Mitgliederzahlen (1948 360.000, 1952 210.000 mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen) und Mitgliedsbeiträgen, sodass die CDU bis in die 1960er Jahre den Charakter einer Wählerpartei beibehielt. Ähnliches gilt für die CSU. Ihre nach der ersten Wahlwerbung von 1947 hohe Mitgliederzahl von 85.274 im Jahr 1948 sank vor allem aufgrund der Verluste an die Bayernpartei auf 32.985 im Jahr 1953.³⁰ Die Unionsparteien bauten aus prinzipiellen Erwägungen den Föderalismus und den gesellschaftlichen Pluralismus in ihre Struktur ein. So wurden Arbeitsgemeinschaften für die Jugend, die Frauen, die Arbeitnehmerschaft, den Mittelstand, die Vertriebenen, die Kommunalpolitik und die evangelischen Mitglieder gegründet. Der von Teilen der CDU des Rheinlandes zunächst vertretene christliche Sozialismus (Ahlener Programm vom 3. Februar 1947) wurde 1948/49 von Ludwig Erhards Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft abgelöst.³¹ Für den bundes- und außenpolitischen Kurs der CDU ist es mitentscheidend geworden, dass ihr Vorsitzender in Berlin, der ehemalige christliche Gewerkschaftler Jakob Kaiser, im Dezember 1947 von den Sowjets entmachtet

Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik, Düsseldorf 1974, S. 44.

- 29 Jürgen W. FALTER, *Die Wahlen des Jahres 1932/33 und der Aufstieg totalitärer Parteien*, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.), *Die Weimarer Republik*, Bd. 3, *Das Ende der Demokratie 1929–1933*, München 1995, S. 271–314, S. 293; vgl. Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i. Br. 2004; Winfried BECKER u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002.
- 30 Corinna FRANZ, *CDU. Christlich Demokratische Union. Mitgliedschaft und Sozialstruktur*, in: Corinna FRANZ/Oliver GNAD (Bearb.), *CDU und CSU. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990. Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 2005, S. 33–513, S. 92f.; Oliver GNAD, *CSU. Christlich-soziale Union. Mitgliedschaft und Sozialstruktur*, in: EBD. S. 515–858, S. 612, S. 553–556, S. 581–587; Alf MINTZEL, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972*, Opladen 1975; Thomas SCHLEMMER, *Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955*, München 1998; Barbara FAIT, *Die Anfänge der CSU 1945–1948. Der holprige Weg zur Erfolgspartei*, München 1995.
- 31 Vgl. über die ideengeschichtlichen Hintergründe Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1981.

wurde und in den Westen gehen musste. Hier setzte sich nun der Führungsanspruch Konrad Adenauers durch, der sich seit dem Frühjahr 1946 als Vorsitzender der CDU der Britischen Zone eine Führungsposition aufgebaut hatte. Kaisers Vorstellung, Deutschland könne eine „Brücke“ zwischen Ost und West bauen, schien durch die Verhältnisse und sein eigenes Schicksal widerlegt. Adenauer steuerte konsequent die Werte- und Sicherheitsgemeinschaft der Bundesrepublik mit den westlichen Demokratien an. Schon die ersten Programme der CDU hatten sich gegen jedwede Diktatur, ob der Rasse oder der Klasse, ausgesprochen.

Erst aus einem späteren Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik konnte man die Unterscheidung zwischen den erfolgreichen wieder- und neugegründeten Parteien, die sich auf die Dauer durchsetzten, und den nicht-etablierten Parteien sowie den Anti-System-Parteien treffen.³² Die Westalliierten verboten zunächst aus Furcht vor Unruhen die Zusammenschlüsse der Vertriebenen, die 1949 7,6 Millionen zählten. Erst nachdem der Lizenzzwang aufgehoben worden war, konnte 1951 eine Bundespartei der Flüchtlinge, der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) (ab 1952: Gesamtdeutscher Block/BHE), mit 21 Abgeordneten und 14,9 % der Stimmen ihren Einzug in den Landtag von Niedersachsen halten. Diese die Interessen einer benachteiligten Bevölkerungsgruppe vertretende Partei war nach Lage der Dinge nicht imstande, eine Irredenta zur Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete zu schaffen. Sehr früh setzte zudem die Integration der Flüchtlinge in die westdeutsche Gesellschaft ein. Die maßvolle Haltung des Millionenheeres der Flüchtlinge und Vertriebenen und ihrer Repräsentanten ist als eine der großen politischen Leistungen der Nachkriegszeit zu würdigen, die der realistischen Einsicht in die gegebene Lage entsprang.

Die 1945 gegründete Niedersächsische Landespartei (NLP) (ab 1947 Deutsche Partei – DP), die Nachfolgerin der welfischen Deutsch-Hannoverschen Partei des Kaiserreiches und der Weimarer Republik, bestand bis 1961 und vermochte auf lange Sicht den Übergang von der regionalen zur Bundes-Partei nicht zu bewerkstelligen. Protestantisch-konservativ, föderalistisch, heimatverbunden und patriotisch eingestellt, erhob sie die Forderung nach der Rück-

32 Rudolf MORSEY, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, 4. Aufl., München 2000, S. 192–194; zusammenfassend Manfred ROWOLD, *Im Schatten der Macht. Nicht-etablierte Kleinparteien*, in: OBERREUTER/MINTZEL (wie Anm. 9), S. 311–362, hier S. 335–343; vgl. die Beiträge über die *Deutsche Partei (DP)*, den *Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)*, die *Deutsche Zentrumspartei (DZP)*, die *Bayernpartei (BP)*, die *Sozialistische Reichspartei (SRP)* und die *Deutsche Reichspartei (DRP)* in: GNAD u. a. (Bearb.), *FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien* (wie Anm. 22). Dabei dürfte zwischen den zwei letzteren und den vier ersteren der in diesem Handbuch behandelten Parteien ein deutlicher Trennungsstrich zu ziehen sein.

besinnung auf das christliche Sittengesetz. Ihr Vorsitzender Heinrich Hellwege, der auch führend in der evangelischen Kirche tätig war, bekannte sich zu der nach 1945 attraktiven Bewegung der „moralischen Aufrüstung“. Seine Partei, die 1949 die erste Adenauer-Koalition mittrug, geriet ins Zwielicht, als sie sich allzu bereit zeigte, in Hamburg, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bayern ehemalige NS-Funktionäre und sehr nationalistische Elemente aufzunehmen, um auch diese Elemente in eine „konservative Demokratie“ zu integrieren. Bundespolitische Bedeutung erlangte die DP allerdings schon, als die Bayernpartei ihr, der befreundeten Regionalpartei des Nordens, im Falle ihrer Beteiligung am Kabinett Adenauer versprach, die erste Bundesregierung zu tolerieren.³³

Der Name der Bayernpartei (BP) war Programm. Diese nahe Konkurrentin der CSU forderte, monarchistische und agrarische Kreise aufsaugend, einen unabhängigen bayerischen Staat innerhalb einer deutschen und europäischen Föderation und wandte sich gegen die „Preußen“ sowie gegen die Flüchtlinge und Vertriebenen. Außenpolitisch fasste sie die Verbindung Bayerns mit Frankreich und Österreich sowie einen neutralistischen Kurs zwischen den Blöcken ins Auge.³⁴

In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen trat die wiedergegründete, zum Sozialismus und Neutralismus tendierende Deutsche Zentrumspartei als Rivalin der CDU auf. Sie nahm der CDU im ländlich-kleinbürgerlichen, katholischen Milieu viele Stimmen weg und blieb immerhin bis 1958 im Landtag von Nordrhein-Westfalen.³⁵ Die in Bayern bei der Bundestagswahl von 1949 14,4 % der Stimmen erringende Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) sammelte das starke Protestpotential der Nachkriegszeit einschließlich vieler Flüchtlinge, die in schlechten materiellen Umständen lebten. Sie setzte sich für eine Volks- oder Basisdemokratie ein, führte Kampagnen gegen die Entnazifi-

33 Claudius SCHMIDT, *Heinrich Hellwege, der vergessene Gründervater. Ein politisches Lebensbild*, mit einem Vorwort von Arnulf BARING, Stade 1991, S. 76–83, S. 110–120, S. 97f.; Ingo NATHUSIUS, *Am rechten Rande der Union. Der Weg der Deutschen Partei bis 1953*, Diss. Mainz 1992; Hermann MEYN, *Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945*, Düsseldorf 1965; viele Selbstzeugnisse Hellweges, auch seiner (allgemein wohl unterbewerteten) Ablehnung des Nationalsozialismus, in der Schilderung des ihm nahestehenden ehemaligen NS-Funktionärs Emil EHRICH, *Heinrich Hellwege. Ein konservativer Demokrat*, Hannover 1977, S. 20–45.

34 Vgl. Ilse UNGER, *Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957*, Stuttgart 1979, S. 141–154; Christoph WALTHER, *Jakob Fischbacher und die Bayernpartei. Biografische Studien 1886 bis 1972*, München 2006; am regionalen Beispiel: Winfried BECKER, *Osterhofen im „Dritten Reich“ und in der Nachkriegszeit*, in: Stadt Osterhofen (Hg.), *Osterhofen. 1000 Jahre Stift. 625 Jahre Stadt*, Osterhofen 2004, S. 81–108, S. 96f.

35 Ute SCHMIDT, *Zentrum oder CDU? Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung*, Opladen 1987, S. 297ff., S. 359ff. (Tabellen).

zierung und gegen die Herrschaft der Parteien im Staat. Sie stellte sich damit in Gegensatz zur repräsentativen Demokratie, der am ehesten die große Aufgabe des Wiederaufbaus in einem ausgedehnten Flächenstaat zugetraut werden konnte.³⁶ Eine sprunghaft aufsteigende Regionalpartei im nördlichen Grenzland war der Südschleswigsche Wählerverein (1946–1948) (SSV), seit 1948 Südschleswigscher Wählerverband (SSW). Die Vertretung der sehr kleinen dänischen Minderheit gewann angesichts der totalen Niederlage Deutschlands plötzlich großen Zulauf, als sie die Abtrennung Südschleswigs von Holstein und dessen spätere Eingliederung in Dänemark forderte. Bei den Landtagswahlen vom 20. April 1947 errang sie 33 % der Stimmen (97.831) in Südschleswig. Die hoch gehende prodänische Welle verebbte, als die Gründung des Landes Schleswig-Holstein im August 1946 und der Bundesrepublik Deutschland 1949 wieder eine gute Zukunft für ein deutsches Staatswesen verhießen.³⁷ Auch blieben Dänemark und Großbritannien gegenüber den Forderungen des SSV zurückhaltend. Gegen dessen „Separatismus“ wandte sich 1947 mit den alten Mitteln des Grenzkampfes die erste, sozialdemokratische Landesregierung Schleswig-Holsteins.

Der nach 1945 wieder auflebende Rechts- und Linksradikalismus suchte in den sogenannten Anti-System-Parteien Unterschlupf. Nachdem die Briten in ihrer Zone deutschnationale und national-konservative Parteien zugelassen hatten, wurden diese zu ersten Sammelbecken für unverbesserliche Anhänger, für mittlere bis untere ehemalige Funktionäre oder Sympathisanten des Nationalsozialismus, die sich häufig als Deklassierte fühlten. Die 1946 gegründete, 1948 so genannte Deutsche Konservative Partei-Deutsche Rechtspartei (DKP/DRP) war überwiegend an der früheren Deutschnationalen Volkspartei orientiert. Sie besaß Organisationen in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Die am 2. Oktober 1949 in Hameln gegründete Sozialistische Reichspartei (SRP) bekannte sich hingegen zu einem nationalen

36 Hans WOLLER, *Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung 1945–1955*, Stuttgart 1982, S. 185–196; Michael SCHRÖDER, *Volkstribun auf dem rechten Flügel. Alfred Loritz und die WAV*, in: DERS., *Bayern 1945. Demokratischer Neubeginn. Interviews mit Augenzeugen*, München 1985, S. 143–152.

37 Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein von 1950 erhielt der SSV noch 5,5 % der Stimmen, bei der Landtagswahl von 1954 fiel er unter die Fünf-Prozent-Klausel. Johann RUNGE, *Die dänische Minderheit in Südschleswig*, in: Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein (Hg.), *Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzbe- reich*, Kiel 1993, S. 73–158, S. 130–141; die Deutung von Mario Rainer LEPSIUS, *Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Macht- ergreifung*, in: DERS., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 51–79, S. 63–66, der SSV habe nur den „Autonomieanspruch“ eines bäuerlichen Regionalmilieus mit überstarken Eigeninteressen repräsentiert, greift zu kurz. 1955 wurde der SSW von der Fünf-Prozent-Klausel befreit.

Sozialismus und zur nationalsozialistischen Ideologie der Volksgemeinschaft.³⁸ Viele Vertreter dieser eindeutig rechtsextremen Partei sowie der DKP/DRP wandten sich der in Kassel am 21. Januar 1950 konstituierten Deutschen Reichspartei (DRP) zu. Diese erstrebte ein mächtiges, zentralisiertes neues „Reich“, war heterogen aus Deutschnationalen und Neo-Nationalsozialisten zusammengesetzt. Sie errang bei den Bundestagswahlen von 1953, 1957 und 1961 nur noch rund 1 % der Stimmen.³⁹ 1952 verbot das Bundesverfassungsgericht die Sozialistische Reichspartei, 1956 die Kommunistische Partei Deutschlands.⁴⁰

Die 1945 gegründete Deutsche Friedensgesellschaft, die an pazifistische Organisationen der Zwischenkriegszeit anknüpfte, war auf der linken Seite des politischen Spektrums beheimatet. Auch sie ist zu den Anti-System-Parteien zu rechnen. Sie verweigerte strikt jeden Militärdienst und wandte sich scharf gegen die „westdeutsche Aufrüstung“. Einige Angehörige etablierter Parteien traten zu ihr über. Da sie die SPD als ihre allerdings wenig effiziente parlamentarische Unterstützung ansah, bedeutete das Jahr 1960 für sie einen Wendepunkt, als Herbert Wehner den Kurswechsel der SPD auch auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet ankündigte und seine Partei aus der Oppositionsrolle herausführte. Daraufhin wurde 1960 die Deutsche Friedensunion (DFU) gegründet, und es fand der erste Ostermarsch in der Bundesrepublik statt. Die Deutsche Friedensgesellschaft sank in den 1960er Jahren auf unter 1.000 Mitglieder. Sie wurde wie die DFU wegen ihrer Kontakte mit der SED von Vertretern sowohl der CDU als auch der SPD staatsfeindlicher Umtriebe bezichtigt.⁴¹

Bei der ersten Bundestagswahl kandidierten 15 Parteien, die elf kleineren Parteien erhielten zusammen mit den parteilosen Kandidaten nur 27,9 % der Stimmen. Elf Parteien und drei Einzelbewerber gelangten in den Ersten Deutschen Bundestag – elf Parteien hatten 1933 auch im letzten freien Reichstag gesessen. Bei den zweiten Bundestagswahlen von 1953 bewarben sich 16 Parteien, von denen die zwölf kleineren Parteien noch 16,7 % der Stimmen er-

38 Henning HANSEN, *Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei*, Düsseldorf 2007, S. 42ff.

39 ROWOLD, *Im Schatten* (wie Anm. 32), S. 316–319; Oliver SOWINSKI, *Die Deutsche Reichspartei 1950–1965. Organisation und Ideologie einer rechtsradikalen Partei*, Frankfurt/M. 1998, S. 22–32, S. 249ff.; Horst W. SCHMOLLINGER, *Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Reichspartei*, in: STÖSS, Bd. 2 (wie Anm. 2), S. 982–1024; Peter DUDEK/Hans-Gerd JASCHKE, *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur*, Bd. 1–2, Opladen 1984, Bd. 1, S. 181–217.

40 Druck der Urteile: MINTZEL/OBERREUTER (wie Anm. 9), S. 470–477.

41 Sie wurde 1949 in der DDR verboten. Stefan APPELIUS, *Pazifismus in Westdeutschland. Die Deutsche Friedensgesellschaft 1945–1968*, Bd. 1–2, Aachen 1991, hier Bd. 1, S. 193–205, S. 296ff., Bd. 2, S. 452ff.

reichten. Aber nur noch sieben Parteien errangen Mandate – neben den vier etablierten Parteien CDU, CSU, SPD und FDP waren dies der GB/BHE, die Deutsche Partei und die Deutsche Zentrumsparlei – die letzten beiden über Wahlab sprachen mit den größeren Parteien und Direktmandate. 1953 gab es nur noch fünf Fraktionen. Die drei stärksten Parteien, die Union, die SPD und die FDP errangen zusammen einen Stimmanteil von 84 % und 442 von 487 Mandaten; dies obwohl wegen der Aufhebung des Lizenzierungszwanges seit 1950 etwa 30 neue Parteien entstanden waren.⁴² Die Konzentration des Parteiensystems war unübersehbar und hielt an. Bei den Wahlen von 1972 und 1976 konnten die vier Parteien CDU, CSU, SPD und FDP sogar 99 % der Stimmen gewinnen.⁴³ Danach begann sich eine Wandlung im Parteiensystem abzuzeichnen. 1983 zogen die Grünen mit 5,6 % der Zweitstimmen erstmals in den Deutschen Bundestag ein. 1988 waren zusätzlich zu den bereits im Bundestag vertretenen Parteien immerhin 49 weitere Parteien mit Vorstandslisten, Statuten und Programmen offiziell angemeldet, ohne dass die Neulinge Erfolg gehabt hätten. Von 1949 bis zum Beginn der 1980er Jahre hingen die Weichenstellungen des politischen Lebens im wesentlichen von den etablierten Parteien ab, ob diese regierten oder in der Opposition standen: von den Unionschwestern, den Sozialdemokraten und den als Zünglein an der Waage umworbenen Freien Demokraten. Die historischen und politiksystematischen Ursachenkomplexe für diesen frühzeitig beginnenden Konzentrationsprozess, auch als „Wahlwunder“ oder „Parteienwunder“ bezeichnet, lassen sich hier nur in wenigen Umrissen andeuten.

Anders als die Weimarer Verfassung, die ein doppelpoliges Regierungssystem eingeführt, neben das Parlament den plebiszitär legitimierten Reichspräsidenten gestellt hatte, rückte das Grundgesetz der Bundesrepublik das Parlament beherrschend in die Mitte des Staatswesens. Der Bundestag entschied mit Mehrheit über die Wahl und die Absetzung des Bundeskanzlers, mehr noch, seine Mehrheit war Träger der Regierung und mit dieser zu einer Handlungseinheit verbunden.⁴⁴ Hier mussten sich die Parteien bewähren, ihre Gewinn- und Verlustgeschäfte vor den Augen der Öffentlichkeit abwickeln. Die Handelnden und Hauptverantwortlichen standen im Rampenlicht von Kritik und Anerkennung. Das bot den Außenseitern von vornherein geringere Chancen.

42 Zahlen nach ROWOLD, *Im Schatten* (wie Anm. 32), S. 311–314; vgl. Wolfgang KESSEL, *Geschichte des Deutschen Bundestages*, Berlin 2006, S. 14, S. 17; Gerhard A. RITTER/Merith NIEHUSS, *Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags- und Landtagswahlen 1946–1987*, München 1987.

43 ALEMANN (wie Anm. 2), S. 52f., S. 57–64.

44 Wolfgang ISMAYR, *Der Deutsche Bundestag. Funktionen, Willensbildung, Reformansätze*, Opladen 1992, S. 12–14.

Die vier Linzenzparteien hatten den Vorteil, in allen Bundesländern (die Union aufgeteilt, in Bayern durch die CSU vertreten) zu kandidieren, während die nicht-etablierten in freilich unterschiedlichem Maße auf einzelne Länder beschränkt waren, ohne bundesweite Organisation blieben oder diese nur schwach entwickelten. Schon bei den Landtagswahlen der Jahre 1946/47 in den Westzonen zeichnete sich ein starker Trend zugunsten der Unionsparteien und der SPD ab. Auch 1949 entschied sich nur ein Fünftel der Wähler für die kleineren bzw. nicht-etablierten Parteien oder für die „regionale Substruktur des Parteiensystems“.⁴⁵ Bei den Landesparteien Deutsche Partei und Bayernpartei drängte mit dem Heimatgedanken ein zentrifugales, substrukturelles Element ins Parteiensystem. Aus einer weniger mechanisch-parteisystematischen Sicht kann der Föderalismus allerdings auch als Stärke eines Staatswesens angesehen werden. Ein übergeordneter Grund, warum die Landesparteien zurückgingen, dürfte darin gelegen haben, dass in der Bundesrepublik, verglichen mit der Weimarer Republik, die Länderrechte gestärkt waren und ausgewogener gestaltet wurden; die jeden föderalistischen Aufbau störende, weil unverhältnismäßige Hegemonie Preußens war verschwunden.⁴⁶ Nach der Wahl von 1949 wirkte ein zweiter das Drei- bzw. Vier-Parteien-System desintegrierender Faktor allerdings weiter: die Neigung der Wähler, Parteien zu bevorzugen, die sich zu exklusiven Sprechern spezieller Nöte wie der Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit oder beruflicher Benachteiligungen aufwarfen. Der zeitweise heftige agitatorische Appell zur Beseitigung dieser aktuellen Notlagen kam der Flüchtlingspartei GB/BHE, den rechtsextremen und den kleineren Interessenparteien zugute. Der Einzug in den Bundestag gelang 1953 aber nur mehr der Interessenpartei GB/BHE.

Denn auch die großen Parteien nahmen sich mit Erfolg der Vertretung der Interessen in Form der „Aggregation der Interessen“⁴⁷ an. Die Unionsparteien traten, obgleich noch von einer weltanschaulichen Grundlage ausgehend, sogleich auch (programmgemäß) als „Sammlungsparteien“ auf, die SPD spätestens seit ihrer Öffnung im Godesberger Programm 1959. Damit wurde der

45 ROWOLD, *Im Schatten* (wie Anm. 28), S. 22–29.

46 Vgl. Theodor ESCHENBURG, *Jahre der Besatzung 1945–1949*, mit einem einleitenden Essay von Eberhard JÄCKEL (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1), Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 483–514; Reinhard SCHIFFERS (Bearb.), *Weniger Länder – mehr Föderalismus? Die Neugliederung des Bundesgebietes im Widerstreit der Meinungen 1948/49–1990. Eine Dokumentation*, Düsseldorf 1996, S. 12–22, S. 26–46. Die Stärkung des Bundesrats war vor allem Bayern angelegen. Karl-Ulrich GELBERG, *Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945–1978)*, in: Alois SCHMID (Hg.), *Handbuch der bayerischen Geschichte*, Bd. 4, *Das Neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart*, Teilbd. 1, *Staat und Politik*, München 2003, S. 635–1008, S. 806f.

47 Mario Rainer LEPSIUS, *Bundesrepublik*, in: *Nachkriegsgesellschaften im historischen Vergleich. Großbritannien – Frankreich – Bundesrepublik* (Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte), München/Wien 1982, S. 33–39.

Übergang zu einer „Institutionalisierung“ des Parteiensystems eingeleitet, zur Bildung einer Art „geschlossener Gesellschaft“ der „Großparteien“.⁴⁸ Die Aufsaugung der Interessen möglichst breiter Bevölkerungsschichten als Kriterium für die Volksparteien der Bundesrepublik Deutschland rangiert zumindest zeitlich vor den anderen Charakterisierungen, die für diesen Parteientypus ermittelt worden sind. Dazu zählen die gemeinsame Berufung dieser Volksparteien auf die „Solidarität der Demokraten“ gegen jedweden Radikalismus sowie die grundsätzliche Bereitschaft zur Koalition untereinander.⁴⁹ Politikwissenschaftler empfahlen folglich den Volksparteien, ihre Programme möglichst von trennenden Punkten zu entlasten, um eine gegenseitige Annäherung auf funktionaler Basis zu ermöglichen und einen gemeinsamen Grundkonsens zu erreichen, der dem Parteiensystem eine dauerhafte Stabilität verleihen würde. Diese Theorie wurde durch die Praxis allerdings nur sehr bedingt bestätigt. Vor allem zwischen den Unionsparteien und der SPD brachen immer wieder Grunddissense auf wichtigen Politikfeldern auf.

Eine gewisse Entideologisierung war schon für den ersten Bundestagswahlkampf kennzeichnend. Doch ging sie keineswegs mit einer Abflachung von Gegensätzen, sondern mit neuen Polarisierungen und Weichenstellungen einher. Herbert Wehner, Adenauers sonst eher galliger Gegner, sprach einmal das anerkennende Wort aus, der erste Bundeskanzler habe es zuwege gebracht, die Parteien im Deutschland der Nachkriegszeit neu aufzustellen. Hatten eine in ihrer Ideologie befangene Sozialdemokratie, ein das Dauer-Ressentiment pflegender Nationalismus und ein unentwegt die reine Lehre vertretender Liberalismus in Weimar nicht zur staatstragenden Einigkeit finden können, so argumentierten die Parteien schon im ersten Bundestagswahlkampf volksnäher, realistischer, flexibler und existentieller. Der Wahlkampf vor dem 14. August 1949 drehte sich hauptsächlich um zwei große, von den Wahlkämpfern noch zusätzlich vereinfachte Themen, die die Menschen nachvollziehen und mit denen sie sich identifizieren konnten: 1. Die christliche Weltanschauung stand gegen den weltanschaulichen Materialismus. 2. Die Soziale Marktwirtschaft, die, bewusst auf das Wohl der Menschen und gegen ein mechanistisches Verständnis von Wirtschaft ausgerichtet, mit den Gesetzen des Marktes vorgege-

48 So mit kritischem Unterton Ossip K. FLECHTHEIM, *Die Institutionalisierung der Parteien in der Bundesrepublik*, in: Zeitschrift für Politik 9 (1962), S. 97–110; vgl. ROWOLD, *Im Schatten* (wie Anm. 28), S. 52–63, S. 53.

49 So Rainer Barzel (CDU) im Bundestag am 21.10.1971. ROWOLD, *Im Schatten* (wie Anm. 28), S. 53; nach einem prophetischen Wort von Otto KIRCHHEIMER, *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, in: Politische Vierteljahresschrift 6 (1965), S. 20–41, barg die „Allerweltpartei“ aber auch die Gefahr, dem Staatsbürger zu wenig Halt und Orientierung zu bieten. Vgl. Alf MINTZEL, *Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch*, Opladen 1983; Wulf SCHÖNBOHM, *Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980*, Stuttgart 1985.

bene Spielregeln beachtete und Monopole aller Art ausschloss, wurde auf der Grundlage der Düsseldorfer Leitsätze der CDU (vom 15. Juli 1948) gegen die damals sehr populäre Planwirtschaft in Stellung gebracht. Als die Anwälte der höchst kontroversen Positionen traten die Unionsparteien, teils zusammen mit der FDP – so in der Großstadt Hamburg⁵⁰ – und die SPD für jedermann sichtbar in Erscheinung. Die Wahl vom 14. August geriet denn auch zu „einer Art Plebiszit über die Wirtschaftsordnung.“⁵¹

Personifiziert in Kurt Schumacher und Konrad Adenauer, platzten die beiden rivalisierenden Führungsansprüche der SPD und der CDU aufeinander.⁵² Gewissermaßen den Wahlkampf weiterführend, setzte Adenauer im Zusammenspiel mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard gegen beachtliche Widerstände aus der eigenen Partei die Entscheidung für die kleine Regierungskoalition zwischen den Unionsparteien und der FDP durch.⁵³ Adenauer gewann die Wahl zum Bundeskanzler am 15. September 1949 denkbar knapp nur mit einer Stimme Mehrheit; es war die des Abgeordneten Johann Wartner von der Bayernpartei.⁵⁴ Angesehene Politiker der CDU, Werner Hilpert in Hessen und Karl Arnold in Nordrhein-Westfalen, hätten es vorgezogen, die zu erwartende schwere Last der Regierungsverantwortung auf möglichst viele Schultern zu verteilen, das hieß Allparteienregierungen oder große Koalitionen einzugehen. Sie beriefen sich damit auf den im Nachkriegsdeutschland bereits vorherrschenden Regierungstypus. Denn nach den ersten Wahlen für die Landtage 1946/47 in den damals zehn Ländern bzw. Stadtstaaten (das Saarland eingeschlossen) waren überwiegend Regierungen der großen Koalition gebildet

50 Wahlbündnis für die Bundestagswahl vom 14.8.1949. Im Juli fand eine gemeinsame Wahlkundgebung von CDU und FDP in Hamburg mit Ludwig Erhard als Hauptredner statt. Jürgen WEBER, *Wähler und Gewählte. Der Kampf um Bonn*, in: Bayerische Landeszentrale (Hg.), *Geschichte der Bundesrepublik*, Bd. 3 (wie Anm. 1), S. 97–134, hier S. 110–116.

51 Hans-Peter SCHWARZ, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957*, mit einem einleitenden Essay von Theodor ESCHENBURG (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 2), Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 28f.

52 Bereits im März 1946 bei der ersten Begegnung Schumachers mit Adenauer. Günther SCHOLZ, *Kurt Schumacher*, Düsseldorf 1988, S. 142–146; Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 532–534.

53 Am 20. und 21.8.1949. Udo WENGST (Bearb.), *Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949*, Düsseldorf 1985, S. XXIVf., Nr. 17b und 18, S. 32–41.

54 Wartner stimmte entgegen dem Beschluss seiner Fraktion zur Stimmenthaltung, um durch die rasche und entschlossene Wahl des Bundeskanzlers ein Zeichen für die Demokratie zu setzen, wie er kurz vor seinem Tod (1963) mitteilte. Er stammte aus Scheibelsgrub bei Mitterfels, Bezirksamt Bogen in Niederbayern. In den 1920er Jahren war er Bürgermeister von Mitterfels und Landtagsabgeordneter des Bayerischen Bauernbunds gewesen. http://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Wartner (Abruf 17.10.2009). Vgl. SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 52), S. 630; WEBER, *Die Bundesrepublik* (wie Anm. 1), S. 182 (hier unzutreffend: Wartinger).

worden; es gab keine einzige auf den Unionsparteien und der FDP beruhende Regierungsbildung.⁵⁵

Adenauer passte mit seiner historischen Entscheidung für die Westintegration die Bundesrepublik Deutschland den zwingenden neuen Rahmenbedingungen des Ost-West-Konflikts und damit der Nachkriegs-Weltpolitik ein. Er wollte Sicherheit für Westdeutschland, aber auch neues Vertrauen bei den westlichen Demokratien erringen. Ludwig Erhards erfolgreiche Wirtschaftspolitik konnte vor diesem politischen, die Menschen auch psychologisch beeindruckenden Hintergrund erst gelingen. Der große Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien verlief bis Mitte/Ende der 1950er Jahre entlang dieser außen- wie innenpolitischen Hauptkonfliktlinien. Daraus resultierte als eine Art Grundmuster, das das politische Leben der frühen Bundesrepublik kennzeichnete, die Polarisierung zwischen einer starken Regierung und einer schon numerisch beachtlichen Opposition,⁵⁶ die im demokratischen Staat dadurch Stärkung fand, dass sie sich häufig der Unterstützung von Medien und Verbänden⁵⁷ erfreuen durfte. Nach einer neuen Untersuchung waren im 1. Bundestag (1949–1953) erstaunlicherweise bei der Verabschiedung von Gesetzesvorlagen die regierenden größten Parteien, die Unionsfraktion und die FDP, die „wichtigsten Kooperationspartner“ der stärksten Oppositionspartei, der Sozialdemokraten.⁵⁸ Dies geschah, obwohl die SPD programmatisch in vieler Hinsicht den anderen Oppositionsparteien näher stand als etwa den regierenden Unionsparteien. Parlamentarische Kooperation und demokratische Opposition schlossen einander also nicht aus.

Eine formale Ursache von anerkannter Bedeutung für die Konzentration des Parteiensystems war die Fünf-Prozent-Sperrklausel. Sie schrieb erst bei der zweiten Bundestagswahl von 1953 einer Partei den Gewinn von 5 % der Stimmen im gesamten Bundesgebiet vor, um im Bundestag vertreten zu sein, während es 1949 ausgereicht hatte, in einem der Bundesländer die Hürde von 5 % zu überspringen. Außerdem wurde ab dem 1. Januar 1952 die für den Fraktionsstatus im Bundestag vorgeschriebene Abgeordnetenzahl von zehn auf 15 Mandate erhöht. Deshalb schlossen sich die Bayernpartei, die Deutsche Zentrumspartei und der Südschleswigsche Wählerverband zur Fraktion der Föderalistischen Union zusammen. Beide Regelungen, auch die Ausdehnung der Sperrklausel, standen eigentlich im Gegensatz zu dem von den Unionsparteien

55 GNISS, *FDP. Freie Demokratische Partei* (wie Anm. 22), S. 47 Anm. 33.

56 Winfried BECKER, *Der Einfluß der Unionsparteien auf die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland*, in: Emiel LAMBERTS (Hg.), *Christian Democracy in the European Union [1945/1995]. Proceedings of the Leuven Colloquium, 15.–18.11.1995*, Löwen 1997, S. 225–241.

57 Vgl. Martin SEBALDT, *Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen*, Opladen 1997, S. 189f., S. 241–335.

58 KRANENPOHL (wie Anm. 2), S. 85–90.

theoretisch hochgehaltenen Föderalismus. Danach blieb den kleineren Parteien nur übrig, Wahlvereinbarungen mit den von ihnen bevorzugten größeren zu treffen, um Direktmandate zu erringen und so trotz der Fünf-Prozent-Hürde eigene Abgeordnete in den Bundestag zu bringen. Solche Wahlbündnisse schloss die CDU mit der DP und dem Zentrum ab. Auf lange Sicht hat die Fünf-Prozent-Klausel die Aufspaltung der deutschen Parteienlandschaft nicht verhindern können.

Die Vertreter der 1968er Revolution erhoben heftige öffentliche Anklagen gegen die angeblich reaktionären und restaurativen Parteien der Nachkriegszeit. Sie verkannten die staatstragende Bedeutung des in der frühen Geschichte der Bundesrepublik erreichten Konzentrationsprozesses und des damit einhergehenden, wenn auch zunehmend gefährdeten politischen Grundkonsenses. Es war nur zu einer ‚hinkenden‘ Wiederherstellung des weltanschaulichen Parteiensystems gekommen. Dieses wurde zusätzlich den technischen und strukturellen Fortschritts- und Wandlungsprozessen der (zweiten) Nachkriegsgesellschaft unterworfen, in denen die Parteien sich bewegten und die sie mit in Gang setzten. Die neue Bereitschaft zu einer möglichst breiten Vertretung materieller Interessen bis hin zu einem so vorher nie gekannten Aus- und Umbau der sozialen Sicherungssysteme begann – nach einigen Vorläufern – mit der Rentenreform („Dynamische Rente“) von 1957⁵⁹ und endete mit steuerfinanzierten Transferleistungen, die schließlich einen Löwenanteil am Staatshaushalt beanspruchten. Wegen dieser Wandlungsprozesse lassen sich die eingefahrenen Kategorien einer eher zur Vergangenheit oder zu Diktaturen passenden Parteiengeschichtsschreibung der Darstellung der Unionsparteien schwerlich zugrunde legen. „Konfessionelle Querelen“, die angebliche „Sammlung des bürgerlichen Lagers“ oder gar die „Blockbildung rechts von der SPD“⁶⁰ sind zur Charakterisierung des Wirkungskreises der Unionsparteien nur sehr begrenzt aussagekräftig. CDU und CSU waren als Volksparteien Neuerscheinungen, die, abgesehen von einem Vorläufer wie der Zentrumspartei, außerhalb der deutschen Parteitradition standen. Sie waren inhaltlich komplett geschieden von jenen ersten Tendenzen zu Groß- oder Volksparteien, die sich in der Koalitionsbereitschaft der nationalen Konservativen oder der Linksliberalen mit der Mehrheitspartei SPD 1918/19 gezeigt hatten. Sie bildeten erst recht keine Auffangbecken für die Rechtsextremen oder die früheren Anhänger des Nationalsozialismus.

Das von den Unionsparteien im Parlamentarischen Rat zunächst favorisierte relative Mehrheitswahlrecht nach englischem Vorbild ließ sich gegen innerpar-

59 Hans Günter HOCKERTS, *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Altierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957*, Düsseldorf 1980.

60 Frank BÖSCH, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart/München 2001, S. 73ff., S. 109ff., S. 139ff.

teiliche Hemmnisse und den Widerstand der SPD und der FDP nicht durchsetzen, sodass am 24. Februar 1949 ein „personalisiertes Verhältniswahlrecht“ beschlossen wurde. Es wurde aber kombiniert mit der Mehrheitswahl für die Hälfte der Abgeordneten (1949 40 : 60, 1953 50 : 50). Überhangmandate für die in den Wahlkreisen der Länder gewonnenen Direktmandate wurden zugelassen.⁶¹ Ein Mehrheitswahlrecht hätte schwerlich die Gefahr einer Parteidiktatur heraufbeschworen, lagen doch in der „Differenzierung der Entscheidungsebenen“, im Verbändebereich wie auf der Ebene des staatlichen Föderalismus,⁶² genügend Widerlager gegen einen etwaigen Einparteiensstaat oder die Vorherrschaft eines Bürgerblocks.

Der Rechts- und Linksextremismus nahm in Bonn, anders als in Weimar, keine den Staat gefährdenden Ausmaße an. Die rechts- und linksradikalen Parteien kehrten bei einer Wahlbeteiligung von 86 % schon nicht mehr in den 2. Bundestag von 1953 zurück, für Adenauer ein Beweis dafür, dass „das deutsche Volk bei den Wahlen ein hohes Maß an politischer Reife und politischer Urteilskraft bewiesen“ habe.⁶³ Die KPD war wegen der im kommunistischen Ostdeutschland herrschenden SED-Diktatur bei der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung gründlich und auf Dauer diskreditiert. Der Rechtsextremismus konnte den durch den Untergang des Dritten Reiches herbeigeführten „historischen Bruch“ nicht überwinden und „hielt sich auf einem wenig systemgefährdenden Niveau.“⁶⁴ In der konkreten Arbeit des Bundestages trat die Außenseiterrolle der links- und rechtsextremistischen Parteien klar zutage. „Die Kooperation der Kommunisten mit den anderen Fraktionen war praktisch gleich null [...]“.⁶⁵

Viele Historiker sehen die lange Regierungszeit der Unionsparteien seit 1949, zumal die Ära Adenauer, überschattet von dem Autoritarismus des ersten

61 Wahlgesetze vom 15.6. und 5.8.1949, § 10; Bundeswahlgesetz von 1956 § 6. Vgl. Wolfgang SCHREIBER, *Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag. Kommentar zum Bundeswahlgesetz*, 7. neu bearb. u. erw. Aufl., Köln u. a. 2002, S. 213–216; WEBER, *Wähler* (wie Anm. 50), S. 102f.; Eckhard JESSE, *Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1983)*, Düsseldorf 1985, S. 91–113; Erhard H. M. LANGE, *Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956*, Meisenheim am Glan 1975.

62 LEPSIUS, *Bundesrepublik* (wie Anm. 47), S. 34–37.

63 Konrad ADENAUER, *Die Erklärung der Bundesregierung vom 20. Oktober 1953*, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), *Deutschland im Wiederaufbau. Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1953*, Bonn o. J., S. 5–16, S. 5.

64 Uwe BACKES, *60 Jahre Extremismus in Deutschland*, in: Uwe BACKES/Eckhard JESSE (Hg.), *Jahrbuch Extremismus und Demokratie 20* (2008), S. 13–44, S. 14, S. 17, S. 19.

65 KRANENPOHL (wie Anm. 2), S. 89.

Bundeskanzlers.⁶⁶ Doch die Einbeziehung einer Perspektive der *longue durée* sollte davor warnen, einen Regierungsstil nur an der idealtypischen Elle der perfekten Demokratie zu messen. Adenauers oft autoritäres Handeln mag gewissermaßen historisch gerechtfertigt erscheinen, wenn man bedenkt, welchem Unheil die Weimarer Parteien die Bahn bereiteten, wenn sie ideologische oder parteitaktische Interessen in den Vordergrund stellten oder die Führungsverantwortung scheuten und den inneren Konsens nicht fanden, der zur Abwehr der sehr starken antidemokratischen Kräfte und Gegenentwürfe nötig gewesen wäre. Der Blick auf Adenauers Regierungsstil offenbart aber nur Teilaspekte der Wirklichkeit. Insgesamt vollzog sich schon während der Adenauer-Ära der 1950er Jahre eine „Fundamentalreform“ der deutschen Politik und Gesellschaft⁶⁷, eine „Wiederaufbau-Revolution“ (Martin Broszat). Sie war nicht nur eine Frucht der vielen privaten Initiativen, die aus „der durcheinandergeschüttelten deutschen Nachkriegsbevölkerung“ hervorgingen,⁶⁸ sondern auch der von den staatstragenden Parteien geleisteten Bündelung der politischen Entscheidungen – kein Weimarer Modell mehr. Anders als der Weimarer Staat wurde die Bundesrepublik nicht mit dem Sturz eines vorangegangenen Staatswesens intern belastet, d. h. zu ihren Ungunsten an einem angeblich besseren Vorgänger gemessen, sondern gewann als demokratischer Staat Ansehen bei ihren Bürgern, weil sie den Aufstieg aus der Katastrophe des Dritten Reiches verkörperte. Sie entfaltete ein verlässliches demokratisches Parteienspektrum, während sich die Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und Linksliberalen dem Ansturm der der Republik feindlich oder fremd gegenüberstehenden Kräfte nicht gewachsen gezeigt hatte.⁶⁹ Auch brachten viele Führungskräfte und darüber hinaus eine ganze Anzahl politisch tätiger Frauen und Männer aus dem zweiten und dritten Glied bei den verschiedenen Parteien ihren christlichen Glauben, ihre erprobten Loyalitäten und ihre Erfahrungen

66 Vgl. Udo WENGST, *Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1984, S. 292–295, aber auch die Beiträge von wichtigen Zeitzeugen (Rainer Barzel), die die „demokratische politische Führung“, die Adenauer gegenüber dem Kabinett und der Unionsfraktion praktiziert habe, hervorheben. Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Konrad Adenauers Regierungsstil* (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 11), Bonn 1991, S. 48ff.; Adenauers Diskurskunst dokumentiert bei Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953*, 2. Aufl., Stuttgart 1986 (mit den Folgebänden).

67 Hans-Peter SCHWARZ, *Reformimpulse in den neunziger Jahren oder: Der Reformier Helmut Kohl. Beobachtungen und Fragen*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 17 (2010), S. 247–268; die umfangreiche Literatur zu dieser Problematik ist angeführt bei MORSEY, *Bundesrepublik* (wie Anm. 32), S. 48, S. 118, S. 207f.; vgl. auch Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963*, 2. Aufl., Darmstadt 1988.

68 Martin BROSZAT, *Einführung*, in: *Nachkriegsgesellschaften* (wie Anm. 47), S. 12.

69 Fritz Rene ALLEMANN, *Bonn ist nicht Weimar*, Köln/Berlin 1956, S. 15, S. 428–434.

aus der ersten Republik in die politische Neugestaltung ein. Das Eingreifen der Westalliierten sorgte zudem dafür, dass wiederbelebte Traditionen des deutschen Parteiwesens eine Synthese mit dem westeuropäisch-angloamerikanischen Parteien- und Parlamentsverständnis eingingen.⁷⁰ Es wäre schlimm, diese politische Kultur durch einen Rückfall in das von Radikalismen zersetzte Weimarer Parteiensystem zu verspielen und wiederum einer – nunmehr anders maskierten – inneren Aushöhlung der Demokratie zu erliegen.

⁷⁰ Michaela RICHTER, *The Basic Law and the Democratic Party State. Constitutional Theory and Political Practice*, in: Detlef JUNKER/Manfred E. BOEMEKE/Janine MICUNEK (Hg.), *Cornerstone of Democracy. The West German Grundgesetz, 1949–1989* (Occasional Paper 13), Washington D. C. 1995, S. 37–71.

„Bildung“ in den Grundsatzklärungen der Parteien im Deutschen Bundestag

Von Jörg-Dieter Gauger

„*Wo bleibt das Positive?*“

Bei der Durchsicht einschlägiger Schlagzeilen aus dem Frühjahr 2010, und das ließe sich mit der wieder aufbrechenden Schuldebatte im Gefolge des Hamburger Volksentscheids vom 18. Juli 2010 ohne Mühe über den Sommer fortschreiben, verging kaum ein Tag, an dem uns nicht negative Signale aus dem deutschen Bildungswesen und über das deutsche Bildungswesen erreichten. Da berichtet Harald Martenstein im „Tagesspiegel“ vom 18. April 2010 über einen Berliner Grundschultest, bei dem Lehrer aus sogenannten Problemkiesen sich weigern, ihn ihren Schülern zuzumuten, weil diese nicht einmal die Fragen verstehen, geschweige denn die Antworten geben könnten. Da wissen unsere Schüler zu wenig oder Falsches über Ökonomie¹, haben jedenfalls im Grundschulbereich schlechte Mathematiklehrer² und bekommen in einer Größenordnung von über 1,1 Millionen Schülern Nachhilfe.³ In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 15. Mai erscheint ein Bericht über die Benachteiligung von Jungen und die Frage, ob wir nicht zu viele weibliche und zu wenig männliche Lehrer an den Schulen hätten – Antwort: Das habe keinen Einfluss.⁴ Betriebe weisen darauf hin, dass eine erkleckliche Zahl von Lehrstellenbewerbern nicht ausbildungsreif sind. Um dies zu verbessern, will die Bundesbildungsministerin „Bildungslotsen“ einsetzen. Dabei ist der Gedanke sicher richtig, dass persönliche Betreuung am ehesten weiterhilft. Die mit großen Ankündigungen versehene und politisch forcierte Bologna-Reform ist gemessen an ihren Zielen schwer ins Kreuzfeuer geraten⁵, die soziale Disparität im Bildungswesen hat sich nur leicht verringert⁶, und die Technischen Hochschulen wollen den

1 Lisa BECKER, „Schlechte Noten für die Schulbücher“, in: FAS vom 3.4.2010.

2 Vgl. Wolfgang LUEF, „Wenn der Lehrer an den Hausaufgaben scheitert“, in: SZ vom 16.4.2010.

3 Vgl. Lisa BECKER, „Gelernt wird am Nachmittag“, in: FAZ vom 24.4.2010; Christian GEYER, „Der Schwarzmarkt der Bildung“, in: FAZ vom 19.5.2010.

4 Jeanne RUBNER, „Das Prinzip Mann“, in: SZ vom 15./16.5.2010.

5 Vgl. nur WamS vom 9.5.2010: „Extra Bachelor & Master“; Interview mit Jörn Meyn, in: FAS vom 16.5.2010: „Ich kann nicht monatelang Foucault lesen“; Deike UHTENWOLDT, „Wechseln schwergemacht“ in: FAS vom 15.5.2010; Jürgen KAUBE, „Die Learning Outcomes lassen noch zu wünschen übrig“, in: FAZ vom 19.5.2010; kritisch auch George TURNER, „Verkorkste Universitäten“, in: WamS vom 16.5.2010.

6 „Herkunft entscheidet über Studium“, in: FAZ vom 24.4.2010; Gerald WAGNER, „Hochschulreife als Hochschulpflicht“, in: FAZ vom 19.5.2010.

„Dipl.-Ing.“ retten.⁷ Schließlich forderte ein vormaliger Ministerpräsident angesichts der aktuellen Schuldenkrise, man dürfe auch den Bildungsbereich von Kürzungen nicht ausnehmen⁸, was die hessischen Hochschulen schon jetzt zu spüren bekommen.⁹ Schließlich scheiterte im Juni 2010 der dritte „Bildungsgipfel“ an der Finanzierungsfrage.¹⁰ Man ist versucht, mit Erich Kästner auszurufen: „Wo bleibt das Positive?“ Ja, wo bleibt es? Aber das gibt es natürlich auch, das Positive: etwa die – keineswegs neue – Erkenntnis, dass kleinere Klassen auch nicht zu besseren Lernleistungen führen oder dass Sachsen den Zugang zum Gymnasium erschwert¹¹ und damit andere Schulformen aufwertet oder das von der Bundesregierung übernommene Stipendienprogramm, womit sich ja die überfällige Einsicht verbindet, nicht nur den Tunnelblick nach unten richten zu müssen, sondern auch Spitzenleistungen fördern zu dürfen¹²; man darf nur hoffen, dass die Wirtschaft sich als spendenfreudig erweist. Oder dass der genannte Ministerpräsident sofort auf Kritik nicht nur seiner Kollegen, sondern auch der Medien stieß¹³, obwohl nachgewiesenermaßen mehr Geld im bestehenden Verteilungssystem nichts bringt.¹⁴ Aber daran, dass man an Bildung und Ausbildung und gerade an der so ambitioniert vorangebrachten frühkindlichen Bildung nicht sparen dürfe – so allen voran Bundeskanzlerin Angela Merkel –, wird freilich auch wieder einmal deutlich, dass der Begriff „Bildung“ in Deutschland eine quasi-religiöse Dimension mit sakraler Beschwörungs- und Erlösungsfunktion besitzt, die geradezu allergisch auf Gegenargumente reagiert.

Was man durchgängig vermisst, ist eine von „unten“ nach „oben“ verzahnte Gesamtschau unseres Bildungswesens, das ja noch bis in die 1960er Jahre des letzten Jahrhunderts auch nach Ansicht von OECD-Repräsentant Andreas Schleicher als „weltweit führend“ galt, und damit verbunden eine Bildungspolitik „im gleichen Guß“, wie sie Wilhelm Hahn einmal Wilhelm von Humboldt zuschrieb und für seine Epoche erneut forderte.

7 Vgl. „Der Streit um den Dipl.-Ing.“, Leserbriefe in: FAZ vom 24.4.2010.

8 Zur unterstellten Begründung Frank SCHIRRMACHER, „Roland Kochs Wette“, in: FAS vom 16.5.2010.

9 Hinweis in der FAZ vom 19.5.2010: „Hochschulpakt unterzeichnet“.

10 Siehe Bericht und Kommentar in der SZ vom 12.6.2010.

11 Heike SCHMOLL, „Eine Tür geht zu, andere gehen auf“, in: FAZ vom 29.4.2010.

12 Vgl. auch Florian EDER, „Elitenförderung ist sozial“ in: „Die Welt“ vom 19.6.2010; zustimmend der Kommentar von Michael STÜRMER, „Endlich Elite“, in: „Die Welt“ vom 10.7.2010.

13 Kritisch: Alan POSENER, „Ohne Bildung kein Bürgertum“, in: WamS vom 16.5.2010.

14 Vgl. Wienand VON PETERSDORFF, „Mehr Geld für die Bildung bringt nichts, in: FAS vom 23.5.2010.

Zwischen Gebühren und „Einheitsschule“

Dieses Defizit fällt besonders dann auf, wenn „Bildung“ in Wahlkämpfe und Medien gerät. Natürlich kann man Politik auf Marketing reduzieren oder technokratisch verstehen, als Wechselspiel von Problemen, die sich ergeben, und Lösungen, die darauf pragmatisch, möglichst nachhaltig, handwerklich solide antworten. Das gilt auch für die Bildungspolitik, und so begegnet sie ja auch im Tagesgeschehen, im Streit der Parteien wie jüngst im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen und in den solche Debatten begleitenden Medien. Zwar gibt es auch im alltäglichen Umgang immer wieder die allgemeinen Standardbegründungen für den Wert von Bildung: sie sei unser Rohstoff in den Köpfen, Motor wirtschaftlicher Innovationen, Weg zur Integration und/oder zum persönlichen Aufstieg. Aber was Bildung heute eigentlich sei oder reduzierter, was v. a. Schulbildung, was Hochschulbildung eigentlich sei, das geht unter in Debatten um Lehrerzahlen oder Unterrichtsausfall. Besonders beliebt ist der Gebührenstreit, um Gebühren ja oder nein und/oder wie hoch, von der Kita bis zur Hochschule, wobei immer derjenige sich einen emotionalen Vorteil verschafft, der keine oder wenige Belastungen verspricht. Dies geschieht, obwohl jeder weiß oder doch zumindest ahnt, dass angesichts der aktuellen Finanznot der Länder und Kommunen finanzielle Ausfälle auf der einen Seite durch Ausfälle auf der anderen Seite kompensiert werden müssen. Das scheint, bezogen auf die Abschaffung von Studiengebühren, sogar bei Rot-Grün in NRW anzukommen.

Wäre genug Geld da, ließe sich der Streit um Finanzierungsfragen lösen, ohne dass dahinter tiefere weltanschauliche Differenzen erkennbar würden. Da dies offensichtlich nicht der Fall ist, sondern der Kassenlage geschuldet, muss man eben Betroffenheit schaffende Argumente vorziehen wie etwa: Die Putzfrau finanziere den Akademiker, also das Gerechtigkeitsargument, oder: Studiengebühren schreckten sozial schwache Schichten ab, also das soziale Argument, oder der allgemeine Hinweis: Bildung sei keine „Ware“ (SPD), was sie natürlich heute auch und in steigendem Maße ist.

Bei der anderen großen Streitfrage, die Differenz begründet – Einheitsschule versus gegliedertes Schulsystem – verhält es sich schon anders, hier spielen weltanschauliche Grundentscheidungen hinein. Aber auch hier werden Begründungen nicht deutlich. Wer am 20. April 2010 in zwei Nachrichtensendungen des deutschen Fernsehens zum Thema Schule hineingeschaut hat, kann nur noch für das gemeinsame Lernen bis Klasse 7 Sympathie entwickeln und natürlich auch für eine möglichst breite Inklusion behinderter Kinder in das Regelschulsystem. Stimmen derjenigen, die davor warnen, solche Vorstellungen umzusetzen, vor allem das Gymnasium auf diese Weise weiter zu amputieren, werden schon visuell zu Negativfiguren, die nur ihre Mittelschichtprivilegien wahren wollen. Die einzige Begründung dafür: Eine beeindruckende

Länderkarte Europas mit Fähnchen, die belegen sollten, dass Deutschland alleine stehe und seinen Sonderweg endlich aufgeben solle.

Wenn man daher jenseits des Austausches von holzschnittartigen Positionen eine Gesamtschau und halbwegs verbindliche Begründung sucht, muss man tiefer ansetzen, und das geht nur über die Grundsatzklärungen der Parteien¹⁵, ungeachtet des Eindrucks, dass sich dort auch viele lyrische Passagen finden und nicht immer ein systematisches Nach- und Nebeneinander der Gedanken.

Auch dieser Ansatz stößt sicherlich an Grenzen, in unserem Falle etwa an die der pädagogischen Wissenschaft, die zu Rate gezogen wird, aber ihrerseits trotz aller empirischen Bemühungen ohne eine Bildungsphilosophie nicht auskommen kann¹⁶, wenn sie nicht nur das Sein bilanziert, sondern normativ werden will. Dann wird der wissenschaftliche Konsens zu einem numerischen, denn „die Antwort auf die Frage, ... welche Aufgaben durch wissenschaftliche Tätigkeit erfüllt werden *sollen*, kann ... wissenschaftlich nicht gegeben werden; die Antwort beruht auf einer subjektiven bzw. ... intersubjektiven Entscheidung, auf einer Konvention beteiligter Wissenschaftler“ (Lutz Rössner).¹⁷ Einfacher ausgedrückt: Wer hat die meisten Erziehungswissenschaftler auf seiner Seite, die für ihn eintreten? An Grenzen stößt sicher auch die Prognosefähigkeit von Soziologen und Politikwissenschaftlern, von der von Ökonomen angesichts der aktuellen Lage eher zu schweigen. Gleiches gilt natürlich für die Verbände, die hier einflussnehmend tätig werden und ihre vorgängigen Überzeugungen wiederfinden wollen. Immerhin: Da ein sinnvolles Verständnis von Bildung sich ja nicht nur auf Finanzprobleme oder Schulstrukturen beschränken lässt, sondern zunächst einmal mit Bildungszielen und Bildungsinhalten zu tun hat, wird man zumindest erwarten können, dass Grundsatzklärungen dafür etwas hergeben und sich dort auch grundsätzliche weltanschauliche Differenzen erkennen lassen. Denn zu allen Zeiten beruhen und beruhen Bildungsziele und Bildungsinhalte auf religiös, philosophisch oder naturwissenschaftlich begründeten Menschenbildern, auf die jeweilige Gesellschaftsfor-

15 CDU: *Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland*, 2007; CSU: *Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten*, 2007; FDP: *Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft*, 1997; SPD: *Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD*, 2007; B'90/DIE GRÜNEN: *Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*; LINKE: *Programmatische Eckpunkte*, 2007.

16 Dazu Volker LADENTHIN, *Pädagogische Empirie aus bildungsphilosophischer Sicht*, in: Jörg-Dieter GAUGER/Josef KRAUS (Hg.), *Empirische Bildungsforschung – Notwendigkeit und Grenzen*, Sankt Augustin/Berlin 2010, S. 81–102; s. allgemein und trefflich Hermann GIESECKE, *Pädagogik – quo vadis?* Weinheim und München 2009.

17 Vgl. Jörg-Dieter GAUGER, *Die Inhaltsdebatte als Zentrum der Debatte um die „gute Schule“ – Beobachtungen zum Verhältnis von Bildungspolitik, Bildungsforschung und Erziehungswissenschaft*, in: Antonius HANSEL (Hg.), *Schulprofil und Schulqualität. Perspektiven der aktuellen Schulreformdebatte* (Schulpädagogik 3), Herbolzheim 2001, S. 41–69.

mation prägenden Bildungsidealen und auf Erwartungen an Gegenwart und Zukunft, auf welche die heranwachsende Generation vorbereitet werden soll. Also wird man Aussagen erwarten über das jeweilige Menschenbild, das „moderne“ Bildungsideal, über zukünftige Entwicklungen, die bewältigt werden wollen, sowie über die Fähigkeiten, über die heute ein „gebildeter“ (und „erzogener“) Mensch verfügen sollte¹⁸, vor dem Hintergrund des zeitunabhängigen pädagogischen Paradoxon, für eine Zukunft bilden und erziehen zu müssen, die wir heute noch nicht kennen. Man wird überdies Auskunft erwarten über die zugeschriebenen Leistungen der verschiedenen Bereiche, die an diesem Prozess beteiligt sind: Familie, Schule, Hochschule, Wirtschaft.

Zukunft als extrapolierte Gegenwart

Natürlich müssen alle Parteien Vorstellungen von der Zukunft formulieren, mal eher dramatisierend wie die LINKE, wenn sich durch sie nichts ändern sollte, wofür sie sich jetzt „auf den Weg macht“, mal appellativ-zupackend wie die „Aufbrüche“ von B'90/DIE GRÜNEN, ansonsten eher gelassen-evolutionär, wobei diese Zukunft naturgemäß von Defiziten oder Problemlagen der Gegenwart geprägt ist, auf die die Parteien jetzt Antworten geben wollen. Dabei extrapoliert man das, was schon jetzt als Trend erkennbar bzw. unterstellt wird und wovon man annehmen wird, dass die so diagnostizierten Trends in Zukunft eine Rolle spielen und Lösungen verlangen. Unter „Herausforderungen unserer Zeit“ bzw. „die neuen Herausforderungen“ nennen CDU und CSU die demographische Entwicklung, Globalisierung, Klimawandel („die bedrohte Schöpfung“ bzw. „gefährdete Lebensgrundlagen“); die CDU bezieht die „Anforderungen der Wissensgesellschaft“, die CSU den „Irrweg Versorgungsstaat“ in diese „Herausforderungen“ ein und bekennt sich zur „Verantwortung und Vorsorge für die Nachkommen“. Die SPD nennt unter „Die Zeit, in der wir leben“ den Klimawandel, die Globalisierung, den „Umbruch in der Arbeitswelt und Gesellschaft“, wobei hier Bildung insofern hineinspielt, als „Qualifikation und Wissen ... immer wichtiger [werden]“, und schließlich die Vertrauenskrise der Demokratie („Demokratie und Politik“). B'90/DIE GRÜNEN („Herausforderungen in einer veränderten Welt“) nennen „Ökologische Herausforderung, Globalisierung, neue Informationstechnologie, Bio- und Gentechnologie, demografischen Wandel, Migration und Veränderungen im Geschlechterverhältnis“. Für die LINKE ist das Kardinalziel die „sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eindämmung des Kapitalismus“ und letztlich seine Trans-

18 Roman HERZOG hat in seinem Buch „*Wie der Ruck gelingt*“, München 2005, S. 87 an diesen einfachen Sachverhalt erinnert: „Eine wirkliche Reform der Bildungsinhalte ... setzt zumindest Idealvorstellungen über das voraus, was ein moderner Mensch an Wissen benötigt, um einerseits als ‚gebildet‘ zu gelten und andererseits den Anforderungen der Zeit gerecht werden zu können.“

formation, denn aus ihm erwachsen alle Probleme: „Marktradikalismus, Massenarbeitslosigkeit, Zerstörung der Natur, Klimawandel, Geschlechterungerechtigkeit“, „profitbestimmte private Verfügung“, Privatisierung eigentlich öffentlicher Aufgaben, „patriarchalische und rassistische Unterdrückung“ usf. Die FDP konzentriert sich – in ihren Augen – auf freiheitsbedrohende Defizite: Arbeitslosigkeit, Gefälligkeitspolitik, Überforderung des Staates mit Subventions- und Vollkaskomentalität, Unfinanzierbarkeit.

Die Antworten bestehen darin, dass man das in den eigenen Augen Wünschenswerte formuliert, also die Zielvorstellungen und Instrumente bei der Bewältigung der Zukunft, wobei dieses Wünschenswerte mit der gesellschaftlichen Gegenwart insofern kontrastiert wird, als deren Realität – konkret das politisch-gesellschaftliche System – entweder dem Wünschenswerten so krass widerspricht (LINKE), dass sie im Sinne der erwünschten Zukunftsgestaltung aufgehoben werden müsse („Eine andere Welt ist nötig“), oder doch – graduell unterschiedlich bewertet – evolutionäre Fortentwicklung zulässt, auch wenn hier weiterhin „Kampf“ angesagt ist.¹⁹ Die Entwicklung Deutschlands nach 1945 bis zur Gegenwart bewerten CSU und CDU als „Erfolgsgeschichte“ Bayerns bzw. Deutschlands, die FDP nennt sie positiver als „je zuvor in der Geschichte“; die SPD verweist nur auf „ihre“ Erfolge²⁰, B'90/DIE GRÜNEN „haben ... gemeinsam viel erreicht und noch mehr vor“. Bei der Schulpolitik geht es bei den „linken“ Parteien allerdings um einen grundlegenden Systemwechsel (s. u.). Aus der graduell unterschiedlichen bis ablehnenden Bewertung des Bestehenden leitet sich unmittelbar ab, dass nur die Unionsparteien – hier explizit die CDU – „die bürgerlichen Werte und Tugenden stärken [wollen], die unser Land erfolgreich gemacht haben“. Für die LINKE ist es eben gar keine oder noch keine – daher in der Zukunft erst – herbeizuführende „Erfolgsgeschichte“.

Die CDU schließt sechs Politikfelder an, die CSU zwölf, die SPD acht, B'90/DIE GRÜNEN sieben, wobei sie das eigene Thema „Geschlechtergerechtigkeit“ mit der SPD teilen, das eigene Lemma „Wissensgesellschaft“ mit der CDU. Die LINKE schließt acht Politikfelder an, darunter „Ein Neubeginn für Ostdeutschland“; die FDP (Teil III) 15 Politikfelder, ergänzt (Teil IV) durch das „Prinzip Verantwortung für die nächsten Generationen“. Unter diesen Politikfeldern figuriert Bildungspolitik bei allen Parteien jeweils als eigenes Kapitel, allerdings unterschiedlichen Umfangs und unterschiedlicher Zuordnung. Wollte man den Umfang in Beziehung setzen zur Bedeutung, die dem Bildungsbereich zugemessen wird, so liegt die CSU bei Schulen wie Hochschulen

19 SPD S. 5: „Die Zukunft ist offen – voll neuer Möglichkeiten, aber voller Gefahren. Deshalb müssen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit demokratisch erkämpft werden.“ „Kampf“ ist auch bei der LINKEN (S. 2) angesagt.

20 Zitate: LINKE S. 3, S. 4ff. – CSU S. 8. – SPD S. 9f.

vorne, dicht gefolgt von B'90/DIE GRÜNEN, dann von CDU und SPD, die LINKE bietet 1½ – allerdings eng bedruckte – DIN A 4-Seiten. Auch die Zuordnung differiert: Die FDP schließt Bildung an Kultur an, die CDU integriert Bildung und Kultur – wie auch die LINKE („Medien und Kultur“) – und schließt an das Familienkapitel an, letzteres ist auch bei der CSU, der LINKEN und – in größerem Abstand, da Kinder allgemein unter „emanzipative Sozialpolitik“ fallen – bei B'90/DIE GRÜNEN der Fall, während die SPD wiederum Bildung und Familie in einem gemeinsamen Kapitel integriert.

Menschenbilder: Äußerliche Übereinstimmungen

Bezogen auf das Menschenbild (CSU „unser Menschenbild“; CDU: „Menschenbild und Grundwerte“; SPD: „Unser Bild vom Menschen“; auf den Begriff verzichten hingegen die FDP, B'90/DIE GRÜNEN und die LINKE, obwohl sich natürlich übereinstimmende Elemente dafür finden lassen) gibt es schon deswegen äußerliche Übereinstimmungen in der Zieldimension, weil es sich um heute allgemein akzeptierte Selbstverständlichkeiten handelt, die sich schon aus dem Grundgesetz ergeben. Die damit verbundenen Kataloge sind daher weithin austauschbar und brauchen nicht weiter begründet zu werden, nur Gewichtung und Akzente können anders gesetzt sein: Bekenntnis zur Menschenwürde – nur die LINKE verzichtet auf den Begriff –, zu den Menschenrechten, zur Freiheit, zur Selbstbestimmung, zur Gerechtigkeit (bei der LINKEN durch Gleichheit ersetzt; die SPD hält am Gerechtigkeitsbegriff fest, will ihn aber konkretisieren u. a. durch „mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht“²¹), zur Demokratie usf. Begründungsprobleme aufwerfen könnte nur der Zusammenhang von Freiheit und sozialer Verantwortung. Die Begründung für diesen als unauflösbar bezeichneten und benötigten Zusammenhang wird umso wichtiger, als die sich abzeichnende gesellschaftliche Entwicklung ein immer höheres Maß an sozialer Verantwortung – realisiert als Solidarität – aller erfordert.

Unterschiedliche Akzente, die in diesem Kontext nicht im Einzelnen verfolgt werden können, sondern nur auf die Bildungsproblematik im weitesten Sinne bezogen werden, lassen sich aus den unterschiedlichen Begründungszusammenhängen des Wertebezugs ableiten.

Auch die LINKE will „grundlegende Wertorientierungen“ wie „Freiheit, Gleichheit, Demokratie“, aber ihr Menschenbild bestimmt sich aus ihrem Bild der Gesellschaft, und die ist gegenwartsbezogen durchgängig negativ bewertet: neoliberal, kapitalistisch, rassistisch, undemokratisch usf., das ganze anta-

21 Wie sie das ohne gezielte Umverteilung bewerkstelligen will, bleibt allerdings unklar, zumal das nicht „Gleichmacherei“ sein soll: „Menschen sind und bleiben verschieden.“ Aber wieso sind „Lebenswege (hierzulande?) von vornherein festgelegt“? (S. 16).

gonistische Arsenal marxistischer Kritik wird entfaltet²², und es gilt, sie eben durch die Politik der LINKEN in eine neue Gesellschaft zu überführen. Bezeichnend ist folgender Satz: „Aber Wirtschaft und Politik verschlechtern ihre [der Jugend] Zukunftschancen seit Jahren *systematisch* durch eine verschärfte Auslese im Bildungssystem, durch eine ungenügende Anzahl an Lehrstellen und durch Entmündigung von jungen Erwachsenen unter 25 Jahren (Hartz IV).“ Auf Klassenkampf von „oben“ kann nur Klassenkampf von „unten“ antworten, insofern ist der Mensch, der da gefordert ist, um dies in die Realität umzusetzen, jemand, der dieses Gesellschaftsverständnis teilt und am kollektiven „Kampf“ gegen die bestehende Gesellschaftsordnung aktiv teilnimmt. Das abzuleitende Menschenbild schließt eine Absage an eine individualistisch bezogene Persönlichkeitsbildung a priori ein, kann sich vielmehr nur auf den Typus des sozialistischen Kämpfers beziehen. Denkt man diesen Ansatz zu Ende, so würde daraus ein Bildungswesen folgern, das diesen Typus, eben den „demokratischen Sozialisten“, hervorbringt.

Die SPD als „linke Volkspartei“ mit dem Ziel des „demokratischen Sozialismus“ begründet ihr „Bild vom Menschen“²³ aus ihren „Wurzeln“, wobei es sich dabei nur um ein gegenüber dem Vorgänger etwas abgespecktes, vielfältiges Angebot mit Auswahlmöglichkeiten handelt: „Judentum und Christentum, Humanismus und Aufklärung, marxistische Gesellschaftsanalyse und Erfahrungen der Arbeiterbewegung“, ergänzt um „wichtige Impulse der Frauenbewegung und de[r] neuen sozialen Bewegungen“. Dabei bleibt offen, wie sich Christentum und Marxismus verbinden lassen, aber noch bemerkenswerter ist für unseren Kontext der hier vertretene Zusammenhang von Individualität und Sozialität. Zwar ist der Mensch auch auf „Kooperation angelegt und zur Kooperation bereit“. Aber, das ist nicht naturwüchsig, geht nicht von selbst, daher: „Die Demokratie stützt die Kooperationsbereitschaft durch ihre Institutionen, sie organisiert Solidarität über unterschiedliche soziale Lagen, Generationen und Herkünfte hinweg.“ Denn die SPD hält den Menschen nicht nur für gut, sondern bleibt realistisch: „Der Mensch, weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt, ist lernfähig und vernunftfähig. Daher ist Demokratie möglich. Er ist fehlbar, kann irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig.“ Zwar wird nicht klar, warum Demokratie vor Fehlbarkeit schützen soll, aber immerhin: „lernfähig und vernunftfähig“, das müsste sich auch im Bildungssystem irgendwie niederschlagen. Denn der „rechte Gebrauch der Vernunft“ ist ja wohl nur über einen entsprechenden Bildungsprozess zu erreichen.

22 Nach einem Hinweis in „Die Welt“ („Linke kritisieren eigenes Parteiprogramm“) vom 8.5.2010 soll eine Gruppe innerhalb der LINKEN von einem „im Grunde neokommunistische[n] Politikverständnis“ gesprochen haben.

23 SPD S. 13f.; vgl. auch S. 31.

B'90/DIE GRÜNEN berufen sich auf „linke Traditionen, wertkonservative und auch solche des Rechtsstaatsliberalismus“ und zugleich auf „Christinnen und Christen“, die „in Ost und West an der Entwicklung“ der Partei „aktiv beteiligt“ waren, und unterstreichen: „Als Vernunftwesen ist der Mensch in der Lage zu einem verantwortlichen Leben in Selbstbestimmung“. Das ist sicher richtig. Aber wieso lebt „Solidarität durch selbstbewusste Individuen“? Zu Ende gedacht, lässt sich ein solcher Individualansatz gar nicht durchhalten – auch wenn man noch so sehr auf einen „Gutmenschen“ setzen würde –, zumal „Freiheit an rechtliche soziale Voraussetzungen gebunden [ist]“, und die müssen natürlich hergestellt werden, so dass dem Staat – etwas unklar formuliert – zwar keine „bevormundend-fürsorgliche“, aber auch keine Nachtwächter-, sondern eine im Zusammenspiel mit gesellschaftlichen Kräften gestaltende Rolle zukommen soll, etwa im Kontext der Herstellung von Gerechtigkeit.²⁴

Als Vollstrecker einer „Philosophie der Freiheit“ seit dem Kampf gegen den Absolutismus sieht sich die FDP²⁵ und stellt die größtmögliche Freiheit des Einzelnen in den Mittelpunkt, muss diese aber durch – freiwillige – „Mitverantwortung für andere“ ergänzen. Denn auch hier realisiert sich die Maxime „Freiheit ist Verantwortung“ sicher nicht von selbst, sondern nur über eine Individualethik, die als „moralisches Gesetz in uns“ präsent ist und verhindert, dass Freiheit zu Egoismus und Willkür wird. Insofern ist der Satz konsequent: „Bildung schafft das ethische Gerüst für die Bürgergesellschaft.“ Die Frage ist nur, ob und wie sie das leisten kann.²⁶

Für die Unionsparteien stellt sich das Begründungsproblem in dieser Form nicht. Sie greifen beide zwar ebenfalls zurück auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur, aber die Letztbegründung leistet das „christliche Menschenbild“, aus dem sich nicht nur eine realistische Anthropologie²⁷, sondern auch eine tiefere und bindende Verpflichtung ableiten lässt, als es nichttranszendente Ansätze leisten können. Daher erscheinen soziale Verantwortung (CDU: „vor Gott und seinem Gewissen“) und Solidarität nicht unvermittelt zur Freiheit, nicht nur als kontingente Selbstverpflichtung oder gesellschaftlich-institutionell – also durch äußeren Zwang – verfügt, sondern letztlich als religiös gebotene sittliche (Christen-) Pflicht („Pflicht zur Solidarität“) jedes Einzelnen, der als sittliches Subjekt gedacht wird. Da auch die Unionsparteien wissen, dass Leitbild und Realität keineswegs zur Deckung kommen, (z. B. „Absolute Gerechtigkeit ist nicht erreichbar“), ja der Mensch altmodisch gesprochen „sündig“ ist (CDU: „Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt“), zumindest

24 B'90/DIE GRÜNEN S. 13.

25 FDP S. 2.

26 Zitate: FDP S. 2, S. 41.

27 Vgl. Jan-Hendrik OLBERTZ, *Potentiale erkennen: Gleiche Chancen für jede und jeden*, in: Hans-Gert PÖTTERING (Hg.), *Damit ihr Hoffnung habt. Politik im Zeichen des „C“*, Sankt Augustin/Berlin 2010, S. 175–179, hier S. 178.

aber ethisch-neutral beschrieben werden muss (s. o. SPD), bedarf es auch hier des Weges, und hier ist eben nicht nur die Politik (der Staat „nimmt [die Menschen] für das Gemeinwesen in die Pflicht“) gefragt, sondern beide Unionsparteien ordnen neben einem jeweils eigenen Kapitel Erziehung und Bildung schon diesem Grundsatzhorizont zu²⁸. So kann die CDU der Bildung eine „strategische Bedeutung“ zuweisen.²⁹

Ist die Familie überholt?

Für die Erziehung zu sozialen Grundkompetenzen wie Empathie, Verhalten gegenüber sich selbst und anderen, die Einhaltung von Regeln und die frühe Übernahme von Verantwortung ist das familiäre Umfeld zentral. Nicht minder zentral ist es für erste Bildungserlebnisse und Bildungsanstöße. Bekanntlich steigern Vorlesen und die Zahl der Bücher im Haus auch die spätere Bildungsbereitschaft und -fähigkeit des Jugendlichen. Diese Leistungen der Familie waren im Westen Deutschlands jedenfalls unbestritten, in der DDR hat es sich anders verhalten, aber das hatte neben arbeitsmarktpolitischen v. a. staatspolitisch-ideologische Gründe, die 1989/1990 wegfallen sind. Dennoch haben wir seit den 1990er Jahren eine jetzt gesamtdeutsche Debatte über den Ausbau außerfamiliärer Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Dies hat deutlich arbeitsmarktpolitische Gründe (Vereinbarkeit von Familie und Beruf) und hängt mit Defiziten bei Eltern v. a. aus den Unterschichten- und Migrantenmilieus zusammen, will auf die demographische Entwicklung reagieren (keiner darf zurückbleiben) und will ggf. den für Deutschland immer wieder behaupteten engen Zusammenhang von sozialer Herkunft und dem Besuch weiterführender Bildungseinrichtungen „aufbrechen“. Zugleich stellt sie Millionen von Eltern unter Generalverdacht, Versager zu sein. Daher ist es wichtig, wie man die Familie in diesem Kontext bewertet, ob man sie abschreibt und durch – freilich noch völlig unerprobte – außerfamiliäre Bildungsinstanzen ersetzt – wir wissen ja gar nicht, was hierzulande aus frühkindlicher Bildung „herauskommt“, sondern setzen auf das Prinzip Hoffnung³⁰ – oder ob wir der Familie auch wei-

28 CSU S. 28 unter „Unser Menschenbild geht von der Eigenverantwortung des Einzelnen aus“: „Jeder trägt Verantwortung für sich und seine Mitmenschen. Daher müssen Erziehung und Bildung die Entwicklung zur selbst bestimmten und sozial verpflichteten Persönlichkeit fördern.“ CDU S. 13f. unter „Unser Gesellschaftsbild“: „Erziehung und Bildung schaffen wesentliche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Person und die Fähigkeit zur Wahrnehmung von Freiheitsrechten und Bürgerpflichten.“

29 CDU S. 33: „Durch ein freies, gerechtes und leistungsfähiges Bildungswesen werden wir jene Werte weitergeben und bewahren können, auf denen Wohlstand und Sicherheit gründen. Um unsere moralischen und ökonomischen Werte zu vermitteln, ist Bildung von strategischer Bedeutung.“

30 Vgl. das Interview mit Kristian Folta, „Mehr als nur spielen“, in: WamS vom 13.6.2010 mit Verweis auf Studien aus den USA und Skandinavien. Ist das einfach übertragbar? Und

terhin die primäre Rolle zuweisen wollen, was bedeuten würde, sie entsprechend zu stärken, zumal sich angesichts aktueller Finanzierungsprobleme ja doch wieder die Frage stellt, ob der weitere Ausbau von Krippen, Kitas und Kindergärten, jetzt noch mit ausdrücklichem Bildungsauftrag und -anspruch, überhaupt finanzierbar bleibt und man daher nicht doch wieder auf die Familie und ihre Leistungen setzen muss.

Für die LINKE ist diese Fragestellung offenbar kein Thema („Geschlechtergerechtigkeit: Anerkennung vielfältiger Formen des Zusammenlebens statt Privilegierung der Ehe“). Zwar kommt der Begriff „Familie“ vor („Vereinbarkeit von Familie und Beruf“), im Mittelpunkt stehen aber Forderungen wie die schon genannte „Geschlechtergerechtigkeit“ mit Abschaffung „patriarchalischer“ Verhältnisse und einem neuen „Familienbild“, das auch die „Lebensweisen von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern einschließen“ muss. Kinder sind in diesem Kontext nachgeordnete Größen: „Notwendig ist eine aktive Politik für Menschen mit Kindern, egal in welchen Beziehungsformen sie zusammenleben.“ Der Akzent liegt hier also deutlich auf der Individualisierung der Erwachsenen, Kinder sind Beigabe beliebiger Lebensformen.

Die SPD hat zwar ein eigenes Kapitel „Die Gleichstellung der Geschlechter“ integriert, aber die Familie in das Bildungskapitel („Bessere Bildung, kinderfreundliche Gesellschaft, starke Familien“; auch hier natürlich mit dem Hinweis auf die „Unterstützung“ vielfältiger familiärer Formen: „Familie ist dort, wo Kinder sind ...“; immerhin soll die Ehe auch weiterhin „geschützt“ werden) und weist ihr eine mögliche positive Leistung zu: „In der Familie können Menschen Liebe, Geborgenheit und Halt, Orientierung und gegenseitige Unterstützung erfahren.“ Das betrifft freilich alle Generationen, ist also nicht ausdrücklich auf Kinder gemünzt. Ansonsten geht es auch hier wiederum um Verbesserungen der Rahmenbedingungen; eine Bildungs- und Erziehungsaufgabe, gar eine Erziehungspflicht – wie es dem Art. 6 des GG entsprechen würde – wird der Familie nicht mehr zugemutet.

Auch für B'90/DIE GRÜNEN kommt es „auf die Kinder an“, nicht auf die Form familialen Zusammenlebens, allerdings werden die Formen, die bei der LINKEN einbezogen werden, hier nicht ausdrücklich genannt, und das ganze Kapitel „Kindergerecht – mehr Lebensqualität für alle“ legt den Akzent auf das Kind, für das es entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen gilt. Aber der ganze Bereich Bildung und Erziehung wird explizit öffentlichen Einrichtungen übertragen. Dabei argumentieren B'90/DIE GRÜNEN zwar mit der „Wahlfreiheit“, die gegeben sein müsse, aber aus der allein und ausführlich behandelten

wie und wann wird Erfolg messbar werden, wenn man heute beginnen würde? Im Übrigen: So gut hat Schweden jedenfalls bei PISA nicht abgeschnitten, für Finnland gibt es eine Fülle weiterer Faktoren.

Übertragung eben an öffentliche Einrichtungen lässt sich ableiten, dass das Zuhause-Modell nicht erwünscht ist. Daher ist auch hier vom Bildungs- und Erziehungsauftrag der Familie nicht die Rede.

Die FDP hat kein eigenes Familienkapitel vorgelegt, lässt aber in Kapitel 13 („Teilhabe durch Bildung und Ausbildung“) die wichtige und eigene Rolle der Familie wenigstens erkennen: „Bildung und Ausbildungen beginnen ebenso wie Erziehung in der Familie.“

Ganz deutlich und ausführlich äußert sich die CSU („2. Familien unterstützen, zu Kindern ermutigen“) nicht nur zu den Rahmenbedingungen, die auch sie verbessern will, sondern zur Leistung („Erziehungskompetenz“) der Familie, die sie als „fundamentales Band zwischen den Menschen“ wertet, „auf das Nation und Staat aufbauen“. „Kinder lernen und erleben in der Familie Grundregeln des Zusammenlebens, die Werte von Kultur und Religion, Gemeinschaft in Freud und Leid“, „Durchsetzungskraft und Teamfähigkeit“, sie spricht von „Werten“, die wir „ihnen für das Leben mitgeben“, betont: „Elterliche Rechte und Pflichten haben Vorrang vor staatlichem Handeln.“³¹ Der Staat greift nur ein zur Unterstützung bei „unzureichend[er] Aufgabenerfüllung“, bei „Fürsorge und Erziehung“ und „wenn Eltern sich den erzieherischen Aufgaben weitgehend entziehen“. Als Bildungsort scheint freilich auch die CSU die Familie nicht mehr zu sehen: Sie schreibt dem außerfamilialen Angebot auch die Funktion zu, dass „dort der Zugang zur Bildung frühzeitig ermöglicht wird“.

Natürlich hat auch die CSU die aktuelle Vielfalt familialer Formen – die rechtliche Gleichstellung und Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare lehnt sie allerdings ausdrücklich ab, die anderen Parteien lassen das offen – und ihre Probleme ebenso zur Kenntnis genommen wie die CDU, die aber beide am „Leitbild“ der Ehe festhalten wollen, also nicht nur „schützen“. Auch die CDU sieht in der Familie, „wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen“, „das Fundament unserer Gesellschaft“, wertet sie als einen Lern- und Erfahrungsort für „Partnerschaft und Solidarität“, für „Werte, die sich aus dem christlichen Verständnis vom Menschen ergeben“, für „soziale Tugenden, wechselseitige Verpflichtungen, Vertrauen und Verantwortung“ und betont: „Recht und Pflicht zur Erziehung der Kinder liegen in erster Linie bei den Eltern“, der „Staat kann und soll die Erziehungsleistung der Eltern nicht ersetzen.“ Daher kann staatliches Eingreifen auch hier nur subsidiär – im Sinne von „Unterstützung“ und „Schutzpflicht“³² – gedacht werden, wenn etwa der „Wunsch der Eltern“ vorliegt. Nur für das letzte Kindergartenjahr will die CDU eine Verpflichtung, wobei ein Argument zusätzlich ein-

31 Zitate: LINKE S. 15, S. 16. – SPD S. 65, S. 66. – FDP S. 42. – CSU S. 72, S. 73, S. 76, S. 77, S. 78, S. 79. – CDU S. 31, S. 44.

32 Vgl. CDU Ziffer 88: „Recht und Pflicht zur Erziehung der Kinder liegen in erster Linie bei den Eltern. *Der Staat kann und soll die Erziehungsleistung der Eltern nicht ersetzen.*“

leuchtet: „Kinder brauchen Kinder, um sich zu entfalten und soziale Tugenden zu lernen“. Als Ort für mögliche kulturelle Bildung wird bei der CDU die Familie ausdrücklich benannt.

Die Bildungskapitel in den Grundsatzserklärungen

a) Im Mittelpunkt: Verbesserung der Rahmenbedingungen

Dabei konzentrieren wir uns auf den Bildungsbegriff und auf die Schule als „Basislager“ für alle anschließenden Bildungsprozesse. Die anderen Bereiche, die Hochschule, die berufliche Bildung und die Weiterbildung bzw. Erwachsenenbildung, werden nur einbezogen, wenn es um Akzentsetzungen jenseits der von allen Parteien angestrebten Veränderung/Verbesserung der Rahmenbedingungen geht.

Bei der Hochschule³³ betont die CSU nicht nur ihre ökonomische Bedeutung, sondern sieht sie auch als Stätte „geistiger Orientierung“, als „Platz gesellschaftspolitischer Diskussionen mit dem Auftrag, Antworten im Lichte des wissenschaftlichen Fortschritts zu geben“. Sie „sind auch kulturelles Gedächtnis unseres Gemeinwesens. In Wissenschaft und Lehre werden ideengeschichtliche und historische Erfahrungen sowie die rechtlichen und ethischen Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung von Generation zu Generation weitergegeben“, wobei auch die Geisteswissenschaften einen „wertvollen Beitrag“ leisten.³⁴ Die CDU³⁵ hat keine vergleichbare Würdigung der Hochschulidee – nur die „Einheit von Forschung und Lehre“ ist humboldtsche Reminiszenz –, erwähnt allerdings eigens die „Berufsakademien“ als „Erfolgsgeschichte“ neben den Fachhochschulen, bekennt sich zu einem differenzierten Hochschulraum – auch mit privaten Hochschulen – und betont: „Wissenschaft und Forschung entscheiden über den materiellen und immateriellen Wohlstand einer Gesellschaft und tragen zur Bewältigung der großen Herausforderungen der wachsenden Weltbevölkerung bei.“

Auch wenn die Geisteswissenschaften zweimal erwähnt werden, einmal als Lieferant „unverzichtbaren Orientierungswissens“ und einmal im Kontext von Interdisziplinarität und auch wenn die Bedeutung der Grundlagenforschung unterstrichen wird, so trägt das Programm für den Hochschulbereich eine deutlich ökonomische Handschrift: Es geht um den Standort

33 CSU S. 91f.

34 Bei den Rahmenbedingungen (S. 92–97) setzt die CSU Akzente bei der ergänzenden Eignungsfeststellung durch die Hochschule, bei der Nachwuchsförderung („gezielte Eliteförderung“; Gewinnung von „Hochbegabten“), Stärkung der Lehre (womit ein „finanzieller Eigenbeitrag“ motiviert wird), Familienfreundlichkeit der Hochschulen, Erhöhung des Frauenanteils, akademische Weiterbildung, Globalhaushalt usw. (Stichwort „Autonomie und Profil“), „Exzellenzstrategien“ (S. 96f.).

35 CDU S. 38, S. 41.

Deutschland im globalen Wettbewerb.³⁶ Die LINKE hat keine Hochschulidee, nur Rahmenbedingungen, darunter erwartungsgemäß die „Drittelparität“.³⁷ Bei B'90/DIE GRÜNEN dürfen die Hochschulen „kreativ und interdisziplinär“ forschen, lehren und nachdenken ohne „einseitige Verwertungsorientierung“³⁸ und müssen zudem zu „Orten demokratischen Lebens und Lernens werden“. Für die SPD gehören „Forschung und Lehre zusammen, ihre Einheit und ihre Freiheit müssen das Herz der Universität bleiben. Die Hochschulen sollen insgesamt das breite Spektrum von Lehre und Forschung anbieten. Sozial- und Geisteswissenschaften sind ebenso zu fördern wie Natur- und Technikwissenschaften.“³⁹ Bei der beruflichen Bildung⁴⁰

-
- 36 Rahmenbedingungen CDU (S. 37f.): differenziertes System, angemessene Grundausstattung aus dem Staatshaushalt, sozialverträgliche Studienbeiträge, Exzellenz auch in der Lehre, Wechsel zwischen den Hochschultypen bei entsprechender Qualifikation, verstärkter internationaler Studienaustausch, bessere Vereinbarkeit von Studium, wissenschaftlicher Karriere und Familie bei Ausweitung des Stipendienwesens, Förderung der universitären Spitzenforschung, weitere Stärkung des Wettbewerbs, mehr Freiheit und Eigenverantwortung.
- 37 Rahmenbedingungen LINKE (S. 17): „Demokratisierung“ durch „drittelparitätische Selbstverwaltung“, freier Zugang zu allen Studienabschlüssen, Verbesserung der Übergänge aus der beruflichen Bildung.
- 38 Rahmenbedingungen B'90/DIE GRÜNEN (S. 100f.): Autonomie, Profilbildung und Experimentierfreude, weitere Öffnung für ausländische Studierende und WissenschaftlerInnen, Mobilität deutscher Studierender, zukunftsfähige Studiengänge, problemorientiert und interdisziplinär, gegen eine Engführung der Hochschulausbildung auf einzelne Berufsbilder, stärkere Modularisierung des Studienangebots, Hochschulen als Standorte der Weiterbildung. Unklarheiten bestehen im Abschnitt „Bildungsfinanzierung in der Wissensgesellschaft“; nachgedacht wird über eine „Neubalance von privaten und öffentlichen Mitteln“, als nicht „akzeptabel“ wird betrachtet, dass „im Vorschulbereich eine höhere private Mitfinanzierung gefordert wird, als in anderen Bereichen“. Eine explizite Aussage, man wolle etwa keine Studiengebühren einführen, findet sich im Grundsatzprogramm von B'90/DIE GRÜNEN nicht.
- 39 Rahmenbedingungen SPD (S. 64): Autonomie „soweit wie möglich“, staatliche Finanzierung, Kooperation mit außeruniversitärer Forschung, Studienförderung auch zugunsten ausländischer Studenten. Studiengebühren für das Erststudium werden abgelehnt.
- 40 Rahmenbedingungen: Die CSU mahnt (wohl angesichts der gymnasialfreundlichen Berechnungsmethoden der OECD) den „gebührenden Stellenwert“ des dualen Systems im Vergleich zu den schulischen Ausbildungen in den anderen Ländern an und betont die Durchlässigkeit zum Hochschulzugang. Für die CDU ist das duale System „ein Standortvorteil im internationalen Wettbewerb und die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit“; „Mädchen und Jungen bei ihrer Berufsorientierung Lust auf Vielfalt der Wege der Ausbildungsmöglichkeiten zu machen ... leistungsschwächere Jugendliche [brauchen] zusätzliche Einstiegschancen, die zu arbeitsmarktverwertbaren und bescheinigten Qualifikationen führen und Anschlüsse offen halten, mehr qualifizierte Stufenausbildungen sowie insbesondere Ausbildungsbausteine als abgegrenzte und standardisierte Lerneinheiten, die eigenständig bescheinigt und als Ausbildungsleistung angerechnet werden. ... Zusammenarbeit aller Beteiligten, insbesondere zwischen den allgemeinbildenden Schulen und den Einrichtungen der beruflichen Bildung, verstärken, Übergangs- und Anrechnungsmöglichkeiten für die Zulassung von Absolventen einer beruflichen Ausbildung zum Hochschulstudium verbessern ... Ermutigung an die

geht es im Wesentlichen um Rahmenbedingungen, wobei die LINKE und die SPD sich in der Umlagefinanzierung treffen. Allerdings betonen nur die Unionsparteien den Wert der – deutschen – beruflichen Bildung als Wettbewerbsvorteil im Vergleich zu andern Ausbildungsformen in Europa und setzen so einen Kontrapunkt zur pauschalen und abiturlastigen Kritik von OECD und EU, Deutschland produziere zu wenig Akademiker. Immerhin produzieren wir auch die geringste Jugendarbeitslosigkeit.⁴¹ Aber es scheint, dass wie bei allen öffentlichen Bildungsdebatten die berufliche Bildung auch hier eher im Windschatten steht.⁴²

privaten und öffentlichen Arbeitgeber, mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Dabei setzen wir auf Freiwilligkeit, Verantwortungsbewusstsein und gezielte Anreize statt staatlichem Zwang. Zu den Anforderungen der Arbeitswelt gehört es, mobil zu sein. Deshalb brauchen wir einen europäischen Bildungsraum, in dem Ausbildungsgänge und Bildungsabschlüsse vergleichbar sind und gegenseitig anerkannt werden.“ Die SPD will eine engere Verknüpfung „mit der allgemeinen Bildung“, berufsübergreifende Fähigkeiten vermitteln; „alle Jugendlichen haben das Recht auf Ausbildung“, Modernisierung, „Solidarische Finanzierungsmodelle wie eine Umlage zugunsten ausbildender Betriebe“; wo das duale System nicht mehr genügend Ausbildungsplätze anbietet, eine qualitativ hochwertige öffentlich verantwortete Berufsausbildung, Pflicht der Unternehmen, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zu sorgen. Sie müssen sich solidarisch an den Kosten der Ausbildung beteiligen. Wir unterstützen Finanzierungsmodelle, die der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze dienen und Betriebe fördern, die über den Bedarf ausbilden. B'90/DIE GRÜNEN machen es kurz: „Auch die Berufsausbildung muss sich den veränderten Bedingungen sich ständig wandelnder Anforderungen und Berufsbilder stellen. Daher soll sich die berufliche Bildung zukünftig als ‚Baukastensystem‘ aufbauen, deren Elemente sowohl in der ersten Phase beruflicher Grundbildung als auch in der Weiterbildungsphase absolviert werden können und bis hin zur Meisterprüfung organisiert werden“; ebenso die FDP: „Im beruflichen Bildungssystem wird auch in Zukunft die Mehrheit der Schulabgänger ausgebildet. Es muss in seiner Attraktivität gestärkt und zu einer Alternative zum Hochschulstudium ausgebaut werden. Gezielte Angebote für besonders Begabte sowie Lernschwache sind in der allgemeinen wie der beruflichen Bildung zu stärken“; und die LINKE: „das Grundrecht auf Ausbildung: Der Rückzug der Arbeitgeber aus ihrer Verantwortung für die berufliche Bildung muss gestoppt werden. Wir setzen uns für ein flächendeckendes und auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot ein. Dazu brauchen wir die gesetzliche Umlagefinanzierung.“

41 Vgl. „Duale Berufsbildung – Ein System mit vielen Möglichkeiten“, in: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (iwd) Nr. 22 vom 3.6.2010.

42 Dass wir immer mehr Akademiker brauchen, gehört zum Standardrepertoire, vgl. nur iwd vom 17.6.2010: „Akademikermangel. Kluge Köpfe braucht das Land“. Aber welche? Auch mehr Romanisten, Germanisten, Politologen oder Kunsthistoriker? Und wer soll eigentlich bei weiterem demographischem Rückgang die ja wohl auch noch benötigten Lehrstellen besetzen?

Bei der Weiterbildung⁴³/Erwachsenenbildung betont die CSU⁴⁴ nicht nur die Möglichkeit, sich weiter zu qualifizieren, sondern auch „Persönlichkeit weiterzuentwickeln und eine höhere soziale Kompetenz zu gewinnen“ (Teilhabe auch an „Kultur und Gesellschaft“), während die SPD „auch die allgemeine, kulturelle und politische Weiterbildung fördern“ will und B'90/DIE GRÜNEN sich zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Weiterbildung bekennen und „der Erwachsenenbildung, gerade der politischen, kulturellen und wertorientierten, großes Gewicht“ geben.⁴⁵

b) Bildung und Schule

Zwar bekennt sich die LINKE⁴⁶ zu einer „umfassende[n] Bildung“ statt „kurzfristig verwertbare[n] Wissen[s]“, aber worin die außer der „Teilhabe jedes Menschen am gesamten Reichtum von Wissenschaft, Bildung, Kultur und Information“ besteht und woran sie sich entwickeln soll, wird nur im Falle der Religion deutlich: Sie ist Privatsache, daher – auch wenn das explizit nicht gesagt, aber deutlich umschrieben wird – gehört Religionsunterricht („staatlich verordnete Indoktrination“) nicht zum Kanon der Schulfächer, sondern er gehört abgeschafft.

43 Rahmenbedingungen: Bei der Weiterbildung fordert die CSU die „Anrechnung von Inhalten der Meister- und Techniker Ausbildung auf ein Hochschulstudium“ und will (S. 93) den Zugang aus der Berufspraxis „weiterentwickeln“. Die CDU behandelt das Thema nur kurz, als Element lebenslangen Lernens und unter rein ökonomischem Aspekt (Ziffer 102, S. 36). Bei der LINKEN heißt es: „Weiterbildung für alle: Wir fordern eine bessere Qualität in der Weiterbildung und die öffentliche Verantwortung für diesen Bereich. Die ungenügende öffentliche Finanzierung von Weiterbildung und die Reduzierung der Weiterbildung auf die Sicherung von Beschäftigungsfähigkeit müssen gestoppt werden. Wir treten ein für eine Ausweitung der Ausbildungsförderung auf den Weiterbildungsbereich und für ein Bundesweiterbildungsgesetz“; bei der FDP „(eröffnen) Aus- und Weiterbildung Chancen für Erfolge auf dem Arbeitsmarkt. Notwendig ist eine flexible Anpassung und Weiterentwicklung beruflicher Qualifikationen in allen Bereichen“. Die SPD will „die Weiterbildung zur vierten Säule unseres Bildungssystems ausbauen. Auch sie steht in öffentlicher Verantwortung. Wir wollen Fortbildungen finanziell und durch Freistellungsansprüche sicherstellen. Dabei wollen wir Tarifpartner und Betriebe einbeziehen. Die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung soll bei der Finanzierung helfen. ... Sie muss auch den Älteren zugute kommen. Durch die Weiterbildung können ältere Menschen in Beruf und Gesellschaft aktiv bleiben. Bildung ermöglicht Älteren, auf der Höhe der Zeit zu bleiben.“

44 Hier unter „Erwachsenenbildung“, S. 90.

45 Rahmenbedingungen B'90/DIE GRÜNEN (S. 101f.): Regionale Netzwerke, europaweite Zertifizierung, Hochschulen als Weiterbildungsträger, erweiterte Lernmöglichkeiten am Arbeitsplatz, Vorgaben in Tarifverträgen, besserer Einbezug von älteren Menschen, Behinderten und Migranten.

46 S. 16: „Wissenschaft und Bildung, Medien und Kultur: Beitrag zur Aufklärung und Emanzipation statt Selbstvermarktung.“

Darüber hinaus nimmt die LINKE weder zu notwendigen Fächern noch zu Bildungszielen Stellung; wenn man dafür „Aufklärung“ und „Emanzipation“ setzt, bleibt die Frage nach „worüber“, „wovon“ und „auf welchem Wege“. Ihre Programmatik beschränkt sich auf die Rahmenbedingungen: Aufwertung der „öffentlich getragenen vorschulischen Bildung“ – das schließt private Träger aus –, Ganztagschule, „breite außerschulische Bildungsangebote“, auch diese öffentlich, „Grundrecht auf Ausbildung“ – mit gesetzlicher Umlagefinanzierung –, durchgängige Gebührenfreiheit, verankert im Grundgesetz. Bei dem parteipolitisch am heftigsten umstrittenen Streitpunkt, dem sogenannten längeren gemeinsamen Lernen, bezieht die LINKE klar Stellung: integrativ „bis mindestens zur neunten Klasse“. Damit will sie „eine soziale Auslese beenden“ und „sowohl bei Lernschwächen als auch in ihren Begabungen individuell fördern“. Leider schweigt sie sich darüber aus, was ab der 10. Klasse geschehen soll und wie sie sich die Zukunft des Gymnasiums vorstellt.⁴⁷

Auch B'90/DIE GRÜNEN („Aufbruch in die Wissensgesellschaft“⁴⁸), die sich für ihre „neue Bildungsreform“ auf das „miserable Zeugnis“ internationaler Bildungsstudien berufen, bedauern, dass die „positiven Impulse“ der 1960er und 1970er Phase „verebbt“ seien und die daher am bestehenden Schulwesen letztlich nichts Gutes finden können, beschränken sich weithin auf Rahmenbedingungen: Förderung der Existenz von Schulen in freier Trägerschaft („wertvolle pädagogische Bereicherung“), selbständige Schule, Wettbewerb durch Schulprofil, „flächendeckendes“ Ganztagschulangebot, Inklusion Behinderter in die Regelschule, Bildungsauftrag des Kindergartens. Bei der Frage des sogenannten längeren gemeinsamen Lernens („miteinander und von einander“), das sie zu ihrem „Leitbild“ erklären, verzichten B'90/DIE GRÜNEN allerdings darauf, allzu konkret zu werden: „Integration verschiedener Bildungsgänge in einer Schule“ und: „Die Verlängerung der gemeinsamen Grundschulzeit ist z. B. ein Schritt in die richtige Richtung.“ Begründet wird dieses Leitbild zunächst mit der deutschen „Lernkultur“, die „Leistung eher den Begabungen zuschreibt und nicht als Folge von Anstrengung und als Ergebnis von Lernprozessen“, mit der Ablehnung „früherer Sortierung von Kindern“ und mit dem – allerdings nicht klar zuzuordnenden – Hinweis auf ein „empirisch verbürgtes Ergebnis der internationalen Bildungsforschung“. Bezieht sich das nur auf die vorangehende allgemeine Behauptung: „Wer Spitzenleistung will, muss alle SchülerInnen“ fördern, oder auf den gesamten Komplex Integration? Immerhin setzen B'90/DIE GRÜNEN beim Bildungsziel einen klaren Akzent: „Bildung ist für uns vor allem Persönlichkeitsbildung.“ Was das sei, dafür legen sie einen ganzen Katalog vor: „Sie ist Grundlage für einen

47 LINKE S. 16, S. 17.

48 B'90/DIE GRÜNEN S. 91ff., S. 95, S. 96, S. 97, S. 98. – Zur Entwicklung der Positionen der GRÜNEN siehe Siegfried UHL, *Die Pädagogik der Grünen*, München/Basel 1990.

verantwortungsvollen Umgang der Menschen mit sich selbst, mit anderen Menschen und mit der Umwelt. Eine solche Bildung ermöglicht Urteils- und Kritikfähigkeit, Empathie und Solidarität. Sie schärft den Blick für gesellschaftliche und politische Alternativen zum Status quo und fördert das kreative und innovative Potenzial jedes Einzelnen. Bündnisgrüne Bildungspolitik steht für entdeckendes und selbstständiges Lernen. Kinder wollen lernen. Diese Freude am Lernen zu fördern, Menschen ein Leben lang die Lust auf neue Herausforderungen zu erhalten, ist der Auftrag aller Bildungseinrichtungen.“

Leider vermisst man auch hier über nur wenige konkretere Andeutungen hinaus Ausführungen über Inhalte: Natürlich sollen die „grünen“ Schüler „ökologisches Wissen“ erwerben („Querschnittskompetenz“), dann ist einmal die Rede von einer verbindlichen „Erziehung zum Frieden“, von „interkulturellem Lernen“ und natürlich Gender: „Lehrpläne und Didaktik müssen auf geschlechtsspezifische Bevorzugung und Benachteiligung überprüft werden.“⁴⁹

Auch die SPD⁵⁰ will eine „ganzheitliche Bildung“, die die Persönlichkeit stärkt und zur Toleranz befähigt, der es „gleichermaßen um Erkenntnis und Kenntnisse geht, wie um soziale Kompetenzen, Kreativität, ästhetische Erfahrung, ethische Reflexion und Sensibilität für Werte. ... Sie erst ermöglicht dem Menschen, sich selbstbestimmte Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel“. Aber der Schwerpunkt liegt trotz dieser persönlichkeitsbildenden Zuschreibungen dann doch eher auf der sozialen Wirkung: Befähigung zur Demokratie und sozialen Verantwortung, Chance auf Arbeit, auf Aufstieg, notwendig für das Gedeihen in der „Wissensgesellschaft“. Ansonsten geht es auch hier um zu verbessernde Rahmenbedingungen: Gebührenfreiheit, höhere Bildungsausgaben, Ausbau der Ganztagschule, selbständige („demokratische“) Schule, zweite und dritte Chance für Abschlüsse, Überwindung überkommener Rollenmuster, Kampf gegen Analphabetismus, Anerkennung der Lehrer und Erzieher, „Bildung von Anfang an“.

Ihr Eintreten für sogenanntes längeres gemeinsames Lernen „bis zur zehnten Klasse“, auch hier verbunden „mit besserer individueller Förderung“ und mit dem Ziel, „die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft auf[zu]brechen“, begründet die SPD mit der Förderung sozialer Integration auch für Migranten und mit „Erfahrungen aus anderen Ländern“, „dass dies nicht nur den Lernschwachen, sondern auch Lernstarken zugute kommt“. Auch bei der SPD wird die Frage nach den Bildungsinhalten nicht weiter ver-

49 Noch schärfer B'90/DIE GRÜNEN S. 97: „Alle Bildungsprozesse, Handlungen und Institutionen sind einem *Gender Mainstreaming* Verfahren zu unterwerfen.“

50 „Bessere Bildung, kinderfreundliche Gesellschaft, starke Familien“ S. 60–66, Zitate: S. 60, S. 61, S. 62, S. 63.

folgt; sie beschränkt sich auf eine „Aufwertung der politischen Bildung und der Erziehung zur Demokratie“ und an anderer Stelle auf „kulturelle Bildung“.

Die FDP⁵¹ formuliert einen ganzen Katalog, warum und wofür Bildung stehen soll: „Voraussetzung für Freiheit, Toleranz und Leistungsfähigkeit, ethisches Gerüst für die Bürgergesellschaft, Unabhängigkeit und Selbstbewusstsein, Verantwortung für sich und andere, stabile Demokratie, Orientierungsfähigkeit in einer komplexen Welt, soziale Tugenden, Lebensentwürfe eigenverantwortlich gestalten“, „Freiheit braucht Bildung ... sozial, kulturell und wirtschaftlich eine großartige Chance“. Wobei sie den deutlichen Akzent auf Persönlichkeitsbildung legt, der auch Schulbildung verpflichtet ist: „Schulen sollen Wissen vermitteln, Kreativität fördern und Persönlichkeit bilden.“ Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen plädiert die FDP für die „Vielfalt der Angebote“, mehr Wettbewerb auch durch private Anbieter, eigene Entscheidungskompetenzen in Schule und Hochschule, gezielte Angebote für besonders Begabte „sowie für Lernschwache“. Bezogen auf die Bildungsinhalte verweist die FDP nur auf die notwendige „Medienkompetenz“ im Umgang mit den neuen Informationsmedien.

Mit einer Leistungsbestimmung⁵² leitet auch die CSU ein („Grundlagen für den sozialen und kulturellen Zusammenhalt“) und rechnet dazu: Förderung bei der „Entwicklung der (ihrer) Persönlichkeit“, „Wissen und Können, die Werte unserer Gesellschaftsordnung, freie Selbstbestimmung, Verantwortungsbewusstsein und Hilfsbereitschaft gegenüber den Mitmenschen sowie Respekt vor Kultur, Religion und Schöpfung“. Hier liegt der Akzent ebenfalls auf der Persönlichkeitsentwicklung, auch wenn die CSU natürlich weiß: „Wissen und Können sind Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft.“ Bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen setzt die CSU auf verbesserte Lehrerbildung, „moderne Formen der Personalentwicklung“, „noch mehr Gestaltungsspielräume“ der Schulen, „Stärkung der frühkindlichen Bildung“, Weiterentwicklung des gegliederten Schulsystems („wird der Begabungsvielfalt junger Menschen gerecht“; von „begabungsgerecht“ spricht die CSU im Zusammenhang mit der beruflichen Bildung) und Absage an die „Einheitsbildung“ („wird den vielfältigen Talenten der Kinder nicht gerecht“), „bedarfsorientierten“ Ausbau der Ganztagschulen, Freiräume für das „Lernen fürs Leben durch Jugendarbeit, Ehrenamt in Politik und im Verein“.

Besondere Akzente setzt die CSU bei der Feststellung, Bildung sei auch eine Holschuld des Einzelnen („Ein erfolgreicher Lebensweg setzt Leistungsbereitschaft, Arbeitstugenden und eine wertorientierte Persönlichkeit voraus; Eigen-

51 „Teilhabe durch Bildung und Ausbildung“, S. 41–43.

52 „Erziehung zu Werten, Bildung fürs Leben“, S. 81–90, Zitate: S. 29, S. 82, S. 84, S. 85, S. 87, S. 88.

leistung und Anstrengung“), daher gehören für sie zur „sozialen Kompetenz“: „Teamfähigkeit, Pünktlichkeit, Fleiß und Höflichkeit“. Ein klares Bekenntnis zum „christlichen Religionsunterricht“, auch als „Voraussetzung für den Dialog der Kulturen“, verbindet sich mit der Vermittlung der „eigenen Wurzeln in Geschichte, Literatur, Musik und bildenden Künsten“, wobei mit der „Liebe zur Heimat“ noch ein besonderer bayerischer Akzent gesetzt wird; daneben erscheinen „Medienerziehung“ und als eigener Unterpunkt Sport. Für „islamische Religionsunterweisung“ in deutscher Sprache mit staatlich genehmigten Lehrplänen und durch in Deutschland staatlich ausgebildete Lehrkräfte will sich die CSU ebenso einsetzen wie für das religiöse Element bereits in der frühkindlichen Bildung, für die die CSU ebenfalls plädiert.

Auch die CDU⁵³, die Erziehung und Bildung – diese richtige Reihenfolge wie bei der CSU – gleich eingangs im Kontext „Unser Gesellschaftsbild“ zuordnet („Erziehung und Bildung schaffen wesentliche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Person und für die Fähigkeit zur Wahrnehmung von Freiheitsrechten und Bürgerpflichten“), setzt auf Persönlichkeitsbildung („Kinder zu starken Persönlichkeiten heranbilden, die Vertrauen haben in ihre eigenen Fähigkeiten, soziale Rücksicht lernen und fähig sind zu Eigenverantwortung und Solidarität“), wobei dazu auch „Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit“ gehören⁵⁴, die entwickelt werden müssen. Daher bekennt sich die CDU zu einem ganzheitlichen Bildungsbegriff als „Anregung aller Kräfte des Menschen, damit dieser sich entfalten und zu einer sich selbst bestimmenden Individualität und Persönlichkeit entwickeln kann.“

Daher steht die CDU auch ganz konkret zur Übernützlichkeitsdebatte von Bildung und zu „Werten“ und Inhalten, die das leisten und über „verbindliche nationale Standards/überprüfbare Lerninhalte und Schlüsselkompetenzen in Kerncurricula“ umgesetzt werden sollen: „unsere moralischen und ökonomischen Werte“, neue Bedeutung der „Allgemeinbildung“, musische, auch eigens erwähnt politische Bildung, „konfessioneller“, das ist differenzierter als „christlicher“, Religionsunterricht als Pflicht – daneben auch in anderen Religionen nach Bedarf mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und in deutscher Sprache –, Intensivierung der „ökonomischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung“. Dieser Ansatz wird dadurch verstärkt, dass in dem hier zugeordneten Kapitel „Kultur: Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit“ betont wird, nicht nur, dass auch in Zukunft der Bestand der Kultureinrichtungen gesichert werden soll, es geht um Grundsätzlicheres: „Ohne Kultur entsteht keine Bildung, ohne Bildung wächst keine Kultur. Kulturelle Bildung ist unerläss-

53 Zitate: S. 33, S. 36, S. 37, S. 40.

54 Ziffer 16: „Leistung ist ein unentbehrlicher Antrieb. Es gilt daher, persönlichen Leistungswillen und Initiative zu fördern, ob auf Erwerb gerichtet oder nicht. Ohne persönliche Leistung kann kein Gemeinwesen gedeihen, Wohlstand erlangen und bewahren.“

lich, um dem Einzelnen zu helfen, seine Persönlichkeit zu entfalten und an Demokratie und Gesellschaft teilzuhaben“, ist daher „unverzichtbarer Bestandteil des öffentlich verantworteten und geförderten Bildungssystems“.

Bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen plädiert die CDU für: frühkindliche Bildung ab dem dritten Lebensjahr, verbindliche nationale Standards, Umsetzung der beschlossenen Bildungsstandards, mehr Eigenverantwortung der Schule, verbunden mit Evaluation, empirische Bildungsforschung und kontinuierliche Bildungsberichterstattung, Vergleichbarkeit v. a. bei den Abschlüssen, „pädagogische Praxis im Mittelpunkt“ der Lehrerbildung, bedarfsgerechter Ausbau der Ganztagschule mit einem pädagogischen Konzept, das „Gesundheitserziehung und Sport, musisch-künstlerische Tätigkeiten und die Vermittlung von sozialen Kompetenzen“ einschließt, besondere Förderung von Lernschwachen und Menschen mit Behinderungen („selbstverständliches Miteinander“ früh vermitteln), Förderung von Spitzenleistungen („Hochbegabte“), gezielte Sprachförderung mit Sprachtests v. a. für Migranten, mindestens eine Fremdsprache ab der 1. Klasse.

Ihr Bekenntnis zu einem „vielfältige[n] gegliederte[n] Schulwesen“ und die Ablehnung der „Einheitsschule“ begründet die CDU mit der Feststellung, es habe sich „bewährt und erfolgreich weiterentwickelt“, „mit der Vielfalt an Lernkonzepten und Lernwegen“ und der Begabungsgerechtigkeit („begabungsgerechtes differenziertes Schulwesen“).

Zusammenfassende Bemerkungen und Wertungen

In der Bildungspolitik hat sich zwischen allen Parteien ein vielfacher Konsens mit nur leicht unterschiedlichen Akzenten über notwendige Rahmenbedingungen herausgebildet. Alle treten ein für frühkindliche Bildung – statt nur „Betreuung“ –, für frühe Sprachförderung, Migrantenintegration durch Bildung⁵⁵, für den Ausbau von Ganztagschulen, mehr „Eigenverantwortlichkeit“ o. ä. für die Einzelschule⁵⁶, für mehr akademische Abschlüsse ohne soziale Benachteiligung, für lebenslanges Lernen, Europäisierung und Internationalisierung. In der beruflichen Bildung trennt die Frage nach Umlagefinanzierung oder Freiwilligkeit, bei der Hochschule nur die Frage der Studiengebühren; Unterschiede sind nur bei Akzenten – eigens hervorgehobene Bedeutung der

55 Die CDU (Ziffer 57) freilich „auf der Basis der Leitkultur in Deutschland“.

56 Die seit den 1990er Jahren des letzten Jahrhunderts erstmals geforderte „autonome“ Schule hat sich unter dem harmloseren Signum „Eigenverantwortungen“ parteiübergreifend als Leitbild durchgesetzt, s. dazu Horst WOLLENWEBER, „Autonomie“ der Schule? Zur Problematik einer schulpolitischen Forderung, in: Kurt AURIN/Horst WOLLENWEBER (Hg.), *Schulpolitik im Widerstreit*, Bad Heilbrunn 1997, S. 113–128. Als der Verfasser 1996 eine entsprechende Position publizierte, schlug ihm harsche Ablehnung aus CDU-Kreisen entgegen: Jörg-Dieter GAUGER (Hg.), *Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft?*, Bornheim 1996, S. 13–34 (Beitrag von Heinz-Werner WOLLERSHEIM).

Geisteswissenschaften – zu erkennen; als Bildungseinrichtung im humboldtischen Sinn scheint v. a. die Universität generell ausgedient zu haben⁵⁷; bei der Weiterbildung lassen sich Differenzen in der Bewertung nicht-berufsbezogener Weiterbildung ableiten.

Eine klare Lagerbildung zwischen der LINKEN, B'90/DIE GRÜNEN und der SPD einerseits und CDU/CSU und FDP andererseits besteht bei der Frage integratives versus differenziertes System, wobei sich die eher „linken“ Parteien darin einig sind, und sei es zunächst über Stufen wie das „längere gemeinsame Lernen“ in den Klassen 5 und 6, à la longue die gesamte Jahrgangsstufe 1–9 bzw. 10 integrativ zu beschulen. Inwieweit es dann noch ab Klasse 7 gesonderte Züge gibt (2-Säulen-Modell?) ist ebenso offen wie sich aus guten Gründen keine Partei zur Zukunft des Gymnasiums äußert, das in diesem Modell dann doch wohl nur noch als 2-jährige, sofern man an acht Jahren festhält, sonst als 3-jährige Sekundarstufe II fungieren könnte, also eine Neuauflage des alten Gesamtschulmodells mit gymnasialer Oberstufe.⁵⁸ Was mit einem eigenen Hauptschulbildungsgang wird⁵⁹, bleibt ebenso offen, allerdings verweist die Beobachtung, dass von der Hauptschule als eigenständiger Schulform nur noch bei der CSU die Rede ist – die CDU belässt es bei „vielfältig gegliedert“ und „begabungsgerecht, differenziert“ –, darauf, dass dieser Schulform „von links“ keine Zukunft zugeschrieben wird. Gleiches gilt auch für Sonder- oder Förderschulen, auch wenn man den Typus des Hauptschülers dadurch weder abschafft noch die Frage beantworten kann, ob neue Strukturen wirklich auch zur besseren Förderung beitragen. Das Max-Planck-Institut scheint das jedenfalls eher skeptisch zu sehen.⁶⁰

Begründet wird der integrative Ansatz mit reinen Zielvorstellungen, die das dadurch zu Erreichende wie durch einen „Urknall“ versprechen (soziale Herkunft „aufbrechen“/„soziales Lernen“/Migrantenintegration), wobei die Aus-

57 Was das bedeutet, beschreibt Milos VEC, „Bildung als Schnäppchenjagd“, in: FAZ vom 1.6.2010; Gegenposition: Gert MELVILLE, *Bildung! – Welche Bildung?*, in: Andreas SCHLÜTER/Peter STROHSCHNEIDER (Hg.), *Bildung? Bildung! 26 Thesen zur Bildung als Herausforderung im 21. Jahrhundert*, Berlin 2009, S. 56–65.

58 Vgl. Thomas VITZTHUM, „Das Gymnasium auf der roten Liste“, in: WamS vom 11.7.2010: „Die Hoffnung von Grünen, SPD und Linken ist, dass sich das Gymnasium von selbst erledigt.“

59 Bei der NRW-Wahl 2010 bot die SPD eine Differenzierung nach Klasse 6 mit anschließender Integration der drei Bildungsgänge oder das Gesamtschulmodell an (vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 22.5.2010); der rot-grüne Koalitionsvertrag setzt auf Kommunalisierung und Freiwilligkeit, aber natürlich wird man, wie damals bei den Gesamtschulen, durch bessere Ausstattung („Anreiz“) Vorteile verschaffen, s. Interview mit Sylvia Löhrmann, in: FAZ vom 12.7.2010; „durch die Hintertür verändern“ nennt das Reiner BURGER, „Von Einwänden unbeeindruckt“, in: FAZ vom 7.7.2010.

60 Richtig Achim LESCHINSKY, *Die Hauptschule – von der Be- zur Enthauptung*, in: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (Hg.), *Das Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland*, Reinbek bei Hamburg 2008, bes. S. 399f.

sage der SPD: „Die Demokratie ... organisiert Solidarität über unterschiedliche soziale Lagen, Generationen und Herkünfte hinweg“ und ermöglicht „gleiche Lebenschancen“ „unabhängig von Herkunft oder Geschlecht“ durch „gleiche Teilhabe“ u. a. an Bildung, auch hier im Hintergrund stehen könnte: Bildung wird nicht mehr als individueller und daher notwendig differenzierender, sondern als kollektiver Prozess verstanden, bei dem alle am selben Ziel ankommen, was zwar ebenso notwendig Nivellierung bedeutet, was aber zugunsten „organisierter“, angeblich „sozial“ wirksamer Lernsolidarität als sekundär erscheint.⁶¹

Obwohl dieser sozialromantische Ansatz nur dem „Prinzip Hoffnung“ unterliegt, das freilich die Erfahrungen mit Gesamtschulen schon der 1970er/1980er Jahre ebenso wenig wie die jüngste Studie von Gesamtschulforscher Helmut Fend⁶² stützen⁶³, zumal die Unterstellung, dass dadurch auch die Lernleistungen des Einzelnen steigen würden, ebenfalls unbeweisbar bleibt, wird er auch nach dem Hamburger Volksentscheid vom 18. Juli 2010 als das schulpolitische Mantra intoniert⁶⁴, höchstens taktisch etwas zurückgenommen. Dass alle wissenschaftlichen Gutachten, jedenfalls auf Deutschland bezogen, das Gegenteil belegen⁶⁵, kein Geringerer als Jürgen Baumert noch kürzlich darauf hingewiesen hat: „Belastbare empirische Evidenz für die Wirkungen einer zweijährigen Verlängerung der Grundschule kenne ich nicht“⁶⁶, und das Ganze sei eine „schlichte Utopie“, die „nur dann Wirklichkeit werden könnte, wenn man schnellere Lerner am Lernen hinderte“, wird ebenso beiseite geschoben wie die Tatsache, dass sich die berüchtigte „Selektion“ nach Klasse 4 unter Leistungs- und Begabungsaspekten als valide erwiesen hat. Obwohl man natürlich auch „links“ zur Kenntnis nehmen muss, dass es nicht nur „Benachteiligte“ – so B'90/DIE GRÜNEN, hier nur sozial bezogen⁶⁷ –, sondern auch „Lernschwache“ (worin begründet? „Talent, Begabung, Anlage“?; immerhin

61 Daher auch der „linke“ Widerwille gegen differenzierende Kopfnoten oder die immer wieder vorgetragene Forderung, das Sitzenbleiben abzuschaffen.

62 „Schwerer Weg nach oben“, in: „Die Zeit“ vom 3.1.2008; vgl. auch trefflich Hermann GIESECKE (wie Anm. 16), S. 92ff.

63 Zusammenfassend Elmar TENORTH „Die Gesamtschule hat ja keines ihrer Versprechen eingelöst. Weder hat sie für Chancengleichheit gesorgt noch das Leistungsniveau angehoben. Gesamtschüler sind auch nicht sozialer eingestellt als etwa Gymnasiasten.“, in: „Die Zeit“ vom 17.6.2010.

64 Vgl. nur Interview mit NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, in: WamS vom 25.7.2010: „Unser Schulsystem leidet an einer zu hohen sozialen Auslese. Das können und wollen wir uns auf Dauer nicht leisten.“ Zur allgemeinen Bewertung Regina MÖNCH, „Diese Entscheidung sollte Schule machen“, in: FAZ vom 20.7.2010.

65 Alle notwendigen Hinweise bei Josef KRAUS, *Ist die Bildung noch zu retten?* München 2009, S. 52f., S. 54, S. 56f.

66 In: „Spiegel“ vom 14.6.2010.

67 B'90/DIE GRÜNEN S. 96; geschlechtsspezifisch S. 98.

spricht die LINKE noch von „Begabungen“) und „Lernstarke“⁶⁸ gibt, wird der altruistische Schüler bemüht⁶⁹, der vom „Lernschwachen“ durch Wecken sozialer Empathie profitiert; dass es auch andere Schüler gibt – eben den „bösen Schüler“ –, weiß offenbar nur noch die CSU.⁷⁰ Denn wenn man den Satz von B'90/DIE GRÜNEN von der deutschen „Lernkultur“, die „Leistung eher den Begabungen zuschreibt und nicht als Folge von Anstrengung und als Ergebnis von Lernprozessen“ – eine künstliche Unterscheidung, denn Begabung ohne Anstrengung bleibt brach⁷¹ – richtig deutet, scheinen sie auch weiterhin der in den 1960er Jahren erstmals propagierten Vorstellung anzuhängen, der Mensch sei zwar nicht grenzenlos, aber doch zu einem nennenswerten Anteil, „begabbar“, wenn man nur die „sozialen Benachteiligungen“ auflöst, durch entsprechende „Lernsituationen“, „Kompensation“, „soziales Lernen“ usf. Dazu stellte der naturwissenschaftlich argumentierende pädagogische Anthropologe Dieter Neumann lapidar fest: „Für eine ‚tabula-rasa‘-Anthropologie, die behauptet, dass im wesentlichen Milieu, Erfahrung und Lernprozesse über Begabungsstrukturen entscheiden, stehen keine wissenschaftlichen Beweismittel zur Verfügung.“⁷²

Es ist verständlich, dass man heutzutage vermeiden will, was nach unaufhebbar klingt, etwa genetische Anlagen⁷³, um nicht die Eltern gegen sich auf-

68 So die SPD, S. 62.

69 „Kinder wollen lernen“ (S. 95), mag sein, aber häufig auch nicht!

70 Vgl. CSU S. 84: „Schüler haben das Recht, ungestört zu lernen. In der Schule sollen Rücksichtnahme und Teamarbeit eingeübt werden. Verhaltensauffälligen oder gewaltbereiten Kindern und Jugendlichen muss in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Klassengemeinschaft geholfen werden, sich und ihr Leben in den Griff zu bekommen. Dafür ist die Schulsozialarbeit zu stärken. Die Lehrkräfte brauchen aber auch wirksame Sanktionsmittel, um die lernwilligen Schüler von Störern oder aggressiven Kindern und Jugendlichen zu schützen.“

71 Insofern wäre es vielleicht konsensfähiger, von „leistungsgerecht“ statt von „begabungsgerecht“ zu sprechen.

72 Dieter NEUMANN, *Illusion Fortschritt? Die Pädagogik vor dem Anspruch einer naturwissenschaftlichen Anthropologie*, in: Zeitschrift für Pädagogik: Pädagogische Anthropologie, 52. Beiheft (2007), S. 220–236, hier S. 228.

73 Die CSU spricht von „Begabungsvielfalt“, „persönlicher Fähigkeit“, „unterschiedlichen Begabungen“, „begabungsgerecht“, die CDU von „Unterschiede nach Talenten, Herkunft oder Begabungen“ (S. 37), bekennt sich daher zur „Chancengerechtigkeit“ (Ziffer 24) und fordert „gleiche Startchancen in Bildungswege und in die Arbeitswelt“, denn man könne „*Unterschiede in den persönlichen Anlagen des Einzelnen (nicht) leugnen*“. „Wir wollen gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen“; sie will daher (Ziffer 29) „differenzierte Bildungsangebote so verbessern, dass jeder die beste Chance auf die Entwicklung seiner Anlagen wahrnehmen kann“; vgl. auch Ziffer 55. Die FDP (S. 42) betont: „Diese Chancengleichheit am Start bedeutet nicht Gleichheit der Ergebnisse.“ Die SPD will hingegen (S. 15) „gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen“ durch „gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern.“ Ist das hierzulande verwehrt?

zubringen. Aber „gleiche Startchancen“⁷⁴, wie sie die Unionsparteien und die FDP vertreten, sind doch etwas anderes als die „gleichen Lebenschancen“⁷⁵, „unabhängig von Herkunft oder Geschlecht“, die die SPD verspricht und die ein Ergebnis verheißen, denn so etwas realisiert sich ja keineswegs nur über „gleiche Teilhabe“ an gesellschaftlichen Gütern, darunter Bildung, sondern hängt noch von ganz anderen Faktoren ab, die politisch nicht beeinflussbar sind: Gesundheit etwa oder Herkunft, die immer eine zentrale Rolle spielen wird, oder individuelles Leistungsvermögen usf. Es ist bedauerlich, dass die Unionsparteien das PISA-Argument, das auch der innerdeutsche Schulleistungsvergleich 2010 erneut bestätigt, aus der Hand gegeben haben, das Thomas Kerstan – bezogen auf PISA 2002 – wie folgt zusammengefasst hat: „Auch Arbeiter- und Einwandererkinder, dies ist die bitterste PISA-Lektion für die Sozialdemokraten [wie auch für LINKE/GRÜNE], lernen bei den Schwarzen mehr als bei den Roten.“⁷⁶

Neben dieser strukturellen Debatte, die Schule primär zu einer Institution des sozialen Miteinanders macht, trennt auch der Bildungsbegriff bezogen auf die zugeordneten Bildungsinhalte. Denn die anderen Funktionen, die der Schule üblicherweise zugeschrieben werden – Wissen, Können, Urteilsfähigkeit entwickeln, Differenzierung durch Leistung – treten notwendig hinter diesem Ziel zurück, was dann wiederum dazu führen wird, dass die Anforderungen gesenkt werden (müssen!). Daher ist die Formel „fordern und fördern“ nur noch bei den Unionsparteien gebräuchlich, verweist die CSU auf „Eigenleistung und Anstrengung“ – B'90/DIE GRÜNEN lassen den Begriff nur anklingen –, sprechen auch nur noch CDU/CSU ohne Einschränkung von der Befähigung zu „Spitzenleistungen“ bzw. davon, dass „Hochbegabte ... entsprechend gefördert“ werden müssen und will die FDP „gezielte Angebote für besonders Begabte“, während B'90/DIE GRÜNEN⁷⁷ diese Förderleistung an ihren Integrationsansatz knüpfen: „Wer Spitzenleistung will, muss alle SchülerInnen fördern“, und SPD und LINKE darüber schweigen.

Natürlich herrscht breiter Konsens über den Menschen, den man will: frei, selbstbestimmt, sozial verantwortlich, mit Sinn für Gerechtigkeit und Solidarität. Leistungsbereitschaft und Arbeitstugenden gehören freilich nur noch für die CSU, „bürgerliche Werte und Tugenden“ nur noch für die CDU dazu.⁷⁸ Daher steht auch Persönlichkeitsbildung bei allen Parteien oben an. Aber damit verbinden sich ja zunächst einmal nur Leerformeln, auch wenn man sie – wie

74 Siehe Anm. 73.

75 SPD S. 15, vgl. S. 67.

76 „Bildungspartei ohne Ideen“, in: „Die Zeit“ vom 4.10.2007; s. auch KERSTANS zustimmungsfähigen Beitrag in der „Zeit“ vom 17.6.2010: „Welche Schule ist die beste?“

77 B'90/DIE GRÜNEN S. 96.

78 Zur gesellschaftlichen Bedeutung solcher „Tugenden“ siehe Dirk KAESLER, „Mit Fleiß die Ordnung lieben“, in: FAS vom 20.6.2010.

B'90/DIE GRÜNEN – in „Schlüsselqualifikationen“ unwidmet, die ja dann „operationalisiert“ werden müssen. Denn wie soll man „Selbstverantwortung, Eigeninitiative, Lernkompetenz, Kritikfähigkeit, emotionale Intelligenz“, um nur aus dem Anforderungskatalog von B'90/DIE GRÜNEN herauszugreifen⁷⁹, sinnvoll „evaluieren“, bei Kindern und Jugendlichen notabene? Also, wie soll Schule dahin führen – und das auch noch nachweisen –, wenn man sich klar macht, dass Erziehung⁸⁰ und Bildung nichts sind, was sich irgendwie einstellt, sondern über Personen vermittelt wird – über die Bedeutung der Lehrperson äußern sich nur SPD und CDU/CSU⁸¹ – und sich an der Rezeption von Inhalten („Schulstoffen“) entfaltet. Kompetenz stellt sich nur über den Umgang mit Inhalten ein. Erziehung findet auf der „Linken“ nicht mehr statt, bei der LINKEN schon deswegen nicht, weil für sie „Erziehung“ – und auch Bildung – ja nur affirmativ sein kann, so dass letztlich die Partei die entsprechende sozialisierende Funktion übernehmen muss. Für B'90/DIE GRÜNEN und SPD mögen hier 68er-Vorbehalte eine Rolle spielen⁸², von einer Erziehung zu sogenannten Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Fleiß, Höflichkeit ist nur noch bei der CSU die Rede („soziale Kompetenz“⁸³), die Familie ist „out“, eine „Erziehungspartnerschaft“ kennen ebenfalls nur noch CSU/CDU⁸⁴, alles wird auf die Schule verlagert, was sie schlicht überfordert.⁸⁵ Bildungsinhalte spielen bei der LINKEN keine Rolle, B'90/DIE GRÜNEN heben nur auf Friedenserziehung, Umweltbildung und „Medienkompetenz“ ab – die naturwissenschaftlichen Fächer erscheinen nur allgemein im Genderkontext – und wollen „den Blick für gesellschaftliche und politische Alternativen zum Status quo“ schärfen (doch wohl über einen entsprechend „kritischen“ Unterricht?). Die FDP nennt „Medienkompetenz“, die SPD nur politische Bildung, Demokratieerziehung, an anderer Stelle noch „kulturelle Bildung“ und ebenfalls die unver-

79 B'90/DIE GRÜNEN S. 98.

80 Auch wenn die Definitionen wechseln, eine Unterscheidung von Bildung und Erziehung ist in jedem Falle sinnvoll: „Bildung ist auf den wissenden und urteilenden Menschen gerichtet“, „Erziehung hat es mit dem wollenden und handelnden Menschen zu tun“, dazu die Überlegungen bei Erich E. GEISLER, *Die Erziehung*, Würzburg 2006, S. 34–49.

81 CDU S. 35: „Lehrer leisten einen herausragend wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft.“; vgl. CSU S. 85: „Lehrkräfte und Erzieher gestalten Zukunft“; SPD S. 61f.: „Verständnis, Anerkennung und Unterstützung“; B'90/DIE GRÜNEN S. 99 wollen nur mehr MigrantInnen als Lehrer. Vgl. auch Rainer WERNER, „Gute Lehrer, kluge Schüler“, in: „Die Welt“ vom 17.7.2010.

82 „Erziehung zur Demokratie“ (S. 61) ist ein Fachterminus in der Politischen Bildung, „Bildung zur Demokratie“ würde eher komisch klingen.

83 Der Begriff findet sich auch bei den B'90/DIE GRÜNEN, aber ohne weitere Bestimmung.

84 Im Rahmen der frühkindlichen Bildung CDU S. 37: „Hierbei ist das Elternhaus intensiv einzubeziehen.“; „Erziehungspartnerschaft“ CSU S. 84.

85 Zitate: B'90/DIE GRÜNEN S. 98, S. 108. – SPD S. 61. – CDU S. 44 Ziffer 134. – CSU S. 82, S. 83.

meidliche „Medienkompetenz“ und verweist noch auf „ästhetische Erfahrung, ethische Reflexion“, so dass das eigentlich nur ein Thema für CDU und CSU ist, die sich hier klar bekennen: Geschichte, Literatur, Musik, bildende Künste, Sport (CSU); kulturelle, religiöse, politische Bildung, Musik, Geschichte, Ökonomie (gemeint wohl Soziale Marktwirtschaft), Mathematik, Naturwissenschaften (CDU), Gesundheitserziehung (CDU) und „grundlegende Medienkompetenz“ bzw. „umfassende Medienerziehung“. Dabei setzt die CSU noch den bayerischen Heimataktzent.

Die Erklärung für die „linke“ Enthaltensamkeit in dieser Frage mag einerseits in der Legitimation des je eigenen Politikprofils aus nur historischem Rückbezug liegen. Denn das kann bezogen auf das Bildungswesen nur zu zwei Möglichkeiten führen: Man stellt es in den Dienst eben dieses Rückbezuges, will also einen je unterschiedlichen Typus – links, sozialdemokratisch, grün, freiheitlich – hervorbringen bzw. fortschreiben, der sich für die jeweilige „Bewegung“ einsetzt. Das ganze DDR-Schulsystem war entsprechend ausgerichtet, im Westen der Bundesrepublik hat man das – man denke zurück an den Streit um die hessischen Rahmenrichtlinien – zu Beginn der 1970er Jahre auch offiziell versucht und ist gescheitert. Daher könnte man die zweite Möglichkeit unterstellen, nämlich die Ziel- und Inhaltsdebatte möglichst offen zu halten und sich auf allgemeine Floskeln wie „entdeckendes und selbständiges Lernen“ im „Haus des Lernens“ zu beschränken und die Inhaltsdimension im Sinne der Anpassung an eigene Ziele auf eine Zeit zu verschieben, da die Einflussmöglichkeit auch konkret gegeben ist. Auf Grund ihres überzeitlichen Rückbezugs (Christentum) können hingegen die Unionsparteien schlicht darauf verweisen, dass es ihnen um die Entfaltung der Dimensionen des Humanum geht, um den Menschen als historisches, räumliches, religiöses, ethisches, politisches, ästhetisches, Kultur schaffendes, Natur bearbeitendes Wesen, und dass dafür die Schule als „Basislager“ zu fungieren habe, ohne dass sich die Partei als eigentliches Sozialisationsinstrument versteht.

Der zweite Grund dürfte darin bestehen⁸⁶, dass man sich auf der „Linken“ aller nationalen Bezüge enthalten will. Zwar will auch die SPD die „Pflege unseres Erbes und unserer Erinnerungskultur“, aber ein Bezug zu nationaler Identität ist offenbar nicht intendiert; für B'90/DIE GRÜNEN konzentriert sich das „kulturelle Erbe“ auf „lokale Erinnerungskultur“ und auf die „NS-Verbrechen und das Unrecht des SED-Regimes“. Demgegenüber betont die CSU die „starke eigene Identität“, das „Wissen um die eigene Herkunft“, die „eigenen Wurzeln“, den Zusammenhalt durch „gemeinsame Tradition, Heimat und Nation“, die CDU benennt unter dem Titel „Zusammenhalt unserer Gesellschaft“ auch das „patriotische Zusammengehörigkeitsgefühl“, das sich

86 Zitate: SPD S. 39. – B'90/DIE GRÜNEN S. 113. – CSU S. 9; vgl. S. 41. – CDU S. 14–16. – SPD S. 39, S. 60. – CDU S. 9.

nicht nur auf die negativen, sondern auch auf die positiven Seiten der deutschen Geschichte beziehen kann und spricht von „kulturellen Werten und historischen Erfahrungen“ als „Grundlage für den Zusammenhang in unserer Gesellschaft“.

Damit klingt zugleich an, dass das Thema „Werterziehung“⁸⁷ nur in der CDU/CSU einen Stellenwert hat. Zwar will auch die SPD „Sensibilität für Werte“ und setzt auf die Wertesichernde Funktion der Kirchen. Aber wenn es fundamentales Ziel von Bildung und Erziehung sein muss, junge Menschen „lebenstüchtig“ zu machen, ist „Sensibilität“ beliebig, hieße Werteerziehung, so wenig wie möglich dem Zufall zu überlassen, ob Kinder und Jugendliche die dafür notwendige hinreichende normative Orientierung erwerben, also ein Werteinstellungsgefüge, das zum sinnvollen und sozialverantwortlichen Leben unter den Bedingungen einer pluralistischen Gesellschaft befähigt. Dazu bekennen sich – bezogen auf den Bildungsprozess – jedenfalls nur die Unionsparteien, die CSU ausdrücklich zur Bedeutung des Religionsunterrichts als wertere begründend, wobei sie sich auf das „christlich-abendländliche Wertefundament als Kompass“ beruft, die CDU auf die „christlich geprägten Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie“. Daher ist auch der – konfessionelle/christliche – Religionsunterricht für beide Parteien Pflicht, während SPD, FDP und B'90/DIE GRÜNEN das Thema beschweigen und die LINKE

87 Natürlich ist der Begriff nicht unproblematisch, vgl. Jörg-Dieter GAUGER, *Verantwortung der Politik für wertorientierte Erziehung in einer wertrelativen Zeit*, in: Antonius HANSEL (Hg.), *Werterziehung im Fokus schulischer Bildung*, Freiburg 2009, S. 81–124, aber dass „Werte“ und damit „Werterziehung“ individuell wie auch gesellschaftlich benötigt werden, weil die Gegenhaltungen sowohl selbstzerstörerisch wie auch gesellschaftlich zerstörend wirken, hat Wolfgang BREZINKA, *Erziehungsziele in der Gegenwart – Problematik und Aufgaben für Familien und Schulen*, in: Klaus WEIGELT (Hg.), *Werterziehung* (Vorträge und Beiträge der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung 19), Wesseling 1991, S. 11–25, deutlich gemacht, indem er in pädagogischer Absicht das positive und das negative Bild gegenüberstellte: Zum Ersten Vertrauen, ein „Urvertrauen“, zum Leben und zur Welt stößt auf die Gegenhaltungen: Angst, Mutlosigkeit, Verdrossenheit, Verweigerungsmentalität. Zum Zweiten die Bereitschaft zur Selbsterhaltung durch eigene Anstrengung trifft auf die Gegenhaltungen: Arbeitsscheu, Leistungsunwilligkeit, Trägheit, Bequemlichkeit, Faulheit, Passivität usf. Zum Dritten ein realistisches Bild und Selbstverständnis, etwas, was man auch mit Wirklichkeitssinn, Nüchternheit, Sachlichkeit oder Klugheit, ein Zentralbegriff der abendländischen Tugendlehre, umschreiben könnte, mit den Gegenhaltungen: Weltfremdheit, Utopismus, Ich-Haftigkeit, Subjektivismus usf. Zum Vierten Kultur des Herzens. Auch hier wiederum die Gegenhaltungen: Heimatlosigkeit, Welt- und Lebensangst, Gefühl der Leere, Freudlosigkeit, Langeweile, Habgier, Neid, Hass und Zerstörungslust usf. Zum Fünften: Selbstdisziplin. Auch hier die Gegenhaltungen: Selbstverwöhnung, Verantwortungsscheu, Rücksichtslosigkeit, Unbeherrschtheit, Unverlässlichkeit. Vgl. auch BREZINKA, *Erziehung in einer wertunsicheren Gesellschaft*, München/Basel 1986. Schließlich nannte er schon damals „Liebe zur Heimat“: aufgeklärten Patriotismus. Wobei auch nur die Unionsparteien erkennen lassen, dass das für sie ein Thema ist, bei der CSU naturgemäß mit einem besonderen bayerischen Regionalbezug.

ihn offenbar abgeschafft haben will. Damit verschließt zumindest die LINKE „ihren“ Schülern den ganzen Bereich der abendländischen Kulturentwicklung, die nun einmal christlich geprägt ist und die man ohne Kenntnis des Christentums und seiner Wirkungen auf fast alle Lebensbereiche nicht verstehen kann.

Natürlich sind parteipolitische Grundsatzserklärungen immer auch zeitgebunden, neue Probleme wie die aktuelle Finanz- und Schuldenkrise mit ihren Auswirkungen auf alle Politikfelder (s. nur die Frage: Sparen auch im Bildungsbereich?) waren damals nicht prognostizierbar. Manche haben an Brisanz zugenommen, sind aber auch nur sozialpolitisch – kaum bildungspolitisch – anzugehen, wie die Defizite der Familie in der Unterschicht, die vergleichsweise konstante „Risikogruppe“⁸⁸, die mangelnde Integration, die ungebrochen-negative demographische Entwicklung. Fehlentwicklungen beim Bologna-Prozess hat die Politik parteiübergreifend mitzutragen, und manches hat die CDU auch selbst aufgegeben, wenn sie unter Koalitionszwang geriet, aber innerparteilich (noch?) vergleichsweise geräuschlos. Denn man täusche sich nicht, die Einheitsschule gehört zum harten Kern „linker“ Bildungspolitik, Argumente spielen hier keine Rolle, sondern Vision und Gefühl, und auch der erste Schritt, die verlängerte Grundschulzeit, wird immer nur als Etappe auf dem Weg zur einen „Schule für alle“ verstanden. Wer von einem Schulsystem herkömmlicher Art ausgeht, mit klarer Fächerstruktur und auch mit Traditionsbezug, leistungsorientiert, aber auch leistungsselektiv, wo Lernen als „Anstrengung“ gilt und Bildung auch als Holschuld, nicht nur „fördernd“, sondern auch „fordernd“, als Ort kultureller Bildung ebenso wie als wertevermittelnde Instanz, kann sich nur für das Leitbild der Union entscheiden. Wer schulpolitischen Egalitarismus und inhaltliche Beliebigkeit will, muss sich an die LINKE, SPD und B'90/DIE GRÜNEN wenden. Aber natürlich ist es verführerisch, seinem Kind zunächst möglichst wenig zumuten zu müssen, wenn der Formalabschluss trotzdem erreicht wird. Was aber, wenn immer weniger dahintersteckt? Denn das rächt sich an der Hochschule mit hohen Abbrecherquoten⁸⁹, verstärkt noch durch einen rigide-selektiven Bologna-Prozess, beim Berufseinstieg durch die zunehmende Konkurrenz akademischer Abschlüsse, bei denen am Ende dann doch wieder die familiäre Herkunft entscheidet. Letztendlich, ein neues „soziales“ Thema“ zeichnet sich jetzt schon ab: die weitestgehende „Inklusion“ Behinderter in das Regelschul- und die damit verbundene Frage nach der Zukunft des Sonderschulwesens.

88 Siehe auch die Ergebnisse des diesjährigen „Bildungsberichts“, dazu Beitrag in der FAZ vom 18.6.2010: „Das Bildungsniveau hat sich erhöht“. Das wohl weniger, gemeint sind die Formalabschlüsse.

89 Siehe auch Ulrich HERBERT, „Der Abschied von der Volluniversität ist längst vollzogen“, in: FAZ vom 27.5.2010.

Revolution, Wiedervereinigung und katholische Kirche 1989/90

Von Christoph Kösters

Karl-Joseph Hummel zum 60. Geburtstag

Einführung

Zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer in Berlin und der staatlichen Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten scheint das Urteil der Geschichte über den Anteil der christlichen Kirchen am politischen Umbruch 1989/90 in der DDR festzustehen: „Bei der ‚friedlichen Revolution‘ handle es sich keineswegs um eine ‚protestantische Revolution‘, konstatiert der evangelische Kirchenhistoriker Gerhard Lindemann. „Protestanten und Katholiken trugen zur Demokratiebewegung zwar Entscheidendes bei, doch war die evangelische Kirche nicht der Motor des gesellschaftlichen Umbruchs“.¹ Für die kleinere katholische Kirche verweisen Historiker sogar auf eine Passivität oder konstataren für die Wochen und Monate des Herbstes 1989 einen Totalausfall. Bleibt die Perspektive nicht auf die Revolution 1989 begrenzt, sondern bezieht auch die Wiedervereinigung Deutschlands bis zum Oktober 1990 ein, so kontrastiert der vermeintliche „Totalausfall“ scheinbar mit der Präsenz von Katholiken in politischen Ämtern, so dass sogar eine katholische Machtübernahme behauptet wurde.²

Dass dieses Kontrastbild bis heute historisch kaum näher begründet wird, hat seinen Grund in einer weitgehend auf die kirchlichen Entwicklungen in der DDR fokussierten Perspektive.³ Der historische Verlauf in der Bundesrepublik

1 Gerhard LINDEMANN, *Die christlichen Kirchen und der deutsche Vereinigungsprozess*, in: Gerhard BESIER/Katarzyna STOKŁOSA (Hg.), *15 Jahre Deutsche Einheit. Was ist geworden?*, Berlin 2007, S. 129–148, hier S. 137.

2 Vgl. Ilko Sascha KOWALCZUK, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, Lizenzausg. der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2009, S. 221f. Ehrhart Neubert hingegen hat seine zugespitzte These von 1991 („Wir haben die SED entmachtet, und nun übernehmen die Katholiken die Macht!“) in seiner 2008 erschienenen Gesamtstudie allerdings nicht wiederholt. Vgl. Ehrhart NEUBERT, *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*, München 2008.

3 Außer Bernd Schäfer hat sich vor allem Josef Pilvousek in verschiedenen Einzelbeiträgen des Themas angenommen. Vgl. Bernd SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten. Positionen in der katholischen Kirche im „Revolutionsjahr“ 1989*, in: Thomas BROSE (Hg.), *Gewagte Freiheit. Wende, Wandel, Revolution*, Leipzig 1999, S. 124–138; Josef PILVOUSEK, *Kirche in der DDR: Rückschau auf die Erfahrungen*, in: *20 Jahre Mauerfall. Katholische Kirche und Friedliche Revolution. Lernschritte und Bewährungsproben. Eine Dokumentation*, hg. von der Katholischen Akademie in Berlin e. V., o. O. 2010, S. 4–17; DERS., *Im kirchenpolitischen „Korsett“ der Bischofskonferenz. Bischofskonferenz, Bischöfe und die friedliche Revolution von 1989*, in: Thomas BROSE (Hg.), *Glaube, Macht und Mauerfälle*.

wird bislang nicht berücksichtigt, ist aber doch unabdingbar, um das Verhalten der katholischen Kirche 1989/90 zu verstehen. Eine Ursache für die missliche Forschungslage ist eine asymmetrische Quellenlage: Während sich für die katholische Kirche in der DDR die historischen Entwicklungen dank verschiedener, zum Teil sehr materialreicher Dokumentensammlungen recht gut nachzeichnen lassen,⁴ sind die relevanten kirchlichen Provenienzen, die vor allem über das Verhalten der westdeutschen Bischöfe Aufschlüsse bieten könnten, noch nicht zugänglich.

Immerhin sind die äußeren Abläufe innerhalb der Kirche in Westdeutschland rekonstruierbar. Die entsprechenden Ausführungen stützen sich im Folgenden vornehmlich auf Agenturmeldungen der katholischen Kirchenpresse. Dies erlaubt es, die Entwicklungen über den Herbst 1989 hinaus bis zur Vereinigung Anfang Oktober 1990 weiterzuverfolgen.⁵ Über die Frage, ob und in welchem Maße die katholische Kirche in die revolutionären Vorgänge involviert war, gelangen auf diese Weise auch die Auswirkungen in den Blick, die diese Vorgänge im Zuge der Vereinigung Deutschlands weiter entfalteten. Dabei empfiehlt es sich, nicht nur auf die bischöfliche Kirchenleitung zu schauen, sondern auch die Entwicklungen im Laienkatholizismus zu verfolgen.

Von der friedlichen Revolution ins Neuland, Würzburg 2009, S. 82–90; DERS., *Bischofskonferenz, Bischöfe und die friedliche Revolution von 1989*, in: *Theologie und Glaube* 52 (2009), S. 95–106; DERS., *Katholizismus und katholische Kirche in der DDR seit 1985*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 20 (2007), S. 47–65. Allgemein Bernd SCHÄFER, *Staat und katholische Kirche in der DDR*, 2. Aufl., Köln u. a. 1999.

- 4 Geradezu eine Fundgrube ist der Quellenband von Martin HÖLLEN, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*, Bd. 3, 2. Teil-Bd.: 1977–1990, Berlin 2000. Die bischöflichen Hirten schreiben und Kundgebungen sind zugänglich in: Gerhard LANGE u. a. (Hg.), *Katholische Kirche – Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945–1990*, 2. erw. Aufl., Leipzig 1993; Josef PILVOUSEK (Hg.), *Kirchliches Leben im totalitären Staat. Seelsorge in der SBZ/DDR 1977–1989. Quellentexte aus den Ordinariaten*, Teil II, Leipzig 1998.
- 5 Vgl. die knappe Skizze von Heinz HÜRTE, *Die Kirchen zur Zeit der Wiedervereinigung*, in: Jürgen ELVERT (Hg.), *Deutschland 1949–1989. Von der Zweistaatlichkeit zur Einheit*, Wiesbaden, 2003, S. 190–196. Eine soziologisch angelegte Untersuchung bietet Barbara THÉRIAULT, „Conservative revolutionaries“. *Protestant and catholic churches in Germany after radical political change in the 1990s*, New York u. a. 2004. Eine Auswahl bischöflicher Hirten schreiben und Kundgebungen für den deutschsprachigen Raum ist zusammengestellt in: *Hirtenbriefe 1989 aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, hg. vom Institut für kirchliche Zeitgeschichte, Salzburg 1990; *Hirtenbriefe 1990 aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, hg. ebd., Salzburg 1991. – Allgemein: Andreas RÖDDER, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009; Hanns Jürgen KÜSTERS, *Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90*, Freiburg i. Br. 2009. Klaus-Dietmar HENKE (Hg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009; Wolfgang JÄGER, *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90*, Stuttgart 1998.

Dass die zugrundeliegende Materialbasis nur erste Einblicke und vorläufige Beobachtungen erlaubt, versteht sich von selbst; die Auswertung der Akten kann sie nicht ersetzen.

Die Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland 1989/90 wird in vier Schritten entfaltet: Zuerst wird die politische und soziale Situation der katholischen Kirche in der DDR vom Beginn der 1980er Jahre bis zum Vorabend der Revolution skizziert. Ohne diesen weiter ausgreifenden Rückblick bleibt das Verhalten von Episkopat und Katholiken 1989/90 unverständlich. Zweitens wird die Beteiligung der katholischen Kirche an den revolutionären Vorgängen im Herbst 1989 beleuchtet. Drittens ist danach zu fragen, welche Bedeutung ihr auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands zukam, der sich seit der zweiten Dezemberhälfte 1989 abzeichnen begann. Abschließend wird viertens das politische Engagement des ostdeutschen Laienkatholizismus behandelt.

1. Die katholische Kirche in der DDR am Vorabend der Revolution

Als Olof Klohr, Jenaer Professor für Wissenschaftlichen Atheismus, 1981 ein erstes „Handbuch der katholischen Kirche in der DDR“ präsentierte, war er sich sicher: „Der Rückgang des Mitgliederbestandes der katholischen Kirche in der DDR ist unbestreitbar. Diese Tendenz wird wahrscheinlich weiter anhalten. Aus der Zahl der Taufen, Firmungen und Eheschließungen wird ersichtlich, daß man in absehbarer Zeit mit 4 % Katholiken in der DDR zu rechnen hat. (4 % wären in etwa 670.000).“⁶ Damit sollte der statistische Beleg für die marxistische Sicht vom Absterben der Religion erbracht werden. Zwar sollte die Geschichte einen anderen Verlauf nehmen. Die Zahlen jedoch entsprachen relativ genau den tatsächlichen Verhältnissen, wie eine repräsentative Stichprobe im Sommer 1990 zeigte.⁷ Im Land der Reformation, in dem die erwachsenen Christen gerade noch ein Viertel der Bevölkerung ausmachten, bildeten die Katholiken und ihre Kirche eine kleine konfessionelle Minderheit. Weltanschauliche und konfessionelle Diaspora bestimmten die Wirklichkeit des katholischen Kirchenalltags.

Da die DDR die Rechtsnachfolge des 1945 untergegangenen Deutschen Reiches ignorierte, bestand im rechtlichen Verhältnis zwischen SED-Staat und Kirche eine Schwebesituation. Der Staat kündigte nicht das Reichskonkordat von 1933, erkannte es aber auch nicht an. Die katholischen Bischöfe hingegen vermieden möglichst alles, was den Staat zu einem solchen Schritt veranlassen könnte. Dies brachte die katholische Kirche von Beginn an in eine kirchenpo-

6 *Die katholische Kirche in der DDR. Handbuch*, bearb. von Olof KLOHR u. a., Ingenieurshochschule für Seefahrt, Warnemünde 1982, Nr. 4.1.1.

7 Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) Aktueller Dienst Inland (AD), Nr. 172 vom 26.7.1990, S. 1: Zahl der Christen in der DDR geringer als bisher angenommen.

litische Defensive. Praktisch galt der Konkordatschutz in der DDR nicht und erlaubte den SED-Mächtigen den Druck durch repressive Maßnahmen beliebig zu verschärfen oder abzuschwächen. Als die Teilung Deutschlands 1961 die noch verbliebenen Kontakte der katholischen Jurisdiktionsbezirke zu ihren Mutterdiözesen in der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme des Bistums Berlin gewaltsam trennte, sahen die katholischen Bischöfe nur noch den Ausweg, mit dem Staat zu einem „Modus Vivendi“ zu gelangen, der die Einheit des Bistums Berlin und damit ein offenes Fenster nach West-Berlin wahrte und die Existenz der kleinen katholischen Minderheit in der DDR sicherte. Zum Ausgangspunkt für eine politische Abstinenz der Kirche im Sinne einer verlässlichen, aber durchaus taktisch instrumentalisierbaren öffentlichen Neutralität wurde der Antrittsbesuch des neuen Berliner Bischofs Bengsch bei Ministerpräsident Stoph im November 1961. Ohne die fundamentalen Unterschiede auszusparen, bekundeten beide Seiten den Willen, künftig die anstehenden Einzelfragen im Gespräch friedlich zu klären. Aus Sicht des SED-Regimes war die beabsichtigte „Geschäftsgrundlage“ mit der katholischen Kirche erreicht, die deren Abstinenz in politischen Fragen sicherte; in Bengschs Augen war die Einheit des Bistums gewahrt.⁸

In der „Ära Bengsch“ entwickelte sich aus den bilateralen Gesprächen mit dem Staat je länger desto mehr ein Gerüst kirchenpolitischer Prinzipien, die der katholische Beauftragte für die Verhandlungen mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, der Berliner Prälat Gerhard Lange, Anfang November 1989 in sechs Punkten zusammenfasste: keine Veränderungen der überkommenen deutschen Rechtsgrundlagen („Es bleibt alles beim Alten“), keine Veränderungen der konkordatär festgelegten Diözesangrenzen, Stellungnahmen nur zu Grundsatz- und Lebensfragen des Volkes (politische Abstinenz), keine unterschiedlichen Veröffentlichungen in West und Ost (medienpolitische Abstinenz), Einheitlichkeit der bischöflichen Stellungnahmen (*una voce*) und keine gemeinsamen Erklärungen mit der evangelischen Kirchenleitung (*keine Ökumene in politicis*).⁹

Auf diese Weise sah man die Pfarrseelsorge am besten gegen die permanenten Zersetzungsversuche durch das SED-Regime, seine Massenorganisationen und seinen monströsen Sicherheitsapparat geschützt. In der Tat hielt die weitgehende Beachtung dieser Leitprinzipien den totalitären SED-Staat relativ auf Distanz, sicherte auf stillen West-Ost-Transferwegen das Überleben der katholischen Minderheit in der DDR und schloss öffentliche Kritik am Staat

8 Zum Gespräch zwischen Stoph und Bengsch am 2.11.1961 vgl. Martin HÖLLEN, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*, Bd. 2: 1956–1965, Berlin 1997, S. 295–309.

9 Vgl. die Expertise Langes vom 6.11.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 268. – Bengsch war 1979 gestorben.

nicht aus, wenn seine Politik – wie etwa in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs – Kernbereiche von Religion und Kirche berührte.

Gleichwohl erzwang ein solcher Kurs den Rückzug der katholischen Kirche in ein defensives gesellschaftliches Nischendasein, was auf Dauer nicht ohne Ambivalenzen bleiben konnte. Es schien darauf anzukommen, den Status quo Schritt für Schritt erträglicher zu machen, nicht aber ihn abzuschaffen.¹⁰ Die – wie man sie nennen könnte – „Berliner Kirchenprinzipien“, die die kleine Diasporakirche zunächst wirksam zusammenhielten und stützten, wirkten je länger desto mehr einschnürend und beengend.¹¹ Sie ließen kaum Möglichkeiten, um auf Veränderungen, die Kirche und Gesellschaft seit den 1970er Jahren erfassten, zu reagieren.

Die Katholiken seien stets „katholische Kirche in einem Land“ und bildeten „keine Landeskirche“, unterstrich der Berliner Kardinal Meisner¹² am Silvesterabend 1984 und brachte damit die kirchlichen Verhältnisse auf den Punkt.¹³ Seit den 1950er Jahren hatte die katholische Kirche ihre Diaspora-Existenz in der DDR als „Gärtnerei im Norden“, als „fremdes Haus“, dann als „Land“ und „Heimat“ akzeptiert, ohne sich mit dem SED-Staat zu identifizieren und „Kirche im Sozialismus“ zu werden. Und zu diesem Selbstverständnis als „Kirche in der DDR“ zählte anders als bei den traditionell staatsnahen evangelischen Landeskirchen vor allem auch das Bewusstsein, mit der Weltkirche und dem Papst verbunden zu sein.

Papst Johannes Paul II. hatte mit Beginn seines Pontifikates 1979 zunächst die „Vatikanische Ostpolitik“ seines Amtsvorgängers kraftvoll und entschlossen neu akzentuiert und die von Papst Paul VI. eingeleitete Anpassung der kirchlichen Jurisdiktionsbezirke an die Staatsgrenzen der DDR gestoppt. Am 28. Oktober 1982 legte der Papst den katholischen Bischöfen und ihrem unmittelbar zuvor und vorzeitig neu gewählten Konferenzvorsitzenden Meisner¹⁴ bei einem Ad-limina-Besuch in Rom sein römisches Programm ans Herz: Einheit mit dem Papst als Voraussetzung für die Einheit innerhalb der Bischofskonferenz, Fortsetzung der Solidarität mit den Kirchen in den Nachbarländern,¹⁵ klares Bekenntnis zur Menschenwürde, insbesondere gegenüber der Jugend sowie durch den Einsatz für den Frieden, und zwar einschließlich eines mit den

10 HÜRTEN, *Kirchen* (wie Anm. 5), S. 192.

11 Vgl. PILVOUSEK, *Im kirchenpolitischen „Korsett“* (wie Anm. 3), S. 84.

12 Joachim Meisner (geb. 1933), 1982–1989 Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, 1962 Priesterweihe (Bistum Erfurt), 1969 Dr. theol. in Rom, 1975 Weihbischof des Apostolischen Administrators in Erfurt Meiningen, 1980 Bischof von Berlin, 1983 Kardinal, 1988 Erzbischof von Köln. Vgl. <http://www.dbk.de/geschichte-kath-kirche-deutsch.html> (Stand: Juni 2010).

13 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 129.

14 Vgl. Erklärung des Sekretariats der Berliner Bischofskonferenz vom 7.9.1982, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 76.

15 Gemeint waren Litauen, CSSR, aber auch Polen.

evangelischen Glaubensgemeinschaften zu suchenden Gedankenaustauschs.¹⁶ Diese Ermunterung durch das katholische Kirchenoberhaupt, das bisherige Nischendasein aufzugeben, berührte die „Berliner Kirchenprinzipien“. Vor allem über die – auch den Staatssekretär für Kirchenfragen interessierende – Frage, ob die bisherige Zurückhaltung durch ein ökumenisches Zusammengehen mit den evangelischen Christen überwunden werden könne und solle, bestand innerhalb der katholischen Kirchenführung keine einhellige Auffassung.¹⁷

Die grundsätzlichen Spannungen lagen tiefer und bestimmten nicht erst seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil die innerkirchlichen Debatten. Wie in jeder Diktatur hatte auch die Kirche in der DDR grundsätzlich ihren Standort zu wählen, um die Seelsorge zu sichern: angesichts der nicht in Frage stehenden Machtverhältnisse eher „politisch“ in einer prinzipiellen Opposition zu den herrschenden totalitären Weltanschauungsanspruch zu bestehen oder eher „gesellschaftlich“ in einer vorsichtigen Anpassung der Kirche an die bestehenden Verhältnisse, um einem ghettogleichen Abseits zu entkommen. Das Grunddilemma trat angesichts von Agonie und Machterosion des SED-Regimes einerseits und dem Vorwärtsdrängen des Papstes andererseits deutlich zutage. Unter der Oberfläche einer nach außen weiterhin geschlossen auftretenden katholischen Kirche machten sich infolgedessen gegenläufige Strömungen bemerkbar: Den Bemühungen, den kirchenpolitisch bewährten Kurs fortzusetzen, liefen Bestrebungen zuwider, den Standort der katholischen Kirche neu auszurichten. Die unterschiedlichen Positionen wurden zusätzlich verstärkt von einer seit jeher bestehenden Distanz der peripher gelegenen Diasporazentren in Dresden, Erfurt, Magdeburg, Schwerin, Görlitz und Meiningen gegenüber dem starken hauptstädtischen Berliner Zentrum.

Im historischen Rückblick erweist sich der seit 1981 vorbereitete, Anfang 1982 zunächst gescheiterte und am 2. Januar 1983 schließlich doch verlesene Hirtenbrief zum Weltfriedenstag¹⁸ als erster bemerkenswerter Schritt. Die vom Erfurter Bischof Wanke¹⁹ in der Friedensfrage vorangetriebene Neuorientie-

16 Audienzansprache Papst Johannes Pauls' II. an die Bischöfe aus der DDR vom 28.10.1982, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 78. – Vor allem der vom Papst angeregte ökumenische Gedankenaustausch sorgte beim Staatssekretär für Kirchenfragen für Aufsehen. Der kirchliche Gesprächsbeauftragte, Prälat Lange, teilte daraufhin mit, Kardinal Meisner habe interveniert, weil der vom Papst vorgetragene Text zuvor nicht abgestimmt worden sei. Vgl. die Aufzeichnungen Kalbs vom 7.11.1983, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 97.

17 Vgl. Aufzeichnungen des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Kalb, EBD. S. 97f.

18 Hirtenbrief der Berliner Bischofskonferenz zum Weltfriedenstag vom 1.–2.1.1983, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 80–83; vgl. auch Jürgen SELKE, *Katholische Kirche im Sozialismus? Der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe in der DDR zum Weltfriedenstag 1983 und seine Bedeutung für das Verhältnis von Katholischer Kirche und Staat DDR*, Altenberge 1995; SCHÄFER, *Staat* (wie Anm. 3), S. 400–402.

19 Joachim Wanke (geb. 1941), 1989 kommissarischer Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, 1966 Priesterweihe (Bistum Erfurt), 1973 Dr. theol., 1980 Professor für Neutestamentliche Exegese am Philosophisch-Theologischen Studium in Erfurt, 1980 Koad-

rung war Folge eines theologisch reflektierten Kurswechsels. Wankes Anregung, das Evangelium auf „mitteldeutsch“ zu buchstabieren, zielte darauf, im Anschluss an das Zweite Vatikanische Konzil eine (laien-)apostolisch-missionarisch geleitete Präsenz der Christen in einer säkularisierten und materialistischen Lebenswelt beheimateten Kirche zu stärken.²⁰ Solchen Überlegungen lag die Einsicht zugrunde, dass für das Christsein in der DDR weniger der ideologische Gegensatz als vielmehr die erzwungene gesellschaftliche Randexistenz in einem religionsentleerten Lebensumfeld ausschlaggebend geworden war. Die Überlegungen resultierten aus der kritischen Besinnung darauf, dass sich Kirchenbild und -selbstverständnis angesichts der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr darauf beschränken durften, wie bisher „den Weg der klugen Selbstbeschränkung und kirchlichen Geschlossenheit“²¹ weiterzugehen.

Im September 1986 richteten die Bischöfe zunächst eine pastoralsoziologisch und -theologisch ausgerichtete „Bischöfliche Studienstelle“ und im Frühjahr 1988 dann eine Pressestelle ein,²² an deren Spitze mit dem Erfurter Ordinariatsrat Ducke²³ bzw. dem Dresdener Prälat Grande zwei ausgewiesene Mitglieder der Dresdener Pastorsynode von 1972/75 gestellt wurden. Der Studienstelle war ein aus katholischen Akademikern bestehender Beirat angegliedert, darunter mit Klaus Appenroth, Ruth Kölblin, Hans Joachim Meyer²⁴,

jutorbischof des Apostolischen Administrators im Bischöflichen Amt Erfurt-Meiningen, 1981 Apostolischer Administrator, 1994 Bischof von Erfurt. Vgl. <http://www.dbk.de/geschichte-kath-kirche-deutsch.html>.

- 20 Vgl. JOSEF PILVOUSEK, *Ein geistig-geistliches Leitbild für die katholische Kirche in der DDR. Kirche als „theologische Basiswirklichkeit“*, in: Claus-Peter MÄRZ/Josef FREITAG (Hg.), *Christi Spuren im Umbruch der Zeiten. Festschrift für Bischof Joachim Wanke zum 65. Geburtstag*, Leipzig 2006, S. 301–318, hier S. 307–317; DERS., *Kirche* (wie Anm. 3), S. 14.
- 21 JOACHIM WANKE, *Neue Herausforderungen – bleibende Aufgaben. Die katholische Kirche in der DDR nach dem Herbst 1989*, in: Franz Georg FRIEMEL (Hg.), ... *wie die Träumenden. Katholische Theologen zur gesellschaftlichen Wende*, Leipzig 1990–1992, S. 104–114, hier S. 108.
- 22 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 141, S. 208, S. 226f.
- 23 KARL-HEINZ DUCKE (geb. 1941), 1989–1990 Moderator am Zentralen Runden Tisch in Berlin, 1990 Beauftragter der Berliner Bischofskonferenz zum Aufbau von Kontakten zu Parlament, Parteien und Regierung in der DDR, Dr. theol., 1967 Priesterweihe, 1975–1986 Regens des Priesterseminars in Erfurt, 1986 Leiter des Seelsorgeamtes Erfurt und Leiter der Bischöflichen Studienstelle, Stellvertreter des Generalsekretärs der Berliner Bischofskonferenz, 1991 Pfarrer in Jena.
- 24 HANS JOACHIM MEYER (geb. 1936), 1990–1994 Vorsitzender des „Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen“, April–Oktober 1990 Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR, November 1990–2002 Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Dr. sc. phil., 1985 Berufung zum a. o. Professor an der Humboldt-Universität, 1994 Vizepräsident, 1997–2009 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

drei weitere ehemalige Synodale.²⁵ Damit war die angestrebte Neuorientierung im Umfeld der Bischofskonferenz personell und institutionell abgestützt.

Die neue, in den 1980er Jahren ernannte Führungsriege der katholischen Kirche in der DDR²⁶ war sich indes durchaus bewusst, dass die Neujustierung des katholischen Standpunkts unter totalitären Herrschaftsbedingungen zwangsläufig den sensiblen kirchenpolitischen Nerv berührte.²⁷ Dies betraf zuvörderst den Staat, wie die heftige Reaktion der SED auf die Veröffentlichung des Friedenshirtenbriefes zeigte. Das SED-Regime erkannte darin sofort ein Abweichen von der seit dem Mauerbau geltenden kirchenpolitischen „Geschäftsgrundlage“ und den Versuch, sich aus der Umklammerung kirchenpolitischer Staatsomnipotenz zu lösen; insbesondere die Ökumene „in politicis“ war es, die die Mächtigen in Partei und Sicherheitsapparat beunruhigte. Dies galt aber auch innerkirchlich, wie die mühsame Entstehungsgeschichte des Friedens-Hirtenbriefes erkennen lässt. Die an Wankes Vorgänger Hugo Aufderbeck anknüpfenden „pastoralen Reformer“ aus Erfurt und Dresden stießen mit ihren Ideen und Vorhaben bei den Meisners Amtsvorgänger Bengsch tief verbundenen „kirchenpolitischen Skeptikern“ in Berlin auf wenig Gegenliebe. Der 1980 aus Erfurt nach Berlin und an die Spitze des Episkopats in der DDR gewechselte Meisner verfolgte eine pastorale Linie, die durchaus eigenständige Akzente setzte: Der Berliner Kardinal, der das Vertrauen des neuen Papstes genoss, zog die päpstliche Neuevangelisierung Europas und der Welt im Zeichen von Menschenwürde und Religionsfreiheit²⁸ der auf die Veränderung der Gesellschaft in der DDR gerichteten Ökumene mit den protestantischen Christen vor.

-
- 25 Hans Joachim MEYER, *Ein junger Baum mit tiefen Wurzeln. Zur Vorgeschichte der Katholischen Akademie in Berlin*, in: Katholische Akademie in Berlin, Berlin o. J. (1995), S. 5–8.
- 26 Meisner (seit 1980), Wanke (seit 1981), Werbs (Weihbischof seit 1981), Hubrich (seit 1987), Reinelt (seit 1988), Sterzinsky (seit September 1989). Werbs war 1982–1987 zugleich Konsultor im römischen Sekretariat für den Dialog mit den Nichtglaubenden und seit 1988 Bischofsvikar für die theologische und pastorale Weiterbildung im Bischöflichen Amt Schwerin. Der im November 1985 in Magdeburg als Generalvikar abgesetzte Weihbischof Hubrich hatte im Dezember 1987 die Nachfolge des aus Krankheitsgründen zurückgetretenen Administrators in Schwerin, Theissing, angetreten. Bereits im Juni 1986 hatte Josef Michelfeit von dem aus Altersgründen ausgeschiedenen Berliner Prälaten Paul Dissemmond die Aufgabe des Sekretärs der Berliner Bischofskonferenz übernommen. Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 148, S. 196, S. 151.
- 27 Vgl. den gemeinsamen Hirtenbrief der Berliner Bischofskonferenz vom 14.9.1988: „Wir wollen ... gemäß unserem christlichen Weltauftrag ein mutiges Ja sagen zu unseren Pflichten in Beruf und Alltag, auch auf die Gefahr hin, daß unser Einsatz mit einem ideologischen oder politischen Vorzeichen versehen wird, das unserer christlichen Grundüberzeugung nicht gemäß ist.“ LANGE (wie Anm. 4), S. 354.
- 28 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 149. Zu Papst Johannes Paul II. vgl. Joachim RABANUS, *Europa in der Sicht Papst Johannes Pauls II. Eine Herausforderung für die Kirche und die europäische Gesellschaft*, Paderborn 2004.

Bis zum nächsten Ad-limina-Besuch der katholischen Bischöfe aus der DDR im November 1987 folgten weitere zögernde Schritte aus der kirchlichen Reserve heraus. Nach zwei Pilgerreisen Meisners im März und April 1984 nach Rom²⁹ kündigte die Berliner Bischofskonferenz im September 1984 ein DDR-weites Katholikentreffen für 1987 in Dresden öffentlich an – ohne zuvor die staatlichen Stellen konsultiert oder informiert zu haben.³⁰ Im Dezember 1984 luden die Bischöfe in ihrem Hirtenbrief „Christus, unsere Zukunft“ zu einem Jugendtreffen im Mai 1985 nach Berlin ein.³¹ Das Pastoralschreiben „Kirche im sozialistischen Staat“, das die Bischöfe im September 1986 an alle Priester und Diakone richteten, ermunterte die Gläubigen erstmals ausdrücklich zum gesellschaftlichen Engagement, soweit dies nicht die Mitwirkung in der SED und ihren kirchenfeindlichen Suborganisationen betraf, und knüpfte diese grundsätzliche Bereitschaft der Katholiken an die Gewährleistung der Religionsfreiheit. „Die Christen wollen hier leben, arbeiten und wirken. Aber sie wollen sich nicht einem Weltanschauungsdiktat unterwerfen, das sie unter der Flagge des Sozialismus für den Aufbau einer religionsfreien, atheistischen Gesellschaft vereinnahmt.“³² Auch wenn 1986 die Vorsondierungen, den Papst zum Dresdener Katholikentreffen einzuladen, letztlich an der kirchenpolitischen Wirklichkeit der deutsch-deutschen Teilung und dem Druck staatlicher Stellen scheiterte und der deutsche Kurienkardinal Ratzinger teilnahm,³³ so hatte der innerkirchliche Aufbruch breitere Kreise der katholischen Gläubigen und insbesondere der Jugend erreicht. Das Katholikentreffen selbst, an dem im Juli 1987 in Dresden bis zu 100.000 Gläubige an den öffentlichen und 3.000 Delegierte an den geschlossenen Veranstaltungen teilnahmen, brachte das neue

29 HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 102–104.

30 Am 11./16.7.1984 war der Staatssekretär für Kirchenfragen, Gysi, von der Absicht eines solchen Katholikentreffens informiert worden. Von der weltweiten Veröffentlichung der Nachricht im September 1984 hingegen wurden die staatlichen Stellen überrascht. Vgl. Notiz des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Kalb, vom 11.7.1984 und Kommuniké der Berliner Bischofskonferenz vom 11.–12.9.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 120, S. 122; Dieter GRANDE/Bernd SCHÄFER, *Zur Kirchenpolitik der SED. Auseinandersetzungen um das Katholikentreffen 1983–1987*, Hildesheim 1994, S. 13f.

31 Vgl. Hirtenwort der Berliner Bischofskonferenz vom 4.12.1984, LANGE (wie Anm. 4), S. 314–318.

32 Vgl. Pastoralschreiben der Berliner Bischofskonferenz v. 8.9.1986, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 161. Vgl. auch Heinz HÜRTEN, *Bischofsamt im sozialistischen Staat. Öffentliche Stellungnahmen der katholischen Bischöfe zu brennenden Zeitfragen*, in: Wichmann-Jahrbuch des Diözesangeschichtsvereins Berlin, N.F. 4, 36/37 (1996/1997), S. 239–254, hier S. 252.

33 Vgl. dazu GRANDE/SCHÄFER (wie Anm. 30), S. 40, S. 55–60, S. 62–67, S. 74–76; S. 113f.; HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 106, S. 167, S. 173. – Nach 1980 war Johannes Paul II. im Mai 1987 zum zweiten Mal in die Bundesrepublik Deutschland gereist. Vier Wochen später reiste er nach 1979 und 1983 das dritte Mal nach Polen. http://de.wikipedia.org/wiki/Auslandsreisen_des_Papstes_Johannes_Paul_II. (Stand: Juni 2010).

Selbstverständnis und Gemeinschaftsbewusstsein sichtbar zum Ausdruck³⁴. Der Berliner Kardinal setzte ein klares Zeichen gegen jede politische und gesellschaftliche Vereinnahmung der katholischen Kirche durch den Sozialismus, als er in seiner Predigt unterstrich: „Die Kirche, die Christen in unserem Land möchten ihre Begabung und Fähigkeit in unsere Gesellschaft einbringen, ohne dabei einem anderen Stern folgen zu sollen als dem von Bethlehem.“³⁵

„Laßt euch darum als kleine Kirche in eurem Land nicht entmutigen“, ermunterte der Papst die Bischöfe aus der DDR bei ihrem Ad-limina-Besuch im November 1987. „Öffnet die Tore der Kirche weit für alle, die nach der Liebe unseres Erlösers Ausschau halten.“³⁶ Die diplomatischen Höflichkeitsbegegnungen Erich Honeckers mit Papst Johannes Paul II. im April 1985 in Rom bzw. mit Kardinal Meisner am Rande des Berlin-Jubiläums 1987³⁷ spiegelten vor dem Hintergrund der kirchlichen Entwicklungen scheinbar eine Harmonie, die zwischen SED-Staat und katholischer Kirche nicht bestand. Die Sicherheitsorgane und die für Kirchenfragen zuständige Ministerialbürokratie der SED hatten längst sorgenvoll registriert, dass Meisner und die katholische Kirche begonnen hatten, die sogenannte „Geschäftsgrundlage“ der „Berliner Kirchenprinzipien“ zu verlassen.

Papst Johannes Paul II. hatte den Bischöfen aus der DDR zwar nicht direkt zur vollen Teilnahme an der Ökumenischen Versammlung geraten, aber doch betont, dass es nötig sein könne, auch über den innerkirchlichen Bereich hinaus Aufgaben zu übernehmen.³⁸ Noch unmittelbar vor ihrer Abreise nach Rom hatten sich die Bischöfe bereits entschlossen, ihren Status als Beobachter zugunsten einer Vollmitgliedschaft bei der Ökumenischen Versammlung „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ aufzugeben.³⁹ Es war nur folgerichtig, dass sie unmittelbar nach ihrer Rückkehr aus Rom entschieden, mit einer offiziellen Delegation der Arbeitsgruppe „Justitia et Pax“ der Berliner Bischofskonferenz an der Ökumenischen Versammlung mitzuwirken.⁴⁰

34 Vgl. SCHÄFER (wie Anm. 3), S. 411.

35 Predigt Meisners vom 12.7.1987, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 178.

36 Audienzansprache Papst Johannes Pauls' II. an die Bischöfe aus der DDR vom 27.11.1987, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 194f.

37 Pressebericht „Neues Deutschland“ vom 24.4.1985; HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 138. – Im Unterschied zu seinem Vorgänger im Amt des Konferenzvorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz hatte Meisner bewusst keinen Antrittsbesuch bei Honecker gemacht. Vgl. EBD. S. 79, Anm. 285. Das Zusammentreffen aus protokollarischen Gründen, das die SED propagandistisch ausschaltete, ließ sich nicht umgehen. Vgl. EBD. S. 191f.

38 Vgl. Katharina SEIFERT, *Glaube und Politik. Die Ökumenische Versammlung in der DDR 1988/89*, Leipzig 2000, S. 118.

39 Vgl. Dieter GRANDE, *Dem Frieden eine Chance. Die Arbeit von Justitia et Pax in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR)*, Bonn 2003, S. 18–22; SEIFERT (wie Anm. 38), S. 110–118.

40 Vgl. EBD. S. 118; vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 195f.; SCHÄFER, *Staat* (wie Anm. 3), S. 422–436. Im persönlichen Gespräch mit Carl Friedrich von Weiszäcker hatte der Papst

Mit ihrer aktiven Teilnahme an dem im Februar 1988 offiziell einsetzenden „Konziliaren Prozeß“ schritten die Bischöfe und die Kirche auf dem umstrittenen Weg der Ökumene weiter vorsichtig tastend voran. Sie fanden damit aber Anschluss an jene innerprotestantischen Entwicklungen, die aus christlicher Sicht die Fragen von „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ in der DDR nachdrücklich und öffentlich thematisierten. Die katholische Kirche war auf diese Weise punktuell mit jenen noch minoritären gesellschaftlichen Reformkräften im DDR-Protestantismus verknüpft, die die „Wende“ mit vorbereiteten und an deren Erfahrungen die „Runden Tische“ seit Dezember 1989 anknüpfen konnten.

Eine Ende der 1980er Jahre rapide steigende Zahl von Ausreisebegehren signalisierte der katholischen Kirchenführung, wie groß der politische und gesellschaftliche Reformstau in der DDR war. Für die Ausreisewilligen, die sich auf die KSZE-Beschlüsse von Helsinki 1975 beriefen und auch an katholische Kirchentüren anklopfen, hatte sich die Caritas stets still vermittelnd eingesetzt. Auch die Besetzungen des Erfurter Doms im Juni und der Berliner St. Hedwigs-Kathedrale im Herbst 1988 wurden ohne öffentliches Aufsehen im Sinne der Flüchtenden gelöst.⁴¹ Das rapide Anwachsen der Ausreise- und Fluchtbewegung 1989 sollte allerdings die katholische Kirche mit einer neuen Dimension einer alten Frage konfrontieren: „Gehen“ oder „Bleiben“?

2. Katholische Kirche im revolutionären Umbruchsjahr 1989

Kircheninterne Gerüchte, die bereits 1987/88 davon wissen wollten, dass der Berliner Kardinal die Nachfolge des erkrankten und im Oktober verstorbenen Kölner Kardinals Höffner antreten werde, waren keineswegs unbegründet.⁴² Am 9. Februar 1989 verließ Meisner Berlin und siedelte nach Köln über. Der außergewöhnliche Wechsel eines deutschen Bischofs von Ost nach West, der wegen der Umstände von Meisners Berufung nicht nur in der kirchlichen Öff-

bereits 1987 dessen Idee für ein „Konzil des Friedens“ unterstützt. SEIFERT (wie Anm. 38), S. 56.

41 Christoph KÖSTERS, *Staatssicherheit und Caritas 1950–1989. Zur politischen Geschichte der katholischen Kirche in der DDR*, 2. korr. Aufl., Paderborn 2002, S. 168–183.

42 Die Mitte Juni 1987 von seiner Polenreise zurückgekehrte Papst soll dem ungläubig stauenden Berliner Kardinal eröffnet haben, er werde der erste von vielen Ostdeutschen sein, die nach Westdeutschland gehen würden; die Verhältnisse würden sich grundlegend ändern. Meisner erwähnt den September 1987 als Zeitpunkt der Unterredung mit dem Papst. Am 10.9.1987 hatte der Papst das Rücktrittsgesuch Höffners angenommen, unmittelbar anschließend trat er bis zum 21.9. eine Pastoralreise in die USA an. Vgl. auch Joachim Kardinal MEISNER, *Mit dem Herzen sehen. Chance und Auftrag der Kirche zu Beginn des dritten Jahrtausends. Ein Gespräch mit Stefan Rehder*, Aachen 2000, S. 32. Ort und genauer Zeitpunkt des Zusammentreffens sind bislang nicht bekannt.

fentlichkeit für Aufsehen sorgte,⁴³ entsprach der von der Bundesrepublik Deutschland und dem Vatikan verfolgten politischen Linie, die Einheit der katholischen Kirche in Deutschland zu bewahren. Allerdings fehlte im Umbruchsjahr 1989 an der Spitze der Berliner Bischofskonferenz jene Führungsperson, die sich Johannes Paul II. besonders eng verbunden wusste. Bis zur Wahl eines neuen Konferenzvorsitzenden unmittelbar vor dem 9. November amtierte Meisners bisheriger Stellvertreter, der Erfurter Bischof Wanke, als Vorsitzender. Die kirchenpolitischen Geschäfte führte in dieser Zeit das Berliner Ordinariat. Der am 24. Juni zum Bischof ernannte Erfurter Generalvikar Sterzinsky⁴⁴ wurde am 9. September als Nachfolger Meisners in sein neues Amt als Bischof von Berlin eingeführt. Nur wenige Wochen später kündigte der Magdeburger Bischof Braun am 27. September seinen Verzicht auf sein Bischofsamt und bat den Papst, ihn aus Altersgründen von seinen bischöflichen Aufgaben zu entpflichten.⁴⁵

Zu Plenarsitzungen kam der Episkopat in der DDR bis Anfang November 1989 alle acht Wochen zusammen: Am 5./6. Juni beriet man u. a. die Ergebnisse der Ökumenischen Versammlung und die Auswirkungen der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989,⁴⁶ am 4./5. September über die Fluchtwellen, die zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen, deren Ursachen gegenüber den staatlichen Stellen angesprochen werden sollten⁴⁷, und schließlich am 7/8. November auf einer – unter dem Eindruck der Massendemonstrationen in Berlin und Leipzig stattfindenden – Sondersitzung die kirchenpolitische Lage angesichts der Auflösung des SED-Staates.⁴⁸ In diesen Monaten der Berliner Vakanz konnten verbindliche kirchenpolitische Beschlüsse nicht gefasst werden. Und die im September beschlossene Einrichtung einer „Kleinen Kommission

43 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 173, S. 198, S. 235, S. 243. Vgl. auch die zeitgenössische Beurteilung des West-Berliner Kirchenjournalisten Martin HÖLLEN, *Kardinal Meisner nach Köln. Ausreise im Auftrag des Papstes*, in: Deutschland Archiv 22 (1989), H. 1, S. 13–16.

44 Georg Sterzinsky (geb. 1936), 1989–1990 Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, 1960 Priesterweihe (Bistum Erfurt), 1981 Generalvikar im Bischöflichen Amt Erfurt-Meiningen, 1989 Bischof von Berlin, 1991 Kardinal, 1994 Erzbischof von Berlin. Vgl. <http://www.dbk.de/geschichte-kath-kirche-deutsch.html> (Stand: Juni 2010).

45 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 255; SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten* (wie Anm. 3), S. 126. Der Vatikan ernannte am 12.2.1990 den Geistlichen Rat Leo Nowak zu Brauns Nachfolger als Apostolischem Administrator; am 24.3.1990 wurde Nowak zum Bischof geweiht und in sein neues Amt eingeführt. Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 302.

46 Vgl. Schreiben der Berliner Bischofskonferenz zu den Texten der Ökumenischen Versammlung vom 6.6.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 246f.; PILVOUSEK, *Bischofskonferenz* (wie Anm. 3), S. 102.

47 Vgl. Protokoll der Berliner Bischofskonferenz vom 5.9.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 251f.

48 Vgl. die Expertise Langes für die Berliner Bischofskonferenz vom 6.11.1989, EBD. S. 267–270.

zur Vorbereitung der Sachgespräche auf Regierungsebene“, die am 27. Oktober 1989 das erste Mal tagte,⁴⁹ war zum Zeitpunkt der Sondersitzung im November bereits von der Wirklichkeit überholt.

Dennoch schauten die Bischöfe den gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen nicht tatenlos zu. Vielmehr sind auf verschiedenen Ebenen ungleichzeitige Entwicklungen zu erkennen, die ihre Gründe nicht allein im äußeren Fortgang des revolutionären Geschehens hatten, sondern auch und vor allem in den skizzierten innerkirchlichen Dispositionen begründet lagen. Sie lassen sich zusammenfassend auf drei Punkte reduzieren: *Erstens* verloren unter dem steigenden Druck der äußeren Ereignisse – Fluchtwelle, Protestaktionen, Demonstrationen und politisierter Bürgerbewegung – bis Anfang November die „Berliner Kirchenprinzipien“ mehr und mehr ihre autoritative Plausibilität und Wirkung. *Zweitens*: Zu politischen Akteuren ihrer Kirche wurden vorrangig Laienkatholiken und Klerus „vor Ort“. Dies erscheint umso bemerkenswerter, als es eine organisierte katholische Laienbewegung in der DDR nicht gab. *Drittens* hielten sich die katholischen Bischöfe bei den mit den politischen Forderungen immer unüberhörbar verbundenen Ruf nach Reisefreiheit, bis zum Mauerfall erkennbar zurück.

Zum ersten Punkt: Bereits im Juli 1989 waren die „Berliner Kirchenprinzipien“ vom Görlitzer Bischof Huhn unmissverständlich in Frage gestellt worden: Sich wie bisher um den Preis, die eigene Pastoral nicht zu gefährden, weiterhin zurückzuhalten, schien Huhn nicht nur „heute“ nicht mehr angemessen; vielmehr habe die Kirche „Zeugnis der Wahrheit zu geben, Vertrauen der Kirche [zu] fördern“ und den „Prozeß der Erneuerung“⁵⁰ zu unterstützen. Der Magdeburger Bischof Braun setzte diese Überlegungen in die Tat um, ohne sich mit seinen Bischofskollegen abzustimmen.⁵¹ Drei Tage, bevor er seinen Amtsverzicht bekanntgab, kontrastierte er in einem Hirtenbrief, der am 24. September 1989 in allen Gottesdiensten des Magdeburger Kirchengebiets verlesen wurde, die resignative Alltagsrealität der DDR-Bürger mit den propagierten sozialistischen Idealen des SED-Staates und kritisierte die Reformunfähigkeit einer von Parteimonopol und Überwachungsstaat bestimmten Gesellschaft. Die Bevölkerung forderte Braun auf, sich in die gesellschaftlichen Entwicklungen einzuschalten und ihm selbst ihre Ängste, Hoffnungen und

49 SCHÄFER, *Staat* (wie Anm. 3), S. 447. Zur Fortsetzung unter neuen Vorzeichen vgl. unten Anm. 201.

50 Zitiert nach SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten* (wie Anm. 3), S. 127.

51 Vgl. PILVOUSEK, *Im kirchenpolitischen „Korsett“* (wie Anm. 3), S. 89; Gerhard NACHTWEI, *Die Magdeburger „Wende“ im Rückblick*, in: Thomas BROSE (Hg.), *Glaube, Macht und Mauerfälle. Von der friedlichen Revolution ins Neuland*, Würzburg 2009, S. 97–106, hier S. 101 erweckt den Eindruck, als sei der Hirtenbrief mit Wanke bei dessen Besuch in Magdeburg abgestimmt worden.

Wünsche mitzuteilen.⁵² Braun traf mit seinem Hirtenbrief nicht nur die verbreitete Stimmungslage in der Bevölkerung, wie das breite Echo zeigte, er nannte auch das Unrecht des Regimes beim Namen. Die am 5. September von den Bischöfen noch gemeinsam vereinbarten und am 17. September in der Kirchenpresse angekündigten⁵³ Sachgespräche mit den staatlichen Stellen waren damit bereits faktisch in Frage gestellt.

Die Delegitimierung der überkommenen kirchenpolitischen Strategie zugunsten einer nachdrücklicheren Einforderung demokratischer Freiheitsrechte beschleunigte sich, nachdem es anlässlich der Abriegelung der DDR-Grenze zur CSSR sowie der Ausreise der Prager Botschaftsflüchtlinge zwischen dem 3. und 7. Oktober in Dresden zu Massendemonstrationen, gewaltsamen Auseinandersetzungen am Dresdener Hauptbahnhof und zur Besetzung von Kirchen, darunter auch der katholischen Hofkirche, durch Ausreisewillige gekommen war. Am Vormittag des 4. Oktober hatte der Dresdener Bischof Reinelt persönlich versucht, in den Anliegen der am Bahnhof versammelten Ausreisewilligen zu vermitteln.⁵⁴ Unter dem Eindruck der Dresdener Ereignisse – die gewaltsame Niederschlagung der Proteste auf Pekings „Platz des Himmlischen Friedens“ lag nur drei Monate zurück – forderte Bischof Wanke nach einer Sondersitzung des Ständigen Rats der Berliner Bischofskonferenz am 9. Oktober 1989 die Regierung zum Gespräch auf.⁵⁵ Die Bischöfe richteten zugleich einen klaren politischen Forderungskatalog an die strauhelnde SED-Regierung: Recht auf Freizügigkeit, Gemeinwohlverpflichtung des Staates, Wahrung des Rechts und der Würde der menschlichen Person, Absage an den Einsatz militärischer Gewalt, Achtung des Wahlrechts, der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und der Vereinigungsfreiheit.⁵⁶

Dass es dabei nicht mehr um stille „Gesprächsdiplomatie“ gegenüber der Regierung, sondern vor allem auch um die politischen Forderungen ging,⁵⁷

52 Hirtenbrief Brauns vom 23.–24.9.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 256–258; PILVOUSEK, *Bischofskonferenz* (wie Anm. 3), S. 103.

53 Vgl. SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten* (wie Anm. 3), S. 128.

54 Vgl. Eckhard BAHR, *Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden*, Leipzig 1990, S. 36f.; NEUBERT (wie Anm. 2), S. 114–120. Michael RICHTER, *Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90*, Göttingen 2009, S. 255–263, S. 274–281, S. 336f. – 31 Ausreisewillige suchten in der katholischen Hofkirche Zuflucht; sie konnten am 6. Oktober ausreisen. Vgl. EBD. S. 256.

55 In Absprache mit Modrow hatte sich am 9. Oktober 1989 der Abteilungsleiter Inneres beim Rat der Stadt an Reinelt gewandt und gebeten, Demonstrativhandlungen zu vermeiden. Reinelt hatte zugesagt und im Gegenzug erreicht, dass im Umfeld der kirchlichen Versammlungsorte nicht unnötig viele Uniformierte postiert wurden. Vgl. RICHTER (wie Anm. 54), S. 367f.

56 Verbalnote der Berliner Bischofskonferenz an die DDR-Regierung vom 9.10.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 261f.

57 So der Eindruck, den SCHÄFER, *Ungleichzeitigen* (wie Anm. 3), S. 133f., vermittelt. Übernommen bei LINDEMANN (wie Anm. 1).

unterstrich die zeitgleiche Informierung des Klerus über die Eingabe,⁵⁸ vor allem aber der Hirtenbrief, den Bischof Reinelt am 21./22. Oktober an alle Gläubigen seines Bistums richtete: „Jetzt ist die Zeit zum Reden. Zögern und Zaudern sind jetzt falsch. Die Wahrheit muß an den Tag. Die ganze Wahrheit. ... Also sprechen wir sie aus. Gespräch kann nur bedeuten: beide Seiten sind gleichberechtigt. Das Volk kommt nicht als Bittsteller. Es will sein Recht. Mit beachtlicher Disziplin und überzeugender Gemeinsamkeit verlangen die Menschen, was recht ist.“⁵⁹

Die grenzenlose Reisefreiheit, die der Mauerfall am 9. November plötzlich ermöglichte, veränderte grundlegend die Koordinaten. Die „Berliner Kirchenprinzipien“ wurden zum Bestandteil geschichtlicher Vergangenheit. In einer Stellungnahme hatte der Berliner Prälat Lange den am 7. November 1989 zu einer Sondersitzung in Berlin versammelten Bischöfen eben diese Prinzipien im Blick auf die Aufnahme von Gesprächen mit der DDR-Regierung dargelegt. Die Expertise des langjährigen kirchenpolitischen Gesprächsbeauftragten wurde durch die Ereignisse ebenso überholt wie sein für die Sitzung vorbereiteter Entwurf einer bischöflichen Erklärung. Dieser wurde vom Pressesprecher der Berliner Bischofskonferenz, dem Dresdener Prälat Grande – unmittelbar vor der landesweiten Verlesung in den Pfarrgottesdiensten am 11./12. November – noch an verschiedenen Stellen korrigiert.⁶⁰ Die „Erklärung der Berliner Bischofskonferenz zur gegenwärtigen Situation in Staat und Gesellschaft der DDR“ brach mit den kirchenpolitischen Tabus: Die Bischöfe nahmen nunmehr ausdrücklich ihr von Klerus und Gläubigen⁶¹ schon lange eingefordertes kirchliches Wächteramt wahr.⁶² Die Aufforderung an die Laien, als „Christen in der Welt“ ihre „Pflicht zur politischen Verantwortung“ zu übernehmen, bestätigte

58 Berliner Bischofskonferenz an Klerus in der DDR vom 9.10.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 262f.

59 Hirtenbrief Reinelts vom 21.–22.10.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 265. Zur Verlesung vgl. auch den Einzelnachweis bei RICHTER (wie Anm. 54), S. 483.

60 Vgl. SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten* (wie Anm. 3), S. 138, mit den gegenüber dem Entwurf vom 6.11.1989 hervorgehobenen Passagen.

61 Zusammen mit 18 weiteren katholischen Geistlichen der Stadt hatte der Magdeburger Propst Theodor Stolpe die Bischöfe am 6.11.1989 eindringlich zu einer Erklärung aufgefordert. Vgl. EBD. S. 136.

62 „Wir Bischöfe sehen es als eine aus unserem Dienstamt erwachsene Aufgabe an, zur politischen Wirklichkeit Stellung zu nehmen, nicht nur wenn religiöse und kirchliche Angelegenheiten zur Debatte stehen, sondern wenn es um die Würde und die fundamentalen Rechte des Menschen geht, um das Gemeinwohl und die soziale Gerechtigkeit. Wir tun dies kraft der Sendung der Kirche, die politische Ordnung mit dem Geist des Evangeliums zu durchdringen und sie auf diese Weise zu humanisieren, also menschlich werden zu lassen.“ Erklärung der Berliner Bischofskonferenz vom 11./12.11.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 272.

den Kurswechsel, den die „pastoralen Reformer“ in den 1980er Jahren eingeleitet hatten.⁶³

Der auf der Sondersitzung am 7. November in das Amt des Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz gewählte Berliner Bischof Sterzinsky ging am 8. November – also noch *vor* der für Samstag/Sonntag vorgesehenen Verlesung der bischöflichen Erklärung und dem Mauerfall – mit den Kernaussagen an die Öffentlichkeit: In einem Interview mit dem in Augsburg erscheinenden christlichen Wochenmagazin „Weltbild“ erhob er die Forderung nach einer „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ für die DDR und nach der Revision des ersten Verfassungsartikels, der die führende Rolle der SED fest schrieb.⁶⁴ Am Freitag, den 10. November, ergänzte der Stellvertretende Vorsitzende, Wanke, Sterzinskys Äußerungen durch die Forderung nach freien und geheimen Wahlen in der DDR, „in denen alle Parteien und gesellschaftlich bedeutsamen Kräfte, auch die sich jetzt formierenden Gruppierungen, sich gleichberechtigt den Wählern stellen können. Es darf keinen im vorhinein festgeschriebenen Führungsanspruch irgendeiner Partei geben, es sei denn, er ergebe sich aus dem Willen der Mehrheit der Wähler.“⁶⁵

Zum zweiten Punkt: Die kontroverse Frage nach dem durch das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) angestoßenen Verhältnis der Kirche zur Welt hatte kritische Gruppen in den 1970er Jahren in eine Distanz zur Kirche geführt, ohne sie dieser vollständig zu entfremden. Der in den 1980er Jahren eingeleitete Kurswechsel eröffnete diesen Kreisen sowie den einer selbstbewussten akademischen Elite zugehörigen Laien neue Betätigungsräume. Zwar

63 Aufgabe der Christen sei es, „sowohl einzeln als auch gemeinschaftlich die Pflicht zur politischen Verantwortung wahrzunehmen durch Entscheidungen, die zu fällen sind, durch Programme, die aufzustellen sind, durch Aktionen, die durchzuführen sind, durch Mitwirkung in frei gewählten Volksvertretungen, durch die Ausübung von Macht, die demokratisch zu kontrollieren ist.“ Zitiert nach SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten* (wie Anm. 3), S. 138. – Gegenüber dem Entwurf gestrichen wurde auch die Passage, wonach sich Priester aus Parteien und Vereinigungen heraushalten sollten.

64 KNA AD Inland, Nr. 261 vom 9.11.1989, S. 3: Sterzinsky wünscht demokratische Grundordnung für die DDR. In der bischöflichen Erklärung vom 7.11.1989 hieß es wörtlich: „Wer angesichts der verfahrenen Situation zu einem ernstgemeinten Umbau der Verhältnisse in Staat und Gesellschaft beitragen will, wird sich und seinen Mitmenschen, der SED und den Blockparteien Fragen stellen müssen: Läßt sich tatsächlich eine Wende zum Besseren verwirklichen, wenn die SED ihren Führungsanspruch aus ihrer Ideologie und nicht aus dem Willen des Volkes, aus freien und geheimen und nicht manipulierten Wahlen ableitet?“, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 272.

65 KNA Dokumentation, Nr. 197 vom 11.11.1989. Vgl. auch KNA AD Inland, Nr. 263 vom 11.11.1989, S. 1: Bischof Lehmann: Ein großer Tag. – Noch klarer fielen die politischen Forderungen aus, die der Magdeburger Bischof Braun als Anlage der Erklärung der Berliner Bischofskonferenz beifügte. Er forderte den Verzicht der SED auf ihre Führungsrolle in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Bildungswesen und Gewerkschaft. Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 272.

fürhte von der Beteiligung katholischer Kirchenvertreter an der Ökumenischen Versammlung kein ähnlich direkter Weg zu den oppositionellen Protestbewegungen des Jahres 1989 wie bei Gruppierungen in der evangelischen Kirche. Aber in der bischöflich autorisierten Mitwirkung der kleinen katholischen Gruppe verdichtete sich doch erkennbar ein pluraleres⁶⁶ Kirchenbewusstsein.

Der katholische Klerus hatte seit jeher Versuche einer politischen Vereinnahmung durch den totalitären Einparteiensstaat abgewiesen. Waren parteipolitische Aktivitäten schon aufgrund des Artikels 32 des Reichskonkordats ausgeschlossen, so oblagen seit dem Erlass des Berliner Bischofs von Preysing 1947 Verhandlungen und Gespräche mit dem Staat allein den Bischöfen und den von ihnen benannten „Gesprächsbeauftragten“. Deutlicher als je zuvor kam die Distanz bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 zum Ausdruck: 58 % der katholischen Geistlichen enthielten sich der Stimme oder stimmten mit „Nein“; fünf Jahre zuvor waren es „nur“ 53 % gewesen.⁶⁷

Als sich nach der Montagsdemonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989 die nicht zuletzt christlich verwurzelte Bürgerbewegung mit dem massenhaften Protestpotential der DDR-Bevölkerung zu friedlichen Demonstrationen gegen das SED-Regime verband, öffneten sich nicht nur in Leipzig zusätzlich die katholischen Kirchentüren für die Friedensgebete der Demonstranten.⁶⁸ Auch die kleinen katholischen Diasporakirchen „vor Ort“ boten Raum für die Protestbewegungen und Schutz vor staatlichen Übergriffen.⁶⁹ Einer Umfrage im April 1990 zufolge beteiligte sich durchschnittlich jeder zweite Katholik an den Demonstrationen und wirkten sogar zwei von drei Katholiken an Unterschriftensammlungen mit.⁷⁰ Auch wenn damit nichts über die Motive gesagt ist, die für solches Handeln den Ausschlag gaben – ein passives Abseitsstehen sieht anders aus. Dass allein schon die Entscheidung mitzuwirken durchaus Mut verlangte, zeigte sich beispielsweise in Meiningen. Dort nahm ein Laienkatholik am 14. Oktober an der örtlichen Demonstration teil, weshalb er am kommenden Tag von Journalisten angepöbelt wurde.⁷¹

Ebenso bezeichnend sind die Vorgänge im Neuzeller Priesterseminar. Seit Anfang September 1989 bereitete sich dort in aller Abgeschlossenheit eine kleine Zahl junger Männer auf ihre Priesterweihe am 30. Juni 1990 vor. Als in Leipzig seit Ende September die Demonstrationen im Anschluss an die Frie-

66 Vgl. Reinhard GRÜTZ, *Katholizismus in der DDR-Gesellschaft 1960–1990. Kirchliche Leitbilder, theologische Deutungen und lebensweltliche Praxis im Wandel*, Paderborn 2004.

67 Vgl. SCHÄFER, *Staat* (wie Anm. 3), S. 433.

68 Vgl. EBD. S. 441.

69 Vgl. auch die Beispiele bei PILVOUSEK, *Bischofskonferenz* (wie Anm. 3), S. 97.

70 Vgl. EBD. S. 98.

71 Vgl. *Seelsorge hinter dem Eisernen Vorhang. Der Würzburger Priester Dieter Hömer*, in: Bayern 2, *Katholische Welt*, Sendung vom 8.11.2009 (2009_11_05_12_58_53_podcast081109kathweltseelsorge_a.mp3) (Stand: Juni 2010).

densgebete in der Nikolaikirche anschwellen, verabschiedete sich ein aus Leipzig stammender Seminarist montags nach der Vorlesung, um an den Demonstrationen teilzunehmen und in der Nacht zu Dienstag wieder nach Neuzelle zurückzukehren. Aus dem Berliner Ordinariat erhielten die Seminaristen Besuch vom kirchenpolitischen Verhandlungsbeauftragten, der ihnen einschärfte, die Reformbestrebungen in der SED und die über Jahrzehnte erreichten Errungenschaften katholischer Seelsorge in der DDR nicht durch unbedachte politische Aktivitäten zu gefährden. Als dann Anfang November 1989 die Welle der Friedensgebete und Demonstrationen auch Neuzelle erreichte, wollten auch die Seminaristen nicht abseits stehen.⁷²

Einen durchaus eigenen Verlauf nahm die Entwicklung im katholischen Eichsfeld, das sich während der DDR-Zeit einer ideologischen Durchdringung weitgehend entzogen hatte.⁷³ In Heiligenstadt wurde bereits im Dezember 1989 durch die Wahl katholischer CDU-Mitglieder an die Spitze des Rates des Kreises, des Amtes des Kreisschulrates und des Heiligenstädter Bürgermeisteramtes die SED vollständig entmachtet. Der neu gewählte Vorsitzende des Rates der Kreise, Hennig, entfernte in den folgenden Wochen nicht nur sämtliche SED-Kader aus ihren Machtpositionen. Er öffnete kraft eigenen Amtes kurzfristig alle möglichen Grenzübergänge, suchte zügig Kontakt zur Bonner Regierung und mit Unterstützung der Bevölkerung im Alleingang dem Land Niedersachsen als Teil der Bundesrepublik beizutreten. Eine vergleichbare Dynamik entfaltete auch das katholische Milieu in der sorbischen Oberlausitz.⁷⁴

Schon wegen des andernorts sehr geringen Katholikenanteils fanden sich Laienkatholiken und Priester selten an so herausgehobener Stelle wie in Dresden. Als in der von gewalttätigen Übergriffen durch Sicherheitsorgane aufgewühlten Stadt am Abend des 7. Oktobers – dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR – ein Teil der Demonstranten von der Polizei eingekesselt wurde,

72 Freundliche Mitteilung von Pfarrer Olaf Polossek, Berlin, St. Marien-Liebfrauen, vom 29.9.2009. Laut Neuzeller Pfarrchronik wurde am 6.11. das erste Friedensgebet gehalten. Es schloss sich an diese Friedensgebete immer eine Prozession (keine Demonstration) mit Kerzen an. Wie auch bei anderen ökumenischen Anliegen ging der Zug von Kirche zu Kirche. Freundliche Mitteilung von Dr. Winfried Töpler, Görlitz.

73 Vgl. dazu Franz-Josef SCHLICHTING, *Die katholische Kirche im Eichsfeld. Im und gegen den Sozialismus*, in: Hans-Joachim VEEN/Franz-Josef SCHLICHTING (Hg.), *Kirche und Revolution. Das Christentum in Ostmitteleuropa vor und nach 1989*, Köln 2009, S. 41–45; Eduard FIEDLER, *Gebet und Demo zwischen St. Gerhard und Friedensplatz – einige Erinnerungen an den Herbst 1989 in Heiligenstadt*, in: Andreas DORNHEIM/Stephan SCHNITZLER (Hg.), *Thüringen 1989/90. Akteure des Umbruchs berichten*, Erfurt 1995, S. 229–231; Dietmar REMY, *Opposition und Verweigerung in Nordthüringen (1976–1989)*, Duderstadt 1999.

74 Vgl. Henry KRAUSE, *Wittichenau. Eine katholische Kleinstadt und das Ende der DDR*, Dresden 1999.

erreichten die katholischen Kapläne Frank Richter⁷⁵ und Andreas Leuschner mit Unterstützung des evangelischen Superintendenten Christoph Ziemer „erstmalig, in der DDR einen Dialogprozess mit staatlichen Stellen einzuleiten – in diesem Fall mit dem Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer“.⁷⁶ Berghofer empfing am folgenden Morgen ein aus dem Kreis der Demonstranten ausgewähltes, 20 Personen umfassendes Bürgerkomitee (später „Gruppe der 20“), das zuvor einen Forderungskatalog aufgestellt hatte. Am Abend des 9. Oktober wurden in allen vier großen Kirchen der Stadt Bürgerversammlungen abgehalten, um über das Gespräch mit dem Oberbürgermeister zu berichten. Nach der friedlichen Lösung in Dresden und dem Fanal der gewaltfreien, unter der Losung „Wir sind das Volk“ verlaufenden Montagsdemonstration von 70.000 Menschen in Leipzig am 9. Oktober entstanden in vielen Städten und Gemeinden der DDR „Dialoggespräche“ zwischen Partei- und Regierungsvertretern einerseits und Kirchen sowie Bürgerrechtlern andererseits.⁷⁷ So forderte in Erfurt der Pastoralrat des Bischöflichen Amtes am 13./14. Oktober die Katholiken auf, „gemeinsam mit den Christen der anderen Konfessionen als einzelne und gemeinschaftlich uns bedrängende Fragen zu thematisieren, Ideen und Können in allen Gruppen einzubringen, die ihre Bereitschaft zur Veränderung erkennen lassen.“⁷⁸

Auf diesem Wege erwarben die Kirchenvertreter „an der Basis“ in den kommenden Wochen erhebliches politisches Vertrauen.⁷⁹ Dies bildete eine wichtige Voraussetzung, um dann zwischen Dezember 1989 und März 1990 in Berlin wie der ganzen DDR zwischen Bürgerbewegung und Staatsvertretern jene Gespräche zu moderieren, die nach polnischem Vorbild als „Runde Tische“ institutionalisiert wurden.⁸⁰ Weder zuvor noch jemals später war der verkirchlichte Katholizismus in der DDR so „volksnah“ wie in diesen Wochen des politischen Umbruchs.

Zum dritten Punkt: Die Zurückhaltung der Bischöfe in der Frage der Reisefreiheit unterschied sie vom Papst, der am 8. Oktober 1989 zum Massenexodus von DDR-Bürgern öffentlich geäußert hatte, er verstehe „die Sehnsucht der

75 Vgl. dazu auch Frank RICHTER, *Von der Eskalation zum Dialog in Sachsen*, in: Thomas BROSE (Hg.), *Glaube, Macht und Mauerfälle. Von der friedlichen Revolution ins Neuland*, Würzburg 2009, S. 91–96.

76 SCHÄFER, *Ungleichzeitigkeiten* (wie Anm. 3), S. 130; vgl. auch KOWALCZUK (wie Anm. 2), S. 400; NEUBERT (wie Anm. 2), S. 129–131.

77 KOWALCZUK (wie Anm. 2), S. 413; ausführlich über die Vorgänge RICHTER (wie Anm. 54), S. 351–354, S. 365–369.

78 Zitiert nach Karl-Heinz DUCKE, *Erste Schritte zur Demokratie. Erinnerungen an die „Wende“ in der DDR*, in: *20 Jahre Mauerfall* (wie Anm. 3), S. 26–28, hier S. 27.

79 Vgl. auch die Serie im „Tag des Herrn“, Nr. 11 vom 18.3.1990, S. 5: „I. Brennpunkt Dresden“; Nr. 12 vom 25.3.1990, S. 5: „II. Brennpunkt Leipzig“; Nr. 13 vom 1.4.1990, S. 5: „III. Brennpunkt Eichsfeld“.

80 Zu Kirche und Runden Tischen vgl. zusammenfassend JÄGER (wie Anm. 5), S. 347f.

Menschen nach mehr Freiheit und nach Wahrung ihrer Rechte“.⁸¹ In diskret verhandelten Ausreiseangelegenheiten hatte die katholische ebenso wie die evangelische Kirche bis 1989 stets versucht, helfend zu vermitteln. Die Flucht von DDR-Bürgern auf dem Umweg über Ungarn sowie die Botschaften in Warschau und Prag stellte diese Hilfe nicht nur wegen der rapide emporschnellenden Anzahl von Flüchtlingen in Frage. Der massenhaft beschrittene Weg in die Bundesrepublik barg für die Kirche im Kern ein Dilemma: Er konnte den kirchlichen Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit im eigenen Land erschweren. Überdies konfrontierte die Frage des „Gehens“ oder „Bleibens“ die katholische Diasporakirche mit einem Trauma: Hatten doch die Fluchtbewegungen zwischen 1945 und 1961 stets auch ihre mühsamen Aufbauanstrengungen gefährdet.

Ihren gemeinsamen Kurs hatten die Bischöfe auf ihrer Konferenz am 4./5. September 1989 im thüringischen Friedrichsroda abgestimmt.⁸² Die öffentlichen Erklärungen in den folgenden Tagen und Wochen, etwa anlässlich der Amtseinführung Sterzinskys als neuem Bischof von Berlin am 12. September oder eines am gleichen Tag geführten, aber erst zehn Tage später veröffentlichten Interviews Wankes mit dem Leiter der Pressestelle der Berliner Bischofskonferenz Grande, forderten daher durchgängig zum „Bleiben“ auf.⁸³ Dabei argumentierten die Bischöfe ganz auf der Linie des in den 1980er Jahren eingeschlagenen pastoralen Kurswechsels: Die Katholiken seien bereit, Verantwortung in der Gesellschaft der DDR zu übernehmen; allerdings dürfe der Staat die dafür erforderlichen Freiheitsräume nicht verweigern, weder in religiöser noch in gesellschaftlicher Hinsicht. Mit Blick auf die Fluchtwelle mahnte Wanke dementsprechend Regelungen an, die über Einzelfälle hinaus grundsätzlich die Ursachen der Ausreiseproblematik angehen und eine Lösung herbeiführen sollten.⁸⁴

Acht Wochen später hatten sich die politischen Verhältnisse dramatisch verändert: Bei seiner Amtseinführung im September hatte der Berliner Bischof

81 KNA AD Inland, Nr. 235 vom 9.10.1989, S. 3: Papst äußert Verständnis für DDR-Flüchtlinge.

82 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 251.

83 Vgl. KNA Berliner Dienst (BD), Nr. 154 vom 12.9.1989, S. 2: Besorgnis über Ausreisewelle aus der DDR geäußert. Das Interview Grandes mit Wanke wurde am 22.9.1989 veröffentlicht. KNA BD, Nr. 163 vom 23.9.1989, S. 1: Katholiken mahnen gesellschaftliche Reformen in der DDR an. Es erschien schließlich in der Ausgabe vom 1.10.1989 im „Tag des Herrn“, Nr. 39 vom 1.10.1989, S. 4: „Bischof Dr. Joachim Wanke, Stellvertreter der Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, nahm am 12. September Stellung zu aktuellen Fragen.“

84 Wanke wiederholte diese Auffassung anlässlich verschiedener öffentlicher Auftritte. So bei der Kolpingwallfahrt am 12.9.1989 im eichsfeldischen Worbis. KNA BD, Nr. 155 vom 13.9.1989, S. 1: Bischof Wanke weist auf Verantwortung der Ausreisewilligen hin; Predigt Wankes bei der traditionellen Herbstwallfahrt des Bistums Erfurt am 17.9.1989, in: PILVOUSEK, *Kirchliches Leben* (wie Anm. 4), S. 356–362.

Sterzinsky sogar noch besorgt gefragt, ob die Ausreisewilligen nicht den bequemeren Weg anstatt den Weg Gottes suchten.⁸⁵ Am 12. November forderte er in einer in der St. Hedwigs-kathedrale gehaltenen Predigt auf, sich nicht mit der Reisefreiheit zufriedenzugeben, sondern jene Freiheitsrechte einzufordern, die die Kirche stets in stiller Diplomatie eingefordert habe und jetzt durch den Druck, der von ganzen Menschenmassen ausgegangen sei, zum Erfolg gebracht worden sei.⁸⁶ Darüber hinaus ließ der gerade aus Rom zurückgekehrte Berliner Bischof erkennen, dass das Freiheitsstreben seinen letzten Grund in der von Gott verliehenen Menschenwürde habe, die eine dem kollektivistischen Menschenbild folgende DDR zwar habe beschränken, aber den Menschen nie habe nehmen können.⁸⁷

Es war wohl historischer Zufall. Gleichwohl entbehrt es nicht einer gewissen Symbolik, dass sich die deutschen Bischöfe in diesen Tagen aus ganz unterschiedlichen Gründen bei Papst Johannes Paul II. die Klinke in die Hand gaben. Der neue Berliner Bischof Sterzinsky war am 9. November, mittags, – im Anschluss an die Beratungen der Berliner Bischofskonferenz tags zuvor – mit einer Delegation⁸⁸ zum vereinbarten Antrittsbesuch beim Papst nach Rom gereist, wo er am Abend von der Grenzöffnung in Berlin „aufs äußerste überrascht“ wurde. Trotz der dramatischen Ereignisse in seiner Bischofsstadt entschloss sich Sterzinsky, die Privataudienz am Samstagvormittag des 11. November beim Papst wahrzunehmen, der ihn mit erhobenen Armen und scherzhaft mit den Worten empfing: „Was macht Ihr in Berlin?“⁸⁹ Weil der Berliner Bischof und seine Begleiter unmittelbar im Anschluss an die Audienz nach Berlin zurückreisten und anders als geplant nicht mehr an der für Sonntag, den 12. November, vorgesehenen Heiligsprechung der seligen Agnes von Böhmen teilnahmen, kam ein Zusammentreffen mit seinem Berliner Amtsvorgänger, dem Kölner Kardinal Meisner, nicht zustande.

Dieser war ebenso wie 15 weitere bundesdeutsche Bischöfe bereits vor dem für Montag, den 13. November, in Rom anberaumten Treffen der Deutschen Bischofskonferenz mit Papst Johannes Paul II. angereist, um die besondere

85 KNA BD, Nr. 154 vom 12.9.1989, S. 2 (wie Anm. 83).

86 Predigt Sterzinskys in Ost-Berlin vom 12.11.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 273.

87 KNA AD Inland, Nr. 266 vom 14.11.89, S. 1: Berliner Bischof ruft zu „Nüchternheit und Wachsamkeit“ auf. „St. Hedwigsblatt“, Nr. 47 vom 19.11.1989, S. 369f.: „Die Freiheit zum Guten nutzen!“

88 Sterzinsky wurde begleitet vom West-Berliner Generalvikar Tobei, vom Generalsekretär der Berliner Bischofskonferenz, Prälat Michelfeit, sowie vom Ost-Berliner Ordinariatsrat und kirchenpolitischen Beauftragten, Prälat Lange. KNA AD Vatikan, Nr. 264 vom 13.11.1989, S. 2: Papst bekundet Verbundenheit mit Menschen in der DDR. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 273.

89 Zitate in: KNA AD Ausland, Nr. 263 vom 11.11.1989, S. 4: Dankbarkeit und Freude über die Öffnung der DDR-Grenze; KNA Interview vom 5.9.2009, S. 1: Wir waren auf einmal gesellschaftsfähig.

Verbundenheit mit der vom Prager Kardinal Tomášek angeführten großen Pilgergruppe, mit den Christen und mit der Kirche in der Tschechoslowakei zum Ausdruck zu bringen.⁹⁰ Auch während der Beratungen der bundesdeutschen Bischöfe mit Kurienvetretern und dem Papst an den beiden folgenden Tagen waren die bewegenden Berliner Ereignisse immer wieder ein Thema.⁹¹ Es überrascht kaum, dass sich Johannes Paul II. gerade vom Kölner Kardinal Meisner über die Vorgänge berichten ließ.⁹² Die nach Berlin zurückeilende Bischofsdelegation hatte der Papst am 11. November mit der Botschaft entlassen, die einen bemerkenswerten Nachklang zu seiner berühmten Pfingstpredigt von Warschau 1979 darstellte: „Setzt alles daran, daß ihr euch, wenn auch als kleine Herde, mit allen Menschen guten Willens, besonders mit den evangelischen Christen verbindet, um an der Kraft des Geistes Gottes das Angesicht der Erde in eurem Land zu erneuern.“⁹³

3. Katholische Kirche und die Überwindung der deutschen Teilung

Der 9. November 1989 markierte für die katholische Kirche in der DDR den Scheitelpunkt im revolutionären Umbruchsjahr. In den vorangegangenen Wochen und Monaten hatten die Bischöfe zwar nicht an der Spitze der bürgerbewegten Demokratiebewegung gestanden. Aber sie hatten nicht zuletzt unter dem Druck der „kirchlichen Basis“ einen bemerkenswerten Emanzipationsprozess von den lange als unumstößlich geltenden kirchenpolitischen Standards vollzogen. Der Schlussstrich unter die „Ära Bengsch“ erfolgte am 14. November 1989. Auf ihrer zweiten außerordentlichen Vollversammlung binnen acht Tagen suspendierten die Bischöfe sämtliche innerkatholischen Regelungen, die bis dahin die Gespräche mit der SED, den Blockparteien, den Partei- und Staatsorganisationen auf ein Mindestmaß und die kirchlichen Gesprächsbeauftragten beschränkt hatte. Die Laien wurden „zur Mitarbeit in den

90 KNA AD Inland, Nr. 259 vom 7.11.1989, S. 1: Thema „Weitergabe des Glaubens“ steht im Mittelpunkt; KNA AD Ausland, Nr. 261 vom 9.11.1989, S. 4: Kardinal Tomášek mit Pilgern aus der ČSSR in Rom eingetroffen; KNA AD Vatikan, Nr. 265 vom 14.11.1989, S. 3: Papst spricht zwei Osteuropäer heilig. Vgl. auch Joachim JAUER, *Urbi et Gorbí. Christen als Wegbereiter der Wende*, 2. Aufl., Freiburg i. Br. 2009, S. 264.

91 Zur Ansprache des Papstes an die deutschen Bischöfe am 14.11.1989 vgl. *Risikofreudiger und kritischer werden. Johannes Paul II.: Ansprache an die deutschen Bischöfe*, in: Herder-Korrespondenz 44 (1990), S. 28–31.

92 Während des Rombesuches der deutschen Bischöfe am 13./14.11. seien die jüngsten Ereignisse in der DDR am Rande immer wieder Gesprächsthema mit dem Papst und Kurienvetretern gewesen, berichtete Bischof Lehmann der Presse. Johannes Paul II. habe sich zusätzlich von dem ehemaligen Berliner Bischof, Kardinal Joachim Meisner, berichten lassen. KNA AD Vatikan, Nr. 267 vom 16.11.1989, S. 3: Bischof Lehmann: Papstreise nach Berlin 1991 möglich.

93 KNA AD Vatikan, Nr. 264 vom 13.11.1989 (wie Anm. 88). – Den Hinweis verdanke ich Prälat Brandmüller, Rom.

Parteien und Gruppierungen ermuntert.⁹⁴ Außerdem vereinbarten die Bischöfe, „baldigst“ Priester und Laien zu benennen, die Kontakte zu Parteien und gesellschaftlichen Gruppen zum Zweck des Informationsaustausches wahrnehmen sollten, sie begrüßten die Einrichtung eines „Koordinierungsbüros – Katholische Laien“ im Ordinariat des Bistums Dresden, das die Arbeit der verschiedenen sich bildenden Laieninitiativen in der DDR abstimmen sollte; schließlich kündigten sie einen Hirtenbrief zum Wandel in Staat und Gesellschaft an.⁹⁵

Die Monate zwischen dem Fall der Mauer und den ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR am 18. März 1990 waren durch zwei gegenläufige Entwicklungen gekennzeichnet: *Einerseits* verfiel in galoppierendem Tempo die Macht des SED-Parteimonopols und erzeugte eine Krise staatlicher Autorität. Das entstehende Machtvakuum konnten die zahlreichen „Runden Tische“ nicht füllen, denen als „basis“demokratisch legitimierter Selbstorganisation auf kommunaler und regionaler Ebene eher die Rolle eines Transformators der entstehenden Zivilgesellschaft zukam.⁹⁶ Am 3. Dezember 1989 erklärten Politbüro und ZK der SED geschlossen ihren Rücktritt; drei Tage später trat Egon Krenz auch als Staatsratsvorsitzender zurück. Am 7. Dezember 1989 kam in Berlin der von Kirchenvertretern moderierte und organisierte zentrale Runde Tisch zu seiner ersten von 16 Sitzungen mit dem Ziel zusammen, freie Wahlen vorzubereiten, eine demokratische Verfassung auszuarbeiten und die Staatssicherheit aufzulösen.

Andererseits übernahm die Bundesregierung unter Führung Helmut Kohls in der seit dem Mauerfall auf der Tagesordnung stehenden Frage der Wiedervereinigung des geteilten Deutschland entschlossen die Initiative auf deutschem wie internationalem Parkett. Am 27. November 1989 präsentierte der Bundeskanzler im Bonner Bundestag einen Zehn-Punkte-Plan zur Überwindung der deutschen und europäischen Teilung. Und als Antwort auf den inneren Zerfall der DDR und den Übersiedlungsstrom kündigte er am 6. Februar 1990 Verhandlungen mit der DDR-Regierung über eine Währungsunion mit Wirtschaftsreformen an. Das Wahlergebnis vom 18. März 1990 mit dem überragenden Sieg der „Allianz für Deutschland“ legitimierte den eingeschlagenen Weg zur raschen Wiedervereinigung.⁹⁷

94 Beschluss Berliner Bischofskonferenz vom 14.11.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 274.

95 KNA AD Inland, Nr. 269 vom 18.11.1989, S. 1: Berliner Bischofskonferenz kündigt Hirtenbrief an. Der Hirtenbrief wurde erst am Silvesterabend verlesen. Vgl. den Wortlaut bei HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 287f.

96 Vgl. Karl-Heinz DUCKE, *Balance nach der Wende – der „Runde Tisch“*, in: FRIEMEL (wie Anm. 21), S. 79–90; DERS., *Die Kirche und der Zentrale Runde Tisch*, in: Thomas BROSE (Hg.), *Glaube, Macht und Mauerfälle. Von der friedlichen Revolution ins Neuland*, Würzburg 2009, S. 130–140.

97 Vgl. RÖDDER (wie Anm. 5), S. 137–144, S. 206–225.

Da die kirchliche Aktenüberlieferung für die Zeitgeschichtsforschung noch nicht zugänglich ist, ist bislang nur umrisshaft erkennbar, in welcher Weise die katholische Kirche in Ost- bzw. Westdeutschland die Ende 1989 einsetzende Überwindung der politischen Teilung Deutschlands begleitete und diese Entwicklungen auch auf sie selbst zurückwirkten. Wie die bundesdeutsche Gesellschaft insgesamt war auch die katholische Kirche nach dem 9. November 1989 mit den tiefer reichenden Auswirkungen jahrzehntelanger Teilung konfrontiert, die von der Freude über den „Mauerfall“ und einer Euphoriewelle der Hilfsbereitschaft kurzzeitig überlagert wurden.

a) Die deutschen Bischöfe

Entfremdungen in West und Ost

Die gesamtdeutsche Klammerfunktion der Diözesen Osnabrück, Paderborn, Fulda, Würzburg und vor allem Berlins war von der katholische Kirche beiderseits der Mauer bis 1989 zäh verteidigt und formell bewahrt worden. Doch hatte dies nicht verhindern können, dass sich trotz bleibender persönlicher und informeller Kontakte inkongruente kirchliche Erfahrungswelten entwickelt hatten, die durch das überkommene konfessionelle Gefälle von West nach Ost zusätzlich verstärkt wurden. Vor allem hatte die katholische Kirche in der Bundesrepublik auch in markanten Punkten des schulischen Religionsunterrichts, der Militärseelsorge und der Kirchensteuer die verfassungsrechtlich gewährleisteten Freiheiten des Grundgesetzes für sich nutzen und einen eigenen Weg beschreiten können, während in der DDR der erwähnte staatskirchenrechtliche Schwebezustand herrschte.

Grundverschieden war schließlich die Entwicklung des katholischen Laienkatholizismus verlaufen, der nach dem Krieg in der Bundesrepublik in reorganisierter und ausdifferenzierter Gestalt die junge Demokratie politisch und gesellschaftlich mitformte, während er in der DDR auf den Gemeinderaum zurückgedrängt einen geradezu „antiinstitutionellen Affekt“ entwickelte.⁹⁸ Ein politisches Engagement von Laien wie in der Bundesrepublik wurde seitens der Kirchenführung nicht nur um der katholischen Geschlossenheit und des Schutzes der Gläubigen willen unterbunden. Es war noch viel mehr die vorherrschende Staats- und Gesellschaftsordnung, die in der DDR politisches Desinteresse und weitgehend angepasstes Verhalten erzeugte.⁹⁹

98 Vgl. Hans Joachim MEYER, *Der deutsche Katholizismus nach der Wiedervereinigung*, in: Andreas WIRSCHING (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung. Eine interdisziplinäre Bilanz*, München 2000, S. 115–132, hier S. 120f.

99 Vgl. Hans Joachim MEYER, „Nur zögernd verlassen wir das Gefühl der sozialen Sicherheit.“ *Hans Joachim Meyer über die Deutschen in der DDR*, in: Herder-Korrespondenz 44 (1990), S. 428–431, hier S. 428.

Zwar war es keineswegs so, dass die Bischöfe in der Bundesrepublik nicht um die Verhältnisse der Diasporakirche in der DDR gewusst hätten. Regelmäßige Kontakte auf Bischofsebene, stille Finanztransfers, aber auch Bistumspatenschaften wirkten dem entgegen.¹⁰⁰ Im Rahmen der bereits seit 1961 alljährlich in Ost-Berlin durchgeführten „Dienstbesprechungen“ standen seit Ende der 1970er Jahre aktuelle gesellschafts- und kirchenpolitische Themen in West und Ost ebenso auf der Tagesordnung wie brisante Fragen des Widerstandsrechts und der christlichen Weltverantwortung unter den Bedingungen des Sozialismus.¹⁰¹ Und die vielfältigen finanziellen und materiellen Hilfen spiegelten ein relativ ungeschminktes Bild von den alltäglichen Nöten der katholischen Kirche im sozialistischen Staat wider. Öffentlich lenkte der alljährliche Aufruf der Bischöfe, für die Nöte der Diaspora zu spenden, den Blick nicht zuletzt auf die besonderen Verhältnisse der katholischen Kirche in der DDR.¹⁰² Aber die Herausforderungen der kirchlichen Minderheit jenseits der Mauer standen nicht an der Spitze ihrer bischöflicher Prioritäten. Kardinal Meisner konstatierte anlässlich seines in der kirchlichen und politischen Öffentlichkeit umstrittenen Wechsels nach Köln daher pointiert, aber nicht zu Unrecht, ein Bischof in der Bundesrepublik wisse über die Dritte Welt besser Bescheid als über das kirchliche Leben in der DDR, und mahnte, die christliche Liebe zum Nächsten nicht vor der zum Übernächsten zu vergessen.¹⁰³

Die Ereignisse des 9. November warfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf den erwähnten, am 13. November beginnenden Rombesuch der Bischöfe aus der Bundesrepublik. Sie hatten schon länger zuvor im Vatikan um ein gemeinsames Gespräch gebeten, um kontroverse Fragen der Theologenausbildung, Glaubensunterweisung und Seelsorge durch hauptamtliche Laien zu erörtern und Spannungen auszuräumen, die 1988 in breiten Kreisen der deutschen Kirche mit der als autoritativ empfundenen Durchsetzung von Kardinal Meisners Berufung auf den Kölner Erzbischofsstuhl entstanden waren.¹⁰⁴ Zwar hatte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Leh-

100 Vgl. Ulrich VON HEHL/Hans Günter HOCKERTS (Hg.), *Der Katholizismus – gesamtdeutsche Klammer in den Jahrzehnten der Teilung? Erinnerungen und Berichte*, Paderborn 1996.

101 Josef HOMEYER, *Die katholische Kirche im geteilten Deutschland und ihre Bedeutung für das Zusammengehörigkeitsgefühl*, in: VON HEHL/HOCKERTS (wie Anm. 100), S. 19–31, hier S. 26.

102 Anton KÖTTER, *Die Hilfen des Bonifatiuswerks*, in: EBD. S. 83–126; Alfred HERRMANN/Josef BILSTEIN/Michael HENN, *Aufbruch in eine neue Zeit. Das Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken zwischen Mauerfall und Wiedervereinigung*, in: *20 Jahre Mauerfall* (wie Anm. 3), S. 46–49.

103 Vgl. HÜRTEIN, *Kirchen* (wie Anm. 5), S. 191f.

104 KNA AD Inland, Nr. 259 vom 7.11.1989, S. 1 (wie Anm. 90); KNA AD Vatikan, Nr. 265 v. 14.11.1989, S. 1: Deutsche Bischöfe zur Einheit mit dem Papst aufgerufen. Daniel DECKERS, *Der Kardinal. Eine Biographie*, München 2002, S. 294–304.

mann¹⁰⁵, mit Blick auf die Flüchtlingswelle noch am 8. November 1989 die Bundesbürger in einer Stellungnahme aufgefordert, bei dem „geistigen Aufbruch“ in der DDR „nicht nur Zuschauer zu sein“ und sich bewusst zu werden, welche „historische Dimension“ der Aufbruch in der DDR, der unüberhörbare Ruf nach Freiheit, Eigenverantwortung und Gerechtigkeit, habe.¹⁰⁶ Vom Fall der Mauer jedoch wurden die westdeutschen Bischöfe nicht weniger überrascht als ihre ostdeutschen Amtsbrüder.¹⁰⁷

Die Überwindung der politischen, aber auch kirchlichen Teilung Deutschlands fiel der katholischen Kirche folglich keineswegs leichter als der evangelischen.¹⁰⁸ Heinz Hürten hat im Blick auf beide christlichen Kirchen in Ost wie West zu Recht eine „deutliche Zurückhaltung“ konstatiert, die durch eine „eigentümliche Unklarheit über das Endziel des offensichtlich unumkehrbar gewordenen Reformprozesses in der DDR“ veranlasst gewesen sei.¹⁰⁹ Die Wiederherstellung der bis 1989 stets verteidigten staatskirchenrechtlichen Einheit der getrennten katholischen Diözesen wäre rechtlich ohne weiteres möglich gewesen. Aber sie lag nur auf den ersten Blick nahe. Ebenso wie die DDR-Bürger insgesamt wollte auch die katholische Kirche in der DDR „nicht ‚einfach überrollt‘ werden, ihre Identität nicht in der größeren Organisation des Westens verlieren, sondern eigene Erfahrungen in die neue Gemeinsamkeit einbringen, die darum neu konzipiert werden sollte.“¹¹⁰ Die katholische Minderheit in der christlichen Minderheit der DDR war bis 1989 zwar stets überdurchschnittlich gesamtdeutsch orientiert, strukturell intakt und politisch unversehrt geblieben.¹¹¹ Aber die gerade erst mit der Bürgerbewegung eroberten Gestaltungsräume neu gewonnener Freiheit und gesellschaftlicher Anerkennung wollte man nicht von der Auswirkung einer nationalen Wiedervereinigung eingeengt sehen. Verständlich wird die Zurückhaltung aber vor allem aus dem bis dahin nie gekannten Gefühl, als kleine katholische Minderheit nunmehr anerkannter Partner im ökumenischen Dialog und im politischen Gespräch an den Runden Tischen geworden zu sein.

105 Karl Lehmann (geb. 1936), 1987–2008 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, 1962 Dr. phil. in Rom, 1963 Priesterweihe (Erzbistum Freiburg), 1967 Dr. theol. in Rom, 1968 Professor für Dogmatik in Mainz, 1971 für Dogmatik und Ökumenische Theologie in Freiburg i. Br., seit 1983 Bischof von Mainz, 2001 Kardinal. Vgl. <http://www.dbk.de/geschichte-kath-kirche-deutsch.html> (Stand: Juni 2010).

106 KNA AD Inland, Nr. 261 vom 9.11.1989, S. 5: „Bundesbürger dürfen nicht nur Zuschauer sein“.

107 Vgl. die Stellungnahmen der KNA AD Inland, Nr. 263 vom 11.11.1989, S. 1–2 (wie Anm. 65). Erklärung der Berliner Bischofskonferenz vom 10.11.1989, in: PILVOUSEK, *Kirchliches Leben* (wie Anm. 4), S. 368f.

108 Anders LINDEMANN, (wie Anm. 1), S. 144.

109 HÜRTE, *Kirchen* (wie Anm. 5), S. 193f.

110 EBD. S. 194.

111 Vgl. MEYER, *Katholizismus* (wie Anm. 98), S. 116–118.

Ablehnung „katholischer“ Parteipolitik und nationaler Bestrebungen in der DDR

So stieß die Bundesregierung mit ihrem zunehmend entschieden auf die politische Einheit Deutschlands gerichteten Handeln auf eine aus ihrer Sicht überraschende Zurückhaltung der katholischen Kirche. Bereits bei ihrer Unterredung am 21. November 1989 in Berlin bat Bischof Sterzinsky den Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes, Seiters, „um Zurückhaltung bei öffentlichen Erörterungen über die Frage der Wiedervereinigung. In der gegenwärtigen Situation, so der Bischof, hätten die Bürger der DDR Furcht, wirtschaftlich von der Bundesrepublik vereinnahmt zu werden. Die wirtschaftliche Situation der DDR und die Änderung der Verfassung hätten im Augenblick Vorrang vor anderen Erörterungen. Ohne das Fernziel aus den Augen zu verlieren, sollte auch von Seiten der Bundesrepublik das Selbstbestimmungsrecht so ausgelegt werden, daß die Bürger der DDR über die Frage einer Wiedervereinigung frei diskutieren und entscheiden. Bei dieser Debatte wollten sie Partner der Bürger der Bundesrepublik sein.“¹¹² Damit vertrat der Berliner Bischof eine in Kreisen der demokratischen Bürgerbewegung weitverbreitete Auffassung. Denselben Standpunkt vertrat Sterzinsky auch am 18. Dezember 1989, dem Vorabend des SPD-Parteitages in Berlin. Die 100 Delegierten, die an einem ökumenischen Gottesdienst teilnahmen, mahnte er zur Zurückhaltung: „Wenn Gott die Freiheit des Menschen respektiert, wie dürfen wir es wagen, die Freiheit des Menschen zu bevormunden?“¹¹³

Am Vormittag des 20. Dezember 1989 schließlich trafen Sterzinsky, seine kirchenpolitischen Berater¹¹⁴ und der gastgebende Diözesanbischof Reinelt in Dresden mit Bundeskanzler Kohl zusammen. Am Vortag hatte der Bundeskanzler mit DDR-Ministerpräsident Modrow verhandelt und mit Vertretern der Oppositionsgruppen sowie der evangelischen Kirche gesprochen, bevor er am Abend in einer bewegten Ansprache den Zehntausenden vor der Ruine der

112 Mitteilung der Pressestelle des West-Berliner Ordinariats vom 21.11.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 275f.

113 Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 294 vom 19.12.1989, S. 3: Bischof Sterzinsky mahnt zur Behutsamkeit. Vgl. auch die Äußerungen Sterzinskys in einem Interview des Deutschlandfunks, in dem er auch ankündigte, er habe um ein Gespräch bei Ministerpräsident Modrow nachgesucht, um all jene Fragen zu besprechen, die in Deutschland bereits durch das Konkordat geregelt seien. KNA AD Inland, Nr. 275 vom 27.11.1989, S. 4: Hoffnung auf eine demokratische Erneuerung in der DDR.

114 Wie schon am 21. November bei seinem Treffen mit Minister Seiters wurde Sterzinsky bei dem Gespräch vom Berliner Prälaten Lange begleitet. Während in Berlin außerdem der Generalvikar für den Ost-Teil des Berliner Bistums, Prälat Steinke, teilgenommen hatte, war bei dem Gespräch mit der Bundesregierung in Dresden der Sekretär der Berliner Bischofskonferenz, Prälat Michelfeit, zugegen. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 275; KNA AD Inland, Nr. 296 vom 21.12.1989, S. 1: Kirche in der DDR will „Beratung“ statt „Bevormundung“.

Dresdener Frauenkirche versammelten, jubelnden Menschen die „Einheit unserer Nation“ als bleibendes Ziel angekündigt hatte.¹¹⁵

In dem einstündigen, „in freundlicher Atmosphäre“ geführten Gespräch mit dem Bundeskanzler¹¹⁶ sei es um die Frage der deutschen Einheit, um die Rolle der Kirche bei der Neugestaltung in der DDR und um Hilfen der Bundesregierung gegangen, berichtete der Bischof von Berlin anschließend den Journalisten.¹¹⁷ Er hoffe, dass die Bundesregierung „uns nicht bevormundet, sondern uns berät und uns Antwort gibt auf Fragen, die wir stellen“. Über die Einheit Deutschlands müsse das deutsche Volk souverän entscheiden. Zuvor müsse es die Möglichkeit geben, die verschiedenen Modelle mit ihren Vor- und Nachteilen und mit dem Preis, den sie kosteten, darzustellen. Wörtlich sagte der Bischof: „Es freut uns, daß die Christen nach ihrem Beitrag gefragt sind.“ Einen „politischen Katholizismus“ werde es jedoch auch künftig in der DDR nicht geben. Im Blick auf die bevorstehenden Wahlen befürworteten die Bischöfe die Formierung eines überdiözesanen Zusammenschlusses der katholischen Laien. Dabei gehe es „nicht um eine Partei, sondern vielmehr um einen Dachverband für verschiedene Parteizugehörigkeiten“, wie der Dresdener Bischof Reinelt in einem Interview ergänzend erläuterte.¹¹⁸

Für den Bundeskanzler zählte diese Begegnung rückblickend mit zu den großen Enttäuschungen im Prozess der Wiedervereinigung. Dass seine christliche Partei gerade durch die katholische Kirche keine aktive Unterstützung erfuhr, weil sie in der DDR den missverständlichen Eindruck eines vermeintlichen Klerikalismus erwecken und damit die kirchliche Moderatorenrolle an den Runden Tischen gefährden könnte, dafür fehlte dem CDU-Politiker und Katholiken Kohl jedes Verständnis.¹¹⁹ Neben der Zurückhaltung gegenüber der Wiedervereinigung sah er sich unversehens in einen lebhaften Meinungs-

115 Vgl. JÄGER (wie Anm. 5), S. 85f.; zum Gespräch mit den Kirchen EBD., S. 83f.

116 Außerdem nahmen teil: Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und Arbeitsminister Norbert Blüm.

117 Zum folgenden KNA AD Inland, Nr. 296 vom 21.12.1989, S. 1 (wie Anm. 114); Zitate ebd.

118 KNA Interview, Nr. 82 vom 22.12.1989, S. 2: „Wertebewußtsein in der DDR ganz neu aufbauen“.

119 Zur Wahrnehmung des Zusammentreffens mit den evangelischen (und katholischen) Kirchenvertretern durch den Bundeskanzler, vgl. Helmut KOHL, *Erinnerungen*, Bd. 2: 1982–1990, München 2005, S. 1039. – Bereits Ende November 1989 hatte die Ost-Berliner katholische Kirchenzeitung „St. Hedwigsblatt“ unmissverständlich argumentiert: Die Realität der geringen Katholikenzahl widerspreche einer Anknüpfung an die Zentrumstradition vor 1933; andererseits habe die Zusammenarbeit mit evangelischen Christen gezeigt, dass es auch ein verantwortliches Miteinander geben könne, das nicht parteipolitisch organisiert sei. Im Übrigen, so die Schlussfolgerung des Leitartikels, sei „eine Zusammenarbeit mit allen, die sich um die Werte des Humanen und ihre Verwirklichung sorgen und diese zu Pfeilern der Gesellschaft und des Staates machen“ wollen [sinnvoll]. Ob dies mittels der neuen Vereinigungen in der DDR geschehe oder mit der Ost-CDU, die ja auch Zeichen der ‚Wende‘ setzte, oder mit einer anderen Partei, werde „der einzelne

austausch über die die Bedeutung des „Christlichen“ im Namen von politischen Parteien involviert.¹²⁰

Der Gründung einer christlichen Partei erteilten die ostdeutschen Bischöfe noch einmal in ihrem am Silvesterabend verlesenen Hirtenbrief eine Absage: keine „katholische“ Parteipolitik, wohl aber der Zusammenschluss von verschiedenen gesellschaftspolitisch engagierten katholischen Laiengruppen in einem zentralen Gremium der Kirche.¹²¹ Das Bestreben, die in den zurückliegenden Wochen gewonnenen Erfahrungen demokratischer Selbstbestimmung, der Ökumene und des Dialogs nicht auf dem westdeutschen Altar der deutschen Einheit zu opfern, aber auch eine aus jahrzehntelanger politischer Abstinenz erwachsene Distanz gegenüber parteipolitischer Vereinnahmung verbanden sich mit einer spezifisch ostdeutschen Wahrnehmung der westdeutschen CDU und ihres Bundeskanzlers. Nicht zuletzt lag solches kirchlich und nicht parteipolitisch organisierte Laienengagement ganz auf der Linie jenes strategischen Kurswechsels, den die Bischöfe in den 1980er Jahren eingeleitet hatten.

Einem Aufruf beider christlichen Kirchen folgend, hatten rund 2.000 Menschen während des dreitägigen Kohl-Besuches für einen friedlichen Verlauf gebetet. Unter ihnen machte sich auch Unmut über die teilweise tumultartigen Szenen Luft, die sich auf dem Dresdener Markt abgespielt hätten. Die Weihnachtsbotschaft laute nicht: „Ich verkündige euch die Freude des geeinigten Deutschlands“, meinte ein Sprecher, sondern „Ich verkündige euch eine große Freude, die allen Völkern zuteil werden wird. Was die Bürger der DDR nicht wollten, wüssten sie und das mache sie einig. Was sie aber wollten, das trenne sie inzwischen.“¹²² Dementsprechend wies der Dresdener Bischof Reinelt Befürchtungen zurück, der Kanzlerbesuch habe nationalistische Tendenzen zutage gefördert. Das von Kohl fixierte Ziel der Einheit hielt er zwar für „unberechtigt für ein Volk“. Doch als unmittelbaren Ausdruck nationalen Einheitsstrebens mochte Reinelt die Rufe nach dem einigen Vaterland nicht werten. Für den Dresdener Bischof drückte sich in diesen vielmehr die ungeduldige Angst aus, dass die Entwicklung zu Freiheit, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der DDR noch nicht mit letzter Sicherheit unumkehrbar sei. Beim

selbst zu entscheiden haben“. Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 276 vom 28.11.1989, S. 2: „Parteien nach Programm, Personen und Praxis beurteilen“.

120 Vgl. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 286.

121 Hirtenbrief („Der Wandel in Staat und Gesellschaft und unser kirchlicher Auftrag“) der Berliner Bischofskonferenz vom 30./31.12.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 287f. Es handelte sich um jenen gemeinsamen Hirtenbrief, den die Bischöfe bereits am 14. November nach ihrer Rückkehr aus Rom angekündigt (vgl. Anm. 95) hatten. Auf den Text hatten sie sich die Bischöfe am 19. Dezember, also unmittelbar vor dem Zusammentreffen mit Bundeskanzler Kohl, verständigt.

122 Zitiert nach KNA BD, Nr. 221 vom 21.12.1990, S. 2: Dresden: Kohl-Besuch mit Friedensgebet begleitet.

gegenwärtigen Kenntnisstand der Quellen muss offen bleiben, „ob, in welchem Maß und aus welchen Gründen einzelne Bischöfe der DDR vom Herbst 1989 bis zum späten Frühjahr 1990 eine politische Einheit mit der Bundesrepublik sehr skeptisch betrachteten oder sogar noch an eine demokratische Evolution oder gar eine Zweistaatlichkeit dachten.“¹²³

Mit Blick auf die katholische Kirche äußerte Reinelt seine Sorge vor den Auswirkungen einer pluralisierten Gesellschaft, vor Hedonismus, Liberalismus, Materialismus und Konsumismus, die nunmehr den Kampf gegen die marxistische Weltanschauung ablösten und den Glauben des einzelnen gefährdeten.¹²⁴ Damit nahm er eine bekannte bischöfliche Argumentationsfigur auf, die im theoretischen ebenso wie im praktischen Materialismus den Grund für Säkularisierungsentwicklungen und darum eine Bedrohung für die Kirche sah. Im übrigen war nicht nur dem Dresdener Bischof klar, dass mit der Wiedervereinigung Deutschlands auch die Frage nach der Zusammenführung der durch Mauer und Stacheldraht nur politisch, aber nicht kirchlich getrennten Bistümer in Berlin, Osnabrück/Schwerin, Paderborn/Magdeburg, Fulda/Erfurt und Würzburg/Meiningen auf die Tagesordnung rücken würde.¹²⁵

Wiederannäherungen aus der Bundesrepublik

Die spürbare Zurückhaltung der Ost-Bischöfe gegenüber allen nationalen Einheitsbestrebungen hielt auch ihre Mitbrüder in der Bundesrepublik von öffentlichen Bekundungen ab. Natürlich hatten sie in den Oktober- und Novembertagen zu opferbereiter Solidarität mit den DDR-Flüchtlingen und den nach dem 9. November in die Bundesrepublik strömenden DDR-Bürgern aufgerufen.¹²⁶ Und die bischöfliche Wahrnehmung des Mauerfalls hatte der Essener Bischof Hengsbach in einem am 15. November noch in Rom verfassten Hirtenbrief auf den Punkt gebracht: „Wir sind Zeugen eines Aufbruchs, der ganz Europa verändern wird. Eine menschenverachtende Ideologie zerbricht. Die Utopie des sozialistischen Menschen scheitert an der Wirklichkeit. In dieser Situation haben wir Christen mehr denn je Grund, dankbar davon Zeugnis zu geben, daß die Würde und die Freiheit des Menschen allein im Glauben an

123 Karl Kardinal LEHMANN, *Katholische Kirche im geeinten Deutschland*, Vortragsmanuskript, S. 12, S. 16, S. 18. http://bistum-erfurt.de/upload/2009/kardinal_lehmann_kath_kirche_im_geeinten_deutschland.pdf (Stand: Juni 2010), S. 15.

124 KNA Interview Nr. 82 vom 22.12.1989, S. 1, S. 3 (wie Anm. 118).

125 Die Kirche sei gut beraten, „wenn sie abwartet, wie die politische Entwicklung weitergeht“, riet etwa der Erfurter Bischof Wanke. Zitiert nach KNA BD, Nr. 212 vom 7.12.1989, S. 3: DDR: „Größerer Freiheitsspielraum kann der Kirche nur helfen“.

126 Hirtenworte des Bischofs von Augsburg vom 23.10.1989; Aufruf Lehmanns vom 8.11.1989 in: Hirtenbriefe 1989 (wie Anm. 5), Nr. 26, S. 58–60, Nr. 17, S. 38f., Aufruf Homeyers vom 15.11.1989, in: Hirtenbriefe 1989 (wie Anm. 5), Nr. 49, S. 135f.

Gott gesichert sind. ... Jetzt gilt es, daß bei uns selbst die Mauern der Vorurteile und Vorbehalte fallen.¹²⁷

Abgesehen von der Würdigung des Mauerfalls durch die (Erz-)Bischöfe Lehmann, Wetter und Homeyer¹²⁸ und der Klage des Fuldaer Bischofs Dyba über die religiöse Verarmung der Ostdeutschen und seiner Warnung vor Hoffnungen auf einen erneuerten Sozialismus¹²⁹ war auffällig wenig zu vernehmen. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Lehmann, warnte in der kirchlichen Öffentlichkeit vor einem „vorschnellen Gerede von der Wiedervereinigung“, sprach sich für eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten auf möglichst vielen Feldern aus, die zu konföderativen Strukturen führen könnte und lehnte Versuche, über die Frage der Gültigkeit von Diözesangrenzen auch die staatliche Einheit anzugehen, öffentlich entschieden ab.¹³⁰ Und wenige Tage vor Weihnachten ermutigte der Münchener Kardinal Wetter die Menschen in der DDR, an ihrem Platz zu bleiben und tatkräftig beim Aufbau eines demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Gemeinwesens mitzuarbeiten.¹³¹ Allein für den Kölner Kardinal Meisner stand zur Jahreswende 1989/90 fest, dass die politische Wiedervereinigung Deutschlands kommen werde. In den deutschen Anstrengungen, auch die gemeinsame kulturelle Verwandtschaft wiederzuentdecken, sah er ein Stimulanz für ein einheitliches Europa, das vom Atlantik bis zum Ural reichen könne¹³² – eine Aussicht, die sowohl beim Heiligen Stuhl als auch bei der Bundesregierung mit Genugtuung zur Kenntnis genommen wurde.¹³³

Hinter den Kulissen war der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Karl Lehmann, bemüht, Vorbehalte abzubauen. In Begleitung des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Schätzler, nahm

127 Hirtenwort Hengsbachs vom 15.11.1989, in: Hirtenbriefe 1989 (wie Anm. 5), Nr. 36, S. 101.

128 KNA AD Inland, Nr. 263 vom 11.11.1989, S. 1–2 (wie Anm. 65); KNA AD Inland, Nr. 270 vom 20.11.1989, S. 3: Bischof Homeyer bekundet Respekt gegenüber Bewohnern der DDR.

129 KNA AD Inland, Nr. 278 vom 30.11.1989, S. 3: Erzbischof Dyba: DDR-Bewohner sind auch religiös ganz verarmt. „Unsere Landsleute von drüben haben Defizite nicht nur in Südfrüchten und Unterhaltungselektronik“, schrieb der Fuldaer Oberhirte in seinem Bistumsblatt Ende November. Sie seien infolge „jahrzehntelanger atheistischer Diktatur auch religiös ganz verarmt.“ Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 300 vom 28.12.1989, S. 3: „Einer neuen SED darf man keinen Glauben schenken“.

130 Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 290 vom 14.12.1989, S. 3: Lehmann: Kein „vorschnelles Gerede von Wiedervereinigung“.

131 KNA AD Inland, Nr. 296 vom 21.12.1989, S. 4: Wetter: DDR-Bürger sollten an ihrem Platz bleiben.

132 KNA AD Inland, Nr. 300 vom 28.12.1989, S. 1: „Die Deutschen müssen ihre Kulturverwandtschaft akzeptieren“. Interview mit dem Rheinischen Merkur, KNA AD Inland, Nr. 4 vom 5.1.1990, S. 1: „Am Ende steht die staatliche Einheit“.

133 Vgl. Paul VERBEEK, *Pilger gegen die Macht. Johannes Paul II. und der Zerfall des Sowjetimperiums*, Augsburg 2005, S. 133f.

Lehmann in den folgenden Monaten bis zur Wiedervereinigung Deutschlands an der Versammlung der Berliner Bischofskonferenz teil – erstmals am 4.–5. Dezember 1989, als die ostdeutschen Bischöfe entschieden, dass sich die katholische Kirche am Runden Tisch beteilige.¹³⁴ Die Verhältnisse in der DDR waren Schätzler und Lehmann keineswegs fremd. Im Wissen um deren besondere Verhältnisse galt es zunächst, zurückhaltend zu sondieren, manche Skepsis gegenüber einer politischen Einheit mit der Bundesrepublik auszuräumen, vor allem aber in Zeiten enormer politischer und gesellschaftlicher Umwälzungen nach dem Mauerfall mit Rat und Tat zu helfen.

Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz riet vor allem dazu, die während der DDR-Jahre erreichte und mühsam bewahrte Präsenz der katholischen Kirche in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit nicht aufzugeben.¹³⁵ Mit finanzieller Unterstützung der westdeutschen Kirche wurde der wirtschaftliche Zusammenbruch des Leipziger St. Benno-Verlages abgewendet, indem man ihn in eine neue GmbH überführte.¹³⁶ Lehmann unterstützte die im Mai von der Berliner Bischofskonferenz getroffene Entscheidung, zentrale Einrichtungen des Regional-Priesterseminars und des Philosophisch-Theologischen Studiums in Erfurt als Fundament einer dann im August 1990 staatlich anerkannten eigenständigen Hochschule im Bereich der DDR zu sichern.¹³⁷ Außerdem beförderte der Mainzer Bischof nachdrücklich die Idee einer Akademiegründung in Ost-Berlin im Sinne eines katholischen Beitrags zu aktuellen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen.¹³⁸

134 KNA AD Inland, Nr. 284 vom 7.12.1989, S. 2: Bischof Lehmann nahm an Vollversammlung teil. HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 280. – Es folgten weitere Treffen am 1.3. in Berlin, am 7.3. in Augsburg (im Rahmen der Deutschen Bischofskonferenz), am 11.6. in Berlin und am 3.9.1990 in Dresden, vom 24.–27.9. auf der vereinten Deutschen Bischofskonferenz und abschließend am 3.12.1990 in Berlin. Vgl. LEHMANN (wie Anm. 123), S. 12, S. 16, S. 18.

135 Vgl. LEHMANN (wie Anm. 123); DECKERS (wie Anm. 104), S. 305f.

136 Elisabeth PREUSS, *Die Kanzel des Ostens. Die ungewöhnliche Geschichte des St. Benno-Verlages*, Leipzig 2006, S. 214–217.

137 Vgl. Josef PILVOUSEK, *Theologische Ausbildung und gesellschaftliche Umbrüche. 50 Jahre Katholische Theologische Hochschule und Priesterausbildung in Erfurt*, Leipzig 2002, S. 115–124.

138 Oliver SCHÜTZ, *Begegnung von Kirche und Welt. Die Gründung Katholischer Akademien in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1975*, Paderborn 2004, S. 395f.; Hans Joachim Meyer verortet die Idee zur Gründung einer Akademie in der Studienstelle der Berliner Bischofskonferenz. Vgl. MEYER, *Vorgeschichte* (wie Anm. 25), S. 6. Die Pläne der deutschen Bischöfe hatte der Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe, Bocklet, Anfang Februar 1990 in einem Gespräch mit der Kirchenzeitung des Bistums Augsburg publik gemacht. Vgl. KNA AD Inland, Nr. 33 vom 8.2.1990, S. 5: Prälat Bocklet: Bischöfe planen „Akademie für Ost und West“.

Politische und kirchliche Wiedervereinigung

Am 7. und 8. März 1990 fand in Augsburg die erste gemeinsame Beratung der Berliner Bischofskonferenz und der Deutschen Bischofskonferenz statt. Auch wenn Bischof Lehmann den Eindruck gewann, „in Augsburg sei ... über den künftigen politisch wünschbaren Weg noch manches offen gewesen“,¹³⁹ so ging doch nunmehr wenige Tage vor der freien Volkskammerwahl von der Bischofsversammlung ein klares Signal zur staatlichen Einheit und ihrer Einbettung in eine europäische Friedensordnung aus.¹⁴⁰ Das lag sowohl auf der Linie der deutschen Bundesregierung als auch des Papstes in Rom. In seiner Begrüßungsrede an die ostdeutschen Bischöfe würdigte Lehmann das vier Jahrzehnte währende kompromisslose Nein der katholischen Kirche gegenüber dem menschenverachtenden System, wies auf die Schwierigkeiten der neu gewonnenen Verhältnisse hin, bekannte sich aber auch eindeutig zu den Errungenschaften der Bundesrepublik Deutschland: „Wir möchten allen legitimen Bedürfnissen der Menschen in der DDR entgegenkommen und uns in einem Höchstmaß öffnen, bitten aber auch um Verständnis darum, wenn wir die mühsam errungene konkrete Freiheit unserer demokratischen Lebensform grundsätzlich nicht aufs Spiel setzen wollen. Wir wollen gerne manche Opfer bringen, aber dieses Opfer wollen wir nicht bringen.“¹⁴¹

Über die nationalstaatliche deutsche Perspektive hinaus wies die in Augsburg verabschiedete Erklärung der deutschen Bischöfe den Weg zur Versöhnung mit den Völkern der Tschechoslowakei. Sie reagierten damit auf eine Erklärung des Prager Kardinals Tomášek vom 11. Januar 1990, der Rachgier und Verfolgung von Deutschen nach 1945 als „Schandfleck“ der eigenen „nationalen Ehre“ bezeichnet hatte¹⁴². Die deutschen Bischöfe baten um Vergebung für das von Deutschen den Tschechen und Slowaken 1938 zugefügte Leid, bedauerten die Teilnahme der DDR an der gewaltsamen Unterdrückung des „Prager Frühlings“ 1968 und luden zu einem gemeinsamen Aufbau eines friedlichen und geistig erneuerten Europa ein.¹⁴³ Zweifellos war damit ein starkes Zeichen gesetzt, das wie ein Scharnier die Ereignisse des 12. November in Rom mit der Pontifikalreise Johannes Pauls II. am 21.–22. April 1990 in die Tschechoslowakei verband.

Verhaltener fiel das Bekenntnis zur kirchlichen Zusammenführung der Berliner Bischofskonferenz mit der Deutschen Bischofskonferenz aus. So be-

139 LEHMANN (wie Anm. 123), S. 16.

140 Gemeinsame Erklärung der Berliner Bischofskonferenz und der Deutschen Bischofskonferenz vom 8.3.1990, LANGE (wie Anm. 4), S. 402f.

141 Zitiert nach LEHMANN (wie Anm. 123), S. 13.

142 Zitiert nach KNA AD Ausland, Nr. 11 vom 13.1.1990, S. 2: Tomášek bedauert Vertreibung der Deutschen.

143 Erklärung der deutschen Bischöfe zur Versöhnung mit dem tschechischen Volk vom 8.3.1990, in: Hirtenbriefe 1990 (wie Anm. 5), Nr. 1, S. 3–7.

geschlossen die Bischöfe lediglich, künftig wieder gemeinsam zu tagen und zu beraten; anstelle des West-Berliner Generalvikars sollte künftig der Berliner Bischof an den Sitzungen des Ständigen Rats der Deutschen Bischofskonferenz teilnehmen.¹⁴⁴ Die Bischofskonferenzen und Jurisdiktionsbezirke sollten fortbestehen.¹⁴⁵ Der Kölner Kardinal Meisner hatte zwar bereits am 7. Februar 1990 seine Erwartung geäußert, dass der Heilige Stuhl einer Auflösung der Berliner Bischofskonferenz zustimmen werde, „wenn die Zeit reif ist“.¹⁴⁶ Doch der Papst überließ die Wahl des Zeitpunkts der deutschen Kirche. Bei einer Privataudienz der beiden Konferenzvorsitzenden Sterzinsky und Lehmann am 23. März 1990 begrüßte Johannes Paul II. die Zusammenarbeit der beiden Bischofskonferenzen und signalisierte darüber hinaus, der Heilige Stuhl werde der stets gewährten Einheit der deutschen Bistümer nicht im Wege stehen, die Initiative zu einer Änderung müsse von einer oder beiden Bischofskonferenzen kommen. Damit war eine Neugliederung der Bistümer nicht mehr ausgeschlossen. Und den Zeitrahmen hatten die beiden deutschen Bischöfe insofern abgesteckt, als sie deutlich machten, „daß wir keine Avantgarde für die Politik sind, aber daß wir auch nicht sehr hinter den neuen politischen Realitäten hinterherhinken dürfen.“¹⁴⁷

Eine Neuumschreibung der deutschen Diözesen war bereits von der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland 1972 bis 1975 in Würzburg angedacht worden. Die Pläne waren aber seinerzeit wegen befürchteter negativer Auswirkungen auf die grenzübergreifende Einheit der Bistümer Osnabrück, Paderborn, Fulda und Würzburg zurück in die Schublade gewandert¹⁴⁸. Seit dem Fall der Mauer drängte das Thema unter nie erwarteten Umständen wieder auf die Tagesordnung der deutschen Bischöfe. So ließ Bundeskanzler Kohl den ihm persönlich verbundenen Mainzer Bischof Lehmann

144 Vgl. *Bundesrepublik/DDR: Die Kirchen auf dem Weg zur Einheit*, in: Herder-Korrespondenz 44 (1990), S. 157–159, hier S. 157.

145 Sterzinsky plädierte in Augsburg dafür, die bisherigen jurisdiktionalen Regelungen nicht zu verändern. KNA AD Inland, Nr. 57 vom 8.3.1990, S. 3: Berliner Bischofskonferenz will „vorläufig“ eigenständig bleiben. Vgl. gemeinsame Erklärung von Berliner Bischofskonferenz und Deutscher Bischofskonferenz vom 8.3.1990, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 298.

146 Zitiert nach Interview Meisners mit dem WDR am 7.2.1990, KNA AD Inland, Nr. 33 vom 8.2.1990, S. 4: „Bald wieder gesamtdeutsche Bischofskonferenz“.

147 Zitiert nach KNA AD Vatikan, Nr. 71 vom 24.3.1990, S. 1: Bischof Sterzinsky sieht in DDR-Wahl keine Entscheidung für das „C“. Im Februar 1990 waren bereits die Bischöfe Reinelt (Dresden) und Huhn (Görlitz) am Rande ihres mehrtätigen Romaufenthaltes bei Johannes Paul II. zum Abendessen eingeladen gewesen. KNA AD Vatikan, Nr. 35 vom 10.2.1990, S. 1: DDR-Bischöfe informieren Papst über Situation ihrer Ortskirchen.

148 Vgl. LEHMANN (wie Anm. 123), S. 10; Josef LISTL, *Die Bistumsgrenzen in Deutschland. Kirchenrechtliche und staatskirchenrechtliche Überlegungen zu ihrer Neuumschreibung*, in: Josef ISENSEE/Wolfgang RÜFNER (Hg.), *Josef Listl. Kirche im freiheitlichen Staat. Schriften zum Staatskirchenrecht und Kirchenrecht*, 2. Halbbd., Berlin 1996, S. 842–862.

nicht darüber im Unklaren, dass ein neu zu gründendes Bistum Görlitz unabdingbar sei, um Missverständnisse in den deutsch-polnischen Beziehungen zu verhindern; eine Auflösung der Apostolischen Administratur würde in Polen als Signal einer versuchten Restituierung des alten Breslauer Erzbistums verstanden. Der Paderborner Erzbischof Degenhardt wiederum tat sich schwer mit den Plänen, den Ostteil seines Bistums zu einem eigenständigen Bistum Magdeburg zu erheben. In Mecklenburg wollten die Katholiken hingegen mehrheitlich wieder zu ihrem Mutterbistum Osnabrück gehören, was aber den Plänen im Vatikan entgegenlief, ein eigenes Erzbistum Hamburg zu gründen.¹⁴⁹ Ende Mai 1990 gab Lehmann bekannt, die Bischöfe von Würzburg, Fulda, Hildesheim, Paderborn und Osnabrück seien „vollständig offen“ gegenüber zukünftigen Regelungen und es sei vorstellbar, eine Diskussion über neue Bistumsgrenzen „zunächst im Norden“ zu beginnen.¹⁵⁰ Damit begann sich die Lösung abzuzeichnen, den besonderen pastoralen Herausforderungen im Osten Deutschlands durch die Erhebung der Jurisdiktionsbezirke in der DDR zu eigenständigen Bistümern zu begegnen und eine gemeinsame deutsche Bischofskonferenz zu errichten, innerhalb der den ostdeutschen Bischöfen eine gewisse regionale Eigenständigkeit bleiben sollte.¹⁵¹

Die Vereinigung beider Bischofskonferenzen erfolgte noch vor dem 3. Oktober 1990, und zwar aus kirchenrechtlichen wie zeitlichen Gründen nicht als Fusion zweier eigenständiger Konferenzen, sondern als Aufnahme der ostdeutschen Bischöfe in die fortbestehende Deutsche Bischofskonferenz. Auf ihrer Vollversammlung am 3./4. September 1990 in Dresden beschlossen die ostdeutschen Bischöfe, den Papst darum zu bitten, die Berliner Bischofskonferenz aufzulösen, und ihnen zu erlauben, Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz zu werden;¹⁵² am 26. September unterstützte die Deutsche Bischofskonferenz dieses Ersuchen einstimmig und nachdrücklich. Den zu ihrer ersten gemeinsamen Vollversammlung vom 24.–27. September in Fulda versammelten Bischöfen und Gläubigen konnte der Konferenzvorsitzende

149 DECKERS (wie Anm. 104), S. 311f.

150 Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 111 vom 23.5.1990, S. 5: Lehmann hält Änderung der Bistumsgrenzen in Deutschland für möglich.

151 Vgl. die Mitteilungen Sterzinskys am 8.6.1990 und am 13.6.1990 in Berlin im Anschluss an die Vollversammlung der Berliner Bischofskonferenz. KNA AD Inland, Nr. 133 vom 9.6.1990, S. 1: „Gemeinsame Bischofskonferenz vor staatlicher Einheit möglich“; KNA AD Inland, Nr. 137 vom 14.6.1990, S. 1: Kirchliche Einheit in Deutschland früher als erwartet angestrebt. An der Vollversammlung hatten auch Schätzler und Lehmann teilgenommen. Noch am 26.7.1990 hob der Stellvertreter des Sekretärs der Berliner Bischofskonferenz, Ducke, in einem Gespräch hervor, die Berliner Bischofskonferenz bleibe auch nach der Eingliederung in die Deutsche Bischofskonferenz unverzichtbar. KNA AD Inland, Nr. 173 vom 27.7.1990, S. 3: „Berliner Bischofskonferenz für Gebiet der DDR unverzichtbar“.

152 Vgl. „St. Hedwigsblatt“ Nr. 37 vom 16.9.1990, S. 3: „Unterwegs zur Einheit der Kirche in Deutschland“; vgl. auch LEHMANN (wie Anm. 123), S. 16f.

Lehmann während des Abschlussgottesdienstes mitteilen, der Heilige Vater habe die beiden Schreiben positiv zur Kenntnis genommen.¹⁵³ Für die gesonderten seelsorglichen Aufgaben in Ostdeutschland wurde innerhalb der vereinigten deutschen Bischofskonferenz am 3. Dezember 1990 in Berlin eine „Arbeitsgemeinschaft der Bischöfe – Region Ost“ ins Leben gerufen, deren Existenz 1995 mit der Selbstauflösung endete.¹⁵⁴ Da die Neugliederung der Diözesanorganisation und -zirkumskription Bestandteil konkordatärer Verträge zwischen Deutschland und dem Heiligen Stuhl war, war nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober auch der Weg frei, die vorgezeichnete Lösung zügig umzusetzen.¹⁵⁵

In einem gemeinsamen ausführlichen Hirtenwort, das sich nicht nur an die katholischen Gläubigen in Deutschland richtete, begrüßten die katholischen Bischöfe die Vollendung der Einheit Deutschlands in Freiheit und Frieden. Zwei Tage vor Inkrafttreten des Einigungsvertrages entfaltete es vom Fixpunkt der Menschenwürde als dem Wesenskern des Grundgesetzes die aus katholischer Sicht maßgeblichen Grundwerte und Ordnungsprinzipien eines vereinten Deutschlands und Europas. Auf der Grundlage der katholischen Soziallehre bekannten sich die Bischöfe klar zu der auf den Grundrechten und Grundwerten der bundesdeutschen Verfassung beruhenden Demokratie in Staat und Gesellschaft sowie zum bewährten Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Zu den künftigen Aufgaben einer gemeinwohlorientierten, aus christlicher Verantwortung zu gestaltenden Politik zählten sie vor allem den Schutz des menschlichen, zumal des ungeborenen Lebens und von Ehe und Familie, eine vom Gedanken ganzheitlicher Persönlichkeitsentfaltung geprägte Erziehung und Bildung, den geduldigen Aufbau von wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und einen verantwortungsvollen Umgang mit Aussiedlern und Asylsuchenden.¹⁵⁶

Dass sich ein auf die Prinzipien der katholischen Staats- und Soziallehre zurückgeführtes christliches Demokratie- und Verfassungsverständnis nicht ohne Weiteres auf eine radikal entchristlichte Gesellschaft Ostdeutschlands übertragen lassen würde, lag auf der Hand. Insbesondere in der Auseinandersetzung über eine einheitliche Gesetzesregelung des Schwangerschaftsabbruchs sollte die gesamtdeutsche Wirklichkeit die Bischöfe wieder einholen und vor eine innerkirchliche Zerreißprobe stellen. Gleichwohl sahen die Bi-

153 Ansprache Lehmanns vom 28.9.1990, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 315, Anm. 159.

154 Vgl. Philipp FÖRTER, *Das Ende der Berliner Bischofskonferenz*, in: Theologie und Glaube 52 (2009), S. 116–122.

155 Vgl. Josef LISTL, Die Neufestlegung der Diözesanzirkumskription im wiedervereinten Deutschland, in: ISENSEE/RÜFNER (wie Anm. 148), S. 863–885.

156 Vgl. *Christliche Verantwortung in veränderter Welt* (Die deutschen Bischöfe 46), hg. vom Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1990.

schöfe in Ost und West in diesen Prinzipien das Fundament für die Demokratie im vereinigten Deutschland.

Zum Tag der deutschen Einheit hatten die Mitglieder der Berliner Bischofskonferenz bereits auf ihrer Vollversammlung am 18. September 1990 ein letztes, eigenständiges Hirtenwort verfasst.¹⁵⁷ Es griff noch einmal die in der Bevölkerung inzwischen weit verbreiteten Ängste und Existenzsorgen auf und hob die kirchlichen Erfahrungen bedrängter Ökumene hervor, die „wir einbringen möchten als unseren bescheidenen Beitrag für eine gemeinsame deutsche Zukunft“.¹⁵⁸ Die Bischöfe aus der Bundesrepublik und der DDR bildeten seit der Konferenz in Fulda zwar wieder eine Einheit, mental aber mussten sie erst noch weiter zueinander finden.

b) Der deutsche Laienkatholizismus

Verteidigung der Einheit in Freiheit

In der Bundesrepublik hatte kaum eine zweite Organisation so ausdauernd und beharrlich der alltäglichen (Schein-)Normalität politischer Spaltung und den aus ihr erwachsenden innerkirchlichen Trennungen in Deutschland widersprochen wie das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).¹⁵⁹ Seit dem Ende des Berliner Katholikentages 1952 hatte es unter den Bezeichnungen „Präsidialausschuss“ und, seit 1968, „Dienstbesprechung“ fast ohne Unterbrechung alljährlich einen Austausch mit Vertretern der katholischen Kirche in der DDR gegeben.¹⁶⁰ Bis zum Mauerbau 1961 waren die deutschen Katholikentage stets auch „gesamtdutsche Wallfahrten“¹⁶¹ gewesen. Unmittelbar nach dem Abschluss des 86. Katholikentages vom 4.–8. Juni 1980 in West-Berlin hatte Kardinal Meisner den Wunsch geäußert, in zehn Jahren erneut ei-

157 Vgl. Wort der Berliner Bischofskonferenz zum Tag der Einheit vom 29.–30.9.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 314f. – Die Bischöfe aus der Bundesrepublik verabschiedeten ihr Hirtenwort während der Konferenz in Fulda und veröffentlichten es am 28.9.1990. Vgl. EBD. S. 315f.

158 Gemeinsames Wort der deutschen Bischöfe zum Tag der Einheit v. 28.9.1989, EBD. S. 315.

159 Ulrich VON HEHL, *Konfession und nationale Einheit. Kirche, Katholizismus und deutsche Frage in der Ära Adenauer (1949–1963)*, in: Catherine BOSSHART-PFLUGER/Joseph JUNG/Franziska METZGER (Hg.), *Nation und Nationalismus in Europa. Kulturelle Konstruktion von Identitäten. Festschrift für Urs Altermatt*, Frauenfeld u. a. 2002, S. 697–735. Friedrich KRONENBERG, *Zur Rolle des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Ein Bericht aufgrund eigener Kenntnisse und persönlicher Erfahrungen*, in: VON HEHL/HOCKERTS (wie Anm. 100), S. 39–68.

160 Zur anfänglichen Überschneidung der Arbeit des Präsidialausschusses mit dem von Erich Lampey später verselbständigten Arbeitskreis „Wissenschaft und Gegenwart“, vgl. Regina ERDMANN, *Wissenschaftsorientierte Bildungsarbeit unter den Bedingungen der deutschen Teilung. Ziele, Möglichkeiten und Bedeutung einer katholischen Laieninitiative*, Würzburg 2007.

161 KRONENBERG (wie Anm. 159), S. 43.

nen Katholikentag in Berlin durchzuführen. Im März 1985 hatte der Berliner Bischof die Einladung an das Zentralkomitee ausgesprochen.¹⁶² Der Beschluss des ZdK, 1990 ein Treffen deutscher Katholiken an der Nahtstelle deutscher und europäischer Teilung in Berlin durchzuführen, unterstrich die vielfältigen Bemühungen des ZdK, den seidenen Faden persönlicher Verbindungen zwischen Ost und West nicht reißen zu lassen.¹⁶³

Es entsprach diesem deutschlandpolitischen Kurs, dass die Führungsspitze des ZdK nicht nur erkannte, dass mit der am 9. November gewonnenen Freiheit auch die Frage nach der Wiedervereinigung gestellt war, sondern dies auch öffentlich kundtat. Am 14. November erklärte der Generalsekretär des ZdK, Friedrich Kronenberg, mit dem Ende der Reise- und Freizügigkeitsbeschränkung sei „die Mauer zwischen beiden Teilen Deutschlands faktisch gefallen. Wir hoffen, daß sie bald vollends der Vergangenheit angehören wird.“ In dieser Situation dürften die Bundesbürger nicht nachlassen in der Solidarität mit den Landsleuten, die aus der DDR bei uns sind. „Wir gehören zusammen und wollen das auch im Alltag beweisen.“ An die Bürger in der DDR appellierte Kronenberg, „dort weiterhin mit aller Energie für die demokratische Reform, für Meinungsfreiheit, freie Wahlen und eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zu wirken. Der Aufbau einer freien Ordnung braucht freie Menschen im Land. Wir wollen ihnen dabei helfen.“¹⁶⁴ Noch deutlicher wurde die Präsidentin des ZdK, Rita Waschbüsch, zehn Tage später. Noch bevor Bundeskanzler Kohl am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag seinen Zehn-Punkte-Plan vortrug, erklärte sie am 24. November den turnusmäßig versammelten Delegierten, wenn „Freiheit und Selbstbestimmung in der DDR erreicht seien, wie es die Menschen dort anstrebten, dann werde sich auch die Frage der Einheit Deutschlands lösen“.¹⁶⁵ In der renommierten „Herder-Korrespondenz“ warf David Seeber daraufhin der ZdK-Präsidentin unsensiblen nationalen Übereifer vor.¹⁶⁶

Mit seinem Aufruf zu einem zivilgesellschaftlichen Engagement für die Demokratie im vorparlamentarischen Raum hatte Kronenberg einen zentralen Punkt im Selbstverständnis des organisierten westdeutschen Laienkatholizismus formuliert. Mit seinem Hilfsangebot zielte der ZdK-Generalsekretär auf die aufbrechende katholische Laienbewegung in der DDR. Man begrüße jede Initiative, die auf die Gründung eines ZdK in der DDR hinauslaufe, betonte

162 Im Mai 1985 fand in Ost-Berlin auch das katholische Jugendtreffen statt. Vgl. oben S. 63.

163 KRONENBERG (wie Anm. 159), S. 46f.

164 ZdK Mitteilungen, Nr. 335/89, S. 1: ZdK-Generalsekretär zur Öffnung der Grenzen durch die DDR.

165 ZdK Mitteilungen, Nr. 336/89, S. 1–2: ZdK-Präsidentin zur deutschen Frage.

166 Vgl. David SEEBER, *Unsensibel. Das ZdK, die deutsche Einheit und die Entwicklung in der DDR*, in: Herder-Korrespondenz 44 (1990), S. 5f.

Kronenberg vor der ZdK-Vollversammlung in Bonn am 23. November 1989.¹⁶⁷ Dabei dürften dem ZdK-Generalsekretär die erheblichen Hindernisse, die angesichts „verkirchlichter“ Laienarbeit in der DDR zu überwinden waren,¹⁶⁸ bewusst gewesen sein. Mit der Mobilisierung galt es zugleich, das Vertrauen des entstehenden ostdeutschen Laienkatholizismus sowie der verantwortlichen Bischöfe zu gewinnen. Ob man im ZdK von Beginn an mehr als eine Kooperation, nämlich an eine Integration in das ZdK gedacht hat, muss offen bleiben.

Unter den ostdeutschen Bischöfen wurde der Erfurter Bischof Wanke zum bevorzugten Gesprächspartner für die Bestrebungen des westdeutschen ZdK. Dieser sah mehr denn je seinen seit den 1980er Jahren verfolgten Kurs einer Öffnung der Kirche und eines christlich verstandenen Weltdienstes in einer säkularisierten Gesellschaft bestätigt. Ein größerer Freiheitsspielraum könne der Kirche bei ihrem Auftrag zur Verkündigung nur helfen, äußerte Wanke am 6. Dezember 1989 in einem Gespräch mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Die Chancen, die aus dem Wegfall des bisherigen innerkirchlichen Schutzraumes entstünden, seien größer als die negativen Folgen, die eine pluralistische Gesellschaft mit sich bringe. Vor allem rufe deshalb die Stunde „dringlich nach strukturierten Formen eines katholischen Laienapostolates“. Dabei gehe es darum, eine Vereinigung katholischer Christen zu bilden, die nach innen hin jedem einzelnen bei den anstehenden Entscheidungen Orientierung und Meinungsbildung ermögliche und die nach außen hin „katholischen Überzeugungen eine gemeinsame Stimme und damit öffentliches Gewicht geben kann.“¹⁶⁹

Formierung und Integration des Laienkatholizismus in der DDR

Unbeschwerter und risikofreier als die früheren, unter evangelischem Kirchendach entstandenen Reformbewegungen hatten sich katholische Laiengruppierungen erst zwischen den letzten Oktober- und ersten Dezembertagen 1989 öffentlich artikuliert. Es handelte sich *zum einen* um freiwillige Zusammenschlüsse von Initiativen, Gruppen sowie Akademiker- und Familienkreisen, deren Anfänge zum Teil in die Zeit vor 1989 zurückreichten. Im Ostteil des Bistums Berlin¹⁷⁰ sowie in den Jurisdiktionsbezirken Schwerin und Magde-

167 Vgl. Berichte und Dokumente, Nr. 74 vom Januar 1990, S. 11: Dr. Friedrich Kronenberg, Laienarbeit und politische Entwicklung in der DDR. Vor der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 24./25. November 1989.

168 Zu den Laienaktivitäten in Seelsorge und Caritas vgl. die knappe Skizze von Andrea WILKE, *Laien in der Katholischen Kirche in der SBZ/DDR*, in: Erwin GATZ (Hg.), *Laien in der Kirche*, Freiburg i. Br. 2008, S. 328–336; zur Rolle der Akademiker und Studenten vgl. GRÜTZ (wie Anm. 66), S. 140–145.

169 Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 284 vom 7.12.1989, S. 3: Kirche in der DDR will „katholische Profile“ deutlicher machen.

170 In Berlin stellten sich am 28.10. drei neu entstandene Laieninitiativen der Öffentlichkeit vor; sie schlossen sich Ende November mit schon länger bestehenden Kreisen wie denen

burg existierten solche aktiven und eigenständigen Kreise. Sie bildeten nun um der besseren öffentlichen Wirkung willen koordinierende und kooperative Gremien. Hingegen ging *zum anderen* der Anstoß, die bereits bestehenden Gruppen und Kreise zusammenzuführen, in Dresden, Erfurt und Görlitz vom Bischof aus.¹⁷¹ Die dort gegründeten Delegiertenversammlungen trugen die „Aktion“ im Namen – in Erfurt die „Katholische Soziale Aktion“, in Dresden und Görlitz die „Aktion katholischer Christen“.¹⁷²

Der Berliner Bischof Sterzinsky hatte bereits am 8. November 1989 ähnlich wie später Wanke in Erfurt die Laieninitiativen im Ostteil seines Bistums aufgefordert, sich politisch und gesellschaftlich einzusetzen,¹⁷³ und dabei zugleich die Gründung eines Zentralkomitees der Katholiken in der DDR nicht ausgeschlossen.¹⁷⁴ In ihrem Selbstverständnis knüpften sie an den in den 1980er Jahren eingeleiteten Aufbruch zu vermehrtem gesellschaftlichem Engagement an. Gleichwohl gelang es nur relativ langsam, sie auch organisatorisch zu bündeln. Erst am 13. Januar 1990 schlossen sich sämtliche Laieninitiativen in Dresden zu einem „Gemeinsamen Aktionsausschuss Katholischer Christen in der DDR“ zusammen. Am 17. Februar 1990 konstituierte sich dieses DDR-weit aus Delegierten katholischer Laiengruppen zusammengesetzte Bündnis in Berlin.¹⁷⁵ Die verabschiedete Rahmenordnung nannte folgende Aufgaben: gegenseitige Unterstützung, überregionale Koordination und Kooperation, dialogorientierter Erfahrungsaustausch, öffentliche Stellungnahmen zu gesell-

der Akademiker und der wiederbegründeten Kolpingvereine zum „Aktionsausschuss katholischer Christen“ zusammen. Vgl. Hans Joachim MEYER, *Das Entstehen der katholischen Laienbewegung in der DDR. Vortag vor dem Diözesanrat der Katholiken in Berlin (West) am 19. Februar 1990*, in: DERS., *Wege und Mauern*, Leipzig 1993, S. 14–22, hier S. 14; KNA BD, Nr. 192 vom 7.11.1989, S. 2: Katholiken in der DDR streben eigene Laienbewegung an. Der Wortlaut des Aufrufs zu einer „Katholischen Laieninitiative“ in: „St. Hedwigsblatt“, Nr. 45 vom 5.11.1989, S. 357.

- 171 Vgl. Berichte und Dokumente, Nr. 75 vom August 1990, S. 5f.: Prof. Dr. Hans Joachim Meyer: Kurzbericht über die kirchliche Entwicklung im anderen Teil Deutschlands. Vor der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 23.5.1990.
- 172 In den südlichen Jurisdiktionsbezirken hatten sich auf Initiative der dortigen Bischöfe Laiengruppierungen zusammengeschlossen: Ende Oktober in Dresden der gleichnamige „Aktionsausschuss katholischer Christen“, Anfang Dezember in Erfurt die „Katholische Soziale Aktion Thüringen“. MEYER, *Entstehen* (wie Anm. 170), S. 14f.; KNA BD, Nr. 209 vom 2.12.1989, S. 2: Thüringer Katholiken gründen neue Laienorganisation.
- 173 Angeregt wurden die Bischöfe dazu nicht zuletzt durch den an der Humboldt-Universität als außerordentlicher Professor lehrenden Hans Joachim Meyer. Vgl. Bernhard DITTRICH, *Stützen oder Kritiker eines sozialistischen Staates? Die Kirche am Vorabend der Revolution*, in: FRIEMEL (wie Anm. 21), S. 43–54, hier S. 51.
- 174 Vgl. KNA BD, Nr. 192 vom 7.11.1989, S. 2: Katholiken in der DDR streben eigene Laienbewegung an sowie ebd., Nr. 193 vom 9.11.1989, S. 194: Sterzinsky wünscht demokratische Grundordnung für die DDR.
- 175 Beschluss vom 13.1.1989 über die Bildung des Aktionsausschusses, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 292, Anm. 103. Vgl. auch „Tag des Herrn“, Nr. 4 vom 28.1.1990, S. 3: „Gemeinsamer Aktionsausschuß katholischer Christen in der DDR“.

schaftlichen sowie kirchlichen Fragen, Zusammenarbeit mit evangelischen Christen und die Bildung eines zentralen und repräsentativ zusammengesetzten Laiengremiums der katholischen Christen im Bereich der Berliner Bischofskonferenz. Dies entsprach nicht nur einem von der Berliner Bischofskonferenz am 4./5. Dezember 1989 geäußerten Wunsch.¹⁷⁶ Es war aus Sicht des westdeutschen ZdK ein erster, von ihm nachdrücklich unterstützter Schritt auf dem Weg zum Aufbau eines selbstständigen Laienkatholizismus in der DDR.¹⁷⁷

Die äußere Organisation eines DDR-weiten Koordinations- und Dialogforums katholischer Laien verdeckelt, dass ererbte soziale, mentale und innerkirchliche Dispositionen des katholischen Diasporakatholizismus zu überwinden waren. Hans Joachim Meyer, als Vorsitzender des „Gemeinsamen Ausschusses“ einer der treibenden katholischen Akteure in der DDR 1989/90, ab 1992 Vizepräsident und im April 1997 Nachfolger Waschbüschs im Amt des ZdK-Präsidenten, nannte in seinem Vortrag vor dem West-Berliner Diözesanrat im Februar 1990 ein ganzes Bündel solcher Dispositionen: eine kaum entwickelte politische Kultur, nur geringe Erfahrungen in Kommunikation und Kooperation, unterentwickelte dialogische Fähigkeiten des Sprechens, ein starker antistruktureller und antiinstitutioneller Affekt und ein Misstrauen dagegen, Entscheidungen zu delegieren, und nicht zuletzt eine innerkirchliche Frustration, die aus der langjährigen bischöflichen Diskreditierung gesellschaftlichen Engagements von Laienchristen resultierte.

Darüber hinaus sah Meyer den entstehenden Laienkatholizismus in der DDR innerkirchlich mit geradezu gegenläufigen Erwartungen konfrontiert: „Das war einmal das aus der allgemeinen Orientierungslosigkeit geborene Verlangen, den Katholiken eindeutig eine politische Heimat zuzuweisen, die dann auch noch möglichst ein bischöfliches Gütesiegel trägt. Und auf der anderen Seite ist es die Neigung, eine eigene katholische Laienbewegung überhaupt für überflüssig zu halten und stattdessen gesellschaftliches Zeugnis von Christen nur in ökumenischen Gemeinsamkeit zu suchen, oder sich überhaupt nur unmittelbar mit politisch Gleichgesinnten, seien sie christlich oder nicht, gesellschaftlich einzubringen“.¹⁷⁸ Nicht zu unterschätzen war schließlich die auch unter den Bischöfen verbreitete Befürchtung, den soeben erst gewonnenen

176 Vgl. „St. Hedwigsblatt“, Nr. 52/53 vom 25.12.1989, S. 411: „Vollversammlung der Berliner Bischofskonferenz. Arbeitsgruppen zu gesellschaftlichen Aufgaben“.

177 Hans Joachim Meyer hatte bei der öffentlichen Ankündigung am 13.1.1990 den Gemeinsamen Aktionsausschuß als „einen wichtigen Schritt zu einem zentralen repräsentativen Laiengremium“ bezeichnet, „das mit dem ZdK in Bonn verglichen werden könne“. Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 12 vom 15.1.1990, S. 3: Katholiken gründeten zentrales Laiengremium.

178 MEYER, *Entstehen* (wie Anm. 170), S. 20.

„Vorteil der später Gekommenen“¹⁷⁹ wieder zu verlieren und im Einigungsprozess „fast unbemerkt zum Appendix der so viel potenteren katholischen Kirche in der Bundesrepublik“ zu werden.¹⁸⁰

In welcher Weise sich das ambitionierte westdeutsche ZdK und die keineswegs homogenen Laiengruppierungen in der DDR binnen eines Jahres aufeinander zu bewegen, wäre eine eigene, archivgestützte Untersuchung wert. Der Berliner Katholikentag im Mai 1990 bot Gelegenheit, ostdeutsche Laienvertreter stärker einzubinden und ihre führenden Repräsentanten zur Gremienarbeit des ZdK einzuladen. Dass es der ZdK-Führung offenbar gelang, durch respektvollen Umgang ein vertrauensvolles Verhältnis herzustellen, hat Meyer rückblickend dankbar vermerkt.¹⁸¹ Gleichwohl dürfte es ihm und seinen Mitstreitern im Aktionsausschuss nicht leicht gefallen sein, sich von Vorstellungen zu verabschieden, die auf eine selbständige, den besonderen ostdeutschen Kirchenverhältnissen Rechnung tragende Organisationsstruktur hinausliefen.

Überdies hatten außer kirchlichen Katholikenräten auf der Ebene der Jurisdiktionsbezirke auch überdiözesane katholische Verbände wie der Kolpingverband, die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (KFD), der Bund katholischer Unternehmer (BKU) und die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) damit begonnen, Ortsvereine in Ostdeutschland wieder neu zu errichten.¹⁸² In Ostdeutschland begann sich die duale Struktur des ZdK als ein Zusammenschluss von Delegierten des Verbandskatholizismus sowie aus den Diözesen (Diözesanräten) abzuzeichnen. Die organisatorische Integration des Gemeinsamen Aktionsausschusses in das ZdK fand knapp zwei Monate nach der Wiedervereinigung ihren Abschluss: Die Vollversammlung des ZdK beschloss am 23. November 1990, nach einem für Westdeutschland geltenden Zahlenschlüssel dreißig Plätze für gewählte Laienvertreter aus den ostdeutschen Jurisdiktionsbezirken bereitzustellen; 24 der 30 Plätze wurden sofort mit zuvor bereits benannten Kandidaten besetzt.¹⁸³ Sitzungsgemäß wurden die Vertreter des Gemeinsamen Aktionsausschusses im Sinne eines „Dachver-

179 Vgl. MEYER, *Katholizismus* (wie Anm. 98), S. 120.

180 So MEYER, *Entstehen* (wie Anm. 170), S. 21. KNA AD Inland, Nr. 45 vom 22.2.1990, S. 2: „Katholische Kirche in der DDR darf nicht zum Anhängsel werden“.

181 Hans Joachim MEYER, *Vom Berliner Katholikentag zum Dresdner Katholikentag – Der Weg des Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen*. Vor der Versammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 29. Juni 1994 in Dresden, in: *Berichte und Dokumente* 93 (September 1994), S. 71–76, hier S. 74.

182 Hans Joachim MEYER, *Kurzbericht über die kirchliche Entwicklung im anderen Teil Deutschlands*. Vor der Versammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 23. Mai 1990, in: *Berichte und Dokumente* 75 (August 1990), S. 5–10, hier S. 8.

183 KNA AD Inland, Nr. 273 vom 24.11.1990, S. 1: Dem ZdK gehören jetzt auch ostdeutsche Katholiken an. Die verfügbare Namensliste im Archiv des ZdK führt folgende 26 Namen auf:

bandes“ als Repräsentanten des ostdeutschen Verbandskatholizismus, die übrigen Vertreter als Delegierte aus den Diözesen in das ZdK aufgenommen.¹⁸⁴ Ebenso wie bei der Integration der Berliner Bischofskonferenz in die Deutsche Bischofskonferenz blieb auch im führenden deutschen Laiengremium eine ostdeutsche „Vertretung“ bestehen. Im Vorfeld des Dresdener Katholikentages 1994 löste sich dann der „Gemeinsame Aktionsausschuss katholischer Christen“ auf.¹⁸⁵

4. Ostdeutscher Laienkatholizismus und politisches Engagement

In den Wochen der gesellschaftlichen Umwälzungen und politischen Neuorientierungen vermochte der organisatorisch erst im Entstehen begriffene, keineswegs homogene Laienkatholizismus in der DDR mit den Entwicklungen

Name	Funktion	Jurisdiktionsbezirk
Appenroth, Klaus J. Bischoff, Norbert	AG Akademikerseelsorge Büro der Katholischen Koordinierungsgruppe	
Blazejewski, Marlies	Kath. Soziale Aktion	Erfurt-Meiningen
Bode, Bernd	Kath. Soziale Aktion	Erfurt-Meiningen
Cwiklinski, Bernd	V: XX BKU	
Demuth, Petra	Aktion katholischer Christen (AKC) Görlitz	Dresden
Dorschner, Stephan	Kath. Soziale Aktion	Erfurt-Meiningen
Frank, Manfred	Stv. Vorsitzender AKC in der DDR	
Gellner, Heinrich	AKC Görlitz	Dresden
Grebing, Reinhard	V: Kolping	
Haase, Klaus	Vors. Pfarrgemeinderat/Mitgl. AK „Wirtschaft“	
Hannich, Michael	Koordinierungsstelle/AKC Görlitz	Dresden
Krah, Peter	Arbeitsausschuss AKC	
Legutke, Nikolaus	Koordinierungsstelle AKC Gera-Leipzig	Dresden
Mattern, Günter	Laieninitiative Güstrow	Schwerin
Meyer, Hans Joachim	Vorsitzender des AKC in der DDR	
Pilz, Joachim		Dresden
Pommerening, Hans	Koordinierungsstelle/Gruppe Christen für Demokratie	Berlin
Räuber, Burkard		Schwerin
Rothmann, Helmut	Koordinierungsstelle AKC	Dresden
Schröter, Dieter	Koordinierungs- und Leitungsgruppe der Kath. Sozialen Aktion	
Schubert, Hasko	AG Akademikerseelsorge	
Sonnevend, Adam		Schwerin
Streich, Bernd	Geschäftsführer/V: Gemeinsamen Aktionsausschusses in der DDR	
Ullrich, Klaus	Sprecherrat	Berlin
Ungváti, Johannes	AKC	Dresden

– Im Berliner „St. Hedwigsblatt“ blieb dieses Ereignis unerwähnt.

184 Diözesanräte gab es lediglich in den Diözesen Berlin und Dresden-Meißen, weil eigenständige Diözesen in Ostdeutschland erst in den folgenden Jahren errichtet werden sollten.

185 Zur Auflösung des Ausschusses vgl. den Rückblick von MEYER (wie Anm. 181), S. 71–76.

nicht in jeder Hinsicht Schritt zu halten¹⁸⁶. Die ausgeprägte Skepsis gegenüber allen Absichten, das Laienengagement auf die Mitwirkung in den alten und neuen politischen Parteien hinlenken zu wollen, speiste sich aus ganz unterschiedlichen Quellen: Jahrzehntlang geübte politische Abstinenz von Bischöfen, Klerus und Laien wirkte nach, wenn in einem Kommentar der Ost-Berliner Kirchenzeitung „St. Hedwigsblatt“ gewarnt wurde, in einer sich „wendenden“ Ost-CDU mitzuwirken, die alte Zentrums- und CDU-Traditionen wiederbelebe und christliche Traditionen bekräftige.¹⁸⁷

Ein anderes Argument kam aus jenen Kreisen, die sich der Bürgerrechtsbewegung verbunden wussten. Der Physiker Stefan Schwabe, Gründungsmitglied des „Gesellschaftlichen Gesprächsforums Berlin“, begründete seine Distanz damit, den neu gewonnenen Bewegungsspielraum zunächst für grundlegende Demokratieerfahrungen zu nutzen. Es gehe zunächst darum, „sich als Laien im Raum der Kirche zu gesellschaftlich relevanten Fragen zu artikulieren“ und „uns als Laien [zu] befähigen, in solchen [gesellschaftlichen und politischen] Organisationen selbst aktiv zu werden. Ohne Zweifel besteht bei uns Katholiken – so wie in der ganzen Gesellschaft – ein Nachholbedarf im Einüben von Demokratie.“¹⁸⁸ Noch tiefer reichte schließlich die Erfahrung, dass eine sich rasch entwickelnde Vielfalt politisch organisierter Überzeugungen die einst entpolitisierte, dafür aber vertraute Geschlossenheit der katholischen Pfarrgemeinden aufbrach¹⁸⁹. Die (partei-)politische Pluralität zu fördern, lief dem traditionellen Einheitsparadigma der katholischen Minderheit zuwider.

Die Übergänge zum politischen Engagement waren allerdings fließend: Der Sprecher der KSA im Bistum Erfurt, Dieter Schröter, sah die Aufgabe der „Katholischen Sozialen Aktion“ u. a. darin, Argumente der Katholischen Soziallehre in die Diskussion um die entstehenden Parteiprogramme einzubringen.¹⁹⁰ Im Vorfeld der Volkskammerwahl richtete die Organisation 20 Fragen an alle Parteien und verteilte die Antworten als „Wahlprüfsteine“ in einer eige-

186 Zur Formierung der alten und neuen Parteien in der Transformationsphase vgl. JÄGER (wie Anm. 5), S. 197–297.

187 Vgl. „St. Hedwigsblatt“, Nr. 48 vom 26.11.1989, S. 377, S. 384: „Engagement?“; KNA AD Inland, Nr. 276 vom 28.11.1989, S. 1 (wie Anm. 119); zur Ost-CDU vgl. den Entwurf de Maizières vom 25.11.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 278f. – Noch im Januar 1990 löste ein Appell aus linkskatholischen Kreisen, der Ost-CDU beizutreten, innerkirchlichen Widerspruch aus. Vgl. den „Offenen Brief aus Halle“, veröffentlicht in der „Neuen Zeit“ vom 17.1.1990, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 290f.

188 Vgl. Interview Schwabes mit der KNA, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 276f.; KNA AD Inland, Nr. 272 vom 22.11.1989, S. 1: DDR: Laieninitiativen wolle keine Parteien gründen.

189 Vgl. den Hinweis DUCKES, *Balance* (wie Anm. 96), S. 89.

190 Vgl. KNA AD Inland, Nr. 50 vom 28.2.1990, S. 2: DDR-Laien wollen katholische Soziallehre in Parteien einbringen.

nen Zeitungsauflage von 150.000 Exemplaren an die Wähler in Thüringen.¹⁹¹ Die Mitglieder der in Ost-Berlin aktiven „Katholischen Studiengruppe Kirche und Welt“, die die Erkenntnisse und Erfahrungen der Katholischen Soziallehre für die gesellschaftliche Situation in der DDR fruchtbar zu machen suchte, waren zugleich im „Neuen Forum“ oder anderen oppositionellen Gruppierungen aktiv.¹⁹² In Halle wirkten im Sinne einer „politischen Ökumene“¹⁹³ der Pfarrer und Begründer des kirchenkritischen „Aktionskreises Halle“¹⁹⁴, Claus Herold, zusammen mit dem protestantischen Superintendenten Buchenau als Initiatoren des Runden Tisches des Bezirks Halle mit. Unter Mitwirkung der Kirchenvertreter wurde ein dezidiert demokratisches Selbstverständnis entwickelt, welches auf eine Unumkehrbarkeit der neuen Verhältnisse bis zur Durchführung von freien Wahlen gerichtet war.¹⁹⁵ Wie in Halle war man auch in anderen Gruppen des Magdeburger Jurisdiktionsbezirks – zumal im Vorfeld der Kommunalwahlen – an den kirchlichen Anliegen des Gemeinsamen Aktionsausschusses zunächst wenig interessiert. In Mecklenburg hatte die im Oktober 1989 gegründete Initiative „Christen für Demokratie“ dazu geführt, dass in einzelnen Gemeinden ohne Mitwirkung der Amtskirche stark politisch akzen-

191 Vgl. Siegfried SCHNAUSS, *Die Katholische Soziale Aktion*, in: Andreas DORNHEIM/Stephan SCHNITZLER (Hg.), *Thüringen 1989/90. Akteure des Umbruchs berichten*, Erfurt 1995, S. 243–252, hier S. 245; zur KSA in Thüringen auch NEUBERT (wie Anm. 2), S. 309.

192 Vgl. „St. Hedwigsblatt“, Nr. 48 vom 26.11.1989, S. 377, S. 384; KNA BD, Nr. 202 vom 21.11.1989, S. 2: Weitere katholische Laienorganisation in Ost-Berlin gegründet; MEYER, *Entstehen* (wie Anm. 170), S. 14.

193 So die von Steffen Reichert geprägte, treffende Formulierung bei der Präsentation des Buches von Patrick WAGNER (Hg.), *Schritte zur Freiheit. Die friedliche Revolution 1989/90 in Halle an der Saale*, Halle 2009. Freundliche Mitteilung Dr. Peter Willms, Halle vom 5.12.2009.

194 Der aus Priestern und Laien bestehenden Aktionskreis, der sich im Herbst 1969 in Halle im Zusammenhang mit der als autoritativ empfundenen Ablösung des damaligen Magdeburger Weihbischofs Rintelen gebildet hatte, fand in den folgenden Jahren aufgrund seiner immer wieder vorgetragenen, „progressiven“ kirchenreformerischen Forderungen weit über Halle hinaus in Gemeinden der DDR Zuspruch. Ca. 300 Interessenten zählten Ende der 1970er Jahre zu den Abonnenten der regelmäßig erstellten „Rundbriefe“. Vgl. Martin HÖLLEN, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*, Bd. 3, 1. Teil-Bd.: 1966–1976, Berlin 1998, S. 214–217; SCHÄFER, *Staat* (wie Anm. 3), S. 277–279.

195 Im Unterschied zum Zentralen Runden Tisch in Berlin war in Halle „von einer Wiederbelebung und Verbesserung des sozialistischen Staates DDR ... keine Rede.“ Peter WILLMS, *Vorgeschichte und Selbstverständnis des Runden Tisches des Bezirkes Halle*. Manuskript (masch.), Halle o. J.; Steffen REICHERT, *Schritte zur Freiheit. Die friedliche Revolution 1989/90 in Halle an der Saale*, in: WAGNER (wie Anm. 193), S. 12–187; Francesca WEIL, *Die Runden Tische*, in: Klaus-Dietmar HENKE (Hg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 316–328, hier S. 319f.

tuerte, auf Hilfestellungen im Wahlkampf und die Mitarbeit am Runden Tisch gerichtete Basisgruppen entstanden waren.¹⁹⁶

Am 7. Dezember 1989 trafen die Vertreter der alten Kräfte und neuen Gruppierungen erstmals zum Zentralen Runden Tisch in Berlin zusammen. Ohne in Zeiten des krisenhaften Staatskollapses das Machtvakuum füllen zu können, fand die zivilgesellschaftliche Organisation der öffentlichen Kontrolle und dann auch des politischen Übergangs zu freien demokratischen Wahlen im Dietrich-Bonhoeffer-Haus der Ost-Berliner Brüdergemeinde einen besonderen Ort. Der Zentrale Runde Tisch war für die katholischen Vertreter (und nicht nur für sie) ein Ort gesellschaftlicher Dialog-, Diskussions- und unmittelbarer Demokratieerfahrung.¹⁹⁷ Insbesondere aber hatte er für die katholische Kirche auch symbolische Bedeutung. Unter landesweiter medialer Öffentlichkeit übernahm sie auf Einladung der evangelischen Kirche – wie vielerorts – mit dieser gemeinsam eine moderierende, auf Konsens und Ausgleich gerichtete Vermittlerrolle und politische Verantwortung in einem zusammenbrechenden öffentlichen Staatswesen. An keinem historischen Ort verdichteten sich gesellschaftlicher Emanzipationsprozess und neues Selbstverständnis der minoritären katholischen Kirche eindrücklicher als bei den unter einem adventlichen Weihnachtsstern stattfindenden Zusammenkünften der Oppositionsbewegung mit Vertretern der SED und der Blockparteien. Die „Berliner Kirchenprinzipien“ besaßen hier keine Gültigkeit. Nicht zuletzt deshalb sahen sich die Bischöfe gezwungen, auf ihrer Sondersitzung am 5. Dezember schließlich dem Drängen der kirchlichen „Basis“¹⁹⁸ nachzugeben. Anstelle des langjährigen kirchlichen Verhandlungsbeauftragten Lange entsandten sie den Direktor der Studienstelle der Berliner Bischofskonferenz und Stellvertreter des Sekretärs der Berliner Bischofskonferenz, Karl-Heinz Ducke, als katholischen Ver-

196 Im Magdeburger Jurisdiktionsbezirk wurde im Seelsorgeamt lediglich ein Koordinationsbüro für die verschiedenen, vor allem politisch engagierten Gruppen eingerichtet, während es in Mecklenburg bei zwei Laiengruppierungen in Schwerin und Rostock blieb. Vgl. MEYER, *Entstehen* (wie Anm. 170), S. 15.

197 Vgl. „Tag des Herrn“, Nr. 11 vom 18.3.1990, S. 1, S. 8: „Ducke, Runder Tisch – Faktor der Stabilität“; Katharina STROBEL, *Als Vertreterin der katholischen Kirche am Runden Tisch des Bezirkes Suhl – ein Erlebnisbericht*, in: DORNHEIM/SCHNITZLER (wie Anm. 191), S. 232–234.

198 Am 28. November 1989 machte Pfarrer Heinz-Josef Durstewitz in einem Schreiben an den Bischof Sterzinsky seinem Ärger darüber Luft, dass die Bischöfe als Kirchenvertreter am Zentralen Runden Tisch in Berlin ihren bisherigen Verhandlungsbeauftragten beim Staatssekretär für Kirchenfragen, Prälat Gerhard Lange, benannt hatten. Der den Oppositionskreisen nahestehende Durstewitz, Sekretär der Pastorkonferenz in Berlin, forderte vehement, „die Kirchenpolitik der Glaubwürdigkeit wegen völlig neu zu konzipieren“. Kirchenintern trage die bisherige Politik „unzweifelhaft stalinistische Züge.“ HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 279.

treter an den Zentralen Runden Tisch.¹⁹⁹ Mit Hans Joachim Meyer erhielt dort zugleich ein katholischer Laie Beobachterstatus, der es ihm u. a. ermöglichte, eigene Vorstellungen über das künftige Bildungssystem der DDR in die Diskussionen einzubringen.²⁰⁰

Um Ducke herum entstand mit bischöflicher Billigung ein politischer Beraterkreis. Zur Vorbereitung auf die anstehenden Sachgespräche mit den Vertretern am Zentralen Runden Tisch, aber auch der Regierung über die anzustrebenden Reformen richteten die Bischöfe auf der Sitzung am 5. Dezember 1989 sieben Arbeitsgruppen ein, in die sie sachkompetente Laien beriefen.²⁰¹ Erstmals wurde damit kirchenpolitische Verantwortung im engeren Sinne an Laien übertragen. Bis Anfang März 1990 lagen Vorschläge und Empfehlungen zur Novellierung der DDR-Verfassung, der Mediengesetzgebung, des Bildungswesens, des Gesundheits- und Sozialwesens, zur Militärreform und zu ökologischen Fragen vor. Das Bestreben, Eckpunkte für die neue DDR-Verfassung zu erarbeiten, war zu diesem Zeitpunkt allerdings schon von der ins Blickfeld rückenden deutschen Einheit eingeholt.²⁰²

199 Vgl. EBD. S. 279f., S. 283f. Hans Joachim Meyer erhielt als Vertreter der Katholischen Laienbewegung Beobachterstatus. Vgl. „Tag des Herrn“, Nr. 1 vom 7.1.1990, S. 8: „Die katholische Kirche und der ‚Runde Tisch‘“.

200 Meyer war seit 1987 Mitglied des Beirates der von Ducke geleiteten Studienstelle der Berliner Bischofskonferenz und seit Dezember 1989 der ebenfalls von Ducke verantworteten Arbeitsgruppe „Verfassungsfragen“ (s. Anm. 202 und S. 61) gewesen. Vgl. „Tag des Herrn“, Nr. 19 vom 13.5.1990, S. 7: „Katholik als Minister“; vgl. auch Meyers Interview im „Tag des Herrn“, Nr. 20 vom 20.5.1990, S. 4: „Ich sehe mich nicht als Konkursverwalter“.

201 Verantwortlich für die Leitung einer Arbeitsgruppen waren: Dr. theol. Karl-Heinz Ducke, Berlin (Verfassungsfragen) und Caritasdirektor Pfarrer Reinhold Janiszewski, Berlin (Soziale Fragen) sowie die Laien Dr. Peter Willms, Halle (Rechtsreform), Rudolf Förster, pädagogischer Psychologe aus Magdeburg (Erziehung und Bildung), Christoph Kießig, Berlin (Wehrdienstfragen), Dr. Klaus Stieber, Physiker an der Akademie der Wissenschaften in Berlin (Ökologische Fragen) und Bernd Wiedemann, Redakteur der Pressestelle beim Sekretariat der Berliner Bischofskonferenz (Medienfragen). In den Arbeitsgruppen sollte möglichst ein Bischof mitarbeiten und für jede Gruppe ein Vertreter des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR eingeladen werden. An dem Sachgespräch über Fragen des Zivildienstes sollten der Leiter der Arbeitsgruppe *Justitia et Pax*, Prälat Dieter Grande, und Wilfried Jahn von der Zentralstelle Berlin des Deutschen Caritasverbandes teilnehmen. Vgl. „Tag des Herrn“, Nr. 51/52 vom 24.12.1989, S. 4; KNA AD Inland, Nr. 284 vom 7.12.1989, S. 1f.: DDR: Katholische Bischöfe setzen sich für streikende Häftlinge ein.

202 Vgl. die zusammenfassende Berichterstattung im „Tag des Herrn“, Nr. 11 vom 18.3.1990, S. 3: „Mitarbeit von Katholiken an der Mediengesetzgebung“ sowie Nr. 15 vom 15.4.1990, S. 5: „Arbeitsgruppen der Berliner Bischofskonferenz berichten über ihre Tätigkeit“. Auf der Vollversammlung der Berliner Bischofskonferenz am 5.–7.3.1990 berichtete Ducke den Bischöfen von den Beratungsergebnissen. Vgl. „Tag des Herrn“, Nr. 12 vom 25.3.1990, S. 3: „Erste Ordentliche Vollversammlung der Berliner Bischofskonferenz“. – Auf ihrer außerordentlichen Vollversammlung am 17.4.1990 referierten Dr. Johannes Niemeyer und Rechtsanwalt Leopold Turowski vom Katholischen Büro Bonn über „Das Verhältnis von Staat und Kirche in rechtlicher und praktischer Sicht“. Die Bischöfe

Dass die Entscheidung gleichwohl richtungweisend war, zeigte sich, als mit dem Eintritt der Oppositionsgruppen in die „Regierung der Nationalen Verantwortung“ unter Führung Modrows der Runde Tisch im Januar 1990 in eine neue Phase trat, die sein Selbstverständnis und seine Funktion veränderten. Mit dem Sprecher des „Neuen Forums“, Volker Abend, 1989 Dozent an der Ingenieurhochschule in Berlin-Weißensee und zuvor seit 1985 Direktor der privaten katholischen Theresienschule in Ost-Berlin, übernahm am 10. Januar 1990 als Stellvertreter des amtierenden Bildungsministers zugleich ein Katholik Verantwortung für die Neubegründung und -gestaltung des DDR-Schulwesens.²⁰³ Nach der Übernahme von Regierungsverantwortung markierte der Besuch des DDR-Ministerpräsidenten bei Gorbatschow am 30. Januar 1990 einen weiteren Einschnitt: „Seitdem aber das Wort von der deutschen Einheit durch Michael Gorbatschow beim Besuch des Ministerpräsidenten Modrow in Moskau in die politische Diskussion geworfen wurde, hat sich die Situation der DDR total verändert.“²⁰⁴

Mehr noch als das politische Engagement katholischer Laien und auch Priester an den zahlreichen Runden Tische drängten die ersten freien Volkskammer-, Kommunal- und Landtagswahlen in der DDR dazu, die Frage zu klären, was das spezifisch „Katholische“ des politischen Engagements von Katholiken ausmachen sollte. Keine Sympathien fanden sich im ostdeutschen Laienkatholizismus für eine Reform der DDR durch einen „verbesserten“ Sozialismus.²⁰⁵ Der am 28. November 1989 veröffentlichte Aufruf „Für unser Land“ verhallte fast ungehört.²⁰⁶ Das Bestreben katholischer Christen in den Oppositionsgruppen und an den Runden Tischen, die revolutionäre Entwicklung unumkehrbar zu machen, mündete am 17. Februar 1990 in die dankbare Feststellung, dass nunmehr der Weg offen sei „für ein einiges Deutschland als

beschlossen, bis zur Wiedereinrichtung von Länderregierungen auf dem Gebiet der DDR zunächst die Arbeit der Volkskammer und der neuen Regierung de Maizière durch Fachleute der katholischen Kirche zu begleiten, zugleich aber personelle Vorbereitungen für die Einrichtung Katholischer Büros in den Ländern einzuleiten. Vgl. „Tag des Herrn“, Nr. 18 vom 6.5.1990, S. 3: „Von der außerordentlichen Vollversammlung der Berliner Bischofskonferenz“.

- 203 Vgl. KNA AD Inland, Nr. 9 vom 11.1.1989, S. 6: „DDR: Katholik Abend stellvertretender Bildungsminister“.
- 204 DUCKE, *Balance* (wie Anm. 96), S. 80. Die Entscheidung der Sowjetführung, die deutsche Einheit nicht zu verhindern, war am 26.1.1990 in einem informellen Kreis gefallen. Nach seiner Rückkehr aus Moskau erläuterte Modrow am 1.2. auf einer Pressekonferenz sein Konzept eines stufenweisen Weges zur deutschen Einheit mit einer Konföderation als Zwischenstufe und deutscher Neutralität.
- 205 Vgl. Franz Georg Friemel an die Redaktion der Kirchenzeitung in Potsdam vom 13.12.1989, veröffentlicht in: FRIEMEL (wie Anm. 21), S. 24f.
- 206 Zu den Erstunterzeichnern gehörte der prominente Regisseur, Oppositionelle und Katholik Konrad Weiß. Vgl. http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/DieDeutscheEinheit_aufrufFuerUnserLand/index.html (Stand: Juni 2010).

Glied eines zusammenwachsenden Europa und als friedlicher Partner aller Völker in Ost und West, in Nord und Süd.“²⁰⁷ Der Aufruf des „Gemeinsamen Aktionsausschusses“ zur bevorstehenden Volkskammerwahl am 18. März bekannte sich zu den Chancen, die eine rechtsstaatliche und eine soziale sowie ökologisch orientierte Marktwirtschaft in ganz Deutschland biete, ohne zu leugnen, „daß die deutsche Einheit nicht mit einem Schläge alle Probleme lösen kann.“²⁰⁸

Die aufgeführten Punkte, die der Aufruf den katholischen Christen zur verantwortbaren Wahlentscheidung an die Hand gab, spiegelten die Wertvorstellungen wider, die aus Sicht der Verfasser grundlegend für eine funktionierende Demokratie waren: Achtung der Menschenrechte, Schutz der Familie, ein freies Bildungswesen und ein sozial gerechtes Wirtschaftssystem. Mit ihren aus der katholischen Soziallehre hergeleiteten Forderungen an eine staatliche und gesellschaftliche Neuordnung übernahm der sich formierende Laienkatholizismus nicht nur innerhalb der katholischen Kirche in der DDR eine wichtige Funktion als Transmissionsriemen demokratischen Ideenguts und katholischer Interessen im vorparlamentarischen Raum. Mit Hans Joachim Meyer wurde darüber hinaus am 12. April 1990 der prominenteste Laienkatholik als parteiloser Minister für Bildung und Wissenschaft in das Kabinett der frei gewählten Regierung de Maizière berufen.²⁰⁹

Zum Auftakt des 90. Deutschen Katholikentages, der vom 23.–27. Mai 1990 in Berlin stattfand, bekundeten die Vertreter aus beiden Teilen Deutschlands erstmals wieder ihre gemeinsamen Auffassungen und Forderungen zu zentralen Fragen nationaler und internationaler Politik.²¹⁰ Die Berliner Erklärung deutscher Katholiken „Für eine gemeinsame Zukunft in Deutschland, in Europa und in der Einen Welt“ war von der Kommission „Politik, Verfassung, Recht“ des ZdK in Bonn unter Einbeziehung des Vorstandes, des Sprecherrates und zuletzt der Vollversammlung des „Gemeinsamen Aktionsausschusses“ vorbereitet worden. Mit dem öffentlichen Aufruf, Recht, Freiheit, Demokratie und Frieden in Deutschland und Europa im Zeichen des Gemeinwohls, der Gerechtigkeit und der Solidarität mit den osteuropäischen Völkern zu verwirklichen, war „ein Konsenspapier und kein Koalitionspapier“ erreicht worden,

207 Erklärung des Gemeinsamen Aktionsausschusses zur Volkskammerwahl vom 17.2.1990, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 292–294; KNA AD Inland, Nr. 44 vom 21.2.1990, S. 3: Katholiken zur Teilnahme an Volkskammer-Wahl aufgerufen.

208 Erklärung des Gemeinsamen Aktionsausschusses zur Volkskammerwahl vom 17.2.1990, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 293; „Tag des Herrn“, Nr. 10 vom 11.3.1990, S. 3.

209 Vgl. Meyers Interview (wie Anm. 200), S. 4f.

210 Vgl. Friedrich KRONENBERG, *Zur „Berliner Erklärung deutscher Katholiken“*, in: *Wie im Himmel so auf Erden. 90. Deutscher Katholikentag vom 23. bis 27. Mai 1990 in Berlin. Dokumentation*, Teil I, hg. vom Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Paderborn 1991, S. 50f. Wortlaut der Erklärung EBD. S. 51–55. Auszüge bei HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 307.

wie Hans Joachim Meyer unterstrich.²¹¹ Jeder patriotische Überschwang oder gar Nationalismus fehlte. Hinter der programmatischen Einigkeit in politicis verbergte die Erklärung allerdings die Frage, ob die proklamierten Grundgesetz-Prinzipien christlicher Werteordnung tatsächlich auch dem neuen, auf die Vereinigung zusteuernden religiös-weltanschaulich neutralen Deutschland entsprachen.²¹² Die gesellschaftlichen und kirchlichen Diskussionen über die Erneuerung eines abendländischen Europas standen noch bevor.²¹³

Die entscheidenden Etappen auf dem Weg zur Demokratisierung der DDR und der Vereinigung des geteilten Deutschland waren die binnen acht Monaten durchgeführten vier Wahlen zur Volkskammer der DDR (18. März), zu den Kommunal- (6. Mai) und Landtagsparlamenten (14. Oktober) und zum 12. Deutschen Bundestag (2. Dezember). Der unerwartet hohe Sieg, den die CDU/Allianz für Deutschland mit Ausnahme in Brandenburg durchgängig bei den Volkskammer-, Kommunal- und Landtagswahlen errang, und insbesondere die jeweils folgende Überrepräsentation von Katholiken in Parlamenten und Regierungen löste Irritationen aus.

Außer der wahlentscheidenden, unterschiedlichen Positionierung von CDU und SPD in der zentralen Frage der Wiedervereinigung²¹⁴ hatten sich in der 1990 gänzlich umgebrochenen ostdeutschen Wahllandschaft überraschende Kontinuitäten sowohl im Wahl- als Politikverhalten der Katholiken gezeigt. Folgende Beobachtungen lassen sich anführen: 1. die ausgesprochen hohe Bindung der Katholiken an die Kirche, die aus dem Grundkonflikt mit dem Staat herrührte; 2. die relativ hohe Stabilität katholischer Restmilieus im thüringischen Eichsfeld und in der sächsischen Oberlausitz; 3. das prägende kirchliche Engagement und die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Tradition des Sozialkatholizismus, die 1989/90 den Entschluss beförderten, sich politisch einzusetzen und klar gegenüber reformsozialistischen Ideen abzugrenzen; 4. der stille Aufstieg einer katholischen Akademikerelite in der DDR in „unpolitische“ gesellschaftliche Führungspositionen (z. B. Ärzte, Naturwissenschaftler, Ingenieure) besonders seit den siebziger Jahren; 5. die Rekrutierung unbelasteter katholischer Laien aus ebendiesen Kreisen und einer sich langsam reformierenden Ost-CDU.

211 Vgl. Hans Joachim MEYER, Zur „Berliner Erklärung Deutscher Katholiken“, in: *Wie im Himmel so auf Erden* (wie Anm. 210), S. 48f.

212 Vgl. *Ist der deutsche Katholizismus systemkonform? Ein Gespräch aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Bundesrepublik mit Ernst-Wolfgang Böckenförde*, – Böckenfördes Ausführungen bezogen sich allein auf die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Herder-Korrespondenz 43 (1989), S. 260–266.

213 Vgl. zur Diskussion zuletzt: Hans-Joachim VEEN/Franz-Josef SCHLICHTING (Hg.), *Kirche und Revolution. Das Christentum in Ostmitteleuropa vor und nach 1989*, Köln 2009.

214 Vgl. Karl SCHMITT, *Sozialstruktur und Wählerverhalten*, in: Oscar W. GABRIEL (Hg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Köln 1997, S. 425–448, hier S. 428–431.

Die Präsenz von Katholiken in den sich konstituierenden Parlamenten und politischen Ämtern ist bislang nur wenig untersucht worden. In der neu gewählten Volkskammer lag der Anteil der 58 katholischen Abgeordneten in der Volkskammer mit 14,2 % dreimal so hoch wie der Katholikenanteil in der Bevölkerung. Drei Viertel (43) von ihnen gehörten der CDU an, zwei Drittel (38) bereits vor 1990 und über 40 % von diesen (16) bereits vor 1969²¹⁵. Sechs weitere Katholiken vertraten die neu gegründete DSU. Nachdem die alten Machteliten der DDR-Volkskammer durch den revolutionären Umbruch vollkommen desavouiert waren, bildeten die vergleichsweise unbelasteten Kräfte einer aus ihrem Schatten als Blockpartei heraustretenden, sich reformierenden Ost-CDU die maßgebliche personelle Ressource für die politische Präsenz der Katholiken im ersten frei gewählten Parlament der DDR. Demgegenüber stellte der Weg Wolfgang Thierse über das „Neue Forum“ in die SPD die Ausnahme unter den katholischen Abgeordneten in der Volkskammer dar. Thierse war auch der einzige Volkskammerabgeordnete, der bereits 1990 Mitglied im ZdK war. Außer Thierse gehörten die Katholiken Jens Reich, seit 1985 den Oppositionskreisen angehörender Biochemiker, und Konrad Weiß, seit 1964 Mitglied der „Aktion Sühnezeichen“ und bekannter Regisseur, zu den prominenten der insgesamt sieben in der Bürgerrechtsbewegung verwurzelten Abgeordneten.²¹⁶ Markant unterschieden sich die Katholiken somit auch im Sozialprofil von den protestantischen Volkskammerabgeordneten, das von den aus der Bürgerbewegung kommenden, in der SPD bzw. bei Bündnis '90/DIE GRÜNEN organisierten kirchlichen Angestellten, namentlich Pfarrern, erkennbar mitbestimmt war.²¹⁷ Zwar hatten die Bischöfe im November 1989 auch ihre Priester aufgefordert, in gesellschaftlichen Gruppen und Parteien aktiv zu werden,²¹⁸ aber anders als in der evangelischen Kirche wirkte der Entpolitisierungsartikel des Reichskonkordats zusammen mit der jahrzehntelang geübten Disziplin politischer Abstinenz der Wiedererweckung des politischen „Zentrumsprälaten“ entgegen.

Dass die Volkskammer für die katholischen Abgeordneten dauerhaft zum „Elitenpool der neuen Länder“²¹⁹ oder zum Sprungbrett in politische Spitzenämter wurde, lässt sich nicht klar belegen. 34 der 58 Katholiken in der Volks-

215 Auswertung auf der Grundlage von Christopher HAUSMANN, *Biographisches Handbuch der 10. Volkskammer der DDR (1990)*, Köln 2000.

216 Vgl. auch Jens REICH, *Augen zu und Gas geben. Das Neue Forum und der Herbst 1989*, in: Thomas BROSE (Hg.), *Glaube, Macht und Mauerfälle. Von der friedlichen Revolution ins Neuland*, Würzburg 2009, S. 33–41. Zu erwähnen sind aus den Kreisen der Bürgerrechtsbewegungen noch Claudia Nolte (Neues Forum), Bertram Wiczorek (Neues Forum Auerbach), Horst Karl Schulz (Demokratischer Aufbruch, Erfurt), Norbert Otto (Bürgerkomitee Erfurt). Vgl. HAUSMANN (wie Anm. 215).

217 Vgl. EBD, S. XXII.

218 Vgl. oben Anm. 63.

219 HAUSMANN (wie Anm. 215), S. VI.

kammer, also 59 %, setzten ihre politische Karriere im Deutschen Bundestag, einem der ostdeutschen Landtage oder im Europäischen Parlament fort,²²⁰ was in etwa dem allgemeinen Volkskammerdurchschnitt von rund 65 % entsprach.²²¹ In politische Spitzenämter schafften es allerdings in den folgenden Jahren lediglich zehn katholische Abgeordnete.²²²

Darüber hinaus stellte die CDU in vier der sechs neu errichteten Bundesländer den Ministerpräsidenten. Drei – Gomolka in Mecklenburg-Vorpommern, Biedenkopf in Sachsen und Duchač in Thüringen – waren katholisch und drei – Stolpe (SPD) in Brandenburg, Gies in Sachsen-Anhalt und Momper (SPD) in Berlin – evangelisch.²²³ Die Zusammensetzungen der ersten Kabinette zeigen, dass weniger der Konfessions- als vielmehr der Parteiproporz und die fachliche Eignung für Berufung der Mitglieder ausschlaggebend gewesen sein dürften. Immerhin lassen sich 1990 in Sachsen fünf (davon zwei aus der Bundesrepublik),²²⁴ in Sachsen-Anhalt vier (davon drei aus der Bundesrepublik),²²⁵ in Mecklenburg-Vorpommern ein,²²⁶ in Thüringen zwei²²⁷ und in Brandenburg ein²²⁸ Minister mit katholischer Konfession nachweisen. Darüber hinaus gehörten die Landtagspräsidenten in Sachsen, Erich Iltgen, in Brandenburg, Martin Habermann, und in Mecklenburg, Rainer Prachtl, der katholischen Kirche an.²²⁹ Inwieweit Katholiken auch in kommunale Spitzenämter einrückten, wie Joachim Pilz als Bürgermeister von Chemnitz, oder Wolfgang Tiefensee als Oberbürgermeister von Leipzig, bedürfte ebenso der näheren Untersuchung wie die Präsenz katholischer Abgeordneter in den einzelnen Landtagen.²³⁰

220 Nicht berücksichtigt sind 10 Abgeordnete, die dem Bundestag lediglich vom 3.10. bis 20.12.1990, der Neukonstituierung des 12. Deutschen Bundestages, angehörten.

221 HAUSMANN (wie Anm. 215), S. V, S. XXVI.

222 Willibald Böck, Alfred Gomolka, Jürgen Haschke, Ulrich Klinkert, Paul Krüger, Gerlinde Kuppe, Claudia Nolte, Werner Sobetzko, Wolfgang Thierse, Bertram Wiczorek. Vgl. HAUSMANN (wie Anm. 215).

223 Vgl. auch Karl SCHMITT, *Christliche Verantwortung in der Demokratie. Evangelische und katholische Abgeordnete im Thüringer Landtag*, in: *Kirche und kirchliche Aufgaben in der parlamentarischen Auseinandersetzung in Thüringen vom frühen 19. bis ins ausgehende 20. Jahrhundert*, hg. vom Thüringer Landtag, Weimar 2005, S. 303–324, hier S. 312.

224 Rudolf Krause, Georg Milbradt, Kajo Schommer, Rolf Jähnichen, Hans Joachim Meyer.

225 Werner Münch, Walter Remmers, Werner Schreiber, Werner Sobetzko.

226 Georg Diederich.

227 Willibald Böck, Klaus Zeh.

228 Roland Resch.

229 Freundliche Mitteilung von Heinz Terhorst, Bad Godesberg.

230 Vgl. SCHMITT, *Christliche Verantwortung* (wie Anm. 223), S. 308. Demnach waren katholische Abgeordnete in ostdeutschen Landtagen zwischen 1990 und 2004 durchschnittlich dreimal so stark vertreten wie in der Bevölkerung. – Kirchlich gebundene Abgeordnete gehörten überwiegend der CDU an: 60 % der protestantischen und 84 % der katholischen Abgeordneten (Umfrage Herbst 1994). Vgl. Karl SCHMITT, *Christliche Abgeordnete in den ostdeutschen Landtagen. Sozialisation und politische Orientierungen*, in: Peter R.

Demgegenüber spielte die „innere Linie“²³¹ des Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Laien bzw. das ZdK als Reservoir unbelasteter politischer Kräfte vor allem für die CDU offenbar eine untergeordnete Rolle. Eine Vernetzung mit dem ZdK wie bei Hans Joachim Meyer und Wolfgang Thierse erfolgte erst im weiteren Verlauf der 1990er Jahre. Ein Netzwerk musste zunächst auf- und ausgebaut werden. Strukturell und personell waren die Voraussetzungen in Thüringen am besten, wo mit dem Duchač-Nachfolger Bernhard Vogel 1992 ein Politiker die Führung des Landes übernahm, der als vormaliger Ministerpräsident aus Rheinland-Pfalz, Vorsitzender der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung sowie Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken beste Kontakte in Kreise des politischen Katholizismus besaß.

5. Revolution, Wiedervereinigung und Kontinuitäten der katholischen Kirche – ein erstes Fazit

Bereits Anfang Dezember 1989 setzte die Auseinandersetzung um die Vergangenheit der katholischen Kirche in der DDR ein. Die alles verändernde Reisefreiheit seit dem 9. November 1989 wurde auch für den historischen Rückblick zur entscheidenden Zäsur: Die Verteidigung jahrelang bewährter politischer Abstinenz und „loyaler Distanz“²³² traf auf den selbstkritischen Rückblick, trotz innerkirchlicher Reformorientierungen die oppositionellen Bewegungen nicht rechtzeitig und nachdrücklich genug unterstützt zu haben. Dass die Unterschiede ausgerechnet am 5. Dezember 1989 öffentlich zutage traten, als die Bischöfe auf ihrer Pressekonferenz u. a. ihren Vertreter für den Zentralen Runden Tisch benannten, kann angesichts der symbolischen Bedeutung, die diesem historischen Ort zukam, kaum verwundern.²³³ In dem am Silvesterabend

WEILEMANN u. a. (Hg.), *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*, Paderborn 2005, S. 625–636, hier S. 627.

231 SCHMITT, *Christliche Abgeordnete* (wie Anm. 230), S. 629.

232 So der Titel von Martin HÖLLENS Dokumentation (wie Anm. 4).

233 Als sich die Berliner Bischofskonferenz daraufhin am 5.12.1989 entschloss, ihren Stellvertretenden Sekretär und Leiter der Bischöflichen Studienstelle, Karl-Heinz Ducke, an den Runden Tisch zu entsenden, meldete sich der düpierte Lange auf der sich der Konferenz anschließenden, ersten öffentlichen Pressekonferenz der Berliner Bischofskonferenz zu Wort und trug seine den „Berliner Kirchenprinzipien“ zugrundeliegende Sicht der Dinge vor: die prinzipielle Ablehnung der Legitimität des Unrechtsstaates, dessen Existenz man gleichwohl habe Rechnung tragen müssen, Pressekonferenz vom 5.12.1989, HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 281f. – Der Erfurter Bischof Wanke, der sich bereits in den 1980er Jahren für eine Öffnung der katholischen Kirche zur Gesellschaft in der DDR stark gemacht hatte, richtete dementsprechend den Blick nicht zurück, sondern nach vorn. In seinem Pressestatement am 5.12. forderte er dazu auf, die neue demokratische Freiheit als Chance zu nutzen, was auch bedeute, dass „manche unserer Verhaltensweisen, durch die wir uns in der Vergangenheit vor Überfremdung und Vereinnahmung geschützt haben, überprüft werden müssen“. Zitiert nach KNA AD Inland, Nr. 284 vom 7.12.1989, S. 3 (wie Anm. 169).

in allen ostdeutschen Kirchen verlesene Hirtenbrief banden die Bischöfe vorerst beide Perspektiven zusammen: die Verteidigung grundsätzlicher katholischer Positionen gegenüber dem Machtanspruch des sozialistischen Staates durch die Bischöfe bis 1989 in der Vergangenheit und die Mitgestaltung der künftigen Gesellschaft aus katholischen Wertvorstellungen durch engagierte Laien.²³⁴ Für die nun einsetzende und bis heute andauernde Debatte waren die Eckpunkte abgesteckt.²³⁵

Zwei Jahrzehnte nach Revolution und Vereinigung des geteilten Deutschland fällt die vorläufige Bilanz über die Rolle der katholischen Kirche eher ernüchternd aus. Zwar hält die These von ihrem „Totalausfall“ der historischen Überprüfung nicht stand. Dasselbe gilt auch für die von evangelischer Seite vorgetragene These einer katholischen Machtübernahme, die im Zuge der Wiedervereinigung einer protestantischen Revolution folgte. Doch bestätigt sich Heinz Hürtens Beobachtung einer „deutlichen Zurückhaltung“ der katholischen Kirche sowohl während des revolutionären Umbruchs wie bei der sich anschließenden Wiedervereinigung. Allerdings stehen die erhobenen Befunde und Erkenntnisse noch unter dem Vorbehalt der asymmetrischen Quellenüberlieferung zwischen Ost und West. Weiterreichende Einsichten werden erst möglich sein, wenn auch die Provenienzen der westdeutschen Bischöfe zumindest in ihren wichtigsten Strängen zugänglich sein werden.

Welche Gründe lassen sich für diese Zurückhaltung der katholischen Kirche anführen?

1.) In den 1980er Jahren bestimmten die katholischen Bischöfe in der DDR den Standort ihrer Kirche neu. Die theologisch und pastoral begründete Hinwendung zu einer stärkeren Weltverantwortung von Kirche und Gläubigen in einer säkularen und religionsentleerten Gesellschaft war wegweisend für den Aufbruch aus der Enge einer verkirchlichten Diaspora. Politisch setzte diese Standortbestimmung insofern neue Akzente, als die Bischöfe ihre erklärte Bereitschaft zur gesellschaftlichen Mitgestaltung nicht nur weiterhin unter der Leitlinie der Verweigerung jeder Mitarbeit in Parteiorganisationen stellten, sondern an die Gewährung der Rechte und religiösen Freiheiten banden, die den Christen als Bürger durch Verfassung und Menschenrechte nicht verwehrt werden durften.²³⁶

Diese – was bislang wenig beachtet wurde – vom Papst nachdrücklich unterstützte Abkehr von einer defensiven Abwehr der sozialistischen Weltanschauung durch politische Abstinenz erfolgte gleichwohl zögernd: Die Wirklichkeit des SED-Regimes blieb auch in den 1980er Jahren totalitär und

234 HÖLLEN (wie Anm. 4), S. 287f.

235 Zur unmittelbaren Reaktion aus dem linkskatholischen Aktionskreis Halle (AKH) und des kirchenkritischen Theologen Wolfgang Trilling, vgl. EBD. S. 288f., S. 291f.

236 Vgl. HÜRTEIN, *Bischöfsamt* (wie Anm. 32), S. 253.

deshalb verloren die „Berliner Kirchenprinzipien“ keineswegs ihre Plausibilität und Gültigkeit. Ihre fortwährende Wirkung erzeugte in der nach außen geschlossen scheinenden katholischen Kirche spürbare innere Spannungen.

2.) Die dramatische Flüchtlingskrise und der ihr folgende rapide Zusammenbruch der DDR zwischen Mitte September und dem 9. November 1989 überrollte auch die Berliner Bischofskonferenz. Gestützt auf die Mitwirkung der katholischen „Basis“ an den gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen, sprachen sich die katholischen Bischöfe im Herbst 1989 nachdrücklich und öffentlich für die Beseitigung des politischen Reformstaus in der DDR aus.

Dass mit der dynamischen Unterspülung der zusammenbrechenden SED-Diktatur die bis zuletzt konstitutiven kirchenpolitischen Standards so rasch erodierten, scheint die Bischöfe trotz des in den 1980er Jahren eingeschlagenen Reformweges verunsichert zu haben. Anders als manche (aber keineswegs alle) ihrer evangelischen Amtsbrüder reichten sie sich nicht in die Züge der bürgerbewegten Demonstranten ein, sondern standen – wie am 17. Juni 1953 – am Rande. Es ging den Bischöfen darum, eine durchaus mögliche Eskalation der Gewalt zu verhindern. Sie verstanden sich als Stimme des Gewissens, nicht als Politiker. Dies entsprach auch ihrem bischöflichen Amts- und Selbstverständnis, das nicht politisch, sondern seelsorglich bestimmt war. In der ersten Reihe der Demonstranten konnten und wollten die katholischen Bischöfe nicht stehen. Möglicherweise zögerten die Bischöfe aber auch, um nicht die Wahrung der inneren Einheit und Geschlossenheit des Episkopats zu gefährden. Der äußere Druck der politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen bewirkte indes das Gegenteil und führte dazu, dass die Bischöfe einzeln und mit unterschiedlichem Akzent zum revolutionären Geschehen Stellung bezogen. Zu Akteuren der Revolution wurden sie erst, unmittelbar bevor die Mauer fiel: In bewusster Wahrnehmung ihres Wächteramtes stellten sie den Monopolanspruch der SED in Frage, forderten freie, gleiche, geheime Wahlen und appellierten an die Katholiken, ihre christlich gebotene Pflicht zur politischen Verantwortung wahrzunehmen.

3.) Der 9. November 1989 markierte einen tiefen Einschnitt: Die Öffnung der Mauer an der „Nahtstelle der Systeme“ in Berlin beschleunigte katalytisch Agonie, Konfusion, Chaos und Machtverlust des SED-Regimes zum politischen und ökonomischen Zusammenbruch der alten sozialistischen Staatsordnung. In den Tagen der von der Bürgerbewegung getragenen friedlichen Revolution erreichte neben der evangelischen auch die katholische Kirche ein zuvor nicht gekanntes Ausmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit und gesellschaftlicher Anerkennung. Ihre Mitwirkung an der revolutionären Umgestaltung von Staats- und Gesellschaftsordnung entsprach nicht nur dem seit den 1980er Jahren verfolgten innerkirchlichen Reformkurs. Vielmehr kam darin ein tief verankertes christliches Verantwortungsethos zum Ausdruck, das mit

dem Willen zu Frieden, aber auch der Bereitschaft zur Versöhnung verschmolz, ohne je politisch naiv zu sein. Der Zentrale Runde Tisch in Berlin brachte wie kein zweiter historischer Ort die neuartige Emanzipation und Integration von Kirche und Katholiken in der DDR symbolisch zum Ausdruck.

Die Grenzöffnung verstärkte diese Wahrnehmung in doppelter Weise: Die unbegrenzte Reisefreiheit markierte das Ende von Mauer, Stacheldraht, schikanöser Ausreise oder lebensgefährlicher Flucht. Sie gefährdete aber zugleich auch die kleinen katholischen Gemeinden in ihrer Existenz. Eindringlich forderten die katholischen Bischöfe deshalb nicht nur die Katholiken auf, zu bleiben und politische Verantwortung in ihrer krisengeschüttelten Heimat zu übernehmen, um die in Gang befindlichen Umgestaltungen unumkehrbar zu machen. Die sich neu eröffnenden politischen und kirchlichen Freiheiten wurden seit dem Fall der Mauer als Herausforderung, aber auch als Krise erfahren. Der allgemeine Stimmungsumschwung, der sich nach der Euphorie über die Grenzöffnung angesichts der katastrophalen ökonomischen Lage der DDR vollzog, erfasste in spezifischer Weise auch die katholische Kirche.

4.) Anders als in Westdeutschland existierte in der DDR kein verbandlich organisierter Laienkatholizismus. Die konfessionelle Diaspora, mehr aber noch die staatlichen Repressionen nach 1945 hatten dazu geführt, dass das kirchliche Leben weitgehend auf die vom Klerus geführten Pfarreien beschränkt blieb. Es überrascht daher, dass die katholische Kirche 1989/90 ein Reservoir engagierter Laien bereit hielt, das sich gemeinsam mit Pfarrern und Vikaren für politische Reformen einsetzte und zu Mitträgern des revolutionären Umbruchs wurde. Darüber hinaus bediente sich auch die kirchliche Hierarchie selbst dieses Potentials, als es um die katholische Mitgestaltung der neuen Verhältnisse ging. Anders als in der evangelischen Kirche, hielt sich der katholische Klerus traditionell von der Politik fern. Die friedliche Revolution 1989 war die Stunde der Laien in der katholischen Kirche. Der in den 1980er Jahren behutsam eingeschlagene Weg zahlte sich aus.

Ihre Mitwirkung an einer christlich fundierten Demokratie wollten die Laien in der DDR nicht parteipolitisch organisieren. Die Vorbehalte gegenüber einem „politischen Katholizismus“ teilten die katholischen Laien mit ihren Bischöfen, wie Helmut Kohl schmerzlich erfahren musste. Hierbei machte sich nicht nur die Kehrseite eines minoritären und verkirchlichten Gemeindelebens bemerkbar, sondern es wirkte auch die Abstinenz gegenüber jeglicher Parteiorganisation, nicht zuletzt der CDU-Blockpartei nach. Diese fest verankerten Verhaltensmuster vermischten sich mit aktuellen Erfahrungen: Die öffentliche, aber auch innerkirchliche Wertschätzung des zivilgesellschaftlichen Engagements an den Runden Tischen wirkten einer parteipolitischen Organisation der christlichen Interessen eher entgegen als dass sie sie förderte. Diese Erfahrungen verdichteten sich in der angstvollen Sorge, in dem gerade erst erreich-

ten Aufbruch aus dem gesellschaftlichen und auch kirchlichen Ghetto, nun aus Westdeutschland instrumentalisiert zu werden.

Infolgedessen erfolgte die politische Mobilisierung der katholischen Laien zweigleisig: einerseits binnenkirchlich durch die Bündelung der verschiedenen Gruppierungen und Initiativen unter dem Dach eines „Gemeinsamen Aktionsausschusses Katholischer Christen in der DDR“, andererseits innerhalb der sich unter Lothar de Maizière reformierenden Ost-CDU. Soweit bislang erkennbar, verlief die politische Gestaltung der vor allem von Bundeskanzler Kohl vorangetriebenen Wiedervereinigung ohne nennenswerten Einfluss ostdeutscher Laienkatholiken und Kirchenvertreter. Dennoch zählte der ostdeutsche Laienkatholizismus dank der Wahlsiege der CDU und ihres „Einheitskanzlers“ Helmut Kohl nicht zuletzt deshalb zu den Gewinnern des Superwahljahres 1990, weil er – was die Wahl mit entschied – unbelastete Kandidaten bereitzustellen vermochte. Für einen relativ kurzen Zeitraum erlangte eine am Bevölkerungsanteil der Katholiken gemessen beachtliche Zahl parlamentarische Mandate und Regierungssämter.

5.) Mit dem Fall der Mauer rückten für die katholische Kirche die Vereinigung Deutschlands und – nolens volens – auch die faktisch geteilten Diözesen und leitende Kirchenorgane auf die Tagesordnung. Die rechtliche, die deutsch-deutsche Grenze übergreifende Einheit der deutschen Diözesen und insbesondere des Bistums Berlin zu wahren, hatte die Kirche und Katholiken in der DDR und der Bundesrepublik vier Jahrzehnte lang verbunden. Die beiderseitige Entfremdung des ohnehin sehr unterschiedlichen kirchlichen Lebens hatte sich dennoch nicht aufhalten lassen. Der Verlauf, den die ostdeutsche Revolution gerade auch für die katholische Kirche in der DDR nahm, minderte nach der Grenzöffnung die langfristig gewachsenen mentalen Entfremdungen keineswegs. Auch wenn dort gegen eine im demokratischen Prozess erreichbare Wiedervereinigung nicht grundsätzlich und offen widersprochen wurde, blieb doch in der Frage der politischen, mehr aber noch in der kirchlichen Vereinigung offenbar eine unsichtbare Trennlinie zwischen Ost und West spürbar.

Es scheint, als seien Episkopat und ZdK in der Bundesrepublik nicht nur von den revolutionären Umbrüchen in der DDR, sondern auch von der zögernden Zurückhaltung überrascht worden, mit der die ostdeutschen Bischöfe und Laienkatholiken der politischen und innerkirchlichen Überwindung der deutschen Teilung gegenüberstanden. Näheren Aufschluss kann erst das noch nicht zugängliche Archivmaterial der westdeutschen Bischöfe und der Führung des ZdK geben. Die bislang verfügbaren Quellen lassen erkennen, dass sich die westdeutsche Kirchenführung nur schrittweise vortastete, um durch beratende, materielle und finanzielle Hilfen die vorhandenen Barrieren abzubauen. Zugleich mussten sich die Bischöfe von Würzburg, Fulda, Hildesheim, Paderborn und Osnabrück wider Erwarten von dem Glauben verabschieden, die politische Einheit werde auch zur Angliederung ihrer in der DDR gelegenen Teile

an die Mutterbistümer führen. Im vereinigten Deutschland kam es zur Errichtung eigener ostdeutscher Diözesen.

Revolution und Wiedervereinigung deckten auf, wie weit sich die katholische Kirche in Ost und West in vier Jahrzehnten auseinander entwickelt hatte. Die als „Wunder“ erlebte überraschende Grenzöffnung und die Herausforderung die Teilung gesellschaftlich wie innerkirchlich zu überwinden, begegnete die katholische Kirche in der DDR und der Bundesrepublik mit deutlich erkennbarer Zurückhaltung. Vorreiter der revolutionären Umwälzungen konnte und wollte die katholische Kirche in der DDR nicht sein, Avantgarde der Vereinigung anscheinend noch weniger. Dies gilt unbeschadet der aktiven Mitwirkung besonders des Laienkatholizismus an der gesellschaftlichen und politischen Umgestaltung 1989/90 und der enormen Anpassungsleistungen, die Kirche und Gläubige binnen weniger Monate an die ganz neue demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vollzogen. Dass der Vereinigungsprozess in die Errichtung neuer eigenständiger Bistümer in Ostdeutschland mündete und die vormalige innerdeutsche Klammer grenzüberschreitender Einheit auf geradezu paradoxe Weise löste, legt deshalb die Schlussfolgerung nahe, dass in der katholischen Kirche 1989/90 langfristige Kontinuitätslinien weit- aus stärker fortwirkten, als es Revolution und Wiedervereinigung vermuten ließen.

Machtkampf oder mehr?

Ein Beitrag zu den schwierigen Anfängen der CSU bis zum Jahre 1949

Von Heinrich Küppers

I.

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ So heißt es im Artikel 21 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. An sich klingt diese Textstelle lapidar. Dennoch markiert sie in der Geschichte Deutschlands eine bis dahin unbekannte Wertschätzung. Und die galt den Parteien des im Jahre 1949 aus den drei Westzonen hervorgegangenen deutschen Teilstaates, für den später der Begriff Bonner Republik geläufig wurde.

Die normative Setzung hatte viel mit Erfahrungen zu tun, vor allem mit Erfahrungen aus den Jahren der Weimarer Republik, als der Parlamentarismus zwangsläufig kraftlos geblieben war, weil die damaligen Parteien nur selten ihre starken weltanschaulichen Bindungen überwinden konnten und von ihrem Selbstverständnis her fast immer nur Klassen- oder Interessenpartei sein wollten oder konnten. Außerdem war die fast schon exorbitante partikuläre Ausrichtung der Parteien für eine permanent kränkelnde Exekutive verantwortlich gewesen. Dabei wäre angesichts eines verloren gegangenen Weltkrieges und den aus dieser Situation resultierenden Nöte und Belastungen eine Regierung notwendig gewesen, die nicht nur stark, sondern auch mutig gewesen wäre. Doch der Parteienstaat von Weimar blieb blutleer und mit ihm auch das Parlament und die Exekutive. Kein Wunder, dass bei solch widrigen Umständen der freiheitliche und demokratische Verfassungsstaat in der Bevölkerung zunehmend in Misskredit geriet. Am Ende stand ein autoritärer Präsidialstaat. Nach dieser Zwischenstation war Deutschland in die Fänge einer totalitären Diktatur geraten, womit es den Tiefpunkt seiner Geschichte erreicht hatte.

Unter dem Eindruck dieser schrecklichen Vergangenheit hat 1949 der Parlamentarische Rat für die zweite deutsche Republik die Parteien und den Parteienstaat anders definiert. Die neuen Willensträger müssen demnach selbst einen demokratischen Charakter haben. In dieser Voraussetzung sah der Parlamentarische Rat eine vorrangige Garantie für einen dauerhaft lebensfähigen demokratischen Staat. Die weiteren Bindungen waren eher inhaltlicher Natur. Das Wichtigste war hierbei das klare Bekenntnis der Parteien zu einer Herrschaft des Rechts, womit zugleich eine klare Alternative zur Entwicklung in Ostdeutschland angesagt war, wo die liberalen Traditionen des Rechtsstaates erneut Opfer einer Diktatur zu werden drohten. Der zweite Eckpfeiler für die

neue und über Parteien und Parlamente repräsentierte Demokratie war eine wirkungsstarke und stabile Exekutive, womit das traditionelle Misstrauen des liberalen Bürgertums gegenüber dem administrativen Staat überwunden schien.

Mit der Entstehung von zwei deutschen Teilstaaten, der Bundesrepublik im Westen und der Deutschen Demokratischen Republik im Osten, war das drohende Schicksal einer Teilung kaum noch zu kaschieren, auch wenn sich die damaligen Politiker immer wieder zur staatlichen Einheit der Nation bekannten und dabei das Ziel der Wiedervereinigung zum Dogma erklärten. Die deutsche Teilung war im Kern eine Teilung Europas. Sie wiederum wurde als eine Krise in den internationalen Beziehungen wahrgenommen, konkret: als eine Frontstellung zwischen einer so genannten freien westlichen Welt unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika und einer östlichen. Sie stand unter der Vorherrschaft der Sowjetunion und ihrer kommunistischen Staats- und Gesellschaftsdoktrin. Die Entfremdung zwischen West und Ost war eine harte Konfrontation, ein kompromissloser Wettkampf der Systeme, der in zeitgenössischen Begrifflichkeiten wie „Eiserner Vorhang“ und „Kalter Krieg“ metaphorisch durchaus zutreffende Charakterisierungen gefunden hat. Die Bevölkerung in der noch jungen Bundesrepublik hat auf diese Entwicklung sehr besorgt reagiert. Die Welt des Ostens wurde hier zunehmend als Bedrohung der eigenen Existenz und ihrer nunmehr freiheitlichen Basis empfunden, wobei antirussische Ressentiments ebenso eine Rolle spielten wie die fast schon neurotischen Ängste vor dem Kommunismus im Bild einer nicht zu ertragenden Antithese zur eigenen als bürgerlich empfundenen Welt.

Vergangenheit und die im Jahre 1949 herrschende politische Stimmungslage sind hier einleitend deswegen so ausführlich zur Sprache gelangt, um das strukturell wirksame Umfeld zu beschreiben, das für die Anfänge der Parteiengeschichte in der jungen Bundesrepublik maßgeblich war. Für deren Deutung ist zudem eine bemerkenswerte Zäsur zur Kenntnis zu nehmen. Sie ist vor allem auf den Vorsatz einflussreicher Politiker zurückzuführen, einem neuen Typus von Parteien zum Durchbruch zu verhelfen. Gemeint sind damit die Volksparteien. Sie waren in der Weimarer Republik kaum ein Thema gewesen und zeigen darum wohl am markantesten den eigenen Weg an, den die Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik einschlugen. Es ist hier nicht der Ort, auf Einzelheiten einzugehen. An dieser Stelle sei nur festgehalten, dass sich im Laufe der Zeit zwei Parteien als Volksparteien verstanden: die Union und die Sozialdemokraten. Allerdings öffneten sich die letzteren erst im Jahre 1959 dieser Linie, als sie auf ihrem in Bad Godesberg abgehaltenen Parteitag in einer programmatischen Grundsatzerklärung dem Klassenkampf, der Planwirtschaft und der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien abschworen und im Rückgriff auf Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität den Weg zu

einer Politik frei machten, die möglichst unbeeindruckt von Sonderinteressen dem Ganzen verpflichtet sein sollte.

Die Unionsparteien, und damit sind hier die CDU und die in Bayern als alleinige christlich-demokratische Partei auftretende CSU gemeint, hatten den Schritt zur Volkspartei schon in ihrer Gründungsphase vollzogen. Der mutige Schritt sollte sich für sie lohnen. Bis zum Jahre 1969 wird die Union in der Bonner Regierung bleiben und stets den Kanzler stellen. Bei der Bundestagswahl 1957 gelang der Union sogar eine absolute Mehrheit. Diesen Erfolg, der bis zum heutigen Tag einmalig geblieben ist, erreichte die Partei unter ihrem damaligen Vorsitzenden Konrad Adenauer. Ausschlaggebend für den hohen Zuspruch waren dabei nicht nur dessen außerordentlich erfolgreiche Kanzlerschaft seit 1949, sondern auch das Auftreten der Union als interkonfessionell organisierte Volkspartei aus Protestanten und Katholiken und als Sammlungs- partei des nichtsozialistischen Lagers. Die Erfolgsgeschichte der Unionsparteien könnte leicht zu dem Schluss verführen, als sei ihr Weg zur Volkspartei ein Selbstläufer gewesen. Aber das wäre ein Irrtum. Es war, und damit steht das eigentliche Thema dieses Beitrages an, vor allem der Gang zu einer christlich-demokratischen Volkspartei in Bayern außerordentlich schwierig.

II.

Franz Josef Strauß, der wohl bekannteste Politiker aus Bayern und bis zu seinem Tod im Jahre 1988 die überragende Persönlichkeit in den Reihen der CSU, ist in seinen Erinnerungen kurz auf die Anfänge seiner Partei eingegangen. In dieser Zeit war er noch ein Nachwuchstalent im Alter von 30 Jahren und nach Studium, Lehrerexamen und Kriegsdienst von der amerikanischen Militärregierung zum stellvertretenden Landrat von Schongau ernannt worden. Strauß sagt es glasklar, die CSU konnte für ihn von Anfang an nur ein Sammelbecken aller „antisozialistischen Kräfte“ sein. Als weitere Kriterien gemeinsamer Gesinnung nannte er Liberalität und eine Parteixistenz ohne Kleriker. Allerdings bedeute dies nicht, so Strauß, dass die CSU eine kirchenunfreundliche Partei hätte sein sollen. Ganz wichtig war Strauß die „Identifizierung der CSU mit Bayern“, was bei einer selbstbewussten Figur wie ihm nur heißen konnte, dass seine Partei eine Führungsrolle nur dann erreichen und behaupten könne, wenn sie als Anwalt und Bewahrerin bayerischer Lebensgefühle im Land und dann auch im Bund Vertrauen gewinne.

Strauß sagt auch, was er in der Gründungsphase für einen falschen Weg gehalten habe. Das sei für ihn eine CSU im Format der Bayerischen Volkspartei gewesen. Das Übel dieser Partei aus Weimarer Zeiten, so Strauß, sei deren Präferenzen für das Katholische und Kirchliche gewesen. Dadurch habe sie alle Chancen verspielt, einen hohen Wirkungsgrad für Bayern und dessen Rolle im Reich zu erreichen. Im Grunde sei die Bayerische Volkspartei nur

eine Regionalpartei Altbayerns geblieben, die in den fränkischen und hier vor allem in den protestantisch geprägten Landesteilen kaum eine Rolle gespielt habe. Deshalb, jedenfalls lassen sich die Gedanken von Strauß so interpretieren, habe der Konfessionalismus nach 1945 keine Chance mehr erhalten dürfen. Für den jungen Strauß konnte die neu ins Leben gerufene CSU nur dann eine „einmalige Stellung“ in Bayern erreichen, wenn sie sich allen Bürgern öffnet, die sich „zum christlichen Sittengesetz in der weitesten Auslegung dieses Begriffes bekennen“.¹

Was Strauß hier problematisiert und analysiert, lässt sich personifizieren. Für eine CSU als katholische Partei nach dem Vorbild der alten Bayerischen Volkspartei, die mit dem bürgerlichen Protestantismus nur zweckmäßig kooperiert, stehen vor allem Namen wie Fritz Schäffer und Alois Hundhammer, starke politische Figuren aus dem altbayerisch-katholischen Milieu Oberbayerns. Deren großer Widerpart und damit die Hauptfigur der anderen Seite war Josef Müller. Nach dessen Auffassung konnte die CSU nur eine konfessionsübergreifende christliche Partei sein, die zugleich politische Heimat für bäuerliche und bürgerliche Kreise war.

Müller, der in dem großen Richtungsstreit in der jungen CSU gerne mit seinem Spitznamen „Ochsensepp“ kokettierte, war ein gebürtiger Oberfranke und wie Schäffer und Hundhammer Katholik. Im Mai 1946, als er zum ersten Vorsitzenden der CSU gewählt wurde, lebte er in München, wo er als Rechtsanwalt praktizierte. Müller war ein gewiefter Taktiker, aber eine schwierige Persönlichkeit. Wenn er sich herausgefordert fühlte, konnte er äußerst bärbeißig und hartnäckig werden bis zur Sturheit.² Von Natur aus war Müller eher misstrauisch, nur selten gelang es ihm, ein Vertrauensverhältnis zu anderen zu entwickeln. Ausgeprägt war dagegen sein Hang zu Strategien mit gezinkten Karten, ein Charakterzug, der möglicherweise in der Zeit des Dritten Reiches durch seine Tätigkeit als Abwehroffizier noch gesteigert worden war. Allerdings hatte er in dieser Phase seines Lebens reichlich Mut bewiesen. In der Nähe des Admirals Wilhelm Canaris war er nicht nur Sympathisant des nationalkonservativen Widerstands deutscher Militärkreise geblieben, er hatte sogar im Jahre 1939 „unter Vermittlung des Vatikans ... im Auftrag der Militäropposition“ Kontakte zu britischen Regierungsstellen geknüpft, um die

1 Franz Josef STRAUB, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 530. Die anderen Zitate ebenfalls dort. Strauß geht auf die Geschichte der Bayerischen Volkspartei nicht explizit ein, nennt aber als Befürworter einer Koalition der CSU mit der stark katholisch geprägten Bayernpartei die Namen Alois Hundhammer und Fritz Schäffer, die innerhalb der CSU für ihre emotionale Verbundenheit mit der Bayerischen Volkspartei und dem bayerischen Katholizismus bekannt waren.

2 Thomas SCHLEMMER, *Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945–1955*, München 1998, S. 96.

Möglichkeit einer Kriegsvermeidung auszuloten.³ In den Jahren 1943 bis 1945 war Müller dann in die Fänge des nationalsozialistischen Willkürstaates geraten, als er zunächst verdächtigt wurde, illoyal dem Regime gegenüber zu sein, dann angeklagt und überraschenderweise freigesprochen wurde, und dennoch bis zum Kriegsende in Gefängnissen und Konzentrationslagern ausharren musste.

Kein Zweifel, nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur konnte Müller als Jurist und als politischer Verfolgter durchaus als Bürge und Politiker für die Rückkehr des Rechtsstaates auftreten. Ein Nachteil war allerdings seine Unerfahrenheit. Der gläubige Katholik Müller war in der Weimarer Zeit zwar Mitglied der Bayerischen Volkspartei gewesen, aber irgendeine Referenz als Inhaber eines Parteiambtes oder gar eines parlamentarischen Mandats oder als Regierungsmitglied konnte er nicht aufweisen.⁴ Im Grunde war Müller als Politiker noch namenlos, als er im März 1946 zum ersten Vorsitzenden der CSU gewählt wurde. Ganz im Gegensatz zu Fritz Schäffer, seinem Gegenspieler und Mitbewerber um das Führungsamt, der schon in der Weimarer Zeit eine politische Größe gewesen war und es auch in späteren Jahren wieder sein sollte.⁵ Aber er hatte erstaunlicherweise keine Chance gegen Müller. Der Vorgang wirft Fragen auf.

Dass Müller in den Anfängen der CSU einen gestandenen Politiker wie Schäffer ausstechen konnte,⁶ hat zunächst damit zu tun, dass er kompromisslos den Weg zu einer christlich-demokratische Partei gesucht hat, die im klaren Gegensatz zur einstigen Bayerischen Volkspartei eine politische Heimat für Protestanten und Katholiken sein sollte.⁷ Müller steht im Kern für das, was Franz Josef Strauß in seinen Erinnerungen über das geistige Profil und den Sinn „seiner“ CSU gesagt hat. Die CSU ist auch für ihn die bayerische Varian-

3 EBD. S. 95.

4 EBD. S. 96.

5 Die Schäffer-Forschung hat in den 1990er Jahren eine solide Fundierung durch zwei Teilbiographien erfahren. Die erste stammt aus der Feder von Otto ALTENDORFER, eine Dissertation, die an der Universität Passau entstanden ist. Seine zweibändige Monographie ist dem Lebensbild Schäffers in der Zeit von 1888–1945 gewidmet: *Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888–1945*, 2 Teilbde., München 1993. Der Autor der zweiten ist Christoph HENZLER. Auch er fertigte eine Dissertation, die allerdings in München ihre Heimat hat. Sie umfasst die Jahre von 1945 bis 1967: *Fritz Schäffer 1945–1967. Eine biographische Studie zum ersten bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland*, München 1994.

6 Ausführlich dazu Barbara FAIT, *Einleitung* in: Barbara FAIT/Alf MINTZEL (Hg.), *Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union*, Bd. 1: *Protokolle 1945–1946*, Bd. 2: *Protokolle 1947–1948*, Bd. 3: *Materialien, Biographien, Register*, München 1993, S. XV–XLIV.

7 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 54 im Rückgriff auf Notizen Anton Pfeiffers, einem Vertrauten Schäffers, der später noch eine bedeutende Rolle auf dem Verfassungskonvent in Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat spielen sollte.

te des Christlich-Demokratischen, sie ist liberal und dennoch sozial, sie ist kirchenfreundlich, aber gleichwohl antiklerikal, und sie ist patriotisch-bayerisch, indem sie die tradierten konfessionellen Gegensätze zwischen den mehrheitlich protestantischen Franken und den mehrheitlich katholischen Altbayern und Schwaben im Interesse der staatlichen Einheit und Stärke Bayerns überwindet und unwirksam macht.⁸ Ebenso wie Strauß, der übrigens im Jahre 1946 ein begeisterter Anhänger des „Ochsensepp“ war, urteilte auch Müller äußerst kritisch über die Bayerische Volkspartei. Die Liste seiner Vorwürfe war lang und wog schwer. Angekreidet hat er ihr vor allem eine überzogene Idealisierung des Ländlichen und Bäuerlichen und das Wesen einer altmodischen Honoratioren- und Weltanschauungspartei. Dieses sei zu Lasten Bayerns als Ganzem gegangen, weil sie die Interessen der Franken ignoriert und Altbayern und Schwaben ungebührlich bevorzugt habe. Von diesem gedanklichen Ansatz her hat Müller dann auch die Rolle der CSU als Volkspartei zu definieren gesucht. Wesentlich waren ihm dabei nicht nur der damals äußerst populäre Sammlungsgedanke von Katholiken und Protestanten und eine möglichst breite soziale Basis, für Müller zählte auch und besonders der bayerische Einheitsgedanke und im weiteren Sinne die dadurch gewonnene Stärke Bayerns zum Vorteil seines Stellenwerts im Gefüge der deutschen Nation.⁹

Müllers Vorstellungen von einer deutschtreuen und staatstragenden bayerischen Volkspartei entsprachen ganz dem Zug der Zeit. Er konnte darum eigentlich nur einen starken Zuspruch erwarten, nicht nur in Bayern, sondern auch in Deutschland insgesamt.¹⁰ Angesichts dieser günstigen Ausgangslage ist es erstaunlich, dass er bis zu seinem Sturz im Mai 1949 ein höchst umstrittener Mann geblieben ist. Für den Unmut, den Müller auslöste, sind sicherlich auch zeitlich und strukturell bedingte Umstände ursächlich gewesen, doch im Kern ist er aus persönlichen Schwächen zu erklären. Selbst Thomas Schlem-

-
- 8 Siehe oben S. 116, Anm. 1. Thomas Schlemmer bezeichnet Müller in seiner Einleitung zu einer Quellenedition zur Frühgeschichte der CSU als „wohl wichtigsten Initiator der Unionsgründung in Bayern ... (S. 4). Jaromír BALCAR/Thomas SCHLEMMER (Hg.), *An der Spitze der CSU. Die Führungsgremien der Christlich-Sozialen Union 1946 bis 1955*, München 2007. Im Spiegel der Forschung kommt Müller jedoch nicht als Vorreiter einer CSU-Programmatik in Betracht. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang vor allem auf den Bd. 3 der von Barbara FAIT und Alf MINTZEL besorgten Dokumentation über die *Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union* (wie Anm. 6). Angemerkt sei hier auch Thomas SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 53f. Schlemmer stellt vor allem den damaligen Münchener Oberbürgermeister Karl Scharnagl als Urheber programmatischer Vorstellungen heraus.
- 9 Berührt wäre damit ein Thema, dass vor allem von Alf Mintzel unter dem Stichwort „die bayerische Frage“ aufgegriffen worden ist. Dabei ging es ihm vor allem um eine Antwort auf den Streit nach der Stellung Bayerns in einem künftigen deutschen Staat.
- 10 Ausführlich dazu Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945–1950*, Mainz 1987, S. 11–43 und S. 77–88 (Bayern).

mer, der bei Müller „auch Vorzüge“ zu entdecken glaubt, charakterisiert ihn als einen Mann, der „bald in dem Ruf“ gestanden hätte, „ein Meister der Regie und der Intrige (zu sein), wenn nicht sogar gänzlich prinzipienlos ...“.¹¹ Zudem war Müller eine umtriebige Natur mit vielen Kontakten. Die pflegte er intensiv auch zur amerikanischen Militärregierung und zur Sowjetischen Militäradministration in Karlshorst. Außerdem zeigte Müller keinerlei Berührungängste gegenüber kommunistischen Kreisen in Deutschland, ein Verhalten, das nicht nur bei seinen Widersachern auf Argwohn stieß, sondern auch, insbesondere vor dem Hintergrund des heraufziehenden Kalten Krieges, in den Reihen seiner eigenen Anhängerschaft.¹²

Bis zum Jahre 1949, dem Sturz Josef Müllers als Vorsitzender der CSU, ist die Partei fortwährend von heftigen Flügelkämpfen heimgesucht worden. Sie haben in der Literatur längst eine breite und zugleich auch fundierte Darstellung gefunden.¹³ Und da es in diesem Beitrag ohnehin nicht um Einzelheiten der Auseinandersetzungen geht, sondern vor allem um die Frage nach den eigentlichen Gründen für den kompromisslos und vor allem leidenschaftlich ausgetragenen Streit, empfiehlt es sich, die Beweisführung beispielhaft anzugehen. Ausgewählt seien zunächst zwei Vorgänge, in denen die Frontstellung zwischen den Lagern besonders hart gewesen ist: das war einmal der Streit um den Delegiertenschlüssel und zum anderen die Fehde zwischen dem Vorsitzenden Josef Müller und seinem zunächst schärfsten Rivalen Fritz Schäffer.

Der Ärger um den Delegiertenschlüssel setzte schon in der Phase des organisatorischen Aufbaus ein, vor der Bildung des ersten Führungsorgans der Partei, des „Vorläufigen Landesausschusses“. Müller, seit dem 17. Dezember 1945 Vorsitzender dieses Gremiums und vom 31. März 1946 an offiziell auch erster Landesvorsitzender der CSU, wollte die höchste Parteiebene, die zunächst „Erweiterter vorläufiger Landesausschuss“ hieß und danach nur noch „Landesausschuss“, so strukturieren, dass sich dort alle Landesteile in etwa gleichgewichtig repräsentiert fühlten. Das war durchaus sinnvoll gedacht, wenn man – wie er – gedanklich auf eine Partei festgelegt war, die interkonfessionell, sozialliberal, föderalistisch und doch national und eine bayerische Volkspartei sein sollte. Um seinen Vorstellungen ein Fundament zu geben, drängten Müller und seine Anhängerschaft auf eine in der Satzung fest verankerte Grundregel. Der zufolge sollte für das höchste Parteigremium nur ein

11 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 96.

12 Weitere Einzelheiten zum Charakterbild von Müller EBD, S. 96f.

13 An erster Stelle zu erwähnen ist hier die Pionierarbeit des Politikwissenschaftlers Alf MINTZEL, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972*, wobei mit Blick auf die Auseinandersetzungen vor allem auf die S. 194–245 und S. 251–272 hinzuweisen ist. Ausführlich auch Barbara FAIT, *Einleitung/Protokolle*, Bd. 1 (wie Anm. 6), S. XX–LXXXIV und der tiefgründige SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), fast durchgehend von S. 9–330.

Delegiertenschlüssel zugelassen sein, der jede Dominanz eines Bezirksverbandes ausschloss. Das hier angesteuerte egalitäre Prinzip sollte gewährleistet sein durch die Zahl von fünf Delegierten, die jedem der sieben Bezirksverbände zugestanden war. Die Fünf galt auch für die autonomen Stadtverbände München und Nürnberg-Fürth. Schließlich wurden dem Stadtverband Augsburg noch drei Mandate zuerkannt, so dass das Spitzenorgan der CSU 48 Mitglieder hatte.¹⁴ Keine Frage, der Verlierer einer solchen Regelung war das altbayerisch-katholische Lager, genauer: vor allem der Bezirksverband Oberbayern. Hier gaben andere Figuren den Ton an, an der Spitze vor allem Alois Hundhammer, „ein typischer Vertreter des konservativen Katholizismus“, wie sein Biograph Oliver Braun meint¹⁵, und Fritz Schäffer, der schon in den Jahren von 1929 bis 1933 als Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei ein herausragender Vertreter des bayerischen Katholizismus gewesen war.¹⁶ Obwohl der schließlich von Müller durchgesetzte Delegiertenschlüssel klar als Machtschwächung Oberbayerns zu erkennen war,¹⁷ haben Hundhammer und Schäffer gegen die „Formel Fünf“ zunächst nur schwach opponiert.¹⁸ Das deutet darauf hin, dass auch hier die Zeichen der Zeit erkannt worden waren und eine Offenheit für eine christliche Volkspartei durchaus gegeben war.

Erst als Müller dazu überging, dem bayerischen Katholizismus und mit ihm auch der Bayerischen Volkspartei eine Mitschuld an dem Scheitern der ersten deutschen Republik anzulasten, gingen die bis dahin durchaus vorhandenen Chancen auf Kompromisse verloren. Ein Beispiel für die scharfen Attacken, die Müller damals geritten hat, findet sich in dem Protokoll über die Tagung des „Erweiterten vorläufigen Landesausschusses“ in Bamberg. Sie hat am 30. und 31. März 1946 stattgefunden und ist von Barbara Fait treffend als „Entscheidungsschlacht“ titulierte worden.¹⁹ Den ersten Stich gegen die Bayerische Volkspartei setzte Müller hier bereits in seiner Begrüßungsansprache, als er nicht ohne Häme darauf verwies, dass bei der Wahl zum Reichspräsidenten im Jahre 1925 hier im Fränkischen der Kandidat des Volksblocks (SPD, Zentrum und DDP) Wilhelm Marx (Deutsche Zentrumspartei) Favorit gewesen sei und nicht jener „Heros, der vor 1933 dem deutschen Volke vorstand (und) einen

14 Eingehend dazu MINTZEL, *CSU* (wie Anm. 13), S. 99–101.

15 Oliver BRAUN, *Konservative Existenz in der Moderne. Das politische Weltbild Alois Hundhammers 1900–1974*, München 2006, S. 383.

16 ALTENDORFER, *Schäffer*, Teilbd. 2 (wie Anm. 5), S. 413–450.

17 Oberbayern zählte zum Stichtag 1.5.1950 (frühere Statistiken sind nicht zuverlässig) 13.500 Mitglieder und erhielt dennoch nur fünf Delegiertensitze wie der Bezirksverband Mittelfranken, der zum gleichen Zeitpunkt nur 2.600 Mitglieder zählte. In diesem Sinne auch der Befund bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 120.

18 MINTZEL, *CSU* (wie Anm. 13), S. 101.

19 FAIT, *Einleitung/Protokolle*, Bd. 1 (wie Anm. 6), S. XXXV. Druck des hier erwähnten Protokolls EBD. S. 47–184 (Dok. 12).

Heiligenschein trug, der nicht ganz berechtigt war.“²⁰ Auf die Anklagebank gerückt war damit indirekt die Bayerische Volkspartei, die damals überraschend zur Wahl Hindenburgs aufgerufen hatte, weil sie sich davon ein besseres Klima für eine Revision der Weimarer Verfassung in Richtung Dezentralisierung erhofft hatte. Nachdem sich Schäffer wenig später bitter über eine Hetzkampagne des Müller-Flügels über die vermeintlichen „Sünden der alten Bayerischen Volkspartei“ beklagt und tief verletzt den Vorwurf zurückgewiesen hatte, er hätte die Hitler-Regierung im Jahre 1933 „warm begrüßt“,²¹ eskalierte die Situation völlig. In einer scharf formulierten Antwort bekräftigte Müller nicht nur seine Äußerungen über den „Fehler“ von 1925,²² sondern legte nun umgehend Wert auf seine Rolle als Beteiligter des militärischen Widerstandes. Dabei erinnerte er vor allem an die „Untergrundbewegung in Holland“,²³ zu der er im Krieg „Führung gehabt“ habe.²⁴ Dieser „Weltanschauungswiderstandskampf“ [sic!], den er dort beobachtet und erlebt habe, sei für ihn Leitlinie gewesen, um mit bekennnistreuen evangelischen Freunden und „einigen katholischen Freunden“ eine Unionspartei in Bayern zu gründen. Er aber müsse sich heute aus dem Umfeld des Herrn Schäffer anhören, dass er für England spioniert habe. „Zu deutsch, man versucht ähnlich wie damals jetzt wieder die Erzbergerei [sic!] herauszunehmen und Vergleiche zu ziehen. Da muss ich sagen, es war schon damals ein scheußliches Spiel, das gegen Erzberger gespielt wurde“.²⁵ Müller bezog sich damit vor allem auf die Pässe, die die Mörder Erzbergers²⁶ unter Mithilfe von Mitgliedern der Bayerischen Volks-

20 FAIT/MINTZEL, *Die CSU 1945–1948* (wie Anm. 6), Bd. 1, *Protokolle und 1945–1946*, S. 49 (Dok. 12).

21 EBD. S. 119.

22 EBD. S. 126.

23 EBD. S. 128.

24 EBD. S. 128.

25 Matthias Erzberger (1875–1921), war ein namhafter Zentrumsolitiker, der im Ersten Weltkrieg zunächst als Expansionist aufgetreten war, von 1917 an aber Anhänger eines Verständigungsfriedens war. Auf Drängen der Obersten Heeresleitung und im Auftrag des „Rates der Volksbeauftragten“ hat er am 11.11.1918 in Compiègne für das Deutsche Reich den Waffenstillstand unterzeichnet. Die nationale Rechte aber leugnete später diese Umstände und stellte Erzberger wegen seiner Unterschrift immer wieder an den Pranger. So auch in Bayern. Die Bayerische Volkspartei war an diesen Angriffen jedoch kaum beteiligt. Für sie war eher der Verfassungs- und Finanzpolitiker Erzberger ein Ärgernis. In München galt er als Republikaner mit zentralistischer und antibayerischer Gesinnung. Siehe auch Rudolf MORSEY, *Matthias Erzberger (1875–1921)*, in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 1, Mainz 1973, S. 103–112.

26 Matthias Erzberger wurde am 26.8.1921 von zwei Mitgliedern einer nationalistischen Organisation erschossen. Vgl. Rudolf MORSEY, *Matthias Erzberger*, in: Winfried BECKER u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 233–235, hier S. 235.

partei erhalten hatten, um nach Ungarn zu flüchten.²⁷ Wenig später folgte dann die eigentliche Kriegserklärung Müllers an Schäffer. „Weil die Union“ so der Vorsitzende wörtlich, „eine neue Gruppierung von Menschen ist, kann sie auch nicht an die alte Zeit anknüpfen, und der frühere Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei kann nicht Vorsitzender der Union sein, ...“.²⁸

Die Wirkungen der Worte Müllers waren verheerend. Zunächst, weil er grob und polemisch moralisiert hatte. Dann aber auch, weil er sich dazu hatte hinreißen lassen, das einstige Führungspersonal der Bayerischen Volkspartei und insbesondere deren letzten Vorsitzenden als lästigen Ballast der CSU zu diffamieren. Statt Brücken zu bauen, hatte Müller Brände gelegt. Wenn Schäffer auf dem Höhepunkt der so genannten Oberbayerischen Revolte, also im Zeitraum Dezember 1947/Januar 1948, für den Verdruss in der CSU und für den starken Aufwind der Bayernpartei allein die deutlich spürbaren Aversionen der aktuellen Parteiführung gegen Oberbayern als einer der historischen Kernlandschaften des bayerischen Katholizismus und den hier gehuldigten Grundwerten von Heimat, Glaube und Sitte verantwortlich machte,²⁹ dann traf er damit genau den Punkt, der seit der Bamberger Tagung durch Müller und seinen Anhang wund geworden war: Die ideologisch motivierte Einteilung der CSU in einen fortschrittlichen Überbau, repräsentiert durch einen im Dritten Reich geläuterten Personenkreis, der aufgrund seiner Erfahrungen und Reife in der Lage sei, die CSU als eine fortschrittliche Partei in ein neues Zeitalter zu führen, und einer Altlast aus den Beständen der untergegangenen Bayerischen Volkspartei, die unter Kontrolle zu halten sei, damit sie keinen Schaden anrichtete. Ein trefflicher Beleg für diese Sinnesweise verbindet sich mit dem Namen Georg Pix, einem Journalisten, der für kurze Zeit sogar Generalsekretär der CSU gewesen war und bis zur Bamberger Tagung auch ein Anhänger Müllers. In seinen Auseinandersetzungen mit Schäffer, die er im Februar 1946 brieflich führte, erklärte er klipp und klar, dass sich die Union nicht mit den „früheren Sünden der BVP“ beschmutzen dürfe und auch nicht mit Schäffer, weil er „belastet“ sei. Die neue Partei müsse vielmehr darauf achten, nichts mit dem „früheren Parteigestrüpp“ zu tun haben, sie müsse sich freihalten von dem „früheren Parteigezänk und all den parlamentarischen Kniffen“. Sie müsse Politik für das Volk und mit dem Volk machen.³⁰

Schon an dieser Stelle zeichnen sich erste Antworten auf die im Titel gestellte Kernfrage dieses Beitrages ab. Dazu gehört vor allem der hier festzuhaltende Befund, dass die heftigen Flügelkämpfe in der jungen CSU in erster Li-

27 FAIT/MINTZEL, *Die CSU 1945–1948* (wie Anm. 6), S. 128 (Dok. 12).

28 EBD, S. 131.

29 Eingehend dazu mit zahlreichen Belegen MINTZEL, *Die CSU* (wie Anm. 13), S. 225–229.

30 Georg Pix an Fritz Schäffer vom 11.2.1946, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (IfZ), Bestand: Fh 56. Zitiert nach Thomas SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 102f.

nie ideologischer Natur waren, oder anders ausgedrückt, die wirklichen Ursachen wurzelten in einem Geflecht von stark gegensätzlichen Weltbildern und Gesinnungen. Damit sollen bisherige Deutungen nicht ausgeblendet werden. Alf Mintzel hat die fast schon an Selbstzerfleischung grenzenden Streitereien aus der Sicht der tradierten Gegensätze alt- und neubayerischer Regionen zu erklären versucht, hat seinen Blick sogar bis in die Zeit von Reformation und Konfessionskriegen geöffnet und ist schließlich nach den Regeln der Politikwissenschaft beeindruckend auf eine Entdeckungsreise nach den Spannungslinien gegangen, die aktuell in der Nachkriegszeit zwischen den Kernregionen Bayerns immer noch wirksam waren. Das er dabei „vieles richtig“ gesehen hat und dennoch aufgrund seiner Suche nach kausalen Zusammenhängen fortwährend in Gefahr stand, überzogen und schematisch zu interpretieren, das hat bereits Thomas Schlemmer moniert.³¹ Dieser sieht den Hauptgrund für den „Rosenkrieg“ in unüberbrückbaren Abneigungen persönlicher Natur.³² Auch Barbara Fait sieht den Ursachenkern ebenfalls auf der Ebene von Kaba-len, verbissenen Rivalitäten, Misstrauen und Boshaftheiten.³³

Beispielhaft für ihre Deutung einer erbitterten Gegnerschaft aus persönlichen Gründen sind beiden die „Fälle“ Fritz Schäffer. Damit meinen sie die Entlassung Schäffers als bayerischer Ministerpräsident durch die amerikanische Militärregierung am 28. September 1945 und das Betätigungsverbot für ihn als Politiker, das am 24. April 1946 verhängt und bis zum 18. November 1947 wirksam bleiben sollte. Schäffer blieb zeit seines Lebens davon überzeugt, dass Müller ihn bei der Besatzungsmacht gezielt verleumdet hat und mitverantwortlich war für die ihm widerfahrene Kaltstellung. Die Forschung hat längst zu Tage gefördert, dass Schäffer seinen Rivalen zu Unrecht einer Denunziation bezichtigt hat.³⁴ Aber in den ersten Existenzjahren der CSU war es nun einmal so, dass Schäffer von seiner „Gewißheit“ nicht abzubringen war, dass Müller ihm Böses gewollt habe. Der aber dachte verständlicherweise nicht daran, sich Dinge anlasten zu lassen, die er nicht zu vertreten hatte. Und da beide ein hitziges Temperament hatten, sollte es bei dieser Ausgangslage nicht wundern, dass in der Folge ein mitleidloses Hauen und Stechen einsetzte. Fait, Schlemmer und auch Henzler haben diese „Feldschlachten“ eingehend beschrieben und aus ihnen mehr oder weniger den Schluss gezogen, die Füh-

31 EBD. S. 94.

32 Seine Kernthese sucht er insbesondere in den personenbezogenen Studien seiner Dissertation zu bestätigen, zum Beispiel bei der Vorstellung der Protagonisten: Josef Müller, Fritz Schäffer, Alois Hundhammer und Michael Horlacher. EBD. S. 95.

33 FAIT, *Einleitung/Protokolle*, Bd. 1 (wie Anm. 6), vor allem von S. XXIII an.

34 Siehe hierzu vor allem Fait, die überzeugend nachgewiesen hat, dass die Entlassung Schäffers als Ministerpräsident eine souveräne Entscheidung amerikanischer Stellen war. Und das politische Betätigungsverbot für Schäffer wurde, so Fait, eigenmächtig von einer „Gruppe von ‚linken‘ Offizieren“ im Office of Military Government for Bavaria betrieben. EBD. S. XXV–XXXVII und S. XLVII–XLVIII.

rungs- und Flügelkämpfe in der frühen CSU hätten vor allem einen persönlichen Kern gehabt.³⁵

Aber war das wirklich so? Gewiss, der Streit zwischen Müller und Schäffer war heftig und emotional, so dass die Ebenen des Persönlichen fortwährend stark tangiert waren. Doch bei näherem Hinschauen zeigt sich, dass es letztlich doch wohl eher Sinnfragen waren, die hier zu einem unüberbrückbaren Gegensatz geführt haben. Im Grunde lässt sich aus dem wiederholten Schlagabtausch zwischen Schäffer und Müller doch nur ableiten, dass Schäffer übereifrig war und dass er Müller ungerechtfertigt beschuldigt hat, ihn bei der Militärregierung denunziert und dadurch politisch ausgeschaltet zu haben. Mehr nicht!

Greifbarer und verständlicher wird der Hitzkopf Schäffer erst, wenn die amerikanische Seite ausgeblendet bleibt und der Fokus auf Müller und dessen Verhalten in dieser Affäre gerichtet wird. Dann allerdings fällt auf, dass Müller weder beim Sturz Schäffers als Ministerpräsident noch bei seiner Kaltstellung als Politiker irgendwann und irgendwie Solidarität mit dem leidgeprüften Parteifreund gezeigt hat. Im Gegenteil, Müller hat sofort und mit Eifer versucht, Kapital aus dem Unglück Schäffers zu schlagen. Dabei wird in jeder Situation auch seine Zielsetzung greifbar, Schäffer und Hundhammer als Leitfiguren des altbayerisch-katholischen Flügels der CSU zu entmachten. Gestört hat Müller weniger die konservative Gesinnung dieser beiden Politiker, sondern eher, wie er meinte, deren unheilvoller Hang zum Konfessionalismus. Der habe, so die zentrale gedankliche Steuerung bei Müller schon vor den Auseinandersetzungen in Bamberg Ende März 1946, seine verhängnisvolle Wirkung vor allem in den Tagen von Weimar offenbart, als der Katholizismus über die Bayerische Volkspartei zwar eine führende Stellung in Bayern erobern konnte, aber dennoch versagte, weil sie sich weigerte, für die Republik einzustehen und damit mitschuldig wurde am Aufstieg Hitlers. Wegen dieser vermeintlichen Rolle als Steigbügelhalter wollte Müller für den Neuanfang mehr als nur eine interkonfessionell strukturierte Partei. Ihm schwebte eine Art Metamorphose für die CSU vor, konkret: eine sittliche Erneuerung des christlichen Lagers nach den dunklen Jahren der Hitlerdiktatur. Die Häutung der CSU zu einer neuen Partei hatte für Müller fleckenfrei zu erfolgen. Darum hielt er es für zwingend, alle ehemaligen Protagonisten der Bayerischen Volkspartei, wie etwa Schäffer und Hundhammer fernzuhalten, wenn der Aufbruch in eine neue und bessere Zeit gelingen sollte.

Für Müllers Strategie lassen sich viele Beispiele vortragen, etwa der von ihm gedeckte Pressefeldzug gegen Schäffer im Vorfeld der Bamberger Tagung des „Erweiterten vorläufigen Landesauschusses“ Ende März 1946, der, und das wussten alle Beteiligten, eine weitreichende Bedeutung für die Partei in

35 EBD. S. XXIII–XXXVII und S. XLIV–XLVII; SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 102–105; HENZLER, *Schäffer* (wie Anm. 5), S. 151–158 und S. 190–235.

Struktur- und Führungsfragen haben würde.³⁶ Müller blieb stumm, als die Militärregierung einen Monat später jedes politische Mandat für Schäffer stornierte und das Verbot damit begründete, Schäffer sei ein Sympathisant des Nationalsozialismus und ein Anhänger „ultra-nationalistischer und militaristischer“ Ideologien.³⁷ Zudem hat Müller in Schäffer nie mehr als einen Ministerpräsidenten auf Abruf gesehen, noch stärker: einen für eine kurze Übergangszeit geduldeten Regierungschef. Als im Sommer 1945 Gerüchte in Umlauf kamen, Schäffers Ende sei nur noch eine Frage der Zeit, brachte sich Müller für die Nachfolge ungeniert selbst ins Spiel. Gleichzeitig suchte er nicht nur den Schulterchluss mit Adam Stegerwald³⁸, er kontaktierte in dieser Phase auch Sozialdemokraten und Kommunisten. Im Auge hatte er dabei offenbar eine Regierungsbildung „der neuen Linie“.³⁹ Damit kann Müller eigentlich nur ein „antifaschistisches“ Kabinett gemeint haben, dass den angeblich in der Entnazifizierungsfrage so unglücklich operierenden und wegen seiner eigenen Belastungen auch untauglichen Ministerpräsidenten Schäffer ablösen sollte.⁴⁰

Gedankenspiele zu einer Allparteienregierung waren bis zum Jahre 1946 wegen der damals herrschenden Nöte nicht ungewöhnlich. Doch bei Müller waren damals auch noch andere Motive von Bedeutung. Seine Bereitschaft zu einem Regierungsbündnis mit den Kommunisten hatte auch mit seiner nicht unberechtigten Unruhe über die nationalstaatliche Einheit Deutschlands zu tun, die zu diesem Zeitpunkt bereits in Frage stand. Offenbar hegte er die Vorstellung, in München mit einer möglichst breit verankerten Exekutive dem Reichsgedanken ein Fundament zu sichern. Schon in der ängstlichen Besorgnis Müllers um das Gesamtdeutsche zeigt sich eine kaum zu überbrückende Gesinnungsdistanz zu Schäffer. Die andere Trennlinie verbirgt sich hinter dem Namen Adam Stegerwald. Ähnlich wie Müller setzte auch Stegerwald auf einen konsequenten Neuanfang christlicher Politik in Bayern. In Zukunft sollte es nur noch eine große Volkspartei geben, die sich geistig und personell absolut fern hielt von den Traditionen der Bayerischen Volkspartei. So ignorierte Stegerwald in seiner Eigenschaft als Regierungspräsident nicht nur jede Anwei-

36 FAIT, *Einleitung/Protokolle* (wie Anm. 6), S. XLVI.

37 EBD. S. XLIV. Vorwürfe dieser Art haben Schäffer im Übrigen immer schmerzlich berührt, weil er im Jahre 1933 zeitweilig das KZ Dachau auszuhalten und sich trotz Inhaftierung geweigert hatte, „seine“ Bayerische Volkspartei aufzulösen. Und in den Jahren der Diktatur selbst war Schäffer politisch kaltgestellt und beruflich in der Hauptsache nur als Anwalt kirchlicher Organisationen geduldet.

38 Der im Jahre 1874 in der Nähe von Würzburg geborene Stegerwald war bis zu seinem Tod am 3. Dezember 1945 kurzfristig Regierungspräsident von Mainfranken. Vgl. Bernhard FORSTER, *Adam Stegerwald*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 26), S. 372–373.

39 FAIT, *Einleitung/Protokolle* (wie Anm. 6), S. XXVII.

40 EBD.

sung, die ihn aus München erreichte, er glänzte vorsätzlich auch durch Abwesenheit, als Schäffer in Würzburg einen Besuch machte.⁴¹

Die Kreuzzuglinie Müllers gegen Schäffer und für das Nationale lässt sich über andere Namen weiter verfolgen. Genannt sei an erster Stelle Jakob Kaiser, mit dem er sich ähnlich stark verbunden fühlte wie mit Adam Stegerwald.⁴² Dieser Befund gilt logischerweise auch für die Ideen Kaisers, vor allem für dessen Vorstellungen von einem christlichen Sozialismus und einer CDU, die im Sinne einer „linken“ Volkspartei eine Antithese zur marxistisch-leninistischen KPD sein sollte. Außerdem hegte Müller aufgrund seiner gesamtdeutschen Einstellungen große Sympathien für das so genannte Brückenkonzept Kaisers, womit dieser, um die nationale Einheit zu wahren, eine Vermittlerrolle Deutschlands zwischen Ost und West im Sinn hatte. Kaiser ist mit seiner Linie gescheitert. Als der Kalte Krieg die Politik zunehmend überschattete, gerieten seine Gedanken bald ins Abseits.

Wichtig sind hier die Weimarer Biographien von Adam Stegerwald und Jakob Kaiser, die übrigens beide aus dem fränkischen Teil Bayerns stammen.⁴³ Stegerwald war in der Zwischenkriegszeit der Bedeutendere von beiden, er war nicht nur ein einflussreicher Parlamentarier gewesen, sondern auch kurzzeitig (1921) preußischer Ministerpräsident und später Reichsminister⁴⁴. Doch in den Christlichen Gewerkschaften, wo sie eng miteinander kooperierten, war der Abstand nicht mehr so groß, weil Kaiser hier seit 1919 im Vorstand mitarbeitete und seit 1924 Landesgeschäftsführer seiner Organisation im Rheinland und Westfalen war. Weitere Einzelheiten würden hier zu weit führen. Hier sei nur das für unser Thema eigentlich Wesentliche von Stegerwald und Kaiser aus Weimarer Tagen mitgeteilt, nämlich ihr vergebliches, aber entschiedenes Auftreten für eine interkonfessionelle Volkspartei⁴⁵ nach dem Vorbild der bereits in der Kaiserzeit geglückten Organisation einer Gewerkschaft, die sich als christlich verstand, aber den konfessionellen Gedanken kategorisch ablehnte.

41 HENZLER, *Schäffer* (wie Anm. 5), S. 153.

42 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 97. Siehe auch das Protokoll der Tagung des „Erweiterten vorläufigen Landesausschusses“ am 30. und 31.3.1946 in Bamberg. Dort berichtet Müller von einem Besuch in Berlin und seiner gemeinsamen Auffassung mit Kaiser, „wenn wir nicht auseinanderfallen, sind wir auf dem besten Wege, die stärkste Partei, nicht nur hier, sondern auch im Reich zu werden.“ FAIT/MINTZEL, *Die CSU 1945–1948* (wie Anm. 6), S. 137 (Dok. 12).

43 Stegerwald wurde 1874 in Greußenheim bei Würzburg geboren und Kaiser 1888 in Hamelburg an der Fränkischen Saale (Landkreis Bad Kissingen).

44 1929/1930 Verkehrsminister und 1930/1932 Arbeitsminister.

45 Zu erinnern ist hier an den Aufruf zur Gründung einer interkonfessionellen Volkspartei, der auf Betreiben von Stegerwald zustande kam und als so genanntes Essener Programm in die Geschichte eingegangen ist, ohne allerdings eine Wirkung erreicht zu haben. Siehe dazu Bernhard FORSTER, *Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien*, Düsseldorf 2003, S. 274–277.

Die Namen Stegerwald und Kaiser stehen für eine Gewerkschaft, die unter ihrer Führung auf den Weimarer Verfassungsstaat festgelegt war. Zu den Anhängern der Republik dürfen aber auch Wilhelm Marx und Matthias Erzberger gezählt werden, zwei profilierte Zentrums политики, die hier nur namentlich erwähnt werden, weil sie nach 1945 bei Josef Müller stets hoch in Kurs standen, wenn er über die einstige Bayerische Volkspartei und ihre „Sündenfälle“ herzog.⁴⁶

Über die Namenskette von Stegerwald bis Erzberger lässt sich das Dilemma verfolgen, in dem der politische Katholizismus in der Zeit von Weimar steckte. Gemeint sind hier weniger die Spannungen auf der Wirtschafts- und Sozialebene, die das Zentrum und die Bayerische Volkspartei wegen ihrer höchst heterogenen Mitgliederstruktur auszuhalten hatten, sondern letzte Sinnfragen, die nicht den christlichen Glauben an sich in Frage stellten, wohl aber die Einstellungen gegenüber dem Zeitgeist. In keiner Partei von Weimar standen sich Tradition und Moderne, Land und Stadt, Bauernhof und Fabrik, metaphysische und weltliche Staatsphilosophien so unversöhnlich gegenüber wie in der Deutschen Zentrumspartei und Bayerischen Volkspartei. Ein Musterbeispiel dafür ist der katholische Kirchentag von München im Jahre 1922. Als wortgewaltiger Fürsprecher der Tradition trat hier der Münchener Kardinal Michael von Faulhaber auf. Als Anwalt einer vorsichtigen Öffnung zur Moderne und als Verteidiger des Weimarer Verfassungsstaates agierte der Präsident des Kirchentages, und das war damals kein anderer als der amtierende Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer. Die Kontroverse endete mit „roten Köpfen“,⁴⁷ ein bildliches Zeugnis dafür, dass beide den Streit sehr emotional erlebt haben müssen. Die hohe Erregung wiederum zeigt an, dass bei dem Zusammenstoß Grundsätzliches auf dem Spiel gestanden haben muss. In der Tat, hinter dem Streit zwischen Faulhaber und Adenauer verbarg sich eine weltanschauliche Frage von prinzipieller Bedeutung. Der Kardinal verurteilte Weimar, weil er einen weltlichen Staat witterte, einen Staat also, in dem eine Gott gegenüber anmaßende Volkssouveränität gelten und Kirche und Religion keine öffentliche, sondern nur noch eine private Angelegenheit sein sollten. Der Oberbürgermeister bedauerte zwar auch die Säkularisierung der deutschen Gesellschaft, ließ aber keinen Zweifel darüber aufkommen, dass auch die deutschen Katholiken gut daran täten, sich auf den Boden der Republik zu stellen.⁴⁸

46 Siehe oben S. 120–122.

47 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 247.

48 EBD. S. 247f. Siehe auch Ludwig VOLK, *Michael Kardinal von Faulhaber (1869–1952)*, in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 2, Mainz 1975, S. 101–113, hier S. 106–108.

Der Eklat von München war kein Tagesereignis, sondern stand im Schatten jenes Modernismusstreites, der nach dem Abklingen des Kulturkampfes in der Endphase des Kaiserreiches im deutschen Katholizismus ausgebrochen war. Rudolf Morsey hat diesen Prinzipienstreit in all seinen Facetten schon vor über 40 Jahren eindrucksvoll beschrieben, vor allem aber das leidenschaftliche und heftige Gegeneinander einer integralistisch eingestellten und einer eher weltoffenen Richtung, die die immer noch nachwirkende Wagenburgmentalität des Kulturkampfes für eine Art Selbstschädigung hielt und im Interesse eigener Chancen auf eine aktive Teilnahme der Katholiken am modernen Deutschland plädierte.⁴⁹ Der Modernismusstreit deutscher Katholiken hat starke Berührungspunkte mit der Kirchenpolitik Papst Pius X. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Leo XIII., der unter dem Stichwort Ralliement zumindest eine Annäherung des französischen Katholizismus an die Republik toleriert hatte, lehnte Pius X. jede staatliche Existenz auf der Linie aufklärerischer Ideengeber ab. Für ihn war der weltliche Staat ein Stück Modernismus, den er nicht nur verurteilte, sondern durch einen Eid auch bekämpfen ließ, in dem er alle Kleriker schwören ließ, kompromisslos gegen Liberalismus, Sozialismus und Freimaurer anzugehen.

Der Streit um den Ursprung und die Legitimation von Herrschaft und Staat und auch der Streit um die Frage, ob Religion eine öffentliche oder private Angelegenheit sei, sollten den deutschen Katholizismus auch in der Zwischenkriegszeit belasten. Dem Beispiel des Münchener Kirchentags ließen sich noch viele anfügen, vor allem wenn das Thema Schule angeschnitten werden sollte, das insbesondere im Bereich der öffentlichen Volksschule immer wieder für Zündstoff gesorgt hat, weil die Einsichten in einen gebotenen pädagogischen Fortschritt permanent und unerbittlich mit der Tradition in Gestalt des konfessionellen Prinzips konfrontiert wurden. Doch hier steht Bayern, die CSU und die Zeit nach 1945 im Zentrum der Thematik und darum ist an dieser Stelle zu fragen, was der jahrzehntelange Streit im deutschen Katholizismus über die Moderne mit den Flügelkämpfen der CSU bis 1949 zu tun hat. Zunächst ist festzuhalten, dass sich die Tradition im Sinne der Integralisten nicht nur zeitabhängig abgeschwächt hat, sondern dass hierfür auch strukturelle Gegebenheiten maßgeblich waren. Ihre letzten Hochburgen hat die katholische Skepsis gegenüber der Moderne sicherlich in ländlich und bäuerlich geprägten Landschaften verteidigen können. In Bayern waren das vor allem die altbayerischen Landschaften, also Oberbayern, Niederbayern und das katholische Schwaben.

Deshalb sollte es auch nicht überraschen, dass der Parteivorsitzende Josef Müller mit seinen Kriegserklärungen an die Traditionen des deutschen bzw. bayerischen Katholizismus und an deren Bannerträger auf Dauer eine heftige Gegenwehr herausfordern musste. Einen Höhepunkt erreichte der bald massiv

49 Rudolf MORSEY, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923*, Düsseldorf 1966, S. 33–49.

anschwellende Protest im Februar 1948 in der so genannten Rebellion des Bezirksverbandes Oberbayern. Geleitet wurde die Aktion von Fritz Schäffer, der mittlerweile wieder als Politiker auftreten durfte.⁵⁰ Schäffer hatte, weil Alois Hundhammer für ihn diesen Platz frei gemacht hatte, den Vorsitz des Bezirksverbandes übernommen. Dahinter stand die Absicht einer möglichst schlagkräftigen Ausgangsposition für den Kampf gegen den „Parteidiktator“ Müller. Die Einzelheiten der nun losbrechenden Auseinandersetzungen können hier außer Betracht bleiben.⁵¹ Von Belang ist hier vielmehr der Aspekt des Gesinnungsstreites. Deshalb verdienen vor allem die Ausführungen Aufmerksamkeit, die Schäffer dem oberbayerischen Bezirksverband gegenüber gemacht hat, um seine „Kriegserklärung“ an Müller zu begründen. Schäffer vermied eine Sinndeutung der Politik entlang der antimodernistischen Denkmuster des Papstes Pius X. Die Zeichen einer neuen Zeit waren auch ihm nicht entgangen. Aber er forderte wortgewaltig, dass die Union wieder zu einer Partei werden müsse, in der „nur mit christlichen Methoden gearbeitet wird“. Zugleich bestand er darauf, dass die CSU „die christlichen Grundsätze im öffentlichen Leben bedingungslos und kompromisslos“ zu vertreten habe⁵².

Schäffers Vorstoß ist gescheitert. Dafür gab es mehrere Gründe. Der wichtigste war wohl der, dass Schäffer bei seiner Attacke stärker als je zuvor den Eindruck einer persönlichen Motivation an den Tag gelegt hatte. Deshalb gewann außerhalb Oberbayerns bald die Meinung an Boden, dass es Schäffer letztlich nicht um Gesinnungen ging, sondern um einen Rachefeldzug gegen den Parteivorsitzenden Müller. Doch die Partei war inzwischen in ihrer Mehrheit Streitereien dieser Art überdrüssig geworden.⁵³ Hinzu kam, dass Schäffers Stern zunehmend in der Partei verblasst war, weil er im Laufe der Zeit keinen Hehl aus seinen Sympathien für die Bayernpartei gemacht hatte, die inzwischen in den altbayerischen Bezirken zu einer gefährlichen Konkurrentin für die CSU herangewachsen war. Im September 1948 saß Schäffer praktisch zwischen allen Stühlen. Seine Kandidatur für den Parlamentarischen Rat in Bonn scheiterte, weil der Müller-Flügel sie missbilligte und mit seiner Haltung Erfolg hatte. Als der enttäuschte Schäffer daraufhin in der Bayernpartei Fuß zu fassen suchte, wurde er auch hier zurückgewiesen. In dieser für ihn total ver-

50 Das Verbot der politischen Betätigung und die Rückgabe des passiven Wahlrechts an Fritz Schäffer erfolgten am 21.1.1948.

51 Eingehend hierzu MINTZEL, *Die CSU* (wie Anm. 13), S. 225–233 und SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 221–229. Siehe auch FAIT, *Einleitung/Protokolle* (wie Anm. 6), S. LXVI – LXXXIV.

52 Protokoll der Bezirksversammlung der CSU Oberbayern am 14.2.1948. Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Schäffer 22, Bl. 1–48, hier Bl. 4. Zitiert nach SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 221.

53 Über die Reaktionen der Landespartei Einzelheiten bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 224–229.

fahrenen Situation des September 1948 ist Schäffer aus der CSU ausgetreten.⁵⁴ Damit war der streitbare Oberbayer für die bayerische Landespolitik erst einmal aus dem Spiel. Ein Jahr später holte er für die CSU nach einem Wiedereintritt in die Partei ein Direktmandat für den Deutschen Bundestag. Danach wird Schäffer eindrucksvoll eine zwölfjährige Karriere als Bundesminister starten, wobei er zunächst bis 1957 für Finanzen zuständig war, danach für das Justizwesen. Bonn war der Ort, wo der einst traditionalistisch denkende Schäffer durch Erfahrung selbst entdecken sollte, dass auch ein moderner Verfassungsstaat wie die Bundesrepublik durchaus Stabilität in jeder Hinsicht verkörpern kann und deshalb auch die Loyalität einer katholischen Hochburg wie Oberbayern verdient.

Die oberbayerische Rebellion gegen die Landespartei kann an dieser Stelle jedoch noch nicht ganz ausgeblendet werden. Unbedingt ins Bild aufzunehmen sind die Wahlen der neuen Gemeinderäte und zu den Parlamenten in den Städten und Landkreisen. Sie haben im April 1948 stattgefunden und erbrachten für die CSU empfindliche Schläppen. In den altbayerischen Räumen vor allem und klar erkennbar zugunsten der soeben zugelassenen Bayernpartei, in den protestantischen Gegenden Frankens weniger stark und hier in Gestalt einer Abwanderung zu den Liberalen.⁵⁵

Auszuhalten hatte die CSU außerdem noch eine empfindliche Schwächung durch die Währungsreform. Sie entzog der Partei, um es mit den Worten von Thomas Schlemmer zu sagen, „gleichsam über Nacht die finanzielle Basis“. Schlemmer sieht hierin einen wesentlichen Grund für das vorläufige Ende der CSU als „christlich-interkonfessionelle Sammlungsbewegung“ nach den Vorstellungen des zu diesem Zeitpunkt immer noch amtierenden Parteivorsitzenden Josef Müller und zugleich deren Rückfall in den Status einer Honoratiorenpartei, wie er, so Schlemmer, von dem oberbayerischen Bezirksverband und ihrem Vorsitzenden Alois Hundhammer erstrebt worden sei.⁵⁶ Keine Frage, die Krise der CSU von 1948 war auch eine Krise ihrer Organisation und ihres Apparats. Doch der eigentliche Grund für ihren Niedergang bis 1949 und ihrer Stagnation bis 1955 lag woanders; er lag in dem in dieser Zeit noch immer nicht bewältigten Streit um Gesinnungen. Die Ergebnisse der Wahlen von 1948 weisen deutlich in diese Richtung. Denn der hohe Zuspruch der Bayernpartei in Altbayern und die enormen Gewinne der Liberalen in Franken sind vornehmlich einem Wahlverhalten zuzuschreiben, in dem das Weltanschauliche ähnlich wie in der Weimarer Zeit eine große Rolle gespielt haben muss.

54 Hierzu ausführlich HENZLER, *Schäffer* (wie Anm. 5), S. 255–265. Siehe auch MINTZEL, *Die CSU* (wie Anm. 13), S. 225–234 und FAIT, *Einleitung/Protokolle* (wie Anm. 6), S. LXVI–LXXXIV. Zum Thema Austritt auch SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 228f.

55 Umfangreiche Statistiken EBD. S. 232–239.

56 EBD. S. 242.

III.

Auch in der Partei selbst war der Gesinnungsstreit 1948 noch lange nicht ausgestanden. Die Personengeschichte deutet hier sogar eine Verschärfung an. Unmittelbar nach dem Parteiaustritt Schäffers fiel die Führung des Bezirksverbandes Oberbayern wieder an Alois Hundhammer zurück, der sie von nun an als Kernbestand seiner Hausmacht bis zum Jahre 1970 nicht mehr aus der Hand geben wird. Nach dem Rückzug Schäffers wird Hundhammer auch dessen Platz als Symbolfigur der katholisch-konservativen Linie in der CSU einnehmen.⁵⁷ In der Geschichtsschreibung wird Hundhammer vorwiegend als ein umstrittener Politiker Bayerns dargestellt.⁵⁸ Als er 65 wurde und sein Abschied nicht mehr weit war, zeichnete die „Süddeutsche Zeitung“ ein ziemlich verzerrtes Bild von ihm. Das linksliberal ausgerichtete Blatt beschrieb ihn als eine Person mit schwarzem Vollbart, der ein Symbol „von finsterner Entschlossenheit, religiöser Intoleranz und zivilisatorischer Rückständigkeit“ sei.⁵⁹ Bei Bernhard Zittel, der bisher wohl das überzeugendste Charakterbild von Hundhammer gezeichnet hat, lassen sich weitere Beispiele eines angeblich „verstockten und unbelehrbaren erkonservativen Politikers und arroganten Sittenwächters“ finden.⁶⁰ Hundhammer war sicherlich ein kantiger Politiker. Aber als Persönlichkeit war er mindestens so stark wie Schäffer, der allein schon wegen seines hitzigen Temperaments gelegentlich in Gefahr stand, uneinsichtig zu sein. Hundhammer dagegen agierte stets abgeklärt, auch dann, wenn er als Taktiker gefragt war. Außerdem war er mit einem ausgeprägten Machtinstinkt ausgestattet. Als Schäffer die CSU verließ, hatte Hundhammer schon längst seine Brückenköpfe gegen Müller errichtet. In der Partei war das der Bezirksverband Oberbayern, und auf der Ebene staatlicher Institutionen waren das vor allem die Fraktion der CSU im Münchener Maximilianeum, der Wirkungsstätte des bayerischen Landtags, und das bayerische Regierungskabinett. Hundhammer war in Personalunion Vorsitzender seiner Fraktion von 1946–1951 und Staatsminister für Unterricht und Kultus im ersten Kabinett Hans Ehard. Die so geschaffene Machtbasis setzte Hundhammer konsequent gegen den Müller-Flügel ein. Das Resultat war, nur die wichtigsten Vorgänge seien genannt, ein äußerst anstrengender Dualismus zwischen Partei und Fraktion,⁶¹ eine Ministerpräsidentenwahl mit unerwartetem Ausgang, weil die Fraktion derart zerstritten war, dass deswegen am 21. Dezember 1946 nicht Josef Mül-

57 EBD. S. 105.

58 So auch sein Biograph BRAUN (wie Anm. 15) S. 65.

59 Zitiert nach SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 105.

60 Bernhard ZITTEL, *Alois Hundhammer (1900–1974)*, in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 5, Mainz 1982, S. 253–265, hier S. 253.

61 Näheres bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 174–178 und S. 194–218.

ler, sondern mit Unterstützung des Hundhammer-Flügels und der SPD der Kandidat Hans Ehard zum Zuge kam,⁶² und schließlich noch der Sturz Müllers als Parteivorsitzender im Mai 1949.⁶³

Ein Politiker, der wie Hundhammer über Jahre immer wieder im Brennpunkt von hart umkämpften Entscheidungen gestanden hat, muss damit leben, als umstritten zu gelten. Für den hier thematisierten Gesinnungsstreit in der frühen CSU ist vor allem der Hundhammer als „Homo Bavaricus“ und „Homo Christianus“⁶⁴ von Bedeutung.

Hundhammer war ein tiefgläubiger Katholik. Seine Heimat war das oberbayerische Voralpenland, eine Gegend mit schönen Landschaften, einem kraftvollen Bauerntum, barocken Kirchen und einer hohen Katholizität, die tief verwurzelt war in Brauchtum und Sitten. In seiner Staatsauffassung orientierte er sich stark an den Ideen, wie sie seit Pius X. in antimodernistisch eingestellten Kreisen des deutschen Katholizismus populär waren. Schon in der Weimarer Zeit hat Hundhammer auf paternalistische Denkmuster gesetzt, wenn er den Sinn eines gottgefälligen Staates und einer ihm entsprechenden öffentlichen Ordnung zu erklären versuchte. Es verwundert deshalb nicht, dass er als erklärter Föderalist den modernen Zentralstaat zunächst immer aus der Perspektive des Gesellschaftlichen in Frage gestellt hat und das nicht nur mit Blick auf Berlin und das Deutsche Reich, sondern auch auf München und das Bayern seit 1806. Das heißt nicht, dass Hundhammer frei gewesen wäre von antipreußischen Gefühlen, dass er nicht verärgert gewesen wäre über die nach 1918 verloren gegangenen Reservatsrechte. Aber dies war eher einem Groll geschuldet, der damals allgemein verbreitet war, vor allem in altbayerischen Landschaften. Staatspolitisch wirklich wichtig war Hundhammer allein der Erhalt und der Schutz weltanschaulicher Geschlossenheiten, und darunter verstand der Integralist immer ein vorstaatliches und naturgegebenes Lebensrecht als gläubiger Christ und ein Recht auf Treue zu seiner Kirche als der Hüterin der Gebote Gottes.

Oliver Braun hat die ideologischen Fundamente, auf die er hierbei zurückgriff, in beeindruckender Weise herausgearbeitet. Hundhammer war überzeugt von einem naturrechtlich begründeten Primat der christlichen Sittengesetze und der Offenbarungslehre in der Politik, woraus er zeit seines Lebens ein weit reichendes Mitsprache- und Gestaltungsrecht der Kirchen in der Öffentlichkeit ableitete. Hundhammer war mit Kardinal Faulhaber der Auffassung, dass der Weimarer Verfassungsstaat keine Legitimation besitze, einmal, weil er mit dem Ruch einer Revolution befleckt sei, und zum zweiten, weil er im Kern ein

62 EBD, S. 181–194.

63 EBD, S. 280–329.

64 Diese Begrifflichkeiten werden hier in Anlehnung an ZITTEL, *Hundhammer* (wie Anm. 60), S. 265 benutzt.

Werkstück des Liberalismus und Sozialismus sei und darum auch nur noch eine weltliche Angelegenheit ohne Gott und Kirche. Aus diesem Grund verwarf Hundhammer auch den modernen Parlamentarismus und Parteienstaat und favorisierte stattdessen ständestaatliche und organische Ordnungsmodelle, obwohl er wusste, dass sie per se immer hierarchisch und autoritär strukturiert sind.⁶⁵ Dem Postulat der klassischen Aufklärung vom Staat als abstrakter Idee wird sich Hundhammer zu keinem Zeitpunkt seines Lebens öffnen, womit zugleich angezeigt ist, dass er nach dem Zweiten Weltkrieg weltanschaulich-ideologisch den gleichen Platz einnahm wie in der Weimarer Zeit.

Hundhammer war und blieb immer ein christlicher Gesinnungspolitiker, dem es äußerst schwer gefallen ist, in und mit der Zeit zu leben, in die er hineingeboren worden war. Damit war er Müller klar unterlegen, dessen Kernidee von einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei nicht nur modern war, sondern zugleich auch eine viel versprechende Rezeptur anbot, um die enormen moralischen und materiellen Existenzfragen der Jahre nach 1945 zu bewältigen. Dennoch gelang es Hundhammer, bis zum Jahre 1949 mit seinem Rivalen auf Augenhöhe zu bleiben, ja, ihn am Ende sogar auszumanövrieren. Dafür gab es Gründe, persönliche, aber auch solche, die von der allgemeinen politischen Wetterlage bestimmt waren.

Zunächst zu den persönlichen: Hundhammer war ein Politiker, der eine einmal eingeschlagene Linie durchhalten konnte, und er konnte zäh um seine Ziele kämpfen.⁶⁶ Müller konnte das auch, aber er war nicht fähig, seine Positionen durch Vertrauen zu verankern. Die charakterliche Stärke und Integrität seines Rivalen erreichte Müller nie.⁶⁷ Hundhammer war im Dritten Reich weniger gefährdet gewesen als Müller, aber auch er hatte diese Zeit in einer unbeugsamen und würdigen Haltung durchgestanden. Als erklärter Gegner des Nationalsozialismus war Hundhammer 1933 für einen Monat in das KZ Dachau eingewiesen worden. Danach hatte der zweifache Doktor und gelernte Jurist in der Sonnenstraße von München, zwischen Sendlinger Tor und Stachus, eine kleine Reparaturwerkstatt für Schuhe erworben, mit der er sich und seine Familie wirtschaftlich kärglich über Wasser hielt.⁶⁸ Es mag sein, dass in die Führungsgremien der Nachkriegs-CSU Personen eingezogen sind, die im Dritten Reich ein noch schlimmeres Schicksal erlebt haben als Hundhammer,⁶⁹ aber für den hier untersuchten Flügelkampf ist dieses Mehr oder Weniger nicht relevant, sondern allein die Tatsache, dass Hundhammer als eine der wenigen Führungsfiguren des altbayerisch-konservativen Flügels die zwölf NS-Jahre

65 Dazu ausführlich BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 136–237 und S. 311–349.

66 ZITTEL, *Hundhammer* (wie Anm. 60), S. 253f.

67 Siehe oben, S. 116f.

68 BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 243.

69 Ausführlich zu dieser Thematik SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 29–44.

ohne jeden Makel durchgestanden hatte. Deshalb brauchte er auch niemandem mehr zu beweisen, ein Politiker zu sein, der im Weltbild des Katholischen den freiheitlichen Rechtsstaat will. Hier war er absolut unangreifbar, so dass die Instrumentalisierung der Vergangenheit, die Müller in seinen Auseinandersetzungen mit Schäffer nicht ohne Wirkung einsetzen konnte, bei Hundhammer stumpf bleiben musste.

Wie wirkte sich die Veränderung der internationalen politischen Wetterlage zugunsten von Hundhammer aus? Ängste vor dem Kommunismus sind eine Konstante in der deutschen und europäischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert. Nach dem Zweiten Weltkrieg drohten die Abneigungen fast schon zu einer Hysterie auszuwachsen. Auslöser war dabei vor allem die Furcht vor einer expansiven Außenpolitik der Sowjetunion, die durch eine Reihe von Ereignissen in Deutschland und Europa immer wieder Nahrung fand. Erinnert sei hier nur an die ergebnislos verlaufene Konferenz der Ministerpräsidenten der vier Besatzungszonen, die die CSU direkt vor ihrer Haustür in München miterlebte, oder an den durch Kommunisten herbeigeführten Umsturz in der Tschechoslowakei im Februar 1948, ein Vorgang, den Bayern in unmittelbarer Nachbarschaft wahrzunehmen hatte. Der Antikommunismus als politischer Faktor steigerte sich danach noch, wobei er in seiner Wirksamkeit maßgeblich gesteuert wurde durch den Prozess der Teilung Deutschlands in zwei Staaten. Der eine gehörte zum so genannten Westen und durfte sich eine freiheitliche Herrschaftsordnung geben, der andere zum so genannten Osten, was gleichbedeutend war mit einer Fremdbestimmung in Richtung einer kommunistischen Diktatur.

Zu den Reaktionen auf diese Entwicklung gehörte im Westen Deutschlands eine Hochkonjunktur politischer Vorstellungen, die sich in dem Begriff vom christlichen Abendland widerspiegeln. Wenn es darum ging, den Kommunismus als Gefahr für den freien Westen und seiner Kultur zu beschwören, waren solche mythologisch eingefärbten Bilder der Vergangenheit stark gefragt. In dem Augenblick war Westeuropa wieder das Europa der wahren Freiheit und ein Vorbild an Hochkultur mit starken historischen Wurzeln. Von dieser Warte aus musste der Begriff Europa bald zu einem Leitbegriff auswachsen. Antike, Christentum, Romanen und Germanen sind bei dieser Festlegung als Wegbereiter für das christliche und humanistische Europa bewusst als Erinnerung geweckt worden. Der Gedanke vom Abendland erfuhr in der CSU seine stärkste Unterstützung in den Kreisen um Schäffer und Hundhammer. Deren Begeisterung hatte allerdings weniger mit dem Vorsatz zu tun, Europa über eine Einigung stark zu machen, sondern eher mit der Aussicht, den Begriff Abendland positiv für die Durchsetzung von Ordnungsideen einzusetzen, die sich als föderalistisch in einem subsidiären Sinne verstanden und betont kirchenfreund-

lich waren.⁷⁰ Ähnliches lässt sich zum Thema Naturrecht sagen. Das war in der Nachkriegszeit ebenfalls populär, weil das Recht in der Hitlerdiktatur gänzlich zerstört worden war. Schäffer und Hundhammer waren erklärte Freunde des Naturrechts, und zwar auch hier aus der Überlegung heraus, in einem kommenden Verfassungsstaat Deutschland für die Kirche und für konfessionell geprägte Landschaften vorstaatliche Rechte abzusichern.⁷¹

Das fast schon missionarische Engagement Hundhammers für eine möglichst starke Identifizierung Bayerns und Europas mit den mythisch durchtränkten Bildern vom Abendland hat ihm – isoliert betrachtet – in seinen Duellen mit Müller keine Vorteile eingetragen; auch nicht seine Bekenntnisse zum Naturrecht. Dafür waren seine Versuche einfach zu irritierend, diese Ideenfelder in ihrer normativen Wegweisung nur durch die Brille eines katholischen Politikers sehen zu wollen und damit zu verengen. Die Mehrheit in der CSU wollte auf der Linie von Josef Müller eine christliche und zugleich moderne Landes- und Volkspartei, zum Wohle Bayerns und darum möglichst ohne irgendwelche belastenden konfessionellen Schranken. In diesem Streitpunkt blieb Hundhammer immer Außenseiter und Müller Favorit. Dass der Oberbayer bis zum Jahre 1949 dann doch einen Gleichstand erreichen konnte, hat vor allem mit der kompromisslosen Ächtung zu tun, die Hundhammer dem Kommunismus und jeder Art von totalitärer Herrschaft gegenüber demonstrierte. Durch diese Standhaftigkeit und Klarheit hat er im bald einsetzenden Kalten Krieg zunehmend Vertrauen und Zuspruch finden können. Müller zeigte dagegen keine Berührungängste mit den Kommunisten, und er pflegte – nicht ohne Stolz und Koketterie – sogar Kontakte zur Sowjetischen Militäradministration in Karlshorst.⁷² Müller war Föderalist, aber seine Vorstellungen von einer dezentralen Staatsstruktur gingen einher mit einer starken patriotischen Gesinnung. Weil er die Einheit Deutschlands in Gefahr glaubte, fühlte er sich verpflichtet, alles zu versuchen, um die drohende Spaltung zu verhindern. Dabei übersah er ähnlich wie Jakob Kaiser, dass in der deutschen Frage die Diplomatie schon im Jahre 1946 kaum noch gefragt war. Im Sommer 1946, in der Zeit der Beratungen über eine neue bayerische Verfassung, war die Frage des Umgangs mit den Kommunisten allerdings noch ohne große Brisanz. Aber Ende 1946, bei der Wahl des ersten bayerischen Ministerpräsidenten nach der Landtagswahl vom 1. Dezember, spielte sie bereits eine wichtige Rolle. Müllers Kandidatur ist freilich nicht hieran gescheitert, sondern an einer zum Teil unfairen Kampagne gegen ihn wegen angeblicher Belastungen aus der Zeit des Dritten Reiches. Sie ging nicht von Hundhammer aus, aber er hat

70 Ausführlich dazu BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 265–282.

71 Detaillierte Darstellung EBD. S. 282–310.

72 EBD. S. 271–273.

sie zur Verhinderung seines Rivalen genutzt.⁷³ Im Jahre 1949, als Müller schließlich den Vorsitz in der CSU verlor, dürfte der kommunistische Faktor jedoch eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Allerdings ist es Hundhammer nie gelungen, den Müller-Flügel zu besiegen. Erreicht hat er nur ein Patt. Doch Hundhammer war klug genug, angesichts dieses Gleichstandes seine Partei nicht in eine Existenzkrise zu manövrieren. Deshalb suchte er nach einem Ausweg und der hieß schließlich Hans Ehard, ein Jurist, dem im Hitlerprozess von 1924 die Rolle des zweiten Staatsanwaltes zugefallen war und der im August 1933 auf eigenen Antrag hin als Ministerialrat das bayerische Justizministerium verlassen hatte, um danach Senatspräsident des Oberlandesgerichts zu werden. Der Name Hans Ehard steht für den hohen Standard der bayerischen Staatsverwaltung seit dem Freiherrn Maximilian Joseph Montgelas. Als Politiker und als Person versinnbildlicht Ehard die Doktrin von der Einheit des bayerischen Staates in der Form, die er 1806 gefunden hatte. Die Gewährleistung sicherte eine ausgesprochen etatistische Gesinnung, eine leidenschaftliche Treue zum bayerischen Staat und seinen Traditionen als Freistaat.⁷⁴ Die Wahl Ehards zum Ministerpräsidenten seines Landes erfolgte im Dezember 1946. Er verblieb in diesem Amt zunächst bis zum Jahre 1954 und war auch danach noch über elf Jahre als Politiker hochrangig in der Verantwortung. Ehard war nach dem Kriege der erste CSU-Politiker, der als Ministerpräsident demonstrativ als Anwalt des bayerischen Staatsgedankens hervorgetreten ist. Seine Nachfolger haben diese Linie beibehalten, insbesondere Hanns Seidel, der Amtsinhaber von 1957 bis 1960⁷⁵, und Alfons Goppel, der die Regierung in München von 1962 bis 1978 führte⁷⁶.

Ehard war Föderalist. Im Auge hatte er dabei vor allem die Interessen „seines“ bayerischen Staates, konkreter ausgedrückt: Das ordnungspolitische Wesentliche war für ihn die Wahrung von Hoheitsrechten Bayerns gegenüber dem Bund und im Verhältnis zu den anderen Gliedstaaten sowie eine möglichst starke Beteiligung der Länder in der Politik des Bundes. Ehards Einstellung als Föderalist folgte also den klassischen Lehren von einer bundesstaatlichen Struktur im Sinne einer zugelassenen Vielfalt mit begrenzten, aber dennoch eigenen Hoheiten in Teilbereichen und einer von allen Gliedstaaten anerkannten übergeordneten Einheit mit allgemeinverbindlichen Hoheiten, für die die Länder wiederum mit zuständig waren. Josef Müller und seine Anhänger

73 Einzelheiten bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 168–178.

74 Das Bild vom Hüter des bayerischen Staatsgedankens bestätigt vor allem die politische Biographie von Karl-Ulrich GELBERG, *Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954*, Düsseldorf 1992.

75 Hans Ferdinand GROß, *Hanns Seidel 1901–1961. Eine politische Biographie*, München 1992, S. 46–48 und S. 177–204.

76 Hans MAIER, *Die Ära Goppel*, in: Hans ZEHETMAIR (Hg.), *Bilanz eines erfüllten Lebens. Alfons Goppel zum 100. Geburtstag*, München 2005, S. 46.

standen dieser Linie näher als Hundhammer und dessen Lager. Der Unterschied zwischen Müller und Erhard lag in der jeweiligen Einstellung zu Deutschland als Nation, was unter anderem zur Folge hatte, dass Müller beim Thema Föderalismus das Bundesprinzip nur in einem Nebeneinander mit der Zentrale sah und nicht – wie Erhard – in einem Miteinander und einer Teilhabe an der Zentrale. Hundhammer dachte sicherlich auch föderalistisch, aber weniger aus der Sicht des bayerischen Staatsgedankens von 1806, sondern in Anlehnung an die katholische Staatslehre und ihrem Schlüsselbegriff von der Subsidiarität. Im historischen Bewusstsein Hundhammers stand nicht das neuzeitliche Bayern im Vordergrund, sondern das katholische Altbayern und seine überaus reiche Tradition von 1.500 Jahren.⁷⁷ Im Grunde dachte Hundhammer nicht föderalistisch, sondern regionalistisch. Bewahren wollte er die tradierten Milieus und vor allem ihre jeweiligen konfessionellen Prägungen und Identitäten. Sein Hauptanliegen war darum nicht ein staatlich starkes Bayern, sondern ein starkes Bayern der Regionen und der Konfessionen. Den Staat sah Hundhammer eher in einer dienenden Funktion. Das Wesentliche blieb für ihn immer eine kirchenfreundlich eingestellte Gesellschaft und deren Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung nach den Grundregeln des subsidiären Prinzips.⁷⁸ In Ordnungsfragen verhielt sich Hundhammer eigentlich immer als Ideologe und stets äußerst defensiv gegenüber der Moderne. Er war darum weit davon entfernt, wie Erhard und in gewisser Weise auch Müller konsequent für den bayerischen Staatsgedanken einzutreten.

In der Literatur wird Hundhammer dennoch als ein Verfechter der bayerischen Eigenstaatlichkeit benannt, wobei sein Antimodernismus in politischen Organisationsfragen dahingehend übersetzt wird, er habe als Föderalist einen radikalen Standpunkt vertreten.⁷⁹ Aber die Gegensätze zwischen Erhard und Müller einerseits sowie Hundhammer andererseits wurzelten nicht in unterschiedlichen Denkweisen über den Föderalismus, sondern in diametral entgegengesetzten Ansichten über das Wesen eines Staates. Für Erhard und Müller war das Prinzip der Volkssouveränität als Legitimation der Staatsmacht in einer Demokratie kein Problem, aber für den traditionalistisch eingestellten und frommen Katholiken Hundhammer schon. Für ihn war der Staat auch noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts keine weltliche Angelegenheit, sondern ein Organisationskörper für eine Herrschaftsausübung, die nur dann Anerkennung finden darf, wenn sie gottgefällig ist. Was hier in der Gesinnung als gegensätzlich auffällig wird, erinnert stark an die Kontroverse zwischen Faulhaber und

77 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 107 und Anm. 498.

78 Klare Aussagen hierzu bei BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 340 in Zusammenhang mit dem so genannten „Hundhammer-Memorandum“ (so genannt, weil die Urheberschaft Hundhammers nur als wahrscheinlich gilt) aus dem Jahre 1948.

79 Als Beispiel sei angeführt SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 107.

Adenauer auf dem Münchener Katholikentag 1922. Doch diesmal entluden sich die Auseinandersetzungen über diese Grundsatzfragen nicht vor einem großen Publikum, sondern in jenen Gremien in München und Bonn, die den Auftrag hatten, für Bayern und einen in Aussicht stehenden westdeutschen Teilstaat Verfassungen zu schaffen. Ausgewählt werden zwei Beispiele, um die Beweisführung einer Gesinnungskonfrontation vorzunehmen. Das eine bezieht sich auf die Auseinandersetzungen in der Verfassungsgebenden Landesversammlung Bayerns um das Amt eines Staatspräsidenten, das andere auf die hitzigen Diskussionen innerhalb der CSU über die Zustimmung oder Ablehnung des Bonner Grundgesetzes.

IV.

In der Verfassungsgebenden Landesversammlung Bayerns von 1946 verfügte die CSU mit 109 von 200 Mandaten über eine absolute Mehrheit. Die Frage nach einem bayerischen Staatspräsidenten stand dort am 11. und 12. September auf der Tagesordnung. Als abgestimmt wurde, verweigerten 23 Abgeordnete der CSU ihre Zustimmung mit der Folge, dass der Antrag auf die Einführung eines Verfassungsorgans Staatspräsident mit einer knappen Mehrheit von 85 zu 84 Stimmen abgelehnt wurde. Es gab einige Enthaltungen, und es gab für die unterlegene Seite einige Stimmen aus der SPD-Fraktion, so dass die Verlierer von einer Zufallsmehrheit sprachen und auf eine zweite Abstimmung bestanden, die aber das erste Votum mit 87 zu 81 Stimmen bestätigte, vor allem, weil sich die SPD-Fraktion nun geschlossen einem Staatspräsidentenamt verweigerte.⁸⁰

Über diese Niederlage in einer elementaren Verfassungsfrage waren in der CSU-Fraktion viele enttäuscht und verbittert. Niemand dürfte unter dem Vorgang mehr gelitten haben als der Fraktionsvorsitzende Alois Hundhammer. Sein Biograph Oliver Braun meint sogar, dass er den fehlgeschlagenen Versuch zeit seines Lebens „nie ganz überwunden“ habe. Vor allem sieht Braun hierin „einen Grundstein“ für das in der Folge völlig zerrüttete Verhältnis zwischen Hundhammer und Müller. Dieser war in der Tat der Wortführer der Gegner eines Staatspräsidentenamtes in der CSU-Fraktion gewesen, wobei er sich vor allem auf Abgeordnete aus dem fränkischen Raum hatte stützen können.⁸¹ Nach der erfolgreichen Opposition Müllers in der Staatspräsidentenfrage stand für den grollenden Hundhammer endgültig fest, dass der Parteiführer keine Eignung für ein höheres Amt in der Politik besitze. Dieses vernichtende Urteil hat er in der Folge in vertraulicher Form wiederholt in München und Bonn erneuert und dabei stets auf die Rädelführerschaft Müllers hingewiesen. Selbst

80 Einzelheiten bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 141–148.

81 Exakte Daten EBD. S. 146.

noch in der Situation des Jahres 1952, als Müller wegen einer Affäre vom Amt des bayerischen Justizministers zurücktreten musste, war es ihm wichtig, daran zu erinnern, dass Müller im Jahre 1946 eine „starke Verankerung des bayerischen Staatsgedankens“ verhindert habe, ohne daß jedoch andererseits eine „positive und fördernde Mitwirkung Dr. Josef Müllers bei den Verfassungsberatungen von 1946 ... festzustellen“ gewesen sei⁸². Die geradezu inquisitorische Ächtung des Politikers Müller durch Hundhammer hat sicherlich auch mit Antipathien zu tun. Aber die reichen bei weitem nicht aus, um einen offenbar tief sitzenden Hass in seinen letzten Gründen zu erklären.

Um den ganzen Sachverhalt aufzuhellen, ist es notwendig, zunächst einen Blick auf die Allianz der Befürworter eines Präsidentenamtes zu werfen. Der gemeinsame Nenner hieß hier, dieses Verfassungsorgan ist unabdingbar, wenn der kommende bayerische Staat stark sein soll. In der Argumentation spielten Reminiszenzen an die Zeit von Weimar eine bedeutsame Rolle. Damals, so die Mahner in der Rückschau, sei Bayern als Staat schwach geblieben, weil das Reich sein Profil unterdrückt habe. Mit einem bayerischen Staatspräsidenten wäre eine solche Demütigung verhindert worden. Deshalb müsse jetzt, beim Aufbau einer neuen Staatsordnung für Deutschland, die Chance unbedingt genutzt werden.⁸³ Den inneren Zusammenhang von bayerischer Staatsfrage und Präsidentenamt hat auch Hundhammer wiederholt betont, so etwa in der Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 20. September 1946, als er beim zweiten Versuch, das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten in die Verfassung aufzunehmen, seinen Antrag unter anderem damit begründete, dass es in dieser wichtigen Angelegenheit um ein starkes Bayern ginge im „Interesse des deutschen Volkes und des gesamteuropäischen Friedens“⁸⁴.

Die Gegner Hundhammers aber nahmen ihm diese hehre Ankündigung nicht ab. Sie witterten hinter dem Vorstoß eher eine antimoderne Grundhaltung und einen klammheimlichen Versuch, ein Anliegen der Bayerischen Volkspartei aus alten Tagen umzusetzen. Außerdem argwöhnten sie, dass die Befürworter des Präsidentenamtes in ihrer Mehrheit letztlich die Rückkehr der Monarchie im Sinn hätten und um ihres Ziels willen sogar bereit wären, Verrat an der deutschen Nation zu üben.⁸⁵ Schon diese massiven Verdächtigungen zeigen an, dass es bei diesen Auseinandersetzungen um mehr ging als nur um eine zweckdienliche Sinnfrage der Politik.

82 BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 335. Die Ursprungszitate sind ausgewiesen im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, NL Alois Hundhammer, Bd. 3, undatiertes Manuskript (vermutlich Juni 1952), ohne Titel, 8 Seiten, hier S. 2.

83 Ausführlich zu dieser Thematik vor allem SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 128–148. Siehe auch BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 329–338.

84 Stenographischer Bericht über die 8. Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 20. 9. 1946, S. 178. Zitiert nach SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 144.

85 EBD. und BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 331–333.

Die Anhänger des Präsidentenamtes waren über das Anliegen eines solchen Verfassungsorgans keineswegs einer Meinung. Karl Scharnagl, von 1925 bis 1933 Oberbürgermeister von München und in der Verfassungsgebenden Landesversammlung ein einflussreicher Vertreter der CSU, oder Michael Horlacher, ebenfalls CSU und von 1946 bis 1957 amtierender Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, waren erklärte Anhänger der bayerischen Staatsidee von 1806. Entsprechend waren ihre Geschichtsbilder und ihr Denken über Föderalismus. Ihr Orientierungspunkt war allein der bayerische Staat, wie er seit rund 150 Jahren bestand. Beide wollten ein deutsches Bayern. Das aber sollte ein hohes Maß an Eigenstaatlichkeit besitzen. Deshalb schwebte ihnen zugleich ein möglichst dezentrales Deutschland vor und aus all diesen Gründen eine starke persönliche Regentschaft an der Spitze des Freistaates.⁸⁶ Dass auch Hans Ehard, der künftige Ministerpräsident, ähnlich dachte, wurde bereits erwähnt,⁸⁷ und auch Wilhelm Hoegner, der führende Kopf der SPD-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung, hing dieser Linie an.⁸⁸ Der subsidiär orientierte katholische Föderalist Hundhammer aber dachte hier in eine ganz andere Richtung. Seine Erwartung an ein Präsidentenamt wurde bestimmt von der Absicht, über ein solches Verfassungsorgan einen Damm gegen eine drohende Säkularisierung des bayerischen Staates aufzubauen. Seine große Besorgnis über einen möglichen Triumph des modernen Verfassungsstaates, eine Begrifflichkeit, die Hundhammer immer mit den von ihm partout nicht gewollten weltlichen Staat gleichsetzte, hat er zu keinem Zeitpunkt deutlicher zum Ausdruck gebracht als am 12. Mai 1949. An diesem Tag stand in der CSU-Landtagsfraktion die Annahme des Grundgesetzes auf der Tagesordnung. Hundhammer äußerte sich damals ablehnend und gab zur Begründung seiner Auffassung folgende Ausführungen zu Protokoll:

„Ich bin der Auffassung, daß die wirkliche Gefahr für die Zukunft des deutschen Volkes und Europas überhaupt und daß die wirkliche Gefahr für die Christen nicht die Partikularisten, sondern die Zentralisten sind. Diese werden mit einer sozialistischen Mehrheit, die vor unseren Türen steht, die Parlamente haben, um uns in unserer christlichen Linie endgültig aus dem Sattel zu heben (...) Die weltanschauliche Frage ist noch wichtiger als alles andere. Aus dem Weltanschaulichen heraus fällt die Entscheidung. ...“⁸⁹

86 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 143–144. Siehe auch BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 330–331.

87 GELBERG, *Ehard* (wie Anm. 74), S. 36

88 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 141–143. Nach Hans Ferdinand Groß hat auch Hanns Seidel, der bayerische Ministerpräsident von 1957–1960, im Jahr 1806, als Bayern mit seinen nunmehr fränkischen und schwäbischen Gebieten zum Königreich erhoben wurde, „den entscheidenden Einschnitt“ gesehen. Hans Ferdinand GROSß, *Seidel* (wie Anm. 75), S. 47.

89 Protokoll der Fraktionssitzung vom 12. Mai 1949, zitiert nach BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 347.

Diese Textstelle lässt sicherlich auch Interpretationen in Richtung Separatismus und verdeckte Sympathien für eine Rückkehr der Monarchie zu.⁹⁰ Hundhammers eigentliches Anliegen war aber der christlich geprägte Staat, den er, ähnlich wie Faulhaber auf dem Münchener Kirchentag von 1922, gefährdet sah durch den modernen Parteienstaat und seine entschiedene Festlegung auf das Prinzip der Volkssouveränität, das Kernstück der Ideen- und Staatslehre der Aufklärung und deren Kriegserklärung an die zuvor metaphysisch gedeutete Legitimation von Herrschaft. Hundhammers Gedankengänge wurzeln im Grunde im Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts; allerdings nicht in der klassischen Vorstellung, dass nur der Staat für die aktive Politik zuständig ist und die Gesellschaft sich defensiv zu verhalten hat, sondern umgekehrt und im Sinne seiner subsidiär ausgelegten Überzeugungen: Für die Politik ist zunächst die Gesellschaft verantwortlich, und zwar in einer vertikalen Rangfolge von unten nach oben. Der Staat hatte sich nach Hundhammer nur auf jene zentralen Aufgaben zu konzentrieren, die für ein Zusammenleben in der Großfläche unabweisbar sind. Dazu gehörten für ihn vor allem der Schutz der Selbstbestimmung und Freiheiten der ihm anvertrauten Lebenskreise. Wenn Hundhammer, wie am 12. Mai 1949, von Zentralisten sprach, dann meinte er damit nicht nur die Politiker aus dem gegnerischen Lager, sondern alle, die die parlamentarische Demokratie nur über die Ideen der Aufklärung und die Parteien definierten. Für Hundhammer war das der größte Sündenfall in der Politik. Denn der Staat, so seine Meinung, könne unter diesen Voraussetzungen nicht mehr gottgegeben sein und wäre in diesem Fall nur noch eine moralisch kraftlose und zum Spielball der Massen degradierte Herrschaftsorganisation. Spürbar wird hier ein ungewöhnlich hohes Maß an Aversionen der Moderne gegenüber. In ihnen ankert die eigentliche Triebfeder für den unbeugsamen und entschlossenen Widerstand Hundhammers gegen den in seinen Augen zentristisch gesonnenen Müller und dessen Rolle in der CSU-Gründungsgeschichte. Hier liegt auch der Grund für seinen fast schon an Obsession grenzenden Einsatz für ein bayerisches Staatspräsidentenamt. Mit Hilfe eines solchen Verfassungsorgans hoffte Hundhammer nicht nur die von ihm befürchtete Vormachtstellung einer parteienbeherrschten Legislative und Exekutive zu verhindern,⁹¹ sondern zumindest für Bayern den christlichen Staatsgedanken retten zu können.

Das Staatspräsidentenamt war in der Verfassungsgebenden Landesversammlung nur mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden, was den Ärger von Hundhammer noch gesteigert haben dürfte. Gescheitert war das ganze Vorhaben vor allem an dem Widerstand einer Minderheit innerhalb der CSU-

90 So etwa SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 144, allerdings hier in Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den Staatspräsidenten, und BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 346–347.

91 EBD. S. 340–341.

Fraktion, einer Gruppierung von Abgeordneten vornehmlich aus dem fränkischen Raum, deren Kopf Josef Müller hieß.⁹² Für Hundhammer waren das jene Zentristen im eigenen Lager, die aufgrund ihrer modernistischen und nationalistischen Gesinnungen das Herzstück seiner Verfassungspolitik zerstört hatten. Es kann darum nicht überraschen, dass er von nun an mit Müller keinen Frieden mehr finden konnte.

Etwa drei Jahre später, im Mai 1949, stand die Zustimmung Bayerns zum Grundgesetz im Zentrum der Münchener Politik. Hundhammer sah auch hierin ein Stück Verfassungswerk, das von Zentristen geschaffen worden war. Deshalb fühlte er sich erneut verpflichtet, zum Kampf für den christlichen Staatsgedanken anzutreten. Sein Gegenspieler hieß diesmal allerdings nicht Josef Müller, der noch im gleichen Monat seine Machtposition als Vorsitzender der CSU verlor.⁹³ Dagegen verfügte Hundhammer nach wie vor über einen großen Einfluss. Im Mai 1949 war er nicht nur Vorsitzender der CSU-Fraktion im Landtag, sondern zugleich auch Kultusminister. Der populärste Politiker der CSU hieß damals Hans Ehard, seit 1946 Ministerpräsident des Landes und seit Ende Mai 1949 als Nachfolger von Josef Müller auch Vorsitzender seiner Partei. In München amtierte ein reines CSU-Kabinett, das trotz anhaltender Querelen in den eigenen Reihen bis zum Mai 1949 durchgehalten hat.⁹⁴ In dieser durchaus spannungsgeladenen Situation entschied sich am 7. Mai 1949 zunächst die CSU-Fraktion mit einem Stimmenverhältnis von 39 zu 13 gegen eine Annahme des Grundgesetzes, was dann zur Folge hatte, dass der bayerische Landtag am 20. Mai das soeben vom Parlamentarische Rat verabschiedete Verfassungswerk mit einer Mehrheit von 101 zu 65 Stimmen ablehnte.⁹⁵ Dieses Votum war eindeutig, und doch verbarg sich dahinter ein Kompromiss, weil der Landtag gleichzeitig mit nur sechs Gegenstimmen die Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes auch für Bayern anerkannte, die dann auch wirksam wurde. Für eine andere Entscheidung bestand auch kaum Spielraum. Mit der inzwischen durchgeführten Währungsreform und der damit sicher gestellten Wirtschaftseinheit für die drei Westzonen waren nicht mehr zu korrigierende Vorentscheidungen gefallen. Außerdem hatten die Alliierten für die Annahme der Verfassung eine Zweidrittelmehrheit der Länder als Qualifikationshürde festgelegt, womit sie praktisch einem Vetorecht den Boden entzogen hatten.

Worin bestand nun ein Kompromiss in der Konstellation von Ablehnung und anerkannter Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes? Er lag von der Dramaturgie her in einer Auseinandersetzung zwischen Ehard und Hundham-

92 Hierzu ausführlich SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 132–148.

93 Siehe oben, S. 131f. und S. 138f. und die ausführliche Darstellung über den Sturz Müllers als Parteivorsitzender EBD, S. 292–329.

94 Näheres zum zweiten Kabinett Ehard EBD, S. 214 – 218.

95 BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 338 und S. 346 mit Hinweisen auf den aktuellen Forschungsstand.

mer um das Bonner Verfassungswerk, die im Vorfeld der Einigung stattgefunden hatte. Sechs Monate vorher, im November 1948, hatte Hundhammer noch seine „Zufriedenheit“ über den Stand der Beratungen in Sachen Grundgesetz geäußert.⁹⁶ Jetzt aber, im Mai 1949, als der Parlamentarische Rat seine Arbeit fast getan hatte, forderte er mit dem Rückenwind kirchlicher Kreise und auf Drängen von Georg Meixner, dem letzten politischen Prälaten,⁹⁷ für Bayern eine Volksabstimmung über das Verfassungswerk. Sein Verlangen untermauerte er mit einer herben Kritik an der Endfassung des Grundgesetzes. Vor allem missfiel ihm, dass das Kirchenrecht im Sinne der Weimarer Verfassung lediglich fortgeschrieben und die höchsten Ränge den persönlichen Rechten, der Gedankenfreiheit, der Pluralität der Wertwelten und der Volkssouveränität zuerkannt worden seien; für Hundhammer entscheidende Gesichtspunkte, um eine unerwünschte Verweltlichung der Staatskultur in Deutschland zu beklagen.⁹⁸ Mit Hilfe eines Plebiszits hoffte er nun, die Verbindlichkeit des Grundgesetzes für Bayern verhindern zu können. Zum Kern seiner Strategie gehörte eine angedachte Kampagne gegen die neue Verfassung in der Erwartung, dass sich eine Mehrheit gegen sie aussprechen würde. Zuspruch für seine Position erhoffte sich Hundhammer vor allem aus dem katholischen Bayern, wobei er offensichtlich auch auf den Flankenschutz der Kanzel und auf ein Aktionsbündnis mit der Bayernpartei setzte. Hundhammers Vorsätze waren weitreichend, vor allem aber hat er sie militant vorgetragen. Gesichert ist, dass er in den Anfängen seiner Offensive sogar mit dem Gedanken gespielt hat, die neue Bundesrepublik ohne die Beteiligung Bayerns gründen zu lassen. Ob er darüber hinaus auch noch mit einer Wiedereinführung der Monarchie geliebäugelt hat, ist dagegen bis heute eine Vermutung geblieben.⁹⁹

Die Kampfansage Hundhammers an die im Jahre 1949 aktuelle Verfassungspolitik führte innerhalb der CSU zu einer Gegenreaktion, die er in dieser Heftigkeit wahrscheinlich nicht so erwartet haben dürfte. Der Widerspruch kam dabei nicht nur aus dem Lager seiner innerparteilichen Gegner, sondern auch von Parteifreunden, die im Jahre 1946 noch an seiner Seite gestanden hatten, als es um die Aufnahme eines Staatspräsidentenamtes in die bayerische Verfassung ging.¹⁰⁰ Spätestens hier zeigt sich, dass der bayerische Staatsgedanke beziehungsweise der bayerische Föderalismus aus der Tradition heraus

96 EBD. S. 342f.

97 Georg Meixner (geb. 26.7.1887 in Ebensfeld, Oberfranken, gest. am 28.10.1960 in Bamberg), seit 1941 in Bamberg Domkapitular, 1947 Päpstlicher Hausprälat, 1946–1958 Mitglied des bayerischen Landtags und dort von 1951–1958 in der Nachfolge von Hundhammer Vorsitzender der CSU-Fraktion. Vgl. Theresia BAUER, *Georg Meixner*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 26), S. 325f

98 BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 343f. und Zitat auf S. 348.

99 EBD. S. 343 – 346.

100 Siehe oben, S. 138–140.

zwar enorme Kraft schöpfen konnte, dass aber die damit verknüpften Sinnfragen alles andere als einheitlich gesehen wurden. Das Gegensätzliche lässt sich über die unterschiedlichen Positionen von Ehard und Hundhammer verdeutlichen. Der amtierende Ministerpräsident wollte über ein modernes Staats- und Verfassungsrecht zu einer starken Stellung der Länder in einem künftigen deutschen Bundesstaat kommen.¹⁰¹ Vorbild war ihm dabei die *gouvernemental* ausgerichtete Strategie, wie sie der einstige Ministerpräsidenten Heinrich Held schon in der Zeit der Weimarer Republik angewandt hatte, als er eine Revision der Reichsverfassung in einem ähnlichen Sinne zu erreichen suchte.¹⁰² Hundhammer dagegen benutzte den föderalen Gedanken in erster Linie als Kampfinstrument für ein möglichst dezentralisiertes Deutschland. Entscheidend war für ihn nicht der bayerische Staatsgedanke, sondern die Sicherung christlicher Lebensformen und ihre strikte Abgrenzung nach Konfessionen.¹⁰³ Hundhammer wollte sicherlich nicht das Rad der Geschichte aufhalten, aber seine Sympathien für die bayerische und deutsche Welt vor den Umbrüchen der napoleonischen Zeit werden gerade hier deutlich spürbar. Kein Wunder, dass ihn seine Gegner deswegen für einen Reaktionär, Separatisten und Monarchisten hielten.¹⁰⁴ Für Ehard war die Bundestreue Bayerns überdies ein unverrückbarer Wert, bei Hundhammer war sie ein relativer.¹⁰⁵

Unmittelbar vor den Abstimmungen im bayerischen Landtag über das Grundgesetz musste Hundhammer gespürt haben, dass er mit seiner Verweigerungshaltung der neuen Bundesverfassung gegenüber, selbst in seiner Fraktion ins Abseits geraten war. Er war klug genug, von nun an nach einem Ausweg aus seiner Isolierung zu suchen. Die willkommene Brücke baute ihm der kluge Ehard, indem dieser ihm mit der Formel „Nein zum Grundgesetz, aber Ja zur Annahme seiner Rechtsverbindlichkeit auch für Bayern“ die erhoffte Möglichkeit bot, ohne Gesichtsverlust aus der selbstverschuldeten Sackgasse heraus zu finden.¹⁰⁶ Aus der Sicht der Bundespolitik ist das Abstimmungsverhalten des bayerischen Landtags verständlicherweise negativ im Sinne einer Ablehnung gedeutet worden. Oft wurde sogar die Bemerkung nachgeschoben, dieser Vorgang habe dem Ansehen Bayerns geschadet. Übersehen wurde dabei aber eine höchst verzwickte Situation. Bayern hatte im Jahre 1949 eine äußerst schwie-

101 Die ausführlichste Darstellung zu dieser Thematik findet sich bei GELBERG, *Ehard* (wie Anm. 74), S. 82–273.

102 Einzelheiten bei Klaus SCHÖNHOFEN, *Die Bayerische Volkspartei 1924–1932*, Düsseldorf 1972, S. 42–50 und S. 279.

103 Denkansätze in diese Richtung verraten seine Ausführungen in den Beratungen in der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 20.9.1946 über das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten. Die entsprechende Textstelle findet sich bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 144.

104 BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 346

105 GELBERG, *Ehard* (wie Anm. 74), S. 262–265.

106 BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 348.

rige innenpolitische Konstellation zu meistern, möglicherweise sogar eine Nachwehe aus dem konfessionellen Zeitalter. Erst als die Erblasten der Geschichte gemeistert waren, konnten auch in Bayern der moderne Staatsgedanke und mit ihm ein ebenbürtiger Föderalismus endgültig Fuß fassen.

Es kann jetzt in Bezug auf die Ausgangsfrage, ob die erbitterten Flügelkämpfe in der Frühgeschichte der CSU mehr als persönlich motivierte Rivalitäten um die Macht waren, ein Resümee gezogen werden. Die CSU und mit ihr die bayerische Innenpolitik durchlitten einen „Modernismusstreit“ auf verschiedenen Ebenen. In den Auseinandersetzungen standen auf der einen Seite die Traditionalisten und auf der anderen die Reform- und Erneuerungswilligen. Entlang dieser Formation wurde permanent gestritten über den Sinn einer christlich-demokratischen Partei (Stichworte Interkonfessionalität, Volkspartei, Honoratiorenpartei) über die Legitimation der Staatsgewalt (Stichworte gottgegebener Staat und Staatsgewalt oder eine durch das Volk verliehene und damit profane Staatsgewalt, öffentliche Geltung von Religion oder Religion als Privatsache) und über den Grad und Zielrichtung einer föderalistischen Staatsordnung (Stichworte subsidiär und gesellschaftlich dominierender Föderalismus oder ein bundesstaatlicher). Zum Abschluss dieses Beitrages bleibt noch die Frage zu klären, welche Umstände und Vorgänge dazu geführt haben, dass sich die Prinzipienstreitereien abschwächen und irgendwann einschlafen konnten.

Für die Überwindung der Flügelkämpfe in der jungen CSU waren sowohl innenpolitische Entwicklungen wie auch Wirkungen von außen, d. h., bundespolitische Einflüsse verantwortlich. Innenpolitisch ist es vor allem der Siegeszug der politischen Moderne in der Lebensform eines demokratischen Rechtsstaates, der sich auch in Bayern dank der Entschlossenheit einer großen Mehrheit in der Landespolitik nach der Hitlerdiktatur durchsetzen konnte. Dieser Prozess konnte auch nicht von einflussreichen Politikern wie Hundhammer und Schäffer aufgehalten werden, deren Freiheitsliebe sicherlich intakt war¹⁰⁷, die aber zu sehr der Tradition anhängen, um den bayerischen Staatsgedanken in Einklang mit dem Zeitgeist des 20. Jahrhunderts zu bringen. Als im Jahre 1949 das Grundgesetz zur Annahme anstand, musste die Fronde des gestrigen Bayern einlenken. Der Kompromiss in der Abstimmungsfrage war nur scheinbar ein Ausgleich zwischen Vormoderne und Moderne. In Wirklichkeit bedeutete er einen Triumph für die Anhänger eines föderativ und staatlich selbstbe-

107 Alois Hundhammer hatte nicht nur die Zeit des Dritten Reiches durchgestanden, er ist auch Ende der fünfziger und in den sechziger Jahre gegen den Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß aufgetreten, als dieser den Versuch startete, ehemals hochrangigen Funktionsträgern aus der Zeit der Hitlerdiktatur eine Chance auf ein politisches Mandat einzuräumen. Näheres bei Thomas SCHLEMMER, *Grenzen der Integration. Die CSU und der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit – der Fall Dr. Max Frauendorfer*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 675–742, Nachweis der Haltung Hundhammers S. 713–715.

wussten Bayern, das an seiner Treue zum nationalen Deutschland keinen Zweifel mehr aufkommen ließ. Der Einsicht in dieses unausweichliche Bekenntnis hat sich auch der CSU-Flügel um Hundhammer nicht entziehen können.

Ein weiterer Grund hat mit der Schulpolitik in Bayern nach 1945 zu tun, für die in Jahren von 1946 bis 1950 Alois Hundhammer in seiner Eigenschaft als Kultusminister zuständig war. Dass er in dieser Zeit die öffentlich organisierte Erziehung seines Landes nach den Doktrinen katholischer Schulpolitik ausgerichtet hat, ist sicherlich nicht zu bestreiten. Mit Blick auf das allmähliche Abflauen der Gesinnungsstreitereien sind allerdings die Säkularisierungstendenzen nicht zu übersehen, die es trotz Hundhammer und einer von ihm als Kultusminister strikt konfessionell und kirchenfreundlich gestalteten Schulpolitik dennoch gegeben hat.¹⁰⁸ Sie können auch einem erfahrenen Politiker wie ihn trotz aller Befangenheit im Weltanschaulichen nicht entgangen sein. Dieser scheinbar unaufhaltsame und überall greifbare Wandel in einem Bereich, in dem sich Staat und Kirchen besonders nahe waren, hat ihn und seinen Anhang letztlich zu einem pragmatischen Kurs in der Parteipolitik gezwungen, wobei die Einsicht bestimmend wurde, dass eine christliche Politik über eine Volkspartei eher Aussicht auf dauerhaften Erfolg hat als durch eine sektiererische Regionalpartei wie die Bayernpartei.

Solche Einsichten vertieften sich im Verlauf der bayerischen und bundesdeutschen Wahlgeschichte. Bei der Bundestagswahl am 14. August 1949 und bei der bayerischen Landtagswahl von 1950 erreichte die CSU wegen der Dauerstreitigkeiten auf ihrer Führungsebene¹⁰⁹ noch nicht einmal die 30-Prozent-Marke, nachdem sie 1946 bei den ersten Landtagswahlen mit 52,3 Prozent noch eine absolute Mehrheit errungen hatte. Herb waren die Verluste vor allem in den protestantischen Gegenden Frankens und in den altbayerischen Räumen gewesen, hier in erster Linie zugunsten der Bayernpartei und in Franken zugunsten der Sozialdemokraten und Liberalen. Kein Wunder, dass es angesichts dieses Umschwungs in der Wählergunst zu einer erheblichen Verschärfung der Spannungen in der CSU kam, deren Höhepunkt ein erbitterter Streit über die Koalitionsfrage war. Sie wurde auf Betreiben von Hans Ehard und Franz Josef Strauß gegen ein Bündnis mit der Bayernpartei und für eine Zusammenarbeit

108 Ausführlich zur Rolle Hundhammers als bayerischer Kultusminister BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 349–380.

109 Höhepunkt der Auseinandersetzungen des Streits war hier die Straubinger Landesversammlung im Mai 1949, die mit dem Sturz Josef Müllers als Vorsitzender der CSU endete und zur Wahl Hans Ehards in dieses Amt führte. Einzelheiten bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 321–329.

mit den Sozialdemokraten entschieden.¹¹⁰ In dieser äußerst kritischen Situation zeigte sich vor allem Alois Hundhammer verärgert, einmal weil er gegen ein Regierungsbündnis mit den Sozialdemokraten war, und zum anderen, weil für ihn als Kultusminister kein Platz mehr in der neuen Exekutive war. Das ihm von Ehard angebotene Landwirtschaftsministerium verschmähte er. In der Folge machte Hundhammer keinen Hehl aus seinem Bruch mit Ehard¹¹¹ – und übernahm danach die Rolle eines scharfen Kritikers der CSU/SPD-Koalition. Bis zum Jahre 1957 blieb Hundhammer die zentrale Gestalt der altbayerisch-katholischen Linie in der CSU und in diesem Sinne ein unbeugsamer Anwalt christlicher Werte und Traditionen. Als ihm aber zu diesem Zeitpunkt das Ministeramt für die Landwirtschaft angeboten wurde, nahm er das Ressort an, das er im Jahre 1950 noch zurückgewiesen hatte. Einfluss auf diese Entscheidung dürfte sicherlich die Oppositionsrolle gehabt haben, mit der sich die CSU seit 1954 abfinden musste, obwohl sie bei der vorangegangenen Landtagswahl mit Abstand stärkste Partei geworden war. Dass sich in dieser Situation sogar die katholisch ausgerichtete Bayernpartei an einer gegen die CSU gerichteten Viererkoalition unter der Führung der Sozialdemokraten beteiligen würde, dürfte auch Hundhammer überrascht und zu seiner Einsicht beigetragen haben, dass sein Diktum, dass nur ein gottgebener Staat eine „wahre“ christliche Politik gewährleisten könne, nicht mehr war als eine überlebte Idee. Es zeichnet ihn aus, dass er die neuen Realitäten erkannte und akzeptierte, christliche Politik nur noch im und nicht gegen den modernen Verfassungs- und Rechtsstaat zu betreiben.

Die stärksten Impulse zur allmählichen Beruhigung in der CSU kamen jedoch von außen, aus der jungen Bundeshauptstadt Bonn und der dort in einer Fraktionsgemeinschaft mit der CDU agierenden CSU. In Bonn verkörperte die CSU durch ihre Landesgruppe tatsächlich die Einheit, die sie in München suchte und dennoch nicht finden konnte. In Bonn kam die CSU in einem bürgerlichen Kabinett zu Einfluss, weil sie hierbei als ein tragendes Element wirksam werden konnte. In München musste die CSU dagegen wegen ihrer schlechten Wahlergebnisse eine Koalition mit der SPD eingehen und damit Macht abgeben. In Bonn hatte sie Anteil an der Regierung und auch bald an den Erfolgen, die diese erzielen konnte. Dort erreichte Schäffer als einer der Hauptfiguren der katholisch-altbayerischen „Liga“ eine glänzende Ministerkarriere. In München zog sich Hundhammer, die andere Führungsgestalt aus dieser Ecke, schmollend für eine Weile zurück. Die positiven Wirkungen, die

110 Die beste Darstellung zu diesen Abläufen findet sich EBD. S. 339–381. Siehe auch Franz Josef Strauß, der in seinen Erinnerungen ausdrücklich bestätigt, dass er im Jahre 1950 die Koalition seiner Partei mit der SPD gewollt hat. Franz Josef STRAUB, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 529.

111 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 381.

von Bonn auf die Entwicklung der CSU zu einer modernen und interkonfessionell organisierten christlich-demokratischen Partei ausgingen, erreichten eine erste und konkret fassbare Zwischenstation bei der Bundestagswahl von 1953, als die bis dahin enorm starke und in Altbayern eifersüchtig mit der CSU konkurrierende Bayernpartei nicht ein einziges Mandat errang, die CSU aber dank der Erfolge des ersten Adenauerkabinetts selbst in ihren protestantisch geprägten Diasporagebieten Frankens einen bemerkenswerten Zuspruch gewinnen konnte.¹¹² Zur eindeutig führenden Partei in Bayern stieg die CSU dann nach der Bundestagswahl 1957 auf, als die Unionsparteien eine absolute Mehrheit erreichten. Eine Nebenwirkung dieses Triumphes war das Ende der Viererkoalition gegen die CSU in München.¹¹³ Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde klar, dass die Geschichte des Föderalismus in Deutschland in der Zeit nach 1945 nicht nur in der traditionellen Vielfalt seiner regionalen Lebenswelten ihre Basis hatte, sondern, im Gegensatz zu Weimar, entscheidend mitgeprägt wurde durch eine Zentrale, der es wichtig war, mit den einzelnen Gliedstaaten des Bundes in Partnerschaft Politik zu organisieren. Dass gerade Bayern und insbesondere der bayerische Staatsgedanke durch dieses Zusammenspiel gewinnen sollte und in beeindruckender Weise den Anschluss an die Moderne finden würde, ist schon fast eine Ironie der Geschichte. Dazu zählt auch, dass daran selbst ein Alois Hundhammer beteiligt war, die vielleicht stärkste Figur bei der Verteidigung vorindustrieller und vormoderner Gesellschaftsmodelle. Im Jahre 1957 übernahm er in München das Ministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, wie bereits oben mitgeteilt, und führte es mit Erfolg bis zum Jahre 1969. Das er dabei großen Anteil an dem Weg der ländlichen Lebensbereiche in die Moderne hatte, zeigt den hohen Grad der Veränderungen an, den in diesen Jahrzehnten Bayern und die damalige Bundesrepublik erlebte.¹¹⁴

112 Ausführlich zur Rolle der CSU-Landesgruppe in Bonn und ihren Einfluss auf die bayerische Innenpolitik Petra WEBER, *Föderalismus und Lobbyismus. Die CSU-Landesgruppe zwischen Bundes- und Landespolitik 1949–1969*. In: Thomas SCHLEMMER/Hans WOLLER (Hg.), *Politik und Kultur im föderativen Staat 1949–1973*, München 2004, S. 23–116. Angemerkt sei auch SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 381–424.

113 GROß, *Seidel* (wie Anm. 75), S. 166–177.

114 Anregende Gedanken hierzu finden sich bei Friedrich PRINZ, *Die Geschichte Bayerns*, 3. Aufl., München 2003, S. 514–527.

Hans Globkes Verhältnis zu Ludwig Erhard

Von Erik Lommatzsch

Die Eignung Ludwig Erhards zum Bundeskanzler, gerade bezüglich seiner außenpolitischen Kompetenzen wurde von Vielen – zu Recht oder zu Unrecht – in Frage gestellt. Der mitunter sehr persönlich vorgetragenen, verletzenden Kritik sah sich Erhard ausgesetzt, als er seit Ende der 1950er Jahre Ambitionen zeigte, die Nachfolge Adenauers anzutreten. Neben denjenigen, die offen gegen Erhard Stellung bezogen, allen voran der erste Bundeskanzler, gab es einen, der meist im Hintergrund agierte, aber eine Reihe von Gelegenheiten nutzte, Erhard zu diskreditieren: Hans Globke.

I.

In seiner Eigenschaft als Wirtschaftspolitiker, als Wirtschaftsminister Adenauers war Ludwig Erhard im eigenen Lager nur selten umstritten. Der erfolgreiche, mit der Sozialen Marktwirtschaft verbundene Wiederaufbau in den fünfziger Jahren galt und gilt als Werk des „Vaters des Wirtschaftswunders“. Ungeachtet der Tatsache, dass eine Betrachtung von Erhards diesbezüglichen Qualitäten en détail ein nicht ganz so glattes Bild ergibt¹, wusste die CDU stets, was sie an ihrer „Wahlkampflokomotive“ hatte. Dass Ludwig Erhard erst sehr spät Parteimitglied wurde – als Jahr des Beitritts gilt 1963, mitunter wird erst das Jahr 1966, in dem er den CDU-Vorsitz übernahm, genannt; es finden sich sogar Versionen, nach denen er niemals formelles Parteimitglied war² – spielte hierbei keine Rolle.

So gern man in der CDU Erhard auf wirtschaftspolitischem Feld agieren ließ, so gern man sich seines nach außen demonstrierten Wohlstandsoptimismus' und seiner Jovialität – hier konnte er ein entsprechendes öffentlichkeitswirksames Defizit Adenauers ausgleichen – zum Stimmengewinn bediente: Auf eine uneingeschränkte Unterstützung aus den Reihen der Union konnte er nicht rechnen, sobald er sich anschickte, nach einer größeren Aufgabe zu greifen, nach dem Amt des Bundeskanzlers. Eine Reihe von maßgeblichen Persön-

1 Vgl. hierzu die passagenweise allerdings sehr missgünstige Arbeit von Volker HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, München 1996. Ausgewogener, wenn auch weniger detailreich: Alfred C. MIERZEJEWSKI, *Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft*, München 2005.

2 Hans-Ulrich JÖRGES/Walter WÜLLENWEBER, „Ludwig Erhard war nie Mitglied der CDU“, in: „Stern“ vom 26.7.2007. Günter BUCHSTAB, „Soll ich Anmeldeformulare ausfüllen?“. *Ludwig Erhard und die Parteibuch-Frage*, in: Die Politische Meinung 53 (2008) 462, S. 71–75; siehe auch Christopher BECKMANN, „Vor die staatspolitische Entscheidung gestellt ...“: *Briefe Ludwig Erhards an führende FDP-Politiker im Vorfeld der Bundestagswahl 1949*, in: Historisch-Politische Mitteilungen 17 (2010), S. 279–291.

lichkeiten stand derartigen Ambitionen des Wirtschaftsministers äußerst kritisch gegenüber. Nahe davor, Bundeskanzler zu werden, war Erhard im Frühsommer 1959 während der sogenannten Präsidentschaftskrise³, bis Adenauer seine Entscheidung, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren, zurückzog – auch, um Erhard als Bundeskanzler zu verhindern. Schließlich wurde Erhard im Herbst 1963 doch gegen dessen erklärten Willen Nachfolger Adenauers. Das Agieren Erhards als Regierungschef, im März 1966 war er zudem Adenauer auch als Parteivorsitzender nachgefolgt, gilt als weitgehend unglücklich, am 1. Dezember 1966 trat er schließlich zurück, im Mai 1967 legte er den CDU-Vorsitz nieder.

Adenauer wollte und brauchte Ludwig Erhard von Anfang an als Wirtschaftsminister, allerdings war das Verhältnis ebenso von Anfang an alles andere als spannungsfrei, insbesondere von Seiten Adenauers. Dass er Erhard als seinen Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers für völlig ungeeignet hielt, war niemals ein Geheimnis. Zwar übte Adenauer vereinzelt auch Kritik am Agieren des Wirtschaftspolitikers⁴, seine abfälligen Äußerungen über die mangelnden Qualitäten Erhards für das Amt des Regierungschefs jedoch sind Legion. Der „Kampf ums Kanzleramt“ ist sogar Gegenstand einer eigenen umfangreichen Studie.⁵ Auch von anderen CDU-Politikern sind reichlich negative Erhard-Urteile überliefert. So soll beispielsweise Bundespräsident Heinrich Lübke geäußert haben: „Ich will mich nicht in die Politik einmischen. Aber einen so unfähigen Kanzler wie Ludwig Erhard muß ich doch absetzen können.“⁶ Etwas moderater urteilte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und spätere Bundesminister Heinrich Krone, wenn er bereits am 7. März 1959 über den Wirtschaftsminister, der sich anschickte, im schließlich gescheiterten ersten Anlauf die Adenauer-Nachfolge zu übernehmen, in seinem Tagebuch notierte: „Ich weiß es, Erhard ist kein Politiker. Er ist nicht der Bundeskanzler, den wir brauchen.“⁷

Zwischen den Anhängern und Gegnern einer Kanzlerschaft Erhards innerhalb der CDU, zwischen Adenauer und Erhard selbst galt es, einen Ausgleich zu finden. Ludger Westrick, langjähriger Staatssekretär, vor allem aber enger Vertrauter von Ludwig Erhard, benannte fast ein wenig pathetisch eine Persön-

3 Vgl. die entsprechenden Kapitel in den einschlägigen Adenauer-Biographien: Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*. Band 2: *Der Staatsmann*, München 1994, S. 502–526, sowie Henning KÖHLER, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Band 2, Berlin 1997, S. 468–492; vgl. daneben die Studie von Wolfgang WAGNER, *Die Bundespräsidentenwahl 1959*, Mainz 1972.

4 Vgl. z. B. Globke an Krone, 8.8.1962, ACDP 01-028-011/3, NL Heinrich Krone. Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987.

6 Horst EHMKE, *Mittendrin. Von der Großen Koalition bis zur Deutschen Einheit*, Berlin 1994, S. 46.

7 Hans-Otto KLEINMANN (Bearb.), *Heinrich Krone, Tagebücher*. Erster Band: *1945–1961*, Düsseldorf 1995, S. 338.

lichkeit, die stets maßgeblich an der Problemlösung beteiligt gewesen sei: „Mit dankbarer Befriedigung aber erfüllt es mich, daß es auf Grund einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Staatssekretär Globke und mir wiederholt gelungen ist, auch sehr ernste Differenzen zwischen Adenauer und Erhard durch vermittelnde Aktionen zu glätten. Manche harten, kritischen und auch kränkenden Bemerkungen in Wort und Schrift konnten durch beruhigende Interpretationen oder abgerundete Formulierungen weitgehend ausgeglichen werden.“⁸ Sicher trug Globke dazu bei, durch besagte Interpretationen mehr als einmal die beiderseits zunehmend verhärteten Fronten aufzubrechen. Beim Blick in die Quellen zeigt sich allerdings, dass es mit dem Bild, welches Westrick vom ausgleichenden, bezüglich des Adenauer-Erhard-Konflikts um Frieden bemühten Globke zeichnet, nicht ganz so weit her war, wie der Erhard-Vertraute offenbar annahm.⁹ Im Übrigen erfreute sich auch Westrick selbst nicht unbedingt der Wertschätzung Globkes.

Hans Globke, der als einer der engsten und wichtigsten Mitarbeiter Adenauers gilt, der seit 1949 im Bundeskanzleramt tätig war und ihm formell von 1953 bis zum Rücktritt Adenauers im Oktober 1963 als Staatssekretär vorstand, unterstützte und beriet Adenauer oft in personalpolitischen Fragen.¹⁰ Mitunter hielt er Informationen über Personen fest, zumeist Nachteiliges, offenbar um es gegebenenfalls gegen diese einsetzen zu können.¹¹ Hier handelte es sich allerdings um einzelne Äußerungen, die Anlage von regelrechten Dossiers, die Globke oft nachgesagt wurde, lässt sich nicht nachweisen. Vergleicht man die in der Überlieferung vorliegenden Urteile Globkes über Andere, so bildet die durchgängig äußerst abfällige Beurteilung Ludwig Erhards eine Ausnahme. Die vermeintlich negativen charakterlichen Eigenschaften Erhards und insbesondere dessen Nicht-Eignung zum Kanzler sowie später zum CDU-Vorsitzenden stellte Globke in einer für ihn beispiellos deutlichen Weise heraus. Dies reichte von kleinen Sticheleien bis hin zur Beeinflussung Adenauers, seine Bundespräsidentchaftskandidatur zurückzuziehen, um Erhard als Kanzler zu verhindern. Eine derartige Beeinflussung ist in anderen Fällen in dieser Form nicht erkennbar. Von Abneigung Globkes gegenüber Erhard kann man auf jeden Fall sprechen. Das Meiste geschah intern. Nach außen war Globke,

8 Ludger WESTRICK, *Adenauer und Erhard*, in: Dieter BLUMENWITZ u. a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, Stuttgart 1976, S. 169–176, hier S. 176.

9 Für die Wahrnehmung Westricks vgl. zudem Äußerungen wie etwa, er habe sich „so gefreut, daß es mir [Westrick] mit freundlicher Hilfe von Herrn Globke gelungen ist, Herrn Adenauer zu veranlassen, zum 60. und zum 65. Geburtstag von Erhard (1957 und 1962) in das Bundeswirtschaftsministerium zu kommen und auf Erhard eine großartige Rede zu halten“. ACDP 01-309, NL Ludger Westrick (Aufzeichnung Westricks, S. 18).

10 Zu Globke insgesamt vgl.: Erik LOMMATZSCH, *Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers*, Frankfurt/M. u. a. 2009.

11 Vgl. die Notizen Globkes in ACDP 01-070-001/1, NL Hans Globke.

wie aus dem oben aufgezeigten Urteil Westricks hervorgeht, der ruhige, sachliche Vermittler im Hintergrund. Dies traf wohl bei vielen Konflikten zu, die der Adenauer-Vertraute löste. Ging es hingegen um Erhard, so wusste Globke, Öl ins Feuer zu gießen, und seine sonst oft und zu Recht gerühmte sachliche Nüchternheit ließ ihn zuweilen im Stich.

II.

Eine Stellungnahme Globkes vom 1. September 1958 ließe sich noch problemlos als der Politik der Regierung Adenauer sachdienlicher Widerstand gegen Ansprüche und Eitelkeiten eines Ministers einordnen. Hier teilte Globke dem Bundeskanzler mit, er habe erfahren, Erhard wolle für seine Ostasien-Reise ein Sonderflugzeug der Lufthansa benutzen, „um diese Fahrt nicht in ausländischen Maschinen machen zu müssen.“ Erhard habe sich an „die Wirtschaft“ gewandt, damit diese ihm das Flugzeug zur Verfügung stelle, im Gegenzug sollten ihn „10 an dem Asien-Geschäft interessierte Wirtschaftler begleiten“. Die abschließende Meinung Globkes hierzu lautete: „Ich habe gegen die Durchführung dieses Planes nicht unerhebliche Bedenken, zumal das Flugzeug 1 Mio. DM kosten soll.“¹²

Die Flugzeuggeschichte ist allerdings nur ein kleiner Mosaikstein im meinungsmachenden Wirken Globkes gegen Erhard. Die wohl drastischsten Worte, die nicht unerheblich zu Adenauers letztendlicher Entscheidung beigetragen haben dürften, sind im Zusammenhang mit der sogenannten Präsidentschaftskrise des Jahres 1959 überliefert. Globke beteiligte sich hier im Hintergrund rege an der Diskussion um die anstehenden personellen Regelungen.

Bereits im Juli 1958 hatten Adenauer, Globke und Krone über die Nachfolge von Theodor Heuss, dessen Amtszeit 1959 auslief, gesprochen.¹³ Als Wahltag war der 1. Juli 1959 angesetzt. In der Folgezeit wurde eine Reihe von Namen aufs Tableau gebracht, die für das Amt des Bundespräsidenten in Frage kamen.¹⁴ Erwogen wurde zeitweise, die Amtszeit von Heuss zu verlängern, wofür eine Verfassungsänderung notwendig gewesen wäre. Dies zerschlug sich, da dafür die Stimmen der SPD gebraucht worden wären, die jedoch mit Carlo Schmid ihren eigenen Kandidaten aufstellte. Adenauer favorisierte nun eine Zeitlang Kai-Uwe von Hassel, der allerdings lieber Ministerpräsident in Schleswig-Holstein bleiben wollte. Unter den seitens der CDU ins Spiel gebrachten Kandidaten fand sich auch Ludwig Erhard.

12 Globke an Adenauer, 1.9.1958, StBKAH, III/17.

13 KLEINMANN (wie Anm. 7), S. 311.

14 Ausführlicher zur Kandidatensuche vor Adenauers Entschluss, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren: SCHWARZ (wie Anm. 3), S. 507–515, LOMMATZSCH (wie Anm. 10), S. 281–284.

Für diesen hatte sich vor allem der Innenminister Gerhard Schröder eingesetzt – um einen „Vordermann“ aus dem Weg zu räumen, wie Krone in einem Tagebucheintrag argwöhnte.¹⁵ In einem Gespräch am Abend des 23. Februar 1959 gelang es Schröder, Adenauer von den Vorteilen einer Kandidatur Erhards zu überzeugen, denn dieser würde die FDP-Stimmen auf sich ziehen. Er schien für das Amt zur Verfügung zu stehen und Adenauer legte sich auf Erhard als Kandidaten fest.¹⁶ Verschiedene Gründe, die sich nicht bis ins letzte Detail aufschlüsseln lassen dürften, trugen schließlich dazu bei, dass Erhard bereits am 28. Februar 1959 Adenauer mitteilte, er nehme von der Kandidatur Abstand. Der Wirtschaftsminister schrieb, dass Personen eine größere Rolle spielten als Programme und er mit seiner Popularität lieber Adenauer unterstützen wolle, was er als Bundespräsident schwerlich tun könne.¹⁷ In der Meinung, dass er der CDU als Stimmenmagnet nicht verloren gehen dürfe, ist er wohl vielfach im Vorfeld seiner Entscheidung bestärkt worden; auch gab es anderweitig an dieser Entscheidung Interessierte: Eugen Gerstenmaier rechnete wohl damit, unter einem Kanzler Ludwig Erhard Außenminister zu werden.¹⁸ Der Brief Erhards an Adenauer fand sich bereits drei Tage später bei der Deutschen Presse-Agentur. Globke, offenbar sensibilisiert in der Frage der Nachfolge, äußerte in einem Telefonat mit dem Chef des Bundespräsidialamtes, Karl Theodor Bleek, am 3. März 1959 den Verdacht, der Pressereferent des Wirtschaftsministers habe dieses Schreiben an die Presse lanciert.¹⁹ Damit wäre der eher zögerliche Erhard vor der Gefahr des Weglobens bewahrt worden. Dies unterstellt allerdings, dass Erhard und seine später sogenannte „Brigade“ bereits zu dieser Zeit das Kanzleramt fest im Visier gehabt hätten und Erhard nie wirklich mit dem Gedanken gespielt habe, Bundespräsident zu werden.

Nach der Absage Erhards wurde verstärkt überlegt, ob ein angesehener Gelehrter möglicherweise ein geeigneter Bundespräsident sei. Genannt wurden beispielsweise der prominente Wirtschaftswissenschaftler Franz Böhm²⁰, der Adenauer allerdings nicht so recht zusagte, oder der Präsident des Bundesgerichtshofs, Hermann Weinkauff. Globke hatte sich bereits am 20. Februar 1959 gegenüber dem Bundeskanzler für den Juristen Helmut Coing stark gemacht,

15 KLEINMANN (wie Anm. 7), S. 335.

16 SCHWARZ (wie Anm. 3), S. 509f.

17 Erhard an Adenauer, 28.2.1959, ACDP 01-070-003/1.

18 SCHWARZ (wie Anm. 3), S. 510.

19 Vermerk über ein Telefongespräch zwischen Globke und Bleek, 3.3.1959, zitiert bei SCHWARZ (wie Anm. 3), S. 511.

20 Vgl. Niels HANSEN, *Franz Böhm mit Ricarda Huch. Zwei wahre Patrioten*, Düsseldorf 2009, zur Frage der Kandidatur als Bundespräsident S. 483–488.

der kurz zuvor zum Vorsitzenden des Wissenschaftsrates gewählt worden war.²¹

Ein klarer Favorit war nicht erkennbar. Folgt man Hans-Peter Schwarz, so sei es ein „naheliegender Gedanke“ gewesen, dass „der greise Kanzler das Präsidentenamt als Zwischenetappe zur endgültigen Pensionierung übernimmt oder – wahrscheinlicher – während der fünfjährigen Amtszeit verstirbt.“²²

Wann bei Adenauer der Entschluss reifte, selbst zu kandidieren und so sein politisches Leben mit der Übernahme des Amtes des Bundespräsidenten, welches ehrenvoll und weit weniger aufreibend als die Kanzlerschaft gewesen wäre, zu beenden, lässt sich schwer sagen. Jedenfalls teilte Globke Adenauer am 2. April 1959 beim täglichen gemeinsamen Spaziergang im Garten des Palais Schaumburg mit, dass der Bundeskanzler auf der nächsten Sitzung des Komitees der CDU/CSU zur Vorbereitung der Wahl des Bundespräsidenten²³ am 7. April 1959 „von einigen Herren“ darauf angesprochen werde, für dieses Amt zu kandidieren. Adenauer schrieb später in seinen Memoiren, dass er überrascht gewesen sei und Globke geglaubt habe, er werde ablehnen, „es sei denn, wir hätten eine Verfassung, wie de Gaulle sie habe“. In den „Erinnerungen“ des Bundeskanzlers ist auch nachzulesen, er habe die Sache zunächst nicht ernst genommen.²⁴

Letzteres und die Behauptung, von der Möglichkeit seiner Kandidatur am 2. April völlig überrascht worden zu sein, darf man wohl getrost in Zweifel ziehen. Oder hat ihm tatsächlich erst Globke mit der „de-Gaulle-Verfassung“ das ausschlaggebende Stichwort präsentiert? Jedenfalls bekam Globke, nachdem er sich Adenauers Klagen über eine schlaflose Nacht angehört hatte, bereits am 3. April den Auftrag, eine Ausarbeitung über die Befugnisse des Bundespräsidenten erstellen zu lassen.²⁵

21 Nach WAGNER (wie Anm. 3), S. 13, hatte Adenauer seit Jahresbeginn die Idee favorisiert, einen angesehenen Gelehrten als Bundespräsidenten wählen zu lassen. Folgt man dagegen Hans-Peter SCHWARZ (wie Anm. 3), S. 512, so verfiel Adenauer erst nach der Absage Erhardts auf die „Professorenlösung“.

22 EBD.

23 Dem Wahlkomitee gehörten an: Adenauer, Blank, Gerstenmaier, von Hassel und Krone, letzterer sowohl in seiner Funktion als Mitglied des CDU-Bundesvorstandes als auch als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, die Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden, die Landesvorsitzenden, die Landtagsfraktionsvorsitzenden, 12 weitere Mitglieder der Bundestagsfraktion, die CDU-Ministerpräsidenten sowie für die CSU der Vorstand (Strauß, Eberhard und Seidel, zugleich als CSU-Ministerpräsident), sechs Vertreter der Landesgruppe und vier Vertreter der Landtagsfraktion. Vgl. die Liste im Anhang des Schreibens der Bundesgeschäftsstelle der CDU (Müllenbach) an Globke, 25.3.1959, ACDP 01-070-003/1. Vgl. auch die Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 11.3.1959, in: Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961*, Düsseldorf 1994, S. 348–384.

24 Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1955–1959*, Stuttgart 1967, S. 497.

25 WAGNER (wie Anm. 3), S. 27.

Bereits einen Tag später lag eine Übersicht vor, die neun Punkte auflistete.²⁶ Der stark repräsentative Charakter des Amtes des Bundespräsidenten wurde hier sichtbar, weit entfernt von den Machtbefugnissen etwa eines französischen Staatspräsidenten. Offenbar ließ sich Adenauer von den eingeschränkten Gestaltungsspielräumen nicht abschrecken. Sein Entschluss schien sich verfestigt zu haben. Krone, der sich zu dieser Zeit in Berlin aufhielt, wurde von Globke telefonisch über die neue Sachlage in Kenntnis gesetzt. Interessanterweise fiel auch hier sofort ein Begriff: „Mein erster Gedanke: Auf dem Wege de Gaulles?“²⁷ Zumindest den Tagebucheintragungen Krones folgend, bestärkte Globke den Kanzler, das Amt des Bundespräsidenten zu übernehmen. Eine Begründung Globkes findet sich allerdings nicht. Krones Vermutung, der Staatssekretär Sorge sich um die Gesundheit des Kanzlers, wurde zurückgewiesen, obwohl Globke durchaus einräumte, Adenauers Ärztin habe auf einer geringeren Inanspruchnahme ihres Patienten bestanden. Globke sah sehr wohl, dass im Falle einer Kandidatur kein anderer als Erhard Bundeskanzler werden würde; er verteilte auch gleich Aufgaben: Krone müsse in diesem Fall Vizekanzler werden, um Erhard in „Politik und Verwaltung“ zur Seite zu stehen, da der Wirtschaftsfachmann auf diesen Feldern „nicht sonderlich zuhause sei“²⁸. Viel Zutrauen hatte er nicht in dessen Fähigkeiten, wenn er ihm als Regierungschef sogleich einen Vizekanzler für die Felder „Politik und Verwaltung“ zur Seite gestellt wissen wollte, aber immerhin vermochte er sich eine Kanzlerschaft Erhards Anfang April 1959 noch vorzustellen.

Am 6. April trafen von Hassel, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Franz Meyers, Hermann Höcherl als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und Krone bei Adenauer zusammen. Adenauer sprach über die Befugnisse des Bundespräsidenten aufgrund der bei Globke in Auftrag gegebenen Ausarbeitung. Globke hielt sich, wie gewöhnlich, im Hintergrund. Aus der Tatsache, dass Meyers Adenauer als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vorschlug, also offenbar noch nichts von dessen eigenem Entschluss zur Kandidatur wusste, folgerte der Tagebuchschreiber Krone, dass der Kreis derer, die bereits von Adenauers diesbezüglichen Überlegungen Kenntnis besaßen, noch

26 [Übersicht], o. D., ACDP 01-070-003/1. Im Einzelnen handelt es sich um: Mitwirkung bei der Wahl des Bundeskanzlers (Vorschlagsrecht, ggf. Auflösung des Bundestages), Ernennung des Bundeskanzlers und der Bundesminister, Außenpolitische Befugnisse (Völkerrechtliche Vertretung des Bundes, Beglaubigung und Empfang von Diplomaten, Vorlage von Berichten über die Außenpolitik), Ernennung von Beamten, Richtern und Offizieren, Ausfertigung von Gesetzen (dabei bleibt offen, ob ein materielles Prüfungsrecht besteht), Feststellung des Verteidigungsfalls bei Gefahr, Gnadenrecht, Verleihung von Orden, Teilnahme an Kabinettsitzungen bzw. Unterrichtung durch den Staatssekretär des Bundespräsidialamtes.

27 KLEINMANN (wie Anm. 7), S. 347.

28 EBD. S. 348.

nicht allzu groß sein könne.²⁹ Im Übrigen hatte auch Robert Pferdmenges Adenauer geraten, Bundespräsident zu werden, bereits Ende März.³⁰ Die Meinung des alten Freundes Pferdmenges dürfte bei Adenauer von Gewicht gewesen sein.

Natürlich warf Adenauer die Frage auf, wer seine Nachfolge im Kanzleramt antreten würde. Er selbst favorisierte Bundesfinanzminister Franz Etzel. Krone meinte, er selbst sei schon immer für Etzel gewesen. Nur Hermann Höcherl deutete an, es werde „in der Fraktion aber auch Stimmen für Erhard geben.“³¹ Eine massive Untertreibung. Ob Höcherl vorsichtig die Aufmerksamkeit des Kanzlers in diese Richtung lenken wollte? Jedenfalls scheint das Thema der Kanzlernachfolge Adenauer an diesem 6. April nicht weiter beschäftigt zu haben. Krone erwähnte diesen Punkt in seinem Tagebucheintrag gar nicht, Adenauer sollte sich später in seinen „Erinnerungen“ dem Vorwurf der politischen Kurzsichtigkeit in einer derartig wichtigen Frage entziehen, indem er einfach behauptete, alle Teilnehmer der Besprechung hätten für Etzel plädiert³² und die Einwände Höcherls so außen vor ließ.

Mit Heuss traf Adenauer ebenfalls an diesem 6. April zusammen; dem Bundespräsidenten suggerierte er allerdings, dass am Folgetag in der Kandidatenfrage „noch keine Namensentscheidungen“ fallen würden³³.

Hatte sich Adenauer wirklich erst in der Nacht zur Kandidatur entschlossen? Jedenfalls ließ er am 7. April 1959 das Wahlkomitee seine Entscheidung wissen. Allerdings verkündete er den Entschluss nicht gleich, sondern sprach zunächst über das Thema, welches ihn seit ein paar Tagen bewegte: Aufgaben und Rechte des Bundespräsidenten. In der Sitzungspause gab der Kanzler Krone und von Hassel seine endgültige Entscheidung bekannt, die jedoch schon am Vortag festgestanden haben dürfte; danach wurden andere einzeln informiert. „Als die Sitzung wieder begann, war es bekannt.“ Die meisten waren davon überrascht, ebenso die Fraktion.³⁴

Globke hatte an dieser Sitzung teilgenommen, sich jedoch nicht geäußert. Dies ist neben seiner üblichen Zurückhaltung wohl damit zu erklären, dass er formell kein Mitglied des Wahlkomitees war.

Am 8. April 1959 wandte sich Adenauer in einer Rundfunk- und Fernsehansprache an die Öffentlichkeit und verkündete seine Entscheidung. Unter ande-

29 EBD.

30 EBD.

31 WAGNER (wie Anm. 3), S. 29f.

32 Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1955–1959*, Stuttgart 1967, S. 498.

33 Theodor HEUSS, *Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper*, hg. und eingel. von Eberhard PIKART, Tübingen/Stuttgart 1970, S. 420.

34 KLEINMANN (wie Anm. 7), S. 348f.

rem meinte er, sein Entschluss sei dazu bestimmt, „auf Jahre hinaus die Kontinuität unserer Politik zu sichern.“³⁵

Am Abend desselben Tages trat er seinen Urlaub in Cadenabbia an, als scheidender Kanzler und voraussichtlich künftiger Bundespräsident. Für knapp zwei Monate sollte er in dieser Position verharren. Ausweislich der überlieferten Quellen beschäftigte er sich erst nach der Verkündung seines Entschlusses der Kandidatur mit der Frage, die für ihn vorher offensichtlich nur am Rande von Bedeutung war: der Frage, wer ihm im Amt des Bundeskanzlers nachfolgen würde. Eine mögliche, wenn auch spekulative Erklärung für die Verdrängung dieses wichtigen Punktes wäre, dass Adenauer im Glauben an die eigene Machtvollkommenheit gar nicht auf die Idee gekommen ist, dass im Falle seiner Präsidentschaft ein Kanzler die Republik regieren könne, der nicht seinen Vorstellungen entsprechen würde. Oder glaubte er wirklich, Heuss hätte seine Machtbefugnisse nur nicht extensiv in Anspruch genommen und er könne als Bundespräsident in gewisser Weise weiter regieren?

Der Bonner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“, Fred Luchsinger, erfuhr von Globke, dass Adenauer für seine Nachfolge neben Franz Etzel noch drei weitere Kandidaten in Betracht ziehe. Namen sind allerdings nicht überliefert, vielleicht begnügte sich Globke damit, Luchsinger gegenüber lediglich die Zahl zu nennen. Erhard werde jedoch von Adenauer für politisch gefährlich gehalten, zudem lehnten ihn die Franzosen und der italienische Ministerpräsident Antonio Segni ab. Erhard werde hier eines „Übermaßes von Anglophilie verdächtigt“ und man betrachte ihn als „eine Gefahr für die europäische Integration“.³⁶

Da sich Adenauer der Wirklichkeit nicht annähern wollte, kam diese zu ihm; die Gegebenheiten waren ihm wohl am Comer See relativ schnell klar geworden. Von Anfang an stand außer Zweifel, dass Erhard von allen Nachfolgekandidaten die mit Abstand besten Chancen hatte. Er selbst strebte ins Kanzleramt, war populär und hatte die für einen solchen Weg notwendige politische Unterstützung eines großen Teils von Partei und Fraktion. Die Befürchtungen Adenauers bezüglich der Gestaltung der Außenpolitik unter einem Kanzler Ludwig Erhard spielten in den diesen unterstützenden Kreisen offenbar nur eine nachgeordnete Rolle. Von seinen Beratern war Adenauer wiederholt auf die starke Stellung Erhards hingewiesen worden. So beispielsweise Anfang Januar 1959, als er Krone gegenüber äußerte, dieser solle ihm im Amt des

35 Wortlaut nach der „Zeittafel“ über die Vorgänge um die Kandidatur Adenauers im Nachlass Franz Josef Bach, ACDP 01-394-001.

36 Globke in einem Gespräch mit Luchsinger, 22.7.1959, Privatarchiv Fred Luchsinger, Zürich, zitiert bei Hanns Jürgen KÜSTERS, *Dokumentation: Kanzler in der Krise. Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ultimatum und Bundespräsidentenwahl 1959*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36 (1988), S. 733–768, hier S. 741.

Kanzlers und im Vorsitz der Partei nachfolgen, und Krone meinte, dass in der Fraktion niemand an ihn denken würde, die Fraktion würde, „wenn die Stunde die Wahl verlange“, Erhard wählen. Adenauer sprach das aus seinem Munde übliche Verdikt über Erhards außenpolitische Fähigkeiten: „Ihm bange ... wenn Erhard einmal für die Außenpolitik Verantwortung trüge.“³⁷ Man hat mitunter den Eindruck, Adenauer habe bis zu seinem Urlaub nicht wirklich geglaubt, dass Erhard sein Nachfolger werden könne, da seine außenpolitische Unfähigkeit doch so offenkundig sei. Einig wusste er sich in dieser Beurteilung mit Globke, der allerdings in den Frühlingstagen des Jahres 1959 einen realistischeren Blick hatte, den ungeliebten Erhard im Kanzlersessel sah und bereits nach Kompensationsmöglichkeiten Ausschau hielt, etwa indem er erwog, Erhard Krone, wie bereits erwähnt, als Vizekanzler zur Seite zu stellen.

Adenauer konnte seinen Urlaub am Comer See nicht recht genießen. Er sah, dass sich Erhard ziemlich ungeniert anschickte, sein Erbe anzutreten. Höcherl und Krone berichteten Adenauer in Cadenabbia „übereinstimmend, daß in Bonn eine starke Strömung für Erhard herrsche; Höcherl fügte hinzu, es würde viel Arbeit brauchen, um Etzel bei der Fraktion durchzubringen. Erhard wolle nicht im Kabinett sein unter einem anderen Kanzler als Adenauer. Deshalb hätte Etzel vermutlich überhaupt keine Chance.“³⁸

Der Brief, den Adenauer am 15. April 1959 an Globke schrieb³⁹, lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Über die Frage des künftigen Bundeskanzlers mochte er bis auf weiteres nicht sprechen. Allerdings sollte Etzel veranlasst werden, in der Öffentlichkeit einige Reden über europäische Fragen zu halten. Etzel würde, so Adenauers Meinung, dafür als besonders kompetent betrachtet. „Ich meine, dass er sich überhaupt nicht so sehr zurückhalten sollte.“ Adenauer setzte also trotz Gegenwind weiterhin auf seinen Wunschnachfolger, aber den sich formierenden Gegner sah er nun auch. Weiter heißt es in dem Schreiben, Erhards Pressereferent Karl Hohmann entfalte eine umfangreiche Propaganda, Etzel solle etwas dagegen tun. Soweit der maschinenschriftliche Brief an Globke. Im Unterschied zu der im Nachlass Adenauers überlieferten Durchschrift⁴⁰ findet sich auf dem Schreiben, das Globke erhielt, ein anderthalbseitiger handschriftlicher Zusatz. Unter anderem ist dort zu lesen: „Erhardt [sic] macht eine beängstigende Reklame. Auch das zeigt, dass er völlig ungeeignet ist. Kann man nichts tun, ihn abzustoppen? Hinweis auf Notwendigkeit ihn der Wirtschaft unbedingt [von Adenauer unterstrichen] zu erhalten?“ Es war sichtlich keine nüchterne Überlegung, die Adenauer zur Nie-

37 KLEINMANN (wie Anm. 7), S. 323f.

38 Globke in einem Gespräch mit Luchsinger, 22.7.1959, Privatarchiv Fred Luchsinger, Zürich, zitiert bei KÜSTERS (wie Anm. 36), S. 741.

39 Adenauer an Globke, 15.4.1959, ACDP 01-070-052/2.

40 Adenauer an Globke, 15.4.1959, StBKAH, III/17.

derschrift dieser Zeilen trieb, der Name des Wirtschaftsministers wurde im Eifer des Gefechts falsch geschrieben, das verständliche Werben Erhards hielt er für einen Beweis für dessen Unfähigkeit und schließlich dürfte die Frage an Globke, wie man ihn „abstoppen“ könne, nicht nur rhetorisch gemeint gewesen sein.

Adenauer war die ersten Schritte in Richtung Bundespräsidialamt gegangen, Globke hatte ihn hierbei, wie stets, begleitet. Er war Adenauers Linie gefolgt und hatte versucht, für dessen Nachfolge zu planen. Spätestens mit diesem Brief brachte Adenauer Globke gegenüber zum Ausdruck, dass er nach diesen ersten Schritten wieder umzukehren gedachte. Als Kanzler hielt er sich ohnehin für schwer ersetzbar, und die Möglichkeit eines Bundeskanzlers Erhard schreckte ihn zusätzlich ab. Betrachtet man die Einschätzung der Fähigkeiten Erhards durch Globke, so dürfte es diesem nicht schwer gefallen sein, die Drehung des Kanzlers mit zu vollziehen und ihn nun auf seine Weise zu bestärken, im Amt zu bleiben.

Klare Positionen erreichten den Kanzler aus Bad Gastein. Dort hatte der gesundheitlich angeschlagene Globke während einer Kur am 21. Mai 1959 seine Gedanken über die Nachfolgefrage schriftlich dargelegt. Mit sieben handgeschriebenen Seiten ist die Betrachtung im Vergleich zu Globkes sonstigen Briefen ungewöhnlich lang.⁴¹ Der Inhalt des Schreibens lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass Globke sich definitiv gegen Erhard als Bundeskanzler aussprach. Zwar gab Globke vor, „das Für und Wider der verschiedenen Möglichkeiten abzuwägen“, jedoch führte er Adenauer die Situation in einer Weise vor Augen, die an Klarheit wenig zu wünschen übrig ließ.

So würde natürlich eine Rücknahme der Kandidatur unter CDU-Mitgliedern und -Wählern „eine große Bestürzung und Aufregung“ hervorrufen, zumal der Entschluss (Globke schrieb an dieser Stelle bereits „Ihr früherer Entschluß“) zur Kandidatur in der deutschen Öffentlichkeit gut angekommen sei, die Gründe für einen Rückzug seien dann wohl schwer zu vermitteln. Zudem liege es nicht im Interesse der CDU, Erhard abzuwerten. Jedoch würde „die Wahrheit über Erhard“, die mit dem Beharren Adenauers auf dem Posten des Bundeskanzlers verbunden wäre, unweigerlich „aber eine solche Abwertung bedeuten.“ Die absolute Mehrheit bei der 1961 anstehenden Wahl sah Globke in diesem Fall gefährdet. Klingt das nach einer Empfehlung, Adenauer solle seine Kandidatur aufrecht erhalten und sich mit einem Kanzler Erhard abfinden? Spätestens die weitere Argumentation des Globke-Briefes zeigt, dass der Staatssekretär hier nur scheinbar die Aufrechterhaltung der gegenwärtig vorgesehenen Konstellation – Adenauer als Bundespräsident, Erhard als Kanzler – in Erwägung gezogen hat. „Auf der anderen Seite läßt sich m. E. [Globkes] nicht über die Bedenken hinweggehen, die gegen eine Nachfolge Erhards spre-

41 Globke an Adenauer, 21.5.1959, StBKAH, III/17.

chen.“ Dieser Satz ist eine recht harmlose Einleitung, denn die folgenden Passagen gehören zu den ganz wenigen überlieferten schriftlichen Zeugnissen, in denen der sonst stets ruhige und sachliche Hans Globke das Reich der Zurückhaltung und der ausgewogenen Reflexion verließ: Erhard mangle es an politischem Gefühl in außenpolitischen Fragen, die bei ihm vorherrschende Unsicherheit, die er manchmal überkompensieren wolle, sei so augenscheinlich, „daß die Verantwortung vor dem deutschen Volke es verbietet, an Erhards Bestellung zum Bundeskanzler mitzuwirken.“

Globke griff wieder einen Gedanken auf, den er schon einmal geäußert hatte. Er habe überlegt, ob es möglich sei, im Falle einer Kanzlerschaft Erhards die Schwierigkeiten in der Form zu überwinden, dass dieser sich verpflichte, bei der Regierungsbildung „bestimmte personelle Entscheidungen“ zu treffen, „die als Gewähr für die Fortsetzung der bisherigen Politik wirken würden.“ Globke verwarf den Gedanken allerdings gleich wieder, zu einer anderen Zeit wäre so etwas möglich gewesen. „Aber im Augenblick, wo die Entscheidung bevorsteht, ob auch das Volk in der Bundesrepublik der kommunistischen Versklavung ausgeliefert wird, scheint mir das Experiment zu gewagt.“

Die internationale Situation dieser Zeit war zweifellos angespannt, aber Angst vor einer „kommunistischen Versklavung“, in die eine Kanzlerschaft Erhards hätte führen können, kann doch getrost als heftig übertrieben bezeichnet werden. Hat Globke selbst an Aussagen wie diese geglaubt? Wollte er damit Adenauers Absichten, sich von der Kandidatur zurückzuziehen, um Erhard als Bundeskanzler zu verhindern, noch einmal nachdrücklich unterstützen? Den Nerv des Kanzlers dürfte er jedenfalls getroffen haben. Das „Einrahmungskonzept“ war vom Tisch, die Kontinuität der Adenauerschen Politik, die das Ziel des Ganzen war, müsse gewahrt werden. Und unter einem Kanzler Erhard sei das einfach nicht möglich.

Globke unterbreitete Adenauer nun seine Vorstellungen über das weitere Vorgehen. Eine Gruppe von einem Dutzend entschlossener Männer der CDU-Fraktion, „darunter auch solche der CSU“, müsse gefunden werden, die Erhard klar machten, „daß er zum gegenwärtigen Augenblick für das Amt des Bundeskanzlers nicht geeignet ist“. Für den Fall, dass Erhard dann nicht von sich aus den Rückzug antrete, solle ihm die Bloßstellung angedroht werden: „Sie [die entsprechenden CDU/CSU-Fraktionsmitglieder] müßten ihm eröffnen, daß sie in der CDU-Fraktion auf seine Mängel offen aufmerksam machen müssen, wenn er es nicht vorzöge, selbst einen Weg für seinen Verzicht zu finden.“ Erpressung ist ein hässliches Wort. Geheimnisse wären vor der Fraktion wohl nicht zu offenbaren gewesen. Aber Erhard sollte an einem äußerst empfindlichen Punkt, seiner Eitelkeit, getroffen werden. Globke vermutete, dass die Fraktion dann der Nominierung eines anderen Kandidaten nicht mehr im Wege stehen würde. Er erklärte zwar, dass dies der bessere Weg sei, als wenn Adenauer sich entschließen würde, von der Kandidatur für das Amt des Bun-

despräsidenten wieder Abstand zu nehmen. Aber dass ein anderer Kandidat angesichts der nicht unbeträchtlichen Unterstützung für Erhard kaum zu finden gewesen wäre und nur die Fortführung des Amtes durch Adenauer in Frage kam, dürfte Globke gesehen haben. Er erklärte weiter, dass er ein Einlenken Erhards „nicht für unwahrscheinlich“ halte. „Man muß nur seine [Erhards] Eigenliebe schonen und ihm etwa sagen, er sei der beste denkbare Wirtschaftsminister, er wäre ein guter Bundespräsident geworden, er sei im kommenden Wahlkampf unentbehrlich, aber im eigenen Interesse müsse er verstehen, dass er in diesem Augenblick außenpolitischer Hochspannung als Bundeskanzler nicht geeignet sei. Man nehme auch zu einer Gallenoperation keinen noch so guten Internisten“. Globke glaubte, dass die Umstimmung der Fraktion „etwas Zeit“ in Anspruch nehmen würde, falls Erhard nicht verzichten sollte, aber die sei glücklicherweise noch vorhanden. An dieser Stelle sollte man sich in Erinnerung rufen, dass Globke das Schreiben am 21. Mai verfasst hatte, die Wahl des Bundespräsidenten am 1. Juli stattfinden sollte und sich für Adenauer noch nicht im Entferntesten eine befriedigende und gleichzeitig praktisch umsetzbare Lösung der ganzen Angelegenheit abzeichnete. Sogar der vom Bundeskanzler wenig geschätzte Außenminister Heinrich von Brentano sollte jetzt gegen Erhard eingesetzt werden: „Vielleicht könnte Brentano einmal in einer Sondersitzung des Kabinetts in Anwesenheit von Krone und Höcherl über Genf berichten. Dann würden sich die beiden Herren selbst ein Bild über die außenpolitischen Fähigkeiten Erhards machen können.“

Eine Abschrift der Erhard betreffenden Passagen dieses Briefes sandte Globke am selben Tag, dem 21. Mai 1959, an Heinrich Krone.⁴² Aus dem Anschreiben geht hervor, dass er sich am Vortag mit Krone intensiv über die Frage der Kanzlernachfolge verständigt hatte, offenbar jedoch ohne Ergebnis. Globke interpretierte sein eigenes, soeben ausführlich behandeltes Schreiben an Adenauer so, dass er versucht habe, ihn „von einem schnellen Entschluß abzubringen, um andere Lösungen nicht zu verbauen.“ Wiederum lässt sich die Frage anschließen, wie eine „andere“ Lösung, als die, dass Adenauer seine Kandidatur zurücknimmt, ausgesehen haben sollte. Globke war der Meinung, dass Krone, der offenbar eine solche „andere“ Lösung favorisierte, auf jeden Fall mithelfen müsse, Erhard als Bundeskanzler zu verhindern: „Für jede andere Lösung kommt es m. E. [Globkes] aber mit entscheidend auf Ihre [Krones] Mitwirkung an. In der Sache selbst aber ist es nach wie vor meine Meinung, daß ich es vor meinem Gewissen nicht verantworten könnte, mit zu einer Kanzlerschaft Erhards beizutragen.“ Krone schätzte den Wirtschaftsminister wahrscheinlich mehr als Globke, auch wenn er ihn als Kanzler ebenfalls für nicht geeignet hielt. Um Krone die Unterstützung des Unterfangens zu erleichtern, folgten einige freundlichere Sätze über Erhard, während das Schreiben an

42 Globke an Krone, 21.5.1959, ACDP 01-028-011/3.

den Kanzler völlig frei von jeglicher derartiger Wertschätzung war. In dem Brief an Krone heißt es hingegen zunächst: „Ich bedaure das umso mehr, als ich den Menschen Erhard in seiner Art gern habe und seine historischen Verdienste um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands voll anerkenne – ich habe mich immer wieder bemüht, Versuchen entgegenzutreten, diese Verdienste zu verkleinern.“ Danach kamen wieder Erhards für Globke so offensichtliche Defizite zur Sprache: „Seine [Erhards] außenpolitische Naivität und sein Unvermögen, die Zusammenhänge zu sehen, sind zu groß, als daß man ihm die deutsche Vertretung bei den Gipfelkonferenzen, die um Deutschlands Sein oder Nichtsein gehen, anvertrauen könnte. Ich habe Ihnen gestern eine Anzahl Beispiele genannt [während des Telefonats vom Vortag], wie sie mir gerade einfielen. Lassen Sie mich nur eins hinzufügen. Es ist doch nicht wahr, daß Erhard ‚Europäer‘ sei. (...) Erkundigen Sie sich, von allem anderen abgesehen, doch nur einmal danach, wie oft Erhard persönlich an dem Ministerrat der Montanunion teilgenommen hat. Nein, eine Kanzlerschaft Erhards gewährleistet keine Kontinuität unserer Politik. Das aber war für den Kanzler der entscheidende Grund für den Entschluß, die Kandidatur anzunehmen. (...) Was wird Erhard tun? Er zerschlägt die deutsch-französische Annäherung, er zerstört die europäischen Organisationen, er setzt an ihre Stelle eine Freihandelszone, die uns vielleicht wirtschaftliche Vorteile bringt, aber Europa politisch auflöst.“ Dann kam wieder die Angst vor dem Kommunismus, Globke glaubte, dass eine solche Politik Anlass für Amerika sein würde, auf Distanz zur Bundesrepublik Deutschland zu gehen, „und das wäre dann der erste Schritt zur Bolschewisierung.“ Zudem sei Erhards mangelnde Fähigkeit zur Verwaltung seinerzeit bei seinem Ausscheiden als bayerischer Wirtschaftsminister deutlich zutage getreten und er sei ständig unterwegs. Derartigen Problemen sei noch beizukommen, als wesentlich gravierender wurde der Umstand betrachtet, dass Erhard – nach Globkes Ansicht – nicht in der Lage sei, sich gegenüber Gerhard Schröder und Franz Josef Strauß durchzusetzen. Und selten äußerte sich Globke in seinen schriftlichen Darlegungen mit solcher Emotionalität und nahezu pathetisch wie im Schlussteil dieses Briefes. „Mag sein, ich habe mit allem Unrecht. Aber so leid es mit tut: ich bin nach gewissenhafter Überprüfung nach wie vor der Überzeugung, wenn Erhard Kanzler wird, dann kann nur die Gnade Gottes das deutsche Volk noch retten.“

Am nächsten Tag, dem 22. Mai 1959, hatte sich die Lage leicht geändert. Auf dem Feld der internationalen Politik waren Entscheidungen getroffen worden, die Globke dazu bewegten, Adenauer noch einmal wegen der Kanzlernachfolge aus Bad Gastein zu schreiben.⁴³ Nach Globkes Informationen hatte

43 Globke übersandte eine Teilabschrift seines Briefes an den Bundeskanzler an Krone, 22.5.1959, ACDP 01-028-011/3.

sich die Bundesregierung grundsätzlich damit einverstanden erklärt, dass an der Genfer Gipfelkonferenz keine deutschen Vertreter teilnehmen sollten.

Dabei handelte es sich um die in zwei Sessionen (11. Mai bis 20. Juni und 13. Juli bis 5. August 1959) in Genf stattfindende Deutschlandkonferenz der Außenminister der Vier Mächte. Erstmals wurden bei einer derartigen Konferenz Vertreter der Bundesrepublik und der DDR zugelassen, allerdings nur als „Berater“. Sie saßen zwar mit im Raum, in dem über die deutsche Frage verhandelt wurde, aber, um deren Stellung auch äußerlich hervorzuheben, nicht am Verhandlungstisch, sondern auf Beobachterplätzen; der Begriff „Katzentisch“ wird an dieser Stelle gern und treffend in der Literatur verwendet.⁴⁴

Waren in Globkes Schreiben vom 21. Mai an Adenauer und Krone die großen Linien der Politik noch maßgeblich gewesen, so führte er nun aus, dass die Nachricht von der Nichtbeteiligung deutscher Politiker an den Genfer Verhandlungen für ihn Anlass sei, die Dinge in einem anderen Licht zu betrachten. „Denn das, was eine Kanzlerschaft Erhards am bedenklichsten erscheinen ließ, ist doch die Befürchtung, dass er auf einer Gipfelkonferenz aus mangelndem politischen Verständnis und fehlender Kenntnis der Zusammenhänge politische Entscheidungen trifft, die für das deutsche Volk nicht wieder gutzumachende Folgen haben. Wenn diese Gefahr ausgeräumt ist und die Fraktion in überwiegender Mehrheit weiter für Erhard eintritt, könnte man sich m. E. [Globkes] dann mit seiner Kanzlerschaft abfinden“, allerdings nur wenn er einer „Wahlkapitulation“ zustimme. Diese stellte sich als Variante des „Einrahmungskonzepts“ dar. Nach Globkes Vorstellungen sollte Erhard „bestimmte Zusicherungen“ hinsichtlich der Zusammensetzung des Kabinetts geben, die jedoch nicht näher erläutert wurden. Weiterhin sollte er sich öffentlich für eine Vertiefung der deutsch-französischen Freundschaft aussprechen und sich verpflichten, die politische Einigung Europas zu unterstützen und nicht für die Ausweitung der EWG zu einer Freihandelszone ohne politischen Hintergrund einzutreten. Und schließlich müsste er Adenauer, der dann Bundespräsident wäre, „in allen außenpolitischen Fragen von Bedeutung so rechtzeitig (...) unterrichten, daß [Adenauers] Ratschläge noch berücksichtigt werden können.“ Globke betonte in seinem Schreiben noch einmal, dass er nach wie vor für Etzel sei, „auch wenn dieser im Wahlkampf als Persönlichkeit lange nicht so zugkräftig ist wie Erhard, sondern durch seine sachlichen Leistungen überzeugen müsste.“ Erhard müsse eben die Wahlkapitulation annehmen, dies sei dem

44 Vgl. u. a. Gregor SCHÖLLGEN, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 53; Daniel KOSTHORST, *Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961*, Düsseldorf 1993, S. 269–307. Mit der „Katzentisch-Lösung“ wurde einerseits verhindert, dass die DDR als vollgültiger Verhandlungspartner in Erscheinung treten und so den Anspruch, ein souveräner Staat zu sein, erheben konnte; andererseits war der Bundesrepublik der gleiche Status zugewiesen worden.

„Schock“ vorzuziehen, den der Widerruf der Kandidatur Adenauers als Bundespräsident unter den Anhängern der CDU hervorrufen würde.

Dass Globke sich am 21. Mai 1959 im Schreiben an Adenauer eindeutig gegen Erhard als Bundeskanzler verwendete, um einen Tag später doch wieder ein „Einrahmungskonzept“ zu präsentieren, scheint nur auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein. Globkes Ziel war es unverändert, Erhard als Bundeskanzler zu verhindern. Dies sprach er am 21. Mai direkt aus. Wenn er am 22. Mai wieder ein „Einrahmungskonzept“ ins Spiel brachte, so geschah das nicht unbedingt in erster Linie mit dem Blick auf die außenpolitischen Vorgänge. Am 21. Mai hatte sich Globke von seinen Emotionen mitreißen lassen, am nächsten Tag fiel er wieder stärker in seine Rolle als sachlicher Berater zurück und präsentierte geschickt eine Konzeption, die offenbar den Vorstellungen Krones eher entgegenkam, dessen Unterstützung es zu gewinnen galt. Die „Lösung“ war jedoch rein theoretisch, denn eine Annahme der „Wahlkapitulation“ durch Erhard war kaum vorstellbar. Denn dies hätte bedeutet, dass er als Bundeskanzler praktisch unter der Vormundschaft Adenauers gestanden hätte. Die Leser von Globkes Zeilen – Adenauer und Krone – konnten so selbst den nach Globkes Ansicht einzig gangbaren Weg erkennen.

Auch wenn es Stimmen gab, wie zum Beispiel die des Persönlichen Referenten Adenauers, Franz Josef Bach, die der Meinung waren, Globke habe gemeinsam mit Krone Adenauer zur Aufrechterhaltung der Kandidatur bewegen wollen, Adenauer habe sich dann allein dagegen entschieden und Globke habe dies „insgeheim sicherlich mißbilligt“⁴⁵, so sprechen die Briefe doch eine andere Sprache. Die heimliche Mißbilligung kann man mit einiger Sicherheit lediglich Krone nachsagen.

Der Beitrag, den Globke geleistet hat, um Adenauer in seiner Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten zu bestärken, war, vorsichtig formuliert, nicht allzu groß, spätestens als klar war, dass es keine Alternative zu Erhard gab. Und an dieser Stelle kann man ruhig dem Gedanken Raum geben, dass Globke auf seine Weise einem in dieser Frage schwankenden Kanzler⁴⁶ sehr deutlich zu der Lösung geraten hat, die letztlich umgesetzt wurde: Adenauer blieb im Amt.

Letztendlich beruhte die am 2. Juni 1959 von Adenauer verkündete Entscheidung, seine Kandidatur zurückzunehmen, auf einer Mehrzahl von Faktoren und natürlich auf seinen eigenen Überlegungen; die von Globke so mas-

45 Franz Josef BACH, *Konrad Adenauer und Hans Globke*, in: BLUMENWITZ (wie Anm. 8), S. 177–185, hier S. 182.

46 Nach Krones Wahrnehmung war Adenauer noch am 23.5.1959 entschlossen, die Kandidatur aufrecht zu erhalten: „Der Kanzler gibt nach. Erhard wird sein Nachfolger (...) Nach dem Essen [anlässlich der Zehnjahresfeier zum Grundgesetz] berichtete mir Gerstenmaier von seiner Unterredung mit dem Kanzler und daß dieser einlenkte.“ KLEINMANN (wie Anm. 7), S. 257.

siv vertretene Ablehnung einer Kanzlerschaft Erhards spielte aber eine wohl nicht zu unterschätzende Rolle.

Krone war von der Rücknahme der Kandidatur und von Adenauers Verhalten enttäuscht. In seinem Tagebuch vermerkte er, dass Adenauer die Sitzung vom 6. April 1959 im Nachhinein ganz anders interpretiere. Adenauer habe es so dargestellt, als sei er zur Übernahme der Kandidatur gedrängt worden, er sei von von Hassel, Meyers, Höcherl und Krone „geradezu von hinten erdolcht“ worden, „Was müssen wir jetzt nicht alles hören, was bekommen wir von ihm nicht alles gesagt (...)“⁴⁷. Interessanterweise findet man hier kein Wort über Globke, der am 6. April ebenfalls anwesend war. Kann dies ein Zeichen dafür sein, dass Globke von Anfang an weniger als die anderen davon überzeugt war, dass es eine gute Idee sei, wenn Adenauer Bundespräsident werden würde?

Das Wissen um Globkes ungewöhnlich reges Engagement in dieser Frage dürfte allerdings auf den engsten Kreis – möglicherweise nur Adenauer und Krone – beschränkt geblieben sein. Eugen Gerstenmaier war jedenfalls noch sehr viel später der Meinung, dass Globke „nach allem was wir wissen“ von dem Verdacht frei sei, an der Rücknahme der Kandidatur Adenauers „initiativ mitgewirkt zu haben“.⁴⁸

Auf die Suche nach einem geeigneten Bundespräsidenten wurde nun nicht mehr all zuviel Wert gelegt, zumal der Zeitdruck immens war. Nominiert wurde Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke⁴⁹. Für Globke galt es vor allem, dazu beizutragen, Erhard, der sich um die Kanzlerschaft betrogen sah, wieder zu versöhnen, schließlich wurde er als Wirtschaftsminister und vielleicht noch mehr als populärer Wahlkämpfer gebraucht.

Adenauer erleichterte dieses Unterfangen nicht sonderlich durch ein Interview mit der Journalistin Flora Lewis, welches am 18. Juni 1959 in der „New York Times“ veröffentlicht wurde. Als die Sprache auf die mögliche Nachfolge Erhards kam, erklärte er diesen recht offen für außenpolitisch (er selbst sagte: „politisch“) wenig geeignet für diese Position. Erhard verwahrte sich in der Fraktionssitzung der CDU/CSU gegen die Herabsetzung seines Ansehens.⁵⁰ Nach weiteren Äußerungen von verschiedenen Seiten kam es am 22. Juni 1959 schließlich zu einer Aussprache zwischen Adenauer und Erhard, in schlichtender Funktion nahmen Krone, Pferdenges, Erhards Staatssekretär Westrick und Globke teil.⁵¹

47 EBD. S. 361.

48 Eugen GERSTENMAIER, *Der Staatssekretär*, in: Klaus GOTTO (Hg.), *Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes*, Stuttgart 1980, S. 15–20, S. 18.

49 Vgl. Rudolf MORSEY, *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*, Paderborn 1996.

50 Nach AdG, 23.6.1959, S. 2469f.

51 EBD. S. 2471.

Der Streit wurde schließlich mit der Verlesung zweier Briefe in der Fraktion beigelegt⁵². Beide Briefe tragen das Datum des 23. Juni 1959, der Briefaustausch wurde wohl während des Schlichtungsgesprächs beschlossen. Zunächst wandte sich Erhard an Adenauer. Er sah „die Vertrauensgrundlage als die Voraussetzung einer weiteren gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen Ihnen und mir auf das schwerste erschüttert ...“, und mahnte Adenauer, doch zu erkennen, dass es nicht um sie beide als Person gehe, „sondern allein darum, die Zukunft des deutschen Volkes zu sichern (...)“. Schließlich lenkte er ein: „Ich bin auch um der Sache willen bereit, alle persönlichen Empfindlichkeiten zurückzustellen.“ Wenn er seine Arbeit ungestört fortsetzen könne, „wird Ihre [Adenauers] Erklärung, daß Sie auf eine weitere einträgliche Zusammenarbeit mit mir [Erhard] den größten Wert legen, ein neuer Beginn gemeinsamen Schaffens am gemeinsamen Werk sein.“ Der Entwurf des Briefes dürfte von Westrick stammen, das Pathos einiger Äußerungen könnte aber auch auf Erhard selbst deuten. Globke hat den Brief in einigen Formulierungen übrigens noch einmal überarbeitet, so entfiel zum Beispiel in der Endfassung der Passus „gemeinsamen Schaffens am gemeinsamen Werk“⁵³. Auf Globke geht die Formulierung des Antwortschreibens Adenauers vom gleichen Tag zurück.⁵⁴

Globke hatte einen nicht unbeträchtlichen Anteil an dem Riss, den er hier notdürftig zu kitten half. Dass seine in den Briefen an Adenauer und Krone vorgebrachte Kritik an Erhard im Einzelnen diesem und seiner Umgebung unbekannt war, dürfte nicht überraschen. Verwunderlich ist allerdings die Tatsache, dass Globke als nahezu neutraler Vermittler wahrgenommen wurde, wie die oben aufgezeigte, positive Meinung Westricks über Globke zeigt.

Auch bei späteren Gelegenheiten wurde Globke immer wieder tätig, wenn es darum ging, Erhard seine Grenzen zu verdeutlichen. Mitunter bewegte sich das Ganze auf nicht allzu hohem Niveau. So etwa fragte Adenauer Globke bereits in einem Schreiben vom Juni 1960,⁵⁵ indem es um die Politik des britischen Premierministers Harold Macmillan bezüglich der europäischen Institutionen ging: „Wie weit beurteilt Herr Erhard diese Sachen richtig?“ Als Macmillan dann Ende August 1960 in Bonn weilte um über die Aufnahme Großbritanniens in die EWG zu sprechen, war es Hans von Herwarth, zu dieser Zeit deutscher Botschafter in London, der Macmillan den Wunsch Erhards übermitteln musste, mit ihm zusammen zu treffen. „Erhard hatte mir [von Herwarth] beim Empfang Macmillans auf dem Flughafen sein Leid geklagt,

52 KLEINMANN (wie Anm. 7), S. 366.

53 Erhard an Adenauer, Entwurf mit handschriftlichen Korrekturen Globkes, 23.6.1959, ACDP 01-070-003/1.

54 Entwurf für das Schreiben Adenauers an Erhard als Antwort zu dessen Brief vom 23.6.1959, ebd.

55 Adenauer an Globke, 3.6.1960, ACDP 01-070-052/2.

daß er trotz mehrfachen Ersuchens bei Globke und Brentano nicht an den Gesprächen beteiligt worden sei. Er bat mich, ihm zu helfen.“⁵⁶

Krone notierte im Oktober 1960 in seinem Tagebuch: „Ich sprach mit Globke. Dieser befürchtet, daß der Kanzler, weil er ihn nicht will, Erhard politisch zu vernichten sucht. Dann ist die Wahl 1961 verloren.“⁵⁷ Sollte Globke wirklich „Befürchtungen“ bezüglich einer „politischen Vernichtung“ Erhards gehabt haben, dann wohl ausschließlich wegen des von Krone genannten Grundes: Man brauchte ihn für die Wahl 1961, immerhin galt es, die absolute Mehrheit zu verteidigen.

Bis zum Ende der Amtszeit Adenauers fiel es Globke zu, den Kanzler über Stimmungen innerhalb der eigenen Partei über Erhard zu informieren. So empfing er am 5. März 1963 den CDU-Abgeordneten Heinrich Wehking, der sich zuvor an Adenauers Referenten gewandt hatte. Wehking glaubte, dass der Bundeskanzler über seine Gespräche mit Gerhard Schröder und Kai-Uwe von Hassel informiert werden solle, in deren Mittelpunkt die Einstellung der beiden Minister gegenüber Ludwig Erhard gestanden habe.⁵⁸ Was Wehking Globke im Einzelnen vortrug, ist nicht überliefert.

Im Juli 1963 nahm Globke noch einmal eine Gelegenheit wahr, in einer politisch nicht relevanten Frage Erhard zu zeigen, wer – noch – Herr im Hause war: Erhard hatte sich entschieden, im Garten des Kanzleramtes, in welches er im Oktober Einzug halten sollte, für sich einen Wohn-Bungalow (den später sogenannten Kanzlerbungalow) zu errichten. Die Arbeiten dazu wollte er bereits im August, während der urlaubsbedingten Abwesenheit Adenauers beginnen lassen. Globke beschied Erhards Ansinnen abschlägig: „Es finden in der Zeit bis zum Rücktritt des Herrn Bundeskanzlers im Haus Schaumburg eine größere Zahl von Abschiedsempfängen und -essen statt. Dabei sollen natürlich Terrasse und Garten mit einbezogen werden ... Es würde daher kaum möglich sein, daß in dem Garten zu dieser Zeit Ausschachtungs- und Bauarbeiten stattfinden. Ich fürchte daher, daß der Herr Bundeskanzler einem Wunsch, bereits während seines Urlaubs mit den Bauarbeiten zu beginnen, nicht zustimmen wird. Ich habe daher vorläufig davon abgesehen, ihn mit dem Bauvorhaben, von dem er bisher nichts weiß, zu befassen. Ich würde dies natürlich tun, wenn Sie dies wünschen würden.“⁵⁹

56 Hans VON HERWARTH, *Von Adenauer zu Brandt. Erinnerungen*, Berlin u. a. 1990, S. 229f.

57 KLEINMANN (wie Anm. 7), S. 450.

58 Heinrich Barth, Dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen, 12.2.1963, ACDP, 01-070-053/2. Vermerkt ist auf diesem Schreiben, dass Globke Wehking am 5.3.1963 empfangen hat.

59 Globke an Erhard, 18.7.1963, ACDP 01-070-122/2.

III.

Mit dem Rücktritt Adenauers im Oktober 1963 ging auch Globke in den Ruhestand, er hatte im Monat zuvor das 65. Lebensjahr vollendet und damit die Pensionsgrenze erreicht. Für den CDU-Vorsitzenden Adenauer und die Partei war Globke aber noch immer in vielfältiger Weise tätig. Und noch einmal sollte er sich in einer Adenauer-Nachfolge-Angelegenheit gegen Ludwig Erhard engagieren. Anfang 1966 stand die Frage an, wer nach dem inzwischen neunzigjährigen Altkanzler den CDU-Bundesvorsitz übernehmen sollte. Man war bemüht, im Vorfeld des Parteitages eine Lösung zu finden. Adenauer, der an der Politik seines Nachfolgers im Amt des Bundeskanzlers wenig Freude hatte, war bestrebt, wenigstens die Nachfolge in der CDU in seinem Sinne zu regeln. Allerdings gab es in der Partei wiederum zwei Lager, Erhard hatte seine Getreuen ebenso um sich geschart (oder in diesem Falle besser: die Getreuen hatten sich um ihn geschart) wie Adenauer. Unterstützt wurde Letzterer, neben anderen, vor allem von Hans Globke, der bei der Suche nach einem Nachfolger eine koordinierende Funktion übernahm. Und wieder wurde deutlich, wenn auch nicht ganz so stark wie während der „Präsidentenkrise“, dass Globke seine eigenen Präferenzen hatte. Allerdings gingen diese nicht so stark in Richtung eines bestimmten Kandidaten, vielmehr waren er und natürlich Adenauer auch hier bemüht, die Übernahme des Postens durch Erhard zu verhindern.

Überliefert ist eine mehrseitige Aufzeichnung über Gespräche, die Globke zwischen dem 13. Januar und dem 15. Februar 1966 bezüglich des künftigen CDU-Vorsitzes führte.⁶⁰ Innerhalb dieses Zeitraums lief die Kandidatur auf Ludwig Erhard und Rainer Barzel hinaus. Von dem mit 42 Jahren vergleichsweise jungen Rainer Barzel war man so recht nicht überzeugt, aber gegen Erhard wurde er unterstützt. Erkennbar ist die starke Position, über die Barzel in der CDU verfügte. In welchem Maß der Einfluss Adenauers inzwischen gesunken war, ist daran zu sehen, dass Barzel nicht zu den Kandidaten gehörte, die er ursprünglich favorisiert hatte und dass schließlich bereits im Vorfeld des im März stattfindenden Parteitages klar war, dass Erhard den Bundesvorsitz übernehmen würde. Globkes Aufzeichnung gibt einen Einblick in die Vielzahl der erwogenen Möglichkeiten und Lösungsversuche des Nachfolgeproblems. So notierte er unter anderem, dass Rainer Barzel ihn am 13. Januar um Rat gebeten habe. Dessen Neigung gehe nicht dahin, Parteivorsitzender zu werden, er würde aber, zu gegebener Zeit, die Nachfolge Erhards als Bundeskanzler anstreben. Wenn Josef Hermann Dufhues – dem sogenannten Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU war die Kandidatur für den Bundesvorsitz angetragen worden – Parteivorsitzender werde, ginge das für Barzel in Ordnung; würde aber Erhard den Parteivorsitz anstreben, so „bleibe ihm [Barzel] nichts

60 [Globke], Parteivorsitz 1966, [13.1. bis 15.2.1966], ACDP 01-070-004/2.

anderes übrig, als selbst zu kandidieren“. Globke habe seine Auffassung, dargelegt, dass die Posten des Bundeskanzlers, des Parteivorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden „von je einer besonderen Persönlichkeit wahrgenommen werden sollten.“ Wenn man aber schon zwei Posten in einer Hand zusammenfasse, dann, so Globke weiter, wären dies der Partei- und der Fraktionsvorsitz. Bei Adenauer sei die andere Lösung „durch die Entwicklung bedingt gewesen“. Globke äußerte gegenüber Barzel zudem, dass Dufhues sicher absagen werde, was er wohl gegenüber Krone bereits geäußert habe, er halte sich lediglich noch mit der offiziellen Mitteilung dieser Entscheidung zurück, um „den leitenden Persönlichkeiten der CDU“ die Möglichkeit zu geben, sich auf einen anderen Vorschlag zu einigen. Die Kandidatur liefe dann auf den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger⁶¹ hinaus. Barzel äußerte, dass er im Hinblick auf sein Ziel, Bundeskanzler zu werden, mit Dufhues als Parteivorsitzendem einverstanden sei, aber „gegen Kiesinger wegen etwaiger Aspirationen Vorbehalte habe“.

Adenauer hingegen glaubte zwar nicht, dass Dufhues ablehnen würde, hielt diesen aber wegen seiner starken beruflichen Inanspruchnahme nicht für geeignet. Eine ganze Weile setzte er auf Innenminister Paul Lücke, obwohl ihm Globke bereits von Anfang an gesagt hatte, dass dieser ihm gegenüber erklärt habe, er könne wegen der starken dienstlichen Belastung durch das Ministerium maximal Stellvertreter werden; Adenauer glaubte dennoch, Lücke überzeugen zu können. Über Kiesinger äußerte Adenauer, dieser „wolle zwar nach Bonn zurück, aber er sei faul und werde nicht genug für die Partei tun“. Barzel dagegen sei „zwar aktiv, aber er sei nicht sehr beliebt und werde möglicherweise auf Widerstände stoßen“.

Am 14. Januar teilte Krone mit, dass Dufhues endgültig abgesagt habe; Krone sprach sich ebenfalls für Lücke aus, „dieser sei fundierter als Barzel. Barzel sei ein zu gewandter Taktiker, aber zu glatt, als daß man sich auf ihn verlassen könne.“

Am 25. Januar wurde die Lage ernst. Globke führte mit Adenauer und Krone ein Gespräch in Adenauers Haus in Rhöndorf. Inzwischen hatte er festgestellt, dass bei dem Bekanntwerden der Absage von Dufhues sofort die Erhard-Anhänger den Bundeskanzler vorschlagen würden, „daher müßten sich die Gegner einer solchen Lösung unverzüglich auf einen Kandidaten einigen, da bei verschiedenen Vorschlägen die Gefahr einer Einigung auf Erhard bestehe“. Adenauer hielt zunächst an Lücke fest, daneben zog man weiterhin Kiesinger und Barzel in Betracht.

Danach wurde von Hassel noch einmal bei Dufhues vorstellig, allerdings erfolglos. Adenauer hatte sich offenbar inzwischen mit einer Kandidatur Bar-

61 Vgl. Philipp GASSERT, *Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten*, München 2006.

zels angefreundet. Globke notierte am 31. Januar: „Gespräch mit Adenauer und Krone im Bundeshaus. Adenauer berichtete über sein Gespräch mit Barzel am 29.1. Dieser halte die Politik Erhards für katastrophal; er [Barzel] erstrebe den Parteivorsitz, um darin eine Änderung herbeizuführen.“ Adenauer gab sich davon überzeugt, dass eine Politikänderung nach einem Wahlsieg 1966 „nur möglich sei, wenn Barzel den Parteivorsitz übernehme“.

Vielfältig waren die Treffen und Gespräche der nächsten Tage, man bemühte sich um Verbündete. So konnte Globke am 4. Februar notieren: „Adenauer teilt telefonisch mit, daß ein Gespräch mit [Helmut] Kohl stattgefunden habe (...); nach Kohls Auffassung würden danach auch die Landesverbände Rheinland und Westfalen nicht für Erhard stimmen“. Am gleichen Tag erfuhr Globke von einem Gespräch Barzels mit Erhard, in dem dieser mitgeteilt habe, „er sei von verschiedenen Seiten gebeten worden, den Parteivorsitz zu übernehmen“.

Lücke hatte, wie Globke am 8. Februar schrieb, nun auch offiziell seinen Verzicht erklärt. Einen Tag später rief Krone an: „Erhard habe seine Bereitschaft zur Übernahme der Kandidatur erklärt, nachdem es bei dem Gespräch mit Barzel zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen sei.“

Am 10. Februar wurde Globke vom Hauptgeschäftsführer des BDI, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Gustav Stein, angerufen und gefragt, ob Barzel seine Kandidatur zurückziehe. Globke habe entgegnet, wenn sich die Landesverbände Rheinland und Westfalen für Barzel aussprächen, werde dieser kandidieren, Erhard hingegen komme es gar nicht auf den Vorsitz an, da er sich nie für die Partei interessiert habe; er wolle nur verhindern, dass ein aktiver Mann an die Spitze der Partei trete. Wenn Barzel unter diesen Umständen aufgebe, würde sein Ansehen leiden, die CDU könne es sich aber nicht leisten, „durch die Machenschaften der Erhardschen Umgebung den einzigen politisch fähigen und aktiven Mann, den sie herausstellen kann, kaputt machen zu lassen“. Stein teilte Globkes Meinung und wollte Barzel unterstützen.

Die Fronten verhärteten sich, am selben Tag notierte Globke noch: „Gespräch mit [Horst] Osterheld. Erhard sei über die Kandidatur Barzels sehr erregt gewesen.“ Schließlich wurde Krone vermittelnd tätig, am 14. Februar rief er bei Globke an und meinte, dass es nicht zu einer offenen Auseinandersetzung zwischen Erhard und Barzel kommen dürfe. Globke sprach sich noch einmal gegen Erhard aus, dieser erstrebe nur um seiner Person willen den Parteivorsitz, habe keinerlei inneres Verhältnis zur CDU und würde sich auch in der Zukunft nicht darum kümmern. Die Partei brauche als Vorsitzenden eine aktive Persönlichkeit, „die den Apparat fest in der Hand habe“. Globke war der Meinung, dass Barzel hierfür geeignet sei, notfalls müsse es zu einer Kampf abstimmung kommen. Krone wies darauf hin, dass die Kampf abstimmung zum Rücktritt Erhards vom Amt des Bundeskanzlers führen könne, was Globke bezweifelte.

Am Abend desselben Tages informierte Barzel Globke, dass Erhard den Vorschlag gemacht habe, er selbst werde Vorsitzender, Barzel sein 1. Stellvertreter. Barzel habe dies nicht ablehnen können; lediglich in der Form der Verkündung des Ganzen vermochte Barzel noch mitzureden, der Vorschlag solle nicht von Erhard, sondern aus der Partei heraus kommen.

Mit dem 15. Februar enden Globkes Aufzeichnungen zum „Parteivorsitz 1966“. Noch einmal legte er Krone telefonisch seine Meinung dar: „Ich wiederholte meine früher geäußerte Auffassung, daß eine Kampfabstimmung besser gewesen sei, da Erhard als Vorsitzender den Charakter der CDU verändere.“

Wie bei der „Präsidentschaftskrise“ von 1959, so handelt es sich hier um einen der seltenen Fälle, in denen Globkes eigene dezidierte Stellungnahme erkennbar beziehungsweise überliefert ist. Und wieder ging es darum, Erhard als Nachfolger Adenauers zu verhindern; dieses Mal allerdings erfolglos. Ludwig Erhard wurde auf dem 14. Bundesparteitag der CDU, der vom 21. bis zum 23. März 1966 stattfand, zum Vorsitzenden gewählt. Ihm folgte im Mai 1967 Kurt Georg Kiesinger, der seit dem 1. Dezember 1966 Bundeskanzler war. Wie oben gezeigt, war auch dieser Vorsitzende kein Wunschkandidat Adenauers.

Ludger Westrick hatte unter Ludwig Erhard als Nachfolger Globkes die Leitung des Bundeskanzleramtes übernommen; dessen Fähigkeiten, das „Erbe“ Globkes – ein geräuschlos funktionierendes Kanzleramt mit relativ geringem Personalbestand – zu führen, wurden nicht allzu hoch veranschlagt. An Westrick, der seinerseits Globke so gern als Vermittler lobte, gab es folglich nicht nur im unmittelbaren Zusammenhang mit Erhard Kritik. So sagte Globke in einem Gespräch mit Hans Buchheim im Januar 1966, Westrick habe eine Reihe von Informationsquellen, die Globke erschlossen und gepflegt habe, versiegeln lassen. Globke gab mit dieser Stellungnahme zugleich Einblick in seine eigene Arbeitsweise: „Es waren Quellen, die regelmäßig einen gewissen Betrag kosteten, aus denen jedoch kein unmittelbar handgreiflicher Nutzen zu gewinnen war. Aber sie vermittelten die Kenntnis der Atmosphäre gewisser Bereiche und deren Wandlungen, was schließlich für die richtige Beurteilung der politischen Lage doch wichtig und nützlich war. Solche Quellen geduldig zu pflegen, dafür hatte Westrick keinen Sinn.“⁶² Und selbst nach dem Tod Adenauers wurde Globkes Ton nicht versöhnlicher. Gegenüber seinem langjährigen Freund Friedrich August Knost fand er klare Worte. Im September 1967 schrieb Globke, er sei jetzt mehrfach auf seinen Rat angesprochen worden und habe Bundeskanzler Kiesinger „auf seinen Wunsch manches gesagt. Aber einmal hat das Team Erhard/Westrick in seiner maßlosen Selbstüber-

62 Hans BUCHHEIM, *Hans Globke – oder die Kunst des Möglichen im Verfassungsstaat und unter totalitärer Herrschaft*, in: Karl GRAF BALLESTREM u. a. (Hg.), *Sozialethik und politische Bildung*, Paderborn u. a. 1995, S. 77–92, hier S. 84f.

schätzung soviel Unheil angerichtet, daß man von außen her gar nicht mehr alles übersehen kann, zum anderen setzt ein funktionierender Apparat, wie wir ihn früher hatten, ein aufeinander abgestimmtes Mitspielen aller [von Globke unterstrichen] Beteiligten voraus.⁶³

IV.

Hans Globke gilt, ausweislich der Quellen zu Recht, als Musterbild absoluter Loyalität gegenüber Adenauer. Dessen Abneigung gegen Erhard, die zuweilen die Form eines Kampfes annahm, ist bekannt, die Auseinandersetzung wurde – oft zum Nachteil beider Seiten – recht offen ausgetragen. Weniger bekannt ist, dass auch Globke von sich aus gegen Erhard Stellung bezog. Lediglich mit der Unterstützung für Adenauer ist dieses Verhalten nicht zu erklären.

Es war Globke sichtlich ein persönliches Anliegen, 1959 Erhards Kanzlerschaft sowie 1966 die Übernahme des CDU-Bundesvorsitzes zu verhindern. Dies geschah im Hintergrund. Bei anderen Gelegenheiten von weniger großer Tragweite brüskierte er Erhard auch direkt. Betrachtet man die schriftliche Überlieferung von und über Globke nach 1949, so sind im Zusammenhang mit Erhard vier Punkte bemerkenswert:

1. Äußerst selten ist erkennbar, dass Globke eigene Ideen verfolgte und nicht lediglich die vorgegebenen Linien und Vorstellungen Adenauers umsetzte. Im Falle Erhards und dessen Ambitionen auf das Kanzleramt und den Parteivorsitz geschah dies jedoch gleich mehrfach.
2. Bei kaum einer anderen Personalie hat sich der sonst rationale und beherrschte Globke neben der fachlichen Kritik zu so unsachlichen Äußerungen hinreißen lassen wie bei der Beurteilung Erhards.
3. Die Angelegenheit Erhard beschäftigte Globke nicht nur punktuell, sondern kontinuierlich, über einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren hinweg. Auch hier handelt es sich um eine Besonderheit.
4. Für ungeeignet hielt Globke Erhard als Kanzler und auf dem Feld der Außenpolitik. Dessen wirtschaftspolitischen Kompetenzen stellte er nie in Frage.

Eine klare Erklärung für den Ursprung von Globkes Vorbehalten liefern die Quellen nicht. Naheliegend ist die Vermutung, dass im konfessionellen Unterschied eine Ursache der Differenzen zu finden ist. Insbesondere in den fünfziger und sechziger Jahren waren die Spannungen zwischen Katholiken und Protestanten nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch innerhalb der CDU von Bedeutung⁶⁴ – und oftmals war es Globke, der im Auftrag Adenauers der-

63 Globke an Knost, 20.9.1967, Bundesarchiv Koblenz, N 1428.

64 Vgl. dazu: Ulrich VON HEHL, *Konfessionelle Irritationen in der frühen Bundesrepublik*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 6 (1999), S. 167–187; Norbert TRIPPEN, *Interkonfessionelle Irritationen in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland*, in: Karl Dietrich BRACHER u. a. (Hg.), *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65.*

artige Angelegenheiten zu schlichten hatte.⁶⁵ Ausweislich der Überlieferung war Globke bei derartigen Angelegenheiten stets um Ausgleich zwischen den Konfessionen bemüht. Andererseits war Globke prononcierter Katholik und das Abfinden mit notwendigen politisch-pragmatischen Regelungen auf konfessionellem Gebiet dürfte ihm innerlich wesentlich schwerer gefallen sein als beispielsweise Adenauer. Vieles in der Lebens- und Vorstellungswelt des fränkischen Protestanten Ludwig Erhard, dessen Kirchnähe im Vergleich mit derjenigen Globkes kaum ausgeprägt war, dürfte ihm fremd gewesen sein. Allerdings sei betont, dass diese These anhand der Quellen nicht direkt nachweisbar ist. Zudem gab es weltanschauliche oder lebensweltliche Unterschiede auch zu anderen Politikern des eigenen Lagers. Befreundet war Globke mit wenigen und auch andere Personalvorschläge fanden nicht seine Zustimmung – aber selten versuchte Globke von sich aus so massiv Einfluss zu nehmen wie im Falle Erhards.

Ob zu Recht oder zu Unrecht: Globke betrachtete jegliche über das Wirtschaftsministerium hinausreichende Rolle des in seinen Augen ansonsten wenig kompetenten Erhard als Gefährdung der unter der Regierung Adenauers aufgebauten Bundesrepublik und deren inzwischen erlangter Stellung in der Welt. In keinem anderen Punkt wird die Identifikation Globkes mit diesem Werk so stark sichtbar, wie bei der Abwehr Erhards. So trug Globke das Seine dazu bei, Ludwig Erhard bereits lange vor dessen Übernahme der Kanzlerschaft zu beschädigen.

Geburtstag, Berlin 1992, S. 345–377; Martin GRESCHAT, *Konfessionelle Spannungen in der Ära Adenauer*, in: Ulrich VON HEHL (Hg.), *Adenauer und die Kirchen* (Rhöndorfer Gespräche 17), Bonn 1999, S. 193–216.

65 Vgl. LOMMATZSCH (wie Anm. 10), S. 262–280.

**Dr. Paul Franken (1903–1984):
Ein katholischer Akademiker
in den rheinischen Widerstandskreisen**

Von Stephen Schröder

Wer sich mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Rheinland oder mit Konrad Adenauers Schicksal während des „Dritten Reichs“ beschäftigt, der stößt bei der Durchsicht der Literatur auf den Namen eines Mannes, dessen Denken, Handeln und Bedeutung im und für den Widerstand von der Geschichtswissenschaft bislang nicht hinreichend gewürdigt wurde. Die Rede ist von dem Bonner Historiker und Pädagogen Dr. Paul Franken, der zu den leitenden Kräften einer katholisch geprägten Oppositionsgruppe in Bonn zählte, darüber hinaus Kontakte zu anderen Widerstandskreisen im Reich unterhielt, der als Mittelsmann der Opposition zu Adenauer fungierte und sich Anfang 1943 für ein gutes Jahr nach Rom begab, wo er als Verbindungsmann des Widerstands zum Vatikan tätig war. Nach dem Zweiten Weltkrieg machte Franken als Direktor zunächst der katholischen Hochschule in Vechta, später der Bundeszentrale für Heimatdienst (seit 1963 Bundeszentrale für politische Bildung) Karriere.

Dass die historische Forschung bislang nur verhaltenes Interesse an Paul Franken gezeigt hat – in biographischer Perspektive liegen lediglich Lexikonartikel oder knappe, häufig ohne Belege verfasste Lebensbilder vor, unter denen vor allem die Abhandlungen von Michael F. Feldkamp hervorzuheben sind¹ –, mag vielfältige Ursachen haben. Ein wichtiger Grund ist sicherlich in

1 Vgl. Theodor Richard ESSER, *Erinnerungen an Paul Franken*, in: Arminen-Blätter 107 (1988), S. 10–16, Victor GIELEN, *Paul Franken (1903–1984)*, in: Michael F. FELDKAMP (Hg.), *Arminia 1863–1988. Festschrift zum 125. Bestehen des katholischen Studentenvereins Arminia*, Bonn 1988, S. 221–224, Michael F. FELDKAMP, *Paul Franken*, in: Biographisches Lexikon des KV, Teil 6 (Schriften der Historischen Kommission des Kartellverbandes katholischer deutscher Studentenvereine (KV) in Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft für deutsche Studentengeschichte (GDS) Band 7), hg. von Siegfried KOSS/Wolfgang LÖHR, Köln 2000, S. 30–34, und DERS., *Paul Franken (1903–1984)*, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg/Basel/Wien 2004, S. 172–178. Vgl. ferner Konrad VOMLAND, „Dr. Paul Franken. Mahner zur demokratischen Gewissensbildung“, in: „Rheinischer Merkur“ vom 18.7.1969, wiederabgedruckt in: Akademische Monatsblätter 81 (1969), S. 317. Im Zusammenhang mit dem Widerstand findet Franken v. a. in folgenden Untersuchungen eine (zumeist nur kurze) Erwähnung: Winfried BECKER, *Politischer Katholizismus und Widerstand*, in: Peter STEINBACH/Johannes TUCHEL (Hg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bonn 1994, S. 235–245, hier S. 236f., Vera BÜCKER, *Der Kölner Kreis und seine Konzeption für ein Deutschland nach Hitler*, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), S. 49–82, hier S. 56, DIES., *Nikolaus Groß. Politischer Journalist und Katholik im Widerstand des Kölner Kreises*, Müns-

der schlechten Quellenlage zu sehen, welche durch den im Kontext des Widerstands typischen Mangel an zeitgenössischen Zeugnissen gekennzeichnet ist. In Frankens Fall waren dafür spezifische Ursachen verantwortlich: Da Franken, der vom 10. November 1937 bis 25. Januar 1939 in Gestapo-Haft saß, über seine Verhaftung vorab informiert wurde, konnte er „alles belastende Material an Schrifttum, Büchern, Korrespondenzen und Eintragungen“² vernichten. Zudem kehrten diejenigen Schriftstücke, welche die Gestapo bei der damals durchgeführten Hausdurchsuchung sicherstellen konnte, später nicht wieder in Frankens Besitz zurück³. Schließlich fielen ähnlichen Vernichtungsaktionen auch Teile der persönlichen Unterlagen von Heinrich Körner⁴ sowie mit einiger Wahrscheinlichkeit von Edmund Forstbach⁵, zwei engen Vertrauten Frankens, zum Opfer.

Trotz dieser Schwierigkeit, die zu einer genauen Erfassung und Analyse der übrigen verfügbaren Quellen zwingt, unternimmt die vorliegende Untersu-

ter/Hamburg/London 2003, S. 185 und S. 189, Hugo STEHKÄMPER, *Protest, Opposition und Widerstand im Umkreis der (untergegangenen) Zentrumspartei*, in: Jürgen SCHMÄDEKE/Peter STEINBACH (Hg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München/Zürich 1985, S. 113–150 und S. 888–916, hier S. 141 und S. 899f., Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf 1986, hier S. 225, S. 229 und S. 235f., Elfriede NEBGEN, *Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer*, Stuttgart u. a. 1967, Tilman MAYER, *Ein christlicher Gewerkschafter im Widerstand. Jakob Kaiser und der 20. Juli*, in: Gerhard RINGSHAUSEN/Rüdiger VON VOSS (Hg.), *Widerstand und Verteidigung des Rechts*, Bonn 1997, S. 107–132, hier S. 126f., Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*, 3. durchgesehene Aufl., Stuttgart 1986, S. 396, S. 404–407 und S. 501 sowie *Adenauer im Dritten Reich*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1991. Auch die regionalgeschichtliche Forschung nahm von Frankens Aktivitäten im Widerstand bislang nur verhalten Notiz. Vgl. Helmut VOGT, *Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten (1914–1948)*, in: Dietrich HÖROLDT/Manfred VAN REY (Hg.), *Geschichte der Stadt Bonn in vier Bänden*, Bd. 4, *Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1974–1989*, Bonn 1989, S. 437–638, hier S. 536 und S. 616.

- 2 Gutachten Dr. Josef Busleys über Franken, 15.11.1946, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland (LAV NRW R), NW 1049/52025.
- 3 Vgl. den Vermerk der Staatspolizeistelle Düsseldorf II A 2 vom 11.11.1937, LAV NRW R, RW 58/31098, fol. 82r und 82v sowie Franken an Dempf, 28.6.1954, Bundesarchiv (BArch), B 168 Nr. 58.
- 4 Vgl. Interview mit Frau Dr. Marie Therese Pörzgen, geb. Körner, 20.5.2006, geführt von Frau Dr. Christine Blumenberg-Lampe (Niederschrift im Besitz des Verfassers). Der Verfasser dankt Frau Dr. Blumenberg-Lampe für die Erlaubnis, das Interview für die vorliegende Untersuchung nutzen zu dürfen.
- 5 Vgl. Frankens Lebenslauf vom 1.4.1947, LAV NRW R, NW 1049/52025, Edmund FORSTBACH, *Vom Widerstand zum Aufbau. Ein Erlebnisbericht aus den Jahren 1931–1939*, in: Informationsdienst des Zonenausschusses der Christlich-Demokratischen Union für die britische Zone 4 (1950), S. 8 (5. Fortsetzung), und DERS., *Edgar J. Jung. Ein konservativer Revolutionär, 30. Juni 1934*, Pfullingen 1984, S. 123f. Eine nicht veröffentlichte Version von Forstbachs Erlebnisbericht findet sich in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 01-013-001/3, NL Paul Franken.

chung den Versuch, Frankens Denken und Handeln im Kontext des Widerstands quellennah nachzuzeichnen. Gestützt sowohl auf die gedruckten Zeugnisse, die bislang noch nicht systematisch ausgewertet wurden, als auch auf einschlägiges und in Teilen noch nicht herangezogenes Archivgut soll im Folgenden – soweit es die Quellenlage erlaubt – geklärt werden, wie sich Frankens Verhältnis zum Nationalsozialismus entwickelte und welche Motive für seinen Widerstand verantwortlich waren. Darüber hinaus gilt es, nach den oppositionellen Netzwerken zu fragen, in denen er sich bewegte, und auch nach seiner spezifischen Rolle in diesen Zirkeln respektive nach seinen konkreten Handlungen.

I.

Wer Paul Frankens Verhalten im „Dritten Reich“ verstehen will, muss auf seine Verwurzelung im katholischen Korporationswesen bzw. im Verbandskatholizismus eingehen. Am 19. Dezember 1903 als Sohn eines Kaufmanns in Mönchengladbach geboren, ging Franken nach dem 1923 abgelegten Abitur nach Bonn, wo er zunächst Theologie und Philosophie, später Geografie, Philosophie, öffentliches Recht und vor allem Geschichte studierte. 1926 verbrachte er ein Semester in Berlin. Zurück in Bonn wurde er 1930 mit einer von Aloys Schulte betreuten Arbeit über „Franz Bernard von Bucholtz bis zu seiner Übersiedlung nach Wien (1790–1818) Jugend und politische Wanderjahre“⁶ zum Dr. phil. promoviert⁷. Zu dieser Zeit war Franken bereits fest integriert im katholischen Studentenverein „Arminia“, dem er 1924 beigetreten war, und ebenso im „Kartellverband der katholischen Studentenvereine Deutschlands“ (KV), welchem die Arminia angehörte. Im KV machte Franken, der wohl zeitweise eine Habilitation ins Auge gefasst hatte, sich schließlich aber zu einem stärker politischen Leben im Verbandskatholizismus hingezogen fühlte⁸, dann auch beruflich Karriere: Anfang 1930 wurde ihm der Posten des stellvertretenden Verbandsgeschäftsführers übertragen, ein Jahr später leitete er den bedeutsamen „Religiös-Weltanschaulichen Ausschuss“ (RWA), der sich u. a. um das Tagungs- und Schulungswesen innerhalb des

6 Als Dissertationsdruck erschienen: Paul FRANKEN, *Franz Bernard von Bucholtz bis zu seiner Übersiedlung nach Wien (1790–1818). Jugend und politische Wanderjahre*, Düsseldorf 1932.

7 Zu Frankens Schul- und Studienzeit sowie für das Folgende vgl. sein an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gerichtetes Gesuch um Erlaubnis zur Ablegung der ersten philosophischen Staatsprüfung vom 25.2.1940, KV-Archiv (Marl), Nachlass (NL) Martin Spahn, KV 12/21, seine Vernehmungsaussagen während der Haftzeit vom 14.11.1937, LAV NRW R, RW 58/9422, fol. 96, und FRANKEN, *Franz Bernard von Bucholtz* (wie Anm. 6), o. S. (Lebenslauf).

8 Vgl. FELDKAMP, *Paul Franken (1903–1984)*, in: BUCHSTAB/KAFF/KLEINMANN (wie Anm. 1), S. 173, und GIELEN (wie Anm. 1), S. 222.

Verbandes kümmerte⁹, und im Mai 1932 wurde er schließlich zum Verbandsgeschäftsführer des KV gewählt. Dieses Amt hatte Franken bis zur endgültigen Liquidation des Verbandes am 31. März 1936 inne, wobei er nicht nur die „Gleichschaltung“, sondern auch die „Abwicklung“ des KV vorzunehmen hatte.

Über die Arminia und erst recht durch seine Tätigkeit im KV kam Franken mit einer Vielzahl z. T. führender katholischer Persönlichkeiten im In- und Ausland in Kontakt. Schon damals, in den 1920er und frühen 1930er Jahren, baute er sich ein Netzwerk von Bekanntschaften und Freundschaften auf, auf das er während des „Dritten Reiches“ zurückgreifen konnte. So kannte er über verschiedene katholische (Studenten-)Organisationen Walther Hensel, der seit 1929 als Düsseldorfer Stadtsyndikus agierte. Mit ihm arbeitete Franken später im Widerstand gegen das NS-Regime eng zusammen¹⁰. Ähnliches lässt sich im Hinblick auf Josef Müller¹¹ („Ochsensepp“) oder Alois Eugen Becker¹², den späteren Oberregierungsrat in Koblenz bzw. Bonn, sagen. Zu ihnen unterhielt Franken ebenfalls schon lange vor 1933 freundschaftliche Beziehungen, die namentlich durch das gemeinsame Engagement in den katholischen Studentenvereinigungen zustande kamen. Auch sie wurden später zu Mitstreitern im Widerstand. Desgleichen kam Franken mit Adenauer¹³ und dem Bonner (später Münchner bzw. Mainzer) Philosophieprofessor Fritz-Joachim von Rintelen¹⁴ – beide ebenfalls vom NS-Regime verfolgt – durch die Arminia bzw. den KV in Berührung, wobei sich die Beziehungen zu Erstgenanntem allerdings erst 1933 enger gestalteten. Zuletzt baute Franken infolge seiner sozialstudentischen Tätigkeiten vor 1933 auch Beziehungen zu führenden Persönlichkeiten der christlichen Gewerkschaften bzw. der Arbeiterbewegung auf, namentlich zu Jakob Kaiser¹⁵ und Bernhard Deutz¹⁶, die ähnlich wie Körner, Hensel und Forschbach zu Frankens engsten Vertrauten im Kampf gegen den Nationalsozialismus zählen sollten.

9 Zum RWA vgl. Paul FRANKEN, *Das Arbeitsgebiet des Religiös-Weltanschaulichen Ausschusses*, in: Akademische Monatsblätter 44 (1931/32), S. 173–175.

10 Vgl. u. a. Hensels Erklärung für Franken, 20.4.1946, LAV NRW R, NW 1049/52025.

11 Vgl. Müllers eidesstattliche Erklärung für Franken, 21.2.1947, LAV NRW R, ebd.

12 Vgl. Beckers eidesstattliche Erklärung für Franken, o. D., LAV NRW R, ebd.

13 Vgl. Paul FRANKEN, *20 Jahre später. Eine Erinnerung an den Achtzigjährigen zum 5. Januar 1956*, in: Akademische Monatsblätter 68 (1956), S. 94–100, hier S. 95, Adenauers Bescheinigung für Franken vom 14.5.1946, in: MENSING (wie Anm. 1), S. 385, und FELD-KAMP, *Paul Franken (1903–1984)*, in: BUCHSTAB/KAFF/KLEINMANN (wie Anm. 1), S. 173f.

14 Vgl. Rintelens Erklärung für Franken, beglaubigt am 31.3.1947, LAV NRW R, NW 1049/52025.

15 Vgl. Kaisers eidesstattliche Erklärung für Franken, 3.4.1946, LAV NRW R, ebd.

16 Vgl. Deutz' eidesstattliche Erklärung für Franken, 10.5.1946, LAV NRW R, ebd.

Frankens Verankerung und Engagement im und für den Katholizismus ist mit Blick auf sein späteres Denken und Handeln jedoch nicht nur aufgrund der zahlreichen Kontakte bedeutsam, welche der als zurückhaltend und bescheiden, aber auch als freundlich, gütig und gelassen Charakterisierte¹⁷ in den 1920er und 1930er Jahren knüpfte. Gerade im Kontext seiner beruflichen Tätigkeit im KV werden auch Grundzüge seines weltanschaulich-religiösen Weltbildes sichtbar; vor allem aber fallen in diese Jahre seine ersten Stellungnahmen zum Nationalsozialismus, dessen große Wahlerfolge seit der „Septemberwahl“ des Jahres 1930 den grundsatztreuen Katholiken¹⁸ Franken zu näherer Beschäftigung zwangen¹⁹.

Gemäß der Linie der Zentrumspartei, welcher er bei Wahlen vor 1933 nach eigenen Aussagen stets seine Stimme gab²⁰, trat Franken in den durch wirtschaftliche Not und zunehmende politische Radikalisierung geprägten Jahren 1931/32 öffentlich wie verbandsintern für einen gegenwartsbezogenen Katholizismus ein, dessen „sittliche Aufgabe“ er darin sah, „zu jeder Zeit und an jedem Ort an der Gestaltung des Staatslebens mitzuwirken“²¹. In einem großen Artikel über die „Gegenwartsaufgaben des K. V.“, der 1931 in den Akademischen Monatsblättern erschien, ermunterte er seine Kartellbrüder, mehr Selbstbewusstsein an den Tag zu legen und an das eigene Können zu glauben, da nur so das übergeordnete Ziel der „individuelle[n] Erziehung und Gestaltung der kraftvollen ethischen und leistungsbewussten Persönlichkeit in Kirche und Staat“²² erreicht werden könne. Allem Rationalen, Mechanischen und Quantitativen wollte Franken die „seelenvolle Beziehung des Menschen zu

17 So ESSER (wie Anm. 1), S. 10. Esser lernte Franken 1940 kennen, als beide an der Universität Bonn Übersetzungsübungen besuchten. Ähnlich wurde Franken später vom damaligen Bundesinnenminister Ernst Benda charakterisiert. Vgl. *Ziele und Elemente künftiger politischer Bildungsarbeit*, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 16.1.1969, S. 42 („... in Ihrer stets zurückhaltenden und bescheidenen Art“).

18 Vgl. Kaisers eidesstattliche Erklärung für Franken, 3.4.1946, LAV NRW R, NW 1049/52025.

19 Vgl. Frankens „Exklusiv-Interview“ in der Bonner Schülerzeitung „akzent“ 1981, Nr. 28, S. 5.

20 Vgl. Franken an Johannes Henry, 2.6.1933, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-4, und Frankens Angaben im Fragebogen der Militärregierung, 15.4.1947, LAV NRW R, NW 1049/52025. Gemäß der letztgenannten Quelle stimmte Franken im März 1933 für die Bayerische Volkspartei.

21 So in seinem vertraulichen „Entwurf einer Diskussionsgrundlage für die Verbandsarbeit 1931/32“, Anlage zu Frankens Schreiben an cand. phil. Hahn, Justizrat Diekamp, Rechtsanwalt Henry und Dr. Hensel, 17.2.1931, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-1. Vgl. auch Paul FRANKEN, *Um die Gegenwartsaufgaben des K. V.*, in: Akademische Monatsblätter 43 (1931), S. 374 sowie ähnlich das Protokoll der Philisteraussprachetagung in Rhöndorf, 13.11.1931, KV-Archiv, Akten des Religiös-Weltanschaulichen Ausschusses Nr. 994.

22 FRANKEN, *Um die Gegenwartsaufgaben des K. V.* (wie Anm. 21), S. 376. Vgl. auch DERS., *Arbeitsgebiet* (wie Anm. 9), S. 175.

Gott als dem Ziel und Endpunkt aller Wirklichkeit“²³ entgegenstellen. Wesentlich aus diesem Grund begrüßte er wohl auch die religiösen Tagungen der katholischen Korporationen „mit ihrer Besinnung auf letzte Werte“²⁴ sehr. Namentlich um die Jugend und insbesondere um die akademische Jugend musste sich der Verband Franken zufolge intensiv kümmern, denn sie war nach seinem Dafürhalten „kein Freund eines parlamentarischen Fortwurstelns“ und befürwortete – ausgezeichnet durch eine „echte Gefolgschaftstreue dem selbstgewählten Führer gegenüber“ – in politischer wie auch in anderer Hinsicht „personale“ Lösungen²⁵. In diesem Zusammenhang warnte Franken mehrfach öffentlich vor den Gefahren politischer Radikalismen und insbesondere vor dem Nationalsozialismus. So heißt es etwa in dem erwähnten Artikel der Akademischen Monatsblätter aus dem Jahre 1931: „Die deutsche Jugend ... gilt es in einer Zeit polarer Zerrungen auf allen Lebensgebieten vor jedem politischen Radikalismus zu bewahren und ihr das frohe Bewußtsein der politischen Tat und des politischen Willens im Dienste des deutschen Staates zu geben“²⁶. Noch deutlicher äußerte er sich Anfang November desselben Jahres auf einer „Philisteraussprachetagung“ in Rhöndorf. Franken sprach über die geistige Situation des Verbandes und führte dabei laut Protokoll aus: „Staatspolitisch bedeutet der Nationalsozialismus die grosse Gefahr für unsere Jugend, die nur durch die Persönlichkeit Brünings gebannt wird“²⁷. Für Franken, der damals auch anderen Tagungsleitern des KV eine Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus vor dem Hintergrund der katholischen Erziehungsziele anriet²⁸, war das Bedürfnis der Jugend nach personalen Lösungen mit der präsidialen Kanz-

23 DERS., *Um die Gegenwartsaufgaben des K. V.* (wie Anm. 21), S. 373.

24 DERS., *Arbeitsgebiet* (wie Anm. 9), S. 175. Vgl. ferner Frankens Schreiben an Oberstudienrat Koch, 29.10.1931, KV-Archiv, Akten des Religiös-Weltanschaulichen Ausschusses Nr. 994.

25 Vgl. Frankens „Entwurf einer Diskussionsgrundlage für die Verbandsarbeit 1931/32“, Anlage zu seinem Schreiben an cand. phil. Hahn, Justizrat Diekamp, Rechtsanwalt Henry und Dr. Hensel, 17.2.1931, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-1, und DERS., *Um die Gegenwartsaufgaben des K. V.* (wie Anm. 21), S. 374 (dort die Zitate). Franken erläutert den „Führer“-Begriff an dieser Stelle nicht näher. Angesichts des Kontextes und der weiteren im Text dargelegten Einlassungen Frankens lässt sich indes schlussfolgern, dass er der Jugend vor dem Hintergrund der damaligen Krise des parlamentarischen Systems generell einen Hang zur Gefolgschaft gegenüber einer kraftvoll handelnden politisch verantwortlichen Persönlichkeit bescheinigt.

26 EBD. Vgl. fast wortgleich den „Entwurf einer Diskussionsgrundlage für die Verbandsarbeit 1931/32“, Anlage zu seinem Schreiben an cand. phil. Hahn, Justizrat Diekamp, Rechtsanwalt Henry und Dr. Hensel, 17.2.1931, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-1.

27 Protokoll der Philisteraussprachetagung in Rhöndorf, 13.11.1931, KV-Archiv, Akten des Religiös-Weltanschaulichen Ausschusses Nr. 994.

28 Vgl. Frankens Exposé „Kurze Gedanken zur Fuchsmajorentagung 1931“, als Anlage zu seinem Schreiben an Rektor Lutz, Dr. Niehlen, Professor Andres, Kaplan Loens und Dr. Bigenwald, 21.10.1931, ebd. Nr. 991.

lerschaft Heinrich Brünings teilweise befriedigt²⁹. Schon diese Einlassungen machen in Verbindung mit seiner festen Verwurzelung im katholischen Glauben deutlich, dass es sicherlich zutreffend war, wenn Josef Müller und andere, Franken bereits vor 1933 nahe stehende Personen im Zuge des Entnazifizierungsverfahrens darauf abhoben, dass der „gläubige Katholik“³⁰ den Nationalsozialismus „von Anfang an aus weltanschaulichen wie staatspolitischen Gründen ... abgelehnt“³¹ habe.

Diese Ablehnung offenbarte sich nochmals recht deutlich wenige Wochen vor der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933. Den Hintergrund bildeten die zu Pfingsten 1932 in Würzburg gefassten Beschlüsse der Führung des – parteipolitisch neutralen – KV, wonach man in der Frage einer gleichzeitigen Mitgliedschaft von KVern zu „marxistischen Parteien und zur N.S.D.A.P. ... bedingungslos auf dem Boden der Erklärungen der deutschen Bischöfe [stehe]“³², was bedeutete, dass seitens des KV eine gleichzeitige Mitgliedschaft als unvereinbar betrachtet wurde. Im Vorfeld der Beschlussfassung, die nicht zuletzt durch einen Antrag u. a. des Verbandsrates angestoßen wurde, dem Franken angehörte, hatte sich der Berliner Bischof Christian Schreiber dafür ausgesprochen, den Unvereinbarkeitsbeschluss zurückzustellen, offenbar weil er hoffte, die Partei Hitlers werde sich wandeln und insbesondere die, wie Schreiber meinte, „antichristlichen“ Punkte aus ihrem Programm streichen. Im Herbst 1932 sah sich der Bischof angesichts der ungünstigen politischen wie moralischen Entwicklung der NSDAP allerdings veranlasst, seine Meinung grundlegend zu revidieren. In einer von ihm ermächtigten Erklärung warnte er alle Katholiken, auch die Akademiker, unmissverständlich vor der NSDAP und verwies dabei auch auf die „weltanschaulichen Irrtümer“ der Hitlerpartei, deren wegen die Mitgliedschaft für Katholiken vom deutschen Episkopat untersagt sei. Trotz der zu Pfingsten gefällten Beschlüsse, mittels derer die Frage eigentlich geklärt war, gab Franken Schreibers Erklärung in einem Rundschreiben des RWA einen Tag vor der

29 Vgl. den „Entwurf einer Diskussionsgrundlage für die Verbandsarbeit 1931/32“, Anlage zu seinem Schreiben an cand. phil. Hahn, Justizrat Diekamp, Rechtsanwalt Henry und Dr. Hensel, 17.2.1931, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-1.

30 Gutachten Henrys über Franken, 23.4.1946, LAV NRW R, NW 1049/52025. Zu Frankens tief verwurzeltm Glauben vgl. auch sein während der Haft verfasstes Schreiben an den zuständigen Kommissar vom 19.12.1938 mit der „für Sie sicherlich ungewöhnliche[n] Frage[.]... ob mir nicht wenigstens am ersten Weihnachtstage die Teilnahme an einem Gottesdienst meines Glaubens ermöglicht werden kann“. Vgl. LAV NRW R, RW 58/64380, fol. 14v (dort das Zitat).

31 So Josef Müller in seiner eidesstattlichen Erklärung für Franken vom 21.2.1947, LAV NRW R, NW 1049/52025. In dieselbe Richtung weist die Erklärung des Historikers Theodor Schieffer vom 10.11.1946, ebd.

32 Beschlüsse und Entschließungen der 57. V[ertreter] V[ersammlung] und des 10. ordentl[ichen] Philistertages in Würzburg 1932, in: Schwarzes Brett. Beilage zu Nr. 9 der Akademischen Monatsblätter 33 (1932), S. 254.

Reichstagswahl vom 6. November 1932 seinen Kartellbrüdern bekannt, wobei er ausdrücklich anmerkte, dass auf Schreibers Stellungnahme in Verbandskreisen in geeigneter Form verwiesen werden könne³³. Wie sehr dies zeitgenössisch auch seitens der Nationalsozialisten als Angriff gewertet wurde, geht aus der Tatsache hervor, dass die Staatspolizeistelle Dortmund das Rundschreiben im Herbst 1935 als Beleg für ihre Einschätzung anführte, wonach Franken, „der geistige Mittelpunkt“ des RWA, ein „überzeugter Gegner des Nationalsozialismus“³⁴ sei.

Bei aller Ablehnung des Nationalsozialismus, die Franken mit anderen führenden KVern teilte³⁵ und die ihm, der die Richtlinien der Bischöfe als „für uns Katholiken ... doch wohl maßgebend“³⁶ ansah, sicherlich durch die damalige Haltung des deutschen Episkopats erleichtert wurde, gilt es nicht aus dem Auge zu verlieren, dass Franken – auch dies ähnlich wie andere KVern³⁷ – in den frühen 1930er Jahren für eine stärkere Betonung nationaler Fragen wie auch des Wehrbewusstseins innerhalb des KV eintrat. In diesem Sinne äußerte er sich vor allem am 8. Oktober 1932 in einer Sitzung des Verbandsrats³⁸, nachdem schon in den Jahren zuvor sein Interesse an einer „Stärkung unseres Nationalbewusstseins“³⁹ erkennbar geworden war. Dass diese Akzentuierung des Nationalen keine situative Erscheinung war, sondern als Grundelement seines politischen Denkens angesehen werden muss, verdeutlicht auch ein Zeugnis aus späteren Jahren. Noch am 11. April 1940, als er längst in intensivem Kontakt mit diversen Widerstandskreisen stand und 14½ Monate in Gestapo-Haft gesessen hatte, schrieb Franken unter offenkundiger Anspielung auf die deutsche Besetzung Dänemarks und die Landung in Norwegen an seinen Freund Alois Becker: „Im übrigen stehe ich ganz unter dem gewaltigen Eindruck der grossen militärischen Leistungen im Norden. Hoffentlich werden nur die Amerikaner nicht unvernünftig und greifen in den Krieg ein“⁴⁰.

-
- 33 Vgl. Frankens Rundschreiben Nr. 5 des RWA, 5.11.1932, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-4 (dort die Zitate).
- 34 Die Einschätzung der Staatspolizeistelle Dortmund vom 26.9.1935 ist abschriftlich überliefert in: LAV NRW R, NW 1049/52025 und RW 58/14101 Bd. IV, fol. 61.
- 35 Vgl. z. B. Götz VON PÖLNITZ, *Der radikale deutsche Nationalismus im Lichte katholischer Weltanschauung*, in: Akademische Monatsblätter 44 (1931/32), S. 366–377.
- 36 Franken an Henry, 29.5.1933, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-2.
- 37 Vgl. VON PÖLNITZ (wie Anm. 35), S. 376, Niederschrift über die Sitzung des Verbandsrats, 8.10.1932, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-1 sowie für den Gesamtverband Hans SCHLÖMER, *Die Gleichschaltung des KV im Frühjahr 1933*, in: Friedhelm GOLÜCKE (Hg.), *Korporationen und Nationalsozialismus*, Schernfeld [1989], S. 14.
- 38 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Verbandsrats, 8.10.1932, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-1.
- 39 Franken an Oberstudienrat Barzel, 15.8.1931, KV-Archiv, Akten des Religiös-Weltanschaulichen Ausschusses Nr. 991. Zu Frankens nationaler Haltung vgl. auch Paul FRANKEN, *65 Jahre Arminia*, in: Arminen-Blätter 23 (1928), o. S.
- 40 Landeshauptarchiv Koblenz, NL Becker Nr. 105.

II.

Trotz seiner entschiedenen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus verlief Frankens Weg in den Widerstand nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler – ähnlich wie bei vielen anderen (späteren) Gegnern des Regimes – nicht geradlinig. Franken gehörte vielmehr, was von den biographischen Forschungen zu seiner Person bislang nicht hinreichend beachtet wurde, zu jener Gruppe vorwiegend jüngerer Repräsentanten des KV, die im Gegensatz zur älteren Generation im Frühjahr 1933 zu Konzessionen gegenüber der NSDAP neigte und einen Kompromiss mit derselben für möglich hielt⁴¹. Begünstigt wurde ihre Haltung durch den Wahlsieg der Nationalsozialisten vom 5. März 1933 sowie vor allem durch die Erklärung der deutschen Bischöfe vom 28. des Monats, deren Wort namentlich Franken, wie gezeigt wurde, großes Gewicht beimaß: In Reaktion auf Hitlers Regierungserklärung vom 23. März, die beruhigende Versicherungen über die Inhalte seiner Politik und die Stellung seines Kabinetts zum Christentum enthielt, nahmen die Bischöfe ihre oben beschriebene Unvereinbarkeitserklärung im Kern zurück. Dieses Entgegenkommen korrespondierte mit der Zustimmung von Zentrumsparlei und Bayerischer Volkspartei zum so genannten „Ermächtigungsgesetz“⁴².

Für Frankens Verhalten im Frühjahr 1933 muss zudem der Prozess der „Gleichschaltung“ des KV Ende April/Anfang Mai 1933 in Rechnung gestellt werden. Damals bemühten sich die treibenden Kräfte hinter dieser Aktion, Franken, gegen dessen Geschäftsführung nichts einzuwenden war, der ihnen

41 Vgl. SCHLÖMER (wie Anm. 37), S. 14f.

42 Hitlers Regierungserklärung vom 23.3. und die Erklärung der Bischöfe vom 28.3.1933 sind abgedruckt bei: Hubert GRUBER, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus 1930–1945. Ein Bericht in Quellen*, Paderborn u. a. 2006, S. 34f. und S. 39f. Vgl. auch Matthias STICKLER, *Kollaboration oder weltanschauliche Distanz? Katholische Kirche und NS-Staat*, in: Karl-Joseph HUMMEL/Michael KIBENER (Hg.), *Die Katholiken und das Dritte Reich. Kontroversen und Debatten*, Paderborn u. a. 2009, S. 87. Vgl. ferner *Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“*, hg. und bearb. von Rudolf MORSEY, Düsseldorf 1992. Auf die wissenschaftliche Kontroverse um einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Zustandekommen des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 einerseits und der Zustimmung der Zentrumsparlei zum Ermächtigungsgesetz vom 23. März, der Kundgebung der Bischöfe vom 28. März respektive des Endes des politischen Katholizismus andererseits kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Vgl. hierzu die Zusammenfassungen der Debatte bei STICKLER (wie Anm. 42), S. 83–85, Michael KIBENER, *Das Dritte Reich*, Darmstadt 2005, S. 68–70, und Carsten KRETSCHMANN, *Eine Partie für Pacelli? Die Scholder-Repgen-Debatte*, in: Thomas Brechenmacher (Hg.), *Das Reichskonkordat 1933. Forschungsstand, Kontroversen, Dokumente*, Paderborn u. a. 2007, S. 13–24.

„aber von früheren Jahren ‚suspekt‘ sei“⁴³, aus dem Amt zu drängen. Auch sollte er den Vorsitz des RWA aufgeben, „weil ich die staatspolitische Schulung nicht in dem von ihnen gewünschten Sinne betreibe“⁴⁴. Zwar waren beide Unterfangen nicht von Erfolg gekrönt und Franken blieb sowohl Verbandsgeschäftsführer als auch Vorsitzender des RWA. Er verzichtete allerdings bewusst auf sein Stimmrecht im Verbandsrat, um das Amt des Geschäftsführers von der verbandspolitischen Leitung zu scheiden und es weniger abhängig von wechselnden politischen Konstellationen zu machen⁴⁵. De facto war Franken durch diesen Verzicht auf verbandspolitischer Ebene „kaltgestellt“⁴⁶.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen trat Franken nicht nur in die NSDAP ein, was mit hoher Wahrscheinlichkeit noch im Mai 1933 geschah und offenkundig auf Zuraten maßgeblicher Kartellbrüder erfolgte, die mit dieser Maßnahme den Verband einem weitergehenden Zugriff der Nationalsozialisten entziehen wollten⁴⁷; er sprach sich auch für eine Unterstützung der neuen Regierung aus und verteidigte verbandsintern den Eintritt von Korporationsmitgliedern in die SA. Letzteres geht aus einer Aufzeichnung des Kölner Justizrates Karl Bachem hervor, der selbst zu jener älteren Generation innerhalb des Philistertums zählte, welche Kompromisse mit der NSDAP tendenziell ablehnte. Bachem berichtet über eine Tagung des Kölner Philisterzirkels, die am 13. und 14. Mai 1933 in Königswinter stattfand und in deren Verlauf darüber diskutiert wurde, wie der KV „an einer neuen Gestaltung des deutschen Katholizismus im Rahmen der Gesamtnation mitentscheiden“ könne. „Die Ausspra-

43 Vgl. Franken an Henry, 8.5.1933, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-4 (dort das Zitat), und Egbring an Henry, 10.5.1933, in: SCHLÖMER (wie Anm. 37), S. 69. Die komplizierten Vorgänge der „Gleichschaltung“ des KV sind im Einzelnen dargestellt bei: EBD. S. 13–51.

44 Franken an Henry, 29.5.1933, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-2.

45 Vgl. ders. an dens., 12.6.1933, ebd., ders. an Domkapitular Ferche, 2.6.1933, KV-Archiv, Akten des Religiös-Weltanschaulichen Ausschusses Nr. 998 sowie Rundschreiben des Verbandsrates, 5.5.1933, ebd.

46 So mit Recht SCHLÖMER (wie Anm. 37), S. 47. In zwei Briefen an Henry vom 2.6. und 7.6.1933 betonte Franken denn auch, dass er auf die politische Linie bzw. die politischen Entscheidungen des Verbandes keinen Einfluss mehr habe. Vgl. KV-Archiv, NL Henry, KV 3-4.

47 In späteren Zeugnissen wird der 1.5.1933 als Tag des Parteieintritts angegeben, allerdings soll es sich dabei, wie Franken in einem 1947 verfassten Lebenslauf vermerkte, um ein rückdatiertes Datum handeln. Verschiedene Andeutungen in Frankens zeitgenössischen Briefen an Henry – insbesondere der Hinweis auf das Verhalten Konstantin Hanks, der denselben Schritt öffentlich bekannt gegeben habe – sprechen indes sehr eindeutig dafür, dass Frankens Parteieintritt bereits im Mai 1933 erfolgte. Vgl. das Schreiben der Gestapo Düsseldorf Abt. II A 2 an Abt. II B, 22.3.1939, LAV NRW R, RW 58/64380, fol. 22v, Franken an Henry, 18.5.1933, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-4, ders. an dens., 24.5.1933, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-2 sowie Frankens Lebenslauf vom 1.4.1947, LAV NRW R, NW 1049/52025. Für Hanks öffentliche Bekanntmachung seines Parteieintritts vgl. Franken an Henry, 8.5.1933, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-4 sowie SCHLÖMER (wie Anm. 37), S. 35. Zum Zuraten der Kartellbrüder vgl. u. a. die eidesstattlichen Erklärungen von Alois Becker, o. D., und Walther Hensel, 20.4.1946, jeweils: LAV NRW R, NW 1049/52025.

che ergab, daß auch im KV eine ganz überwältigende Strömung dahingeht, in den Nationalsozialismus unterzutauchen. Es scheint kein Halten mehr zu sein. Aus einer ganzen Reihe von Vereinen wurde berichtet, daß sie schon fast geschlossen oder zum überwiegenden Teil zu den S. A. (Sturmabteilungen) übergegangen sind. Die Referenten, Dr. Franken, Prof. Raederscheidt und Martin Spahn bemühten sich um die Wette, diesem Standpunkt eine wissenschaftliche Unterlage zu schaffen. Von weitaus dem größten Teil der Versammlung fanden sie dabei dröhnenden Beifall⁴⁸. Franken, der in Königswinter über die „[n]ationalpolitische Zielsetzung des K.V.“⁴⁹ referierte, sprach in zeitgenössischen Briefen davon, dass die Tagung ganz bewusst „die politischen Fronten bisherigen Stils ... durchbrechen“ wollte, „weil sie eben keine Realität mehr sind“⁵⁰. Mit dem Verlauf der Veranstaltung zeigte er sich schlussendlich sehr zufrieden. Auf derselben Linie wie sein Auftreten in Königswinter hatte bereits ein „[g]egen Ende April 1933“ verfasstes Schreiben an den Vorortsvorsitzenden Konstantin Hank gelegen, in dem Franken die Lage besonders im Rheinland in folgender Weise schilderte: „[D]ie meisten der jüngeren rheinischen Kartellbrüder [seien] zu den Nationalsozialisten übergetreten ... Es gebe im Rheinland und Westfalen kaum einen jüngeren Kartellbruder, der sich in den letzten Jahren einen Namen gemacht habe und der jetzt nicht bereits Mitglied der NSDAP sei. Er selbst [d. h. Franken] habe den Aufruf des Görreskreises katholischer Deutscher mitunterzeichnet, in dem es heißt, daß man heute auf zeitbedingte Formen politischen und kulturellen Einsatzes des Katholizismus verzichten und den die Verantwortung vor Volk und Staat tragenden Mann der nationalen Bewegung stützen müsse“⁵¹.

48 Bachems Aufzeichnung wird zitiert nach: SCHLÖMER (wie Anm. 37), S. 19. Zur Königswinterer Tagung vgl. auch Schwarzes Brett. Beilage zu Nr. 1 der Akademischen Monatsblätter 35 (1933), S. 6f. (das folgende Zitat: S. 6). Demnach befasste sich die Tagung „erstmalig mit dem ganzen Fragenbereich ... die [sic] durch die nationale Revolution für den deutschen Katholizismus aufgeworfen wurde“. Der NL Karl Bachems wird im Historischen Archiv der Stadt Köln verwahrt und konnte aufgrund der Einsturzkatastrophe vom 3.3.2009 nicht eingesehen werden.

49 Schwarzes Brett. Beilage zu Nr. 1 der Akademischen Monatsblätter 35 (1933), S. 6.

50 Franken an Henry, 2.6.1933, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-4. Vgl. auch ganz ähnlich ders. an Domkapitular Ferche, 2.6.1933, KV-Archiv, Akten des Religiös-Weltanschaulichen Ausschusses Nr. 998.

51 Frankens Schreiben ist überliefert in den Tagebuchaufzeichnungen Hanks, die hier zitiert werden nach: SCHLÖMER (wie Anm. 37), S. 18. Die Tagebuchaufzeichnungen wurden Hans Schlömer von Konstantin Hank gegen Ende der 1950er Jahre in Abschrift zur Verfügung gestellt. Nach Kenntnis des Verfassers wurden weder die Abschrift noch die Originale einem öffentlich zugänglichen Archiv übergeben. In dem erwähnten Aufruf, dessen Verfasser sich nach dem Wahlsieg Hitlers vom 5.3.1933 zum „Görreskreis katholischer Deutscher“ zusammengeschlossen haben, heißt es wörtlich: „Die nationale Erhebung unserer Tage hat das ganze deutsche Leben erfasst. Ein Umbruch und eine Rückbesinnung auf Natur und Wirklichkeit volkhaften Seins vollzieht sich. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, diesem Umbruch Einhalt zu tun, sondern es gilt, ihn weiterzutragen: auch in das

Wohlgemerkt: Trotz dieser Beispiele wird man nicht sagen können, Franken habe im Frühjahr 1933 einen „Drang zum Nationalsozialismus“⁵² entwickelt. Gegenüber seinem Vorgänger im Amt des Verbandsgeschäftsführers, Johannes Henry, mit dem es im Frühjahr 1933 ob des von Franken verfolgten Kurses zu Meinungsverschiedenheiten kam, betonte er Anfang Juni, dass ihm die Vorgänge der letzten Monate sehr viel Kopfzerbrechen bereitet hätten und er nicht bereit sei, nur ein Jota der weltanschaulichen Einstellung des Verbandes preiszugeben⁵³. Auch hob er wiederholt die Bedeutung der religiösen Aufgaben im Verband hervor, die aufgrund der in Auflösung begriffenen Formationen des deutschen Katholizismus von Tag zu Tag zentraler würden⁵⁴. Gleichwohl stand für Franken im Mai/Juni 1933 Folgendes fest: Die Mehrheit des aktiven Verbandes gehörte der SA an, oder war der NSDAP zuzurechnen. Ferner stand der größte Teil des jüngeren Philistertums in seinen Augen der Partei Hitlers bejahend gegenüber⁵⁵: „Im großen und ganzen“, so schrieb Franken am 2. Juni 1933 an Domkapitular Joseph Ferche in Breslau, „wird man feststellen können, daß die innere Einstellung auf die Bewegung und Politik A[dolf] Hitlers ständig in weiterem Zunehmen begriffen ist“. Politisch hingegen ging „[d]er Weg der deutschen Zukunft“ für Franken Anfang Juni – bei aller Unklarheit der Situation, aufgrund derer er Bestimmtes nicht vorherzusagen vermochte⁵⁶ – „zweifellos über die Bewegung Hitlers. Die politischen Parteien stellen sich hier im Westen nicht mehr als eine nennenswerte Realität dar“⁵⁷. Aufgrund dieser Lageeinschätzung trat Franken im Frühjahr 1933 dafür ein, die aus seiner Sicht überholte Frontstellung zu überwinden und sich unter Bewahrung der katholischen Weltanschauung gegenüber dem Nationalsozialismus in gewissem Maße kompromissbereit zu zeigen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit

katholische Deutschland. Um unserer Liebe zu unserem Volk willen, und weil wir an die Ewigkeit der Kirche glauben, gilt es zu verzichten auf gewisse zeitbedingte Formen politischen und kulturellen Einsatzes, wie sie in vergangener Zeit gewachsen waren. Neue Verhältnisse bedingen neue Wege des Einsatzes. So rufen wir vor allem die Jugend auf, die seit Jahren um Geltung ringt und mit Liebe diesem Volk zugehört, jetzt mit uns zu sein in dem Ringen um ein neues Deutschland, ein ‚Ja‘ zu sagen zu den Kräften und zu dem führenden, die Verantwortung vor Volk und Staat tragenden Mann der nationalen Bewegung ...“. Vgl. Bertold WALD, „Aktualisierung durch Enthistorisierung“. *Zu einem Brief von Josef Pieper an Gustav Gundlach aus der Zeit der NS-Diktatur*, in: Philosophisches Jahrbuch 104 (1997), S. 175–181, hier S. 179f. (dort das Zitat).

52 So auch zutreffend SCHLÖMER (wie Anm. 37), S. 48. Vgl. auch EBD. S. 14.

53 Vgl. Franken an Henry, 2.6.1933, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-4.

54 Vgl. ders. an Pater Dehne, 7.6.1933, und ders. an Domkapitular Ferche, 2.6.1933, jeweils: KV-Archiv, Akten des Religiös-Weltanschaulichen Ausschusses Nr. 998.

55 Franken hat dies im Frühjahr 1933 immer wieder betont. Vgl. z. B. seine Schreiben an Henry vom 18.5.1933, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-4, an Pater Dehne vom 7.6.1933, und an Domkapitular Ferche vom 2.6.1933 (dort auch das folgende Zitat im Text), jeweils: KV-Archiv, Akten des Religiös-Weltanschaulichen Ausschusses Nr. 998.

56 Vgl. ders. an Rektor Loer, 1.6.1933, ebd.

57 Ders. an Henry, 2.6.1933, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-4.

glaubte er „damals“, im Frühjahr und Frühsommer 1933 – vielleicht auch vor dem Hintergrund des in Aussicht stehenden Konkordats –, tatsächlich an die Möglichkeit einer „Einigung zwischen der Kirche und dem Staate“⁵⁸. Dass sein gesamtes Verhalten indes als Modifikation seiner früheren Positionen verstanden werden konnte, war Franken dabei wohl bewusst. In einem Brief an Henry, mit dem er sich vermutlich am 6. März, am Tag nach der Reichstagswahl, ausgetauscht hatte, schrieb er am 2. Juni 1933: „Gerade die 3 vergangenen Monate sind doch in jeder Hinsicht ungeheuer inhaltsreich gewesen und ich glaube sagen zu dürfen, daß ich wirklich nicht der einzige bin, der in Deutschland in dieser Zeit in mancher Hinsicht umgelernt hat“⁵⁹.

III.

Mochte Franken im Frühsommer 1933 noch Hoffnungen gehegt haben, vielleicht auch was eine mögliche Beeinflussung bzw. Veränderung der Partei Hitlers infolge entsprechender Kooperationsbereitschaft anging⁶⁰, so scheint sich diese Aussicht bis Ende 1933 bzw. spätestens bis zum Frühsommer 1934 weitgehend verflüchtigt zu haben. Dafür spricht zumindest die Tatsache, dass in jenen Monaten im Westen Deutschlands verschiedene katholische Gruppen, die sich in deutlicher Ablehnung des Regimes sahen, entstanden, an denen Franken beteiligt war bzw. zu denen er Fühlung hielt. Angesichts der erwähnten schwierigen Quellenlage lassen sich Genese und Agieren der einzelnen Kreise nur umrisshaft erkennen und vielfach nicht taggenau datieren. Für Franken kann angesichts der vorliegenden Zeugnisse indes als sicher gelten, dass er im oben genannten Zeitraum oppositionelle Fäden zum Leiter des Cartellverbands der katholischen deutschen Studentenverbindungen Edmund Forstbach sowie zu seinem Kartellbruder Walther Hensel spann, der zu den tragenden Stützen einer katholisch geprägten Oppositionsgruppe in Düsseldorf zählte, der u. a. Karl Arnold, der spätere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, angehörte⁶¹. Hensel war es auch, der wohl Ende 1934/Anfang 1935 gegenüber

58 So Franken in einer Vernehmung während der Haftzeit vom 14.11.1937, LAV NRW R, RW 58/9422, fol. 97. Der Aussage kann vor dem Hintergrund der im Text dargelegten Quellen Glauben geschenkt werden.

59 Franken an Henry, 2.6.1933, KV-Archiv, NL Henry, KV 3-4.

60 In diesem Kontext vgl. den Hinweis in der Erklärung Walther Hensels über Franken vom 20.4.1946, LAV NRW R, NW 1049/52025.

61 Vgl. FORSCHBACH, *Widerstand* (wie Anm. 5), S. 5 (2. Fortsetzung), DERS., *Jung* (wie Anm. 5), insbes. S. 86, S. 101 und S. 122f., DERS., *Der rheinische Widerstandskreis*, in: Rüdiger VON VOSS/Günther NESKE (Hg.), *Der 20. Juli 1944. Annäherung an den geschichtlichen Augenblick*, Pfullingen 1984, S. 88–100, hier bes. S. 88–91, Frankens Lebenslauf vom 1.4.1947 sowie die Erklärung von Walther Hensel vom 20.4.1946, jeweils: LAV NRW R, NW 1049/52025, und die Aufzeichnungen Hensels, in: BUCHSTAB/KAFF/KLEINMANN (Hg.), *Verfolgung* (wie Anm. 1), S. 235. Zum Düsseldorfer Kreis vgl. z. B. BÜCKER, *Kölner Kreis* (wie Anm. 1), S. 55.

Forschbach und Franken darauf drängte, „eine planmäßige Widerstandsgruppe vom Rheinland aus zu organisieren“. Nach anfänglichem Zögern – beide standen späteren Zeugnissen zufolge noch unter dem Eindruck der Saarabstimmung vom 13. Januar 1935 und der nationalsozialistischen Morde im Zuge des so genannten „Röhm-Putsches“ vom 30. Juni bzw. 1. und 2. Juli 1934 – stimmten beide dem Vorschlag zu⁶². Demgemäß wurde in den folgenden Jahren Fühlung zu anderen katholischen Akademikern aufgenommen oder bereits bestehende Kontakte intensiviert. Mit Blick auf Franken galt dies in erster Linie für den Verwaltungsjuristen Alois Eugen Becker, der 1936 ans Oberpräsidium nach Koblenz versetzt wurde und seither regelmäßig zu Franken nach Bonn kam⁶³, sowie in weniger intensiver Weise für den Münchner Rechtsanwalt und späteren CSU-Vorsitzenden Josef Müller, der seit 1939 im Dienste des von Admiral Canaris geleiteten Amtes Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht tätig war⁶⁴. Zum erweiterten Netzwerk Frankens gehörten aus dem katholisch-akademischen Umfeld auch der 1944 in Plötzensee hingegerichtete Berliner Rechtsanwalt Josef Wirmer⁶⁵, der Bonner (später Koblenzer) Archivar und Historiker Paul Egon Hübinger⁶⁶, der im „Dritten Reich“ aufgrund fehlender Parteizugehörigkeit keine Professur erhielt und dessen Hal-

62 Vgl. die Aufzeichnungen Hensels, in: BUCHSTAB/KAFF/KLEINMANN (Hg.), *Verfolgung* (wie Anm. 1), S. 235 (dort das Zitat), und FORSCHBACH, *Der rheinische Widerstandskreis* (wie Anm. 61), S. 89.

63 Vgl. den Entwurf eines Schreibens von Alois Becker an die Bezirksberufungskammer für die Verfolgten des Nationalsozialismus vom April 1949, Landeshauptarchiv Koblenz, NL Becker Nr. 44, S. 8 sowie Beckers eidesstattliche Erklärung, o. D., LAV NRW R, NW 1049/52025. Die engen Kontakte, die schon in den Jahren des „Dritten Reichs“ zwischen beiden bestanden, lassen sich belegen anhand diverser zeitgenössischer Schreiben und Postkarten, welche Franken an Becker sandte. Vgl. Landeshauptarchiv Koblenz, NL Becker Nr. 105.

64 Vgl. Müllers eidesstattliche Erklärung für Franken, 21.2.1947, LAV NRW R, NW 1049/52025, und FORSCHBACH, *Der rheinische Widerstandskreis* (wie Anm. 61), S. 90. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Franken und Müller werden auch durch privaten Schriftwechsel aus der Zeit nach 1945 belegt. Vgl. z. B. Franken an Müller, 8.5.1946, Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP), NL Müller J 13/2, ders. an dens., 17.3.1976, und Müller an Franken, 24.3.1976, jeweils: ACSP, NL Müller J 22/1.

65 Vgl. Aufzeichnungen Hensels, in: BUCHSTAB/KAFF/KLEINMANN (Hg.), *Verfolgung* (wie Anm. 1), S. 235. Auch Jakob Kaiser sprach rückblickend in einem Schreiben an Franken vom 2.10.1952 von „unsere[m] unvergeßlichen Freund Josef Wirmer“. Vgl. BArch, NL Kaiser N 1018/9, fol. 62 (dort das Zitat).

66 Vgl. Hübingers Erklärung über Franken vom 24.5.1946, Universitätsarchiv Bonn, NL Hübinger Nr. 2, Bl. 119f. Auch in diesem Fall lassen sich die engen Beziehungen, die beide während der Zeit des Nationalsozialismus unterhielten, anhand zeitgenössischer Quellen belegen. Vgl. Leo Just an Martin Spahn, 4.1.1936, in: Michael F. FELDKAMP (Hg.), *Leo Just: Briefe an Hermann Cardauns, Paul Fridolin Kehr, Aloys Schulte, Heinrich Finke, Albert Brackmann und Martin Spahn 1923–1944*, Frankfurt/M. u. a. 2002, S. 166.

tung als Dissens und Verweigerung umschrieben werden kann⁶⁷, sowie die führenden katholischen Philosophen der Bonner Universität Alois Dempf⁶⁸ und Fritz-Joachim von Rintelen⁶⁹, beide ebenfalls entschiedene Gegner des Nationalsozialismus. Letzterer kam während seiner Bonner Jahre 1934 bis 1936 fast täglich mit Franken zusammen. Schließlich gehören in denselben Zusammenhang auch Frankens Kontakte als Mittelsmann zwischen Konrad Adenauer und oppositionellen Kreisen⁷⁰. Mit Ausnahme von Dempf handelte es sich bei den zuletzt Genannten allesamt um Kartellbrüder Frankens.

Jenseits des katholisch-akademischen Milieus fand sich in Bonn schon früh ein Kreis von NS-Gegnern zusammen, als deren Hauptprotagonisten neben Franken die beiden christlichen Gewerkschafter Heinrich Körner und Bernhard Deutz anzusehen sind⁷¹. Körner, der im weiteren Gefolge des 20. Juli 1944 sein Leben verlor, war bis 1933 als Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands tätig, während Deutz bis zur „Gleichschaltung“ der christlichen Gewerkschaften als Redakteur beim Zentralverband der Gewerkschaft christlicher Holzarbeiter arbeitete. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte Deutz zusammen mit Franken zu den Gründern der CDU in Bonn, wo er zudem als Stadtverordneter tätig war⁷². Über Franken und

67 Vgl. Ulrich PFEIL, *Paul Egon Hübinger. Vom Umgang mit dem Anpassungsdruck*, in: DERS. (Hg.), *Das Deutsche Historische Institut Paris und seine Gründungsväter – ein personengeschichtlicher Ansatz*, München 2007, S. 235–271.

68 Vgl. Frankens Lebenslauf vom 1.4.1947, LAV NRW R, NW 1049/52025, und FORSCHBACH, *Jung* (wie Anm. 5), S. 86. Zu Dempf vgl. Vincent BERNING/Hans MAIER (Hg.), *Alois Dempf 1891–1982. Philosoph, Kulturtheoretiker, Prophet gegen den Nationalsozialismus*, Weißenhorn 1992.

69 Vgl. Frankens Lebenslauf vom 1.4.1947 sowie die am 31.3.1947 beglaubigte Erklärung Rintelens; jeweils: LAV NRW R, NW 1049/52025, und FORSCHBACH, *Widerstand* (wie Anm. 5), S. 5 (7. Fortsetzung). Eine enge Verbindung zwischen Franken und Rintelen geht auch hervor aus Frankens Schreiben an Martin Spahn vom 29.3.1936 und 23.9.1939, KV-Archiv, NL Spahn, KV 12/21.

70 In diesem Zusammenhang ist auf die grundlegende Edition aus der Feder von Hans Peter Mensing zu verweisen, in der Frankens Kontakte zu Adenauer vielfach dokumentiert sind. Vgl. MENSING (wie Anm. 1), insbes. S. 16f.

71 Zu diesen Kontakten und ihrer Genese vgl. die Niederschrift eines Gesprächs zwischen Dr. Marschall und Dr. Paul Franken vom 8.10.1974, ACDP 01-013-003/1, Frankens Lebenslauf vom 1.4.1947, die eidesstattlichen Erklärungen von Bernhard Deutz vom 10.5.1946 sowie von Therese Körner vom 31.3.1947, jeweils: LAV NRW R, NW 1049/52025, den Entwurf eines Schreibens von Alois Becker an die Bezirksberufungskammer für die Verfolgten des Nationalsozialismus vom April 1949, Landeshauptarchiv Koblenz, NL Becker Nr. 44, S. 8 und S. 18 sowie FORSCHBACH, *Widerstand* (wie Anm. 5), S. 5 (7. Fortsetzung). Den übereinstimmenden retrospektiven Zeugnissen wird hier gefolgt, da Frankens Kontakte zu Körner und Deutz auch durch zeitgenössische Quellen sowie durch seinen persönlichen Schriftwechsel der Nachkriegsjahre belegt sind. Vgl. die Belege in Anm. 75.

72 Zu Körner vgl. z. B. NEBGEN (wie Anm. 1). Für Deutz vgl. die Zeitungsausschnittsammlung in: Stadtarchiv Bonn, ZA 115/302.

Körner, die erst im Kampf gegen den Nationalsozialismus zusammenfanden, dann aber aufs Engste kooperierten und in tiefer Freundschaft verbunden waren⁷³, stand der „Bonner Kreis“⁷⁴ in Verbindung mit dem Kölner Kettelerhaus der katholischen Arbeiterbewegung, in der u. a. Bernhard Letterhaus und Nikolaus Groß wirkten, sowie mit dem Berliner Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser. Letzterer traf bei seinen Reisen in den Westen mit Deutz, Körner und Franken zusammen⁷⁵.

Zwischen den oppositionellen Gruppen und den beteiligten Personen, von denen nur Frankens wichtigste Kontakte genannt wurden, bestanden mannigfache Verbindungen und Überschneidungen. Der spätere Direktor der Bundeszentrale für Heimatdienst war also eingebunden in ein weit verzweigtes Netzwerk von Regimegegnern, dessen geografisches Zentrum entlang des Rheins auf der Linie Düsseldorf, Bonn, Koblenz lag, das aber darüber hinaus feste Verbindungslinien vor allem nach München und Berlin unterhielt. Was hingegen das weltanschauliche und konfessionelle Fundament von Frankens engerem Umfeld anbetraf, so springt ins Auge, dass dasselbe in konfessioneller Hinsicht sehr homogen ausfiel und sich ganz vorwiegend aus Katholiken rekrutierte. Nach jetzigem Kenntnisstand war unter denjenigen Regimegegnern, die ausweislich der Quellen intensiveren Kontakt zu Franken unterhielten, allein der ehemalige Düsseldorfer Oberbürgermeister und spätere Bundesinnenminister Robert Lehr evangelischen Glaubens. Er stand über Walther Hensel mit Franken in Verbindung und kann ebenfalls zum erweiterten Kreis seiner Mitstreiter gerechnet werden⁷⁶. Ein ähnlicher Befund ergibt sich mit Blick auf die politische Verortung von Frankens Kontakten, denn, anders als dies etwa für Nikolaus Groß nachgewiesen wurde⁷⁷, gehörten ausgewiesene Sozialdemokraten oder gar Kommunisten nicht zu den engeren Weggefährten des späteren Direktors der Bundeszentrale für politische

73 Vgl. Frankens Lebenslauf vom 1.4.1947 und die eidesstattliche Erklärung von Therese Körner vom 31.3.1947, jeweils: LAV NRW R, NW 1049/52025 sowie FORSCHBACH, *Widerstand* (wie Anm. 5), o. S. (8. Fortsetzung).

74 EBD. S. 5 (7. Fortsetzung).

75 Dass zwischen Kaiser einerseits und Körner, Deutz und Franken andererseits enge Kontakte bestanden, belegt der zeitgenössische Briefwechsel zwischen Kaiser und Körner in: BArch, NL Kaiser N 1018/101. Bestätigt wird der Sachverhalt zudem durch Frankens Korrespondenz aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Vgl. Franken an Adenauer, 29.8.1949, ACDP 01-013-001/6, ders. an Kaiser, 28.12.45, BArch, NL Kaiser N 1018/44, fol. 185r, und Elfriede Nebgen an Paul Franken, 5.8.1947, ebd. fol. 187r. Vgl. ferner – ohne die obigen Belege – BÜCKER, *Kölner Kreis* (wie Anm. 1), S. 56, und NEBGEN (wie Anm. 1).

76 Zu den Kontakten zwischen Franken und Lehr vgl. auch Lehr an Franken, 28.8.1956, Stadtarchiv Düsseldorf, NL Lehr 4-27-3-54.0001. Zu Lehr vgl. jüngst Eleonore SENT, *Dr. Robert Lehr (20.8.1883–13.10.1956). Düsseldorfer Oberbürgermeister, Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz und Bundesminister*, in: *Düsseldorfer Jahrbuch* 78 (2008), S. 87–115, hier bes. S. 106f.

77 Vgl. BÜCKER, *Nikolaus Groß* (wie Anm. 1), S. 185.

Bildung⁷⁸. Vielmehr standen seine Mitstreiter – Frankens eigenen politischen Anschauungen entsprechend – entweder dem Zentrum nahe oder Parteien, die politisch weiter im rechten Spektrum anzusiedeln sind. Letzteres traf insbesondere auf Edmund Forschbach zu, einer zutiefst schillernden Persönlichkeit, die in der Weimarer Zeit in exponierter Funktion in der DNVP engagiert gewesen war und 1933/34 als Hospitant sogar der nationalsozialistischen Fraktion im Preußischen Landtag bzw. im Reichstag angehörte⁷⁹. In dieser Beziehung kann mit Blick auf Franken also nicht von einem Milieu überschreitenden Netzwerk gesprochen werden. Was hingegen die soziale Spannweite seiner Verbindungen anging, so erstreckte sich dieselbe in durchaus breiter Manier vom Universitätsprofessor adliger Herkunft bis zu aus der Arbeiterschaft stammenden Vertretern der christlichen Gewerkschaften wie Heinrich Körner, wobei freilich ein hoher Akademikeranteil nicht zu übersehen ist. Von diesen wiederum gehörten die meisten dem KV an.

Welche Rolle spielte Franken nun innerhalb der Widerstandskreise? Überblickt man die diversen „Persilscheine“, die zahlreiche ehemalige Weggefährten Franken im Zuge des Entnazifizierungsverfahrens nach dem Zweiten Weltkrieg ausgestellt haben, so treten zwei Aspekte immer wieder hervor, die Paul Egon Hübinger wie folgt umschrieben hat: „Die Wirksamkeit von Dr. Franken erstreckte sich, abgesehen von seinem ungemein starken persönlichen Einfluss auf Menschen verschiedenen Alters, Berufs und Werdegangs, vor allem auf die Herstellung von Verbindungen und die Uebermittlung von Informationen z. T. höchst vertraulicher Art“⁸⁰. Obgleich Entlastungszeugnissen aufgrund ihrer Zweckbestimmung quellenkritisch naturgemäß mit großer Vorsicht zu begegnen ist, wird Hübingers Aussage in diesem Kontext gefolgt. Dafür spricht nicht nur, dass dieselbe vor dem Hintergrund von Frankens Lebensweg plausibel erscheint. Sie findet auch, wie im Folgenden deutlich werden wird, eine Stütze sowohl in anderen retrospektiven Zeugnissen als auch teilweise in zeitgenössischen Quellen. Durch seine langjährige Tätigkeit in studentischen Organisa-

78 In diesem Kontext vgl. auch die Niederschrift eines Gesprächs zwischen Dr. Marschall und Dr. Paul Franken vom 8.10.1974, ACDP 01-013-003/1.

79 Vgl. die Niederschrift einer Vernehmung Forschbachs durch die Gestapo vom 16.5.1938, LAV NRW R, RW 58/31098, fol. 592–599, und Peter STITZ, *Der CV 1919–1938. Der hochschulpolitische Weg des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) vom Ende des 1. Weltkrieges bis zur Vernichtung durch den Nationalsozialismus*, München 1970, S. 184. In der erstgenannten Quelle, die freilich vor dem Hintergrund der Vernehmungssituation interpretiert werden muss, wird Forschbachs Nähe zum Nationalsozialismus stark betont.

80 Erklärung Hübingers über Franken vom 24.5.1946, Universitätsarchiv Bonn, NL Hübinger Nr. 2, Bl. 120. Vgl. ähnlich die Erklärungen von Theodor Schieffer vom 10.11.1946, Edmund Forschbach vom 28.5.1946, Alois Eugen Becker, o. D., Josef Busley vom 15.11.1946, Bernhard Deutz vom 10.5.1946, Therese Körner vom 31.3.1947 sowie von Rechtsanwalt Hermann Müller vom 14.1.1947, jeweils: LAV NRW R, NW 1049/52025.

tionen und namentlich im KV hatte sich Franken bereits vor 1933 einen breit gefächerten Bekannten- und Freundeskreis aufgebaut, der auch nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten zusammen blieb. Für den sich vergleichsweise früh zusammenfindenden Kreis um Hensel und Forschbach konnte er „wegen seiner zahlreichen Verbindungen zu katholischen Akademikern wie Alois Dempf, katholischen Studenten und christlichen Gewerkschaftsführern“ folglich „eine große Hilfe“⁸¹ sein, wie Edmund Forschbach nach 1945 in publizierten Erinnerungsberichten schrieb.

Zwei andere Verbindungen, die nachweislich auf Frankens Vermittlung zurückgingen, waren diejenige zwischen Paul Egon Hübinger und Alois Becker⁸² sowie zwischen Letztgenanntem und Heinrich Körner⁸³. Zudem stand Adenauer über Franken in Verbindung zu den rheinischen Widerstandskreisen⁸⁴. Mit diesen – vor allem aus retrospektiven Quellen rekonstruierbaren – Beispielen korrespondiert zuletzt in allgemeiner Perspektive die zeitgenössische Einschätzung der Staatspolizei Düsseldorf, die bereits nach Frankens Haftentlassung im August 1939 in einem Schreiben an die Polizeiverwaltung Viersen konstatierte: „Franken ha[t] vor seiner Verhaftung mit führenden Leuten der katholischen Aktion in engster Verbindung gestanden und dürfte mit diesen auch heute noch Fühlung haben“⁸⁵. Dabei fungierte die von Franken geleitete Bonner Geschäftsstelle des Verbandes bis zu dessen Liquidation im Frühjahr 1936 als Treffpunkt für viele Regimegegner am Rhein⁸⁶. Einer davon war beispielsweise der schon genannte Alois Becker, der in jenen Jahren „fast wöchentlich“ zu Franken kam und sich später wie folgt an seinen Kartellbruder und den ihn umgebenden Kreis erinnerte: „Um Dr. Franken bildete sich in Bonn rasch eine große Widerstandsgruppe, die aus allen Berufsschichten und auch aus Studenten bestand. Bei ihm war stets ein Kommen und Gehen. Hier wurden Parolen geprägt und versucht, Grundlagen des geistigen Widerstandes zu legen und die Sammlung der Opponenten anzubahnen“⁸⁷.

81 So FORSCHBACH, *Jung* (wie Anm. 5), S. 86. Vgl. bereits DERS., *Widerstand* (wie Anm. 5), o. S. (8. Fortsetzung), und DERS., *Der rheinische Widerstandskreis* (wie Anm. 61), S. 89.

82 Vgl. Hübingers Erklärung über Becker vom 11.8.1946, Universitätsarchiv Bonn, NL Hübinger Nr. 2, Bl. 222.

83 Vgl. den Entwurf eines Schreibens von Alois Becker an die Bezirksberufungskammer für die Verfolgten des Nationalsozialismus vom April 1949, Landeshauptarchiv Koblenz, NL Becker Nr. 44, S. 18.

84 Vgl. Walther HENSEL, *3 x Kommunalpolitik 1926–1964. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte*, Köln/Berlin 1970, S. 71.

85 Stapo Düsseldorf an Polizeiverwaltung Viersen, 4.8.1939, LAV NRW R, RW 58/64380, fol. 35v. Vgl. auch Gestapo Düsseldorf Abt. II A 2 an Abt. II B, 22.3.1939, ebd. fol. 22f.

86 Vgl. Frankens Lebenslauf vom 1.4.1947 und ähnlich die Erklärung Walther Hensels vom 20.4.1946, jeweils: LAV NRW R, NW 1049/52025.

87 Entwurf eines Schreibens von Alois Becker an die Bezirksberufungskammer für die Verfolgten des Nationalsozialismus vom April 1949, Landeshauptarchiv Koblenz, NL Becker Nr. 44, S. 8. Vgl. auch ESSER (wie Anm. 1), S. 12.

In Frankens Büro wurden Schriften unterschiedlicher Couleur sowohl des In- als auch des Auslandes beschafft und gelesen, vervielfältigt und verbreitet, Tages- und Wochenzeitungen, Hirtenbriefe und bischöfliche Rundschreiben, aber auch politische Reden und dezidiert antinationalsozialistisches Schrifttum⁸⁸. Der Verbandsgeschäftsführer beteiligte sich auch selbst an der Verbreitung sensibler Erzeugnisse, wie die folgenden Beispiele illustrieren: Am 23. April 1934 überreichte er Walther Hensel einen Auszug aus dem Hirtenbrief des Trierer Bischofs Franz Rudolf Bornewasser vom 2. Sonntag nach Ostern, in dem dieser sein tiefes Bedauern und seine Kritik an der Aufgabe des Katholizismusprinzips zum Ausdruck brachte, welche die katholischen Studentenverbände Anfang 1934 vollzogen hatten. Zumindest angedeutet wurde dabei, dass dieser Schritt nicht zuletzt in Reaktion auf den nationalsozialistischen Druck erfolgte⁸⁹. Überdies spricht alles dafür, dass es Franken war, der Hensel knappe drei Jahre später den Entwurf des anonym erschienenen „Rotkäppchen“-Artikels aus der Faschingsausgabe der „Münchener Neuesten Nachrichten“ zukommen ließ. Entgegen der damals üblichen Lesart des Märchens spielte diese „Politvariante“⁹⁰ in satirischer Manier auf die Lebensumstände im „Dritten Reich“ an und führte dem Leser die Absurdität der nationalsozialistischen Rassetheorie vor Augen. Wie sehr dies seitens des Regimes als Provokation empfunden wurde, zeigen die geharnischten Maßnahmen, mit welchen dasselbe reagierte: Der weitere Druck der Ausgabe wurde untersagt, eine Liste der Verfasser des Artikels musste dem Propagandaministerium vorgelegt werden, einer der Beteiligten wurde zur Gestapo zitiert⁹¹. Hensel wiederum ließ den Artikel durch seine Sekretärin vervielfältigen und an Dritte ver-

88 Vgl. Frankens Lebenslauf vom 1.4.1947, LAV NRW R, NW 1049/52025. Frankens retrospektiven Angaben kann an dieser Stelle gefolgt werden, da sie durch die im Text genannten Beispiele sowie im Kern durch seine zeitgenössischen Vernehmungsaussagen während der Haftzeit vom 14.11. und 11.12.1937 bestätigt werden. Vgl. LAV NRW R, RW 58/9422, fol. 99–101, und RW 58/31098, fol. 209.

89 Vgl. den Hirtenbrief samt Frankens Schreiben an Hensel vom 23.4.1934, ACDP 06-010-013, Arminia. Zur Aufgabe des Katholizismusprinzips vgl. Hans Jürgen RÖSGEN, *Die Auflösung der katholischen Studentenverbände im Dritten Reich*, Bochum 1995, S. 134–136, und STITZ (wie Anm. 79), S. 251–286.

90 Hans RITZ, *Die Geschichte vom Rotkäppchen. Ursprünge, Analysen, Parodien eines Märchens*, 13. abermals veränderte Aufl., Göttingen 2000, S. 82. Bei Ritz findet sich auch der erwähnte Artikel der Faschingsausgabe. Vgl. EBD. S. 147f.

91 Vgl. Frankens Vernehmungsaussagen während der Haftzeit vom 14.11.1937, LAV NRW R, RW 58/9422, fol. 100, und RITZ (wie Anm. 90), S. 82–87. Während Franken, der im Zuge der Vernehmung eingestand, mit Hensel diverse Schriften getauscht zu haben, die Weitergabe besonders belastender Materialien konsequent abtritt, bemerkte er in Bezug auf den „Rotkäppchen“-Artikel, dass Hensels Behauptung, er habe den Entwurf von Franken erhalten, so stimmen werde.

teilen, ähnlich wie er dies mit anderen vergleichbaren Schrifterzeugnissen tat⁹².

Indes beschränkte sich Franken nicht auf die Verbreitung von Schriften, die den nationalsozialistischen Machthabern unliebsam waren. Die „Nachrichtenvermittlungsstelle des Widerstandes“⁹³ in den Rheinlanden, wie Alois Becker ihn später nannte, unterrichtete auch Arnold, Körner und Hensel regelmäßig über seine Unterredungen mit Adenauer⁹⁴, und auch während des Zweiten Weltkriegs sollte Franken, wie noch zu zeigen sein wird, als Informant fungieren.

Jenseits der von Paul Egon Hübingen genannten Hauptbetätigungsfelder engagierte sich Franken als Helfer für bedrohte Freunde und Bekannte. So sorgte er Ende Juni 1934 nach der Verhaftung von Edgar Julius Jung, eines der intellektuellen Protagonisten der „konservativen Revolution“ und Autor von Papens berühmter Marburger Rede, dafür, dass alles Material, das Edmund Forschbach belasten konnte, aus dessen Kölner Wohnung entfernt wurde. Forschbach war ein enger Vertrauter des am 30. Juni 1934 ermordeten Jung.⁹⁵ Und als ein gutes halbes Jahr später Gerüchte die Runde machten, wonach Ildefons Herwegen, der Abt von Maria Laach, auf einer angeblich von Goebbels zusammengestellten Liste von Regimegegnern stand, die demnächst ermordet werden sollten, half Franken mit, den Abt zu warnen, so dass dieser sich rechtzeitig in die Schweiz absetzen konnte⁹⁶.

Schließlich war Franken auch an den auf Umsturz des Hitlerregimes zielenden Aktivitäten der oben genannten rheinischen Widerstandskreise beteiligt. Folgt man den retrospektiven Schilderungen der Beteiligten, so verfestigte sich innerhalb der Gruppe um Hensel und Forschbach, aber auch bei Heinrich Körner bis spätestens zum Frühjahr 1936 die Überzeugung, dass Hitler auf eine Umwälzung des Staatensystems aus war, die nur durch Krieg realisiert werden konnte. Auch Paul Franken, der sich sehr für außenpolitische Fragen

92 Vgl. z. B. die Vernehmungsaussagen Hensels sowie seiner Sekretärin vom 7.11. und 9.11.1937, LAV NRW R, RW 58/31098, fol. 54f., fol. 68f. und fol. 76.

93 Erinnerungsniederschrift Alois Eugen Beckers, Landeshauptarchiv Koblenz, NL Becker Nr. 41, S. 8. Vgl. auch das Gutachten Dr. Josef Busleys über Franken vom 15.11.1946, LAV NRW R, NW 1049/52025 („Zentralstelle für Nachrichtenvermittlung“) sowie Alois Beckers retrospektive Darstellung des Widerstandes gegen das NS-Regime, Landeshauptarchiv Koblenz, NL Becker Nr. 96, S. 10f.

94 Vgl. HENSEL (wie Anm. 84), S. 71.

95 Vgl. FORSCHBACH, *Widerstand* (wie Anm. 5), S. 8 (5. Fortsetzung) sowie zum konservativen Kreis um Jung Dieter Marc SCHNEIDER, *Johannes Schauff (1902–1990). Migration und „Stabilitas“ im Zeitalter der Totalitarismen*, München 2001, S. 63–70.

96 Vgl. Frankens Lebenslauf vom 1.4.1947, LAV NRW R, NW 1049/52025, sein „Exklusiv-Interview“ in der Bonner Schülerzeitung „akzent“ 1981, Nr. 28, S. 5, Ildefons Herwegen, *Erinnerungen*, S. 152 einschließlich der dazugehörigen Aktennotiz, Archiv der Abtei Maria Laach, IA 21 sowie Marcel ALBERT, *Die Benediktinerabtei Maria Laach und der Nationalsozialismus*, Paderborn u. a. 2004, S. 137–140.

interessierte, teilte gemäß der – in diesem Punkt glaubwürdigen – Quellen diese Ansicht⁹⁷. Für ihn lässt sich folglich konstatieren, dass seine Ablehnung des Nationalsozialismus nicht nur mit den eingangs erwähnten grundsätzlichen weltanschaulichen und staatspolitischen Erwägungen zu tun hatte, sondern auch konkret mit der auf den großen Krieg zielenden Außenpolitik des „Dritten Reichs“ sowie – dies sei hier ergänzend angemerkt – mit dessen Kirchenpolitik. Hatte der gläubige Katholik Franken 1933 noch auf eine Einigung zwischen Kirche und Staat gehofft, so war er wenige Jahre später derart desillusioniert, dass er die nationalsozialistische Politik gegenüber der katholischen Kirche in einer Vernehmung während der Haftzeit sogar vorsichtig kritisierte⁹⁸. Namentlich angesichts der drohenden Kriegsgefahr gewannen die rheinischen Widerständler, die in dieser Hinsicht von ihren Berliner Freunden um Kaiser und Wirmer bestätigt wurden, bereits Mitte der 1930er Jahre die Überzeugung, „daß wir die Dinge einfach nicht weitertreiben lassen durften“⁹⁹. Sie – wie auch die Berliner Kreise – versuchten folglich, Verbindung zum Militär herzustellen, das allein in der Lage schien, Hitler zu beseitigen¹⁰⁰. Mittels

97 Vgl. die Niederschrift eines Gesprächs zwischen Dr. Marschall und Dr. Paul Franken vom 8.10.1974, ACDP 01-013-03/1, und FORSCHBACH, *Widerstand* (wie Anm. 5), S. 5 (7. Fortsetzung): „Dr. Franken hatte die Kriegsgefahr gleichfalls früh erkannt, er brauchte nicht erst überzeugt zu werden“. Vgl. ferner FRANKEN, *20 Jahre später* (wie Anm. 13), S. 95. Glaubwürdig erscheinen die retrospektiven Quellen, weil sich Franken bereits zeitgenössisch in Vernehmungsaussagen während der Haftzeit in ähnlicher Manier äußerte. So gestand er beispielsweise am 14.11.1937 Folgendes ein: „Mein ganzes Interesse gilt Fragen der auswärtigen Politik und meine Bekannten pflegen meistens sich mit mir über diese Gebiete zu unterhalten. ... Meine aussenpolitischen [sic] Überzeugungen gehen schon während der ganzen letzten Jahre dahin, dass wir vor den allergrössten [sic] weltpolitischen Komplikationen stehen, die die abendländische Menschheit bisher gesehen hat. Ich habe geglaubt, dass schon viel früher europäische Kriege eintreten würden“. „Auf Befragen“ verneint Franken lediglich, dass seine „pessimistische Grundeinstellung ... auf einer negativen Beurteilung der heutigen Reichsregierung“ beruhe, vielmehr machte der spätere Direktor der Bundeszentrale für Heimatdienst die weltpolitische Gesamtlage mit den in ihr wirkenden sozialen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen Faktoren dafür verantwortlich. Letzteres ist indes vor dem Hintergrund der Vernehmungssituation verständlich. Im Zuge einer neuerlichen Vernehmung am 7.2.1938 berichtete Franken schließlich über eine nicht exakt datierbare Unterredung mit Jakob Kaiser, in deren Kontext er – Franken – „die Meinung vertrat, dass die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Aufhebung der entmilitarisierten Zone sehr leicht zu aussenpolitischen [sic] Verwicklungen führen könnte“. Vgl. LAV NRW R, RW 58/9422, fol. 98 (dort die ersten Zitate) und RW 58/31098, fol. 413 (dort das letzte Zitat). Für Frankens Interesse an außenpolitischen Fragen vgl. auch die Vernehmung des Stadtinspektors Andreas Brauns vom 15.11.1937, ebd. fol. 135. Zu Hitlers Kriegskurs als Motiv für die rheinischen Widerstandskreise vgl. auch FORSCHBACH, *Jung* (wie Anm. 5), S. 136, und die Aufzeichnungen Hensels, in: BUCHSTAB/KAFF/KLEINMANN (Hg.), *Verfolgung* (wie Anm. 1), S. 236.

98 Vgl. LAV NRW R, RW 58/9422, fol. 97f.

99 Aufzeichnungen Hensels, in: BUCHSTAB/KAFF/KLEINMANN (Hg.), *Verfolgung* (wie Anm. 1), S. 236.

100 Vgl. NEBGEN (wie Anm. 1), S. 54–59.

verschiedener Denkschriften, deren erste wohl im Spätsommer 1936 über den Marburger Professor Albrecht bei Generaloberst Fritsch eingereicht wurde, versuchten die Widerständler, ihre Gedanken vorzubringen. Auch Franken will, wenn man seinen – allerdings nicht durch zeitgenössische Indizien gestützten – späteren Aussagen Glauben schenkt, Entwürfe für entsprechende Niederschriften über die Gefährlichkeit der NS-Außenpolitik verfasst haben¹⁰¹. Ein anderer Kanal lief über den bereits erwähnten Robert Lehr, der sich Ende 1936 nach Rücksprache u. a. mit Hensel, Forschbach und Franken bereit fand, nach Berlin zu reisen und Verbindung zu dem ihm befreundeten früheren Chef der Heeresleitung General Kurt von Hammerstein-Equord herzustellen. Letzterer war 1934 aus Opposition gegen die Nationalsozialisten von seinem Posten zurückgetreten. Auf diese Weise wie auch mittels der Denkschriften, die sich vielfach nicht erhalten haben, sollte nicht zuletzt eine Brücke geschlagen werden zwischen Persönlichkeiten der Wehrmacht einerseits und der Arbeiterschaft andererseits. Und tatsächlich war Lehrs Reise, über deren Ergebnisse auch Franken informiert wurde, jedenfalls insofern erfolgreich, als durch sie Beziehungen zu Hammerstein-Equord angebahnt wurden, die auch in den folgenden Jahren für den Widerstand von Bedeutung waren. Namentlich Jakob Kaiser sollte sich in der Folgezeit um die Pflege der Kontakte kümmern¹⁰².

IV.

Einen massiven Rückschlag erfuhren die Aktivitäten der rheinischen Widerständler, als am 1. November 1937 zunächst Walther Hensel sowie wenige Tage später am 10. des Monats Paul Franken von der Gestapo verhaftet wurden. Letzterer war bereits zwei Jahre zuvor kurzzeitig ins Visier der Geheimen Staatspolizei geraten, ohne dass eine damals verhängte Postüberwachung etwas ergeben hätte¹⁰³. 1937 wurde beiden Vorbereitung zum Hochverrat vorgeworfen, Franken maßgeblich deshalb, weil Hensel unter dem Druck des Gestapoverhörs ausgesagt hatte, „daß er von ihm [Paul Franken] eine Anzahl illegaler Schriften ... erhalten habe“¹⁰⁴. Begünstigend wirkte sich für Franken indes die eingangs erwähnte Tatsache aus, dass er vorab über die bevorstehende Maßnahme der Gestapo informiert worden war und deshalb alles belastende

101 Vgl. die Niederschrift eines Gesprächs zwischen Dr. Marschall und Dr. Paul Franken vom 8.10.1974, ACDP 01-013-003/1.

102 Vgl. Aufzeichnungen Hensels, in: BUCHSTAB/KAFF/KLEINMANN (Hg.), *Verfolgung* (wie Anm. 1), S. 236, FORSCHBACH, *Widerstand* (wie Anm. 5), S. 5 (7. Fortsetzung) und o. S. (8. Fortsetzung), NEBGEN (wie Anm. 1), insbes. S. 61–64 sowie Tilman MAYER, *Jakob Kaiser (1888–1961)*, in: BUCHSTAB/KAFF/KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokratien* (wie Anm. 1), S. 325f.

103 Vgl. den Vorgang in: LAV NRW R, RW 58/14101 Bd. IV, fol. 59–62.

104 Stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufs vom 8.4.1938, LAV NRW R, RW 58/64380, fol. 2.

Material vernichten konnte, bevor seine Wohnung durchsucht wurde. Dieses Faktum, aber auch eine durchaus geschickte Verteidigung, die (im Gegensatz zu Walther Hensel) Widersprüche vermied und überdies Kenntnis bzw. Weitergabe gerade der besonders belastenden Schriften und Informationen konsequent abstritt¹⁰⁵, sowie zuletzt die Einflussnahme von Freunden, zu denen Alois Becker zählte¹⁰⁶, sorgten dafür, dass Franken am 25. Januar 1939 wieder auf freien Fuß kam. Allerdings musste er auch in der Folgezeit scharfe Einschränkungen und strengste Überwachung durch die Gestapo ertragen: Wöchentlich musste er sich bei der zuständigen Ortspolizeistelle melden; bei einem Wohnsitzwechsel und vor Reisen, die eine Zeitspanne von mehr als 24 Stunden in Anspruch nahmen, musste der Staatspolizeistelle Kenntnis gegeben werden; wissenschaftliches Arbeiten war Franken gänzlich untersagt, und schließlich belegen die überlieferten Gestapoakten, dass Franken persönlich überwacht und seine Post erneut kontrolliert wurde. Zwar zeitigten auch diese Maßnahmen keine greifbaren Ergebnisse¹⁰⁷; gleichwohl erhellen die wiederholten Überwachungen und die lange Haftzeit, wie sehr die Nationalsozialisten Franken, der im Gefolge der Inhaftierung auch aus der NSDAP ausgeschlossen wurde¹⁰⁸, als Gegner wahrnahmen.

Zur Überwachung kam die berufliche Unsicherheit. Der ehemalige Verbandsgeschäftsführer tendierte zunächst dazu, das philosophische Staatsexamen abzulegen. Zu diesem Zweck siedelte er im Herbst 1939 nach München über, das er indes, weil er in Bayern kein Staatsexamen ablegen konnte, wenige Monate später wieder in Richtung Göttingen verließ. Auch dort verweilte Franken nur wenige Wochen: Im April 1940 kehrte er nach Bonn zurück, wo er Sprachstudien betrieb und sich auf die Prüfung vorbereitete, deren Zulassung ihm jedoch aus politischen Gründen nicht erteilt wurde¹⁰⁹. Wirtschaftlich immerhin stand Franken, der seinen Unterhalt als Privatlehrer verdiente, in jener Zeit offenbar „glänzend“¹¹⁰ da. Auch die Kontakte zum Widerstand versuchte er nach seiner Entlassung wieder aufzunehmen. Allerdings musste er

105 Vgl. die Franken betreffenden Vernehmungsprotokolle vom 14.11., 11.12. und 16.12.1937, LAV NRW R, RW 58/31098, fol. 111–118, fol. 209f. und fol. 225 sowie die Aufzeichnung der Staatspolizei Düsseldorf vom 19.3.1938, ebd. fol. 452.

106 Vgl. hierzu die Belege in: Landeshauptarchiv Koblenz, NL Becker Nr. 105.

107 Vgl. die Vorgänge in: LAV NRW R, RW 58/37984 sowie Frankens Lebenslauf vom 1.4.1947, LAV NRW R, NW 1049/52025.

108 Vgl. den Vorgang in: BArch (ehemals BDC), PK, Franken, Paul, 19.12.1903.

109 Vgl. hierzu Frankens Schreiben an Martin Spahn aus den Jahren 1939 und 1940, KV-Archiv, NL Spahn, KV 12/21 sowie die korrespondierenden Angaben in: LAV NRW R, RW 58/64380.

110 Körner an Kaiser, 7.10.1942, BArch, NL Kaiser N 1018/101, fol. 191r. Franken unterrichtete etwa die Söhne des Bonner Mediziners und überzeugten Nationalsozialisten Wolfgang Riehm, der seinerseits dafür sorgte, dass Franken nicht auch die Erteilung von Privatunterricht untersagt wurde. Vgl. Ralf FORSBACH, *Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im „Dritten Reich“*, München 2006, S. 278f.

aufgrund der beschriebenen Überwachung naturgemäß vorsichtiger agieren als in der Vergangenheit¹¹¹. Der erhalten gebliebene Schriftwechsel vor allem zwischen Heinrich Körner und Jakob Kaiser belegt allerdings, dass Franken auch während der Kriegszeit in die Netzwerke der ehemaligen christlichen Gewerkschafter eingebunden war. Namentlich zu Jakob Kaiser, der im Zuge der Ermittlungen gegen Hensel ebenfalls inhaftiert wurde und in dieser Zeit Frankens Zellennachbar war, scheinen sich die Beziehungen sogar intensiviert zu haben¹¹². So zeigte sich der spätere Bundesminister Mitte 1940 beispielsweise überzeugt davon, dass sich „Dr. Paul“, wie Franken in Kaisers Korrespondenz bisweilen genannt wurde, an der Verbreitung einer Schrift des von Kaiser und Max Habermann geförderten Österreicher Ludwig Reichhold beteiligen werde¹¹³. Mit Forschbach und wohl auch mit Hensel, der Ende September 1939 aus gesundheitlichen Gründen ebenfalls aus der Haft entlassen wurde, scheint sich die Zusammenarbeit hingegen lockerer gestaltet zu haben, was mit Blick auf Erstgenannten auch mit dessen Dienstverpflichtung nach Breslau Anfang 1940 zu tun hatte¹¹⁴. Über Kaiser indes wurden während des Krieges auch Verbindungen zu Carl Goerdeler aufgebaut, den auch Franken durch dessen Vermittlung kennen lernte¹¹⁵. Nicht auszuschließen ist, dass Frankens Name sogar genannt wurde, als Goerdeler mit anderen Regimegegnern beratschlagte, welche Persönlichkeiten im Falle eines Umsturzes wichtige Posten übernehmen könnten¹¹⁶.

Mit Kaisers Schriftwechsel liegt erstmals auch ein zeitgenössisches Zeugnis vor, welches sehr klar den Schluss nahe legt, Frankens Anfang 1943 erfolgte Entsendung in den Vatikan tatsächlich als Mission des Widerstands anzusehen, heißt es doch in einem Schreiben Kaisers an Körner aus Berlin vom 19. November 1942: „Paul Franken war vorgestern hier. ... Dem Paul selber haben wir (einschließlich Bernhard) Mut zu dem Ruf gemacht, der an ihn ergangen“¹¹⁷. Mit „Bernhard“ war mit hoher Wahrscheinlichkeit Kaisers Nachbar Bernhard

111 Vgl. allgemein die auf jene Zeit bezogene Schilderung bei ESSER (wie Anm. 1), S. 10.

112 Vgl. Kaisers eidesstattliche Erklärung für Franken vom 3.4.1946, LAV NRW R, NW 1049/52025.

113 Vgl. Kaiser an Körner, 13.6.1940, BArch, NL Kaiser N 1018/101, fol. 126v. (dort das Zitat). Zu Kaisers Beziehungen zu Reichhold vgl. NEBGEN (wie Anm. 1), insbes. S. 87f.

114 Vgl. Forschbachs Bescheinigung für Franken vom 28.5.1946 sowie in allgemeiner Perspektive Josef Busleys Gutachten über Franken vom 15.11.1946, jeweils: LAV NRW R, NW 1049/52025.

115 Vgl. NEBGEN (wie Anm. 1), insbes. S. 128–131. Zu Frankens Kontakt mit Goerdeler vgl. Franken an Reinhard Goerdeler, 22.5.1953, BArch, B 168 Nr. 160.

116 So Pater Laurentius Siemer in seiner Erklärung für Franken vom 30.11.1946, LAV NRW R, NW 1049/52025. In diesem Kontext vgl. auch – allerdings ohne Nennung Frankens – Laurentius SIEMER, *Aufzeichnungen und Briefe*, Frankfurt/M. 1957, S. 129 sowie NEBGEN (wie Anm. 1), S. 162f.

117 Kaiser an Körner, 19.11.1942, BArch, NL Kaiser N 1018/101, fol. 193r–193v. Für eine weitere, bislang unbekannt Quelle, die gleichfalls den Schluss nahe legt, Frankens Ent-

Letterhaus gemeint¹¹⁸, während der erwähnte „Ruf“, wenn man späteren Quellen Glauben schenkt, ursprünglich von Graf Yorck von Wartenburg respektive von Oberst Georg Hansen ergangen war. Diese „Untergruppe der Gruppe Goerdeler“ hatte sich im Herbst 1942 mit dem Wunsch einer Entsendung Frankens entweder nach Spanien oder nach Rom an Dr. Karl Heinz Fischer-Fürwentsches gewandt, der als Verbindungsmann der Kreise um Goerdeler bei der Kölner Wehrwirtschaftsstelle fungierte. Ihm gelang es, für Franken einen Aufenthalt in der ewigen Stadt zu organisieren, welcher offiziell als wissenschaftlicher Forschungsaufenthalt am Deutschen Historischen Institut ausgegeben wurde¹¹⁹. Der eigentliche Zweck der Mission bestand jedoch zum einen in der Übermittlung von Nachrichten aus dem Vatikan an die Widerstandskreise und umgekehrt; zum anderen sollte Franken einem neuerlichen Zugriff der Gestapo entzogen werden. Die Details seines Aufenthalts lassen sich nach heutigem Kenntnisstand indes lediglich anhand retrospektiver Überlieferung rekonstruieren, die noch dazu ganz vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich auf Franken selbst zurückgeht. Folgt man diesen späteren Schilderungen, wie sie Franken beispielsweise dem Jesuiten und Historiker Robert A. Graham hat zukommen lassen und wie dieser sie in seinem von der „Franken“-Forschung bislang unbeachteten Buch „Nothing Sacred. Nazi Espionage against the Vatican, 1939–1945“¹²⁰ verarbeitet hat, so nahm der Bonner Privatgelehrte Anfang 1943 zunächst eine Stellung als Lehrer an einer deutschen Schule in Rom an, die er jedoch im Juli des Jahres wieder verlor. Er behielt indes ein Zimmer in einer von Nonnen geleiteten Klinik in der Nähe der Basilika Santa Maria Maggiore im Herzen Roms. Seine Kontaktpersonen rekrutierten sich fast ausschließlich aus deutschen Priestern, die in Rom wirkten und die größten Teils bereits zu Josef Müller in enger Verbindung gestanden hatten. Getarnt als Offizier der Abwehr hatte Letzterer bis zu seiner Verhaftung Anfang April 1943 ebenfalls als Vertrauensmann des Widerstands beim Heiligen Stuhl fungiert. Möglicherweise wuchs der ehemalige Verbandsgeschäftsführer des KV erst aufgrund von Müllers Verhaftung in eine Position hinein, für die er ursprüng-

sendung als Mission des Widerstands anzusehen, vgl. das Interview mit Frau Dr. Marie Therese Pörzgen, geb. Körner, vom 20.5.2006 (wie Anm. 4).

118 Vgl. Körner an Kaiser, 31.10.1942, BArch, NL Kaiser N 1018/101, fol. 192r.

119 Vgl. Fischer-Fürwentsches' Erklärung vom 1.8.1946, LAV NRW R, NW 1049/52025 (dort das Zitat), ders. an Franken, 7.7.1946, ACDP 01-013-001/5, und Frankens Lebenslauf vom 1.4.1947, LAV NRW R, NW 1049/52025. Vgl. ferner Franken an Spahn, 21.11.1942, KV-Archiv, NL Spahn, KV 12/21.

120 Für das Folgende vgl. David ALVAREZ/Robert A. GRAHAM, *Nothing Sacred. Nazi Espionage against the Vatican, 1939–1945*, London/Portland 1997, S. 33–36.

lich vielleicht gar nicht vorgesehen war¹²¹. Namentlich zählten zu seinen Bekannten im Vatikan Ludwig Kaas sowie die Jesuiten Robert Leiber und Ivo Zeiger, um nur einige wenige zu nennen. Aus diesen Quellen erhielt Franken gelegentlich politische oder militärische Informationen, die er sodann nach Deutschland weiterleitete, darunter z. B., wie Alois Becker später berichtete, diejenige über den bevorstehenden Sturz Mussolinis¹²². Andererseits will Franken, der gelegentlich zu Besprechungen in die Heimat reiste, auch über Pläne der Opposition berichtet haben, so namentlich über die „Zusammensetzung des geplanten Kabinetts Goerdeler, [über] alle sonstigen entscheidenden Personalien, die für den Umsturz geplanten Termine, die in Rom vorgesehenen Botschafter etc.“¹²³. Möglicherweise gab Kaas die von Franken übermittelten Informationen bisweilen auch an britische oder amerikanische Diplomaten weiter. Ob bzw. welche Wirkungen der wechselseitige Informationsaustausch zeitigte, der über Franken abgewickelt wurde, lässt sich indes aufgrund der schlechten Quellenlage nicht sagen.

Ende Februar 1944 kehrte Franken endgültig nach Deutschland bzw. nach Bonn zurück, wo er zunächst als Dolmetscher zum Kriegsgefangenenlager Stammlager VI abkommandiert wurde¹²⁴. Nach dem 20. Juli 1944, an dessen Vorbereitung er nicht direkt beteiligt war, zog er für einige Wochen zu seinem Bruder nach Viersen. Im Herbst 1944 suchte er angesichts der Verhaftungen ihm nahe stehender Persönlichkeiten wie Heinrich Körner schließlich für einige Monate Unterschlupf in der Wohnung des Bonner Chirurgen Ernst Derra¹²⁵. Nach dem Ende des „Dritten Reiches“ beteiligte er sich dann intensiv an der erinnerungsgeschichtlichen Aufarbeitung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Bereits im November 1946 sprach er in Düsseldorf vor 200 geladenen Gästen über den 20. Juli 1944¹²⁶. Im folgenden Jahr publizierte er über dasselbe Sujet in der „Kölnischen Rundschau“¹²⁷. Zuletzt setzte Franken

121 So argumentierte Franken in einem privaten Schreiben an Müller vom 17.3.1976, ACSP, NL Müller J 22/1. In diesem Kontext vgl. auch Frankens Lebenslauf vom 1.4.1947, LAV NRW R, NW 1049/52025.

122 Vgl. den Entwurf eines Schreibens von Alois Becker an die Bezirksberufungskammer für die Verfolgten des Nationalsozialismus vom April 1949, Landeshauptarchiv Koblenz, NL Becker Nr. 44, S. 21. Auch Jakob Kaiser hat nach 1945 angegeben, dass Franken stets Informationen zu übermitteln gewusst habe, welche für die Widerstandsbewegung von großer Bedeutung waren. Vgl. seine eidesstattliche Erklärung für Franken, 3.4.1946, LAV NRW R, NW 1049/52025.

123 So Franken in seinem Lebenslauf vom 1.4.1947, ebd.

124 Vgl. ebd.

125 Vgl. FORSBACH (wie Anm. 110), S. 628.

126 Vgl. den Ausschnitt aus der „Rheinischen Post“ vom 27.11.1946 („Schicksal oder Schwäche. Zur Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung“), Stadtarchiv Düsseldorf, NL Hensel 4 – 23 Bd. 5, fol. 157.

127 Vgl. den Ausschnitt aus der „Kölnischen Rundschau“ vom 18.7.1947 („Der 20. Juli und das Rheinland“), Stadtarchiv Düsseldorf, NL Hensel 4 – 23 Bd. 5, fol. 182.

auch als Direktor der Bundeszentrale für Heimatdienst Schwerpunkte im Bereich der jüngeren Zeitgeschichte respektive des Widerstands gegen den Nationalsozialismus¹²⁸. Ende 1968 pensioniert, starb er schließlich am 15. Dezember 1984 in Bonn.

V.

Als Fazit kann Folgendes festgehalten werden: Paul Franken, dessen Gedankenwelt – ähnlich wie diejenige vieler anderer Widerständler – erkennbar nationale Züge aufwies, war ein früher NS-Gegner aus dem Lager des Verbandskatholizismus, der in seiner Funktion als führender Repräsentant des KV bereits in den Jahren 1931/32 publizistisch und verbandsintern Stellung gegen den Nationalsozialismus bezog. Mit diesem Verhalten bewegte er sich im Rahmen nicht nur der Beschlüsse des KV, sondern auch der Richtlinien der deutschen Bischöfe, die in Frankens Augen als für einen Katholiken maßgebend anzusehen waren. Gleichwohl – und dies wurde von den bisherigen Forschungen zu seiner Person zu wenig beachtet – verlief auch sein Weg in den Widerstand nicht geradlinig: Im Frühjahr 1933, nach der „Gleichschaltung“ des KV, in deren Kontext Frankens Rücktritt gefordert wurde, und nach den Ereignissen des März 1933, als sich erste Risse in der katholischen „Abwehrfront“¹²⁹ zeigten und auch der deutsche Episkopat eine konziliantere Position gegenüber dem NS-Regime bezog, modifizierte auch Franken seine Haltung: Ohne selbst einen Drang zum Nationalsozialismus zu entwickeln, trat er in die NSDAP ein, sprach sich für eine Unterstützung der neuen Regierung aus und zeigte sich in Übereinstimmung mit anderen, jüngeren Repräsentanten des KV allgemein kompromissbereit gegenüber dem Regime, das in seinen Augen mangels politischer Alternativen immer mehr Zulauf auch aus dem KV bekam. Mit hoher Wahrscheinlichkeit hielt Franken zu diesem Zeitpunkt eine Einigung zwischen Kirche und Staat für möglich.

Diese Hoffnungen verflüchtigten sich indes offenbar rasch: Spätestens seit dem Frühsommer 1934 beteiligte er sich am Aufbau oppositioneller Netzwerke im Rheinland, die bis zu seiner Verhaftung im November 1937 konkrete Gestalt annahmen. Ein Zirkel rekrutierte sich dabei vorwiegend aus Akademikern, ein anderer aus christlichen Gewerkschaftern. Außerhalb des Rheinlands unterhielten Franken und die vielfach verwobenen bzw. sich überschneidenden Kreise feste Beziehungen vor allem nach München und Berlin. Zu den meisten Protagonisten aus seinem näheren Umfeld hatte der spätere Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung durch seine sozi-

128 Vgl. hierzu Josef ROMMERSKIRCHEN, „*Ein Leben für die Freiheit*“, in: „Das Parlament“ Nr. 50, 17.12.1983 sowie das Interview mit Frau Dr. Marie Therese Pörzgen, geb. Körner, 20.5.2006 (wie Anm. 4).

129 STICKLER (wie Anm. 42), S. 87.

alstudentische Arbeit bzw. den KV bereits vor 1933 Verbindungen aufgebaut. Demgemäß gestaltete sich die konfessionelle Zusammensetzung seiner ganz vorwiegend katholischen Vertrauten sehr homogen, und auch politisch lassen sich dieselben zumeist eindeutig im Lager des politischen Katholizismus sowie vereinzelt bei weiter rechts stehenden Parteien verorten. In sozialer Perspektive hingegen war die Spannweite von Frankens engerem Umfeld durchaus breit.

Zusammengefunden haben die rheinischen Widerständler vor allem aufgrund der auf den großen Krieg zielenden Außenpolitik des „Dritten Reichs“, die – neben den von Anfang an bestehenden weltanschaulichen bzw. staatspolitischen Differenzen und der NS-Kirchenpolitik – als ein zentrales Motiv auch für Frankens widerständiges Verhalten anzusehen ist. Was hingegen dessen Funktion in den Widerstandszirkeln anbelangt, so erstreckte sich dieselbe in erster Linie auf die Herstellung von persönlichen Verbindungen und auf die Weitergabe von (vertraulichen) Informationen. Für beide Aspekte kamen Franken seine weit reichenden persönlichen Kontakte im katholischen Milieu zugute, welche er sich durch die Tätigkeit im KV schon vor 1933 aufgebaut hatte. Sein Bonner Büro fungierte in den ersten Jahren des „Dritten Reichs“ regelrecht als Treffpunkt verschiedener Regimegegner und als Umschlagsplatz für Schriffterzeugnisse. Darüber hinaus half Franken vom NS-Regime verfolgten Freunden und Bekannten und war überdies an Aktivitäten beteiligt, die im Letzten auf den Umsturz der NS-Herrschaft zielten.

Nach seiner Haftzeit betätigte er sich trotz strenger Überwachung durch die Gestapo erneut in den erwähnten Widerstandskreisen, wobei sich die Beziehungen zu den christlichen Gewerkschaftern intensivierten. Auf ihr Zuraten hin – das konnte im Zuge der Untersuchung zweifelsfrei belegt werden – begab sich Franken Anfang 1943 für ein gutes Jahr nach Rom, wo er als Kontaktmann des Widerstands zum Vatikan operierte und erneut (sensible) Informationen übermittelte. An den unmittelbaren Vorbereitungen des 20. Juli 1944 war Franken nicht beteiligt.

Mit dem Bonner Pädagogen und Historiker Dr. Paul Franken wurde im vorliegenden Beitrag bewusst ein Repräsentant des Widerstands gewissermaßen aus der zweiten Reihe vorgestellt. Im Unterschied etwa zu den Hauptprotagonisten des 20. Juli liegen über diesen Personenkreis nur vergleichsweise wenige Detailstudien vor. Was wissen wir beispielsweise über die in dieser Untersuchung erwähnten rheinischen Regimegegner Heinrich Körner, Bernhard Deutz oder Alois Eugen Becker? Selbst „das Bild Jakob Kaisers im Widerstand hat noch nicht seine endgültige Gestalt gefunden“¹³⁰ – und diese Namen

130 So die noch heute gültige Feststellung von MAYER (wie Anm. 1), S. 107, aus dem Jahre 1997.

stehen nur stellvertretend für viele Gegner der NS-Herrschaft auch in anderen Regionen des Reichs. Deren genauere Erforschung wäre nicht nur wegen der zu erwartenden biographischen Erkenntnisse wünschenswert, sondern auch, weil erst dadurch die ganze Dimension der Opposition gegen Hitler hinsichtlich ihres Denkens und Handelns erhellt würde.

Das „C“ in der Programmatik der CDU

Von Rudolf Uertz

Das Christliche als Parteiname und Leitidee ihrer Programmatik ist das besondere Markenzeichen der CDU. Das „C“, wie heute die christliche Konnotation der CDU oft verkürzt genannt wird, ist aber von jeher auch Stein des Anstoßes gewesen. Dabei waren sich schon die Parteigründer im Klaren, dass die Orientierung der Partei am Christentum im säkular-pluralistischen Gemeinwesen eine besondere Herausforderung darstellt.

Man kann unterstellen: Die CDU-Gründer waren keine Missionare oder gar religiöse Fundamentalisten. Der christliche Glaube stand keineswegs im Widerspruch zu rationalem Kalkül und taktischem Geschick im politischen Raum, wofür nicht zuletzt Konrad Adenauer als Beispiel dienen kann. Er war bekennender Katholik, zugleich aber auch ein erfolgreicher Politiker und Staatsmann. Ein deutsches Magazin brachte dies einmal wie folgt zum Ausdruck: Adenauer ist praktizierender Katholik. Aber man kann sich diesen Mann nur schwer im Beichtstuhl vorstellen. Man fragt sich: Warum setzte sich die Partei – trotz der abzusehenden Probleme mit ihrem „C“ als „Stachel im Fleisch des Säkularismus“¹ – einem solchen Unterfangen aus?

Offenbar müssen die Vorteile, die das Christliche bot, größer gewesen sein, als die politischen Nachteile wie kirchliche Einflüsse, Distanz zu nichtchristlichen Bürgern, Austarieren von politischen und glaubensmäßigen Ansprüchen u. a. m. Die Entscheidung zugunsten des „C“ deutet auch darauf hin, dass wohl in größeren Teilen des politischen Spektrums und der Wählerschaft ein bestimmtes Grundverständnis und gar Sympathie für eine an religiös-ethischen Normen orientierte Politik und Partei geherrscht haben. Dafür spricht, dass sich die CDU – obwohl sie nach 1945 die einzige neue Formation unter den größten Parteien darstellte – rasch zu etablieren vermochte und schon bald nach der Gründung größere Wahlerfolge verzeichnen konnte. Schließlich ist die Union die einzige politische Kraft, die jemals (1957) in einer Bundestagswahl die absolute Mehrheit errungen hat.

Die Säkularität des Gemeinwesens und die Verpflichtung des Staates zu weltanschaulicher Neutralität waren offenbar grundsätzlich für große Teile der deutschen Gesellschaft kein Hindernis, einer christlich-demokratischen Partei ihre Stimme zu geben und ihr die Regierungsverantwortung anzuvertrauen. Das lässt darauf schließen, dass die Gründung der Union, wie es der CDU-Mitbegründer in Berlin, Jakob Kaiser formulierte, gewissermaßen „in der Luft

1 Vgl. Hermann LUTZE, *Ist in evangelischer Sicht eine christliche Partei nötig oder möglich?*, Köln 1946, S. 5ff.

lag“:² Sie entsprang der im Nachkriegsdeutschland in der Bevölkerung weit verbreiteten moralisch-politischen Grundhaltung, dass das Christentum und die christliche Ethik diejenigen Grundwerte und sittlichen Normen verkörpern, die der Nationalsozialismus mit Füßen getreten hat.

Insofern scheint es verständlich, dass die führenden CDU-Politiker trotz der schon in den Gründerkreisen bedachten Einwände, die gegen die religiös-christliche Festlegung der Partei sprachen, sich dennoch für die christlich-demokratische, interkonfessionelle Volkspartei entschieden. Noch im Rückblick ist gut nachvollziehbar, dass die CDU in der Gründungs- und Konsolidierungsphase ihre Orientierung am Christentum und an der christlichen Ethik „relativ unproblematisch genommen“ hat (Paul Mikat).³ Aber das Selbstverständnis, mit dem in der Frühzeit der CDU und weit darüber hinaus die christliche Werteorientierung aufgenommen wurde, schwand mit der Zeit. Als Faktoren der Veränderungen werden gerne die gesellschaftlichen Umbrüche in den 1960er Jahren und der Wertewandel in der Bundesrepublik angeführt. Aber diese These greift zu kurz. Der Wertewandel ist keineswegs ein Phänomen, das lediglich von außen auf die gesellschaftlich-politischen Institutionen einwirkte; vielmehr setzen die Faktoren, die zu einer modifizierten Umschreibung und stärkeren Problematisierung des „C“ in der CDU-Programmatik führten, mitten im vopolitischen Raum, im kirchlichen Milieu an.

Der zunächst so selbstverständlich erscheinende Rückgriff der Partei auf die christliche Sozialethik wurde 1958 auf einer Münchener Tagung der Katho-

-
- 2 Vgl. *Erste Sitzung des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU vom 13.–15. März 1947* in Berlin, in: *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*, bearb. von Brigitte KAFF, Düsseldorf 1991, S. 59. So kam es zum Beispiel schon kurze Zeit nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Mai 1945 zu spontanen, voneinander unabhängigen Gründungen der CDU und CSU in Berlin, Köln, Frankfurt, Hannover, Stuttgart, Würzburg, München. Die Idee war in den Widerstandskreisen und Gestapogefängnissen im Bewusstsein gemeinsamer politischer Überzeugungen und Leitbilder geboren worden.
- 3 Rudolf UERTZ, *Protokoll des Expertengesprächs zum „C“*, Konrad-Adenauer-Stiftung/Archiv für Christlich-Demokratische Politik vom 14. Mai 2003, Sankt Augustin, S. 5. – Wie weit das christlich-demokratische Selbstverständnis auch in protestantischen Gründerkreisen verbreitet war, beleuchtet der Essener CDU-Mitbegründer und später der SPD angehörende Bundespräsident Gustav HEINEMANN, *Demokratie und christliche Kirche. Ein Beitrag zu einer „deutschen Demokratie“* (Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes, Heft 9), Köln 1946, S. 7, der hinsichtlich der Bewährungsproben der interkonfessionellen „C“-Partei die Protestanten auf die „reiche politische Tradition des katholischen Volksteiles“ und der im Kulturkampf vertieften „Distanz seiner Kirche zum Staat“ und der dabei erprobten „eigenen politischen Betätigung“ und „gute(n) demokratische(n) Schule“ hinweist. Zugleich zeigen die Ausführungen Heinemanns, wie sehr auch in protestantischen Kreisen das „C“-Verständnis und das Verhältnis von Religion und Politik nicht nur personaletisch (Verantwortungsethik), sondern auch im institutionellen Rahmen von Kirche(n) und Staat gesehen wird. Vgl. *Funktion und Auftrag des „C“* (RCDS-Schriftenreihe 7), hg. vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten, Bonn 1971, S. 8ff., S. 16ff. (mit Quellen und Literatur).

lischen Akademie in Bayern kontrovers diskutiert. Das Besondere daran ist: Es sind hochrangige katholische Theologen und Sozialethiker, die die Frage des Verhältnisses von christlicher Sozialethik und Politik und demokratischem Sozialismus mit führenden Vertretern der SPD erörtern. Die Tagung wird zu einem Fanal. Das „C“ droht seine Rolle als Alleinstellungsmerkmal der Unionsparteien einzubüßen, mit der Folge, dass sich die Christen beider Kirchen verstärkt auch in anderen demokratischen Parteien engagieren.

Davon handelt der folgende Beitrag. Der erste Teil führt zurück in die Gründungsphase der CDU und die philosophisch-theologischen Diskussionen um die grundsatzprogrammatische Orientierung am „C“. Der zweite Teil handelt von den politischen Kontroversen um das „C“. Im dritten Teil geht es um die Neuorientierung der CDU-Grundsatzprogrammatik seit den 1970er Jahren, während sich der vierte Teil der Betrachtung des „C“ in der Grundsatzprogrammatik der CDU seit den 1970er Jahren widmet.

1. Die CDU-Programmatik in der Gründungs- und Konsolidierungsphase

Wie kam es überhaupt zur Gründung christlich-demokratischer Parteien nach 1945? Im Telegrammstil sollen die wichtigen Punkte skizziert werden. Katholiken und Protestanten gründeten 1945 gemeinsam die interkonfessionelle Union. Ein großer Teil der Mitglieder der frühen Gründerkreise waren Verfolgte des Regimes, waren als Beamte oder Angestellte ihrer beruflichen Stellung beraubt worden, hatten 1933 ihre politischen Ämter verloren, waren durch Vertreibung und Flucht heimatlos geworden.⁴ Viele hatten selbst in Zuchthäusern oder im Konzentrationslager gesessen, so etliche CDU-Gründer wie Jakob Kaiser, Johannes Albers, Andreas Hermes, Eugen Kogon u. a. in Berlin, Köln und Frankfurt. Unter ihnen befanden sich auch zahlreiche Geistliche beider Konfessionen, ferner vor allem in Rheinland, Westfalen und anderen Gegenden mit überwiegend katholischer Bevölkerung auch christliche Gewerkschafter.

Angesichts des Zusammenbruchs der deutschen Staatlichkeit will man ein neues Deutschland aufbauen. Aber nach welchen Gesichtspunkten? Die herkömmlichen politischen Ideenkreise und Bewegungen wie der protestantische Konservatismus, der Materialismus, teilweise der Wirtschaftsliberalismus und der katholische Zentrumsgedanke schienen diskreditiert. Die Erfahrungen haben gelehrt, dass die Christen in der Weimarer Demokratie in verschiedensten Parteien zersplittert waren, so dass die ohnehin schwache bürgerlich-demokratische Mitte wegen der konfessionellen Spaltungen zusätzlich an Schlagkraft

4 Vgl. die Biographien von CDU-Gründern in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i. Br. 2004.

einbüßte.⁵ Eine christliche Union sollte aber als Partei der Mitte künftig nicht nur Christen verschiedener Konfession zusammenführen.⁶ Da das Christliche kein schichtenspezifisches Merkmal ist, will die neue Partei auch den Gedanken der Richtungs- bzw. Klientelparteien überwinden und als eine Volkspartei fungieren, in der Menschen aller Schichten und verschiedener Überzeugungen und Interessen zusammenfinden. Nur so glaubte man, stark genug zu sein, um vor allem der Agitation der Parteien von links und ihren antireligiösen Ressentiments Paroli bieten zu können. Das bedeutete zugleich, dass die christliche Partei auch Nichtchristen und Angehörige anderer Weltanschauung aufnehmen wollte. Das „C“ sollte damit auch für Toleranz und für interdisziplinären, interreligiösen und interkulturellen Dialog stehen.⁷ Der heute so selbstverständliche Dialog zwischen den Konfessionen Katholizismus und Protestantismus stand nach 1945 noch ganz in den Anfängen.

Die Kommunisten hatten Christentum und Kirche offen bekämpft, wie auch der Nationalsozialismus. Marx und Engels hatten im Kommunistischen Manifest 1848 die schon erkennbaren Ansätze christlich-sozialer Vorstellungen zur Lösung der Sozialen Frage als „pfäffischen Sozialismus“ persifliert.⁸ Die SPD, die die stärkste oppositionelle Kraft zur CDU darstellte, knüpfte bei ihrer Wiedergründung 1945 an den Traditionsresten und der Programmatik von vor 1933 an. Das bedeutete, dass ungeachtet des christlichen Bekenntnisses einzelner Sozialdemokraten in der Parteiprogrammatik das Verdikt August Bebels von 1874 Gültigkeit hatte und weiterhin vom Gros der Sozialdemokraten wie ein Dogma gehütet wurde: „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser.“ Religion galt in der SPD-Programmatik ausschließlich als Privatsache. Bis 1959 war das Heidelberger Programm von 1925 gültig, dem gemäß „jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche,

5 Daher rührt u. a. beim Gros der christlichen Demokraten nach 1945 auch die strikte Ablehnung der Wiedergründung der konfessionellen Zentrumspartei; vgl. Rudolf MORSEY: *Zentrumspartei (bis 1933)*, in: Winfried BECKER u. a., *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 694–699.

6 Der Begriff „Partei der Mitte“ ist in der Gründungsphase noch nicht gebräuchlich, in der Sache jedoch zutreffend: Die gesellschaftsprogrammatistische und ordnungspolitische Interpretation von christlicher Sozialethik und Anthropologie zielt die Mitte zwischen den Extremen ungezügelter Liberalismus’ (Manchesterliberalismus) und Sozialismus an.

7 Vgl. aus theologischer Sicht: Helmut THIELICKE, *Toleranz und Religionsfreiheit. Von der sich erschließenden Wahrheit des Christusglaubens*, in: Bodo B. GEMPER (Hg.), *Religion und Verantwortung als Elemente gesellschaftlicher Ordnung. Für Karl Klein zum 70. Geburtstag*, Siegen 1982, S. 83ff.

8 Karl MARX/Friedrich ENGELS: *Manifest der Kommunistischen Partei (1848)*, in: *Werke*, Bd. 4, 6. Aufl., Berlin 1972, S. 484 (Teil III.1.a), provozieren: „Der christliche Sozialismus ist nur das Weihwasser, womit der Pfaffe den Ärger des Aristokraten einsegnet.“

Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ auf Kultur- und Bildungseinrichtungen „zu bekämpfen“ ist.⁹

Wie schwer zunächst die Verständigung über die christlich-religiösen Grundlagen auch innerhalb der Union war, zeigt die Gründungsversammlung der CDU des Rheinlands vom September 1945 in Köln. Hier begegneten sich erstmals größere katholische und evangelische Gruppierungen. Der evangelische Rechtsanwalt Otto Schmidt aus Wuppertal war geprägt von der reformatorischen Theologie Karl Barths, die die Barmer Theologische Erklärung 1934 bestimmte.¹⁰ Sie ist jene Stellungnahme, mit dem sich die Bekennende Kirche gegen die die totalitären Ansprüche des Nationalsozialismus und den mit diesem kooperierenden Deutschen Christen richtete.

Das Dokument zieht deutliche Trennungslinien zwischen den Ansprüchen Gottes an den einzelnen und den Gehorsams- und Loyalitätspflichten des Christen gegenüber dem Staat (Römer 13,1–7). Vor allem für die evangelischen CDU-Gründer und den politischen und parteipolitischen Neuanfang sollte Barmer eine hervorragende Bedeutung haben. Die christliche Ethik wirkt hier unverkennbar als Begrenzung staatlicher Gewalt und politischer Ansprüche. Die evangelischen Unionspolitiker verstanden ihren spezifischen Zugang zur Politik als theologisch-biblich begründete „Politik aus dem Glauben“.¹¹ Die katholischen Teilnehmer, darunter viele ehemalige christliche Gewerkschafter, waren geprägt von der katholischen Soziallehre. Entsprechend orientierten diese sich am „christlichen Naturrecht“ und den sozialreformerischen Grundsätzen.

Die an den Grundsätzen der Sozialethik beider Kirchen orientierten Programme und Aufrufe der Partei bleiben zwangsläufig noch im Grundsätzlichen; sie sind vornehmlich auf die Motivation, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und die allgemeinen geistig-sittlichen Orientierungslinien ausgerichtet. Die Ordnungsideen und programmatischen Zielsetzungen sind noch kaum greifbar.¹² Doch in staats-, rechts- und gesellschaftsethischer Sicht

9 *Das Heidelberger Programm der SPD (1925)*, in: *Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz*, Berlin 1925, Kultur- und Schulpolitik, 3. Absatz.

10 Vgl. den programmatischen Entwurf von Otto SCHMIDT, *Christlicher Realismus – ein Versuch zu sozialwirtschaftlicher Neuordnung*, Köln 1946 (Nachdruck in: *Die Neue Ordnung*, Sondernummer September 1985, S. 47–58); ferner LUTZE (wie Anm. 1).

11 In Anlehnung an die *Barmer Thesen* heißt es in der Präambel der Kölner Leitsätze der CDU von 1945: „Gott ist der Herr der Geschichte und der Völker, Christus die Kraft und das Gesetz unseres Lebens. Die deutsche Politik unter der Herrschaft des Nationalsozialismus hat diese Wahrheit gelehnet und missachtet. Das deutsche Volk ist deshalb in die Katastrophe getrieben worden. Rettung und Aufstieg hängen ab von der Wirksamkeit der christlichen Lebenskräfte im Volk.“ Kölner Leitsätze, 2. Fassung vom September 1945, in: Leo SCHWERING, *Frühgeschichte der CDU*, Recklinghausen 1963, S. 215ff.

12 Vgl. Gerhard SCHULZ, *Die CDU*, in: *Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953*, mit einer Einleitung von Sig-

erweist sich das Christliche als stärkster Antipode zum Totalitarismus und Kollektivismus und vermag damit wesentliche Leitlinien für den Staats- und Gesellschaftsaufbau zu formulieren.¹³

Im Übrigen war man sich in den Gründerkreises darüber im Klaren, dass eine betont religiöse Fundierung der Partei nur von einer relativ kleinen Gruppe von Menschen wirklich „gelebt werden könne“. Der evangelische Christ Otto Schmidt gibt zu bedenken: Kulturprotestanten und Katholiken können sich „viel besser verstehen als beide (zusammen) mit den ‚radikalen und nüchternen‘ Protestanten“. Doch will man „selbstverständlich auch die Mitglieder der Partei anerkennen, die nicht die radikalen (religiösen) Grundlagen, sondern nur die Ziele der Partei anerkennen“. Das ist zweifellos ein Zugeständnis an die Interkonfessionalität und die Idee der Volkspartei, die selbstredend auch die Massen ansprechen will.¹⁴

Die Katholiken argumentierten dagegen zumeist nicht biblisch-theologisch, sondern primär naturrechtlich. Im Kontext der beiden päpstlichen Sozialenzykliken „*Rerum novarum*“ Papst Leos XIII. (1891: „Über die Arbeiterfrage“) und „*Quadragesimo anno*“ Papst Pius' XI. (1931: „Über die gesellschaftliche Ordnung“) wurden von den christlich-sozialen Gewerkschaftern in der CDU aus der kirchlichen Naturrechtslehre umfassende Gesellschaft- und sozialpolitische Forderungen abgeleitet. Für den Protestantismus hingegen sind vom theologisch-anthropologischen Grundverständnis her, dem Dogma der Sündhaftigkeit des Menschen, das Naturrecht und aus ihm abgeleitete Sozialforde-

mund NEUMANN, Stuttgart 1955, S. 1–153; Wolf-Dieter NARR, *CDU–SPD. Programm und Praxis seit 1966*, Stuttgart 1966, der die Bedeutung des Christlichen als sozialem Faktor (im Sinne der Verantwortungsethik) nicht angemessen berücksichtigt; vgl. Rudolf UERTZ, *Die Christliche Demokratie im politischen Ideenspektrum*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 9 (2002), S. 31–62.

- 13 Dies wird besonders deutlich beim Vergleich der natur- und menschenrechtlichen Begründungen von Staat und Verfassung nach 1945 mit dem NS-Recht (so z. B. Heinrich ROMMEN, *Die ewige Wiederkehr des Naturrechts*, 1. Aufl., Leipzig 1936, 2. Aufl., München 1947, S. 233: „Das personale Sein des Menschen ist allem positiven Rechte ...“ und damit „auch für den rechtstheoretischen Positivismus vorgegeben“.), das durch den bis dahin herrschenden Rechtspositivismus in Staat, Recht und Verwaltung begünstigt wurde (vgl. z. B. Ernst Rudolf HUBER, *Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches*, 2. Aufl., Hamburg 1939, S. 361, wo es heißt: „Insbesondere die Freiheitsrechte des Individuums gegenüber der Staatsgewalt mußten verschwinden; sie sind mit dem Prinzip des völkischen Reiches nicht vereinbar. Es gibt keine persönliche, vorstaatliche und außerstaatliche Freiheit des Einzelnen, die vom Staat zu respektieren wäre. An die Stelle des isolierten Individuums ist der in die Gemeinschaft gliedhaft eingeordnete Volksgenosse getreten, der von der Totalität des politischen Volkes erfaßt und in das Gesamtwirken einbezogen ist. Es kann hier keine private staatsfreie Sphäre mehr bestehen, die der politischen Einheit gegenüber unantastbar und heilig wäre.“. Auszüge zitiert bei Reinhold ZIPPELIUS, *Kleine deutsche Verfassungsgeschichte*, München 1996, S. 137ff.).
- 14 Vgl. Hans-Georg WIECK: *Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945*, Düsseldorf 1953, S. 97.

rungen abzulehnen. Einzig vom biblisch-theologischen Verständnis her sind Zugänge zur Weltverantwortung und zu sozialen Orientierungen zu gewinnen.

So hat auch Karl Barth, der bedeutendste reformatorische Theologe des 20. Jahrhunderts, die Protestanten davor gewarnt, mit den Katholiken („den Römischen“) zusammen in einer christlichen Partei zu wirken. Seine Kritik galt vor allem der von der katholischen Kirche vertretenen Lehre vom Naturrecht.¹⁵ Für die reformatorische Theologie ist dieses zu wenig von der christlichen Offenbarung her legitimiert und auch nicht eschatologisch – also zu wenig jenseitig – ausgerichtet. Die reformatorischen Theologen bevorzugten ein auf den kirchlichen Binnenraum konzentriertes, die Innerlichkeit und die Gesinnung ansprechendes Bekenntnis zur christlichen Botschaft. Damit aber haben sie eine gewisse Distanz zum pragmatischeren naturrechtlichen Zugang zur Politik gewahrt; doch gibt es auch Protestanten, die dem Naturrecht gegenüber aufgeschlossener sind.¹⁶

Von Christi Wort und Tat her wird die gesamte christliche Existenz verstanden und gedeutet. Von daher scheint vielen Reformierten der Gebrauch des Christlichen im Parteinaamen als Missbrauch. Das hinderte allerdings reformatorische Theologen nicht, aus Glaubensgründen (status confessionis) z. B. für eine sozialistische Neuordnung oder andere politische Richtungen einzutreten. Entsprechend kritisieren diese auch die Zwei-Reiche-Lehre des deutschen Luthertums und dessen theologische Ordnungslehre, die sich leichter mit dem Demokratiedanken und dem pluralistisch-säkularen Gemeinwesen verbinden ließ.

Der reformierte Theologe Arthur Rich bemerkt: „Entweder ist das Prädikat ‚christlich‘ gar nicht ernst gemeint und die ‚christliche‘ Partei eine Partei unter anderen Parteien. In diesem Falle wird ein Wort, das auf etwas Letztes zielt, dem Unernst preisgegeben und die von ihm bezeichnete Sache selbst verraten. Oder aber das Prädikat ‚christlich‘ ist tatsächlich ernst genommen und die es in Anspruch nehmende Partei in ihrem eigenen Selbstverständnis von qualitativ ganz anderer Art als die übrigen Parteien. In diesem Falle wird es erst recht gefährlich. Denn die ‚christliche Partei‘ läuft dann Gefahr, einen Letztcharakter anzunehmen. Und das ist ein kleines Unglück, wenn sie klein, ein großes aber, wenn sie groß ist. Denn eine Partei mit Letztcharakter oder auch nur mit einer Tendenz dazu, sei sie nun christlicher oder nichtchristlicher Observanz,

15 Vgl. Hans Gerhard FISCHER, *Evangelische Kirche und Demokratie nach 1945. Ein Beitrag zum Problem der politischen Theologie*, Lübeck 1970, S. 78ff.; ferner Michael KLEIN, *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteiprogrammatisches Engagement von 1945 bis 1963*, Tübingen 2005, S. 21ff., S. 61ff., S. 102ff.

16 Zur Naturrechtskontroverse innerhalb der CDU vgl. Rudolf UERTZ, *Christliches Menschenbild und Weltverantwortung. Zur politischen Theorie der Christlichen Demokratie*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 11 (2004), S. 47–77.

wird ein schwieriger Partner in der demokratischen Handhabung staatlicher Macht.“¹⁷

Richs Formulierungen lassen deutlich erkennen, mit welcher religiös-existentialen Spannung das reformatorische Ethikverständnis ringt. Seine hohen Ansprüche an den Christen fordern eine rigorose Haltung; sie stimulieren damit zugleich eine „reine“ oder „reinere“ Gesinnung, von der her schwer Kompromisse einzugehen sind.

Moderatere theologische Richtungen des Protestantismus und des Katholizismus betonen demgegenüber, dass sich die Christen nicht allein von ihrer Gesinnung her der Politik widmen, sondern angesichts der Widrigkeiten säkularer Ordnung ethische Normen und Handlungsoptionen aus dem christlichen Glauben zu gewinnen suchen. So vertreten viele Lutheraner wie auch die sogenannten Kulturprotestanten eine (christliche) Verantwortungsethik.¹⁸

Auch im Katholizismus muss man zwischen verschiedenen Richtungen unterscheiden, wobei zunächst der linke Flügel dominierte.¹⁹ Der soziale Flügel der Partei, der vor allem in der Gründungs- und Konsolidierungsphase starken Einfluss auf die Wirtschafts- und Sozialprogrammatische ausübte, nicht zuletzt auch deshalb, weil die soziale Frage durch Krieg und Kriegsfolgen besonders virulent war, vertrat in Anlehnung an die katholische Soziallehre der Päpste nach 1945 zunächst einen christlichen Sozialismus.²⁰ In Abgrenzung vom marxistischen Sozialismus forderten die christlich-sozialen Kräfte in der CDU von den christlich gedeuteten Prinzipien des Gemeinwohls, der Gerechtigkeit und der Solidarität eine Eigentumsneuordnung sowie umfassende sozial- und arbeitspolitische Maßnahmen zur Integration der Arbeiterschaft und der Millionen vom Krieg und den Kriegslasten betroffenen Kriegsversehrten, Flüchtlingen, Kriegerwitwen, Waisenkinder und „Trümmerfrauen“ in die Gesellschaft. Diese Forderungen, die von den geistlichen Beratern der Sozialausschüsse der CDU aus dem Kloster Walberberg bei Köln theoretisch untermauert wurden,

17 Arthur RICH, *Kirche und Demokratie*, S. 174, zitiert nach FISCHER, *Evangelische Kirche* (wie Anm. 15), S. 82.

18 Zum Ethikverständnis des Protestantismus, Katholizismus und der Orthodoxie vgl. Rudolf UERTZ, *Politische Ethik im Christentum*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 6 (2007), S. 31–38.

19 Zu den konservativen Kräften in der Union und ihrem Umfeld vgl. Rudolf UERTZ, *Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt (1952–1956)*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 8 (2001), S. 45–71.

20 Rudolf UERTZ, *Das Ahlener Programm. Die Zonenausschusstagung der CDU der britischen Zone vom 1. bis 3. Februar 1947 und ihre Vorbereitungen*, in: *Die Politische Meinung* 52 (2007) 446, S. 47–52, auch: http://www.kas.de/wf/doc/kas_9803-544-1-30.pdf?070129101237; DERS.: *Christlicher Sozialismus*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie* (wie Anm. 5), S. 477f.

nahmen Einfluss auf das berühmte „Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm“ der CDU der britischen Zone vom Februar 1947.²¹

Andere Vertreter des christlichen Sozialismus bzw. eines „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ wie Walter Dirks und Eugen Kogon in Frankfurt wandten sich schon bald von der CDU ab und meinten, ihre christlich-sozialen bzw. christlich-sozialistischen Vorstellungen besser in der SPD realisieren zu können.²² Entschieden kritisierten sie vor allem den gesellschaftspolitischen Kurswechsel der Union von der sozialreformerischen Programmatik der Frühzeit hin zur Sozialen Marktwirtschaft seit 1948/49, den sie von ihrem christlichen Sozialverständnis her ablehnten. So bemühten sich Dirks und Kogon, die linkskatholischen Herausgeber der Frankfurter Hefte, den demokratischen Sozialismus von christlich-ethischen Motiven her zu fundieren. Sie gehörten damit zu jenen Intellektuellen in der SPD, die Verbindung zu den Kirchen und zur christlichen Sozialethik hielten.²³

Konrad Adenauer wandte sich schon im August 1945 entschieden gegen die Verwendung des Begriffs christlicher Sozialismus; der Begriff sei missverständlich und ungeeignet, die Grundsätze und Leitideen eines christlich-demokratischen Politikverständnisses zum Ausdruck zu bringen.²⁴ Die Unvereinbarkeit von Christentum und Sozialismus im Programm der SPD nahm Adenauer ernst und forderte Konsequenzen im Namen des „C“.

Adenauer hat wesentlich die Programmatik der Union der Frühzeit konturiert. Im „Programm der CDU für die britische Zone“ vom März 1946 hat er darauf hingewirkt, die höchst unterschiedlichen religiös-ethischen Begründungen und politisch-sozialen Zielsetzungen der CDU durch Leitsätze zu ersetzen, in denen Katholiken und Protestanten, liberale, konservative und christlich-soziale Vertreter ihre Grundposition wiederfinden konnten. Das CDU-Programm vom 1. März 1946 enthielt die wichtigsten Grundsätze der Partei für die folgenden Jahrzehnte.²⁵

21 Vgl. Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1981, S. 97ff.

22 Ähnlich auch der Mitbegründer der CDU in Berlin (1945) und der Deutschen Hochschule für Politik (Wiedergründung 1948), dem späteren Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin, Otto-Heinrich VON DER GABLENTZ, *Zur Problematik christlich-sozialer Parteien*, in: Jürgen FIALKOWSKI (Hg.), *Politologie und Soziologie. Otto Stammer zum 65. Geburtstag*, Köln 1965, S. 203–216. Vgl. Bernd UHL, *Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland 1945–1947*, Mainz 1975; Franz FOCKE, *Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU*, Wuppertal 1978.

23 Vgl. Iring FETSCHER (Hg.), *Marxisten und die Sache Jesu*, München 1974.

24 In einem Brief von Konrad Adenauer vom 21.8.1945 an den Münchener Oberbürgermeister Karl Scharnagl heißt es: „Betont fortschrittliche soziale Reform und soziale Arbeit, nicht Sozialismus.“ Zitiert nach Konrad ADENAUER, *Ziele und Wege*, Mainz 1972, S. 77.

25 Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*. Bd. 1: *Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 478–518.

Nur eine sittliche und weltanschauliche Erneuerung auf der Basis christlicher Werte, so heißt es dort, gewährleiste in dem neu aufzubauenden politischen Gemeinwesen „Recht, Ordnung und Maß, Würde und Freiheit der Person“ sowie „wahre und echte Demokratie“. Die christliche Konnotation dieser Ordnungsideen rechtfertigt Adenauer mit dem Verweis auf „die hohe Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, vom Wert jedes einzelnen Menschen als Grundlage und Richtschnur“ der Rechts-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturpolitik der Union. Hier wird der in der Politik notwendigerweise einzugehende Kompromiss angesichts der konkreten Umstände und Bedingungen nicht als Widerspruch, sondern als Weg verantwortungsbewusster Politik aufgefasst.

Die programmatischen Vorstellungen orientieren sich an der „christlichen Weltanschauung“. Ihr Kern sind „die unveräußerlichen Rechte der Person“. Die christliche Ethik und Anthropologie dienen hier als Grund der staatlichen Verfassung und Rechtsordnung. Die „Macht des Staates“ findet hier eine normative Grenze. Christentum, christliche Ethik und christlich-abendländische bzw. europäische Kultur werden als Synonyme verwandt; sie sind diametral entgegengesetzt den verschiedenen Formen und Richtungen materialistischer Weltanschauung, die die geistig-sittliche Freiheit, Selbstbestimmung und Verantwortung der Person leugnen oder nicht konsequent als Grundlage ihrer Politik-, Rechts-, Kultur- und Gesellschaftsauffassung anerkennen.²⁶ Dem „mechanistischen“ Weltbild sind somit die christlichen Humanitäts- und Sozialprinzipien diametral entgegengesetzt.

Das sind unverkennbar Positionen, die in Anlehnung an den christlich-abendländisch bzw. -europäischen Humanismus, an den Kulturprotestantismus und den liberalen Katholizismus formuliert sind, ein Argumentationsstil, der – christlich-anthropologisch modifiziert – der Verantwortungsethik zuzurechnen ist.²⁷ Adenauer hatte schon als Präsident des Deutschen Katholikentages 1922 in München die Verwirklichung gemeinsamer christlicher Ideale in einer von Katholiken und Protestanten getragenen interkonfessionellen Partei gefordert. Die entsprechenden politiktheoretischen und programmatischen Konsequenzen formulierte er als Vorsitzender der CDU der britischen Zone in seinen Reden und Interviews seit 1946. Aus dem christlich-demokratischen

26 Vgl. die *Grundsatzrede des 1. Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union für die britische Zone in der Aula der Kölner Universität* vom 24. März 1946, in: Konrad ADENAUER, *Reden von 1917–1967. Eine Auswahl*, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, Stuttgart 1975, S. 82ff.; auszugsweise auch: <http://www.kas.de/upload/dokumente/reden.pdf>.

27 Vgl. Otto B. ROEGELE, *Adenauer und das Christentum*, in: *Die politische Meinung* 373 (2000), S. 79–88. – Zur Verantwortungsethik vgl. Max WEBER, *Politik als Beruf* (1919), in: *Gesammelte Politische Schriften*, München 1921, S. 396–450. Zu den Wurzeln der christlich-europäischen Wertekanons vgl. Günter BUCHSTAB (Hg), *Die kulturelle Eigenart Europas*, Freiburg i. Br. 2010; der Band enthält Beiträge von Peter KURMANN, Hans MAIER, Günther MASSENKEIL, Helmut MEISSNER, Karl-Heinz OHLIG, Karol SAUERLAND, Walter SCHWEIDLER und Hans-Dieter SPENGLER.

Ideenspektrum werden auch die großen politischen Entscheidungen und Programme der Partei, ihre Position im Parlamentarischen Rat 1948/49 und der Verabschiedung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Europäische Integration durch Schaffung der Montanunion, die sozialpolitischen Reformgesetze seit den 1950er Jahren, ferner die Westbindung und der deutsche Beitrag im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis begründet.²⁸

Ein Grundsatzprogramm, in dem vor allem die theoretischen und historischen Grundlagen und die ethisch-kulturellen Grundsätze christlich-demokratischer Politik eingehender beschrieben werden, hielten Adenauer und die CDU-Führung offenbar für inopportun. Umso bedeutender sind aber für die Eruierung der theoretischen Grundlagen und des Verständnisses des „C“ die programmatischen Äußerungen Adenauers. Mit relativ wenigen Sätzen markiert er die Grundposition der Partei, wobei er größte Geschicklichkeit erkennen lässt. Er formuliert das „C“ als Klammer einer keineswegs homogenen Volkspartei und ihrer verschiedenen Flügel. Zugleich fungiert das „C“ aber auch als wichtiges Bindeglied zwischen der Partei und den beiden Kirchen. Doch die Anlehnung an Grundsätzen der christlichen Ethik schließt wiederum nicht aus, dass das „C“ durchaus auch als kulturchristliches Gedankengut verstanden wird. Das Parteiprogramm von 1946 betont, dass der christliche Humanismus, die Idee der Menschenwürde und der auf den Menschenrechten, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beruhende liberale Verfassungsstaat selbstredend auch außerchristliche Wurzeln hat, was Adenauer durch Verweis auf den Humanismus und die abendländischen bzw. europäischen Gedanken zum Ausdruck bringt.

Das Programm der CDU der britischen Zone, das Adenauer nach seiner Verabschiedung im März 1946 auch in verschiedenen Programmreden und Rundfunkansprachen vorstellt, charakterisiert die „christliche Weltanschauung“ als eine politisch-theoretische Anschauung, die auch säkular-humanistische Ideen einschließt. Die christliche Demokratieidee greift entsprechend weit über die theologisch-dogmatische und -ethische Dimension der Kirchen hinaus. Zugleich identifiziert Adenauer in seinen Programmreden die christlichen Wertvorstellungen mit der „christlichen Ethik“ und dem „christlichen Naturrecht“,

28 Wie weit der parteiübergreifende Konsens des Parlamentarischen Rates 1948/49 bezüglich christlich-anthropologischer sowie rechts- und sozialetischer Grundsätze war, zeigt die spezifische Verankerung der Menschenwürde und des Gottesbezugs in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik; vgl. Rudolf UERTZ, *Christlich-demokratische Wertvorstellungen im Parlamentarischen Rat*, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 103–123; ferner Klaus TANNER, *Gehört Gott in die Verfassung? Die Präambel des Grundgesetzes im Lichte der europäischen Integration*, in: Evangelische Kommentare 5 (1991), S. 260–264.

durch welche Zentralbegriffe vor allem kirchliche und kirchennahe Christen angesprochen werden.

Es ist unverkennbar, dass die CDU die Orientierung am christlichen Menschenbild auch parteitaktisch versteht: In der Gründungs- und Konsolidierungsphase ist es noch weitgehend selbstverständlich, dass das Christliche als Glaubens- und Lebensvollzug sich überwiegend durch eine mehr oder weniger feste Zugehörigkeit zu den christlichen Kirchen ausweist. Praktisch zeigt sich dies in einer mehr oder weniger engen Verbindung von Parteipolitik und dem Engagement vieler CDU-Politiker in kirchlichen bzw. christlich-sozialen Verbänden und Organisationen: Vergleichbar dem Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieu bei der Sozialdemokratie fungieren die katholischen Verbände und Vereine als vopolitischer Raum der Union. Katholische und evangelische Arbeitervereinigungen wie die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) und die Evangelische Arbeitnehmerbewegung (EAB), Kolping, Christliches Werkvolk, Christliche Arbeiterjugend, die konfessionellen Unternehmer-, Angestelltenvereine, Akademikervereine und Studentenverbindungen bilden das klassische Wählerpotential der Unionsparteien.²⁹ Zugleich dienten sie in beträchtlichem Maße als Reservoir für den Parteienachwuchs. Meist waren es Geistliche und Führungskräfte der christlichen Laienorganisationen, die den Verbände- und damit zugleich auch häufig den Parteienachwuchs schulen. Im Wesentlichen orientierten sich die Lehreinheiten der Schulungskurse an der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik.

Erst Mitte der 1950er Jahre setzen in der CDU Initiativen ein, die politische Bildungsarbeit und Nachwuchsschulung der Partei in einer eigenen Bildungseinrichtung durchführen. Wie sehr die Staats- und Sozialethik der katholischen und evangelischen Kirche auch in staatsbürgerlichen Bildungseinrichtungen wie der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung noch weitgehend selbstverständlich als politische Theorie der Christlichen Demokratie fungieren, zeigen die Schulungsmaterialien: Die Kapitel „Staat und Politik“, die über die „Politik aus christlicher Verantwortung“ informieren, werden zweigeteilt und werden jeweils aus dem Blickwinkel der katholischen Soziallehre und evangelischer Sozialethik beleuchtet.³⁰

29 Zum Wandel der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB), ihrem Verhältnis zur Katholischen Kirche, den Sozialausschüssen, dem DGB und der Christlichen Gewerkschaftsbewegung vgl. Joachim ZIMMERMANN, *Die Christlich-Sozialen und die Einheitsgewerkschaft – am Beispiel der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)*, in: Hanns Jürgen KÜSTERS/Rudolf UERTZ (Hg.), *Christlich-Soziale im DGB. Historische und aktuelle Fragen*, Sankt Augustin 2010, S. 39–51.

30 Vgl. Peter HEYDE, *Staat und Politik in evangelischer Sicht*, und Gerhard SCHREEB, *Staat und Politik in katholischer Sicht*, in: *Politische Bewegungen in Deutschland. Entwicklungen, Aufbau, Ziele*, hg. von der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1967, S. 51–81 und S. 83–116; vgl. dagegen Rüdiger ALTMANN, *Christliche Demokratie*, in: DERS./Johannes GROSS, *Die neue Gesellschaft. Bemerkungen zum*

2. Das „C“ in der politischen Kontroverse

Die CDU sah sich aufgrund der christlich-religiösen Konnotation ihrer Programmatik in der politischen Agitation, der Publizistik und Wissenschaft vielfältiger Kritik ausgesetzt. Einer der prononciertesten Kritiker des Christlichen in der politischen Programmatik war der Politologe und Verwaltungswissenschaftler Thomas Ellwein. In den „weltanschaulichen Streitigkeiten und konfessionellen Ansprüchen“ der Unionsparteien sah er eine Belastung für den „allmähliche(n) Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung“.³¹ Dabei kritisierte er vor allem die Art und Weise, wie das „Christliche“ in der Politik von den beiden Kirchen instrumentalisiert und für ihre Interessen nutzbar gemacht werde; er sah darin eine Gefahr für das „Klima der Freiheit“. Seine Kritik bezog sich überwiegend auf die Katholische Kirche und ihr Verhältnis zu den Unionsparteien.

Was Ellwein, der aus einem protestantischen Pfarrhaus im fränkischen Hof stammte, besonders herausstellte, war der „Machtwille“ des Klerus, „direkt oder über die Gläubigen politischen Einfluss auszuüben“. Als prominenteste Beispiele nannte er die Fälle aktiver Wahlpropaganda durch die Kirche in Form von Hirtenbriefen und kirchlichen Verlautbarungen im Rahmen des Gottesdienstes, der Gemeindefarbeit und des Religionsunterrichts, ferner in der kirchlichen und kirchennahen Presse. „Durch das Entstehen der ‚christlichen‘ Partei und der häufig naiven Gleichsetzung von CDU/CSU und Kirchen oder einer Kirche, durch die teilweise enge Verbindung beider und ihre mannigfache gemeinsame Repräsentanz ergeben sich unzählige Möglichkeiten, im Sinne des politischen Klerikalismus Einzelentscheidungen des Staates zu beeinflussen.“ Diese Entscheidungen beträfen vor allem den Kultur- und Schulbereich, insbesondere die damals weitverbreitete konfessionelle Volksschule und Lehrerbildung.

Wesentlich gefährlicher als der Protestantismus sei diesbezüglich jedoch die katholische Kirche mit ihrem ausgeklügelten moraltheologisch-naturrechtlichen System, wobei der Politologe ein Bild zeichnete, das eine beträchtliche Abhängigkeit der Union von den Kirchen unterstellte. Diese würden im Gegenzug von der Wahlunterstützung der CDU profitieren. Als Belege für seine Thesen zitierte Ellwein Enzykliken Papst Pius' XII., die die unbedingten Gehorsamsforderungen der Katholiken gegenüber den kirchlichen Weisungen und bischöflichen Verlautbarungen zum Inhalt haben – Grundsätze, die in der Tat in einem starken Kontrast stehen zu den ethischen Grundanschauungen der

Zeitbewusstsein, Stuttgart 1958. Rüdiger Altmann (1922–2000) war der erste Studienleiter der 1956 gegründeten Politischen Akademie Eichholz, deren Trägerverein seit 1964 die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. ist.

31 Theodor ELLWEIN, *Klerikalismus in der deutschen Politik*, München 1955, S. 7.

Freiheit, des Selbststandes als Person und der Verantwortung des Politikers und Bürgers im säkularen politischen Gemeinwesen.

Bemerkenswert ist die Reaktion des seinerzeitigen Bundesgeschäftsführers der CDU, Bruno Heck, im Jahre 1955. Er gab zu Protokoll: Ellweins Aufzählung der „Sünden“ auf katholischer Seite sei zutreffend, aber einseitig.³² Der Politologe Ellwein hätte also auch prominente Beispiele kirchlicher Wahlhilfen zugunsten der Sozialdemokratie seitens protestantischer Theologen anführen können. Zweifellos hat der Umstand, dass das Christliche vor allem eine Domäne der Kirchen, mithin eine konfessionell-kirchlich interpretierten Normativität darstellte, besonders in der Publizistik und in Teilen der Sozial- und Politikwissenschaft Widerhall gefunden. Die Moralauffassung der katholischen Kirche war, wie Ellwein zutreffend bemerkt hat, sehr dazu angetan, bei den Katholiken eine CDU-freundliche Haltung zu begünstigen. Die Werbung zugunsten des „C“ im kirchlichen Raum geschah aber etwas subtiler, als es in der Publizistik meist verkürzt dargestellt wurde. Die Pfarrer forderten an den Wahlsonntagen ja die Christen in der Predigt in der Regel nicht einfach auf nach dem Motto „Wählt, christlich“. Vielmehr stand die sozialetische Naturrechtslehre des Katholizismus seinerzeit in einer gewissen Korrelation zu Naturrechtspostulaten der CDU-Programmatik.³³ So hieß es etwa in bischöflichen Hirtenbriefen: „Der verantwortungsbewußte Christ gibt seine Stimme nur solchen Kandidaten, deren Programmforderungen mit denen der christlichen Naturrechtslehre der Kirche vereinbar sind.“ In diesem Sinne hatten auch die katholischen Sozialethiker das Verhältnis zwischen CDU-Programmatik und katholischer Soziallehre charakterisiert, wobei es diesen als selbstverständlich erschien, dass die Unionsparteien die naturrechtlichen Normen nicht in vollem Umfang in ihre Programmatik übernehmen könnten.³⁴

Es ist beachtlich, dass erst in den 1960er Jahren Untersuchungen einsetzen, die – nunmehr im Rahmen von Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialphilosophie und Geschichtswissenschaft – die besondere Gemengelage von christlich-profanen und religiös-politischen Ideen im politischen Gemeinwesen zum Inhalt haben.³⁵ Bis dahin waren die Themen Christliche Demokratie, christ-

32 Bruno Heck im Bundesvorstand der CDU am 10. November 1955, in: Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, Düsseldorf 1990, S. 708.

33 Vgl. Rudolf UERTZ, *Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1965)*, Paderborn 2005, S. 272ff.

34 Vgl. Joseph HÖFFNER, *Kirche und Partei* (Erstdruck 1947), in: Heribert RAAB (Hg.), *Kirche und Staat. Von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*, München 1966, S. 321f.; Oswald VON NELL-BREUNING, *Zur Programmatik christlicher Parteien*, Köln 1946.

35 Vgl. Hans MAIER, *Schriften zu Kirche und Gesellschaft*, 3 Bde., Freiburg i. Br. 1983–1985; Alexander SCHWAN, *Christliche Wertorientierung und pluralistische Gesellschaft*,

lich-soziale Bewegung und die sozialetische Orientierung der Programmatik der CDU und ihrer Sozialausschüsse weitgehend von den Theologen und Sozialethikern der katholischen und evangelischen Kirche behandelt worden. Spätestens seit den frühen 1960er Jahren aber sollten diese bis dahin ganz engen und weitgehend selbstverständlichen Beziehungen zwischen den Kirchen, den Unionsparteien sowie den christlichen Sozialverbänden und der christlichen Sozialethik einer kritischeren Sichtweise weichen.

In diesem Zeitraum erfährt das Bild von den Kirchen und der Rolle der Religion als politischem Faktor beträchtliche Veränderungen. Diese Umstände werfen vom heutigen Standpunkt denn auch ein milderer Licht auf die Kritik von Thomas Ellwein vor allem an der katholischen Kirche, ihrer Morallehre und der von ihr geleisteten Begünstigung der Unionsparteien. Denn in der Tat sollte vor allem das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) mit seinen Dekreten zum Verhältnis von Christ und Politik dem bis dahin vorherrschenden integralistischen theologisch-kirchlichen Anspruch im öffentlichen Leben ein Ende bereiten und die Eigenverantwortung der Katholiken in politisch-gesellschaftlichen Belangen hervorheben.

Fasst man das Verhältnis von Religion und Politik, Christentum und CDU in der Bundesrepublik der 1950er und frühen 1960er Jahre zusammen, so kann man sagen: Religion und Christentum sind – viel stärker, als dies in der Gegenwart der Fall ist – in einem hohen Maße Angelegenheit der Kirchen bzw. kirchlich orientierter Christlichkeit. Das „C“ im Parteinamen und in der Programmatik der CDU zeigt allerdings auch deutliche kulturchristliche Züge und damit eine theoretisch-programmatische Ausrichtung, so dass die Wertgrundlagen und sozialetischen Grundsätze christlich-demokratischer Politik und Programmatik auch von nichtchristlichen und nicht dezidiert christlich orientierten Politikern und Bürgern goutiert werden können. Andererseits ist das Christliche, besonders im Katholizismus, in bestimmtem Umfang noch von kirchlich-moraltheologischer Deutungshoheit überlagert – ein Umstand, der auch im Verhältnis von Kirchen und Unionsparteien seinen Niederschlag gefunden hat.³⁶

in: Kirche und Gesellschaft 135 (1986), S. 3ff.; Bernhard SUTOR, *Kirche und Demokratie*, in: Die Neue Ordnung 19 (1965), S. 47ff.

36 Zur moraltheologischen Haltung der Kirche in politischen Angelegenheiten (heteronome Moral, Gehorsamsethik) vgl. Rudolf UERTZ, *CDU und CVP im Kampf um das Saarstatut 1955*, in: Jörg HENTZSCHEL-FRÖHLINGS/Guido HITZE/Florian SPEER (Hg.), *Gesellschaft – Region – Politik. Festschrift für Hermann de Buhr, Heinrich Küppers und Volkmar Wittmütz*, Norderstadt 2006, S. 415–440.

3. Die „C“-Diskussion innerhalb der CDU und der Paradigmenwechsel in der christlichen Sozialethik

Die Um- und Neuorientierung der CDU und ihrer Programmatik seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ist kein isolierter Vorgang.³⁷ Vielmehr vollziehen sich diese Entwicklungen im Kontext eines umfänglichen Gesellschafts- und Wertewandels.³⁸ Gemeinhin wird als markantes Datum das Jahr 1968 genannt, das als Ausdruck der tiefgreifenden Veränderungen der Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik gilt. Doch liegen die Ursachen und Beweggründe für die Veränderungen der späten 1960er Jahre wesentlich tiefer und früher. Im Hinblick der CDU und ihr Verhältnis zum Christentum und zu den Kirchen lässt sich der Zeitpunkt, von dem an es zu markanten Umbrüchen kam, ziemlich genau bestimmen.

Die seinerzeitige Milieuverhaftetheit des Katholizismus hatte zur Folge, dass die SPD nur wenige Stimmen von Katholiken auf sich zu ziehen vermochte. Nachdem die Sozialdemokraten 1957 bei der Wahl zum 3. Deutschen Bundestag um rund 18 Prozentpunkte und rund hundert Mandate hinter den Unionsparteien zurücklagen, wurde ein umfassender Reformkurs angestrengt, der 1959 im Godesberger Programm seinen Niederschlag fand. Mit diesem Programm sagte sich die SPD vom historischen und dialektischen Materialismus und ihrer sozialistischen Wirtschaftsprogrammatik los und schwenkte auf den sozial-marktwirtschaftlichen Kurs um. Um künftig stärker in das mittlere, bürgerlich-demokratische Parteienspektrum eindringen zu können, musste die SPD ihr Verhältnis zu den Kirchen und zum Christentum verbessern. In der Vorbereitungsphase ihres Reformprogramms fand im Januar 1958 in der Katholischen Akademie in München eine Tagung statt, an der führende Vertreter der SPD wie Carlo Schmid, Adolf Arndt und Gerhard Weisser und von Seiten der katholischen Kirche die prominenten Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning von der Jesuitenhochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main sowie Gustav Gundlach, Professor an der Päpstlichen Universität Gregoriana und Sozialberater Papst Pius' XII., teilnahmen.³⁹

37 Vgl. Karl-Heinz OHLIG/Martin HONECKER, *Christlicher Glaube, Religion und moderne Gesellschaft*, Alfter-Oedekoven 1988.

38 Vgl. Rudolf UERTZ, *Von den Gründungsaufrufen 1945 zu den Grundsatzprogrammen 1978 und 1994*, in: Günter BUCHSTAB (Hg.), *Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU*, Freiburg i. Br. 2006, S. 94–138; vgl. zur „C“-Diskussion auch Dorothee BUCHHAAS, *Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973*, Düsseldorf 1981, S. 205ff., S. 298ff., die allerdings die Entwicklung des Grundsatzprogramms der CDU von 1978 nicht mehr berücksichtigt; Wulf SCHÖNBOHM (Bearb.), *Die Geschichte der CDU. Programm und Politik seit 1945*, Bonn 1985.

39 Vgl. Karl FORSTER (Hg.), *Christentum und demokratischer Sozialismus*, München 1958; vgl. auch Oswald VON NELL-BREUNING: *Christsein in der interessenpluralistischen Gesellschaft*, in: GEMPER (wie Anm. 7), S. 3ff.; Hans-Jochen VOGEL, *Sozialdemokratie und*

Die Gespräche der katholischen Theologen und Sozialethiker mit den Vertretern der Sozialdemokratie riefen im CDU-Vorstand höchste Nervosität hervor. Konrad Adenauer kritisierte auf der Bundesvorstandssitzung in Bonn⁴⁰ nur wenige Tage nach dem Münchener Symposium – unterstützt von Friedrich Zimmermann, dem Generalsekretär der CSU, der aus München als Berichterstatter angereist war – entschieden den Veranstalter der Akademietagung, den Münchener Prälaten Karl Forster. Der Kanzler beschwerte sich in persönlichen Schreiben an den Münchener Kardinal Wendel und sogar an Papst Pius XII. über die geistlichen Initiatoren der Gespräche. Für Adenauer dienten diese lediglich dazu, die SPD „hoffähig“ zu machen. Auch der evangelische Theologe und Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier sah in der Tagung Alarmzeichen für die Union gekommen.⁴¹ Denn die Münchener Akademiegespräche ließen es nicht mehr als unwahrscheinlich erscheinen, dass bei fortgesetzten verbesserten Beziehungen zwischen Kirche und SPD künftig die Sozialdemokratie bei Wahlen ins katholische und evangelische Lager eindringen würde. Bis dahin hatten die Katholiken zu rund zwei Drittel bei Bundes- und Landtagswahlen der CDU und CSU ihre Stimme gegeben, bei den Protestanten war es bis Anfang der 1960er Jahre etwa ein Drittel.

Gerstenmaier betonte jedoch entschieden gegenüber Adenauer, dass es der CDU nicht anstünde, die Kirchen für ihre Gespräche mit Sozialdemokraten zu kritisieren. Das gehe „zu weit“; vielmehr gebiete es „der Respekt vor den Kirchen aller Konfessionen“, dass wir ihre Motive „anerkennen müssen“.⁴²

Tatsächlich bildete die Münchener Akademietagung den Auftakt zu einer Reihe weiterer Gespräche zwischen SPD und Kirchenvertretern, insbesondere zwischen Oswald von Nell-Breuning und den Mitgliedern der Programmkommission der SPD zur Vorbereitung des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD von 1959. Die SPD unternahm in jener Zeit beträchtliche Anstrengungen, um sich dem christlich-ethischen Sozial- und Politikverständnis anzunähern.⁴³ Im Godesberger Programm fanden diese Bemühungen ihren Niederschlag. So heißt es in der Präambel: Der demokratische Sozialismus ist in Europa verwurzelt „in der christlichen Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie“. Zugleich wird der „Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten“ eine Absage erteilt und der Achtung vor den Glau-

Katholische Soziallehre. Die Entwicklung und der gegenwärtige Zustand ihres Verhältnisses. Typoskript der Referate der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Katholischen Akademie in Münster vom 5.10.1991. Vgl. auch: „SPD. Hunde und Wölfe“, in: „Der Spiegel“ 14 (1964), S. 25f.

40 Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961*, Düsseldorf 1994, S. 73ff.

41 EBD.

42 EBD. S. 83f.

43 Vgl. Rudolf UERTZ, *Annäherungen: Christliche Sozialethik und SPD*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 13 (2006), S. 93–120.

bensentscheidungen des Menschen – auch in politischen Angelegenheiten – Respekt gezollt. Der Jesuit Oswald von Nell-Breuning, der Berater von SPD-Politikern und DGB-Gewerkschaftern war, konstatiert, dass er im gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms ein „kurzgefaßtes Repetitorium der katholischen Soziallehre“ erkenne.⁴⁴

Nell-Breuning hatte wesentlich dazu beigetragen, dass das Eis zwischen Sozialdemokratie, DGB-Gewerkschaften und der christlichen Sozialethik sowie den christlichen Sozialverbänden schmolz, so dass der demokratische Sozialismus vor allem nach der Verabschiedung des Godesberger Programms in kirchlichen Kreisen das Stigma verlor, dass der Sozialismus per se atheistisch oder agnostisch orientiert und damit für Christen bzw. Katholiken nicht wählbar sei.

Nicht minder begünstigt aber wurden die Annäherungen von SPD-Programmatik und katholischer Sozialethik durch die kirchenamtliche Lehre. Die neuscholastische Naturrechtslehre der Katholischen Kirche, die den Argumentationsstil der päpstlichen Sozialenzykliken seit 1891 wie auch die sozialetischen Lehrbücher und Schulungsmaterialien der katholischen Verbände und Vereine so sehr geprägt hatte, fand mit dem Tod Papst Pius' XII. (1939–1958) ein abruptes Ende. Dessen Nachfolger, Papst Johannes XXIII. (1958–1963), leitete in seiner Soziallehre und den Dokumenten des von ihm einberufenen II. Vatikanischen Konzils eine neue Ära der katholischen Sozialethik ein. Hatte die katholische Soziallehre bis dahin von der Ebene allgemeiner Sozialprinzipien wie der Solidarität, des Gemeinwohls, der Subsidiarität und der Gerechtigkeit her argumentiert, so setzte die Sozialethik seit Johannes XXIII. wesentlich neue Akzente, indem sie die personale Ethik und damit die individuelle Verantwortung des Einzelnen ins Zentrum stellte und die von der Gesellschaft ausgehende soziale und politische Dynamik hervorhob. Naturrechtliche Begründungen wurden zwar nicht in Gänze aufgegeben; betont aber wurden nunmehr stärker die theologische Motivation und die Fundierung des Engagements des Christen im säkularen Bereich.

Auf diese Weise wurde nicht nur eine beträchtliche Annäherung der katholischen Soziallehre an die die evangelische Sozialethik prägende Verantwortungsethik bewirkt; zugleich sollte die neue sozialetische Argumentationsweise der katholischen Kirche die Annäherung der SPD und ihrer Programmatik an die katholische Sozialethik intensivieren. Damit fielen zwangsläufig auch wesentliche Voraussetzungen für kirchlich orientierte Katholiken, von den (neuen) katholischen Moralvorstellungen her den (gewan-

44 Oswald von NELL-BREUNING, *Wie sozial ist die Kirche? Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre*, Düsseldorf 1972, S. 90. Vgl. auch Rudolf UERTZ, *Gerechtigkeit und Freiheit. O. von Nell-Breuning als politischer Denker*, in: Karl GRAF BALLESTREM u. a. (Hg.), *Sozialethik und politische Bildung. Festschrift für Bernhard Sutor zum 65. Geburtstag*, Paderborn 1995, S. 139–159.

delten) demokratischen Sozialismus abzulehnen und die SPD nicht für wählbar zu halten.⁴⁵

4. Das „C“ in der Grundsatzprogrammatik der CDU

Angesichts der veränderten gesellschaftlichen, politischen und parteipolitischen Konstellationen – die CDU geführte Bundesregierung war im Herbst 1969 nach zwanzig Jahren durch die sozial-liberale Koalition von SPD und FDP abgelöst worden – folgte der 22. Bundesparteitag der CDU in Hamburg im November 1973 der Empfehlung des Bundesvorstands unter der neuen Führung von Helmut Kohl für eine politische und programmatische Reform der Partei und beschloss die Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms. Vorsitzender der Programmkommission wurde Richard von Weizsäcker.⁴⁶

Hinsichtlich der Frage, ob es denn eines umfänglichen Grundsatzprogramms überhaupt bedürfe oder ob nicht wie bisher die Formulierung von Leitsätzen und Aktionsprogrammen genüge, da man doch aus einem bestimmten sozial-ethischen Fundus heraus Politik betreibe, gab von Weizsäcker zu bedenken: Der Kern der CDU-Programmatik, wonach die Politik der CDU auf dem christlich geprägten Bild des Menschen beruht, bleibe selbstredend gültig. „Aber Grundsätze sind kein selbsttätiger Besitz; sie werfen eben nicht automatisch politische Zinsen ab, von denen sich gut leben läßt. Vielmehr sind sie nur dann lebendig, wenn wir sie uns in der ganzen Partei immer von neuem zeigen machen. Denn wir stehen ja vor immer neuen Herausforderungen der Technik und Wissenschaft, der wirtschaftlichen Dynamik und der sozialen Entwicklung. Unter diesem Einfluß wandeln sich unsere Lebensbedingungen ständig. Auf diesen Wandel dürfen wir nicht nur reagieren, wir müssen ihn politisch gestalten, und dazu bedürfen wir des Antriebs und der Leitlinien verbindlicher Grundsätze.“ Dies aber habe das Berliner Programm von 1968, das nur ein Aktionsprogramm gewesen sei, nicht leisten können. Die christlichen

45 Aus der Vielzahl von Literatur vgl. *Der Katholik und die SPD*, hg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1959; *Katholik und Godesberger Programm. Zur Situation nach Mater et Magistra*, hg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1962, 2. erw. Aufl., Bonn 1965, mit dem Untertitel *Zur Situation nach den Enzykliken von Johannes XXIII. und Paul VI.*; Willi KREITERLING, *Kirche, Katholizismus, Sozialdemokratie. Von der Gegnerschaft zur Partnerschaft*, Bonn-Bad Godesberg 1969; Rainer BARZEL, *Mater et Magistra und praktische Politik. Ein Diskussionsbeitrag aus dem politischen Alltag*, Osnabrück 1962; Oswald VON NELL-BREUNING, *Mater et Magistra*, in: *Stimmen der Zeit* 169 (1961), S. 116–128; Herbert REICHEL, *Mater et Magistra kein SPD-Alibi. Zur neuen SPD-Schrift*, in: *Gesellschaftspolitische Kommentare* 9 (1962), S. 141–167; „SPD: Hunde und Wölfe“, in: *„Der Spiegel“* 14 (1961), S. 25f.; zum Ganzen vgl. Rudolf UERTZ, *Annäherungen* (wie Anm. 43).

46 Vgl. Richard VON WEIZSÄCKER (Hg.), *CDU Grundsatzdiskussion. Beiträge aus Wissenschaft und Politik*, Bonn 1977.

Grundsätze und Leitideen der Christlichen Demokratie sollten daher erstmals in einem Grundsatzprogramm festgehalten werden.⁴⁷

Für Kurt Biedenkopf, den neuen Generalsekretär der CDU, und die Grundsatzprogrammkommission galt es, ein beträchtliches Manko christlich-demokratischer Programmatik zu beheben.⁴⁸ Dass die CDU 1945 auf der Basis christlicher Weltanschauung, christlicher Ethik und Kultur gegründet worden war, war in der Gründungs- und Konsolidierungsphase ein selbstverständlicher Umstand, der keiner tieferen Begründungen und umfanglicheren Erklärungen bedurfte. Die sittlichen und religiösen Fragen waren Gegenstand des Religionsunterrichts, der Katechese und der Morallehre der beiden Kirchen. Auch wenn die CDU keine kirchliche Partei war, so stützte sie sich doch in hohem Maße auf eine Wählerschaft und auf Parteimitglieder aus kirchlich sozialisiertem Milieu. Andererseits besaß die Union gerade aufgrund ihrer Herkunft trotz politischer Erfahrung keinen hinreichenden politiktheoretischen Fundus. Dass man stattdessen die Sozialethik der Kirchen heranzog, wurde vom politischen Gegner wie auch in der Publizistik mit dem Vorwurf des Klerikalismus quittiert.⁴⁹

Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Veränderungen, nicht zuletzt die zunehmende Säkularisierung sowie der Umstand, dass die CDU als Volkspartei selbstverständlich auch kirchlich ungebundene Bürger ansprechen wollte, bedeuteten keineswegs eine Abwendung von den christlich-anthropologischen Normen. Aber geändert hatten sich das Verständnis und der Interpretationsrahmen von Grundwerten, sittlichen Normen und Leitideen angesichts politischen, sozialen, technischen und kulturellen Wandels. Anders formuliert: Die Grundsatzkommission musste eine eigenständige politiktheoretische Basis schaffen, die die ethische und wertmäßige Verankerung im Christentum auswies, zugleich aber auch den säkularen und ideenpolitischen Kontext christlich-demokratischer Politik neu formulierte.

47 Zur Neuformulierung der Programmatik der CDU im Berliner Programm 1968 vgl. UERTZ (wie Anm. 38).

48 Kurt Biedenkopf (1973–1977) folgte als Generalsekretär der CDU Heiner Geißler (1977–1989). Geißler gehörte 1974 bis 1976 der Grundsatzprogrammkommission an; 1977/78 gehörte er mit Norbert Blüm, Christian Schwarz-Schilling, Gerhard Stoltenberg und Richard von Weizsäcker der Redaktionskommission des Bundesvorstands an, deren Leitung er inne hatte. Vgl. Heiner GEIBLER (Hg.), *Grundwerte in der Politik. Analysen und Beiträge zum Grundsatzprogramm der CDU*, Frankfurt/M. 1979. Besonderen Einfluss auf die Programmatik der CDU übte Geißler durch sein Konzept „Die Neue Soziale Frage“ aus, das auch in der politischen Bildungsarbeit breite Resonanz fand. Vgl. Heiner GEIBLER, *Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente*, Freiburg i. Br. 1975; Manfred GROSER/Wolfgang W. VEIDERS, *Die Neue Soziale Frage – Theoretische programmatische und ordnungspolitische Grundlagen*, Melle 1979.

49 Gerhard KRAIKER, *Politischer Katholizismus in der BRD. Eine ideologiekritische Analyse*, Stuttgart 1972, vertritt gar die Ansicht, dass die Evangelischen in der CDU den Katholiken und ihren spezifisch naturrechtlichen Positionen gefolgt seien.

Kurt Biedenkopf schilderte diese Aufgabe wie folgt: Man halte an den Grundwerten, die für uns christlich begründet sind, „nicht aus dogmatischen Gründen, sondern um des Menschen willen fest Diese Grundwerte müssen deshalb in der Politik, in allen Bereichen und immer wieder neu eingelöst, konkretisiert werden. Notwendig ist beides: Klarheit *und* Elastizität der Grundwerte. Nur eine Partei, die ihre Grundwerte fest verankert weiß, kann sie flexibel anwenden, ohne sie opportunistisch zu verraten. Unsere Politik muß sich an unseren Grundwerten bewähren und notfalls von ihnen her kritisieren lassen. Diese Grundwerte bergen somit ein kritisches, auf Veränderung drängendes Potential. In ihren Konsequenzen sind sie nachvollziehbar, einsichtig und bedeutsam auch für jene, die nicht an ihre christliche Begründung zu glauben vermögen. Denn sie führen nicht zu einer ‚christlichen‘ Politik, einer ‚christlichen‘ Partei oder einer ‚christlichen‘ Demokratie, sondern zu einem bestimmten politischen Stil und zu kritischen Maßstäben für eine Politik, die jeweils an ihren Früchten, nämlich an ihren Konsequenzen für den Menschen zu erkennen und zu messen sein wird.“⁵⁰

Die Mitglieder der Programmkommission, insbesondere Richard von Weizsäcker als Vorsitzender, Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler, haben in einer Vielzahl von Vorträgen, Diskussionsrunden und Symposien in Akademien, Universitäten, Bildungswerken und Parteiveranstaltungen die CDU-Programmatik erläutert und für die neuen Leitlinien geworben. Den Auftakt einer Vortragsreihe, die ihn vor allem in kirchliche und politische Akademien führte, machte Kurt Biedenkopf mit einem Referat vor der Katholischen Akademie in München im Dezember 1973. Die Darlegung der Grundlagen und Ziele der Christlichen Demokratie erfolgte im Kontrast zu den gesellschaftsprogrammatischen Vorstellungen der SPD. Die Sozialdemokraten, so Biedenkopf, verfügten erst über geringe Erfahrungen als Volkspartei und könnten daher „die Integration unterschiedlicher Gruppierungen und Interessen zu einer regierungsfähigen Mehrheit“ erst seit kurzem leisten.

„Aufgabe der Oppositionszeit der CDU ist es, die programmatische Aussage erneut zu formulieren und zu präzisieren. Der Rückgriff auf die programmatischen Aussagen der Jahre 1947 und 1949 ist dafür aus offensichtlichen Gründen nicht ausreichend. Die Bedingungen unserer Gesellschaft haben sich grundlegend geändert. Dies gilt vor allem für den Bereich der Wirtschaft. Aber auch eine Fortschreibung der Grundsatzaussagen der Nachkriegszeit vor dem Hintergrund der neu entbrannten Wertdiskussion ist unerlässlich. Doch die Grundwerte, die unsere Politik bestimmen, sind sowohl im Ahlener wie im

50 Kurt H. BIEDENKOPF, *Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität: Die Grundlagen christlich-demokratischer Politik*, in: *Demokratische Gesellschaft. Konsens und Konflikt* (Geschichte und Staat 192/193), Erster Teil, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, München 1975, S. 15ff.

Düsseldorfer Programm in einer für den Charakter der CDU prägenden Weise enthalten.“⁵¹

Die christliche Sozialethik und den ordnungspolitischen Liberalismus sieht Biedenkopf als die beiden wichtigsten Grundströmungen der CDU. Im Ahlener Programm (1947) und in den Düsseldorfer Leitsätzen (1949), dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, seien diese Gegensätze augenscheinlich geworden. Diese Grundsatzklärungen stünden in wichtigen Fragen in einem Widerspruch zueinander, der in der Programmatik seit 1949 zwar nicht gelöst worden sei, jedoch für die weitere programmatische Entwicklung der Union wichtige Antriebskräfte geliefert habe. Christliche Ethik und ordnungspolitischer Liberalismus mussten also in eine neue Synthese gefügt werden.

Die offene und kritische Art der Grundsatzprogrammdiskussion mit ihrer Mischung aus politiktheoretischer Reflexion, ideengeschichtlichen Bezügen und politisch-strategischem Kalkül stieß in der Öffentlichkeit auf äußerst positive Resonanz. Die CDU-Programmatik und ihre theoretische Fundierung waren mit einem Mal wieder in den Print- und Bildmedien präsent. Plausibel erschienen den Medienberichterstatern nicht zuletzt auch die Kriterien und die Unterscheidungsmerkmale bezüglich des Grundwerteverständnisses von CDU und SPD. Aufmerksam registrierte man, dass in den Äußerungen des Generalsekretärs und des Vorsitzenden der Grundwerteprogrammkommission die Begriffe „christliches Gedankengut“, „christliches Menschenbild“, „Verantwortung des Christen“ in einem neuen Kontext erschienen.⁵²

Die Programmarbeit der CDU überraschte denn auch die SPD. Der Referent für Kirchenfragen beim SPD-Parteivorstand, Rüdiger Reitz, wies im SPD-Pressedienst vom 27. März 1974 auf die neuen Entwicklungen beim parteipolitischen Kontrahenten hin. Die Art und Weise, wie die CDU in jüngster Zeit das „Thema ‚Grundwerte‘ und das ‚C‘ in der Politik“ traktiere, müsse die SPD beunruhigen. Als „Kopf der neuen Unions-Ideologie“ machte Reitz Kurt Biedenkopf aus. Der sozialdemokratische Kirchenreferent war alarmiert, dass das „Christliche“, das sich in der CDU bisher auf das Christlich-Soziale konzentrierte, nun vor allem liberal interpretiert werde. „Dazu bietet sich christliches Gedankengut an, das, ordoliberal gedeutet, weder in den Fehler des Faschismus noch des biedereren politischen Patriarchats verfällt.“⁵³ In der Tat wurde damit treffend das Novum der CDU-Programmatik markiert: Wohl war diese schon im Programm und in den Programmreden Konrad Adenauers personalistisch und kulturchristlich verstanden worden, aber in der theoriefreundigen

51 Kurt BIEDENKOPF, *Die Politik der Unionsparteien. Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus*, Bonn 1973, S. 5.

52 Vgl. „Die Zeit“ vom 14.12.1973.

53 Vgl. SPD-Pressedienst vom 27.3.1974.

Sprache der Programmatik der 1970er Jahre konnten das „Christliche“ und die christliche Person- und Verantwortungs-idee konsistenter mit den Grundwerten sowie mit politischen Positionen und ordnungspolitischer Programmatik verbunden werden. Auf breites Interesse stießen in der Öffentlichkeit die Diskussionen über die anthropologischen und ethischen Grundlagen von Gesellschaft und Staat in der Grundwertedebatte der 1970er Jahre. An ihr beteiligten sich neben den Kirchen und kirchlichen Akademien auch führende Politiker und Juristen, Philosophen, Sozialethiker sowie Repräsentanten von Kultur und Gesellschaft. Aufmerksamkeit erregte insbesondere die von der Katholischen Akademie Hamburg 1976 veranstaltete Tagung „Grundwerte in Staat und Gesellschaft“, an der als Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Werner Maihofer mitwirkten.⁵⁴

Es bestand weitgehend Übereinstimmung darüber, dass im pluralistischen Gemeinwesen die individuelle Wahl von geistigen, ethischen und religiösen Überzeugungen wächst, der Wertekonsens immer mehr schwindet.⁵⁵ Wohl besteht zwischen den großen Parteien hinsichtlich der Grundwerte mehr Übereinstimmung, als die Kontroversen im politischen Alltagsstreit zum Ausdruck bringen, doch zeigten sich in den Ausführungen von Schmidt und Kohl unterschiedliche Akzentuierungen. Während Helmut Schmidt die Verantwortung für die Grundwerte vor allem den Kirchen zuwies und die Verantwortung des Staates auf die im Grundgesetz verbrieften Grundrechte beschränkte, betonte demgegenüber Helmut Kohl, dass die Wertgebundenheit der Grundrechte selbstredend auch von den Staatsvertretern zu beachten sei. So sei die unantastbare Würde der Person unbedingt zu schützen. Insofern aber setze die Verpflichtung des Staates auf bestimmte Werte und auf ein bestimmtes Menschenbild der verfassungsmäßig garantierten Freiheit der Meinungen und

54 Vgl. Günter GORSCHENEK (Hg.), *Grundwerte in Staat und Gesellschaft*, 3. Aufl., München 1978, S. 13–51, S. 52–87; vgl. zur Grundwertedebatte, insbesondere zur Position von Helmut Schmidt: Oswald VON NELL-BREUNING, *Der Staat und die Grundwerte*, in: DERS., *Soziale Sicherheit? Zu Grundfragen der Sozialordnung aus christlicher Verantwortung*, Freiburg i. Br. 1979, S. 135ff.; vgl. auch Wolfgang PICKEN, *Demokratische Grundwerte. Die Bedeutung der demokratischen Grundwerte für die Bundesrepublik Deutschland und den Einigungsprozess Europas. Eine Studie über die deutschen Parteien und Kirchen seit der Grundwertedebatte von 1976*, Diss. phil., Bonn 2004, S. 26ff., S. 37ff., S. 41ff.

55 Vgl. Klaus WEIGELT (Hg.), *Werte, Leitbilder, Tugenden. Zur Erneuerung der politischen Kultur*, Mainz 1985; Karl Kardinal LEHMANN, *Bleibender schöpferischer Zugewinn. Neuer Mut zum gemeinsamen jüdisch-christlichen Menschenbild*. Festvortrag im Rahmen der „Woche der Brüderlichkeit“ der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit am 14.3.2010 im Landtag in Wiesbaden, http://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:32LZvSsOuLoJ:www.bistummainz.de/bistum/bistum/kardinal/texte/texte_2010/schoepferischer_zugewinn.html+Grundwertedebatte+Schmidt+Kohl&cd=4&hl=de&ct=clnk&gl=de.

Weltanschauungen sowie dem in der freiheitlich-demokratischen Ordnung vorausgesetzten Wertpluralismus bestimmte Grenzen.

Im Unterschied zu den bisherigen Programmen und Leitsätzen der CDU, dem Berliner Gründungsaufwurf und den Kölner Leitsätzen (beide 1945) bis hin zum Berliner Programm (1968), kennzeichnet das Grundsatzprogramm von 1978 eingehend die anthropologischen, sozialetischen und politiktheoretischen Vorstellungen des „christlichen Verständnisses vom Menschen“. Wesentliche Elemente sind die in der christlich-jüdischen Theologie wurzelnde Menschenwürde, die Befähigung der Person zu sittlichem Handeln und damit in verantworteter Freiheit und gemäß den Prinzipien der Solidarität, der Subsidiarität und der Gerechtigkeit sein Leben und die Welt zu gestalten. Die menschliche Sittlichkeit steht jedoch in einem Spannungsverhältnis zu dem Umstand, dass „jeder Mensch (...) Irrtum und Schuld ausgesetzt“ ist. Diese Einsicht in die Ambivalenz sozialmoralischen Handelns ist eines der wesentlichen Grundcharakteristika christlich-demokratischer Politik. „Sie lässt uns“, so heißt es im Abschnitt über das anthropologische Grundverständnis, „den Menschen nüchtern sehen und gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß.“⁵⁶

In den Grundsatzprogrammen der CDU von 1994⁵⁷ und 2007⁵⁸ sowie in dem Dokument der Wertekommission 2002 wurden im Wesentlichen die ethischen und sozialphilosophischen Ausführungen zum „C“ – meist nur leicht modifiziert und ergänzt – übernommen und fortgeschrieben. Die Grundstruktur des christlichen Menschenbildes bleibt in der Substanz unverändert; die beiden jüngeren Dokumente legen das christliche Menschenbild jedoch neu aus im Hinblick auf die Herausforderungen seit der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges, der erweiterten Europäischen Union und der Globalisierung. Das Dokument der Wertekommission der CDU „Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes“ (2002) befasst sich mit der Idee und

56 *Freiheit. Solidarität. Gerechtigkeit. Protokoll. 26. Bundesparteitag. Ludwigshafen 23.–25. Oktober 1978*, hg. von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bonn o. J. (http://www.kas.de/upload/themen/programm/der_cdu/protokolle/1978_Ludwigshafen_26_Bundesparteitag.pdf, Anhang I: *Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands*, S. 3).

57 Vgl. Reinhard GÖHNER (Hg.), *Politik für die Zukunft. Die CDU an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, München 1993; DERS., *Freiheit und Verantwortung. Das CDU-Grundsatzprogramm kontrovers diskutiert*, München 1993; Im Gespräch: *Die CDU und das „C“*. Beiträge zum grundlegenden Selbstverständnis der CDU Deutschlands (Materialien zur Grundsatzprogramm-Diskussion 3), hg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1993. Vgl. zur Programmatik auch Peter HINTZE (Hg.), *Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben*, Bonn 1995; Thomas M. GAULY, *Christliche Grundsätze in der Politik*, Sankt Augustin 1995; DERS., „Das „C“ auf dem Weg zur Randerscheinung in unserer politischen Kultur?“, in: Eichholzbrief – Zeitschrift zur politischen Bildung 33 (1996), S. 86–93.

58 Zur Entstehung des 3. Grundsatzprogramms der CDU sowie zur Dokumentation des Textes und reichhaltigen Materialien vgl. <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de>.

dem Anspruch des christlichen Menschenbildes. Es bezieht damit Position gegen Tendenzen in der Gesellschaft, „die sich dem christlichen Menschenbild offenbar immer weniger verpflichtet fühlt“, obwohl – so der Vorsitzende der Wertekommission der CDU, Christoph Böhr, im Begleitschreiben zum Dokument – „die Vergewisserung dieses Menschenbildes im Blick auf eine Reihe aktueller politischer Fragen“ Klärung und Lösungen zu bieten vermag.⁵⁹

Eine systematische Erörterung erfährt das „C“ im Namen der CDU auch in dem beachtenswerten Grundsatzpapier: „Christliche Werte und Politik“.⁶⁰ Dessen Autoren, Joachim Klose und Werner J. Patzelt, reflektieren das „C“ vor dem Hintergrund gegenwärtiger Rahmenbedingungen des Religiösen in Deutschland – Bedingungen, wie sie schon 1990 im „Spiegel“-Interview von Generalsekretär Volker Rühle anklingen, wonach die CDU durch die Vereinigung „nördlicher, östlicher (und) protestantischer (...)“ werde. In den neuen Ländern gehe – wesentlich stärker als in den alten Ländern – „das ‚C‘ der Union am Lebensgefühl des Großteils ihrer Wähler und Mitglieder vorbei“. Dies aber habe nicht nur für die Programmatik, sondern auch die Selbstdarstellung der CDU beachtliche Konsequenzen. Die für die Politikvermittlung und die politische Bildungsarbeit konzipierten Ideen des Papiers beschäftigen sich mit der Frage, wie das „C“ der CDU „in einer weitgehend entchristlichten Gesellschaft“ zu kommunizieren sei. Zu diesem Zweck formulieren die Autoren die anthropologischen und ethischen Grundlagen des christlichen Menschenbildes sowohl in der Sprache und im Kontext von Theologie und christlichem Glauben als auch in der Sprache politischer Theorie und Ethik, um das „christliche Menschenbild auch „Anders- und Nichtglaubenden“, die sich „an der jüdisch-christlichen ‚Engführung‘ sowie an den speziell christlich-europäischen Politikformen reiben“, verständlich zu machen. Zudem zeigen sie auf, dass das „C“ in der konkreten politischen Gestaltung sozialreformerische, liberale oder konservative Interpretationen erfährt, wobei sich zwangsläufig zwischen den jeweiligen parteipolitischen Flügeln Spannungen ergeben.

Die Überlegungen von Klose und Patzelt hätten vielleicht einer stärkeren Berücksichtigung christlicher Sozialethik bedurft, insofern diese in hohem Maße bereits dem säkularen Charakter des politischen Gemeinwesens und damit auch einem sozialphilosophischen Sprachduktus Rechnung trägt. Doch überzeugen

59 *Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes*, hg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin 2002 (<http://www.cdu.de/doc/pdfc/wertekommission.pdf>). Vgl. auch Johannes SCHWARTE, *Dynamisierung des christlichen Menschenbildes*, in: *Die Neue Ordnung* 55 (2001), S. 117–130.

60 Joachim KLOSE/Werner J. PATZELT, „Christliche Werte und Politik“ in: FAZ vom 15.1.2010. Vgl. auch das von einem Kreis evangelischer und katholischer Sozialethiker im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung konzipierte Dokument: *Im Zentrum: Menschenwürde. Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung. Christliche Ethik als Orientierungshilfe*, hg. von Bernhard VOGEL, Berlin 2006 (http://www.kas.de/wf/doc/kas_8951-544-1-30.pdf?07050).

die Autoren insgesamt mit ihrem Grundlagenpapier und ihrer Ansicht, dass nichts dagegen spreche, das Konzept des christlichen Menschenbildes „zunächst einmal vom christlichen Glauben her zu entwickeln“ und zu zeigen „was die transzendente Spannkraft der Politik der CDU ausmachen kann“.

Zusammenfassung und Ausblick

Der Modernisierungsprozess von Gesellschaft und Wirtschaft sowie die Demokratisierung und Pluralisierung des politischen Gemeinwesens haben das Verhältnis des Einzelnen, der Öffentlichkeit und der politischen und gesellschaftlichen Institutionen zur Religion wesentlich verändert. Die Säkularisierung der Gesellschaft bedeutet keineswegs eine bloße Randstellung oder gar das Ende der Religion. Zweifellos haben sich aber seit der Gründungs- und Konsolidierungsphase der CDU und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland sowohl die Rolle und Funktion der Religion im Bewusstsein und in der Haltung der Einzelnen als auch das Verhältnis der Religion zu den Institutionen bzw. zur institutionalisierten Form der Religion, den Kirchen und Weltanschauungsgruppen seit der Gründung der Bundesrepublik wesentlich verändert. Diese Zusammenhänge wurden am Beispiel des Christlichen im Parteinamen, in der Programmatik und der Politik der CDU näher beleuchtet. Die Christliche Demokratie ist ein markantes Beispiel für den Wandel des Stellenwertes der Religion in Gesellschaft und Öffentlichkeit. Konnte sich beispielsweise der Parlamentarische Rat 1948 noch zur Aufnahme des Namens Gottes ins Grundgesetz entschließen („Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“), so widersetzten sich bei den Beratungen im Europäischen Verfassungskonvent zum Verfassungsvertrag der EU 2003/2004 ein beträchtlicher Teil der Mitglieder – zumeist mit laizistischen Begründungen – einem solchen Ansinnen. Heute würde eine theologische Bezugnahme des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland im Bundestag oder einer von ihm und den Länderparlamenten bestellten verfassungsgebenden Versammlung mit ziemlicher Sicherheit keine Mehrheit erlangen.

In den ersten beiden Jahrzehnten wird das christlich-demokratische und christlich-soziale Ideengut in besonderer Weise unterstützt und geprägt durch die engen Beziehungen der christlichen Kirchen zur CDU. Doch schon in den späten 1950er Jahren brach dieses Verhältnis durch innerkirchliche wie auch gesellschaftlich-politische Entwicklungen auf. Die SPD öffnete sich programmatisch einzelnen Positionen der christlichen Sozialethik. Später nehmen auch die Grünen teilweise christliche Wertvorstellungen in ihre Programmatik auf. Die katholischen und evangelischen Verbände und kirchlichen Vereine fungieren kaum noch als Reservoir der CDU und der Sozialausschüsse der Christ-

lich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Die Union öffnet sich zwangsläufig verstärkt auch anderen Wählerschichten und politischen Ideen.⁶¹

Für die CDU bedeuten die gesellschaftlich-politischen Entwicklungen ein Dilemma: Einerseits kann und will die Partei von ihrer Herkunft und ihrer Geschichte her das „C“ nicht aufgeben; andererseits vermag die Union auch angesichts weitgehender Säkularisierung der Gesellschaft und der Veränderungen des sozialen und parteipolitischen Spektrums (Veränderungen in der Parteienpräferenz bei den christlich orientierten Bürgern) immer weniger Christen anzusprechen – insbesondere unter der Jugend. Die CDU hat – so zeigt der historische Rückblick – von den kirchlich engagierten Christen beider Konfessionen in ganz beträchtlichem Maße profitiert, programmatisch und politisch.⁶² So wird man einen gewissen Verlust einer aus religiöser Motivation und Orientierung gespeisten Christlichkeit nicht übersehen können. Doch betreffen diese Aporien nicht nur die Union als Partei, sondern auch das politische Gemeinwesen im Ganzen.

Die Geburt des Staates und der verfassungsrechtlichen Ordnung aus aufgeklärter, religionsneutraler Säkularität ist eine sehr einseitige Sichtweise, die sich aus dem Laizismus speist.⁶³ Das Christentum jedenfalls hat ungeachtet seines transzendenten Charakters als Offenbarungsreligion nicht zuletzt aufgrund seiner Anthropologie und Sozialethik genügend Substanz, um auch dem Menschen im säkularen Gemeinwesen geistige Orientierung und moralische Normen für den privaten, politischen und kulturellen Bereich zu bieten.⁶⁴ Diese Normen und Leitbilder müssen aber immer wieder aktualisiert und – von Zeit zu Zeit – neu übersetzt und interpretiert werden.

61 Vgl. Warnfried DETTLING, *Der kritische Rationalismus und die Programmatik der CDU*, in: *Zur Programmatik der CDU*, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1974, S. 79–108; kritisch: Nikolaus LOBKOWICZ, *Pragmatismus und Programm. Die CDU und der kritische Rationalismus*, in: *Die Neue Ordnung* 39 (1985), S. 104–117.

62 Mit anderen Worten: Das Christliche ist historisch durch die Kirchen vermittelt und bedarf zur Erhaltung seiner Vitalität auch institutioneller Formen; vgl. hierzu Helmut SCHELKY, *Ist Dauerreflexion institutionalisierbar? Zum Thema einer modernen Religionssoziologie*, in: DERS., *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*, Düsseldorf 1965, S. 250–275.

63 Vgl. Karl-Heinz LADEUR/Ino AUGSBERG, *Der Mythos vom neutralen Staat*, in: *Juristenzeitung* 1 (2007), S. 12–18.

64 Zum Verhältnis von Christentums und säkularem politischen Gemeinwesen vgl. Günter BUCHSTAB/Rudolf UERTZ (Hg.), *Was eint Europa? Christentum und kulturelle Identität*, Freiburg i. Br. 2008.

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

Reformimpulse in den 1990er Jahren

Einführung

Hanns Jürgen Küsters

Die zweite Hälfte der Ära Kohl in den 1990er Jahren stand im Zeichen von drei Entwicklungen: der Vollendung der deutschen Einheit, dem Ausbau der europäischen Einigung sowie der Globalisierung und den revolutionären Veränderungen der Kommunikationstechnologie, die allesamt einen erheblichen Modernisierungsdruck auslösten. Ohne die Friedliche Revolution und Wiedervereinigung 1989/90 wäre die Ära Kohl gewiss anders verlaufen und vielleicht schon früher beendet gewesen.

Angesichts der historischen Bedeutung des heutigen Tages ist es geradezu erforderlich, nochmals einen Blick auf die damaligen Ereignisse zu werfen, die uns alle noch in Erinnerung sind. Am 30. September und 1. Oktober 1989, also genau vor 20 Jahren, spielten sich dramatische Szenen auf dem Gelände der bundesdeutschen Botschaft in Prag ab. Mehr als 5.000 Flüchtlinge aus der DDR hielten sich dort auf und ersehnten ihre Ausreise in die Bundesrepublik. In diesem diplomatischen Poker, der sich schon seit einigen Wochen hingezogen hatte, kam der Regierungszentrale in Bonn die entscheidende Rolle zu. Ihr Leiter, der damalige Chef des Bundeskanzleramtes Rudolf Seiters, stand in permanenten Kontakten mit ausländischen Regierungen und der DDR-Führung, um eine humanitäre Lösung des Problems zu erreichen. Tags zuvor hatte der DDR-Vertreter in Bonn, Horst Neubauer, dem Kanzleramt endlich die Bereitschaft seiner Regierung mitgeteilt, die Menschen mit Sonderzügen über die DDR in die Bundesrepublik ausreisen zu lassen. Allein die DDR-Regierung habe über die Ausreise entschieden, betonte Neubauer gegenüber Seiters. Falsch sei, dass Bundesminister Hans-Dietrich Genscher die Ausreise bewirkt habe, ist in der Gesprächsaufzeichnung zu lesen. Wiederholt warf Neubauer der Bundesregierung vor, die Botschaften in Prag und Warschau nicht geschlossen zu haben. Seiters parierte solche Attacken mit dem Hinweis, es sei nicht das Problem der Bundesregierung, wenn Menschen die DDR verlassen wollten.

Zur historischen Wahrheit gehört: Es war nicht der Verkünder der frohen Botschaft auf dem Botschaftsbalkon in Prag, dem die Menschen die Lösung des Problems zu verdanken hatten, sondern dem Verhandlungsgeschick von Bundesminister Seiters und seinen Beamten. Wir können dieses Ereignis sehr wohl als eine der Initialzündungen für die Entwicklung zur deutschen Einheit sehen, auch wenn es damals keineswegs danach aussah und noch niemand

daran dachte. Dennoch: Wer weiß, ob die Ära Kohl noch weitere acht Jahre gedauert hätte, wenn es nicht in den folgenden Wochen zum Mauerfall gekommen und Bundeskanzler Kohl binnen Jahresfrist die Wiederherstellung der deutschen Einheit gelungen wäre. Daher ist es mehr als notwendig, dieses Ereignis im Rahmen der Tagung zu würdigen.

Denn nur kurze Zeit nach der Wiedervereinigung und trotz erheblicher Reformimpulse der Regierung Kohl verbreitete sich in der deutschen Öffentlichkeit das Bewusstsein eines enormen Reformstaus. Als eigentliches Übel für diese Grundstimmung wurden drei Gründe ausgemacht: Erstens, der Aufbau Ost dauerte länger als erwartet; zweitens, die Ungewissheit darüber, welche materiellen Konsequenzen die geplante Einführung der gemeinsamen europäischen Währung und die bevorstehende Erweiterung Europas für die eigene Zukunft, den Arbeitsplatz und die Sicherung des persönlichen Wohlstandes haben würde; und drittens, neue außenpolitische Anforderungen kamen hinzu, die ein Umdenken in der Öffentlichkeit erforderten. Die Westdeutschen, die sich 40 Jahre lang bequem im westlichen Allianzsystem eingerichtet hatten, sollten nunmehr internationale Verantwortung übernehmen.

Bald machte gar die These von der Reformunfähigkeit der Regierung Kohl die Runde. Ihr Nährboden waren Enttäuschungen in den neuen Ländern angesichts überzogener Erwartungen an die Geschwindigkeit, mit der wirtschaftliche Modernisierungsmaßnahmen umzusetzen waren, aber auch inzwischen eingetretene realistische Betrachtungen über die enormen Folgekosten, die 40 Jahre Teilung und Sozialismus in der DDR hinterlassen hatten. Zweifelsohne klappte eine Lücke zwischen dem Wohlstand in Ost und West, die es zu beseitigen galt. Doch wurde nur allzu gerne übersehen, dass es armen Menschen im Osten Deutschlands nun besser ging als in den 1980er Jahren in der DDR. Man hatte eben das Gute, was man bekommen hatte, bewusst hier auch negiert. Nichtsdestoweniger blieben Schwierigkeiten beim Aufbau Ost.

Mit selbstkritischem Unterton hielt Wolfgang Schäuble in seinem Buch „Mitten im Leben“¹ dazu fest: Größter Fehler sei es gewesen, die Reformmaßnahmen nicht im plausiblen Zusammenhang gestellt zu haben. Umso nachdrücklicher stellt sich die Frage: Welche Reformimpulse gab es in den 1990er Jahren und welche Wirkungen erzeugten sie? War es der öffentlich erzeugte Eindruck des Reformstaus oder die Blockadepolitik, die viele gute Ideen Mitte der 1990er Jahre zunichte machte? Oder wurden die Reformimpulse der Regierung Kohl nur schlecht in die Öffentlichkeit hinein kommuniziert? Verken- nen wir nicht: Es gab ab der dreizehnten Legislaturperiode 1994 veränderte politische Mehrheitsverhältnisse. Reformmaßnahmen zeigten zwar Wirkungen, doch wurden auch wichtige Probleme nicht befriedigend gelöst. Ein-

1 Wolfgang SCHÄUBLE, *Mitten im Leben*, München 2000, S. 17–25.

dimensionale Erklärungen greifen in Anbetracht der komplizierten Situation der 1990er Jahre gewiss zu kurz. Schauen wir uns einige Beispiele an.

Zu den großen Reformprojekten gehörte die Privatisierungspolitik der Bundesregierung. Der Bund zog sich fast vollständig aus großen Industriebeteiligungen zurück. Von 45 Beteiligungen unter den 500 stärksten Unternehmen im Jahre 1982 blieben neun größere Bundesbeteiligungen Anfang 1990 erhalten. Die Anzahl der mittelbaren Beteiligungen reduzierte sich von 958 Ende 1982 auf etwa ein Drittel (337) im Jahre 1989. Nach der Wiedervereinigung 1990 war die Privatisierung durch drei Besonderheiten gekennzeichnet: Nunmehr wurden auch Unternehmen aus dem Sondervermögen des Bundes privatisiert; durch die Treuhandanstalt erfolgte die Privatisierung staatseigener Unternehmen der DDR und die Privatisierungsaktivitäten verlagerten sich auf diejenigen Bundesbeteiligungen, die zumeist spezifische Aufgaben erfüllten und lange als unantastbar galten (wie zum Beispiel die Heimbetriebsgesellschaft AG). Zudem wurden verstärkt Umstrukturierungen und Privatisierungen von Bundesbeteiligungen im Verkehrsbereich (Lufthansa AG, Flughäfen) und im Kommunikationssektor in Angriff genommen. So folgte im Januar 1994 die Zusammenführung der Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn und die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft (Deutsche Bahn AG). Ein Jahr später, im Januar 1995, kam es auf der Grundlage des Gesetzes zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation zur Überführung der Deutschen Bundespost in drei Aktiengesellschaften (Deutsche Telekom AG, Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG).

Für große Aufregung sorgte ebenso das Petersberger Steuerreformkonzept, das die Besteuerung der Spitzenrenten und eine Reduzierung aller Steuersätze um etwa ein Drittel vorsah. Das Ringen um die große Steuerreform 1995 führte, nicht zuletzt aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils, zur Steuerfreiheit für ein Existenzminimum und Familienlastenausgleich ab 1. Januar 1996; bekanntlich scheiterte die Reform an der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat. Hinzu kam die erstmals eingeführte Zuzahlung für Medikamente auf Rezept, die Einsparungen im Gesundheitswesen bewirken sollte. Darüber hinaus lösten die Einführung des Euros, Transferleistungen für den Aufbau Ost, die zunehmende Staatsverschuldung ebenso wie die kritische Lage der Sozialversicherung wegen hoher Arbeitslosenzahlen und deren Auswirkungen auf die Konjunktur große Besorgnisse vor allem bei älteren Menschen aus. Was den Solidaripakt anbelangt, der die Verteilung der Sonderlasten für den Aufbau Ost zwischen Bund und Ländern samt Gründung des Fonds Deutsche Einheit und Einführung des Solidaritätsbeitrags regeln sollte, so herrschte in der Bundesregierung die Meinung, die Ministerpräsidenten hätten den Bund über den Tisch gezogen.

Der von Bundesfinanzminister Theo Waigel aufgrund der Währungsturbulenzen der italienischen Lira und des britischen Pfund vorgeschlagene Stabili-

tätspakt mit den Maastricht-Kriterien zur Sicherung der Währungsstabilität der künftigen Mitglieder der europäischen Währungsunion erhielt bald als Ausdruck des Missmutes selbst in der CDU/CSU-Fraktion den faden Beigeschmack „Sparen für Maastricht“.

Waigels Strategie, jede Gelegenheit zu nutzen, durch Privatisierung Handlungsspielräume zu vergrößern, die im Mai 1997 in den Vorschlag einer Neubewertung der Goldreserven der Bundesbank mündete und zu einem spektakulären Hubschrauberflug zur Bundesbank nach Frankfurt führte, in den Medien zum „Raubzug“² stilisiert, bestärkte in der Öffentlichkeit die Abneigung gegen dieses Vorhaben und wurde als „Desaster“ bewertet. Schnell war die Behauptung in die Welt gesetzt, die Bundesregierung vergreife sich zwecks Einhaltung der Maastricht-Kriterien am Bundesgold. Für die SPD war dies ein weiterer Beleg für ihre Behauptung, die deutsche Einheit sei von Anfang an vollkommen falsch finanziert worden. Einmal mehr präsentierte sie ihre These vom gebrochenen Versprechen der Regierung, die behauptet habe, die Wiedervereinigung sei ohne Steuererhöhungen zu bewerkstelligen. Indem der breiten Bevölkerung der Eindruck vermittelt wurde, die finanzielle Malaise sei nicht aus strukturellen Gründen entstanden, sondern Ergebnis falscher Entscheidungen der Regierung Kohl, versuchte die SPD zugleich ihre Blockadepolitik zu begründen.

Nach seinem Putsch auf dem Mannheimer Parteitag im November 1995 verbreitete Oskar Lafontaine den Eindruck einer Konsolidierung der SPD in der Hoffnung auf Polarisierungseffekte.³ Unter dem Diktum „soziale Gerechtigkeit schaffen“ setzte er die Unionsparteien dem Generalverdacht aus, allein sie seien für die soziale Schieflage, die klaffende Lücke zwischen Arm und Reich in der deutschen Gesellschaft verantwortlich. Die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat funktionierte er verstärkt zur Destruktionspolitik um, indem er dem Eindruck eines Reformstaus und der Bewegungsunfähigkeit der Regierung Kohl Vorschub leistete. Seine Strategie basierte auf der simplen Überlegung, je weniger Reformen zustande kommen, desto stärker werde der Unmut in der Bevölkerung, weil das Empfinden des Stillstands wachse. Der Versuch der SPD, die Blockadepolitik weiter fortzusetzen, hat die Regierung letztendlich nicht konterkarieren können, sondern umgekehrt: Sie sah sich immer wieder zunehmendem Druck ausgesetzt. Mit Blick auf das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 zeitigte dieser Schachzug durchaus einen gewissen Erfolg.

Bei genauerer Betrachtung darf nicht verschwiegen werden, dass auch bei den Unionsparteien Reformbedürfnis bestand. Immerhin gelang es 1996 sehr

2 SCHÄUBLE (wie Anm. 1), S. 20.

3 *Protokoll. Parteitag Mannheim 14.–17. November 1995*, hg. vom Vorstand der SPD, Frankfurt/M. o. J., S. 414–428.

wohl, im Rahmen des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung eine Vielzahl von im Bundesrat nicht zustimmungspflichtigen Gesetzen mit der Kanzlermehrheit im Deutschen Bundestag zu verabschieden und die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu beschleunigen. Die Folge war eine spürbare Minderung der Arbeitslosenzahlen, die im Jahre 1998 griffen. Zudem konnte im Juli 1997 nach langem Widerstand von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm mittels Einigung über die Probleme der Rentenversicherung durch Einführung eines demographischen Faktors das Problem strukturell angegangen werden. Das Ziel, auf Dauer die umlagefinanzierte Rente zu sichern, bot jedoch der SPD erneut Angriffsfläche mit dem Argument, die Renten würden gekürzt. In Wahrheit ging es darum, die Rentensteigerung in Zukunft nicht mehr so stark steigen zu lassen und das Rentenniveau auf 65 Prozent abzusenken. Auch der Vorschlag, die Probleme bei der Steuerreform dahingehend zu lösen, die Mehrwertsteuer um ein Prozent zu erhöhen und die Rentenversicherungsleistung zu senken sowie die Sozialversicherungsbeiträge über eine höhere Mineralölsteuer zu finanzieren, ließ sich mit dem SPD-Credo, die Lohnnebenkosten zu senken, kaum vereinbaren. Zwar gelang es, über den Kompromiss Mehrwertsteuer gegen Beitragssenkung die Hürde zu nehmen, doch war dies keine Steuerreform, zumal sich Waigel und die FDP querstellten.

Letztlich bescherte ein Konglomerat aus ganz unterschiedlichen Entwicklungen der Ära Kohl das Ende: Arbeitslosenzahlen, magere Wachstumsraten, Schwierigkeiten beim Aufbau Ost, der fehlgeschlagene Versuch, die Blockadepolitik aufzulösen, aber auch ein gewisser Unmut über den unklaren Zeitpunkt, wann Kohl sein Amt des Bundeskanzlers dem proklamierten Kronprinzen Schäuble abzugeben bereit sein würde – alles das kam zusammen, ganz abgesehen von Unkenrufen der FDP. Allein der Politik Helmut Kohls in den 1990er Jahren die Schuld für eine Reihe von Fehlschlägen zu geben, entspricht nicht der historischen Wahrheit. Vielfältige Faktoren und Entwicklungen waren dafür ausschlaggebend. Diese gilt es hier zu untersuchen.

Die Ausreise der Botschaftsflüchtlinge aus Prag und Warschau

Von Rudolf Seiters

Ich komme aus Prag, fahre gleich weiter nach Brüssel, bin jetzt im weitesten Sinne in Bonn: Drei Städte, die allesamt stehen für eine Entwicklung, die zur deutschen Einheit und zur Einheit Europas geführt haben. Insoweit ist das für mich auch ein schöner Tag, denn er erinnert in besonderer Weise an einen der emotionalsten Momente des Jahres 1989. Eben daran, dass damals, am 30. September und am 1. Oktober, einige Steine aus der Mauer gebrochen wurden, die in Berlin seit 28 Jahren die Deutschen voneinander trennte.

Ende April 1989 wurde ich zum Chef des Bundeskanzleramts berufen und war damit auch, das war so im Grundlagenvertrag geregelt, für die Ständige Vertretung zuständig. Die DDR wollte das Auswärtige Amt und ihrer Zwei-Staaten-Theorie, wir unser Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, der Kompromiss war das Kanzleramt. Zu diesem Zeitpunkt hat niemand gewusst oder geahnt, dass die friedliche Revolution in Europa anderthalb Jahre später zur Wiedervereinigung Deutschlands führen würde. Ich kann mich noch gut erinnern an das Übergabegespräch mit Wolfgang Schäuble, der ins Innenministerium wechselte. Auf dem Tisch lagen die wichtigsten unerledigten Akten, keine davon betraf die DDR, und bei meinem Aufstehen sagte Wolfgang Schäuble: „Die Verkehrsvereinbarungen sind ja nun abgeschlossen. Ungelöst ist das Problem der Elbegrenze. Ministerpräsident Ernst Albrecht hat besondere Wünsche zum kleinen Grenzverkehr. In den nächsten Wochen wird Alexander Schalck-Golodkowski auf Dich zukommen und Deinen Antrittsbesuch bei Erich Honecker vorbereiten.“ Das war's. Also damals hat wirklich niemand geglaubt oder gewusst, dass diese Entwicklung zur deutschen Einheit führen würde.

Und auch mein Gespräch bei meinem Antrittsbesuch am 4. Juli bei Honecker ergab noch keinen Hinweis auf die tiefen Erschütterungen in der DDR, die im Laufe der folgenden Wochen sichtbar werden würden. In jenen Tagen und Wochen ging allerdings durch ganz Europa und Mitteleuropa eine Welle von Reformbewegungen. In Ungarn wurde die Einführung des Mehrparteiensystems beschlossen, in Polen begann die Vorbereitung auf erste freie Teilwahlen und der Name Michail Gorbatschow verband sich mit Glasnost und Perestroika. Die DDR-Führung, auch übrigens die in Prag, blieb jedoch stur und unbeweglich, verweigerte sich jedem Ansatz zu politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen und jeder Liberalisierung, und dies vor dem Hintergrund einer sich drastisch verschlechternden wirtschaftlichen Lage und angesichts der Vergleichsmöglichkeiten, die immer mehr Menschen

zwischen den Lebensverhältnissen in der Bundesrepublik und der DDR besaßen, und die zu Unzufriedenheit führten.

Anfang August flüchteten 130 DDR-Einwohner in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, in der Hannoverschen Straße in Ost-Berlin, in der Folgezeit tausende von DDR-Einwohnern in die Botschaften Budapest, Prag und Warschau. Am 8. August musste ich die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin bis auf Weiteres für den Publikumsverkehr sperren, da sie mit diesen Zufluchtsuchenden absolut überfüllt war und die hygienischen Verhältnisse immer schwieriger wurden. Am 14. August schloss die Botschaft Budapest, am 23. August die Botschaft Prag, am 18. September die Botschaft Warschau. Ein Treffen am 18. August in Ost-Berlin mit dem stellvertretenden Außenminister Werner Krolikowski und anderen Führungspersonen des Politbüros zur Klärung der Flüchtlingsfrage blieb ohne Erfolg. Die DDR erhob Vorwürfe gegen uns, weil wir angeblich internationales Recht verletzen würden. Wir dürften DDR-Bürger nicht in unsere Botschaften lassen. Wir haben unseren Rechtsstandpunkt wiederholt, dass es nur eine deutsche Staatsbürgerschaft gebe. Wir sähen uns als Anwälte dieser Bürger, wir würden keine Mauern um unsere Botschaften errichten und niemanden auf die Straße setzen. Und wir haben die DDR an ihre Unterschrift erinnert unter die KSZE-Schlussakte mit Blick auf Freizügigkeit und Menschenrechte. Vor diesem Hintergrund war für uns in Deutschland die Haltung der ungarischen Regierung von außerordentlich großer Bedeutung.

Auslöser für den Flüchtlingsstrom von Ostdeutschen war der Beginn des Abbaus der Grenzanlagen an der ungarisch-österreichischen Grenze am 2. Mai, dem am 27. Juni die symbolische Durchtrennung des Stacheldrahts durch die beiden Außenminister Gyula Horn, Ungarn, und Alois Mock, Österreich, folgte. Es war noch keine Grenzöffnung, weckte aber Hoffnung. Im Laufe des Sommers erreichten dann hunderte DDR-Bürger über Ungarn den Westen. Sie gingen illegal über die nicht mehr stark gesicherte Grenze. Sie begaben sich in die bundesdeutsche Botschaft in Budapest oder gingen in Flüchtlingslager, die überall in Deutschland entstanden. Am 19. August kommt es dann zum paneuropäischen Picknick bei Sopron in der Nähe der Grenze zu Österreich, in dessen Verlauf etwa 600 DDR-Bürgern die Flucht gelingt. Ende August halten sich zigtausende DDR-Bürger in Ungarn auf, die DDR erhöht ihren Druck, diese Menschen in die DDR zurückzuschicken, Ungarn beruft sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention, der es im März 1989 beigetreten war. Das aus meiner Sicht für die ungarischen-deutschen Beziehungen wichtigste und emotionalste Datum betrifft dann den 10. September, als Ungarn seine Grenze zu Österreich vollständig öffnet. Vorausgegangen war das Geheimgespräch der ungarischen Regierung mit Bundeskanzler Helmut Kohl auf Schloss Gymnich, hier bei Bonn. Helmut Kohl hat in seinen Erinnerungen geschrieben, ihm seien Tränen in die Augen gestiegen, als Ministerpräsident

Miklós Németh erklärt habe, „eine Abschiebung der Flüchtlinge komme nicht in Frage. Ungarn öffne die Grenzen, und wenn keine militärische oder politische Kraft von außen Ungarn zu einem anderen Verhalten zwingt, würde Ungarn die Grenze für DDR-Bürger geöffnet halten. Es sei beabsichtigt, alle Deutschen bis Mitte September ausreisen zu lassen.“¹ Und Helmut Kohl berichtet weiter, er habe nachgefragt, „ob die Ungarn dafür eine Gegenleistung erwarteten.“ Jedes Mal habe die ungarische Delegation abgewinkt: „Ungarn verkaufe keine Menschen.“ Ungarn war aber in großer Sorge über die Reaktion der DDR und der Tschechoslowakei. Es war ja ein Bruch der Abmachungen der Verträge, insbesondere auch in Sorge über das Verhalten von Moskau. Und es gibt die ja wirklich schöne Geschichte, dass Helmut Kohl dann mit Gorbatschow telefoniert hat und ihn gefragt hat, wie die Sowjetunion reagieren würde beim Öffnen der Grenze. Dann habe es einen Moment Stille gegeben am Telefon und dann habe Gorbatschow gesagt: „Die Ungarn sind gute Leute.“ Das war das Signal, dass jedenfalls von Moskau aus keine Hindernisse aufgebaut werden würden. Ich sage nur: Wir haben den Ungarn unglaublich viel zu verdanken.

Für uns in der Bundesregierung und für unsere Verhandlungsposition mit der DDR, insbesondere mit Blick auf die deutsche Botschaft in Prag, wo mittlerweile 5.000 Flüchtlinge eingetroffen waren, viele auch in der deutschen Botschaft in Warschau, war die ungarische Haltung eine ganz gewaltige Rückenstärkung. Bei den pausenlosen Verhandlungen mit der DDR, die Ausreisegenehmigung für die Flüchtlinge in den Deutschen Botschaften zu erreichen, hatten wir aber noch ein zusätzliches Problem. Ein intensiver Gesprächspartner für mich war Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski, auch oberster Devisenbeschaffer der DDR und Leiter der Organisation Kommerzielle Koordinierung (KoKo). Die DDR war angesichts ihrer schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage geradezu existentiell interessiert an finanziellen Vereinbarungen mit uns. Wenig später, am 5. Dezember – am Tag zuvor war Schalck-Golodkowski in die Bundesrepublik geflohen – nimmt Ministerpräsident Hans Modrow in Ost-Berlin bekanntlich die Einrichtung des Reisedevisenfonds an, vereinbart mit Einlagen von 750 Mio. DM seitens der Bundesrepublik Deutschland. Dafür gibt es die Abschaffung des Begrüßungsgeldes und des Zwangsumtausches für Rentner. Im August und September aber haben wir immer wieder betont, dass finanzielle Vereinbarungen, dass wirtschaftliche Hilfen für uns nicht in Frage kämen, wenn nicht die Flüchtlingsfrage vorher geklärt wäre. Und wir haben auch gesagt: „Wollt ihr in der DDR wirklich, dass die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR Anfang Oktober, und der Besuch von Michail Gorbatschow überlagert werden von den bewegenden Bildern aus Prag, die ja um die ganze Welt gingen und die DDR mit Blick auf ihre

1 Helmut KOHL, *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005, S. 920–923, hier S. 922.

Isolierung immer stärker beeinträchtigten?“ Und das war auch der Resonanzboden, Hanns Jürgen Küsters hat das angesprochen, dass Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Sitzung der UNO-Vollversammlung am 27. September in New York sehr gut nutzen konnte, bei seinen Gesprächen mit DDR-Außenminister Eduard Schewardnadse und Außenminister Oskar Fischer, wo die jeweiligen Modalitäten besprochen wurden. Aber ich bin ganz sicher, dass die Entscheidung, die innere Entscheidung, schon vorher getroffen war bei der Regierung in Ost-Berlin mit Blick auf die wirtschaftliche Situation und mit Blick auf die Besuchsfeierlichkeiten, wo man zusätzlich nervös war: Wie kann man die Dinge vorher regeln?

Da erreichte mich am Freitag, dem 29. September, unmittelbar nach meinem Flug von Bonn in meine kleine Heimatstadt Papenburg ein Anruf meines Büros. Horst Neubauer, der Ständige Vertreter der DDR, wollte mich dringend sprechen. Ich war ja mit ihm eigentlich jeden Tag in Verhandlung oder in Telefonaten. Wir verabredeten uns für 10.00 Uhr am nächsten Tag, einem Samstag, in meinem Bonner Büro, im Kanzleramt. Ich unterrichtete den Bundeskanzler, der mir sagte, ich sollte den Bundesaußenminister dazuziehen. Wir haben das Gespräch gemeinsam geführt. In diesem Gespräch seitens der DDR gab es zunächst die allseits bekannten Vorwürfe an die Bundesregierung, die entgegen dem internationalen Recht den Zustrom von DDR-Bürgern in unsere Botschaften dulde. Dann erklärte Neubauer, ungeachtet dessen habe sich die DDR zu einem einmaligen humanitären Akt entschlossen, die Botschaftsflüchtlinge dürften ausreisen, allerdings nur über das Territorium der DDR mit Sonderzügen. Dies war eine Entscheidung von Honecker, um die angebliche Souveränität der DDR bei der Ausreise der Flüchtlinge zu dokumentieren, vielleicht auch, um Einsicht zu nehmen in die Papiere. Da gab es noch sehr viel Unruhe später in den Zügen selber, die aber dann nicht mehr wichtig war. Jedenfalls waren die Begleitumstände bei der Durchreise eine folgenschwere Fehlentscheidung aus der Perspektive der DDR-Führung. Dies machte ja auch der Aufmarsch der Volkspolizisten in Dresden deutlich, wo man mit massiver Gewalt die Menschen hindern wollte, zu den Zügen zu gehen, entweder um mitzufahren oder noch einen Blick auf diejenigen zu werfen, die ausreisen wollten.

Mit dem Bundeskanzler vereinbarten wir telefonisch, dass Hans-Dietrich Genscher und ich nach Prag fliegen sollten, um den Menschen, die den Versprechungen der DDR-Repräsentanten zutiefst misstrauten, persönlich die Sicherheit zu geben, dass für sie jetzt die ungehinderte Ausreise garantiert sei und sie die Botschaft verlassen könnten, ohne Gefährdung ihrer Freiheit. Mit Neubauer wurde abgestimmt, dass Genscher und ich mit den beiden ersten Zügen mitfahren sollten, die Staatssekretäre mit den folgenden. Kaum waren wir mit der Luftwaffenmaschine in Prag gelandet, da erfuhren wir jedoch vom deutschen Botschafter, die DDR habe ihre Zusage zurückgenommen, dass Genscher und ich die Züge begleiteten. Auch dies war eine Entscheidung von

Honecker im letzten Augenblick. Offensichtlich fürchtete die DDR-Führung eine Symbolwirkung, wenn jetzt zwei Repräsentanten der Kohl-Regierung über das DDR-Gebiet mit den Flüchtlingen praktisch in einer Art Triumphzug dann nach Hof weiter fahren würden.

Was wir dann in der Botschaft erlebten, hat sich mir und vielen anderen auch unauslöschlich eingepägt: Frauen, Männer und Kinder dicht gedrängt auf den Treppenstufen. Wir spürten großes Vertrauen zu uns in den Gesichtern, obwohl sie nicht wussten, welche Botschaft wir mitbrachten. Aus dem Obergeschoss, der Blick auf die Menschen in Zelten, in diesem nachtdunklen Garten, mit Dauerregen verschlammt, ein beklemmender Eindruck. Wir ließen uns die letzten Informationen geben, anschließend ein Telefonat von mir mit dem Ständigen Vertreter Neubauer mit energischem Protest über den Bruch der Vereinbarungen, allerdings ohne Erfolg. Das war aber letzten Endes nicht mehr entscheidend, weil die Menschen in der Botschaft Prag der Zusage glaubten. Die Szene ist bekannt, als Hans-Dietrich Genscher und ich gemeinsam mit dem Botschafter Hermann Huber und mehreren Staatssekretären auf dem Balkon des Palais Lobkowitz traten und Genscher über das Mikrofon diese erlösenden Worte in das Dunkle des Gartens hineinsprach: „Wir sind nach Prag gekommen, um ihnen mitzuteilen, dass ihre Ausreise heute ...“ Alles andere ging im Jubel der Menschen unter. Dies waren Bilder, die um die ganze Welt gingen.

5.550 Flüchtlinge fuhren am Abend mit Sonderzügen der DDR-Reichsbahn von Prag über Dresden nach Hof, abgesehen von technischen Halten ohne Stopp in der DDR. Die Forderung der DDR-Führung, durch die DDR zu reisen, erwies sich als Bumerang. Menschen versuchten auf die Züge zu springen und die Durchfahrt wurde von vielen winkenden Menschen begleitet. Ich denke, dass der 30. September den Beginn des Untergangs der DDR markiert. Die Ausreise brachte für die DDR keine Entlastung, sondern war die Vorstufe zum endgültigen Bruch aller Dämme, die die DDR jahrzehntelang um ihre Bürger errichtet hatte. Die Botschaften füllten sich erneut nach Protesten der DDR, eine hilflose Ost-Berliner Führung musste am 3. Oktober auch die Ausreise der weiteren Flüchtlinge gestatten und wenige Tage später sprach Gorbatschow in Ost-Berlin beim 40. Jahrestag der DDR-Gründung von den zu spät Kommenden, die das Leben bestraft. Der 30. September war der eine Tag, der die Hilflosigkeit der DDR-Führung und ihren rapiden Autoritätsverlust deutlich machte. Es gab aber noch zwei andere:

Die totale Öffnung aller Grenzübergänge am 9. November war nicht zurückzuführen auf eine überlegte Entscheidung der DDR-Regierung, sondern Folge von chaotischen Beratungen des Politbüros, wo niemand wusste, was man konkret beschlossen hatte und wo ein uninformierter Pressesprecher Günter Schabowski durch seine etwas vagen Erklärungen ein Signal gab, das von der Presse in einer entsprechenden Weise aufgegriffen wurde. Die Menschen

strömten zu den Grenzübergangsstellen und die Grenzzoffiziere und Grenzsoldaten – von ihrer Führung im Stich gelassen – wussten sich nicht anders zu helfen, als die Schlagbäume zu öffnen. Ein Glücksfall übrigens in der jüngeren deutschen Geschichte, denn niemand hätte ausschließen können, dass ein paralysierter Offizier oder ein verunsicherter Soldat nicht doch vielleicht in seiner Hilflosigkeit zur Waffe greift. Und was dann passiert wäre, wusste man nicht und weiß man auch heute nicht. Jedenfalls war das der zweite historische Tag, der den Autoritätsverfall der DDR signalisierte.

Und schließlich der 19. Dezember, die Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl nach Dresden. Das muss man sich einmal vorstellen, da kommt nun der Bundeskanzler der „kapitalistischen“ Bundesrepublik Deutschland in den Arbeiter- und Bauernstaat DDR und die DDR-Führung lässt den Kanzler der Bundesrepublik mit der eigenen Bevölkerung von etlichen tausenden Menschen alleine, weil man ganz offensichtlich die Gleichzeitigkeit des Beifalls für Kohl und der Pfiffe für sich selber fürchtete. Das war der Zeitpunkt, nicht der 30. September, auch nicht der 9. November, denn danach gab es ja noch die 10-Punkte-Erklärung des Bundeskanzlers, die von einem ganz anderen zeitlichen Horizont ausging mit konföderativen Strukturen als Antwort auf die Vertragsgemeinschaft. Aber der 19. Dezember, so denke ich, hat für die Bundesregierung endgültig die Erkenntnis gebracht, dass wir jetzt doch eine realistische Chance haben auf die Wiedervereinigung Deutschlands und dass es jetzt an der Zeit ist, umzuschalten auf eine operative Politik mit dem Ziel der deutschen Einheit.

Auf zwei Fragen möchte ich auch im Blick auf den 30. September noch eingehen. Waren wir in der Bundesregierung auf die Wiedervereinigung vorbereitet und hätten wir, was nicht geheim geblieben wäre, Schubladenpläne für den Fall des Falles haben müssen? Dazu zitiere ich Richard Schröder, SPD-Abgeordneter in der Volkskammer der DDR, dann auch im Deutschen Bundestag, Verfassungsrichter des Landes Brandenburg, Professor für systematische Theologie an der Humboldt-Universität Berlin: „Warum“, so fragt er, „hat sich die Bundesregierung nicht auf die Vereinigung vorbereitet?“ Die Antwort ist sehr einfach: Die Planung der deutschen Vereinigung hätte dieselbe mit Sicherheit verhindert, denn das hätte die Entspannungspolitik ruiniert. Lautstarke Proteste aus dem Osten, verhaltene, aber entschiedene Kritik aus dem Westen hätten das ausgelöst. Der italienische Politiker Giulio Andreotti hatte nicht nur für sich gesprochen als er sagte: „Wir lieben Deutschland so sehr, dass wir am liebsten zwei davon haben wollen.“ Man darf nicht vergessen: Die Teilung Deutschlands, scheinbar stabilisiert durch die Mauer, scheinbar sanktioniert durch den innerdeutschen Grundlagenvvertrag, wie ihn die innerdeutsche Öffentlichkeit verstand, war ja für viele – auch in den westlichen Partnerstaaten – zu einem selbstverständlichen Element der europäischen Stabilität geworden. Ganz abgesehen davon, dass sie für Teile der westlichen Eliten die

Funktion einer Sicherung gegen die Wiederkehr deutscher Hegemonialinteressen und Ambitionen nie völlig verloren hatte.

Helmut Kohl hat in seinen Memoiren an das internationale Echo auf seine zehn Punkte erinnert, die ja weder mit dem Koalitionspartner noch mit unserem Verbündeten abgestimmt waren, abgesehen vom amerikanischen Präsidenten George Bush.² Er habe noch nie einen EG-Gipfel in einer so eisigen Atmosphäre erlebt wie den in Straßburg am 8. und 9. Dezember 1989. Speziell die Briten, damals auch noch die Franzosen, das änderte sich dann aber im Januar und Februar des nächsten Jahres, waren äußerst irritiert. Zu dem Zeitpunkt waren mittlerweile die Rufe nach Freiheit und Selbstbestimmung in ganz Europa unüberhörbar geworden. Ist die Wiedervereinigung der Bundesregierung in den Schoß gefallen? Natürlich hätte es keine Wiedervereinigung gegeben, jedenfalls nicht in dieser Form und in diesem Zeitrahmen, ohne die Solidarność-Bewegung in Polen, ohne den polnischen Papst, ohne die Liberalisierung Ungarns, ohne Gorbatschow, ohne die Massenfluchten und Massendemonstrationen in der DDR. Dies waren sicherlich die entscheidenden Ereignisse. Aber ich bin ganz sicher, dass die damalige Entwicklung einen anderen Verlauf genommen hätte bei einer anderen Bundesregierung, die die damals gegebene historische Chance nicht so konsequent genutzt hätte.

Es gab damals auch ganz andere Stimmen und politische Programme in Deutschland. Ich will nur Egon Bahr zitieren, den Chefberater der sozial-liberalen Koalition, der in seinem deutschlandpolitischen Programm ja eine ganz andere langfristige Konzeption zur Deutschen Einheit entwickelt hat, die unter dem selbstgeprägten Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ bekannt geworden ist und die man präziser als „Wandel durch Stabilisierung“ hätte bezeichnen müssen. Die DDR wollte transformiert werden. Hierzu würden, so die Annahme, die regierenden Kommunisten bereit sein, wenn ihre Herrschaft nicht mehr durch den Westen in Frage gestellt und durch Unterstützung aus dem Westen auch wirtschaftlich stabilisiert sein würde. Der europäische Rahmen einer solchen Politik sollte eine Friedensordnung sein, in der ein militärisch entmachtetes Mitteleuropa in seiner Stabilität von den Großmächten garantiert würde, unter langfristigem Wegfall von NATO und Warschauer Pakt. Noch kurz vor der Wiedervereinigung betont Egon Bahr: „NATO und Deutsche Teilung sind Zwillingsgeschwistern“, d. h. die deutsche Einheit ist nicht mit der NATO möglich. Anders war die deutschlandpolitische Perspektive der Bundesregierung. Natürlich musste die Politik der kleinen Schritte fortgeführt werden, aber nicht mit dem Ziel der Stabilisierung des Regimes, sondern mit dem Ziel zunehmender Begegnungsmöglichkeiten für die Menschen in Deutschland. Und gleichzeitig musste die Forderung nach Durchsetzung der Menschenrechte und der Selbstbestimmungen in den Ost-West-Beziehungen

2 KOHL (wie Anm. 1), S. 990–1000, hier S. 996.

immer wieder thematisiert werden. Wir waren überzeugt, dass Freiheit und Selbstbestimmung in der DDR irgendwann zur Wiederherstellung der Deutschen Einheit führen müssen. Von der unglaublichen Beschleunigung dieses Prozesses bis hin zum 3. Oktober 1990 sind wir überrascht worden. Aber die Regierung Kohl hat die damals gegebene Chance entschlossen genutzt.

Ich halte es im Nachhinein immer noch fast für ein Wunder, dass diese Entwicklung, dieser Umbruch, diese Revolution so friedlich verlaufen ist. Man hätte sich auch eine andere Entwicklung vorstellen können: blutig, militärisch, gewalttätig. Wer in dem Zusammenhang die Leistung der deutschen Politik richtig würdigen will, der sollte nicht nur betrachten, was geschehen ist, sondern auch, was an Fehlern vermieden wurde. Es ging um eine maßvolle Steuerung einer von niemandem damals so vorhergesehenen, geradezu irritierenden Entwicklung und es ging auch darum, den damaligen vielen falschen Ratschlägen nicht zu folgen. Es reizt mich, eine journalistische Stimme in diesem Zusammenhang zu zitieren, immerhin den Mitherausgeber der ZEIT, Theo Sommer, vom 22. September 1989, zwei Wochen nach der Öffnung der ungarischen Grenze und eine Woche vor der Ausreisefreiheit der Botschaftsflüchtlinge in Prag. Er schrieb damals, und ich nenne das ein bemerkenswertes Glanzstück journalistischer Fehleinschätzung: „Aufschäumende Emotion ist ein schlechter Ratgeber. Sie trübt den Sinn für die Realitäten. Sie gaukelt Möglichkeiten vor, die sich bei unaufgeregter Betrachtung in nichts auflösen. ... Der Wiedervereinigung sind wir keinen Zoll näher als vor einem Jahr oder vor fünf oder zehn Jahren. ... Die Frage der deutschen Einheit ist nicht ‚heißer denn je‘. Im Gegenteil: Sie steht auf einer der hinteren Herdplatten der Weltpolitik, und es ist kein Feuer unter dem Topf.“³ Es gab damals viele Besserwisser. Ein Jahr später war die Deutsche Einheit geschaffen.

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal zurück zu dem Ausgangspunkt und zitiere Helmut Kohl aus seinen Memoiren mit Blick auf den 3. Oktober 1990. Er sagt, ich finde das ein sehr schönes Bild: „Als wir uns im Herbst 1989 auf den Weg zur Einheit machten, war es wie vor der Durchquerung eines Hochmoors: Wir standen knietief im Wasser, Nebel behinderte die Sicht, und wir wussten nur, dass es irgendwo einen festen Pfad geben musste. Wo er genau verlief, wussten wir nicht. Schritt für Schritt tasteten wir uns vor und kamen schließlich wohlbehalten auf der anderen Seite an. Ohne Gottes Hilfe hätten wir es wohl nicht geschafft.“⁴

3 Theo SOMMER, „Kleine Schritte oder große Luftsprünge. Deutschlandpolitik zwischen Torschlußpanik und Anschluß euphorie – Das Ziel muß bleiben: Wandel ohne Explosion, in: „Die Zeit“ vom 22.9.1989.

4 Helmut KOHL, *Erinnerungen 1990–1994*, München 2007, S. 243.

Reformimpulse in den neunziger Jahren oder: Der Reformler Helmut Kohl. Beobachtungen und Fragen*

Von Hans-Peter Schwarz

Schicken wir eine Begriffsklärung voraus: Was verstehen wir unter Reformen? Welche Typen von Reformen lassen sich unterscheiden? Damit verbinden sich einige Beobachtungen zum Thema Reformen in der Frühzeit und in den mittleren Jahren der Bundesrepublik. Häufig charakterisiert man die bundesdeutsche Gesellschaft als eine lernende Gesellschaft. Wer wollte dem widersprechen! Lernende Gesellschaften sind aber auch Gesellschaften, in denen unablässig Reformen proklamiert oder tatsächlich auf den Weg gebracht werden. Das geht manchmal schneller, manchmal langsamer; bald geben die maßgeblichen politischen Kräfte Gas, manchmal bremsen sie das Tempo ab. Aber irgendwie und irgendwo reformiert wird immer.

Im zweiten Teil skizzieren wir auf dem Hintergrund bundesdeutscher Reformpolitik das reformerische Profil Helmut Kohls in Mainz, in den Jahren als Oppositionsführer und dann als Bundeskanzler von 1982–1990. Stichwort: der Reformler Helmut Kohl.

Dem folgt dann – drittens – der Hauptteil mit den Fragen nach den Reformimpulsen der 1990er Jahre. Kann, darf, muss man diesen Zeitraum so, wie das zeitgenössische Kritiker registrierten und wie es immer noch geschieht, als Jahre des Reformstaus begreifen und somit Helmut Kohl als eine Art zögernden Riesen? Oder war Widersprüchlichkeit das Hauptmerkmal der neunziger Jahre im wiedervereinigten Deutschland, einerseits also tiefgreifende Reformen, andererseits Reformstau? Oder aber – auch für diese dritte Deutung gibt es gute Argumente – war die zweite Hälfte der Ära Kohl nicht sogar eine Epoche tiefgreifender Umgestaltung, deren wahres Ausmaß erst aus heutiger Sicht ins Blickfeld tritt, während sich die seinerzeit schrille Kritik am Reformstau eher mit Oberflächenphänomenen befasst hat? Endgültige Antworten auf diese Fragen sind heute noch nicht möglich. Wir stehen den Vorgängen noch zu nahe und die Forschung kommt erst in Gang. Manches lässt sich aber doch schon deutlich erkennen.

* Auch abgedruckt in: Günter BUCHSTAB/Hans-Otto KLEINMANN/Hanns Jürgen KÜSTERS (Hg.), *Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz*, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 557–578; darin auch die Tagungsbeiträge von 2001 bis 2009.

I.

Zuerst zur Begriffsklärung. Seitdem die Reform-Agenda 2010 ungewöhnlich erbitterten Widerstand ausgelöst hat, scheut die Politik ängstlich davor zurück, ihre Postulate und Projekte mit dem odios gewordenen Begriff Reform zu verbinden. Dies ist eine ganz neue Entwicklung. Tatsächlich ist der Terminus Reform aber seit den Preußischen Reformen der Jahre 1807–1818 im deutschen Sprachgebrauch fast durchgehend positiv besetzt gewesen. Anfänglich wurde eine tiefpflügende Reformpolitik vor allem als Alternative zur Revolution begriffen. So formulierte beispielsweise der Verfasser des Stichworts „Revolution“ im Staats-Lexikon von Rotteck/Welcker, dem Begriffsarsenal des deutschen Frühliberalismus, nach recht gewundenen Formulierungen schließlich den entschiedenen Satz: „Darum lassen sich alle Revolutionen durch zeitgemäß ausreichende Reformen verhindern.“¹ (Ironischerweise erschien der fragliche Band des Staatslexikons ausgerechnet im Revolutionsjahr 1848!) Als Reform galt hier und vielfach auch noch später ein umfassender Umbau der staatlichen Grundordnung, der Verwaltung, der Wirtschaft, der Kirchen und des Bildungswesens – dies aber stets in legalem, gewaltlosem Verfahren.

Mehr und mehr hat es sich dann eingebürgert, umfassend konzipierte, gesetzlich auf den Weg gebrachte Neuordnungen generell als Reformen zu bezeichnen. In der 21. Auflage der 30-bändigen „Brockhaus Enzyklopädie“ von 2005/2006 wird „Reform“ wie folgt definiert: „planmäßige Umgestaltung, Verbesserung, Neuordnung des Bestehenden, bes. (als Gegenbegriff zu Revolution) die gezielte, die Legalität wahrende Umgestaltung politischer und gesellschaftlicher Einrichtungen (u. a. Verfassungs-, Verwaltungs-, Rechts-, Wirtschafts-, Währungs-, Finanz-, Steuer-, Schul- oder Bildungs-Reform). Staatliche Reform-Politik hat i. d. R. das Ziel, ein bestehendes politisches System an veränderte Bedingungen anzupassen.“ Wie ersichtlich, wird hier der grundlegende Gegensatz zur Revolution durchaus noch betont, dies aber verbunden mit dem Hinweis, Reformen in verschiedensten Teilbereichen von Staat und Gesellschaft hätten das Ziel, das politische System (und wir können ergänzen: die gesetzlich normierbare Gesellschaftsordnung generell) an veränderte politische und gesellschaftliche Gegebenheiten anzupassen.

In modernen Gesellschaften verändern sich diese Gegebenheiten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt mit beschleunigtem Tempo. Dabei ist die beschleunigte Veränderung längst nicht mehr nur auf die westliche Zivilisation begrenzt. Tiefgreifende, häufig aber auch urplötzlich hereinbrechende Umbrüche kennzeichnen seit Langem das Weltstaatensystem, die Technik, die Weltwirtschaft

1 *Das Staats-Lexikon. Encyklopädie der sämmtlichen Staatswissenschaften für alle Stände*, hg. von Carl von ROTTECK und Carl WELCKER, neue durchaus verbesserte und vermehrte Aufl., 11. Bd., Altona 1848, S. 550.

und die Kulturen. Der französische Historiker Jules Michelet schrieb schon 1872: „Eine der heute gewichtigsten, aber am wenigsten beachteten Tatsachen ist, daß sich das Zeittempo völlig verändert hat.“² Und als der amerikanische Historiker Henry Adams ein paar Jahrzehnte später versuchte, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandenen Entwicklungen – beispielsweise das voll entwickelte Eisenbahnwesen, den Dampfschiffverkehr, die Telegraphie, die Dynamomaschinen oder die Photographie – zu begreifen, glaubte er erkannt zu haben, dass der modernen Welt ein „Gesetz der Beschleunigung“ mit einem gewaltigen Zustrom neuer Kräfte zugrunde lag.³ Er hatte gewisse Zweifel, ob die wissenschaftliche Erkenntnis oder die politischen Konzepte den chaotischen Veränderungen gewachsen sein würden. Für unsere Tage prognostizierte er: „Wenn der Fortschritt seit 1800 ungeschwächt andauerte, so würde jeder Amerikaner, der das Jahr 2000 erlebte, unbegrenzte Energien beherrschen können. Er würde in komplizierten Kategorien denken können, die einem früheren Geist unvorstellbar waren. Er würde sich mit Fragen beschäftigen, die ganz und gar über den Horizont der vergangenen Gesellschaft hinausgingen.“⁴ Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts haben keine Veranlassung gegeben, diese Erwartungen zu relativieren, und was für die USA vorausgeahnt war, gilt genauso für Deutschland.

Es ist also ratsam, die Analyse der Reformvorhaben und der tatsächlich durchgeführten Reformen in einem bestimmten Zeitraum von vornherein im Verständnishorizont dieser umfassenderen Geschichtstheorie zu begreifen. Unter den Bedingungen permanenter Beschleunigung sind periodische Reformen der Teilbereiche ganz zwingend. Nicht die Reformbedürftigkeit moderner Gesellschaften als solche ist das Problem, ihr kann man sich überhaupt nicht entziehen. Der politische Streit dreht sich meist um die Fragen: In welche Richtung? In welchem Tempo? Wie schnell? Wie verlangsamt? Mit welcher Chance, bewährte und vertraute Elemente der alten Welt am Leben zu halten? Nach Lage der Dinge sind Teilreformen jedenfalls zwingend, und wir finden sie auch ganz selbstverständlich. Unablässig dreht sich der politische Diskurs deshalb um Rentenreform, Gesundheitsreform, Kommunalreform, Steuerreform, Schulreform, Universitätsreform, Agrarreform und ein gutes Dutzend weiterer Reformnotwendigkeiten.

Man darf sich allerdings durch die Semantik nicht täuschen lassen. Vielfach ist von Reformen die Rede, wenn es im Grunde nicht mehr als um Novellierungen grundlegender gesetzlicher Bestimmungen geht. Solange von Reformen, welcher Art auch immer, eher Verbesserungen erwartet wurden als

2 Zitiert nach Gerhard SCHULZ, *Einführung in die Zeitgeschichte*, Darmstadt 1992, S. 42.

3 Henry ADAMS, *Die Erziehung des Henry Adams. Von ihm selbst erzählt*, Zürich 1953 (Originalausgabe 1907), S. 780.

4 EBD. S. 778.

Wohlfahrtsverluste, tendierten die Parteien jeder Couleur dazu, die ihnen jeweils wünschenswert erscheinenden oder politisch gerade noch möglichen Gesetzgebungen ihren Anhängern und potentiellen Wählern als große Reformwerke zu verkaufen. Was von den alle vier oder sechs oder acht Jahre vollzogenen Veränderungen wirklich Reform genannt werden kann, was bloß Fortschreibung war, lässt sich erst aus einigem Abstand bewerten.

Umgekehrt werden weitreichende Reformen häufig überhaupt nicht als Reform bezeichnet. Ein Beispiel dafür in der Geschichte der Bundesrepublik waren in den fünfziger Jahren die Gesetzgebungen über den Lastenausgleich, die Wohnungsbaupolitik oder die Kartellgesetzgebung. Der Historiker darf die Analyse von Reformen also nicht nur auf Gesetzgebungen beziehen, die unter der Bezeichnung Reformgesetze segeln. Man muss schon die Gesamtheit der Gesetze einer oder mehrerer Legislaturperioden ins Auge fassen, um dann aus dem Abstand von zehn, zwanzig oder dreißig Jahren zu konstatieren: Dies war eine weitreichende Reform, dies nur eine mehr oder weniger stark veränderte Fortschreibung bestehender Systeme. Ob solche Reformen aus größerem Abstand als geglückt oder missglückt zu bezeichnen sind, ist wieder eine andere Frage.

Erforderlich ist somit eine Typologie von Reformen. Möchte man allein die Reichweite reformerischer Veränderungen erfassen, so ist zwischen drei Typen von Reformen unterscheiden. Am weitreichendsten sind – erstens – Reformen des Gesamtsystems, bei denen die politischen Institutionen, die Wirtschaft, die Sozialsysteme und die Gesellschaft in der Breite und in der Tiefe stark verändert werden: Nennen wir sie Reformen vom Typ I. Ein weiterer Typ – Reformen vom Typ II – ist die fundamentale Neugestaltung bloß eines klar identifizierbaren Teilsystems. Schließlich beobachtet man häufig Gesetzgebungen in Teilsystemen, die als Reformen bezeichnet werden, ohne aber wirklich grundlegend Neues zu bewirken. Sie sind nicht mehr als korrigierte Fortschreibungen. Doch auch korrigierte Fortschreibungen vom Typ III sind wichtig. Sie beschäftigen den Parteienstreit oft intensiver als Reformen des Typs II, die häufig ohne viel Streit durchgewinkt werden und erst im Lauf der Zeit starke Wirkung entfalten.

Wie vollziehen sich Reformen eines Gesamtsystems? Reformen spielen sich immer im Rahmen verfassungsmäßiger, rationaler Gesetzgebung ab. Spezifische Gesetzgebung bezieht sich notwendigerweise auf Teilbereiche. Bei Reformen vom Typ I ist somit eine größere oder geringere Zahl von Teilbereichen umzugestalten. Die Reform eines Gesamtsystems erfolgt also im Nebeneinander, Miteinander oder Nacheinander der Reformen von Teilsystemen.

Veranschaulichen wir das an einem Beispiel. Heute ist sich die Geschichtswissenschaft weitgehend darüber einig, dass jene Epoche von 1948 bis in die frühen sechziger Jahre, die man als Ära Adenauer bezeichnet, in der Tat ein neues Gesamtsystem heraufgeführt hat – neu, auf dem Hintergrund von Poli-

tik, Wirtschaft und Gesellschaft des nationalsozialistischen Deutschlands und der Militärherrschaft in den ersten Besatzungsjahren, völlig neu, aber auch bezüglich der weiteren Dimensionen vorangegangener Nationalgeschichte.

Die Wirtschafts- und Sozialordnung, die bald als Soziale Marktwirtschaft bezeichnet wurde, begann noch vor Gründung der Bundesrepublik mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948. Seit der Währungsreform war Reform wiederum ein eminent positiv besetzter Begriff. So kann es nicht erstaunen, dass in der Ära Adenauer die Neigung bestand, größere sozialpolitische Maßnahmen vollmundig als Reformen anzukündigen. In der Regierungserklärung vom Oktober 1953 wurde beispielsweise eine „umfassende Sozialreform“ in Aussicht gestellt⁵. Ein später beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung angesiedeltes „Generalsekretariat für die Sozialreform“ sollte die Arbeiten voranbringen. Die Gesamtreform versandete zwar, führte aber im Jahr 1957 mit der Rentenreform durch Einführung der dynamischen Rente zu einer weitreichenden Teilreform.⁶ Für andere Reformprojekte – etwa die Lastenausgleichsgesetzgebung, die Kartellgesetzgebung oder der „Grüne Plan“ – setzte sich der explizite Terminus Reformen nicht durch, obgleich es sich offenkundig um tiefgreifende Reformen handelte. Adenauer wollte die Reformpolitik der fünfziger Jahre auch mit einer umfassenden Gesundheitsreform krönen, ist aber daran gescheitert wie alle seine Nachfolger. Jedenfalls lässt sich die Frühgeschichte der Bundesrepublik als Reformepoche des Typs I kennzeichnen. Da diese Reformen in eine Phase einmaligen Wirtschaftswachstums fielen, blieb der Begriff „Reformen“ weiterhin positiv besetzt. Reformen, so sahen es die Bürger, brachten Sicherheit, Stabilität, Verstetigung des Wohlstands und eine gewisse Zufriedenheit.

Benennen wir nun auch einige Beispiele von Reformen des Typs II, also tiefgreifende Veränderungen bestimmter Teilbereiche. Selbstverständlich wird die Frage im Einzelnen häufig kontroversiell beurteilt werden, ob man es mit einer fundamentalen Reform von Teilbereichen zu tun hat oder ob das, was als

5 Siehe Hans Günter HOCKERTS, *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957*, Stuttgart 1980, S. 242–299.

6 Zusammenfassend siehe *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 3: *Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1957. Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität*, bearb. von Günther SCHULZ, Baden-Baden 2005; Johannes FRERICH/Martin FREY, *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*. Bd. 3: *Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Herstellung der Deutschen Einheit*, München 1993, S. 46–49. Zur Bedeutung der fünfziger Jahre in der gesamten sozialstaatlichen Entwicklung siehe Lutz LEISERING, *Der deutsche Nachkriegssozialstaat – Entfaltung und Krise eines zentristischen Sozialstaatsmodells*, in: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren*, Köln 2008, S. 423–443, und Manfred G. SCHMIDT, *Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*, Wiesbaden 2005.

grundlegendes Reformprojekt angekündigt ist, nur eine Reform des Typs III ist, also die bloße Anpassung bereits bestehender Strukturen an neue Bedingungen. In den sechziger Jahren hat die Politik vor allem Teilbereiche grundlegend zu reformieren versucht.

Zu Beginn der sechziger Jahre war das Gesamtsystem mehr oder weniger runderneuert – mehr nach Meinung der CDU, weniger nach Meinung der oppositionellen SPD oder der Linken in der CDU. „Die versäumte Reform“, lautete der Titel einer kritischen Bestandsaufnahme des Berliner Politologen Otto Heinrich von der Gablentz aus dem Jahr 1960.⁷ Weithin geboten schien jedenfalls die gründliche Reform in Teilbereichen, etwa: Gebietsreform, Universitätsreform, Schulreformen. Aus größerem Abstand lässt sich erkennen, dass über die Notwendigkeit solcher Teilreformen vielfach ein überparteilicher Konsens bestand. Es trifft auch nicht zu, dass sich in den sechziger Jahren auf Seiten der CDU generelle Reformabstinenz ausgebreitet hätte. Besonders die Gebietsreform erschien vorrangig. Desgleichen war die Bildungsreform ein Hauptziel maßgeblicher CDU-Politiker im Bund und in den Ländern – dies bereits einige Jahre bevor die Studentenbewegung die Themen Universitätsreform und Schulreform in den Mittelpunkt ihrer Agitation rückte.

Doch für die späten sechziger und die frühen siebziger Jahre ist es sicher richtig, dass nun in erster Linie Sozialdemokraten und Linksliberale viele ihrer Forderungen nachdrücklich als Reformen postuliert und durchgesetzt haben. Unter Bundeskanzler Willy Brandt ist die sozial-liberale Koalition mit dem Pathos aufgetreten, die Bundesrepublik in allen ihren Teilen nochmals rundzuerneuern – Stichworte: Demokratisierung und Partizipation. Dass demgegenüber die Ära Adenauer mit der Behauptung „versäumte Reformen“ als reformfaul disqualifiziert wurde, entsprach der Logik politischer Auseinandersetzung. Jugendbewegungen und neue Koalitionen verzichteten selten darauf, das Werk der Vorgänger als restaurativ, wenn nicht gar reaktionär zu brandmarken. Das gehört zum politischen Geschäft.

Aber die propagierte Fundamentalreform von Politik und Gesellschaft blieb doch weitgehend Programm. Analysiert man rückblickend, was tatsächlich verändert worden ist, so entdeckt man in erster Linie Teilreformen der Typen II und III: Justizreform, Reform des § 218, Schulreformen, Universitätsreform, innerbetriebliche Mitbestimmung (auch sie ein Reformziel, ohne dass dies explizit mit dem Reformbegriff verbunden war). Dass sich damit Vorstellungen wie Demokratisierung, anti-autoritäre Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, Ausdehnung des Gewerkschaftseinflusses verbunden haben, braucht nicht eigens unterstrichen zu werden. Diese Teilreformen haben zwar keine grundlegende Umgestaltung von Politik und Gesellschaft erbracht. Die Be-

7 Otto Heinrich von der GABLENTZ, *Die versäumte Reform. Zur Kritik der westdeutschen Politik*, Köln 1960.

hauptung von einer „Umgründung“ der Bundesrepublik in den frühen siebziger Jahren steht auf wackeligen Füßen. Aber dass diese Reformen des Typs II weitreichende Auswirkungen hatten – auf das Familienleben, auf die Einstellung zur Arbeitswelt, zum Staat, zur Technik, auch auf die *life styles* – bedarf keiner Unterstreichung. In den siebziger Jahren war die plakative Reformpolitik alles in allem also vorwiegend Mitte-links und weit links angesiedelt. CDU und CSU, nach dem Auslaufen der sozial-liberalen Reformimpulse seit Mitte der siebziger Jahre verschwiegener auch die FDP, waren doch stark defensiv, und dies mit gutem Grund.

Hat die Union damals primär reaktiv reagiert? Teilweise ja, aber eben nur teilweise und auch nicht lange. Denn sie besaß durchaus starke reformerische Gruppierungen, besonders unter den Jüngeren, als deren Anführer sich zusehends Helmut Kohl profilierte, erst als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und seit 1973 als Vorsitzender der Bundespartei.

II.

Innerparteilich hat sich Helmut Kohl nicht als Vorkämpfer der Konservativen durchgesetzt, sondern an der Spitze des Reformflügels. Anfang 1947, im Alter von 16 Jahren, war er der CDU beigetreten. Wenn es seither irgendeinen aus dem Nachwuchs gab, der sich erst mit der Runderneuerung der Bundesrepublik durch die Adenauer-CDU und danach mit den Reformimpulsen in der CDU der sechziger Jahre identifiziert hat, so war dies Helmut Kohl. Runderneuerung des westlichen Deutschland: Das war einerseits die Etablierung der parlamentarischen Demokratie im Bund und in den Ländern in Gestalt einer Parteiendemokratie, es war die Modernisierung durch die Marktwirtschaft, für die Ludwig Erhard stand, es war die technische Modernisierung, die Modernisierung der Infrastruktur, Modernisierung auch in Gestalt der Westbindung durch Verflechtung mit Westeuropa und der atlantischen Welt, es war aber andererseits zugleich der Aufbau und Ausbau eines modernen Sozialstaates. Die Programmatik der Sozialen Marktwirtschaft stand für beides: für die Dynamik der Marktwirtschaft und für die Sicherungssysteme des Sozialstaats. Auch der Begriff Westbindung stand für zwei komplementäre Grundorientierungen: für die europäische Integration und für die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Demokratien diesseits und jenseits des Nordatlantik.

Im Frühjahr 1966 wurde Helmut Kohl, damals ein jüngerer Mann von erst 36 Jahren, zum Landesvorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz gewählt, drei Jahre später zum Ministerpräsidenten. Rheinland-Pfalz war eines der kleineren Länder, bisher auch nicht durch besonderen Reformwillen der dortigen CDU ausgezeichnet. Innerhalb weniger Jahre gelang es Kohl, die behäbige Honoratiorenpartei zur recht dynamischen Mitgliederpartei umzumodeln. Er bekundete zugleich den Ehrgeiz, aus dem vergleichsweise kleinen, in manchen Lan-

desteilen etwas zurückgebliebenen Rheinland-Pfalz durch Verwaltungsreform, zeitgemäße Landwirtschaftspolitik, Schulreform, Neugründung von Universitäten, Infrastrukturreform, moderne Gesundheitspolitik, moderne Frauenpolitik und fortschrittliche Sozialpolitik eine Art Musterland reformerischer CDU-Politik zu machen. Als er 1976 das Amt des Ministerpräsidenten in Mainz verließ, um an die Spitze der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu treten, wurde sein Erfolgskonzept von dem Nachfolger Bernhard Vogel mit den Worten charakterisiert: „Nach zwanzig Jahren CDU-Regierung wechselt die Wählerschaft entweder zur SPD oder die CDU erneuert sich so, daß der Wunsch nach dem Wechsel übersprungen wird.“⁸

Auch das als „geistig-moralische Wende“ viel verspottete Umsteuern, für das er später nach der Wahl zum Bundeskanzler plädierte, war alles andere als eine verkappt konservative Programmatik. Zwischen 1978 und 1989 tat der von ihm eingesetzte und lange gehaltene Heiner Geißler im Amt des Generalsekretärs der CDU sein Bestes, die CDU programmatisch und gesetzgeberisch als eine soziale, familienpolitisch bemühte, gemäßigt feministische und bereits wertkonservativ ökologische Reformpartei umzuorientieren.

Als Kohl 1976 auch an die Spitze der CDU/CSU-Fraktion trat, stieß er allerdings auf Landesverbände und eine Gruppe von Spitzenpolitikern, die sich nicht in erster Linie – so wie er – als Reformers definierten, vielmehr eher defensiv bemüht waren, die Verformung der bundesdeutschen Gesellschaft durch die Sozialdemokratie und das, was man etwas unscharf die 68er Bewegung nannte, zu verhindern. Ohnehin gehört es zum Schicksal jeder Opposition, nicht gestalten zu können, vielmehr mit experimenteller Programmatik, taktisch wendig, je nach Lage pragmatisch oder konfrontativ und mit ungewisser Hoffnung auf durchschlagenden Erfolg gegen die Regierung anzukämpfen. So ist der in Rheinland-Pfalz noch strahlende, auch ungestüme Reformers Helmut Kohl bei der Wüstenwanderung in der Oppositionszeit und dann auch, als er sich in den ersten Jahren als Bundeskanzler in die neue Rolle einzuarbeiten hatte, zwar nicht zum Status quo-Politiker geworden, aber der Reformers, der er immer noch war, wurde pragmatischer, vorsichtiger. Er bequeme sich dazu, das Spiel auf längere Sicht anzulegen und entschied sich dafür, die Reformimpulse vor allem durch die Partei vorbereiten und propagieren zu lassen.

Will man Helmut Kohls Rolle als Reformers in den Jahren der Oppositionszeit, doch auch in den ersten beiden Legislaturperioden seiner Kanzlerschaft zutreffend einordnen, sollte man allerdings den Blick über die bundesdeutsche Szenerie hinauslenken. Hier sei daran erinnert, was eingangs zum „Gesetz der Beschleunigung“ angedeutet wurde. Vereinfacht formuliert, ließen sich in den siebziger und achtziger Jahren im gesamten Bereich der westlichen Gesellschaften zwei grundlegende Tendenzen erkennen, denen sich die Bundesrepu-

8 FAZ vom 1.12.1976: Knut BARREY, „Was Kohl für Rheinland-Pfalz war“.

blik nicht entziehen konnte und die bis heute nachwirken. Die erste dieser Strömungen, die Amerika, England, teilweise auch Frankreich erfasste, war die Theorie und Praxis des Neo-Liberalismus, die zweite die ökologische Bewegung.

In den siebziger Jahren waren die in großen Teilen der westlichen Welt praktizierten Konzepte eines sozial unterfütterten Kapitalismus an ihre Grenzen gestoßen: Grenzen der Wirksamkeit, Grenzen der Finanzierbarkeit, Grenzen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit – auch Grenzen der Akzeptanz beim Mittelstand. Die Folge war ein politischer Paradigmenwechsel. Von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren hatten politische Reformer im Aufbau und Ausbau sozialer Sicherungssysteme eine ihrer wichtigsten Aufgaben gesehen. Das galt für England, wo die Konservativen die Sozialpolitik Labours grosso modo übernommen hatten, es galt für Frankreich, es galt auch für die Vereinigten Staaten, die unter Präsident Johnson mit der „Great Society“ sozialstaatliche Programme einführten, die in vielem mit parallelen Entwicklungen im westlichen Europa vergleichbar waren.

Seit den frühen siebziger Jahren, verstärkt seit Ende der siebziger Jahre, setzte dann in den USA, in Frankreich, in Großbritannien, in Deutschland, auch in fernen, aber zur Reform genötigten Ländern wie Neuseeland und Australien eine Renaissance des Neo-Liberalismus ein, der sich – wenngleich in anderer Form – schon den späten vierziger und den fünfziger Jahren als eine der wichtigsten Tendenzen etabliert gehabt hatte. Ein Hauptgrund dafür war die Beobachtung, dass die Sozialpolitik und die „managed economy“ an ihren Grenzen angelangt war: Grenzen der Wirksamkeit, Grenzen der Finanzierbarkeit, Grenzen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit – auch Grenzen der Akzeptanz beim Mittelstand und den Leistungsträgern. Gleichzeitig führte ein neuer Schub von Technologien im Kommunikations- und Informationsbereich zu einer neuen Phase des Kapitalismus mit großen Wachstumspotentialen. In den USA setzten sich nun zwischen 1980 bis 1992 die Wirtschaftskonzepte der Rechtsrepublikaner durch (Stichwort: Reaganomics), in England zwischen 1979 und 1998 die radikalliberalen Konservativen. Bekanntlich hat der moderne Kapitalismus seit den späten achtziger Jahren auch die ehemals kommunistischen Länder erfasst: China, den Ostblock, selbst Südostasien mit Vietnam und Indien.

Reform hieß nach den Vorstellungen der Thatcheristen, der Republikaner, später auch der Reformdemokraten nach Art Clintons: Befürwortung der globalen Allokation des Kapitals, Standortpflege der eigenen Wirtschaftsgesellschaft durch Schaffung günstiger Bedingungen für den globalen Wettbewerb, planmäßige Verflechtung der Märkte – jedenfalls dort, wo dies von Vorteil für das eigene Land erschien –, Einebnung nationaler und ethnischer Besonderheiten, Privatisierung vieler öffentlicher Dienstleistungen, Herausbildung einer internationalen Oberschicht von Wirtschaftsmanagern und Ermöglichung

neuen Wachstums durch planmäßige Herstellung globalisierter Märkte. In der Rückschau hat Ralf Dahrendorf die Überwindung von Stagflation und sozialer Erstarrung, aus der auch eine Stimmung des westlichen Niedergangs resultierte, mit den Worten charakterisiert: „Globalisierung hieß Befreiung von der Unbeweglichkeit der mittlerweile fast vergessenen 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts.“⁹

Helmut Kohl indessen passte diese ganze Richtung nicht. Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik, so konnte er mit gutem Grund argumentieren, war nicht so tief in die Krise gerutscht wie die USA oder das England der siebziger Jahre. Eine Gewaltkur schien deshalb nicht nötig. Die Lage gebot, erlaubte aber auch pragmatische Verbesserungen gemäß dem Rat des kauzigen, aber zugleich gescheiterten Göttinger Professors Lichtenberg: „Man reiße nicht gleich ein Gebäude ein, das etwas unbequem ist, und stecke sich dadurch in größere Unbequemlichkeiten. Man mache kleine Verbesserungen.“¹⁰ Ohnehin bestärkten ihn die heftigen Widerstände der SPD, der Grünen und aus dem linksintellektuellen Lager in seiner inzwischen gereiften Philosophie, es bei der Reform nicht allzu forsch angehen zu lassen. Die Bundesrepublik war etwas größer und komplizierter als Rheinland-Pfalz und die Mehrheiten wackeliger. Natürlich hat die sozialdemokratische Opposition ihr Bestes getan, seine Wirtschafts- und Sozialpolitik in die Nähe Ronald Reagans und Margaret Thatchers zu rücken, um sie dann als marktradiel zu verurteilen.

Tatsächlich hat sich der Bundeskanzler und CDU-Führer Helmut Kohl, dabei auf eine Mehrheit in der CDU gestützt, mit großem Nachdruck vom angelsächsischen Wirtschafts- und Sozialmodell abgegrenzt. Er hasste den Thatcherismus. Das Großkapital und die Manager der internationalen Konzerne waren ihm verdächtig. Die Überbürdung des Wohlfahrtsstaats in den Jahren Willy Brandts und Helmut Schmidts erweckte gewiss auch bei ihm Bedenken. Sein eigenes Konzept einer Politik der Mitte beinhaltete aber ein bloß moderates Umsteuern: Rückführung der „Staatsquote“, Kappung bloß der unfinanzierbaren Auswüchse der Sozialpolitik und Gesundheitspolitik bei gleichzeitigem Festhalten an ihren Errungenschaften, wenn nicht noch Ausdehnung in bestimmten Bereichen (Einbeziehung eines „Erziehungsjahrs“ ins Rentenrecht; Anhebung des Kinderfreibetrags); moderates Umsteuern bei den Renten (Krankenversicherungsbeitrag für Rentner), Zurückdrängung der Gewerkschaftsmacht (erinnert sei an die Auseinandersetzungen um den § 116 AFG), Privatisierung dort, wo das zwingend erschien (Postdienste, Bundesbahn), An-

9 Ralf DAHRENDORF, *Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21. Jahrhundert*, München 2003, S. 30.

10 Georg Christoph LICHTENBERG, *Aphorismen*, hg. von May RYCHNER, Zürich 1958, S. 508.

gebotspolitik – aber mit Maß und Ziel. Später hat man diesbezüglich vom Konzept des „Rheinischen Kapitalismus“ gesprochen.

Mit der Formel „Politik der Mitte“ suchte Helmut Kohl auch die gleichfalls in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren aufkommende Reformbewegung der Grünen, die rasch auf die SPD übergriff, gewissermaßen zu domestizieren. In den USA, der bundesdeutschen Vorbildgesellschaft, war fast gleichzeitig mit dem Neo-Liberalismus eine teilweise gegenläufige Reformbewegungen aufgetreten mit starker Ausstrahlung auf die Bundesrepublik. Deren eine war der eben skizzierte Neo-Liberalismus, deren andere die „grüne“ Bewegung, die sich der Reinhaltung der Gewässer und der Luft, dem Kampf gegen die Vergeudung der natürlichen Ressourcen, der Verhinderung von Landschaftszerstörung und Verkehrslärm, dem Schutz der Tropenwälder, der Skepsis gegen Kernkraft, später der Bekämpfung des globalen Klimawandels verschrieben hatte. Zwar ließ sich der Abgeordnete Gruhl nicht in der CDU halten, aber dass die CDU Kohls, Geißlers, Wallmanns, Töpfers die Thematik aufzugreifen und – gleichfalls moderat – umzusetzen suchte, ist unbestreitbar. Das hat uns bei einer früheren Tagung mit dem Thema „Die Ära Kohl im Gespräch“ ausführlich beschäftigt.¹¹

So ließen die ersten acht Jahre Helmut Kohls eine moderate Anverwandlung heterogener Reformimpulse erkennen. In Gestalt erst des Liberalen Kurt Biedenkopf, dann von Heiner Geißler, Norbert Blüm, Helga Wex, später von Rita Süßmuth, besaß die CDU einen Reformflügel, der in manchem zwar über das hinausgehen wollte, was Kohl für vernünftig, nicht zuletzt den Wählern und auch der Wirtschaft für zumutbar hielt. Wie stark er sich dieser Strömung aber doch verbunden wusste, zeigt die Tatsache, dass er Norbert Blüm die gesamten 16 Jahre der Kanzlerschaft hindurch auf seiner Schlüsselposition im Kabinett beließ, während Geißler immerhin elf Jahre lang im Amt des Generalsekretärs der CDU schalten und walten durfte, wenngleich periodisch gebremst und zu guter Letzt entlassen. Zwischen 1978 und 1989 tat Geißler jedenfalls sein Bestes, die CDU programmatisch als eine ausgeprägt soziale, familienpolitisch sensible, mild feministische und auch schon ökologisch reformerische Partei der linken Mitte zu platzieren.

Dass die Reformimpulse des Bundeskanzlers natürlich von den gegnerischen Parteien oder engagierten Befürwortern weitergehender Reformen als halbherzig, unausgegoren und wenig wirkungsvoll kritisiert wurden, kann niemanden erstaunen. Der moderate Reformier Helmut Kohl, der er damals war, konnte es niemandem recht machen. Einer derer, die ihn einerseits bewunderten, andererseits sein Zögern beim Reformieren der Sozialpolitik immer wieder beklagten, war der Publizist Johannes Gross. Als er von der Warte der

11 „Die Ära Kohl im Gespräch: VI. Umweltpolitik“, in: Historisch-Politische Mitteilungen 13 (2006), S. 151–209.

neunziger Jahre zurückblickte, meinte er desillusioniert: „So ist es trotz der Annonce von der Wende bei der Kontinuität geblieben, die auch den Generalbaß aller vorausgegangenen Regierungswechsel gebildet hatte. Umschwünge wie von Carter zu Reagan, von Giscard zu Mitterrand oder Labour zu Frau Thatcher, das ist nichts für Deutschland. Kontinuität und Stabilität – die Schlüsselwörter gelten einer inneren Verfassung, die soviel Marktwirtschaft wie nötig und soviel Wohlfahrtsstaat wie möglich als Prinzip einstellt.“ Es habe nur die „notwendigen Adjustierungen des Sozialstaats und seine nicht unabdingbar notwendigen Ausbauten gegeben ...“.¹²

Man könnte solchen und anderen Bewertungen in Bezug auf den Sozialstaat vergleichbare Äußerungen vonseiten grüner Autoren zur Umweltpolitik Helmut Kohls zur Seite stellen. Auch hier verfuhr der Bundeskanzler nach dem Grundsatz: soviel Ökologie wie nötig (Errichtung eines Umweltministeriums nach der Katastrophe von Tschernobyl, Einführung des Katalysators, Gewässerschutz usw.), aber auch soviel Wachstum wie möglich. Das Programm „Politik der Mitte“ vermag bei so oder anders Engagierten keine Begeisterung zu wecken, kennzeichnet aber hervorragend Kohls Grundeinstellung zum ständigen Reformbedarf moderner Gesellschaften.

III.

Damit ist unser geraffter Überblick am Beginn der neunziger Jahren angelangt, und die Frage unseres Symposions ist nun aufzugreifen: Hat die zweite lange Phase der Amtszeit Helmut Kohls acht lange Jahre des Reformstaus beinhaltet, wie das häufig gesehen wird? Oder ist in Bezug auf diese Periode ein Paradigmenwechsel geboten? Müsste man beim Rückblick aus dem Abstand von heute immerhin schon 10, 15 oder 20 Jahren nicht eher die Feststellung treffen, dass gerade in der zweiten Halbzeit der Ära Kohl in Deutschland Reformen von großer Tragweite in Gang gekommen sind?

Schicken wir das Wichtigste voraus. In den acht Jahren von 1990 bis 1998 hat der zwischen 1982 und 1989 eher behutsame Reformler Helmut Kohl zwei Fundamentalreformen vom Typ I auf den Weg gesetzt und weit vorangebracht, deren Fernwirkungen bis zum heutigen Tag anhalten. Die erste dieser Reformen war die tiefgreifende Umgestaltung der am 3. Oktober 1990 beigetretenen neuen Länder, so dass ihre faktische Integration in das Verfassungs- und Gesellschaftssystem unumkehrbar wurde. Die zweite dieser Reformen ist mit der abschließenden Vollendung des Großen Binnenmarkts zum 31. Dezember 1991, mit den Verträgen von Maastricht, dann von Amsterdam und schließlich mit dem Eintritt in die 3. Phase der Wirtschafts- und Währungsunion vollzogen worden. Helmut Kohl hat die Bundesrepublik damit in ein dicht verfügtes

¹² Johannes GROSS, *Begründung der Berliner Republik*, Stuttgart 1995, S. 78.

Mehrebenen-System der Europäischen Union eingebracht. Damit wurde nicht nur die EU in ihren heutigen Strukturen geschaffen. Zugleich damit sind in Deutschland selbst fundamentale Veränderungen in vielen Dimensionen ausgelöst worden, von deren Tragweite sich die Öffentlichkeit immer noch keine klaren Vorstellungen macht. Zudem sind aber auch gewichtige Reformen von Teilbereichen erfolgt, von denen im Folgenden auf die Postreform, die Bahnreform und die Pflegereform einzugehen ist.

Dass daneben manches unerledigt oder stecken blieb, wodurch Kohls Ruf als Reformler lädiert wurde, ist auch aus heutiger Sicht evident. Aber im Großen und Ganzen hat er in der zweiten Hälfte seiner 16 Kanzlerjahre mehr an langfristigen Veränderungen durchgesetzt als in den Jahren 1982 bis 1989.

Viele der Ökonomen und Publizisten, die damals das Ausbleiben kräftiger Impulse zur Reform des überbürdeten Sozialstaats beklagten oder steuerliche Entlastungen anmahnten, haben den „Reformstau“ in starkem Maß als Folge der politischen und finanziellen Belastungen durch die Herstellung der inneren Einheit begriffen. Heute, da die Aufgabe weitgehend gelöst ist, wundert man sich im Nachhinein eher darüber, wie die Bonner Republik der Jahre 1990 bis 1998 völlig ohne Vorbereitung und natürlich von der Opposition und aus den ihr gewogenen Medien, wie es sich gehört, kritisiert, mit einem ziemlich beispiellosen Elan den Umbruch in den neuen Ländern improvisiert hat.

Kritiker haben zwar unablässig beklagt, dass der nicht reformierte bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat zusammen mit vielen anderen bürokratischen Regelungen den neuen Ländern übergestülpt wurde. Tatsächlich aber war die faktische Integration der neuen Länder in die politische Ordnung und in die Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, Verkehrs- und Kultursysteme der „alten Bundesrepublik“ eine beispiellose Reformleistung. Analytiker, die das anerkannten, haben dies als eine „nachholende Modernisierung“ bezeichnet. Ostdeutschland, so hat einer von ihnen konstatiert, habe nach dem sozialistischen Umweg „im Schnellschritt“ den Weg in die moderne Gesellschaft zurückgelegt.¹³ Die großen Härten dieser Umstellung wurden durch volle Einbeziehung in die bewährten westdeutschen Sozialsysteme aufgefangen. Der Umbau der bankrotten DDR ist ohne Destabilisierung der deutschen Demokratie gelungen, wenn auch nicht ohne Malaise in den neuen Ländern. Zur gleichen Zeit,

13 Zit. nach Klaus SCHROEDER, *Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, München 2006, S. 574. Der Begriff „nachholende Modernisierung“ findet sich im Titel eines Aufsatzes von Rainer GEIBLER, *Nachholende Modernisierung mit Widersprüchen – eine Vereinigungsbilanz aus modernisierungstheoretischer Perspektive*, in: Heinz-Herbert NOLL/Roland HABICH (Hg.), *Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland*, Frankfurt/M. 2000, S. 37–62. Neben der bislang maßgeblichen Studie von Klaus Schroeder siehe auch Jürgen WEBER (Hg.), *Illusionen, Realitäten, Erfolge. Zwischenbilanz zur deutschen Einheit*, München 2006.

als in den „alten“ Ländern vielfach der Eindruck von Stillstand und von Reformstau vorherrschte, führten Bundesregierung und Deutscher Bundestag zusammen mit den Länderregierungen und Landtagen in den „neuen“ Ländern eine Fundamentalreform des Typs I durch. So wie einstmals in den fünfziger Jahren die frühe Bundesrepublik durch eine Vielzahl von Teilreformen insgesamt runderneuert worden ist, wurden in den neunziger Jahren die beigetretenen Länder einem radikalen Reformprozess unterworfen. Objektiv gesehen, erst recht aber aus der Perspektive der Teilnehmer und der Betroffenen, wurden die Veränderungen als eine Art Revolutionierung der wichtigsten Strukturen und der gesamten Lebensverhältnisse verstanden. So revolutionär diese Umgestaltung auch war, so eindeutig war dies eine Fundamentalreform, die streng gesetzlich, öffentlich kontrolliert, somit auch partiell korrigierbar verlief. Der östliche Teil des wiedervereinigten Deutschlands wurde radikal reformiert, ohne dass dies die Deutschen in den westlichen Ländern so recht zur Kenntnis nahmen. Nur die dabei anfallende Steuerlast und die Belastung der Sozialbeiträge sowie unablässige Klagen in den Medien erinnerten daran, dass im östlichen Deutschland alles von Grund auf neugestaltet wurde.

Dass die Improvisation nicht ohne eine Vielzahl von Fehlern ablaufen konnte, versteht sich von selbst. So war beispielsweise das jahrelange Tauziehen um den „Soli“ mit seinem Rin-in-die-Kartoffeln, Raus-aus-die-Kartoffeln, dann wieder Rin-in-die-Kartoffeln und erneut halb Raus-aus-die-Kartoffeln geradezu ein Musterbeispiel für die von Popper gerühmte Methode von Trial-and-Error. Doch so vollzieht sich eben demokratische Politik unter den Bedingungen von Koalitionen, Parteienwettbewerb, Medienkritik und Verbandsmacht. Trotz alledem wird die künftige Forschung doch zu fragen haben, ob der „Aufbau Ost“ in allen seinen Dimensionen nicht als eine der wichtigsten Reformleistungen der Regierung Kohl begriffen und auch einmal unter diesem Aspekt dargestellt werden sollte. Selbst wenn Helmut Kohl an Reformen in den neunziger Jahren nicht mehr vorzuweisen hätte als die alles in allem politisch und ökonomisch, wenn auch lange Zeit nicht durchweg psychologisch gelungene Integration völlig heterogener fünf Länder in die Bundesrepublik, dies zusammen mit dem von Miserabilität nicht freien Stadtstaat Berlin, wäre das für acht Jahre eine hinlängliche Menge an Reformleistungen.

Wie bei allen Reformen ist auch hier zu fragen, ob man diese Reform primär dem Bundeskanzler zuschreiben kann. Doch es ist und bleibt eine Tatsache, dass tiefgreifende Reformen nun einmal den Persönlichkeiten an der Spitze der politischen Machtpyramiden zugeschrieben werden, von denen die Impulse ausgehen, die dafür auch dementsprechend kritisiert werden, weil sie im Positiven wie im Negativen die letzte Verantwortung zu tragen haben. So identifizieren wir die „neue Ostpolitik“ mit Willy Brandt, die Konstruktion des EWS mit Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing oder die Agenda 2010 mit Gerhard Schröder. Selbstverständlich zeigt jede Analyse der Entscheidungsprozesse,

dass neben den Spitzenchargen immer auch viele andere beteiligt sind und im Einzelnen die Ergebnisse mit strukturieren und implementieren: zuständige Bundesminister und hohe Beamte, die Ministerpräsidenten und Kabinette der Länder, die maßgeblichen Akteure in den Kommunen usw. Aber die entscheidenden Impulse für die Reformstrategien, für die budgetären Prioritäten, auch für die Einsetzung des Spitzenpersonals und für die politische Absicherung des Aufbaus Ost sind von dem Bundeskanzler ausgegangen.

Die umfassende Neugestaltung harrt noch der Historiker, die sie so facettenreich darzustellen haben werden, wie dies ein derart komplizierter Reformvorgang verdient. Presseberichte, verfügbare interne Quellen und die Befragungen von Zeitzeugen lassen aber bereits erkennen, dass Helmut Kohl dieser Aufgabe zeitliche, gesetzgeberische und budgetäre Priorität eingeräumt hat. Aus den dramatischen Jahren des Aufbaus Ost bleiben manche Persönlichkeiten in Erinnerung. Der gewichtigste dieser Reformer war aber zweifellos Helmut Kohl. Er hat in der Umgestaltung der neuen Länder nicht nur eine erstrangige politische Aufgabe gesehen, die gelingen musste, aber auch scheitern konnte. Sie war ihm nach dem Bekunden aller, die ihn dabei beobachtet haben, eine Herzensangelegenheit.

Wenden wir uns der zweiten Fundamentalreform der neunziger Jahre zu, dem Aufbau Europas und, damit verbunden, der Europäisierung des wiedervereinigten Deutschlands.¹⁴ Eingangs war zu erwähnen, dass manche Reformen nicht als solche bezeichnet und diskutiert werden, weil es die öffentliche Diskussion versäumt hat, die entsprechende Gesetzgebung explizit mit dem Begriff Reform zu kennzeichnen. So ist es Helmut Kohl bisher mit seinen europapolitischen Reformimpulsen ergangen, die Deutschland und Europa noch sehr viel tiefgreifender umgestaltet haben als der Aufbau Ost. Die Fernwirkungen dieser Entscheidungen werden noch weit über unsere Gegenwart hinaus strukturprägend sein. Jahrelang hat man sich in den neunziger Jahren über die Einführung einer Pflegeversicherung, über Rentenreform, Gesundheitsreform oder Steuerreform gestritten, alles wichtige Fragen gewiss, aber

14 Aus der uferlosen Literatur zu dem Thema seien genannt: Stefan FRÖHLICH, *Die Europäisierung der Bundesrepublik*, in: SCHWARZ, *Die Bundesrepublik Deutschland* (wie Anm. 6), S. 511–530. Verlässliche Darstellungen zur Evolution der deutschen Europapolitik unter Helmut Kohl finden sich in dem von Werner WEIDENFELD und Wolfgang WESSELS herausgegebenen *Jahrbuch der Europäischen Integration* (Baden-Baden, 1982ff.). Zur Rolle Bundeskanzler Kohls bei der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion siehe die Darstellungen von David MARSH, *Der Euro. Die geheime Geschichte der neuen Weltwährung*, Hamburg 2009; Hans TIETMEYER, *Herausforderung Euro. Wie es zum Euro kam und was er für Deutschlands Zukunft bedeutet*, München 2005; Kenneth DYSON/Kevin FEATHERSTONE, *The Road to Maastricht. Negotiating Economic and Monetary Union*, Oxford 1999. Zur Europapolitik in der ersten Hälfte der Amtszeit Helmut Kohls siehe Eckart GADDUM, *Die deutsche Europapolitik in den achtziger Jahren. Interessen, Konflikte und Entscheidungen der Regierung Kohl*, Paderborn 1994.

doch eher zweitrangig. Sieht man einmal von der Pflegeversicherung ab, die ein neues Projekt war, so handelte es sich bei den anderen Reformprojekten doch eher, um mit Johannes Gross zu sprechen, um „Adjustierungen“ bereits lang eingeführter Systeme. Die zweite Fundamentalreform aus heutiger Sicht, neben dem Aufbau Ost, aber war die Gesamtheit europarechtlicher und staatsrechtlicher Neuerungen, die man abgekürzt mit dem Wort Europäisierung bezeichnen kann.

Vor der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 hatte die Integration der Bundesrepublik in die Europäischen Gemeinschaften nur wichtige Teilbereiche erfasst, so beispielsweise die Montanindustrie, den Außenhandel und die Zollpolitik, die Landwirtschaft, die Verkehrspolitik, auch schon die Regionalpolitik. Noch konnte man von Teilintegration sprechen. Das änderte sich seit Mitte der achtziger Jahre grundlegend: Einheitliche Europäische Akte (1986), Beschlüsse über die Errichtung des Großen Binnenmarkts bis zum 31. Dezember 1991, der Vertrag von Maastricht über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion (1992), der Vertrag von Amsterdam (1997) und der definitive Beschluss des Europäischen Rats vom 3. Mai 1998, am 1. Januar 1999 in vorerst elf Ländern der EU den „Euro“ als alleinige Währung einzuführen. Das verband sich mit der Erweiterung der EU um Österreich, Schweden und Finnland zum 1. Januar 1995, mit dem Wegfall der Grenzkontrollen im Schengen-Raum und mit dem Beginn von Beitrittsverhandlungen mit den neuen Demokratien in Osteuropa und Ostmitteleuropa.

Mitte der achtziger Jahre war die Bundesrepublik ebenso wie die anderen EG-Mitgliedsländer noch nicht mehr als ein teilintegriertes, wenngleich schon Europa-offenes Land gewesen. Am Ende der 16-jährigen Amtszeit Helmut Kohls war sie Teil eines vertraglich fest verfügt europäischen Mehrebenensystems und eines auf zahlreichen, zuvor nicht integrierten Feldern politisch gleichfalls fest verfügt Binnenmarktes mit Einbeziehung zahlreicher weiterer Politikfelder bisheriger Innenpolitik (Asylrecht, Rechtspolitik, Verbrechensbekämpfung) und Außenpolitik in ein System, das sich aus kooperativen, zunehmend integrativen Strukturen zusammensetzte. In wichtigen Bereichen – Steuerpolitik, Sozialpolitik, Kultur, Sicherheitspolitik – hielten die den Staaten zwar weiterhin an ihrer Souveränität fest; mehr als Kooperation war vielfach nicht durchsetzbar. Aber dennoch: Zwischen 1990 und 1998 wurde ein breiter Fächer denkbar weitreichender Reformen angeschoben und vertraglich festgeklopft – Reformen, die an Bedeutung überhaupt nur mit den Grundsatzentscheidungen in der Ära Adenauer von 1949 bis Ende der fünfziger Jahre vergleichbar sind.

Politisch gesehen, war die Bundesrepublik im Jahr 1998, als die Wähler hinter die Ära Kohl den Schlusspunkt setzten, faktisch nur noch teilsouverän. Die europäischen Reformen brachten eine entscheidende Zuständigkeitsverlagerung einerseits von den parlamentarischen Gremien des Bundes und der

Länder zu den europäischen Institutionen, andererseits, im Innern der Bundesrepublik, vom Deutschen Bundestag, aber auch von den Ländern zur Exekutive des Bundes. Politische Systeme, deren Gesetzgebung zu 70 oder 80 Prozent aufgrund von Brüsseler Rechtsakten erfolgen, sind qualitativ verschieden von den Systemen nationalstaatlicher Demokratien.

Genauso verändert hat sich im Verlauf von wenigen Jahren das Wirtschaftssystem, das Arbeitsrecht mit inbegriffen. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte und dem Vertrag von Maastricht wurden zahlreiche Teilsysteme ziemlich weitgehend integriert. Genannt seien beispielshalber nur wenige: Umweltschutz, Verkehrspolitik, Gesundheitspolitik, Verbraucherschutz, Technologiepolitik, Asylpolitik und weitere zwei oder drei Dutzend Politiken mehr. Unnötig, ins Detail zu gehen. Niemand wird bestreiten, dass die Gesamtheit dieser Verflechtung das Wirtschaftssystem und Teile des Sozialsystems stärker verändert hat als alle anderen Reformen desselben Zeitraums. In den neunziger Jahren ist die Nationalökonomie im überkommenen Sinne auch in Deutschland zu Ende gegangen, wahrscheinlich für immer. Die Umgestaltung begann schon in der ersten Hälfte der Kanzlerschaft Kohls¹⁵, erfolgte aber doch zu großen Teilen in den neunziger Jahren. Es ist gar kein Zweifel daran möglich, dass diese Fundamentalreform ohne den Bundeskanzler Helmut Kohl nicht so weitreichend und tiefgreifend ausgefallen wäre.

An der Feststellung ist somit wenig zu rütteln, dass es in der Geschichte der Bundesrepublik nach den fünfziger Jahren nur eine einzige Phase gegeben hat, in der durch die mit zahllosen Einzelentscheidungen substantiierten Europa-Verträge und durch die Gesetzgebung sowie Myriaden von Einzelentscheidungen zum Aufbau Ost Fundamentalreformen des politischen Systems und der Wirtschaftsordnung durchgesetzt wurden – die neunziger Jahre während der zweiten Hälfte der Kanzlerschaft Helmut Kohls. Es findet sich zwar dann und wann noch ein Historiker, der die These verfährt, die sozial-liberale Koalition habe während der frühen siebziger Jahre eine „Umgründung der Republik“ vollzogen. Beim Vergleich mit den ungeheuren Veränderungen der neunziger Jahre, deren Auswirkungen nur langsam ins öffentliche Bewusstsein treten, sind jedoch unter Brandt und Scheel allenfalls zweitrangige und dritt-rangige gesetzgeberische Reformen erfolgt. Die Geschichtswissenschaft macht sich das nur deshalb nicht so recht klar, weil sie – bedingt nicht zuletzt durch die Dreißigjahr-Sperrfrist auf amtlichem Archivgut – heute immer noch in den späten sechziger und siebziger Jahren herumkrebst, nur wenige wagen sich

15 Siehe dazu „Die Ära Kohl im Gespräch: III. Von der »Eurosklерose« zum Maastrichter Vertrag“, in: Historisch-Politische Mitteilungen 10 (2003), S. 255–309. Zur Einordnung der Europapolitik in die Gesamtheit der Kanzlerschaft vor 1989 siehe Andreas WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 6), München 2006.

schon in die achtziger Jahre. So sind die tiefgreifenden Veränderungen der neunziger Jahre noch nicht so recht ins Historikerbewusstsein gedrungen. Wer sich einen Überblick über die Vorgänge in den neunziger Jahren verschaffen will, muss die Publikationen der Politologen studieren.¹⁶

Helmut Kohl hat sich bei seiner Europapolitik von zwei großen Visionen leiten lassen. Er wollte durch unauflösliche Integration einen Rückfall in die Jahrhunderte andauernden Kriege zwischen den Staaten Europas ein für allemal verhindern. Dazu schien es ihm zwingend, durch Europäisierung Deutschlands, der ohne Einbindung in die Europäische Union furchterregenden Zentralmacht Europas, die Akzeptanz im europäischen Staatensystem sicherstellen. „Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft“, schreibt er rückblickend auf den Vertragsabschluß in Maastricht, „waren jetzt in einer Weise miteinander verbunden, die ein Ausbrechen und einen Rückfall in nationalstaatliches Denken unmöglich machte.“¹⁷ Zugleich damit sollte aber auch das vereinte Europa für die Selbstbehauptung im 21. Jahrhundert fit gemacht werden.

Erinnert sei nochmals an das, was eingangs zum „Gesetz der Beschleunigung“ ausgeführt wurde. Ungewollt, aber auch unvermeidlich, hat die Europäisierung der größeren und kleineren Staaten auch das Tempo des globalen Umbruchs beschleunigt. Helmut Kohl hat zwar unablässig betont und auch darauf einzuwirken versucht, dass aus der EU kein zentralstaatlicher Akteur werden dürfe, vielmehr ein föderales System, das sich an den Grundsätze der Subsidiarität zu orientieren hätte. Er wollte auch, dass die EU als Akteur eigenen Gewichts in den Machtverschiebungen der Globalisierung die Interessen der Länder Europas sichere. Ob das erreicht wurde, ja überhaupt voll erreichbar sein wird, ist sicherlich zu fragen. Und gewiss hatte auch die von vielen begrüßten Auflösung der Deutschland AG, die Integration der europäischen Finanzmärkte und die jetzt im ganzen Euro-Raum geltende Zinspolitik der EZB ihren Preis.¹⁸ Den Vorteilen von Fundamentalreformen stehen zumeist auch gewisse Nachteile gegenüber. Dennoch gilt: Die Europäisierung Deutschland ist und bleibt die mit großem Abstand wichtigste Reform Helmut Kohls, die er wäh-

16 Verwiesen sei auf die durchgehend forschungsgestützte Darstellung von Hans Karl RUPP, *Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, 4. Aufl., München 2009. Von den dichten 435 Textseiten (dazu 28 Seiten gut gewichtete Literaturverweise) behandeln immerhin 214 Seiten die Jahre von 1982 bis 2009, davon 127 die Jahre 1990 bis 2009. Siehe auch die Beiträge in: SCHWARZ, *Die Bundesrepublik Deutschland* (wie Anm. 6).

17 Helmut KOHL, *Erinnerungen 1990–1994*, München 2007, S. 385.

18 Eine uneingeschränkt positive Bewertung des Euros aus ökonomischer Sicht gibt Kurt VIERMETZ, *Der Euro als Antwort auf die Globalisierung*, in: Peter RAMSAUER (Hg.), *Weichenstellungen für Deutschland und Europa. Festschrift für Theo Waigel zum 70. Geburtstag*, München 2009, S. 247–256. Die von Deutschland bisher nicht voll bewältigten Implikationen analysiert Hans-Werner SINN, *Ist Deutschland noch zu retten?*, München 2003, hier S. 57–113.

rend der neunziger Jahre mit beispielloser Zähigkeit und Unbeirrbarkeit durchgesetzt hat.

Im Anschluss an diese Fundamentalreformen seien zwei Teilreformen des Typs II genannt, die explizit als Reformprojekte begriffen worden sind und deren Auswirkungen sich heute schon einigermaßen abschätzen lassen: die Postreform und die Reform der Bundesbahn. In beiden Fällen wurden durch eine Abfolge von Gesetzen völlig neue Strukturen geschaffen.

Bei der Postreform gab es gewissermaßen zwei treibende Kräfte, zum einen die rasante technologische Entwicklung des internationalen Telekommunikationssektors¹⁹, zum anderen den Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling. Der Bundeskanzler hat sich darauf beschränkt, die Arbeit seines Fachministers politisch zu unterstützen, ihn gelegentlich zu bremsen, im Großen und Ganzen aber die Reform vorantreiben zu lassen. Die Fachleute waren damals ziemlich übereinstimmend der Meinung, dass der Modernisierungs- und Finanzierungsbedarf von der guten alten Postverwaltung mit mehr als einer halben Million gewerkschaftlich gut organisierter Postbeamter und Angestellter nicht mehr zu bewältigen gewesen wäre. Die Vorbereitungsphase fiel in die späten achtziger Jahre. Kurz bevor der Wiedervereinigungsprozess in Gang kam, am 1. Juli 1989, trat die Postreform I in Kraft. Auch hier war die Liberalisierungspolitik der EU ein wichtiger Faktor. Die Bundesrepublik hätte sich isoliert, wären keine neuen Organisationen für den Telekom-Bereich geschaffen worden. Als es zur Wiedervereinigung kam, wurde gleichfalls deutlich, dass der hohe Investitionsbedarf in den neuen Ländern auf mittlere Sicht nur durch den Börsengang zu finanzieren war. Auch auf diesem Feld reichte die Reform weit in die neunziger Jahre hinein. Die Postreform II mit der Gründung dreier Aktiengesellschaften Deutsche Telekom AG, Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG trat am 1. Januar 1995 in Kraft.²⁰

Was eben über die generelle Ambivalenz von Reformen ausgeführt wurde, gilt auch für diese Reform. Zum einen führte sie zu erheblichen Preissenkungen. Ohne die Reform hätte Deutschland nicht so rasch Anschluss an das Internet-Zeitalter gefunden. Ob sich indessen die Postbank hält, ist unklar. Und viele zweifeln daran, ob der Aufbau des international tätigen Logistikkonzerns Deutsche Post AG den Service für den Postkunden nicht bereits erheblich verschlechtert hat und weiterhin verschlechtern wird. Tatsache ist jedenfalls, dass in den neunziger Jahren im Post- und Fernmeldewesen die Reform eines Teilbereichs erfolgte, mittels derer das vorherige System völlig erneuert wurde.

19 Dazu Kenneth DYSON/Peter HUMPHREYS (Hg.), *The Political Economy of Communications. International and European Dimensions*, London 1990, und Clemens FUEST, *Weltweiter Privatisierungstrend in der Telekommunikation*, Köln 1992.

20 Siehe zum gesamten Reformprozess Eva-Maria RITTER, *Deutsche Telekommunikationspolitik 1989–2003* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 142), Bonn 2004.

Wie unwiderstehlich der sachliche Druck zur Aufgabe der Behördenpost war, zeigte übrigens die Tatsache, dass selbst die SPD-Opposition den Grundgesetzänderungen des Artikels 87 zugestimmt hat.

Im Vergleich mit der Postreform hat der Bundeskanzler an der Bahnreform persönlich intensiven Anteil genommen. Während die Postreform bereits auf dem Weg war, als der Investitionsbedarf bei der Wiedervereinigung zusätzlichen Handlungsdruck erzeugte, befand sich die Bahnreform 1989 erst in der Konzeptphase. Am 12. Juli 1989 hat die Bundesregierung die Regierungskommission Bundesbahn eingesetzt.²¹ Im Fall der Postreform war der zuständige Ressortchef Schwarz-Schilling die treibende Kraft, im Fall der Bahnreform der seit Herbst 1990 amtierende Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bundesbahn (seit Herbst 1991 auch der Reichsbahn) Heinz Dürr. Eine Vielzahl von Faktoren erzwang eine Reform: die Verschuldung (1988 bereits 3,9 Mrd. mit rasch wachsender Tendenz), die verschlechterte Ertragslage, der Zwang zur technischen Modernisierung der Strecken und des Fahrzeugparks, die Erwartung einer Liberalisierung des europäischen Bahnverkehrs, der ungeheure Investitionsbedarf in den neuen Ländern, das Risiko, bei einer Fortführung der Beamtenbahn würden zu den rund 140.000 Beamten im Bahndienst weitere Zehntausende von Bahnbediensteten aus der ehemaligen DDR hinzukommen, die gleichfalls hätten verbeamtet werden müssen. Ein nicht unwichtiger Faktor war auch das Beispiel der damals als erfolgreich eingeschätzten Bahnprivatisierung in Japan.

Auch hier ist es unmöglich, auf Einzelheiten einzugehen. Wiederum wurde die Form einer Aktiengesellschaft gewählt, und einmal mehr ließ sich das Gesetzespaket nur deshalb erfolgreich durch die parlamentarischen Gremien steuern, weil auch die oppositionelle, im Bundesrat dominierende SPD der Grundgesetzänderung zustimmte. Dass mit der Reform eine spürbare Modernisierung des Schienenverkehrs ermöglicht wurde, ist aus heutiger Sicht nicht zu bestreiten. Zugleich muss auf die Ambivalenzen hingewiesen werden. Die ländlichen Bahnhöfe sowie viele der kleineren Vorortsbahnhöfe sind in einem betrüblichen Zustand und wie bei der Reform der Bundespost zahlt der individuelle Kunde durch Verschlechterung des Service bei der Fahrkartenausgabe. Dass die Reformen in beiden Fällen auch vom Personal der neuen AGs kritisiert werden, sei immerhin erwähnt.

Richten wir den Blick nun auf ein weiteres Reformprojekt der frühen neunziger Jahre: die bereits erwähnte Pflegeversicherung. Kein Reformvorhaben

21 Zum Folgenden siehe Hans-Peter SCHWARZ, *Wiedervereinigung und Bahnreform 1989–1994*, in: Lothar GALL und Manfred POHL (Hg.), *Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 377–418. Zur Rolle Helmut Kohls siehe den anschaulichen Bericht von Heinz DÜRR, *In der ersten Reihe. Aufzeichnungen eines Unerschrockenen*, Berlin 2008.

hat die Bundesregierung, die Koalitionsparteien und die Fraktionen zwischen 1990 und 1994 so stark beschäftigt und auch entzweit wie das Projekt der umlagefinanzierten Pflegeversicherung. Das Konzept selbst kam von den Sozialpolitikern der CDU und der CSU und ist schließlich von Norbert Blüm mit größter Hartnäckigkeit allen Beteiligten abgerungen worden. Helmut Kohl war von der sachlichen Notwendigkeit überzeugt, das System der Sozialversicherung um eine fünfte Säule zu ergänzen, würdigte allerdings durchaus das Argument, dass sich die ohnehin schon sehr hohe Belastung des Faktors Arbeit dadurch noch vergrößere. Ohne seine massive Unterstützung wäre das Projekt am Widerstand der FDP und der Wirtschaftsverbände gescheitert. Auch hier verbietet es sich, ins Detail einzutreten.²² Um die Zustimmung der Wirtschaft und der FDP zu erreichen, wurde schließlich (außer in Sachsen) der Buß- und Bettag abgeschafft – ein einmaliges Beispiel bisher eines staatlichen Eingriffs in das seit der Frühzeit der Bundesrepublik etablierte System großzügig bemessener kirchlicher Feiertage. Wie so oft bei derartigen Reformen zeigte sich freilich, dass die Hoffnung auf ein im Wesentlichen beitragsfinanziertes System zu optimistisch gewesen war. Um 2001 waren Einnahmen und Ausgaben noch einigermaßen im Gleichgewicht. 2003 war bereits ein Defizit von 700 Mio. Euro zu verzeichnen, und die Vorzeigereform der frühen neunziger Jahre wurde zum Teilaspekt eines kaum mehr finanzierbaren Gesundheitswesens. Die theoretisch denkbaren, zugleich aber unwillkommenen Alternativen, die bereits bei der allgemeinen Krankenversicherung seit Jahrzehnten für politischen Streit sorgten, wurden nun auch bei der Pflegeversicherung hin und her gewendet: Aufhebung der beitragsfreien Mitversicherung von Ehegatten, Einbeziehung der bisher Privatversicherten in die umlagefinanzierte Pflegeversicherung, Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, Einführung eines Bundeszuschusses, Ausweitung der Einkommensarten zur Finanzierung oder aber partieller oder vollständiger Wechsel zu einer kapitalfundierte Pflegeversicherung. Der Streit dauert bis zum heutigen Tag an und wird nur deshalb erwähnt, um an das bereits Angedeutete zu erinnern, dass Reformen unablässig „Adjustierungen“ im Gefolge haben, ohne die Reformdiskussion je ruhigstellen zu können. Allzu viel Freude hatten die Befürworter der umlagefinanzierten Pflegeversicherung auf längere Sicht jedenfalls nicht an einem Projekt, das über eine ganze Legislaturperiode der frühen neunziger Jahre hinweg für heftigsten Streit gesorgt hatte.

So könnte nun Bereich für Bereich abgeklopft werden: die Ansätze zur Gesundheitsreform, die 1997/98 am Widerstand der SPD im Bundesrat auf Sand geratene sogenannte Große Steuerreform, die Rentenreform unter Einführung eines demographischen Faktors bei allseits bedauertem Abgehen von der ur-

22 Siehe dazu „Die Ära Kohl im Gespräch: VIII. Die Sozialpolitik vor und nach der Wiedervereinigung“, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 233–287.

sprünglich Bruttolohn-bezogenen Rente. Genauso wie unter früheren und nachfolgenden Koalitionsregierungen zeigte sich auch unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls in den neunziger Jahren, dass zwar überall Reformbedarf bestand mit entsprechenden Ankündigungen, Reforminitiativen und Gesetzgebungsprojekten, ohne dass sich von der Natur der Sache her aber dauerhafte Lösungen erreichen ließen. Wer diesbezüglich im Nachhinein dem Bundeskanzler der neunziger Jahre ein Übermaß an Herumfummeln, Zögern und Kompromissbereitschaft vorhält, verkennt die Eigenart von Teilreformen in völlig verfilzten Bereichen wie dem Steuersystem, dem Gesundheitssystem oder dem Rentensystem, wo im Regelfall nie mehr drin ist als mühsame „Adjustierungen“. Auf diesen Feldern erinnert jeder Bundeskanzler an den berühmten, mit Schlangen ringenden Laokoon aus der homerischen Sage, selbst ein Riese wie Helmut Kohl.

Fassen wir zum Schluss die Hauptpunkte nochmals zusammen. Anders, als es die Fama will, hat Helmut Kohl in den neunziger Jahren zwei ganz große Reformen von weitreichender Bedeutung zustande gebracht: die Rundumreform der neuen Länder, ohne dabei die alte Bundesrepublik zu denaturieren, und die Europäisierung des deutschen politischen Systems und der deutschen Wirtschaft – eine Reformleistung, deren weitreichende Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann. Somit hat er sich als Kanzler des großen Übergangs von der alten zur neuen Bundesrepublik bewährt, noch mehr aber als Gestalter des Vereinten Europa, dessen heutige Form ohne ihn nicht vorstellbar wäre.

MISZELLE

Auswirkungen der Zensurpolitik in der US-Besatzungszone

Wie Zeitungsartikel von Fritz Gerlich und Ingbert Naab
aus den Jahren 1931–1933
in einem Nachdruck von 1946 verändert worden sind

Von Rudolf Morsey

Der Münchner Archivar Dr. phil. Fritz Gerlich gehört zu den weithin vergessenen frühen Opfern des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Der 1883 in Stettin geborene Historiker erlebte durch die Bekanntschaft mit der Stigmatisierten Therese Neumann 1927 in Konnersreuth sein Damaskus. Der pommerische Calvinist verteidigte seitdem in Wort und Schrift die Glaubwürdigkeit der Stigmatisierten und konvertierte 1931 zum Katholizismus. Mit der ‚Billigung‘ von Therese Neumann suchte er in der Öffentlichkeit dem Naturrecht als Grundlage der Menschenrechte Geltung zu verschaffen. Das tat er vom September 1930 an als ‚nebenamtlicher‘ Herausgeber und Chefredakteur der Wochenschrift „Illustrierter Sonntag“, ab Anfang 1932 unter dem Titel „Der gerade Weg“ in München. Sie erschien im Naturverlag bzw., ab 1932, Naturrechtsverlag, der zu gleichen Teilen Gerlich und dem Großgrund- und Fabrikbesitzer Erich Fürst von Waldburg-Zeil (bei Leutkirch) gehörte, der ihn – als stiller Teilhaber – finanzierte. Wegen seiner bedingungslosen Kampfpublizistik gegen Hitler und die NSDAP ist Gerlich bereits am 9. März 1933 von SA-Horden, die Verlag und Redaktion verwüsteten, schwer misshandelt und dann verhaftet worden. Der kommissarische Polizeipräsident Himmler verbot den „Geraden Weg“.

Gerlich blieb 16 Monate lang in „Schutzhaft“ im Polizeigefängnis in München. Sein Buch „Der Kommunismus als Lehre vom tausendjährigen Reich“ (München 1920) wurde am 10. Mai 1933 mit anderem „undeutschen Schrifttum“ vor der Universität in München öffentlich verbrannt und Gerlich wenige Tage später noch einmal von SA-Leuten misshandelt, vom Gefängnispersonal aber durchgehend korrekt behandelt. Eine Anklage gegen ihn erfolgte nicht. Am 1. September 1933 wurde der Staatsarchivrat I. Kl. aus dem Staatsdienst entlassen, am späten Abend des 30. Juni 1934 – im Zusammenhang des „Röhm-Putsches“ – in das KZ Dachau gebracht und dort sofort ermordet.¹

1 Immer noch unentbehrlich: Erwein Freiherr VON ARETIN, *Fritz Michael Gerlich. Prophet und Märtyrer. Sein Kraftquell. Zum 100. Geburtstag Gerlichs und zur 50jährigen Wiederkehr seiner Gefangennahme und seines Todes herausgegebene Zweitaufgabe mit einem zeitgeschichtlichen Kommentar* von Karl Otmar Freiherr VON ARETIN, München und Zürich 1983. Die Erstauflage (mit dem Untertitel: *Ein Märtyrer unserer Tage*) war 1949 er-

Sein wichtigster publizistischer Mitstreiter, der Eichstätter Kapuzinerpater Ingbert Naab, hatte im Juni 1933 aus Deutschland fliehen müssen und starb am 28. März 1935 an den Folgen seines Emigrationsschicksals in der Nähe von Straßburg.²

1946 veröffentlichte Dr. rer. pol. Johannes Steiner – 1930–1933 Geschäftsführer des Naturverlags bzw. Naturrechtsverlags, dann Mitgründer des Verlags Dr. Schnell & Dr. Steiner in München – einen Band mit Auszügen von 51 Beiträgen Gerlichs und weiteren 21 von Naab aus den Jahren 1931–1933. Seine 591 Seiten umfassende Dokumentation erschien unter dem Titel *Prophetien wider das Dritte Reich. Aus den Schriften des Dr. Fritz Gerlich und des Paters Ingbert Naab O.F.M.Cap.*³ In ihren Artikeln hatten Gerlich und Naab den braunen und roten Totalitarismus als Religionsersatz entlarvt, unermüdlich vor der Gefahr der nationalsozialistischen „Massenwahn-Bewegung“ gewarnt und die Realität des Dritten Reiches beschrieben. Gerlich hatte zudem in einer im bürgerlichen Lager ungewohnt scharfen Form immer wieder den „Führer“ und seine engste Umgebung massiv angegriffen.

Steiners *Prophetien* gehören zu den frühesten – und inzwischen weitgehend vergessenen – Quellen zur Geschichte des publizistischen Widerstands gegen Hitler und den Nationalsozialismus. Diese Sammlung ist allerdings keineswegs authentisch; denn ihr Herausgeber hat in seiner Einführung (1.) die Kriterien der von ihm getroffenen Artikel-Auswahl nicht begründet, (2.) nicht vermerkt, dass er in vielen der von ihm aufgenommenen Artikel Gerlichs und Naabs große Passagen ausgelassen und in anderen (3.) einzelne Wörter, aber auch Sätze, verändert hat, ohne seine Texteingriffe kenntlich zu machen.⁴

Eine Begründung für die von Steiner vorgenommenen Textänderungen bieten zwei Vermerke am oberen bzw. unteren Rand auf der Rückseite des Titelblatts der *Prophetien wider das Dritte Reich*: „Military Government Information Control License No. US-E-153“ bzw. „Mit kirchlicher Druckerlaubnis (München, 16. Aug. 1946, G.V. Nr. 9076 Vic. Gen. Abs. Neuhäusler, Domka-

schienen. – Die jüngste Würdigung von Ovidio DALLERA/Ilsemarie BRANDMAIR, *Tödliche Schlagzeilen. Fritz Michael Gerlich, Journalist und Widerstandskämpfer*, München 2009 (italienische Originalausgabe Milano 2008), enthält eine horrende Fehlerquote.

2 Helmut WITETSCHKE, *Pater Ingbert Naab O.F.M.Cap. (1885–1935). Ein Prophet wider den Zeitgeist*, München und Zürich 1985.

3 *Gesammelt von Dr. Johannes Steiner*: München 1946, Verlag Dr. Schnell & Dr. Steiner, mit der Widmung: „Den Freunden im Konnersreuther Kreis“.

4 Zudem sind in STEINERS Einleitung zwei Hinweise zu korrigieren: Der „Illustrierte Sonntag“ ist nicht im „Naturrechtsverlag“ erschienen, der erst ab 1932 so firmierte, sondern – wie erwähnt – in dem 1930 gegründeten „Naturverlag“. Auch ist die „Hunderttausendaufgabe“ der Zeitung nur selten erreicht worden. Zudem erwähnte STEINER nicht, dass ein früherer österreichischer Mitarbeiter des „Geraden Weges“, Curt STRACHWITZ, bereits 1934 in Innsbruck unter einem Pseudonym Auszüge aus 20 Artikeln Gerlichs veröffentlicht hatte: SPECTATOR, *Was wird aus Deutschland? Die Voraussagen des Dr. Gerlich erfüllen sich*, hrsg. von der Zentralbildungsstelle in Tirol, Innsbruck 1934.

pitular)“). Mit Blick auf das Imprimatur des Erzbischöflichen Ordinariats ist allerdings – das sei vorweggenommen – keine Textstelle verändert worden. Ohnehin hatte Naab für seine Artikel 1931–1933 kein Imprimatur benötigt. Vermutlich sollte der ‚Mehrwert‘ des namentlich genannten Münchner Generalvikars Neuhäusler – der 1939–1945 in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau inhaftiert gewesen war – dazu beitragen, die Zensur der US-Besatzungsmacht leichter zu passieren. Denn sie war der Grund für Steiners Texteingriffe.

Diese sind seit 1953 zwar der Richtung, nicht aber ihrem Umfang und ihrer Gewichtung nach bekannt, bisher auch nicht beachtet worden. Damals hat Oskar Bender in seiner ungedruckt gebliebenen Münchner Dissertation *‚Der gerade Weg‘ und der Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur katholischen Widerstands- presse vor 1933* beiläufig darauf hingewiesen⁵, dass in dem von Steiner herausgegebenen „Buch“, S. 112f., „mit Rücksicht auf die Zensurverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg der Name ‚Moskaus‘ durch die Bezeichnung der ‚III. Internationale‘ ersetzt und ebenso die nachfolgende Bezeichnung ‚Bolschewismus‘ ausgelassen“ worden sei (s. unten Nr. 1a und 1b). Andere „Ersetzungen“ bzw. „Auslassungen“ hat Bender nicht vermerkt. Seine Information stammte von Steiner, der sie später auch Helmut Witetschek für dessen Naab-Biographie⁶ bestätigte: „Als J. Steiner 1946 sein Manuskript der amerikanischen Zensur vorzulegen hatte, um die Druckgenehmigung und die Papierzuteilung zu erreichen, mußte er die Worte: ‚Bolschewismus‘, ‚Bolschewisten‘ durch ‚Kommunismus, III. Internationale, Radikalismus, Extremismus‘ ersetzen. Dem östlichen Kriegspartner sollte nicht zu nahe getreten werden.“ Beispiele erwähnte Witetschek nicht, verwies aber auf die betreffende Anmerkung in Benders Manuskript.

Als Verleger kannte Steiner die einschlägigen Zensur- bzw. Lizenzierungsbestimmungen der US-Militärregierung: Keine öffentliche Kritik von Seiten der Besiegten an der immer noch mit den USA verbündeten Sowjetunion. Um gleichwohl Gerlich und Naab ein literarisches Denkmal zu setzen, hat er in dem von ihm zur Prüfung eingereichten Manuskript vorsorglich Änderungen an einzelnen ihrer Artikel vorgenommen.⁷ Diese Präventivmaßnahme erklärt auch, dass in den *Prophetien wider das Dritte Reich* der bekannteste Artikel Gerlichs aus dem „Geraden Weg“ fehlt: „Hat Hitler Mongolenblut? Eine rassewissenschaftliche Untersuchung über den Erwecker der nordischen Seele“ (Nr. 29 vom 17. Juli 1932). Denn 1946 war die Mongolische Volksrepublik noch

5 S. 225, Anm. 9. Erstgutachter der Dissertation war Karl D'ESTER.

6 WITETSCHEK (wie Anm. 2), S. 206, Anm. 50. Auch Witetscheks Biographie ist, wie die von E. VON ARETIN über Gerlich (wie Anm. 1), im Verlag Schnell & Steiner erschienen, ebenfalls eine frühere von Maximilian NEUMAYR über Ingbert Naab, München 1947.

7 In den Akten der US-Militärregierung in Bayern (OMGUS) im Institut für Zeitgeschichte in München ist der Vorgang nicht nachweisbar. Freundliche Mitteilung von Herrn Dr. Helge Kleinfeld vom 11. August 2010.

mit der Sowjetunion verbündet und durfte deswegen ebenfalls nicht in einem (möglichen) negativen Kontext erscheinen. Gerlichs „Mongolenblut“-Artikel und dessen Bildbeigaben zielten darauf ab, Hitlers mongolisch-negroid verfremdete Physiognomie als Gegenbild des von der NSDAP propagierten ‚nordischen Menschen‘ darzustellen. Das geschah unter Bezugnahme auf die Kriterien der „Rassenkunde“ des NS-Rassetheoretikers Prof. Hans F. K. Günther (Jena).⁸ Das Fehlen des „Mongolenblut“-Artikels in Steiners Dokumentation ist Erich Fürst Waldburg-Zeil 1946 sofort aufgefallen.⁹

In Ergänzung der von mir bearbeiteten Edition *Fritz Gerlich – ein Publizist gegen Hitler. Akten und Briefe 1930–1934*¹⁰ habe ich insgesamt acht Artikel von Gerlich und zwei von Naab aus den Jahren 1931–1933 mit ihrer ‚politisch korrekten‘ Wiedergabe von 1946 verglichen. Das ist möglich, weil der „Illustrierte Sonntag“ / „Der geradeWeg“ – die in der Bayerischen Staatsbibliothek in München vorliegen – komplett im Internet stehen. Das Ergebnis lautet: Steiner hat einzelne Wörter und Sätze ausgelassen und/oder mit eigenen Worten umschrieben, andere eigenwillig überbrückt bzw. ergänzt, schließlich auch Überschriften verändert. (Die Auslassungen in Nr. 7b hingegen sind offensichtlich nicht mit dem Blick auf die Zensur erfolgt, die in Nr. 8b vermutlich im Blick auf das veränderte religiöse Empfinden.) Durch seine gezielte ‚Bearbeitung‘ hat der Herausgeber der *Prophetien wider das Dritte Reich* – in Verbindung mit den bereits erwähnten, nicht gekennzeichneten Auslassungen ganzer Passagen in vielen Artikeln – den sprachlichen Duktus der wortmächtigen Publizisten Gerlich und Naab teilweise verändert. Diese Feststellung könnte Anlass bieten, vergleichbare Dokumentationen oder Anthologien, die 1945–1949 erschienen sind und Zensur- bzw. Lizenzierungsvermerke einer Besatzungsmacht tragen, entsprechend zu überprüfen.

Vergleich von Auszügen aus Artikeln von Fritz GERLICH und Ingbert NAAB im „Illustrierten Sonntag“ (1931) und im „Geraden Weg“ 1932/33 (1a–10a) mit dem 1946 von J. STEINER, *Prophetien wider das Dritte Reich*, gedruckten Wortlaut (1b–10b):

-
- 8 Nach Ron Rosenbaum hat Gerlichs „Einfall mit dem Mongolenblut etwas Prophetisches“ gehabt. Seine Charakteranalyse sei „so gut oder sogar besser als jede spätere Wahrheit über Hitler und seine Rassenpsychologie gewesen“. ROSENBAUM vermutete, dass dieser Artikel „durchaus Gerlichs Tod in Dachau zur Folge gehabt haben könnte“. DERS., *Die Hitler-Debatte. Auf der Suche nach dem Ursprung des Bösen*, München 1999, S. 174.
- 9 Nachdem ihm STEINER 1946 ein Exemplar der *Prophetien wider das Dritte Reich* übermittelt hatte, schrieb ihm WALDBURG-ZEIL in seinem Dank, o.D.: „Mancher wird zwar den einen oder anderen guten, aber wilden Artikel, z.B. das Mongolenblut“, vermissen ...“ Mitgeteilt in einem (anonym veröffentlichten) Nachruf (STEINERS) auf Waldburg-Zeil: *Auf geradem Wege*, in: *Neues Abendland* 8 (1953), S. 392.
- 10 Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 52. Paderborn 2010.

(1a) NAAB: Mehr nationale Erziehung!, GW Nr. 36 vom 6. September 1932

Diese Zielsetzung und Taktik [der sogenannten nationalen Kreise] unterscheidet sich ihrem innersten Wesen nach nur wenig von der Arbeit Moskaus. Auch dort wünscht man nichts sehnlicher als die volle Verelendung Deutschlands, damit der Bolschewismus auf den Trümmern des zusammengebrochenen Deutschlands seine Herrschaft aufrichten kann.

(1b) „PROPHETIEN“: Mehr nationale Erziehung, S. 112 f.

Die Zielsetzung und Taktik [der sogenannten nationalen Kreise] unterscheidet sich ihrem innersten Wesen nach nur wenig von der Arbeit *der III. Internationale*. Auch dort wünscht man nichts sehnlicher als die volle Verelendung Deutschlands, damit *sie* auf den Trümmern des zusammengebrochenen *Deutschland ihre* Herrschaft aufrichten kann.

(2a) GERLICH: Sperrt die Führer [der NSDAP] ein!, GW Nr. 26 vom 26. Juni 1932

Die anständige Bevölkerung in Bayern, die Ordnung und Recht liebt, also nicht den Bolschewismus Hitlerscher, Hugenbergscher und Moskauer Prägung, wird der bayerischen Staatsregierung nur dankbar sein, wenn sie mit aller Energie das Notrecht des Staates vertritt ...

(2b) „PROPHETIEN“: Sperrt die Führer [der NSDAP] ein!, S. 403

Die anständige Bevölkerung in Bayern, die Ordnung und Recht liebt, also nicht *das Radaubrüdertum* Hitlerscher, Hugenbergscher und Moskauer Prägung, ...

(3a) GERLICH: Wie hat der Katholik zu wählen?, GW Nr. 31 vom 31. Juli 1932

Ein dritter Teil [der NSDAP] sucht bereits den Moskauer Kommunisten klar zu machen, daß alle ihre marxistisch-kommunistischen Ideale durch die Hitlerpartei verwirklicht werden würden.

(3b) „PROPHETIEN“: Wie hat der Katholik zu wählen?, S. 448

Ein dritter Teil [der NSDAP] sucht *sogar* den *extremen* Kommunisten klar zu machen, ...

(4a) GERLICH: Die katholische Parteiführung, GW Nr. 38 vom 18. September 1932

Mit Hitler und Moskau eine Staatskrise zur offenen Revolution vorzutreiben, kann unmöglich der richtige Weg der katholischen Politik sein.

Die Aktivität des Kommunismus ist der Verzweiflungskampf dieser Weltanschauung um ihren Einfluß. Weil sie wissen, daß sie abgewirtschaftet haben, haben sie sich in ihren Kampfmethoden völlig auf die Anwendung der reinen Gewalt zurückgezogen.

(4b) „PROPHETIEN“: *Grundsätzliche* Parteiführung, S. 484

Mit *Hilfe der Radikalismen* eine Staatskrise zur offenen Revolution vorzutreiben, ...

Die Aktivität des Kommunismus ist der Verzweiflungskampf dieser Weltanschauung um ihren Einfluß.

(5a) GERLICH: Hitler Reichskanzler?, GW Nr. 7 vom 22. Januar 1933

Ob nach Ablauf dieses Jahres eine Rückkehr zum Parlamentarismus noch möglich sein wird, bleibt dahingestellt. Die Wahrscheinlichkeit spricht für das Nein.

Denn es [das Hitler-Kabinett] ist das Kabinett der Verkennung des einzig möglichen außenpolitischen Zieles für das deutsche Volk, nämlich der Wiederbelebung des alten heiligen Reiches.

Wir haben schon vor längeren Monaten einmal den Gedanken ausgesprochen, daß das Schicksal des deutschen Volkes, das heißt die Gewinnung einer besseren Zukunft offenbar über

(5b) „PROPHETIEN“: Hitler Reichskanzler?, S. 535

Ob nach Ablauf dieses Jahres *wieder der Parlamentarismus in seine theoretisch noch gegebene verfassungsmäßige Wirksamkeit käme, das ist eine Frage, die heute niemand bejahen kann, die Wahrscheinlichkeit* spricht für das Nein.

S. 537

Denn es [das Hitler-Kabinett] ist das Kabinett der Verkennung des einzig möglichen außenpolitischen Zieles für das deutsche Volk, nämlich der Wiederbelebung des alten heiligen Reiches *im alten, guten Sinne.*

Wir haben schon vor längeren Monaten einmal den Gedanken ausgesprochen, daß das Schicksal des deutschen Volkes, das heißt die Gewinnung einer besseren Zukunft

einen furchtbaren Zusammenbruch, nämlich über den der preußischen Geschichtslegende und des kleindeutschen Reiches führen müsse. Gefährlichkeit der Erörterungen nicht offenbar über einen furchtbaren Zusammenbruch führen müsse.

(6a) GERLICH: Deutschland erwacht!, GW Nr. 15 vom 19. Februar 1933

(6b) „PROPHETIEN“: *Die Fronten für die nächste Wahl*, S. 549

Dieser Entwicklungsprozeß [in der Sozialdemokratie] zum gemäßigten marxistischen Gefühl und damit zur Annäherung an die Volksgemeinschaft wird aber gerade durch die jetzigen Regierungsmaßnahmen abgebrochen.

(Dieser Satz fehlt.)

S. 551

Es beginnt die gleiche Situation für diese Arbeiterkreise, wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; nur mit dem einen Unterschied, daß weltgeschichtliche Ereignisse, wie in Rußland, dem Glauben an den radikalen Kommunismus einen größeren Auftrieb gegeben haben.

(Dieser Satz fehlt.)

(7a) GERLICH: Provokateure in der S.A., GW Nr. 17 vom 26. Februar 1933

(7b) „PROPHETIEN“: Provokateure in der SA, S. 552

S. 553

Wir hätten uns zu diesem Schritt [die Reichsregierung auf Umsturzpläne von Röhm aufmerksam zu machen] nicht entschlossen, wenn nicht immer wieder aus diesen Kreisen [der SA] versichert würde, daß die Grundgedanken dieser Pläne von dem Stabschef der SA, Hauptmann Röhm, stammen und die Billigung des jetzigen Reichskanzlers Adolf Hitler gefunden haben. Wir halten das letztere für völlig unmöglich. Damit wird aber die

Wir hätten uns zu diesem Schritt [die Reichsregierung auf Umsturzpläne von Röhm aufmerksam zu machen] nicht entschlossen, wenn nicht immer wieder aus diesen Kreisen [der SA] versichert würde, daß die Grundgedanken dieser Pläne von dem Stabschef der SA, Hauptmann Röhm, stammen und die Billigung des jetzigen Reichskanzlers Adolf Hitler gefunden haben. *Durch diese Versi-*

beseitigt Denn wie wir seitdem feststellen konnten, bildet man sich in diesen Kreisen allen Ernstes ein, daß der Herr Reichskanzler Hitler in der Tat diese Pläne billige und fördere und dadurch gewinnen sie ihren gefährlichen Charakter.

cherung gewinnen sie ihren gefährlichen Charakter.

(8a) CATHOLICUS (= GERLICH): Fragen an Herrn von Pape, GW Nr. 18 vom 1. März 1933

(8b) „PROPHETIEN“ (ohne: CATHOLICUS): Fragen an Herrn von Pape, S. 558

Was seit Jahrzehnten, ja, was seit Jahrhunderten in den Tiefen unserer Volksseele gärte, was sich an Spannungen und Gegensätzen ansammelte, bricht durch an die Oberschichte, dringt zur Entscheidung. *Die dem Protestantismus entsprossenen beiden feindlichen Brüder*, der Nationalismus und der Marxismus, haben sich den Vernichtungskampf angesagt.

Was seit Jahrzehnten, ja, was seit Jahrhunderten in den Tiefen unserer Volksseele gärte, was sich an Spannungen und Gegensätzen ansammelte, bricht durch an die Oberschichte, dringt zur Entscheidung. Der Nationalismus und Marxismus haben sich den Vernichtungskampf angesagt.

(9a) (NAAB): Die Flammenzeichen rauchen, GW Nr. 19 vom 5. März 1933

(9b) „PROPHETIEN“: Die Flammenzeichen rauchen, S. 570

Das, was [nach der NS-Presse] Deutschland nützt, ist Recht, und was Deutschland schadet, ist Unrecht. [...] Wir stehen nicht an zu sagen, daß diese neuen Ideen nichts sind als die Proklamation der reinen Willkür. Die Bolschewisten denken ebenso. Die jetzige sowjetrussische Gesetzgebung ist auf diesem Grundgedanken aufgebaut. Nur heißt es dort statt „nichtnational“ eben „kapitalistisch“ oder „Bourgeoisinnung“, statt „national“ aber „kommunistisch“ oder „proletarisch“.

Das, was [nach der NS-Presse] Deutschland nützt, ist, Recht, und was Deutschland schadet, ist Unrecht. [...] Wir stehen nicht an zu sagen, daß die neuen Ideen nichts sind als die Proklamation der reinen Willkür.

(Der anschließende Satz fehlt.)

Wenn ich einen Kommunisten vor mir habe, gibt mir kein Mensch ein Recht, den Mann niederzuschlagen, wenn ich mich nicht in Notwehr befinde, [...] Wer andere aus eigenem Gutdünken erschlägt, ist und bleibt ein Mörder, auch wenn der Erschlagene persönlich ein Schurke war. Um die Handlungen dreht es sich im Rechts- und Kulturstaate, nicht um die Gesinnungen. Gesinnungen bestraft dagegen das Kultur und Recht zerstörende bolschewistische System.

Wenn wir also am 5. März keine Stimme der nationalsozialistischen Bewegung geben, wenn wir den Marxismus ebenso ablehnen, wenn wir positiv für die Parteien eintreten, die der göttlichen Rechtsordnung sich beugen wollen, dann kämpfen wir für das Recht, auch für das deutsche Recht!

Es ist nicht notwendig, auch nur ein Wort zu verlieren, wie wir die Stellung des Kommunismus und des gesamten Marxismus gegenüber dem Christentum, einschätzen.

(10a) GERLICH: Das Mandat der 52%, GW Nr. 20 vom 8. März 1933

Wenn ich einen *Andersgesinnten* vor mir habe, ...

S. 571

Ein System, das Gesinnungen bestraft, zerstört Kultur und Recht.

Wenn wir also am 5. März keine Stimme der nationalsozialistischen Bewegung geben, wenn wir *die Linksfront* ebenso ablehnen, ...

Es ist nicht notwendig, auch nur ein Wort zu verlieren, wie wir die Stellung des Kommunismus und des gesamten *materialistischen* Marxismus gegenüber dem Christentum einschätzen.

(10b) „PROPHETIEN“: *Ende der Demokratie*, S. 535

AUS DEM ACDP

„Vor die staatspolitische Entscheidung gestellt ...“: Briefe Ludwig Erhards an führende FDP-Politiker im Vorfeld der Bundestagswahl 1949

Von Christopher Beckmann

Das Verhältnis Ludwig Erhards zur CDU und die Frage seiner Parteimitgliedschaft sind in den vergangenen Jahren wiederholt in das öffentliche Interesse gerückt. 2002 machte der damalige Bundeswirtschaftsminister Werner Müller darauf aufmerksam, dass er der zweite parteilose Inhaber dieses Amtes in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sei. Die Frage, ob er oder Erhard länger als ein keiner Partei angehörender Wirtschaftsminister amtierte, habe ihn, so Müller, „einfach mal aus persönlichen Gründen interessiert“. Ein befreundeter Journalist habe daraufhin recherchiert, dass der legendäre „Vater des Wirtschaftswunders“ sogar noch bei seiner Vereidigung als Bundeskanzler 1963 offenbar formell nicht Mitglied der CDU gewesen sei.¹ Im April 2007 veröffentlichte die Illustrierte „Stern“ einen Beitrag zum 30. Todestag Ludwig Erhards, in dem dessen ehemaliger Mitarbeiter und spätere Geschäftsführer der Bonner Ludwig-Erhard-Stiftung, Horst Friedrich Wünsche, mit dem Satz zitiert wurde: „Erhard ist niemals einer Partei beigetreten“.² Besonders der letztgenannte Beitrag sorgte für beträchtliche Resonanz,³ obwohl die präsentierten Informationen keineswegs neu waren. Tatsächlich war die Frage der Mitgliedschaft Erhards in der CDU schon zu seinen Lebzeiten sowohl innerhalb auch außerhalb der Partei bei verschiedenen Gelegenheiten thematisiert worden.⁴ Erhard selbst pflegte auf Nachfragen zu seiner Parteimitgliedschaft, die ihn u. a. von Konrad Adenauer erreichten, mit dem Hinweis auf seinen „seit den Tagen des Frankfurter Wirtschaftsrates“ erbrachten Einsatz für die CDU zu reagieren, demgegenüber er die Frage des formal korrekten – d. h. schriftlich erklärten – Eintritts offenbar als zu vernachlässigende „Formsache“ betrachtete.⁵ An Brisanz gewann das Thema schließlich auch aufgrund ver-

1 Vgl. „Die Welt“ vom 4.5.2002: „Ludwig Erhard wurde offenbar als Parteiloser Bundeskanzler. Recherche von Wirtschaftsminister Müller“.

2 „Der Stern“ vom 26.4.2007: „Ludwig Erhard war nie Mitglied der CDU“.

3 Siehe etwa „Die Welt“ vom 26.4.2007: „Ludwig Erhard war nie Mitglied der CDU“; FAZ vom 26.4.2007: „Der Professor wollte kein Parteimann sein“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 8.5.2007: „Erhard und die CDU“.

4 Vgl. die zusammenfassende Darstellung von Günter BUCHSTAB, „Soll ich Anmeldeformulare ausfüllen?“ *Ludwig Erhard und die Parteibuch-Frage*. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 462, S. 71–75.

5 EBD. S. 73–75.

schiedentlicher Versuche seitens prominenter FDP-Politiker, Ludwig Erhard gleichsam rückwirkend – wenn auch durchaus in aktueller politischer Absicht – für die eigene Partei zu reklamieren. So behauptete der ehemalige Bundesvorsitzende der FDP, Otto Graf Lambsdorff, wiederholt, Erhard habe ihm berichtet, dass der spätere Bundespräsident und damalige Parteivorsitzende Theodor Heuss ihm auf sein Angebot, bei den Liberalen mitzuarbeiten, zur Antwort gegeben habe, er werde viel stärker bei der CDU gebraucht, weil die FDP seine Wirtschaftspolitik ohnehin unterstützen werde.⁶ Auch bei wirtschafts- und sozialpolitischen Differenzen zwischen CDU/CSU und FDP wurde der erste Bundeswirtschaftsminister wiederholt als Kronzeuge in jeweils eigener Sache bemüht.⁷ Zudem wird seitens der Freien Demokraten und ihr nahestehender Wissenschaftler hartnäckig darauf hingewiesen, dass es die Liberalen gewesen seien, die die Wahl Ludwig Erhards zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft beim Frankfurter Wirtschaftsrat angeregt und durchgesetzt und damit seiner Nachkriegskarriere den entscheidenden Anstoß gegeben hätten.⁸

Letzteres ist historisch korrekt, die betreffenden Vorgänge sind mittlerweile wiederholt geschildert worden, mit manchmal etwas divergierenden Akzentsetzungen.⁹ In älteren Darstellungen wird meistens hervorgehoben, dass die Wahl zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, der sogenannten Bizone durch den als dessen Parlament fungierenden

-
- 6 Vgl. OTTO GRAF LAMBSDORFF, „Was verbinden Sie mit Ludwig Erhard?“, in: „Rheinischer Merkur“ vom 24.1.1997 sowie seinen Leserbrief in der FAZ vom 5.5.2007: „Erhard wurde bei der CDU benötigt“. Theodor Heuss war nach Kriegsende übrigens zunächst für eine überkonfessionelle Sammlungspartei aus christlichen und liberalen Demokraten eingetreten, hatte mit Vertretern der Heidelberger Zentrumspartei bereits in diesem Sinne verhandelt und ließ sich nur mit gewissen Bedenken in den Vorstand der Demokratischen Volkspartei in Württemberg-Baden wählen. Gegenüber einem Bekannten in Berlin bekundete er, dass er, hätte er sich dort aufgehalten, „an der christlich-demokratischen Union teilgenommen haben“ würde. Im Februar 1946 musste er sogar das Gericht zurückweisen, er sei Mitglied der CDU geworden. Siehe das Schreiben an Karl Brammer vom 24. November 1945, in: Theodor HEUSS, *Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949*, hg. und bearb. von Ernst Wolfgang BECKER (Stuttgarter Ausgabe), München 2007, S. 129ff., besonders Anm. 10, sowie die Einleitung des Herausgebers, EBD. S. 15–57, hier S. 27f.
- 7 Siehe etwa den Essay des damaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen RÜTTGERS, „Ludwig Erhard war kein Neoliberaler“, in: „Die Welt“ vom 11.7.2008 sowie die Antwort des finanzpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Hermann Otto SOLMS, „Die Ehre Ludwig Erhards retten“, in: „Die Welt“ vom 23.7.2008.
- 8 Siehe beispielsweise Annette KOCH-WEGENER, *Erhard und die FDP – Aufstieg eines Wirtschaftsministers, Sturz eines Kanzlers?*, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 20 (2008), S. 129–151.
- 9 Volker LAITENBERGER, *Ludwig Erhard – Der Nationalökonom als Politiker*; Göttingen 1986, S. 62ff.; Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*; Darmstadt 1987, S. 37–59; Alfred C. MIERZEJEWSKI, *Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. Biografie*, Berlin 2005, S. 102ff.; Andreas METZ, *Die ungleichen Gründerväter. Adenauers und Erhards langer Weg an die Spitze der Bundesrepublik*, Konstanz 1998, S. 116–121.

Frankfurter Wirtschaftsrat¹⁰ „ziemlich unverhofft“ erfolgt sei, nicht zuletzt für Erhard selbst.¹¹ Inzwischen wurden allerdings einige Hinweise darauf zusammengetragen, dass Erhard bereits 1947 eigene Ambitionen hinsichtlich dieses Amtes hegte und sich dann nach dem Ausscheiden des bei Alliierten in Ungnade gefallenen Johannes Semler¹² mit Hilfe der FDP gezielt um das Amt bemühte.¹³

Die Tatsache, dass die Wahl Erhards auf Initiative der FDP erfolgt war und diese die von ihm verfolgte Wirtschaftspolitik nahezu einmütig unterstützte, hatte bei den Freien Demokraten die Hoffnung geweckt, er werde bei der Bundestagswahl am 14. August 1949 ebenfalls für die Liberalen antreten. Innerhalb der konfessionell, sozial und weltanschaulich heterogenen jungen CDU, in der sich höchst unterschiedliche Kräfte zusammengefunden hatten, waren Erhard und seine marktwirtschaftlichen Thesen hingegen keineswegs unumstritten. Besonders bei den aus der katholischen Arbeitnehmerbewegung kommenden Exponenten des katholisch-sozialen Flügels wie Jakob Kaiser¹⁴, Karl Arnold¹⁵ und Johannes Albers¹⁶ gab es beträchtliche Vorbehalte. Dafür, dass Erhard sich mit seinem Kurs sowohl innerhalb der CDU mit ihrem wirtschaftspolitischen „Konzeptionswirrwarr“¹⁷ als auch – gegen zunächst massive Kritik

10 Vgl. etwa Wolfgang BENZ, *Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Von der Bizone zum souveränen Staat*, München 1999. Zum Wirtschaftsrat siehe Dagmar NELLEBEN-STAUCH, *Der Frankfurter Wirtschaftsrat*, www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_818-1.pdf.

11 LAITENBERGER (wie Anm. 9), S. 62f.; KOERFER (wie Anm. 9), S. 34ff.

12 Biografische Daten Semlers in: Ludolf HERBST/Rudolf VIERHAUS (Hg.), *Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages*. Bd. 2: N–Z, München 2002, S. 716. Zu den Umständen seiner Absetzung Manfred GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 138ff.

13 METZ (wie Anm. 9), S. 116f.; MIERZEJEWSKI (wie Anm. 9), S. 102.

14 Tilman MAYER (Hg.), *Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl*, Köln 1988; Christian HACKE, *Jakob Kaiser (1888–1961)*, in: Torsten OPPELLAND (Hg.), *Deutsche Politiker*, Bd. I: *17 biographische Skizzen aus Ost und West*, Darmstadt 1999, S. 48–59; Manfred AGETHEN, *Jakob Kaiser (1888–1961)*, in: Günter BUCHSTAB/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49*, Freiburg i. Br. 2008, S. 181–192.

15 Detlef HÜWEL, *Karl Arnold – Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident 1947–1956*, Erkrath 2001; DERS., *Karl Arnold (1901–1958)*, in: Sven GÖSMANN (Hg.), *Unsere Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen. Neun Porträts von Rudolf Amelunxen bis Jürgen Rüttgers*, Düsseldorf 2008, S. 42–69.

16 Herbert HÖMIG, *Johannes Albers (1890–1963)*, in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 5, Mainz 1982, S. 205–222 sowie – zugleich als Beispiel für die personelle und programmatische Spannweite der frühen CDU – Winfried HERBERS, *Robert Pferdenges und Johannes Albers – zwei Welten, eine Partei. Facetten im Mikrokosmos der Kölner CDU der vierziger und fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts*, in: *Geschichte in Köln* 52 (2005), S. 207–234.

17 KOERFER (wie Anm. 9), S. 44.

und Widerstände – in der politischen Öffentlichkeit durchzusetzen vermochte, waren v. a. zwei Faktoren ausschlaggebend: Zum einen das Faktum, dass er – anders als die meisten seiner wirtschaftspolitischen Konkurrenten und Kritiker aller Couleur – ein klares Konzept und konkrete Vorstellungen darüber hatte, was zu geschehen habe, und er zudem in der Lage war, diese Überzeugungen eindrucksvoll, ja, mitreißend zu vermitteln.¹⁸ Zum anderen war die Unterstützung durch den mehr und mehr zum „starken Mann“ der CDU werdenden Adenauer von ausschlaggebender Bedeutung. Dieser hatte im Frühjahr 1948 erkannt, dass Ludwig Erhard ihm wertvolle Hilfe dabei leisten konnte, sich von der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD abzugrenzen, den christlich-sozialen Flügel in der eigenen Partei zu domestizieren und einem seinen eigenen Überzeugungen nahe kommenden, den individuellen Fähigkeiten des Einzelnen vertrauenden und Raum gebenden wirtschaftspolitischen Kurs zum Durchbruch zu verhelfen. Mit den „Düsseldorfer Leitsätzen“ vom 15. Juli 1949, die als Wahlprogramm für die vier Wochen später stattfindende Wahl zum 1. Deutschen Bundestag dienten, trat die CDU „in eine neue Phase“ ihrer Geschichte ein.¹⁹ Sie vollzog in Weiterentwicklung des „Ahlener Programms“ den entscheidenden Schritt hin zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Die Leitsätze brachten zum Ausdruck, dass sich Erhards Ansatz, die Lösung sozialer Probleme über ein durch den freien Wettbewerb generiertes Wirtschaftswachstum anzugehen, nunmehr innerhalb der Unionsparteien durchgesetzt hatte.²⁰

Erhard fühlte sich angesichts der Vorgeschichte und der in FDP-Kreisen geweckten Hoffnungen hinsichtlich seiner Person offenkundig verpflichtet, seine Entscheidung, als Parteiloser für die CDU zu kandidieren, gegenüber führenden Vertretern der Liberalen zu erläutern und zu rechtfertigen und schrieb in diesem Sinne an Theodor Heuss, Franz Blücher und Thomas Dehler. Diese nachfolgend im vollen Wortlaut veröffentlichten Briefe fanden sich, ebenso wie Antwortbriefe von Heuss und Dehler, als Kopie im Nachlass des 2006 verstorbenen Journalisten und zeitweiligen CSU-Bundestagsabgeordneten Max Schulze-Vorberg. Dieser hatte verfügt, dass die im Laufe seiner langjährigen Tätigkeit als Parlamentskorrespondent des Bayerischen Rundfunks und als freier Journalist in Bonn entstandenen Unterlagen sowie die Akten aus sei-

18 EBD, S. 39, S. 50f., S. 52f.; METZ (wie Anm. 9), S. 123, S. 138.

19 Frank BÖSCH, *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, Stuttgart 2002, S. 19.

20 Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945–1982*, hg. von Günter BUCHSTAB, Stuttgart 1993, S. 79–93; Rudolf UERTZ, *Von den Gründungsaufrufen 1945 zu den Grundsatzprogrammen 1978 und 1994*, in: Günter BUCHSTAB (Hg.): *Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU*, Freiburg i. Br. 2005, S. 94–138, hier S. 99–106. Zum Ort des vieldiskutierten Ahlener Programms in der Partei- und Programmgeschichte Rudolf UERTZ, *Das Ahlener Programm. Die Zonenausschusstagung der CDU der britischen Zone vom 1. bis 3. Februar 1947 und ihre Vorbereitungen*, in: *Die Politische Meinung* 52 (2007) 446, S. 47–52.

ner Zeit als Mitglied des Deutschen Bundestages (1965–1976) an das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung gegeben werden sollten.²¹ Schulze-Vorberg, seit den Tagen des Parlamentarischen Rates mit dem Politikbetrieb in Bonn vertraut und ein erklärter Anhänger der Person und Politik Konrad Adenauers, war auch ein Bewunderer von Ludwig Erhard. Seit den 1970er Jahren gehörte er dem Kuratorium des Ludger-Westrick-Preises für Soziale Marktwirtschaft an und war mit Westrick, unter Erhard Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und im Kanzleramt, auch persönlich befreundet.²² Möglicherweise hat er über diesen Kontakt die Kopien aus dem Nachlass Ludwig Erhards erhalten, die er wohl im Rahmen der Erarbeitung seiner Memoiren zu verwenden beabsichtigte. Es liegt ein z. T. handschriftlicher Entwurf für einen Abschnitt über das Verhältnis Erhards zur FDP vor, der aber, wie die geplanten Erinnerungen insgesamt, nicht zum Abschluss gebracht wurde.²³ Aus den genannten Briefen ist in verschiedenen Darstellungen bereits zitiert worden.²⁴ Angesichts der eingangs geschilderten Diskussionen um das Verhältnis Erhards zur CDU erscheint es sinnvoll, sie im vollen Wortlaut zugänglich zu machen.

Für die erwähnte, von Otto Graf Lambsdorff Erhard zugeschriebene Darstellung, wonach er quasi auf einen Rat von Theodor Heuss hin zur CDU gegangen sei, wo er dringender benötigt wurde, findet sich in diesen Briefen kein Anhaltspunkt. Zudem wird man ihre Adressaten- und Kontextbezogenheit in Rechnung stellen müssen. So legte Erhard 1949 gegenüber CDU-Gremien durchaus auch klare Bekenntnisse zur Union und ihrer weltanschaulichen Orientierung ab. Auf der Tagung des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone am 24./25. Februar 1949 hielt er nicht nur ein vor Optimismus geradezu strotzendes, von den Zuhörern als mitreißend empfundenes Plädoyer für die Fortsetzung des seit der Währungsreform eingeschlagenen marktwirtschaftlichen Kurses, sondern erklärte zudem: „Lassen Sie mich ein Bekenntnis ablegen, daß ich mich zu Ihnen gehörig fühle und daß ich dieser Zugehörigkeit jetzt und vor allem bei der entscheidenden Wahl mit dem Einsatz meiner ganzen Person Ausdruck geben möchte.“ Auf vorsichtig-kritische Anmerkungen von Johannes Albers und Jakob Kaiser fügte er hinzu: „Sie sagen, ich

21 Zur Vita Schulze-Vorbergs und zu seinem Nachlass siehe Christopher BECKMANN, „... eigenwillig wie der Frankenwein!“ – *Der Journalist, CSU-Abgeordnete und Zeitzeuge Max Schulze-Vorberg und sein Nachlass im Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, in: Historisch-Politische Mitteilungen 16 (2009), S. 267–291.

22 Vgl. ACDP 01-831-013/2, -025/3, Nachlass Max Schulze-Vorberg.

23 ACDP 01-831-029/4. Vgl. BECKMANN (wie Anm. 21), S. 285ff.

24 So etwa bei LAITENBERGER (wie Anm. 9), S. 81; Volker HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, München 1996, S. 87; Bernard LÖFFLER, *Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard* (VSWG-Beihefte Nr. 162), Stuttgart 2002, S. 470; am ausführlichsten bei METZ (wie Anm. 9), S. 207ff.

habe ein liberales Programm entwickelt, so daß ich gewissermaßen zur Demokratischen Partei gehöre. Dann möchte ich fragen, warum sitze ich denn hier bei Ihnen? Weil ich ihre obergeordneten Grundsätze, Ihre sittlichen Thesen vertrete, weil ich zu Ihnen stehe. Und wenn Sie mich fragen, wie ich zum Liberalismus stehe, den Sie mir vielleicht unterschieben, ich lehne ihn ab! ... Es ist kein Zufall, daß ich mich zu Ihnen bekenne, sondern es ist eine bewußte Wahl.“²⁵ Gegenüber dem hessischen CDU-Vorsitzenden Werner Hilpert hatte er kurz zuvor bereits erklärt, er trete gelegentlich auch auf Veranstaltungen der Liberalen auf, da diese ihn „verschiedentlich eindringlich daran erinnert“ hätten, „daß sie in erster Linie meine Kandidatur als Wirtschaftsdirektor betrieben“ hätten. Diese „kleine Unterstützung“ stünde indes „in gar keinem Verhältnis zu meinem vollen Einsatz für die CDU“.²⁶

Bei seinem ersten großen Auftritt auf dem 2. Zonenparteitag der CDU der britischen Zone am 28./29. August 1948 hatte er derartige Bekenntnisse noch unterlassen.²⁷ Zwischen diesen beiden Auftritten hatte Erhard feststellen können, dass er angesichts der Angriffe, denen seine Politik im Wirtschaftsrat ausgesetzt war – bis hin zu einem Misstrauensvotum der SPD – des Rückhalts einer großen Partei wie der CDU/CSU bedurfte, um auch zukünftige Krisenzeiten zu überstehen.²⁸ Zudem mag er gegenüber Konrad Adenauer und anderen führenden Unionspolitikern, die sich eindeutig hinter ihn gestellt hatten, auch Dankbarkeit empfunden habe.

Während des Wahlkampfes äußerte er ausgerechnet in Stuttgart, wo ja Heuss für die FDP kandidierte: „Als CDU-Spitzenkandidat in Nordwürttemberg-Baden bin ich CDU-Mann. Wenn auch die FDP die von mir getragene Wirtschaftspolitik unterstützt hat, so war es doch die CDU, die die ganze politische Verantwortung trug und selbst in schwersten Stunden der Bewährung nicht einen Augenblick versagte. Aus einem menschlichen Gefühl von Treue stehe ich deshalb zur CDU. Aus gleicher Haltung bin ich ihr Kandidat.“²⁹ Die Briefe an die Spitzenleute der FDP stellen daher wohl in erster Linie den Versuch dar, die engen Verbindungen zu dieser Partei, die ihm ja den Start in die Politik ermöglicht hatte und mit der er sich hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Grundsätze und Ziele einig wusste, nicht abreißen zu lassen.³⁰ Sein Stuttgarter Auftritt veranlasste übrigens Heuss, der in seiner Antwort das von Erhard vor-

25 Wortlaut der Rede sowie der anschließenden Diskussion in: *Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Zone 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands*, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1975, S. 838–864, die Zitate S. 838 (Erhard), S. 857 (Albers) S. 858f. (Kaiser), S. 863 (Replik Erhards).

26 Schreiben Erhards an Hilpert vom 19.1.1949, abgedruckt bei: METZ (wie Anm. 9), S. 180.

27 Wortlaut der seinerzeitigen Rede in: *Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Zone* (wie Anm. 25), S. 657–678.

28 LÖFFLER (wie Anm. 24), S. 465.

29 „Stuttgarter Zeitung“ vom 12.8.1949. Zitiert nach: HEUSS (wie Anm. 6), S. 529, Anm. 2.

30 METZ (wie Anm. 9), S. 209; LÖFFLER (wie Anm. 24), S. 471.

geschlagene „gentleman-agreement“ für den Wahlkampf akzeptiert hatte,³¹ zu der rückblickenden Feststellung, dieser habe sich nicht an die in seinem Schreiben vom 14. Juli gemachten Zusagen gehalten.³²

Die Briefe belegen auch nicht, dass Erhard mit einem Eintritt in die CDU zögerte, weil er lieber Mitglied der FDP geworden wäre. Sie sind vielmehr Ausdruck der auch aus zahlreichen anderen Zeugnissen sprechenden Skepsis, ja Abneigung gegenüber der Macht, gegenüber Parteien und den Niederungen der alltäglichen Politik. Klaus Hildebrand hat darauf hingewiesen, dass dieses „sogenannte Unpolitische Ludwig Erhards“ noch am Anfang seiner Kanzlerschaft „zu den wirksamen Stärken seiner Politik“ gehörte, insofern es der Einstellung der Mehrheit seiner Wähler entsprach. Die Kehrseite war, dass er im Sommer/Herbst 1966, als die politischen und auch die Wahlerfolge ausblieben und der Zauber verfliegen war, ohne eine Hausmacht dastand, die ihn im Amt hätte halten können.³³ Erhard hatte ein unterentwickeltes Verständnis für die „Möglichkeiten und Instrumentarien, die gerade die Parteien und Interessenverbände in der politischen Alltagsarbeit“ boten.³⁴ Insofern mag man rückblickend in seinem Verhalten 1948/49 einen Vorgeschmack späterer Entwicklungen sehen.

Manches an diesen Briefen kann als charakteristisch für die Persönlichkeitsstruktur und das Selbstbild Erhards angesehen werden. Vor allem aus dem Brief an Blücher spricht in aller Deutlichkeit jenes hohe Maß an Selbstgewissheit und Sendungsbewusstsein, das immer wieder bei Erhard konstatiert – oder auch kritisiert³⁵ – werden kann und das u. a. in seiner Antrittsrede vor dem Wirtschaftsrat zum Ausdruck kam.³⁶

Erhard ahnte ausweislich der gewählten Formulierungen offenkundig, dass gerade Thomas Dehler über seine Entscheidung enttäuscht, ja verärgert sein würde. Ihm war er schon Anfang 1946 begegnet, man hatte sich – sicher auch wegen der gemeinsamen fränkischen Heimat und der Zugehörigkeit zum selben Geburtsjahrgang – verstanden und war auf Veranstaltungen gemeinsam aufgetreten.³⁷ Dehler reagierte auf das Schreiben Erhards zwar konzilient und antwortete, er sei „nicht missvergnügt über Ihren Schritt, sondern traurig“ und deutete an, dass er über den wirtschaftspolitischen Kurs hinaus die Festigung

31 Brief an Ludwig Erhard vom 19. Juli 1949. In: HEUSS (wie Anm. 6), S. 515f.

32 Brief an Dr. Walter Bauer (Heilbronn) vom 24. August 1949. EBD. S. 528f.

33 Klaus HILDEBRAND, *Kanzler zwischen Politik und Wirtschaft*, in: *Nach-Denken. Ludwig Erhard und seine Politik*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1997, S. 11–21, hier S. 14f.

34 LÖFFLER (wie Anm. 24), S. 464. Siehe auch S. 504f.

35 Vgl. etwa HENTSCHEL (wie Anm. 24), S. 38f., der von „Selbstüberschätzung“ spricht.

36 Wortlaut der Rede in: Ludwig ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*, hg. von Karl HOHMANN, Düsseldorf 1962, S. 37–61.

37 Vgl. auch METZ (wie Anm. 9), S. 54ff.

der Demokratie in der Bundesrepublik als die noch höher anzusiedelnde Aufgabe betrachtete und in dieser Hinsicht Teilen der Union misstraute.³⁸ Tatsächlich war er aber über Erhards Entschluss wie auch dessen Verhalten im Wahlkampf recht erbost.³⁹

Da Erhard von Anfang an in vielen Gremien und auf nahezu allen Ebenen der CDU präsent war, wurde er in der Öffentlichkeit bald mit ihr identifiziert und konnte als bewährte „Wahlkampflokomotive“ viel zu ihren Wahlerfolgen beitragen, wie er andererseits auf diese Erfolge als Voraussetzung seines politischen Wirkens angewiesen war. Sicherlich war das Verhältnis zu der Partei, deren Vorsitzender er dann 1966 doch wurde, im Laufe der Jahre und Jahrzehnte Schwankungen unterworfen. Dass der „große Unzeitgemäße“, wie Hans-Peter Schwarz Ludwig Erhard einmal genannt hat, dabei im politischen Alltagsgeschäft mancherlei Kompromisse eingehen musste, war nicht zu vermeiden.⁴⁰ Es mag auch zutreffend sein, dass die CDU „nie programmatisch konsequent nach der Chance gesucht [hat], ‚seine‘ Partei zu werden“.⁴¹ Angesichts ihrer heterogenen Wurzeln und ihres Volksparteicharakters konnte sie das allerdings auch gar nicht. Dadurch aber, dass Erhard, ausgehend von einem gemeinsamen Wertefundament, das wirtschaftspolitische Profil der Union entscheidend und nachhaltig formte, trug er zum Erfolg dieser neuartigen Erscheinung in der deutschen Parteiengeschichte und damit zur Revolutionierung und Stabilisierung des bundesdeutschen Parteiensystems bei. Und ohne die enge Verbindung zwischen Ludwig Erhard und der Union wären die Erfolge beim wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Nachkriegsdeutschlands wohl kaum zustande gekommen.

38 Schreiben Dehlers an Erhard vom 19. Juli 1949. Kopie in: ACDP 01-831-029/4.

39 Zum Verhältnis Erhards zu Dehler Anette KOCH-WEGENER, *Ein schwieriges Verhältnis – Ludwig Erhard, Thomas Dehler und die FDP 1945–1967*, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 18 (2006), S. 255–270, hier v. a. S. 256.

40 FAZ vom 1.2.1997: „Ludwig Erhard – ein großer Unzeitgemäßer“.

41 So Hans D. BARBIER, „Nicht mit Ludwig Erhard“, in: FAZ vom 16.1.2009.

Frankfurt-Höchst, am 14. Juli 1949.
Schr./Mu.–

Herrn
Professor Heuß⁴²

Stuttgart – Degerloch
Löwenstrasse 86

Sehr verehrter, lieber Herr Professor Heuß!

Wie ich schon bei unserer letzten mündlichen Besprechung⁴³ vorausgesehen habe, wäre es ohne eine schroffe Brüskierung nicht mehr möglich gewesen, die bereits erteilte halbe Zusage an die CDU wieder rückgängig zu machen. So stehe ich also vor der Aufgabe, für die CDU einen Wahlkampf zu führen, ohne Ihre Kreise dabei zu stören. Ihr bei unserem Zusammensein mündlich gebrachter Vorschlag, dass wir uns gegenseitig in Wahlreden mit einem Ausdruck der Achtung bedenken, findet meine volle Billigung, und ich bin darüber hinaus sogar gern bereit, besonders zum Ausdruck zu bringen, dass ich nicht gewillt bin, gegen die DVP⁴⁴ aufzutreten, sondern meine Aufgabe darin erblicke, die Front der CDU gegen den Sozialismus zu stärken. Ich glaube, je deutlicher wir Beide (!) diesen Willen zum Ausdruck bringen und dabei gleichzeitig unsere Verbundenheit in wirtschaftspolitischen Zielsetzungen betonen, desto klarer werden die Fronten sein und desto weniger werden sich die beiden Parteien berühren. Ich habe auch den anderen Herren der CDU diesen meinen Willen in unmissverständlicher Weise zum Ausdruck gebracht und die Zusi-

42 Kopie des Schreibens in: ACDP 01-831-029/4 (nicht paginiert). Bei diesem wie auch den weiteren Briefen wurde die Schreibweise des Originals beibehalten. – Dr. Theodor Heuss (1884–1963), Journalist; 1924–1928 und 1930–1933 MdR (DDP/DStP), 1946–1949 Vorsitzender der FDP in der amerikanischen Zone, 1948/49 Vorsitzender der Gesamtpartei, 1945/46 Kultusminister in Württemberg-Baden, 1946–1949 MdL, 1948/49 MdPR, 1949–1959 Bundespräsident. Vgl. Horst MÖLLER, *Theodor Heuss. Staatsmann und Schriftsteller*, Bonn 1990; Thomas HERTFELDER, *Theodor Heuss (1884–1963)*, in: OPPELLAND (wie Anm. 14), S. 141–151.

43 Am 30.6.1949 hatte im Gästehaus der Stadt Stuttgart ein Treffen zwischen Erhard und Heuss sowie anderen wichtigen FDP-Politikern stattgefunden. Vgl. METZ (wie Anm. 9), S. 206f.

44 Im Januar 1946 entstand unter Beteiligung von Heuss in Stuttgart die Demokratische Volkspartei. Sie beteiligte sich 1948 an der Gründung der FDP und fungierte als deren Landesverband in Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern sowie seit 1952 unter der Bezeichnung FDP/DVP im neugebildeten Land Baden-Württemberg. Vgl. Paul ROTHMUND/Erhard R. WIEHN, *Die DVP/FDP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, Stuttgart 1979.

cherung erhalten, dass sich alle Redner der Einhaltung dieser Linie befleißigen. Es ist auch klargestellt, dass der Wahlkampf seitens der CDU nicht unter dem Motto „Erhard'sche Wirtschaftspolitik“, sondern „Frankfurter Wirtschaftspolitik“ geführt wird.

Ich glaube mich also mit ihnen, lieber Herr Dr. Heuss, in Form und Geist des Wahlkampfes einig zu wissen und hoffe deshalb auch zuversichtlich, dass dessen Abwicklung nicht die geringste Trübung der geistigen Übereinstimmung zwischen der DVP und mir bringt.

Über die Motive, die mich zu dieser Haltung veranlasst haben, konnte ich Sie ja zu meiner Freude mündlich unterrichten.

Mit den besten Wünschen für den Erfolg Ihrer Arbeit und mit verbindlichen Empfehlungen auch an Ihre verehrte Gattung bin ich

Ihr Ihnen stets sehr ergebener

Frankfurt–Höchst, am 14. Juli 1949.
Schr./Mu.–

Herrn
Minister a.D. Franz Blücher⁴⁵

Essen – Bredene y
Graf-Bernadotte-Str. 75

Lieber Herr Blücher!

Obwohl ich Ihnen bei unserem letzten Zusammensein bereits die Gründe ausführte, die mich veranlasst haben, ohne Mitglied der CDU zu werden, dennoch für diese Partei zu kandidieren, möchte ich im Interesse unseres guten Einvernehmens und gleicher Ziele doch noch einmal meinen Standpunkt präzisieren.

Ich habe in diesem Jahr die Erfahrung gemacht, dass es wohl nur meinem Einsatz zu verdanken war, wenn die CDU auf der liberalen Linie der Sozialen Marktwirtschaft verharrete, und ich bin auch für die Zukunft überzeugt, dass nur der starke Einfluss einer starken Persönlichkeit dieser Partei das notwendige Rückgrat verleihen kann. Vor die staatspolitische Entscheidung gestellt, ob einer starken demokratisch-liberalen Partei oder der Durchsetzung einer liberalen Politik auf parlamentarischer Grundlage der Vorrang zu geben ist, habe ich mich nach wirklich nicht leichten inneren Kämpfen aus einer höheren Verantwortung zu diesem letzteren Weg entschieden und danach meine Entscheidung getroffen. Ich würde es bedauern, wenn irgendein massgebender Mann der FDP diese Haltung nicht anerkennen oder mir vielleicht sogar andere Motive unterschieben würde.

Für heute drängt es mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich dem bevorstehenden Wahlkampf alle Energien darauf verwenden werde, um die linke Front der

45 Kopie des Schreibens in: ACDP 01-831-029/4 (nicht paginiert). Franz Blücher (1896–1959), Bankdirektor; 1949–1954 Bundesvorsitzender der FDP, 1946/47 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1958 MdB (bis 1956 FDP, dann Freie Volkspartei bzw. Deutsche Partei), 1949–1957 Vizekanzler und Bundesminister für Angelegenheiten des Marshall-Plans bzw. für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vgl. Friedrich HENNING, *Franz Blücher*, in: *Geschichte im Westen* 11 (1997), S. 216–223; Dirk VAN LAAK, *Franz Blücher (1896–1959)*, in: OPPELLAND (wie Anm. 14), S. 117–128.

CDU gegen die SPD zu stärken, und nur gegen diese operiere. Mit Herrn Prof. Heuss habe ich für Württemberg-Baden, wo ich ja bekanntlich kandidiere,⁴⁶ vereinbart, dass wir in Wahlreden uns gegenseitig mit Worten der Achtung voreinander verbeugen, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass zwischen FDP und mir gerade in wirtschaftspolitischer Beziehung keine Gegensätzlichkeiten bestehen und dadurch auch keine Beeinflussung der Wähler erfolgt.

Ich würde glücklich sein, wenn Sie einer solchen Auffassung zustimmen würden, und wir ein gleiches Arrangement auch zwischen und beiden treffen könnten. Ich glaube sogar, dass das in den uns nahe stehenden Kreisen mit Genugtuung und einer gewissen Befreiung begrüsst werden würde. Ich habe Ihnen weiter angeboten, nicht in den Bezirken sprechen zu wollen, in denen der FDP ein Erfolg winkt oder sie sich auf eine starke Wählerschaft stützen kann. Sie haben mir zwar liebenswürdigerweise Ihre Termine mitgeteilt, aber diese Frage leider unbeantwortet gelassen. Ich wäre Ihnen für eine nachträgliche Bekanntgabe besonders verbunden, wobei ich Ihnen ausdrücklich vertrauliche Behandlung Ihres Briefes versichere.

Ich glaube, wir Beide sind uns einig in dem Bestreben, jenen bürgerlichen Parteien zum Sieg zu verhelfen, die ja praktisch die Politik des Wirtschaftsrates erfolgreich getragen haben. Wenn dieses Ziel erreicht wird, dann ist mir auch um die weitere engste Zusammenarbeit nicht bange. Sie können überzeugt sein, dass ich in bezug auf die Konsequenz meiner Haltung und Gesinnung keinen Kompromiss schließen werde und nur solange einer Partei angehöre, als sie die von mir für richtig erachteten Grundsätze in ihrer praktischen Politik verfolgt.

Ich sehe Ihrer Rückäusserung mit besonderem Interesse entgegen und verbleibe mit den besten Wünschen für Ihre erfolgreiche Arbeit

Ihr Ihnen stets sehr ergebener

46 Erhard trat als Kandidat der CDU im Wahlkreis Ulm-Heidenheim an, den er mit deutlichem Vorsprung gewann. HENTSCHEL (wie Anm. 24), S. 87.

Frankfurt–Höchst, am 14. Juli 1949.
Schr./Mu.–

Herrn
Dr. Thomas Dehler⁴⁷

Bamberg
St. Getrau-Str. 35

Lieber Herr Dr. Dehler!

Da ich annehme, dass Sie meinen Entschluss, für die CDU zu kandidieren, mit einigem Missvergnügen aufgenommen haben, lege ich Wert darauf, auch Ihnen die Gründe dieses Verhaltens vertraulich auseinanderzusetzen. Ich glaube das nicht besser tun zu können, als wenn ich Ihnen einen Durchschlag meines heute an Herrn Dr. Blücher gerichteten Schreibens überreiche.

Ich würde mich im übrigen freuen, wenn wir in nächster Zeit einmal mündlich sprechen könnten, da ich wirklich grossen Wert darauf lege, mich mit Ihnen auch weiter in gemeinsamer Front zu wissen.

Mit herzlichen Grüssen
Ihr

Anlage

47 Kopie des Schreibens in: ACDP 01-831-029/4 (nicht paginiert). Dr. Thomas Dehler (1897–1967), Jurist; 1946–1956 Vorsitzender der FDP Bayern, 1949–1967 MdB (1953–1957 Fraktionsvorsitzender), 1949–1953 Bundesminister der Justiz, 1954–1957 Bundesvorsitzender der FDP. Vgl. Udo WENGST, *Thomas Dehler. Eine politische Biographie*, München 1997; DERS., *Thomas Dehler (1897–1967)*, in: OPPELLAND (wie Anm. 14), S. 141–151; *Nach-Denken* (wie Anm. 32).

LITERATURBERICHT

Die Ära Kohl Ein Literaturbericht. Zweiter Teil B: Monographisches zu einzelnen Politikfeldern

Von Hans-Otto Kleinmann

In historischer Betrachtung ist Helmut Kohl – als letzter Kanzler der „alten“ Bundesrepublik (1982–1990) und als erster Bundeskanzler des wiedervereinigten Deutschlands (1990–1998) – der Vollender der „Bonner“ Republik und der Beförderer, der Wegbereiter der „Berliner“ Republik. In der Ära Kohl erfüllte sich die Lebensidee der westdeutschen Staatsgründung, wie sie in der Präambel des Grundgesetzes formuliert steht, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“ und „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen“. In Kohls Regierungszeit formte sich aber auch die neue deutsche Staatsräson mit ihren Notwendigkeiten, nach außen entsprechend dem gewachsenen politischen Gewicht und Handlungsspielraum Deutschlands eine größere Verantwortung als „Mitführungsmacht“ in der Völkergemeinschaft zu übernehmen, und im Innern den Einheitsprozess zu gestalten, den „Aufbau Ost“ durch Angleichung der Lebensverhältnisse von West- und Ostdeutschen zu leisten.

Diese Zweiteilung der 16-jährigen Kohl-Regierung durch die Zäsur von 1989/90 stellt die Geschichtswissenschaft vor nicht geringe Probleme, zumal wenn es um die monographische Erforschung längerfristiger Prozesse geht, die über das Ereignis der deutschen Einheit hinausreichen, also weder 1990 beginnen noch dort enden. In der historischen Retrospektive erscheint die deutsche Einigung heute als Teilvorgang eines umfassenden Epochenwandels, der sich politisch in der neuen multipolaren Weltstaatenordnung nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und dem Ende der Ost-West-Systemauseinandersetzung, zivilisatorisch in der Globalisierungsdynamik und in der Internet-Revolution manifestiert. Die Ära Kohl – mit der deutschen Einheit in ihrer Mitte – fällt gewissermaßen mit der Kernzeit dieses komplexen geschichtlichen Umbruchs in den letzten Jahrzehnten des zweiten Millenniums zusammen. Die Geschichtsschreibung kommt also nicht umhin, ihre Themenstellung und Methodik auf diesen großen Zäsurkontext hin zu orientieren. Die Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten, nach dem Verhältnis von Ereignis und Struktur wie auch – nicht zuletzt – nach dem Zusammenwirken von Persönlichkeit und allgemeiner Notwendigkeit stellt sich hierbei dem Historiker mit einer Unmittelbarkeit und Schärfe wie nur bei wenigen anderen geschichtlichen „Sternstunden“. Es sei, so meint Rödder in seiner „Geschichte

der Bundesrepublik Deutschland“ richtig¹, ein „historiographisches Problem“, „diese Zäsur zur gleichzeitigen machtvollen Kontinuität in Beziehung zu setzen“. Das gilt entsprechend für die Strukturvoraussetzungen politischer Ereignisse und Entscheidungen dieser Zeit. Es sei an die Metapher Tocquevilles² von den „unterirdischen Strömen“ erinnert, die „dasselbe Wasser an neue Ufer“ tragen. Die Auseinandersetzung mit dieser Problematik ist gerade für die Geschichte der Ära Kohl von besonderer Relevanz, weil durch deren unhistorische „Zweiteilung“ in eine „Halbzeit“ prosperierender Entwicklung und eine andere der Stagnation gewissermaßen ein fatales Vexierbild entsteht, in dem Helmut Kohl zunächst als Günstling der Fortuna die Palme des Erfolgs erringt, dann aber durch politische Fehlgriffe und persönliche Fehlritte in Misskredit gerät, um schließlich am Pranger zu stehen.

Für die Buchbranche sind Jubiläen bekannter Persönlichkeiten immer marktrelevant. So ist denn auch zum 80. Geburtstag des „Einheitskanzlers“ in diesem Jahr³ wieder ein ganzer Stoß neuer Literatur über ihn erschienen, die allerdings mehr als Produktvariierung denn als innovativ im Sinne historischer Forschung zu bewerten ist. Ein sympathisches und sachkundiges historisch-biographisches Porträt haben *Heribert Schwan* und *Rolf Steininger* herausgebracht.⁴ Der pensionierte WDR-Journalist, Leiter der Programmgruppe Kultur Feature, ist Kohl bei der Verfertigung der ersten beiden Bände der „Erinnerungen“ zur Seite gestanden und hat daher nähere Einblicke in noch unzugängliche Korrespondenzen und Aufzeichnungen gewonnen, während der Innsbrucker Zeithistoriker seine vorzüglichen Kenntnisse der Archive in London und Washington einbringen konnte. Die Feststellung ihres Vorworts, dass wohl keiner anderen Kohl-Biographie „ein solch umfangreiches Datenmaterial“ zugrunde liege wie dieser Darstellung, kann unbedenklich unterstrichen werden. Die Autoren liefern einen faktenreichen „Auszug“ aus der Lebensgeschichte Kohls, mit dem Schwerpunkt auf der Wiedervereinigungspolitik, einen „Kohl-Ploetz“ gewissermaßen, der mit vielen zitierten Zeugnissen und Meinungsäu-

-
- 1 Andreas RÖDDER, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, München 2004 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 19 A), S. 122. – Siehe auch *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Erster Teil*, in: Historisch-Politische Mitteilungen 14 (2007), S. 355f.
 - 2 Alexis de TOCQUEVILLE, *L'Ancien Régime et la Révolution*, 2. Aufl., Paris 1856, Vorwort.
 - 3 Von den Themenheften oder Sondernummern, in denen aus diesem Anlass Kohl und sein Lebenswerk gewürdigt worden sind, vgl. besonders: Die Politische Meinung 55 (2010) 485 („Deutsche Einheit und europäische Integration. Helmut Kohl zum 80. Geburtstag“), stern edition Nr. 1/2010 („Helmut Kohl. Der Kanzler der Einheit wird 80. Ein Leben für die Politik“); ferner von Tageszeitungen die FR und „Die Welt“ vom 3. April 2010.
 - 4 Heribert SCHWAN/Rolf STEININGER, *Helmut Kohl. Virtuose der Macht*, Mannheim 2010. – Von beiden Autoren wurden auch für eine ARD-Fernsehdocumentation zum 60-jährigen Bestehen der Bundesrepublik Interviews mit deutschen und ausländischen Hauptakteuren dieser Zeit geführt. Diese Zeitzeugengespräche liegen auch in einem Begleitbuch zusammengefasst vor. DIES., *Die Bonner Republik 1949–1998*, Berlin 2009 (Darin: Die Ära Kohl 1982–1998, S. 243–432).

berungen aus schriftlichen und mündlichen Quellen angereichert ist. Die Darstellung hält sich mit Wertungen zurück, lässt dafür aber die Stimmen Dritter mit Kritik oder Anerkennung zu Wort kommen, was ihr ein großes Maß an Authentizität verleiht. Die fünfte und letzte Regierungsperiode Kohls erscheint mit knapp zehn Seiten vergleichsweise stiefmütterlich behandelt, was jedoch durch ein brillant gezeichnetes Charakterbild des Politikers Kohl und seines „Systems“ ausgeglichen wird.

Auch die ehemaligen „Spiegel“-Redakteure *Hans-Joachim Noack* und *Wolfram Bickerich* haben in ihrer Kohl-Biographie⁵ von jeder verzerrenden, negativen Darstellung abgesehen. Als gewiefte Journalisten wissen sie zu gut, dass Polemik und Medisance nur bei Tagesaktualität sinnvoll sind, das kritische Urteil aber die Sache der Historiker ist. Sie erzählen die Lebensgeschichte des Einheitskanzlers verblüffend verständnisvoll, ja würdig nach, nicht tiefschürfend zwar, aber im manieristischen Magazinstil gut lesbar geschrieben. „Die“ Biographie, wie die Titelei kündigt, ist es gewiss nicht, aber ein fair und farbig gezeichnetes Lebensbild Kohls zwischen „Pfälzer Krischer“ und „Elder Statesman“.

Nette Einblicke in die Zusammenarbeit in der engeren Kanzlerumgebung vermittelt das Büchlein von *Stephan Eisel*,⁶ der als Redenschreiber und stellvertretender Leiter des Kanzlerbüros bis 1991 fast ein Jahrzehnt lang unmittelbar mit Helmut Kohl zu tun hatte und seine persönlichen Erfahrungen in lockerem Erzählton mitteilt, reichlich garniert mit Zitaten aus eigenen Vermerken an den Kanzler, aus dessen Reden und diversen Materialsammlungen. Nach einem alten Sprichwort soll es in der Kammerdienerperspektive keine großen Männer geben. Wer dafür in diesem Buch eine Bestätigung sucht, wird enttäuscht werden. Diese „Nahaufnahme“ ist mit einem Weichzeichner-Filter gemacht; sie empfiehlt sich deshalb als Gegenlektüre zu allen ungünstigen Kohlporträts.

Aus erlebter Nähe berichtet auch der „Bild“-Korrespondent und Kolumnist *Mainhardt Graf von Nayhauss*, der mit Kohl seit dessen Ministerpräsidententagen immer wieder zusammengekommen ist.⁷ Seine Reportageskizzen verbinden Momente der privaten und politischen Biographie mit persönlichen Beobachtungen, atmosphärische Schilderungen mit Streiflichtern auf enge Mitarbeiter und Vertraute des Kanzlers. „Mit Kohl allein im Pfälzer Wald“ heißt es da über ein Interview oder „Carbonara“ über Kohls unentbehrlichen Medienberater Eduard Ackermann, „Undank ist der Welt Lohn“ über Kohl und Weizsäcker oder „Treue-Tränen-Hass“ über Kohl und seinen „Kronprinz“ Schäuble. Dazu gibt es auf jeder Seite Fotobilder, von denen viele den Autor

5 Hans-Joachim NOACK/Wolfram BICKERICH, *Helmut Kohl. Die Biografie*, Berlin 2010.

6 Stephan EISEL, *Helmut Kohl. Nahaufnahme*, Bonn 2010.

7 Mainhardt GRAF VON NAYHAUSS, *Helmut Kohl. Meine Jahre mit dem Kanzler der Einheit*, Köln 2010.

als „Adabei“ zeigen, der einleitend darüber staunt, was er alles mit Kohl erleben durfte. Der Abstand zur Hofberichterstattung ist nicht groß. Ein Buch für Kohl-Fans.

Nur kurz braucht die multimediale „Zeitreise“ zu den Deutschen der Jahre 1972 bis 2005 erwähnt zu werden, zu der als Autoren der Publizist Rolf *Hosfeld* und der Filmchronist Hermann *Pölking* einladen.⁸ Es handelt sich hierbei um das Anschlussprodukt zu den bereits 2006 und 2007 erschienenen Bänden über Deutschland in den Perioden 1815 bis 1918, 1918 bis 1945 und 1945 bis 1972. Man trifft also auch in der neuen Publikation die reizvolle Kombination von Text, Bild und Ton an, die dieses Projekt des Piper-Verlages kennzeichnet. Der Textband, sozusagen die Hauptstimme, enthält eine im Sachbuchstil geschriebene Darstellung der wichtigsten Begebenheiten aus Innen- und Außenpolitik, in die – ganzseitig und kursiv gedruckt – Kurzporträts prominenter Personen und Kommentare zu Schlagzeilenereignissen eingestreut sind. Die auf DVD zusammengestellten Filmsequenzen präsentieren sich freilich als ungeordnetes Panoptikum aus Filmen offizieller und privater Herkunft, aus Nachrichtensendungen, Trailern, Schulungs- und Dokumentarmaterialien, die mal vom Originalton begleitet, mal mit neuem Begleittext versehen sind, ohne dass man etwas über Funktion, Schnitt und Entstehung des Materials erfährt. Das Ganze ist eine einzige wilde Springerei von Sujet zu Sujet – eine Reise stellt man sich anders vor. Mit Geschichtsschreibung hat das nur wenig zu tun, trotz der beigegebenen gefilmten Interviews mit den Historikern Konrad H. Jarausch, Peter Graf Kielmannsegg und Christoph Stözl. Man kann angesichts der gänzlichen Beliebigkeit der Fakten- und Bildauswahl in diesem Fall von Scheren- und Kleistergeschichte sprechen. Der Informationswert ist gering, der Unterhaltungsschmeiß ähnelt dem von Dia-Abenden seligen Gedenkens. Im Wesentlichen wird der „Weißt-du-noch“-Affekt angesprochen. Was allerdings bemerkenswert ist und für die Geschichtswissenschaft noch ein besonderes Methoden- und Darstellungsproblem bildet, ist die bewusst gesamtdeutsche Perspektive, in der sich die Bundes- wie die DDR-Deutschen jeweils in ihrem Alltagsleben und ihrer spezifischen Erfahrungswelt „paritätisch“ wiederfinden können. Das möchte wohl auch die Zäsursetzung im Jahr 1972 signalisieren, in dem der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag geschlossen wurde und die Willy-Brandt-Wahl in der Bundesrepublik mit dem Aufstieg Erich Honeckers zum SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden (nach dem Sturz Walter Ulbrichts 1971) korrespondierte. Zur „Ära Kohl“ erfährt man das Gängige in den Kapiteln „Konservative Wende“, „Koalition der Vernunft“, „Der Untergang des ostdeutschen Staates“, „Die neue Rolle Deutschlands“ und „Die Berliner Republik“ (bis zur CDU-Spendenaffäre).

8 Rolf HOSFELD/Hermann PÖLKING, *Die Deutschen 1972 bis heute. Auf dem Weg zu Einheit und Freiheit*, München 2007.

An einer „visuellen Zeitgeschichte“ der 1980er und 1990er Jahre hat sich der Heidelberger Zeithistoriker *Edgar Wolfrum* versucht.⁹ Die Bände der Reihe „Geschichte der Bundesrepublik in Fotografien“ (Band 4 und 5) – sie liefern gleichsam die Bebilderung zu seinem vielgelobten Buch „Die geglückte Demokratie“¹⁰ – stellen Pressefotos, nicht Texte in den Mittelpunkt. Die knappen Zwischentexte enthalten gleichwohl prägnante Querschnittschilderungen der beiden Dekaden unter den Stichworten Helmut Kohls Kanzlerschaft, Außenpolitik und Epochenwende, Strukturwandel der Ökonomie, alles ist möglich (Neue Deutsche Welle, Aids, Boris & Steffi u. a.), wiedervereinigtes Land, kein friedliches Zeitalter, Ende der Deutschland-AG, ‚Zonenkinder‘ und ‚Generation Golf‘. Zusätzliche Informationen geben die relativ umfangreichen Bildlegenden an die Hand. Allerdings stellen sich die Probleme, die der Historiker sowieso schon mit seiner Faktenauswahl hat, im Falle von Fotografien potenziert. Denn aus dem immensen Fotomaterial kann immer nur ganz willkürlich, in einem „*affaire di gusto*“, ausgesucht und zusammengestellt werden. Über die jeweilige Aufnahmesituation, ob offiziell genehmigt, spontan oder gestellt, erfährt der Betrachter nichts. Eine historische Quellenkritik müsste danach fragen. Diese „Erkennungszeichen einer Ära“ sind also allenfalls kaleidoskopische Überreste. Im Grunde können Momentaufnahmen, die die Zeit einfrieren, und dekontextualisierte Bildausschnitte eben keine „Geschichte“ vermitteln, geschweige denn Geschichtsschreibung ersetzen.

Noch sind monographische Arbeiten zur Geschichte der verschiedenen Politikfelder und Gesellschaftsbereiche der Ära Kohl dünn gesät, was zum Teil wohl damit erklärt werden kann, dass die Geschichtswissenschaft erst den Ablauf der archivischen 30-Jahre-Frist abwarten will, bis ihr das amtliche Aktengut zugänglich wird. Aber es gibt auch Ausnahmen: So liegen für die Geschichte der deutschen Einheit¹¹ wie auch für die Sozialpolitik¹² der Ära Kohl

9 Edgar WOLFRUM, *Die 80er Jahre. Globalisierung und Postmoderne*, Darmstadt 2007; DERS., *Die 90er Jahre. Wiedervereinigung und Weltkrisen*, Darmstadt 2008.

10 DERS., *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart* 2006. – Siehe dazu: *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Erster Teil* (wie Anm. 1), S. 358.

11 *Geschichte der deutschen Einheit*, 4 Bde., Stuttgart. Bd. 1: Karl-Rudolf KORTE, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989* (1998). Bd. 2: Dieter GROSSER, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln* (1998). Bd. 3: Wolfgang JÄGER, *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90*, in Zusammenarbeit mit Michael WALTER (1998). Bd. 4: Werner WEIDENFELD, *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90*, mit Peter M. WAGNER und Elke BRUCK (1998). – Siehe auch *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Zweiter Teil. A: Monographisches zur deutschen Einheit*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 15 (2008), S. 485–490. – Ebenda sind auch die wichtigsten Titel zur deutschen Einigungsgeschichte als dem Zentralkapitel der Ära Kohl vorgestellt worden.

12 Siehe unten S. 340.

bereits bedeutende Gesamtdarstellungen von der Hand namhafter Autoren vor, weil für diese von der Regierungsseite angeregten und geförderten Projekte in Zusammenarbeit mit Bundesarchiv und Parteiarchiven einschlägiges Quellenmaterial – zumindest teilweise – zur Verfügung gestellt wurde. Die Forschung sieht sich also im Blick auf die Ära Kohl bei einigen Themenstellungen bereits Synthesen gegenüber, bevor überhaupt grundlegende Einzelanalysen angefertigt worden sind, was einigermaßen paradox anmutet. Es handelt sich hierbei sozusagen um eine historiographische Reaktion auf die Zäsur der deutschen Einheit: Mit ihr bekamen die Historiker von den Zeitläufen selbst einen einzigartig markanten Höhepunkt serviert, auf den sie hin – dramaturgisch effektiv – ihre Darstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der Außenpolitik, hinauslaufen lassen konnten.

In der historiographischen Literatur zur Ära Kohl findet man also einerseits solche großen Überblicke, die seine Regierungszeit bis 1989/90 in die Geschichte der „alten Bundesrepublik“ integrieren, andererseits erste, auf die Gesamtära bezogene monographische Studien, die sich aber fast durchwegs in empirischen Aufarbeitungen und deskriptiven Rekapitulationen erschöpfen, hingegen perspektivische oder gar diskursive Ansätze vermissen lassen. Generell ist die derzeitige Literaturlage zur Geschichte der Ära Kohl noch immer von der Optik der Publizistik und Medienwelt dieser Jahre geprägt. Eine Gesamtgeschichte der Ära Kohl stellt sich also der Geschichtswissenschaft als eine anspruchsvolle Aufgabe. Einen gewissen Ersatz bieten inzwischen die zahlreichen, qualitativ sehr unterschiedlichen Kohl-Biographien¹³ und seine „Erinnerungen“. Aber auch für die Geschichte dieser Jahre gilt freilich: Erst wenn die Zeit die „Schwelle der Zerkleinerung“ (Georg Simmel) überschreitet, wenn die publizistischen Kolorierungen und massenmedialen Feuerwerke von damals ihre Kraft verlieren, schlägt die Stunde der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnisarbeit, um das Bild der Ära Kohl zu „objektivieren“. Bereits vorliegende Darstellungen, über die im Folgenden berichtet wird, sind vom historischen Standpunkt aus gesehen – bis auf wenige, bemerkenswerte Ausnahmen – nicht mehr als Vorarbeiten oder Prospektierungen.¹⁴

13 Siehe zu den Biographien und den „Erinnerungen“ *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Erster Teil* (wie Anm. 1), S. 365f. und S. 396–403. – Zu neueren biographischen Werke siehe oben S. 2f., im Übrigen sei auf den Nachtrag im nächsten Band der Historisch-Politischen Mitteilungen verwiesen, der über Neuerscheinungen und andere relevante, noch nicht berücksichtigte Titel berichtet wird.

14 Eine zeitgeschichtliche Zwischenbilanz für die wichtigsten Politikfelder der Regierung Kohl liegt jetzt mit dem Sammelband *„Die Ära Kohl im Gespräch“* vor, der die Beiträge der gleichnamigen Tagungsreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammenfasst (hg. von Günter BUCHSTAB/Hans-Otto KLEINMANN/Hanns Jürgen KÜSTERS, Köln 2010).

Außenpolitik

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Kohl, insbesondere die Bereiche Europapolitik, deutsch-französischer Bilateralismus sowie NATO, hat bislang am häufigsten und intensivsten die Aufmerksamkeit der Forschung gefunden. Das erklärt sich zum einen sicherlich aus den außenpolitischen Epochenereignissen zu Anfang der 1990er Jahre – Erledigung der „deutschen Frage“, Vertiefung der EU, Rollenveränderung und Öffnung der NATO nach Osten –, die das Interesse von Wissenschaft und Publikum gleichermaßen auf sich ziehen; zum anderen hängt dieser Vorrang der außenpolitischen Thematik aber auch mit der Wissenschaftsorganisation selbst zusammen, in der die Fachdisziplin Internationale Politik fest eingeführt und entsprechend fruchtbar ist. Es kommt hinzu, dass sich die Zäsur von 1990/92 wie auch die Kontinuität über sie hinweg allgemeiner und eindeutiger darstellt als in der deutschen Innenpolitik, bei der die Problematik extrem unterschiedlicher Erfahrungen von Ende und Neuanfang in der ehemaligen DDR und in der Bundesrepublik besteht.

Für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik waren das grundlegend Neue das Ende des Ost-West-Konflikts und der europäischen Teilung, der Zerfall der Sowjetmacht, die Auflösung des Warschauer Pakts, der Wechsel vom „doppelten“ Frontstaatendasein zur stabilisierenden Existenz in der europäischen Mitte; aber diese Veränderungen der Rahmenbedingungen vollzogen sich zugleich in einem Kontinuitätszusammenhang¹⁵, den die Europapolitik, die strikte Westbindung, die deutsch-französische Achse sowie die machtpolitische Selbstbeschränkung, anders gesagt, das eingewurzelte Rollenkonzept der „Zivilmacht“ bilden. Wenn *Ulrich Lappenküper* schreibt¹⁶: „Mit der Wiedervereinigung 1990 begann für Deutschland und seine Außenpolitik eine neue Zeit“, so stimmt das – angesichts der „höchst bemerkenswerten Kontinuität“ (Hanns W. Maull) in den außenpolitischen Grundlinien – nur sehr bedingt. Der mittlerweile in Hamburg lehrende Historiker hat in der von Geschichtslehrern und Studierenden hochgeschätzten Oldenbourg-Reihe ein informatives Kompendium zur „Bonner“ Außenpolitik verfasst, das zusammen mit seiner ausführlichen Bibliographie und seiner sorgfältigen Skizzierung des Forschungsstandes, wie es der Verlagskonzeption entspricht, für das Studium der Außenpolitik der Ära Kohl ein solides „Starter-Paket“ bietet. Allerdings macht die periodische Begrenzung auf das Jahr 1990 und die „Bon-

15 Vgl. dazu: Hanns W. MAULL, *Die prekäre Kontinuität. Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck*, in: Manfred G. SCHMIDT/Reimut ZOHLNHÖFER (Hg.), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Wiesbaden 2006, S. 421–446.

16 Ulrich LAPPENKÜPER, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990*, München 2008 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 83), S. 115.

ner“ Politik die Darstellung buchstäblich zu einer „halben Sache“. Bei Teilbereichen der Politik ist eine historische Periodisierung nämlich dann problematisch, wenn sie sich nicht oder nur wenig mit der gesamtstaatlichen Geschichte zur Deckung bringen lässt. Hierin liegt ein kleines konzeptionelles Manko des sonst historiographisch überzeugenden Buches. Die auswärtige Politik der Kohl/Genscher-Regierung bis zum Gewinn der deutschen Einheit charakterisiert der Autor mit den Leitbegriffen „Aktive Friedenspolitik“ und „Selbstbehauptung durch Selbstbeschränkung“ – Zitat aus der ersten Regierungserklärung Kohls und aus der von Helga Haftendorn erschienenen Überblicksdarstellung (s. u.) der deutschen Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Betont wird die außenpolitische Kontinuität, in deren Zeichen auch die „Wende“ von 1982 erfolgte. Die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und die konsequente Verfolgung der Genscher-Colombo-Initiative für eine erweiterte europäische Kooperation waren eigentlich Vorhaben, die von der schwachen letzten Schmidt-Regierung (1980–1982) nicht mehr verwirklicht werden konnten; gleiches gilt für die Einladung Honeckers zum Staatsbesuch in der Bundesrepublik. Die Rolle, die in diesen Zusammenhängen dem in beiden Regierungen verantwortlichen Ressortminister Hans-Dietrich Genscher für die Weiterverfolgung des außenpolitischen Kurses zufiel, wird auffällig hoch notiert, während Kohls Beitrag eher relativiert und in einem „diffusen“ Licht (S. 42 und S. 107) erscheint. Als zentrale Zielvorstellungen der „Bonner“ Politik werden die Stabilisierung der atlantischen Partnerschaft, die Entspannung im Verhältnis zum Osten, namentlich zur Sowjetunion, einschließlich einer Intensivierung der deutsch-deutschen Beziehungen, der Fortschritt im europäischen Einigungswerk, unter anderem durch Belebung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, deutlich herausgestellt. Dabei bleiben die Differenzen und Diskussionen über außenpolitische Teilgebiete und Einzelfragen wie über SDI, Abrüstungs- und Entwicklungspolitik wie auch etwa die Beziehungen zu Polen nicht ausgespart. Am Beispiel der Südafrikapolitik fällt selbst der Blick auf die von Franz Josef Strauß betriebene „bayerische Nebenaußenpolitik“. Den Schluss- und Höhepunkt – im Überblickskapitel wie auch im nachfolgenden Forschungsbericht – bildet die Politik der „äußeren“ Wiedervereinigung, für die außer Zweifel gestellt wird, dass die deutschlandpolitische Führung bei Bundeskanzler Kohl lag und seine „Marschroute“ entscheidend für den Erfolg war.

Von einem ganz anderen Schlag ist die Darstellung der bundesrepublikanischen Außenpolitik durch den Bonner Politikwissenschaftler *Christian Hacke*.¹⁷ Sein Buch ist nicht in erster Linie an Fachleute, sondern an ein breites, interessiertes Publikum adressiert. Es handelt sich bei diesem Werk weniger

17 Christian HACKE, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*. 2. Aufl. der akt. Neuausg., Berlin 2004.

um eine klassische „Geschichte“ der Außenpolitik, sondern mehr um einen bilanzierenden Großessay, der voller Wertungen und Kommentare steckt, in der konkreten Sachinformation und der erzählerisch-konstruktiven Organisation eines Gesamtbildes jedoch Defizite aufweist. Auch Hacke gibt der „Zweiteilung“ der Kanzlerschaft Kohls durch die Wiedervereinigung eine maßgebende Bedeutung für die deutsche Außenpolitik. Folgt man seiner Argumentation, sei das neue Deutschland nach 1990 gleichsam unvorbereitet aus dem Schutzgehege, in dem die Bundesrepublik und die DDR während des Kalten Krieges Enthaltensamkeit nach außen üben mussten, in den Dschungel der Machtpolitik „ausgewildert“ worden und habe angesichts der neuen Herausforderungen aus „Angst vor der Macht“ versagt. Zitat: „Ängstlichkeit und schwächliche Arroganz, diese beiden Merkmale deutscher Außenpolitik, kamen gerade nach 1990 wieder zum Ausdruck“ (S. 390). Die erste Hälfte der Regierungszeit Kohls sieht der Autor zwar in grundsätzlicher Kontinuität zur Regierung Schmidt/Genscher, aber die unionsgeführte Koalition der „Wende“ habe seit 1982 entschlossener und klarer die Priorität der Westbindung praktiziert, sowohl durch Bekräftigung der deutsch-amerikanischen Beziehungen als auch durch Ausbau des Sonderverhältnisses zu Frankreich. Konzeptionell habe hierzu gerade auch die sicherheitspolitische Stabilisierung durch Stationierung von Pershing-Raketen bei gleichzeitiger Unterstützung von Abrüstungsschritten gehört (Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses). Europapolitisch habe die Regierung Kohl/Genscher zwar ebenfalls an die Schmidt-Politik angeknüpft, aber durch eine energischere Verfolgung der Ziele Binnenmarkt und Politische Union die „Eurosklerose“ überwinden können. Auch in der Deutschlandpolitik habe Kohl die sozialdemokratisch-liberale Positionen der Entspannung übernommen, gleichzeitig jedoch die traditionellen Rechtsgrundsätze der Bundesrepublik seit Adenauer wieder mehr geltend gemacht und das „demokratische Werteprofil der Bundesrepublik in einen bewussten Gegensatz zur DDR“ gestellt (S. 302). Das habe in Kombination mit einer dynamischen Interpretation der Ostverträge und mit starken finanzpolitischen Anreizen (Milliardenkredite) zu einem deutschlandpolitischen Wandel geführt, der in der operativen Bilanz beachtliche Erfolge erbrachte. Die Reformpolitik Gorbatschows ermöglichte es dann, die deutsch-deutschen Beziehungen „in eine kooperative Symmetrie zur Entspannungspolitik der beiden Weltmächte“ zu rücken und der Deutschlandpolitik damit Handlungsspielräume zur Überwindung des Status quo zu eröffnen. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts durch Gorbatschow in der gemeinsamen deutsch-sowjetischen Erklärung vom Juli 1989 (Staatsbesuch Gorbatschows in der Bundesrepublik) erscheint in ihrer Bedeutung für die osteuropäischen Staaten und die DDR als „revolutionärer“ Akt. Als positive Zwischenbilanz vor dem Umbruchjahr formuliert Hacke: „Die Bundesrepublik unter Führung von Bundeskanzler Kohl hatte schon vor den revolutionären Veränderungen 1989 neue Maßstäbe für Aussöhnung und

Entspannung nach Osten gesetzt“ (S. 334). Dem Lob wird jedoch sogleich der Tadel angeheftet, die allgemeinen Grundmängel bundesrepublikanischer Außenpolitik seien weiter bestehen geblieben: Schwäche des außenpolitischen Willens (!), sicherheitspolitische „Trittbrettfahrer-Mentalität“, politischer Provinzialismus der Eliten, Unfähigkeit, das nationale Interesse für die Bundesrepublik zu definieren, sowie Vernachlässigung des Zusammenhangs von Machtpolitik und Verantwortung – alles bekanntlich Lieblingskriterien des Autors.

Die Wiedervereinigungspolitik Kohls und Genschers beschreibt Hacke als Höhepunkt der Staatskunst. Kohls 10-Punkte-Programm sei das Meisterstück gewesen, das mit der Doppelvision von deutscher Einheit und vereinigtem Europa die „revolutionäre diplomatische Leistung“ der Wiedervereinigung eingeleitet habe. Erreicht worden sei dieser Erfolg „durch eine eigentümliche Spannung von Machtverzicht und Machtgebrauch“. In den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen habe die westliche Diplomatie triumphiert. Doch dann – das ist eine zentrale These des Autors – sei der neugewonnene außenpolitische Status des vereinigten Deutschlands, „befreit von der Last der Teilung und vom alten Ost-West-Konflikt“, in der zweiten Hälfte der Ära Kohl für die Regierung zunehmend zum Problem geworden. Die große Stunde des Wiedereintritts Deutschlands in die Weltpolitik habe kleinbürgerliche, provinziell denkende Geister gefunden. Am Golfkrieg, am Jugoslawienkrieg, an der Somalia-Katastrophe wird zu zeigen versucht, wie widersprüchlich und ohne klare Interessendefinition, ja aufgrund kapitaler Fehleinschätzungen das neue Deutschland außenpolitisch handelte. Deutschland habe keine Verantwortung und vor allem nicht Führung übernehmen wollen. Obwohl die „Maxime“, Außenpolitik nur mit nichtmilitärischen Mitteln durchzusetzen, anachronistisch geworden sei, habe die Regierung den Einsatz der Bundeswehr außerhalb der NATO aus Verfassungsgründen und politisch-historischen Rücksichten abgelehnt – ein „Hauptfehler“ der Kohl/Genscher-Regierung. An der Außenpolitik des vereinigten Deutschland in der zweiten Hälfte der Ära Kohl lässt Hacke kaum ein gutes Haar. Insbesondere auf Außenminister Klaus Kinkel (seit 1992) läßt sich die Kritik ab, dem mangelnde Konzeptionsfähigkeit, fehlende Professionalität, verantwortungslose Scheckbuchdiplomatie sowie große Abhängigkeit vom Bundeskanzler vorgeworfen werden. Als Aktiva der Regierung Kohl/Kinkel nennt Hacke immerhin die Reformfortschritte der europäischen Integration, den Abbau historischer Vorbehalte in Mittel- und Osteuropa gegenüber Deutschland, die diplomatische Umsichtigkeit bei der NATO-Osterweiterung und „als herausragende Leistung“ die Erweiterung des sicherheitspolitischen Engagements auf dem Balkan. Als außenpolitisches Hauptversäumnis gilt ihm die Vernachlässigung der nationalstaatlichen Kategorie „zugunsten einer undifferenzierten Gleichsetzung bzw. Identifizierung deutscher und europäischer Interessen“ (S. 430). Eine „Normalisierung deutscher Außenpolitik“ durch Ausbalancierung von nationalen Interessen und Gemeinschaftsinteressen sei ausgeblieben.

Hacke schreibt stets frisch von der Leber weg, mit einer kräftigen Bildsprache, die sich bisweilen überschlägt („Erst im eisigen Klima des Kalten Krieges ... zog in die Wohnstuben der Westdeutschen die angenehme Wärme von Demokratie ein“). Dass seine Darlegungen und Aussagen stets bedenkenswert sind, gerade auch da, wo sie, sei es durch Inhalt, sei es durch Formulierung, provozieren, ist nicht zu bestreiten. Man hat sein Buch in einigen Rezensionen als unwissenschaftlich kritisiert. Das ist übertrieben und unangemessen. Ein gestandener Wissenschaftler, der sein Metier so wie Hacke beherrscht, vermag sich auch ohne Methoden- und Theoriediskussionen im Stil akademischer Qualifizierungsarbeiten kompetent zu Wort melden. Allerdings sollte das andererseits auch nicht in bloßen Meinungsäußerungen geschehen, ohne dass nähere Begründungen mitgeliefert werden. Der Historiker wird auch allzu kühnen geschichtlichen Analogien kaum etwas abgewinnen können. Die Bundesrepublik beispielsweise mit dem „Vernunftcharakter des Rationalstaates Preußen“ auszustatten, ist nur schwer nachvollziehbar. Der fachlich versierte Leser wird sich zudem an dem nonchalanten Umgang mit dem Begriff der „Macht“ stoßen, der auf diese Weise gänzlich ausgehöhlt wird, so dass letztlich wenig damit anzufangen ist. Es täte dem Buch gut, wenn es im Sinne einer stringenter Strukturierung und durch Eliminierung kulturkritischer Allerweltpassagen einer gründlichen Revision unterzogen würde. Dann hätte es das Zeug, ein „Klassiker“ zu werden.

Zum Vergleich bietet sich das Buch des Erlanger Historikers *Gregor Schöllgen* an, der in einer dichten, teilweise aber auch stark verkürzenden Zusammenfassung die Geschichte der bundesrepublikanischen Außenpolitik anhand der Hauptereignisse, Grundentscheidungen und Rahmenbedingungen erzählt.¹⁸ Dabei werden sowohl die Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch die deutsch-deutschen Beziehungen einbezogen. Die Ära Kohl ist in den Kapiteln „Sicherung des Status quo 1975–1989“ und „Aufbruch in die Weltpolitik 1989–1999“ abgehandelt. Dabei ist eine Doppelthese zugrunde gelegt: Zum einen sei die Tradition einer Politik der gleichberechtigten Stellung Deutschlands, wie sie das Kaiserreich begründet habe, auch von Seiten der Bundesrepublik und ihren Kanzlern nach Maßgabe der weltpolitischen Konstellationen fortgeführt worden. Aus dieser Ablehnung eines Sonderstatus der Bundesrepublik erkläre sich beispielsweise die Weigerung von Kohl, nach Inkrafttreten des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrages die deutschen „Pershing IA“ abzubauen. Auch bei der Wiedererlangung des Status eines „außenpolitisch vollständig“ souveränen Nationalstaates 1990 sei dem „Faktor der Gleichrangigkeit“ (etwa in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen) Rechnung getragen worden. Zum anderen habe Deutschland, wie seine internationale Rolle

18 Gregor SCHÖLLGEN, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 3. erw. und akt. Ausg., München 2004.

seit der Wiedervereinigung erweise, jeder Politik der Alleingänge zu Lasten der Nachbarn entsagt und sein Interesse von Engagements im Interesse der Völkergemeinschaft bestimmen lassen. Es werde sich allerdings, so der Verfasser, in Zukunft noch notwendiger erweisen, in der Gemeinsamkeit der Europäischen Union außen- und sicherheitspolitische Alternativen zu fragwürdigen Politikkonzepten und -aktionen der USA, insbesondere in der Dritten Welt, zu entwickeln. Die Darstellung der Außenpolitik in der Ära Kohl beginnt mit der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. Der Bonner Regierungswechsel 1982/83 habe jedoch keine Änderung des außenpolitischen Kurses zur Folge gehabt, „weder in der KSZE, noch in der Ost-, noch in der Deutschlandpolitik“. Der Unterschied sei vielmehr in der Akzentuierung zu sehen. Die Regierung Kohl habe deutlicher als die Regierung Schmidt die Unvereinbarkeit der Systeme betont und in der Öffentlichkeit vermehrt die Änderung unhaltbarer Zustände angemahnt (Menschenrechte, Berichte zur Lage der Nation im geteilten Deutschland). Die Vereinigung Deutschlands und die Einigung Europas werden als „zwei Seiten derselben Medaille“ an Kohls Zugeständnissen auf dem Straßburger Europagipfel 1989 und an den Initiativen von Kohl und Mitterrand für eine europäische Union erläutert. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sei außenpolitisch zwar nicht durch einen Friedensvertrag besiegelt worden, aber der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom September 1990 habe dessen Funktion übernommen, was auch die mit ihm im engen Zusammenhang stehenden Verträge mit der Sowjetunion (Nachbarschaftsvertrag) und Polen (Bestätigung der polnischen Westgrenze) vom 9. November 1990 und 14. November 1990 zum Ausdruck bringen würden. Mit der Einheit hätten die Deutschen nach 1871 und 1918 nicht nur die „dritte historische Chance“ erhalten, in einem Nationalstaat zu leben, sondern sie seien „gleichsam über Nacht wieder in die Rolle einer kontinentalen Großmacht mit weltpolitischem Gewicht“ gekommen (S. 201). Deutschland sei wieder zum stärksten Staat Europas (nach Russland) aufgestiegen. Was ausländische Beobachter frühzeitig realisiert hätten, sei indes von den Deutschen zunächst nicht wahrgenommen worden. Erst der Golfkrieg und der Jugoslawien-Konflikt mit der Forderung des Auslands nach dem Einsatz deutscher Soldaten hätten gezeigt, wie grundlegend sich die Lage Deutschlands geändert habe. Neben dem sozio-ökonomischen hat das vereinigte Deutschland also auch einen außenpolitischen Preis für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit zu zahlen.

Mit dem „Suchlicht“ (Einführung) auf der „Wiedergewinnung des Handlungsspielraums“ hat *Helga Haftendorn*, Altmeisterin der Wissenschaft Internationale Politik in Deutschland, ihre Darstellung der deutschen Außenpolitik in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts gegeben.¹⁹ Ihre Ausgangsfrage

19 Helga HAFTENDORN, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000*, Stuttgart 2001.

ist, wie Deutschland von einem besiegten und doppelt gebundenen Staat, „eingebunden in eine verhängnisvolle deutsche Geschichte und in die strukturellen Abhängigkeiten des Ost-West-Konflikts“, seine Einheit wiedergewinnen und zu einem geachteten Mitglied der Völkergemeinschaft werden konnte? Diese Entwicklung wird in einer Kapitelfolge nachgezeichnet, die nicht streng chronologisch, sondern nach thematischen, gemäß den internationalen Herausforderungen der deutschen Politik gebildeten Schwerpunkten geordnet ist. So beginnt das Werk mit der Konstitutionsphase der Bundesrepublik und mit den Grundentscheidungen der Europapolitik und führt über die NATO-Integration, die Ost- und Entspannungspolitik, die Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft und den Abrüstungsprozess zwischen NATO-Doppelbeschluss und doppelter Null-Lösung zur Europäischen Union und zur deutschen Vereinigung. Abschließend fällt der Blick auf die neuen außenpolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Ein eigenes Kapitel ist der Außenpolitik der DDR „zwischen Anpassung und Autonomie“ gewidmet. Diese Betrachtungsweise hat zwar den Vorteil einer konzentrierten Sachunterrichtung für sich, aber dafür muss der Leser in Kauf nehmen, dass ihm geschichtliche Zusammenhänge immer nur sehr knapp und eher beiläufig klar gemacht werden. Wenn der Vertrag von Maastricht vor dem Mauerfall behandelt wird, ist irgendwie der dia- und synchrone Ordnungssinn des Historikers und wohl auch der des Normallesers gestört. Die Außenpolitik der Ära Kohl findet sich demzufolge nicht kompakt dargestellt, sondern auf verschiedene Kapitel verteilt, so dass Kohl zumindest während der ersten Phase seiner Kanzlerschaft als bloßer „Fortsetzer“ erscheint, der mit kleinen Tempoänderungen und Gewichtsverlagerungen sich in den Spuren seiner Vorläufer bewegt. Außenpolitisch hätten ihn zunächst die Weltwirtschaftsentwicklung und der 1982 einsetzende konjunkturelle Aufschwung begünstigt, aber in den 1990er Jahren sei er dann unter den dreifachen, durch einen zyklischen Konjunkturrückgang noch verstärkten Druck von Einheitsfolgen, EU-Vergemeinschaftung und Globalisierung geraten. „Nach der Wiedervereinigung entstand die paradoxe Situation, dass Deutschland zwar an wirtschaftlicher Potenz gewonnen hatte, aber zum einen durch die weiterhin erforderlichen finanziellen Transfers in die neuen Bundesländer und zum anderen durch das hohe Maß an internationaler Verflechtung ... diese nur sehr begrenzt nutzen konnte“ (S. 263).

Die Sicherheits- und Entspannungspolitik der Regierung Schmidt/Genscher sei von der Koalition aus CDU, CSU und FDP in „ihren Grundzügen“ fortgesetzt worden, aber heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung über die doppelte Null-Lösung für Mittelstreckenraketen und Waffen kürzerer Reichweite hätten zu Spannungen mit den westlichen Bündnispartnern, vor allem den USA geführt. Bei den INF-Verhandlungen habe die Bundesrepublik daher nicht annähernd so gestaltend mitwirken können wie beim NATO-Dop-

pelbeschluss. In der Europapolitik habe die „pro-europäische konservative Koalition“ durch ihre Initiativen den Prozess der europäischen Einigung wiederbeleben können. Besonders von den Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand seien wesentliche Impulse für die weitere Integration ausgegangen. Die Überwindung des jahrelangen Stillstands der EG gehe jedoch weniger auf den Beitrag der beteiligten Politiker zurück als auf ökonomische Gründe, die zu raschen Reformen genötigt hätten. Die deutsche Einheit habe dann einen erneuten Schub für die Integration bedeutet, denn die kleineren europäischen Staaten, aber auch besonders Frankreich hätten das vereinigte Deutschland aus Sorge vor seiner Übermacht durch Einbindung in den europäischen Kontext „domestizieren“ wollen. Bei der Verwirklichung der Politischen Union sei die Bundesregierung die treibende Kraft gewesen, weil sie zur Verwirklichung deutscher Interessen in der Außen- und Sicherheitspolitik den europäischen Rahmen gebraucht habe.

So umsichtig in seinem Handlungs- und Entwicklungsverlauf nachgezeichnet wie der Weg zur Europäischen Union ist auch der Wiedervereinigungsprozess zwischen Maueröffnung und Tag der Deutschen Einheit. Der „Glücksfall der Geschichte“ sei es gewesen, dass in der Sowjetunion und in den USA mit Gorbatschow und Bush Staatsmänner regiert hätten, die eine deutsche Vereinigung mit der Interessenlage ihres Landes in Einklang bringen konnten. Deutscherseits habe sich „die von den verschiedenen Bundesregierungen praktizierte Strategie des Multilateralismus“ bewährt (S. 385). Zu den neuen Herausforderungen an die deutsche Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zählt die Autorin die Neudefinition der Rolle Deutschlands in Europa und der Welt sowie die Umwandlung des Atlantischen Bündnisses in ein kollektives Sicherheitssystem mit „partnerschaftlicher Ausgestaltung der gegenseitigen Beziehungen“ zum ehemaligen Gegner. Dabei habe es deutschem Interesse entsprochen, die mittelosteuropäischen Reformstaaten in die westlichen Strukturen einzubeziehen, um sie zu stabilisieren und zugleich Deutschland aus der Randlage zu befreien, in die es im Kalten Krieg geraten sei. Die Herausforderung des Jugoslawien-Konflikts habe die Bundesregierung insofern erfolgreich bestanden, als es ihr gelungen sei, durch Einschaltung der EU-Gremien und der G-8 (vor allem Russland) nicht nur einen „substantiellen Beitrag zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu leisten“, sondern sich auch als „weltpolitischer Akteur“ neben den USA zu profilieren. Im „Fazit“ kommt Haftendorn zu dem Schluss, Deutschland versuche in seiner neuen internationalen Rolle die außenpolitische Balance zwischen der Wahrnehmung „seiner Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität in Europa“ und der Rücksichtnahme „auf Partner, welche die ‚europäische Zentralmacht‘ als zu dominant empfinden“ (S. 445).

In Rezensionen ist Haftendorns Werk als „Handbuch“ und als „Panorama“ deutscher Außenpolitik gelobt worden. Mehr noch bietet sich der Vergleich mit

einem „Ergebnisprotokoll“ an, so nüchtern, so akkurat, so „selbstausslöschend“ hat die Autorin geschrieben, ohne jede Diskussion und ohne möglichen Interpretationen, unterschiedlichen Perspektiven oder offenen Fragen Raum zu geben. Auch ist aus der einleitend angekündigten Fokussierung auf die handelnden Politiker nichts geworden, erscheinen diese doch stets nur mit bloßer Namensnennung, wesenslos und beliebig austauschbar gegen institutionelle Akteure wie Bundesrepublik, Bundeskanzler, Bundesregierung, Bonn u. a.

Die unter dem Eindruck der aktuellen Politik in der Ära Kohl entstandenen großen Zusammenfassungen sind von einer spezifisch historischen Erkenntnis noch weit entfernt und werden in dem Maße rasch veralten, in dem aufgrund der Erschließung neuen Quellenmaterials und des „Folgewissens“ der Historiker neue Konkretisierungen und Korrekturen durch monographische Einzelbearbeitungen vorgenommen werden. Erste wichtige Beiträge und Ergebnisse sowohl von politikwissenschaftlicher wie auch von historischer Seite liegen indes bereits vor; auch die Diskussion innerhalb der Forschung ist, wenn auch nicht auf breiter Front, so doch in Teilbereichen, unverkennbar eröffnet. Das gilt an erster Stelle für das Forschungsgebiet der in der Einheit kulminierenden Deutschlandpolitik, sodann auch für die Erforschung der bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik in den Regierungsjahren Kohls, namentlich für das deutsch-französische Verhältnis, vor allem jedoch für die Europapolitik, die sich ja längst zu einem autonomen Fach der Internationalen Politik entwickelt hat. Es kommt hinzu, dass das Jahrhundertereignis der deutschen Wiedervereinigung auch das Interesse der internationalen Wissenschaft für die Ära Kohl außerordentlich intensiviert hat. Generell trifft allerdings auf fast alle diese Beiträge zu, dass sie sich vorrangig auf die empirische Beschreibung von Ereignisabläufen und -zusammenhängen konzentrieren und eine handlungsorientierte Betrachtungsweise bevorzugen, es aber an deutendem Verstehen, genetischer Erklärung und Analyse von Wirkungs- und Bedeutungszusammenhängen weitgehend fehlen lassen.

Das „Ringens um die deutsche Einheit“ hat *Hanns Jürgen Küsters*, jetzt Leiter der Wissenschaftlichen Dienste der Konrad-Adenauer-Stiftung, klar und kompetent beschrieben. Sein zum 20. Jahrestag des Mauerfalls herausgekommenes Taschenbuch²⁰ ist die überarbeitete, aktualisierte Fassung seiner 1998 verfassten Einführung zur Sonderedition „Deutsche Einheit“.²¹ So komprimiert und aktenbasiert-präzise finden sich die politischen Umstände, Entscheidungen und Stadien des Wiedervereinigungsprozesses nirgendwo anders dar-

20 Hanns Jürgen KÜSTERS, *Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90*, Freiburg i. Br. 2009.

21 *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90* (Dokumente zur Deutschlandpolitik), bearb. von Hanns Jürgen KÜSTERS und Daniel HOFMANN, München 1998. – Siehe auch *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Zweiter Teil* (wie Anm. 11), S. 490.

gelegt. Die Studie setzt interessanterweise nicht mit der friedlichen Revolution in der DDR ein, sondern mit dem Jahr 1987, als die zweite Regierung Kohl ihre Arbeit aufnahm. Die These, die der Autor anhand der Kanzleramtsakten verfolgt, ist von großer Plausibilität: Der Erfolg der deutschen Einheit erklärt sich demnach aus dem Zusammenhang von einmalig günstiger internationaler Konstellation, revolutionärer Bewegung in der DDR und strategisch geschickter Bonner Politik, die den historischen Moment erkannte und die Gelegenheit entschlossen nutzte. Die Wiedervereinigung war kein politisches Glückslos, kein geschichtlicher Zufall, sondern das Ergreifen einer Möglichkeit, die von der Regierung Kohl zwar nicht bewusst herbeigeführt, aber als sie sich bot, mit Urteilsfähigkeit und Verhandlungsgeschick unter günstigen Bedingungen wahrgenommen wurde. Bedarf es aber wirklich der durchgängigen Verwendung des historischen Präsens, um diesem Geschehen Dynamik zu verleihen und die Aktualität dieser Thematik zu verdeutlichen?

Mit dem Küsters-Buch und mit den von Karl-Rudolf Korte und Werner Weidenfeld verfassten gewichtigen Bänden der „Geschichte der deutschen Einheit“ (1998) haben ältere Arbeiten als überholt zu gelten. Die Münchner politikwissenschaftliche Dissertation des Thailänders *Bunpot Gummerdsiri* hatte noch im Zugwind des Einheitserlebnisses versucht,²² den zwischen der Bonner Deutschland- und Ostpolitik bestehenden Zusammenhang vor dem Hintergrund des revolutionären Geschehens in der DDR wie auch im internationalen Kontext zu betrachten. Mit ihrem dezidiert „neorealistischen“ Ansatz aber, für den praktisch nur Presseerzeugnisse zur Auswertung verfügbar waren, blieb die Untersuchung in reiner Deskription stecken. Was die Arbeit gleichwohl interessant macht, ist die zeitnahe Perspektive.

Beachtung verdient die Münchner Dissertation von *Ting-Fu Hung* über die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher.²³ Ihr besonderer historiographischer Reiz besteht darin, dass sie, im Mai 1989 abgeschlossen und also ganz unberührt von den Umbruchereignissen des Jahresendes, mit „neorealistischem Ansatz“ auf die Politik der Jahre 1984 und 1985 zurückblickt. Die historische Perspektive ist hier nicht vom unverhofft-glücklichen Endpunkt, der deutschen Einheit, bestimmt; vielmehr ist die Geschichte der Deutschlandpolitik für den Beobachter wie für die handelnden Politiker noch als völlig offen dargestellt. Mit der „Wende“ von 1982, so zeigt die Studie, habe die Deutschlandpolitik zwei wesentliche Akzentverschiebungen erfahren: Die Regierung Kohl/Genscher habe zum einen den Willen des deutschen

22 Bunpot GUMNERDSIRI, *Die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1989 bis zur Begegnung Kohl/Gorbatschow in Moskau 1990 unter besonderer Berücksichtigung der Revolution in der DDR*, Diss. phil. masch., München 1992.

23 Ting-Fu HUNG, *Die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher in den Jahren 1984/85 unter Berücksichtigung der Diskussion um die Offenheit der Deutschen Frage*, München 1989.

Volkes zur nationalen Einheit wieder stärker bekräftigt und zum anderen die Lösungsvorstellungen zur deutschen Frage eindeutiger auf die Werte Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie bezogen. Die Offenhaltung der deutschen Frage sei für die Außenpolitik der Bundesrepublik gegenüber Ost wie West als strategische Aufgabe verstanden worden. In der Argumentation der CDU/CSU/FDP-Koalition werden im Vergleich zur sozial-liberalen Regierung zudem kräftigere moralische und ethische Akzente ausgemacht. Ab Frühjahr 1984 kam eine „dynamische Interaktion“ zwischen Bonn und Ost-Berlin zustande (Asylantenfrage, Kreditgeschäfte), die aber in ihrer Abhängigkeit von der politischen Ost-West-Großwetterlage (Revanchismus-Kampagne der Sowjetunion gegen die Bundesrepublik, Rüstungsproblematik) nachhaltig behindert worden sei. Den Fortschritten im Bereich der humanitären Erleichterungen, etwa bei den grenzüberschreitenden Begegnungsmöglichkeiten, standen denn auch Misserfolge wie beispielsweise in den Fragen Mindestumtausch und Einbeziehung West-Berlins in die innerdeutschen Kreditvereinbarungen gegenüber. Die Neigung der Regierung Kohl, mit finanziellen Mitteln die DDR zu Gegenleistungen und Konzessionen zu bewegen, habe deutschlandpolitische Fehleinschätzungen zur Folge gehabt.

Als Vorzug dieser Untersuchung ist zu vermerken: Die deutsch-deutschen Beziehungen 1984/85 werden nicht nur im Zusammenhang mit der Ostpolitik bzw. Westpolitik beider deutscher Staaten betrachtet, sondern auch in das weltpolitische Dreiecksverhältnis zwischen USA, Sowjetunion und Europa eingeordnet. Diese „Weitwinkelperspektive“ gilt ebenso für die Darlegung der Bonner Polenpolitik und der Berlinfrage im Untersuchungszeitraum. Wer der Regierung Kohl und besonders dem Bundeskanzler selbst vorwirft, nicht schon früher zu einer operativen Deutschlandpolitik übergegangen zu sein, dem sei das Kapitel über die Haltung der Westmächte 1984/85 zur Lektüre empfohlen. Es habe in diesen Jahren in der Frage der deutschen Teilung zwar einen verbalen Beistand des Westens für Bonn gegeben, aber tatsächlich seien die Westmächte weit davon entfernt gewesen, die Teilung Deutschlands und Europas in Frage zu stellen. Für ihre Außenpolitik sei das Gleichgewichtskonzept des Status quo maßgebend gewesen.

Die Perestroika-Politik Gorbatschows seit 1985, der Fortgang der europäischen Integration in den 1980er Jahren und die Umwälzungen in der DDR wie in Mittel- und Osteuropa änderten diese Konstellation grundlegend. Die Wiedervereinigung Deutschlands wurde nun möglich; das vereinigte Deutschland konnte die volle staatliche Souveränität erlangen. Das ist „die überragende Thematik“ (Klaus Stern) des Zwei-plus-Vier-Vertrages. Über die Entstehung und Bedeutung des „Souveränitätsvertrages“, wie er auch genannt wird, han-

delt die Göttinger juristische Dissertation von *Christoph-Matthias Brand*.²⁴ Ihre einleitenden Kapitel enthalten Ausführungen zur Souveränitätsbegrifflichkeit sowie zur Rechtslage nach 1945 und zur Fortdauer der alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten in den deutschen Teilstaaten und Berlin („Überlagerung der Souveränität Deutschlands“). Ihr Hauptteil besteht aus einer chronologischen „Tatbestandaufnahme“ der Entstehung des Zwei-plus-Vier-Vertrages, die wie eine Zusammenstellung aus dem „Archiv der Gegenwart“ erscheint und historiographisch unbefriedigend ist. Die Bedeutung des Zwei-plus-Vier-Vertrages wird nicht nur darin gesehen, dass er „für die Aufhebung der nach 1945 entstandenen besonderen Rechtslage Deutschlands den notwendigen völkerrechtlichen Rahmen“ schaffen sollte, sondern auch in seinem „mittelbaren Ziel“ einer Überwindung der Spaltung Europas, in seiner „Maßgeblichkeit“ für die europäische Friedensordnung (S. 247). Für den Souveränitätsbegriff bestätigte der Vertrag damit auch einen qualitativen Wandel, indem er an vielen Stellen deutlich mache, „daß die Wiedergewinnung der Souveränität für Deutschland auf der Basis eines relativierten und auf Integration eingestellten Souveränitätsbegriffs zustande gekommen ist“ (S. 267).

In seiner Darstellung der Vier-Mächte-Verhandlungen über Deutschland nach 1945 hat *Hanns Jürgen Küsters* auch sehr eingehend den Zwei-plus-Vier-Mechanismus von 1990 behandelt.²⁵ Sein rund 1.000 Seiten umfassendes Opus magnum verbindet mit einer Weitwinkeloptik die Deutschlandkonferenzen der alliierten Hauptsiegermächte der 1940er und 1950er Jahre mit dem „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“, der, am 12. September 1990 in Moskau von den Vier und den zwei deutschen Kontrahenten unterzeichnet, unter Verzicht auf einen förmlichen Friedensschluss dem wiedervereinigten Deutschland die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten zusicherte. Die fundierte Studie gelangt zu dem Befund, dass sich die bei der Wiederherstellung der deutschen Einheit zu lösenden Grundfragen gegenüber den 1950er Jahren nicht geändert hatten (Auflösung der alliierten Vorbehaltsrechte, Verzicht Deutschlands auf Teile seines ehemaligen Territoriums, Freiheit der Bündniswahl, Stärke gesamtdeutscher Streitkräfte) und dass auch das von den vier Mächten angewandte Instrumentarium dem nahezu gleich war, das schon in den 1950er Jahren diskutiert worden sei. Dadurch aber, dass die zentralen Fragen aus den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen absichtlich herausgehalten worden seien, habe eine „klassische Konfrontation der ehemaligen Siegermächte mit den beiden deutschen Staaten“

24 Christoph-Matthias BRAND, *Souveränität für Deutschland. Grundlagen, Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990* (Bibliothek Wissenschaft und Politik 50), Köln 1993.

25 Hanns Jürgen KÜSTERS, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990* (Dokumente zur Deutschlandpolitik, Studien 9), München 2000.

(S. 827) vermieden werden können. Aus den verschiedenen Konzepten einer Friedenskonferenz – große internationale Friedensvertragskonferenz, Vier-Mächte-Konferenz, deutsch-deutsche Einigungsverhandlungen vor Verhandlungen des vereinigten Deutschlands mit den Vier Mächten – schälte sich der Zwei-plus-Vier-Mechanismus heraus. Er sollte eine tragfähige Position für die äußere Sicherheit Deutschlands wie auch vor Deutschland schaffen und zugleich strategisch die Sowjetunion einbinden, um deren Störpotenzial auszuschalten. Am Ende stand ein „Integrationsfrieden“, den der Verfasser in dem Sinn versteht, dass der Sieger den Besiegten nicht unterwirft, sondern ihm im Rahmen eines internationalen Verbundsystems ermöglicht, „in die internationale Staatengemeinschaft in fester politischer, wirtschaftlicher und militärischer Bindung an eine Staatengruppierung“ unter Wahrung seiner legitimen Rechte als Staat zurückzukehren.

Die Phasen des Verhandlungsgangs, die strategischen Überlegungen dabei, die taktischen Schritte und bilateralen Absprachen sowie deren gegenseitiges Aufeinandereinfließen sind von Küsters minutiös beschrieben worden. Zweierlei wird dabei deutlich: zum einen, wie ungewiss und potentiell von Zufälligkeiten bedroht der Verhandlungsprozess vor sich ging. Diese Erfolgsgeschichte ist auch ein Kompliment an die Staatskunst der beteiligten Politiker und Diplomaten, die – und das ist der entscheidende Unterschied zu den 1950er Jahren – eine für alle annehmbare Lösung „wollten“; zum anderen, dass diese Lösung ihre Wurzeln in den Erfahrungen der Vergangenheit hatte, in Versailles, in Rapallo, in Potsdam wie in den Westbindungsverträgen und den alliierten Deutschland-Konferenzen der Nachkriegszeit. Fast alles war schon erdacht, doch erst die Gunst der Umstände, der Zufall von Politikerpersönlichkeiten, die Vertrauen zueinander fassten, ließen das Unwahrscheinliche Wirklichkeit werden. Beides hat Küsters überzeugend belegt herausgearbeitet.

Die Frage Kontinuität und/oder Wandel betrifft im Besonderen die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland in der veränderten Sicherheitslandschaft nach der Wiedervereinigung und dem Ende des Ost-West-Gegensatzes. Die Formel von Karl-Rudolf Korte, die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik sei der „aktive Nachvollzug der internationalen Lage“, geht in dem Maße immer weniger auf, in dem dieses Umfeld zunehmend an Kontur und System verliert. Nach wie vor ist für die Bundesrepublik aber die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA eine feste Größe ihrer „Staatsräson“, ablesbar an den periodischen Grundsatzdebatten, die in der deutschen Politik und Öffentlichkeit über die allfällige Anpassung an strategische Neuorientierungen der Amerikaner in und außerhalb der NATO aufwallen wie über die Abkehr von der NATO-Strategie der massiven Vergeltung, über die Raketenrüstung, das SDI-Programm oder die Ausdehnung der NATO-Verantwortlichkeiten über die europäisch-atlantische „area“ hinaus.

Eine ausgezeichnete Einzeluntersuchung zur Auseinandersetzung der Kohl/Genscher-Regierung mit den „Star Wars“-Plänen der Reagan-Administration hat *Theodor Benien*, heute Sprecher der EADS Airbus, Hamburg, mit seiner Frankfurter politikwissenschaftlichen Dissertation vorgelegt.²⁶ Seine Fallstudie, die dem entscheidungstheoretischen Ansatz von Graham T. Allison²⁷ folgt, gilt dem „politisch-operativen Entscheidungsprozeß“ in der Frage der SDI-Kooperation und den innen- und außenpolitischen Einflussfaktoren, die sich auf den Entscheidungsspielraum der Bundesregierung auswirkten. Der Weg von einer zunächst verhaltenen Ablehnung zur bedingten Unterstützung der SDI-Pläne durch das Gewirr bündnispolitischer, militärischer, rüstungskontrollpolitischer, wirtschafts- und technologiepolitischer sowie parteipolitischer Interessen- und Konfliktlagen ist präzise und vorbildlich strukturiert nachgezeichnet. So werden auch die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über die Rahmenbedingungen für die SDI-Kooperation Mitte der 1980er Jahre und die Kompromissbestimmungen der SDI-Rahmenvereinbarungen von 1985 und 1986 verständlich. Als wichtigste Ergebnisse der Studie sind festzuhalten: Die Entscheidung – der Beschluss des Bundeskabinetts vom 18. Dezember 1985, dass die Bundesregierung keine staatliche Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm, sondern Vereinbarungen zur Verbesserung der privatrechtlichen Position deutscher Forschungsinstitute und Unternehmen anstrebe, die sich als SDI-Auftragnehmer beteiligen wollten – wurde „auf einer umfassenden Informationsgrundlage“ vorbereitet. Die operative Durchführung wurde dagegen durch eine Reihe gravierender Interessendifferenzen und unterschiedlicher Prioritätensetzungen belastet. Der Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Bundesregierung sei durch innen- und außenpolitische Zwänge und Einflüsse derart eingeengt worden, dass ihr letztlich nur die konditionierte Partizipation geblieben sei. Der praktische Nutzen der SDI-Abkommen sei nur gering gewesen. Ihren Wert habe man in erster Linie in ihrer politisch-symbolischen Bedeutung zu suchen; denn „sie symbolisieren einen oberflächlichen Interessenausgleich, mit dem eine drei Jahre dauernde deutsch-amerikanische SDI-Debatte beendet wurde“ (S. 240).

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik bietet für das Studium des Verhältnisses von Kontinuität und Wandel im Zusammenhang mit der Wiedervereinigungsäsur ein besonders fruchtbares Untersuchungsfeld. Die – namentlich im Ausland vielfach reflektierte – Frage ist, ob und wie sich die deutsche Sicherheitspolitik nach Erlangung der nationalen Einheit durch

26 Theodor BENIEN, *Der SDI-Entscheidungsprozeß in der Regierung Kohl/Genscher (1983–1986). Eine Fallstudie über Einflußfaktoren sicherheitspolitischer Entscheidungsfindung unter den Bedingungen strategischer Abhängigkeit*, München 1991.

27 Graham T. ALLISON, *Essence of Decision. Explaining the Cuban missile crisis*, Boston 1971.

die grundlegend veränderten internationalen Rahmenbedingungen modifiziert hat. Gibt es bei ihr Anzeichen für ein Streben „zu neuen Ufern“, wie der einprägsame Titel der Münsteraner Habilitationsschrift von *Franz-Josef Meiers* lautet?²⁸ Seine Untersuchung konzentriert sich auf vier zentrale Problemfelder der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach der „Zeitenwende“ um 1990: auf die Anpassung des atlantischen Bündnisses an die neuen Anforderungen in Europa und in der Welt, auf den Aufbau einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstruktur, auf die Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes und auf die Reform der Bundeswehr.

Aus seiner „empirischen Bestandsaufnahme“ ergibt sich, dass die Bundesregierung sowohl beim Neuen Strategischen Konzept der NATO von 1991 durch entschiedene Befürwortung der politischen Komponente des Bündnisses als auch bei der Öffnung nach Mittel- und Osteuropa eine „gestaltende Rolle“ einnahm. Insbesondere sei für sie dabei die „Europäisierung“ der NATO durch die Entwicklung eines europäischen Sicherheitspfeilers ein zentrales Anliegen (SACEUR-Abkommen 1993) gewesen (S. 217). Dabei habe es sich für die deutsche Politik als schwierig erwiesen, „den atlantischen und europäischen Bezugskreis der Außen- und Sicherheitspolitik zur Deckung zu bringen“ (S. 246). Verstärkte Bemühungen um Ausgestaltung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Europa (GASP) gingen vor allem von der deutsch-französischen Achse in der Maastricht-Phase der EU aus. Beim Übergang zur „Amsterdam-Phase“ seien aber Interessen- und Auffassungsunterschiede offenkundig geworden, insbesondere in Hinblick auf die Reichweite der europäischen Sicherheitsstruktur und die Rolle der USA in Europa. Die Folge sei gewesen, dass in dem Maße, in dem es um die militärisch-operativen Aspekte der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegangen sei, Deutschland seinen Platz in der Führungsspitze an Großbritannien verloren habe, während es sich mehr und mehr für die Stärkung der zivilen Dimension der GESVP engagierte. Das Handlungsmuster in der Frage der Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen wird so beschrieben, dass Deutschland immer dann eine „Mitführungsrolle“ übernommen habe, „wenn sie sich auf die nicht-militärischen Aspekte von Kriegsprävention und Konfliktbewältigung beschränkte“ (S. 314). Bei der militärischen Konfliktbewältigung habe Deutschland hingegen „eine zurückhaltende, reaktive Rolle“ eingenommen („Führungsvermeidungsreflex“). Das Urteil von 1994 des Bundesverfassungsgerichts habe der Bundesregierung dann erlaubt, durch konditionierte Beteiligung der Bundeswehr an UN-mandatierten Missionen deutsche Streitkräfte „behutsam an das funktional und geografisch erweiterte

28 Franz-Josef MEIERS, *Zu neuen Ufern? Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer Welt des Wandels 1990–2000*, Paderborn 2006.

Aufgabenspektrum heranzuführen“ (S. 315). Eine Zäsur sei die Beteiligung an der NATO-geführten Luftoperation KFOR 1999 gewesen, die erstmals ohne UN-Mandat erfolgte. Die Bundeswehr habe sich mit dem erweiterten Aufgabenspektrum ganz neuen Herausforderungen gegenüber gesehen, „für die in ihrer Struktur und Ausrüstung keine Vorsorge getroffen war“ (S. 317). Mit den Reformen der 1990er Jahre (Personalstrukturmodell 340.000; Festhalten an der Wehrpflicht) sei die Bundeswehr in Umfang, Struktur und Ausrüstung jedoch „weitgehend auf die operativen Erfordernisse der Bedrohungslage des Ost-West-Konflikts ausgerichtet“ geblieben (S. 348). Mit dieser Studie liegt die bislang umfassendste Darstellung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit der Wiedervereinigung vor.

In einer engeren monographischen Themenstellung hat sich *Marco Overhaus* in seiner Trierer politikwissenschaftlichen Dissertation über die deutsche NATO-Politik nach Ende des Kalten Krieges auseinandergesetzt.²⁹ Ihn hat interessiert, welchen „Gestaltungswillen“ die deutsche NATO-Politik bei der äußeren Transformation der Allianz nach 1990 entwickelt hat und welcher Stellenwert dabei „Sicherheits- und Einflussinteressen im Rahmen der institutionellen Kooperation“ zugekommen ist. Die Untersuchung geht dabei von der Grundannahme aus, dass Staaten und ihre Regierungen internationale Institutionen nutzen, um ihre spezifischen Ziele zu erreichen (S. 62). Das vor allem von Robert O. Keohane in die Forschung eingeführte Konzept des „funktionalen Institutionalismus“ bildet die theoretische Grundlage, auf der die deutsche Politik in den Fragen der NATO-Osterweiterung und des deutschen Engagements beim militärischen Krisenmanagement in Jugoslawien empirisch analysiert wird. Im Ergebnis wird für Deutschlands NATO-Politik „ein relativ konstantes Handlungsmuster“ ausgemacht. Die Bundesregierungen hätten in der Regel einen beträchtlichen Gestaltungswillen gezeigt, wenn es um politische Fragen der europäischen und internationalen Ordnung gegangen sei wie bei der Öffnung der euro-atlantischen Institutionen nach Mittelosteuropa oder bei der Formalisierung des Dialogs mit Rußland. Dagegen sei der Gestaltungswille „im Bereich militärischer Krisen- und Planungsentscheidungen auf einem zumeist niedrigen Niveau der passiven Anpassung“ verblieben oder habe sich sogar ins Negative gewandt, wenn es um den Einsatz militärischer Mittel gegangen sei wie beim Krisenmanagement in Bosnien. Gleichwohl hätten sich in den 1990er Jahren mit dem Wandel im internationalen Umfeld „die quantitativen und qualitativen Merkmale der deutschen Sicherheitspolitik grundlegend verändert“ (S. 344). Die deutsche Sicherheitspolitik habe, nach dem ihr zugrundeliegenden „Funktionsverständnis“ beurteilt, „der NATO als Instrument des effektiven militärischen Handelns zur Sicherheitswahrung ...

29 Marco OVERHAUS, *Die deutsche NATO-Politik vom Ende des Kalten Krieges bis zum Kampf gegen den Terrorismus*, Baden-Baden 2009.

keinen hohen Stellenwert“ eingeräumt; Vorrang habe die kooperative Sicherheit als „Strategie der politischen Einflussnahme auf andere Staaten durch gegenseitige Konsultationen und institutionelle Zusammenarbeit“ gehabt.

Die deutsche Sicherheitspolitik und die Bundeswehrreform nach der Einheit hat *Tom Dyson*, Dozent an der Universität von Surrey, Guilford, in einer Monographie zu seinem Thema gemacht.³⁰ Ausgangspunkt seiner Untersuchung ist der paradoxe Befund, dass die deutsche Regierung nach der Einheit zwar die gewachsene internationale Verantwortung des Landes in der Außen- und Sicherheitspolitik erkannt und betont habe, zumal im Hinblick auf UN-, EU- und NATO-geführte friedenserhaltende bzw. friedensstiftende Militäroperationen, aber weder der Bundeskanzler noch der Verteidigungsminister daraus die entsprechenden Konsequenzen mit einer Neudefinition der Militärdoktrin und mit der Entwicklung der Bundeswehr zur Berufarmee gezogen hätten. Während in Großbritannien und Frankreich weitreichende Militärreformen vorgenommen worden seien, habe es Deutschland sicherheitspolitisch bei einer „conservative adaptation“ belassen. Im Unterschied zu Studien, die dieses Paradox mit der deutschen „strategic culture“, einem spezifischen Verhalten in Fragen der nationalen Sicherheit also, erklären, stellt der Autor seine Untersuchung auf die „materials factors“ der innen- und finanzpolitischen Zwänge ab (einschließlich der wahlstrategischen Rücksichtnahmen und der Schwierigkeiten mit der Schließung von Bundeswehrstandorten). Die Golfkrise 1990/1991 konfrontierte das vereinigte Deutschland mit der ganz neuen Frage eines Bundeswehreinsatzes „out of area“, die zugleich ein Test auf seine Bündnisloyalität und seine Verpflichtung gegenüber den USA und Israel war. Bundeskanzler Kohl habe auf diese Herausforderung mit der Doppelstrategie reagiert, dass er innenpolitisch kein Risiko durch einen Ausstieg aus dem zwischenparteilichen Konsens hinsichtlich der Bundeswehr eingegangen sei, sich aber außenpolitisch zur Mitfinanzierung einer UN-sanktionierten Intervention bereitgefunden habe. Es sei ihm dabei vor allem darum gegangen, eine Grunddebatte über die Rolle und Struktur der Bundeswehr vor der „Einheitswahl“ im Dezember 1990 zu vermeiden. Dieser schwierige politische Balanceakt habe sich bei den Interventionen in Bosnien und Kambodscha, später in Ruanda und Somalia fortgesetzt, zusätzlich erschwert durch die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Interessen von Partnern in der EU, im besonderen Frankreich, und den USA austarieren zu müssen. In dieser Situation habe Kohl mit Volker Rühle einen neuen Verteidigungsminister berufen, der – politischer agierend als sein Vorgänger Gerhard Stoltenberg – es verstanden habe, die Vertreter der oppositionellen SPD im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages auf die „out of area“-Linie der Bundesregierung zu bringen. Auf Rühles „political man-

30 Thomas DYSON, *The Politics of German Defence and Security Policy. Leadership and Military Reform in the Post-Cold War Era*, Oxford 2007.

agement“ ist die Darstellung der Bundeswehrreformen während der Kanzlerschaft Kohls konzentriert. Sein Ressorthandeln, so meint der Autor, illustrierte geradezu „the arts of ministerial policy leadership“. Die Ersetzung des Generalinspektors Klaus Naumann durch Hartmut Bagger und die Besetzung von Schlüsselstellen des Verteidigungsministeriums durch andere konservative „gate-keepers“ zeigten, dass Rühle die Reformentwicklung der Bundeswehr jederzeit und in der Sache unter politischer Kontrolle halten wollte. Trotz ihrer relativ schwachen Materialgrundlage (Interviews, politikwissenschaftliche Literatur, Presse) kann diese Studie aufgrund ihres fruchtbaren Ansatzes und ihres hohen Reflexionsniveaus als eine Bereicherung des Forschungsstandes gewertet werden.

Ob und wie sich die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung geändert habe oder neu positionieren werde, ist in der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur zur Ära Kohl – direkt oder indirekt – eine regelmäßig behandelte Frage, zumal im Ausland, wo Befürchtungen aufkamen, das vereinigte Deutschland als europäische Zentralmacht könnte wieder zu einer hegemonialen Rolle im Sinne einer Renationalisierung drängen. So haben *Katja Weber* und *Paul A. Kowert*, beide Assistenzprofessoren in den USA (Georgia und Florida), in ihrer Studie „Cultures of Order“ die internationalen Ordnungsvorstellungen in den Debatten um West-, Ost- und Deutschlandpolitik von Adenauer bis Schröder analysiert.³¹ Die Verfasser gelangen unter anderem zu dem Ergebnis, dass unter der Kanzlerschaft Kohls der Vorrang institutioneller Einbindung der Bundesrepublik (Europa, NATO) vor der Verfolgung nationaler Positionen für die deutsche Außenpolitik weiterhin bestimmend gewesen sei, und das auch dann, als sich nach der Wiedervereinigung der Gestaltungsspielraum Deutschlands vergrößert habe.

Am unmittelbarsten lassen sich außenpolitische Kurskorrekturen und Akzentverschiebungen durch die Analyse bilateraler Beziehungen beobachten. Nimmt man das deutsch-französische Verhältnis als empfindlichsten außenpolitischen Gradmesser, lässt sich feststellen, dass die Regierung Kohl auch nach der Wiedervereinigung ihrer Rolle als verlässlicher Partner weiterhin verhaftet blieb und von der seit Adenauer gepflegten „Freundschaft“ zu Frankreich nicht im geringsten abwich. Zum deutsch-französischen Verhältnis in der Ära Kohl liegt inzwischen schon eine Reihe wichtiger Arbeiten vor. Das ist insofern nicht erstaunlich, als die enge Kooperation zwischen Kohl und dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand als Herzstück und Triebkraft („Motor“) des europäischen Integrationsprozesses gilt. Die Würzburger Politikwissenschaftlerin *Müller-Brandeck-Bocquet* hat einen konzentrierten, das bisherige Schrifttum auswertenden Überblick über die französische Europapolitik von

31 *Katja WEBER/Paul A. KOWERT, Cultures of Order. Leadership, Language, and Social Reconstruction in Germany and Japan, New York 2007.*

1946 bis heute verfasst.³² Der Schwerpunkt liegt auf der Politik, die sich auf „die Einigung und Integration Europas im Rahmen von EGKS, EWG/EG und seit 1993 der Europäischen Union (EU)“ bezieht. Es wird danach gefragt, welchen Beitrag Frankreich zum Aufbau des europäischen Einigungswerkes geleistet habe und welche Auswirkungen der Zeitenwende von 1989/1990 auf die französische Integrationspolitik festzustellen seien. Zeitlich liegt der Schwerpunkt auf der Europapolitik der Präsidenten Mitterrand und Chirac. Die Ausgangssituation sieht die Autorin dadurch gekennzeichnet, dass es trotz der wegweisenden Pläne zur Schaffung eines Europäischen Währungssystems unter Schmidt/Giscard (ab Frühjahr 1978) zu keiner wirklichen Vertiefung der Integration gekommen sei. Die EG verharrte in einer als „Eurosklерose“ bezeichneten Lethargie, „aus der erst das Tandem Mitterrand/Kohl sie befreite.“ Erst als Mitterrand mit Kohl einen adäquaten Partner auf dem Weg zum Ausbau der europäischen Integration bekommen habe, sei Frankreich zu einem „sehr aktiven und verlässlichen EG- bzw. EU-Mitglied“ geworden, das im Zusammenwirken mit der Bundesrepublik Deutschland dem europäischen Einigungsprozess immer wieder neue Impulse gegeben habe. Beide Staatsmänner avancierten zum „couple franco-allemand“ schlechthin. Sie übernahmen durch die Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit in umstrittenen Sachbereichen eine Vorreiterrolle für Europa. Als besonderes Beispiel wird die gemeinsame Verteidigungspolitik genannt, deren Institutionalisierung ab Oktober 1982 betrieben worden sei (Ausschuss für Sicherheits- und Verteidigungsfragen, Aufstellung der deutsch-französischen Brigade). „Mit diesen Schritten wurde eine neue Ära der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit eröffnet, die alsbald zum Euro-Korps und weiteren multinationalen Verbänden führte“ (S. 70).

Französischerseits wurde die Europapolitik noch einmal deutlich verstärkt, nachdem Mitterrand die Gewissheit gewonnen hatte, dass die Wiedervereinigung nicht zu verhindern sei. Da habe er mit dem „Europäer“ Kohl die europäischen Dinge so weit wie möglich regeln wollen, um nachteilige Auswirkungen der deutschen Einheit für Frankreich abzuwenden. Ihm kam dabei entgegen, dass auch Kohl der Überzeugung war, dass die Wiedervereinigung, das heißt,

32 Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik*. Wiesbaden 2004. – Nach einer Osnabrücker Examensarbeit – ausnahmsweise sei ein solcher Hinweis erlaubt – ist die Hauptleistung der deutsch-französischen Zusammenarbeit während der Ära Kohl/Mitterrand darin zu sehen, das Sonderverhältnis zwischen Bonn/Berlin und Paris auch in dem einschneidend veränderten politischen Kontext nach Ende der Teilung Deutschlands und Europas als europäischen Integrationsmotor durchzugsstark erhalten zu haben. Vgl. Laurence MONTARET, *Die deutsch-französische Achse und ihre Auswirkungen auf den Prozeß der europäischen Integration unter besonderer Berücksichtigung der Ära Mitterrand/Kohl*, Abschlussarbeit im Studiengang Europäische Studien des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück, 1998.

der dadurch bedingte deutsche Machtzuwachs durch eine Vertiefung der europäischen Integration ausbalanciert werden müsse (Regierungserklärung vom 8. November 1989). Das Verhältnis Kohl/Chirac sei anfänglich wegen der außerordentlichen Freundschaft und Nähe, die der Bundeskanzler zu Mitterrand gepflegt habe, „eher distanziert“ gewesen. Den deutsch-französischen Beziehungen der Jahre von 1995 bis 1998 habe daher die „innere Dynamik“ gefehlt. Im Zusammenhang mit dem Amsterdamer Vertrag (2. Oktober 1997) habe Kohl die französischen Vorstellungen über einen substantiellen Ausbau der GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) zwar weitgehend unterstützt, aber zugleich habe sich gezeigt, dass Chiracs Intergouvernementalismus mit den auf Vertiefung der Integration gerichteten europapolitischen Konzeptionen seines deutschen Partners wenig kompatibel gewesen sei.

Die 25 deutsch-französischen Gipfeltreffen in der Ära Kohl/Mitterrand hat *Christoph Lind* näher untersucht und ihre Bedeutung als Gradmesser des Bilateralismus zwischen beiden Ländern herausgearbeitet.³³ Die Treffen bildeten jeweils den Höhepunkt der auf allen Ebenen verlaufenden engen Zusammenarbeit über den Rhein hinweg. Obwohl die Einordnung der deutsch-französischen Politik in die internationale Gipfelgeschichte etwas mager ausgefallen ist, erweist sich die Studie als ungemein hilfreiches Nachschlagewerk zu den einzelnen Konferenzen, die der Reihe nach von Nr. 40 (Oktober 1982) bis Nr. 64 (November 1994) jeweils auf sechs bis zehn Seiten zusammengefasst mit ihren Problemen und Ergebnissen im politischen Kontext betrachtet und in ihrer Funktion für die beiderseitige Konfliktbewältigung analysiert werden. Die Gipfel boten nicht nur die Gewähr für einen kontinuierlichen Dialog und Interessenausgleich, sondern besaßen auch eine politische Kontrollfunktion im Hinblick auf die Gefahr, dass sich einer der beiden Partner auf einen Sonderweg begeben würde. Die Kontinuität der Treffen trug nach der Wiedervereinigung auch wesentlich dazu bei, die französischen Sorgen vor einem deutschen Vormachtstreben in Europa zu zerstreuen. In den 1990er Jahren sei die Zusammenarbeit in der gewohnt engen Form fortgesetzt worden, der „Gipfelprozess“ sei „von der Einheit unberührt“ geblieben. Besonders hebt der Autor die oft übersehene Kommunikations- und PR-Funktion der Zusammenkünfte hervor, deren mediale Wirkung dazu genutzt worden sei, um die Öffentlichkeit in beiden Ländern zu beeinflussen und die öffentliche Meinung für die gemeinsam beschlossene Politik zu gewinnen. Die Gipfel seien von beiden Staatsmännern als Führungsinstrument der bilateralen Beziehungen verstanden und gehandhabt worden, als „binationale Kabinettsitzungen“ gleichsam, was sich vor allem beim Werk der europäischen Integration bewährt habe. Das „couple

33 Christoph LIND, *Die deutsch-französischen Gipfeltreffen der Ära Kohl-Mitterrand 1982–1994. Medienspektakel oder Führungsinstrument* (Nomos-Universitätschriften, Politik 78), Baden-Baden 1998.

franco-allemand“ sei kein Mythos, so lautet die Bilanz, die Ära Kohl–Mitterrand habe vielmehr in der Gipfelpolitik „neue Maßstäbe gesetzt, an denen sich ihre Nachfolger messen lassen müssen“ (S. 279).

Die Auswirkungen des Umbruchs von 1990 auf die bilateralen deutsch-französischen Beziehungen im Prozess der europäischen Integration, in der außenpolitischen Kooperation und in der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungs- sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat *Wichard Woyke* untersucht.³⁴ Seine konspikthafte Studie verdeutlicht, wie sehr die französische Haltung auf all diesen Politikfeldern von dem Interesse bestimmt war, die ökonomisch-politisch vermeintlich stärker gewordene Bundesrepublik irreversibel in den europäischen Strukturen zu verankern und die Balance zwischen Deutschland und Frankreich in der Gemeinschaft aufrechtzuerhalten. Für Frankreich besaß so die Vertiefung der EG eindeutig Priorität vor einer Erweiterung. Die gemeinsame Initiative von Mitterrand und Kohl vom Dezember 1990 zur Verwirklichung der Europäischen Union ebnete den Weg zum Vertrag von Maastricht 1992, dessen „ambivalenter Charakter“ die unterschiedlichen europapolitischen Konzeptionen Frankreichs und Deutschlands erkennen ließ. Einerseits habe er im deutschen Sinne das supranationale Element in der Gemeinschaft gestärkt, andererseits sei in ihm die von Frankreich gewünschte Führungsrolle des Europäischen Rates und damit das intergouvernementale Prinzip gewahrt worden. Die Orientierung Frankreichs an intergouvernementalen Lösungsansätzen zur Weiterentwicklung der EU sei bis zum Amsterdamer Vertrag zu verfolgen.

Die außenpolitische Kooperation Frankreichs und Deutschlands hatte mit der Osterweiterung und mit dem Bosnienkonflikt zwei Bezugsfelder, auf denen die Positionen beider Staaten deutlich unterschiedlich waren. Für Frankreich kam es in der Ostpolitik darauf an, eine Erweiterung der EU, die Deutschland womöglich einen exklusiven Einfluss in Mittel- und Osteuropa erlaubt hätte, durch eine Vertiefung auszugleichen. Der Versuch einer gemeinsamen französisch-deutschen Ostpolitik sei allerdings im Ergebnis bescheiden geblieben, wie sich auch an der Zusammenarbeit im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ mit Polen erkennen lasse. In der Bosnienfrage sei es Frankreich vor allem darum gegangen, durch eine aktive Balkanpolitik seinen Rang zu verteidigen. Die Vertrauenskrise, die zwischen Frankreich und Deutschland durch die frühe deutsche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens entstanden sei, habe dazu geführt, dass keine gemeinsame europäische Position zum Krieg auf dem Balkan gefunden werden konnte.

Auch in der Wirtschafts- und Währungspolitik wie in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben die Differenzen zwischen Frankreich und Deutsch-

34 *Wichard WOYKE, Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt*, 2. Aufl., Wiesbaden 2004.

land oft zunächst die Konvergenzen überwogen. Jedoch seien die fundamentalen Übereinstimmungen zwischen den beiden Rheinnachbarn stets so stark gewesen, dass die „immer wieder auftretenden unterschiedlichen Interessen“ ausgeglichen hätten werden können. Denn für beide Partner stelle sich – so heißt es am Schluss dieses als Einführung in die Problematik zu empfehlenden Buches, das auch eine Chronik der deutsch-französischen Beziehungen von 1989 bis 1999 und 23 ausgewählte Dokumente enthält – keine realistische Alternative zur europäischen Integrationspolitik. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland hätten die führenden politischen Akteure erkannt, dass die nationalen Interessen „nur gebündelt in und mit der Europäischen Union durchgesetzt werden können“ (S. 181).

Einen instruktiven militärgeschichtlichen Überblick über die Genese und den Stand der militärischen Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland gibt die Examensarbeit der Ecole Spéciale Militaire de Saint-Cyr von *Nicolas Filser*.³⁵ Er beleuchtet insbesondere die Dynamik der gemeinsamen Initiativen von Mitterrand und Kohl, die durch ihr – keineswegs immer störungsfreies – Zusammenwirken für die deutsch-französische Brigade und das Eurokorps nicht nur die bilateralen Beziehungen in Sicherheitsfragen enger gestalteten, sondern auch den Weg zu einer europäischen Verteidigungsidentität anbahnten. Neben der Aufgabenstellung der deutsch-französischen Einheiten werden auch die Schwierigkeiten in der militärischen Praxis benannt: die sprachlichen Defizite und das Aufeinandertreffen zweier grundverschiedener militärischer Modelle, was Statuten, Dienstvorschriften, Disziplin und Hierarchie, aber auch die Traditionen und soldatischen Tugenden betrifft. Eine ausführliche Chronologie zur Thematik sowie eine Auswahl zentraler Texte und Organigramme runden die ansprechende Arbeit ab.

Dem Spezialthema der deutsch-französischen Sicherheitspolitik ist auch ein gehaltvoller, von *Karl Kaiser* (Bonn) und *Pierre Lellouche* (Paris) herausgegebener Band³⁶ gewidmet, auf den hier gesondert hingewiesen werden soll. Er gehört in die Reihe von Sammelwerken, die in ihren Beiträgen das Forschungsterrain sondieren, die wissenschaftliche Diskussion kanalisieren und so monographischer Bearbeitung das Feld bereiten. Der zeitliche Schwerpunkt der Abhandlungen ist auf die Phase des Aufschwungs der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit seit 1982 gelegt. Die Regierung Kohl habe zur Erreichung des Ziels einer dauerhaften deutsch-französischen Kooperation in Sicherheitsfragen ein pragmatisch-empirisches Vorgehen praktiziert (*Lothar*

35 Nicolas Filser, *La coopération militaire franco-allemande et le couple Mitterrand-Kohl (1982–1992)*, Coetquidan 1996.

36 *Deutsch-französische Sicherheitspolitik. Auf dem Wege zur Gemeinsamkeit*, hg. von Karl KAISER und Pierre LELLOUCHE, Bonn 1986 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn); franz. Parallelausgabe im Verlag des ifri, Paris.

Ruehl); die Wiederbelebung des bilateralen Dialogs sei ein Akt des politischen Willens und des politischen Realismus gewesen (*Isabelle Renouard*). Allerdings habe es auch nicht wenige „Zweideutigkeiten“ und Missverständnisse gegeben wie einerseits die „incertitudes allemandes“ (Stationierungsdebatte, deutsche Haltung zur Rüstungskontrolle, „deutsche Frage“) und andererseits der französische „Nuklearnationalismus“ oder die fortdauernde Reserve Frankreich gegenüber der NATO-Integration. Die öffentlichen Debatten in beiden Ländern über die Sicherheitspolitik sind ebenso aufschlussreich und anregend behandelt wie die wichtigsten Themen der gemeinsamen Rüstungsforschung und Rüstungsproduktion. Auf geradezu spannende Weise fasst ein Kapitel die kontroversen Meinungen zum Problem der französischen Militärmacht und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zusammen (*Pierre Hassner, Uwe Nerlich, François de Rose, Markus Berger, Kurt Becker, François Gorand*). Deutsch-französische Doppelreferate beschäftigen sich mit der jeweiligen Reaktion auf die Initiative zur Strategischen Verteidigung SDI (*Pierre Lellouche und Karl Kaiser*) und mit der Zusammenarbeit im Weltraum (*Michel Guionnet und Werner Rouget*). Der Syntheseversuch zum Schluss bietet Empfehlungen für eine noch größere Konvergenz der „Sicherheitspolitiken“ durch Annäherung der Sicherheitsinteressen beider Seiten auf politischer und konzeptioneller Ebene an. Wenn inzwischen auch einige Probleme und Programmziele infolge des weltpolitischen Zeitenwechsels der 1990er Jahre obsolet geworden zu sein scheinen, bestehen die Interessenlagen und Grundeinstellungen deutsch-französischer Sicherheitsgemeinschaft gleichwohl fort, ja sie haben im Hinblick auf Verführungen zur „Renationalisierung“ der Sicherheitspolitik eher noch an Bedeutung gewonnen.

Das östliche Gegenstück politisch-nachbarschaftlicher Kooperation und Aussöhnung in Europa bildeten in der Ära Kohl die deutsch-polnischen Beziehungen, die bis Ende der 1980er Jahre ja noch von der Ost-West-Auseinandersetzung geprägt waren. Die Polenpolitik der Bundesrepublik von Adenauer bis Kohl hat *Dieter Bingen*, seit 1999 Direktor des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, in einer eindringlichen Studie beleuchtet,³⁷ die zwar mit dem „Fokus auf Intentionalität und Handeln der ‚Regierenden‘ in Bonn“ gerichtet ist und daher überwiegend nur deutsche Literatur- und Quellenbestände ausgewertet hat, aber diese Einseitigkeit mit einem sympathischen Verständnis für die Haltungen und Sichtweisen der polnischen Seite ausgleicht. Die Arbeit ergänzt und bestätigt mit ihren Ergebnissen das Gesamtbild der Außenpolitik in der Ära Kohl. Der Regierungswechsel 1982 von Schmidt/Genscher zu Kohl/Genscher – so wird die Ausgangssituation charakterisiert – habe keine grund-

37 Dieter BINGEN, *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991* (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Köln 33), Baden-Baden 1998.

sätzliche Korrektur der Bonner Osteuropapolitik bedeutet, aber doch andere Akzentuierungen zur Folge gehabt. Dazu zählt der Verfasser die Betonung der Westbindung der Bundesrepublik Deutschland, die dezidierte Verpflichtung zur deutschen Einheit sowie die Verknüpfung der Deutschlandpolitik samt deren langfristigen Zielen mit der Ostpolitik. Ohne die Priorität der Beziehungen zur Sowjetunion zu relativieren, habe die neue Regierung Kohl/Genscher sich verstärkt darum bemüht, Polen von der Aufrichtigkeit ihrer Politik der Überwindung des Feindbildes zu überzeugen. Auch sei die symbolische Solidarisierung mit der oppositionellen Bewegung in Polen eindeutiger ausgefallen als bei der Regierung Schmidt. Seit 1985 habe die Perestroika-Politik Gorbatschows in der Sowjetunion auch einen Wandel in der Polenpolitik begünstigt, weil damit der polnischen Führung klar geworden sei, dass sie von ihrer defensiven Status-Quo-Orientierung früher oder später abkommen müsse. Zusätzlich habe die deutsch-deutsche Annäherungspolitik (Bonn-Besuch Honeckers 1987) für Druck auf die Polen gesorgt.

Das zähe Bemühen der Bonner Regierung um Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses, das durch ein besonderes Engagement des Bundespräsidenten von Weizsäcker unterstützt wurde, gipfelte dann im Besuch Bundeskanzler Kohls in Polen im November 1989, der zeitlich mit den Anfängen der ersten nichtkommunistischen Regierung in Warschau und mit der Berliner Maueröffnung zusammenfiel. Die Gemeinsame Erklärung Kohls und Mazowieckis sowie die zahlreichen Vereinbarungen, die während dieses Staatsbesuchs unterschrieben wurden, „spiegelten den Beginn einer Wende wieder, nach der die bundesdeutsche Politik intensiver Kooperation, die 40 Jahre mit den westlichen Nachbarn so erfolgreich betrieben wurde, auch im Verhältnis mit Polen die Grundlage für eine Partnerschaft in einem nicht mehr geteilten Europa schaffen sollte“ (S. 258). Ein faktisches Zusammenwirken von Außenminister Genscher, der erfolgreich auf der diplomatischen Ebene agierte, von Bundespräsident von Weizsäcker, der bei seinem Staatsbesuch im Mai 1990 beruhigend auf die Polen einwirkte, und von Bundeskanzler Kohl, der mit seinem Verhalten in der Grenzfrage die Vertriebenenverbände und die national-konservativen Kreise der Unionsparteien einbinden oder neutralisieren konnte, kam zustande.

Komprimiert und ausgewogen ist das Problem der Oder-Neiße-Grenze in seiner komplizierten Verflechtung mit dem Zwei-plus-Vier-Prozess behandelt. Es wird auch deutlich, wie sehr die Klärung der Rechte der deutschstämmigen Minderheit in Polen der Bundesregierung am Herzen lag. Die deutsch-polnischen Verträge, die trotz immer neuer Schwierigkeiten und Verzögerungen am 14. November 1990 (Bestätigung der bestehenden Grenze) und 17. Juni 1991 (gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit) zum Abschluss kamen, besiegelten das Ende der Nachkriegszeit im Verhältnis zwischen beiden Ländern und schufen das Fundament für eine bis dahin für un-

denkbar gehaltene Partnerschaft in einem sich neu integrierenden Europa. Der Verfasser verbirgt nicht, dass nicht nur eine Polen grundsätzlich wohlgesonnene Politik, sondern auch das „nationale Interesse“ Deutschlands zu diesem positiven Ergebnis führte. Die deutsche Polenpolitik habe damit „einen Grundstein zur Stabilisierung und Integration Ostmitteleuropas (ge)legt, um so den deutschen und europäischen Handlungsspielraum im herannahenden Zeitalter der Globalisierung der Außen- und Wirtschaftspolitik zu erhalten“ (S. 331).

Diese ersten Untersuchungen zur Außenpolitik der Ära Kohl wecken im Leser oft Assoziationen mit Expeditionen der frühen Entdeckungsgeschichte, die ungenügend ausgerüstet in schwer zugängliche Regionen vorstießen und scheiterten. Die Bochumer Dissertation von *Alexander Refflinghaus* versucht angesichts der „Bedeutung der deutsch-türkischen Beziehungen, vor allem für die Bundesrepublik Deutschland“ der Türkeipolitik der Regierung Kohl auf den Grund zu gehen.³⁸ Ihre Materialgrundlage beschränkt sich im Wesentlichen auf Presseartikel – reduziert auf FAZ und SZ – sowie auf Veröffentlichungen des Deutschen Bundestages (Stenographische Berichte), die nach den vier Wahlperioden der Kanzlerzeit Kohls auf die Themen Demokratie, Menschenrechte, Kurdenfrage und türkische Außenpolitik hin abgefragt werden. Die „Funde“ sind jeweils in chronologischer Aneinanderreihung und in indirekter Redeform referiert wiedergegeben. Die bilateralen Beziehungen werden in der Entwicklung von ihrer Renormalisierung mit dem Ende des Militärrégimes bis zum Zerwürfnis wegen des EU-Beitritts geschildert. Einen Schwerpunkt bilden dabei das Kurdenproblem und die daraus erwachsenden Belastungen des gegenseitigen Verhältnisses. Die sieben in der Einleitung formulierten Hypothesen werden „durch die Ergebnisse der Untersuchung überwiegend bestätigt“. Danach beruhte das deutsche Interesse an guten Beziehungen zur Türkei sowohl auf der Gemeinsamkeit der NATO-Mitgliedschaft als auch auf der Existenz einer türkischen Minderheit in Deutschland. Unter beiden Aspekten ging die Grundtendenz der deutschen Politik deshalb dahin, die innere Konsolidierung der Türkei zu unterstützen und ihr bei der Annäherung an Europa zu helfen. In den Beziehungen zur EU sei die Bundesrepublik für die Türkei der wichtigste Partner geblieben, ungeachtet der Tatsache, dass sich die Regierung Kohl gegen die Zuerkennung des Beitrittskandidatenstatus ausgesprochen habe. Dabei stellte das Kurdenproblem eine Belastung dar, veränderte aber die Haltung Bonns gegenüber Ankara nicht grundsätzlich. Allerdings habe die Bundesregierung wegen der Menschenrechtssituation in der Türkei, die für alle Parteien und die deutsche Öffentlichkeit wichtig gewesen sei, auf diplomatischem Wege gelegentlich Druck auf Ankara ausgeübt. Von einer deutschen Schaukelpolitik gegenüber der Türkei

38 Alexander REFFLINGHAUS, *Deutsche Türkeipolitik in der Regierungszeit Helmut Kohls, 1982 bis 1998. Regierung, Bundestag, Presse*, Berlin 2002.

könne jedoch keine Rede sein. „Die deutsche Türkeipolitik war und ist vielmehr von Kontinuität geprägt“ (S. 314).

Eine Aufsatzsammlung, die Genschers politischen Weg von seinen frühen Bonner Stationen bis zum „Außenminister deutscher und europäischer Einheit“ (Kap. 3) beleuchtet, hat *Hans-Dieter Lucas* herausgegeben,³⁹ der ehemalige Leiter des Persönlichen Büros Genschers. Mitarbeiter sind neben namhaften Journalisten (u. a. *Robert Leicht*) und Angehörigen des Auswärtigen Dienstes überwiegend Professoren der Politikwissenschaft und der Geschichte (u. a. *Ernst-Otto Czempel*, *Christian Hacke*, *Wolfgang Mommsen*). Das Buch ist als Huldigung für Genscher konzipiert, der als „Architekt einer Zivilmacht Europa“ (*Wolfgang Wessels*), als „Lotse im europäischen Gezeitenwechsel“ (*Stephen F. Szabo*), als „Visionär der Außenpolitik in einer demokratischen Weltgesellschaft“ (*Wolfgang Mommsen*) und was der schmückenden Beinamen mehr sind, gefeiert wird. Ausgang ist die Feststellung, dass die Bonner Außenpolitik zumeist den jeweiligen Bundeskanzlern zugeschrieben werde und die Rolle der Außenminister vergleichsweise wenig Beachtung gefunden habe. Gegen diese „Kanzlerperspektive“, die sowohl die Position des Außenministers in Koalitionsregierungen, wenn der kleinere Koalitionspartner den Ressortchef stellt, als auch die sozusagen strukturelle „tagtägliche Einflussnahme“ des Außenministers und des Auswärtigen Amtes auf den Gang der deutschen Außenpolitik vernachlässigt, schreiben fast alle Autoren des Bandes an. Die „bis heute spürbaren konzeptionellen und modernisierenden Impulse“, die Genscher als Außenminister der deutschen Außen- und Europapolitik gegeben hat, werden herausgestellt. Der „Genscherismus“ wird, positiv als Politik des fairen Interessenausgleichs und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb eines Systems globaler Interdependenz definiert, zum Signum der Epoche erhoben. So wird konsequent die Politik der Bundesrepublik seit 1974, als Genscher das Außenressort übernahm, als Politik der Regierungen Schmidt/Genscher bzw. Kohl/Genscher beschrieben. Sogar die „Ära“ Kohl/Genscher wird eingeführt. Der Beitrag von *Richard Kiessler* (Chefredakteur der NRZ) über Außenpolitik als ‚Public Diplomacy‘ zeigt auf höchst interessante Weise den Stil Genschers, durch Worte Politik zu machen, sowie die ausgefuchste Öffentlichkeitsarbeit für ihn, mit der die Medien instrumentalisiert wurden.

Im Hinblick auf die außenpolitische Thematik sind auch noch einmal zwei im letzten Literaturbericht zur Ära Kohl vorgestellte Titel zu nennen: zum einen die Studie von *Stefan Fröhlich*,⁴⁰ der das Regierungshandeln in den acht-

39 Hans-Dieter LUCAS (Hg.), *Genscher, Deutschland und Europa* (Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Bonn 50), Baden-Baden 2002.

40 Stefan FRÖHLICH, ‚Auf den Kanzler kommt es an‘. *Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiederver-*

ziger Jahren anhand der Fallbeispiele Rüstungskontrollpolitik (NATO-Doppelbeschluss und die Folgen, Debatte um die Modernisierung der Kurzstreckenwaffen und das INF-Abkommen), Europapolitik (Einheitliche Europäische Akte, Wirtschafts- und Währungsunion) und Deutschlandpolitik (Zehn-Punkte-Programm, Zwei-plus-Vier-Verhandlungen) untersucht hat und zu dem Ergebnis gelangt, dass dabei eine „graduelle Gewichtsverlagerung in der Außenpolitik vom Auswärtigen Amt hin zu einer verstärkten Führungsrolle auch des Bundeskanzlers bzw. des Bundeskanzleramtes“ erfolgt sei, die durch die verstärkte Gipfeldiplomatie und den Koordinationsbedarf der verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen befördert wurde; zum anderen der 1995 erschienene Tagungsband der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft⁴¹ mit seinem internationalen Teil, dessen Beiträge die Aspekte des Umbruchs von 1989/90 für Europa beleuchten. Konkret geht es unter anderem um den Beitrag, den die EU zur Stabilisierung der Reformen in Mittel- und Osteuropa leisten könne (*Gerda Zellentin*), um die Rolle der EU im neuen Ost-West-Verhältnis (*Lothar Brock*) und um Europa als internationaler Akteur (*Hanns W. Maull*).

Europapolitik

Die Wissenschaft hat bei der Erforschung der Ära Kohl von allen Gegenstandsbereichen neben der Deutschlandpolitik das Politikfeld Europa am meisten und intensivsten bearbeitet. Dieses besondere Interesse erstaunt nicht, denn es entspricht sowohl der historischen Rolle Kohls als „Vater des neuen Europas“ – so würdigten ihn zum 80. Geburtstag die SZ⁴² und andere Stimmen –, als auch der Bedeutung Europas als Rahmen nationaler Politik. Bereits in den frühen 1990er Jahren hat die bei Werner Weidenfeld entstandene Dissertation von *Eckart Gaddum* einen hohen Maßstab für die Erforschung der Europapolitik der Regierung Kohl gesetzt.⁴³ Seine vorbildliche Studie, die sich auf die Zeitspanne von 1982 bis 1988 bezieht, grob gesehen also auf die Periode zwischen den ersten beiden europäischen Ratspräsidentenschaften, die Kohl als deutscher Regierungschef innehatte – eine dritte sollte er noch einmal 1994 ausüben – gelangt zu dem eindeutigen Ergebnis, dass die deutsche Europapo-

einigung, Paderborn 2001. – Siehe: *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Zweiter Teil* (wie Anm. 11), S. 496f.

41 *Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, hg. von Gerhard LEHMBRUCH (19. Wissenschaftlicher Kongress der DVPW, August 1994), Opladen 1995. – Siehe: *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Zweiter Teil* (wie Anm. 11), S. 474.

42 Heribert PRANTL, *80 Jahre Helmut Kohl*, in: „Süddeutsche Zeitung Magazin“ vom 12.3.2010, S. 32–37.

43 Eckart GADDUM, *Die deutsche Europapolitik in den 80er Jahren. Interessen, Konflikte und Entscheidungen der Regierung Kohl* (Studien zur Politik 22), Paderborn 1994.

litik in diesen achtziger Jahren führend dazu beigetragen habe, „die Perspektiven eines vollendeten Binnenmarktes und einer Währungsunion zu eröffnen. Sie hat damit die Tagesordnung der EG in den neunziger Jahren entscheidend vorbereitet“ (S. 370).

Gaddum geht das hochkomplexe Thema klugerweise mittels Fallstudien an. Komplexität verlangt nach Reduktion. Als Beispielfälle werden die Integration des Agrarsektors, die institutionelle Reform der EG durch die Einheitliche Europäische Akte und die Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion untersucht, und zwar anhand von Leitfragen nach den jeweiligen Interessenlagen, Konfliktmustern und Entscheidungsprozessen. Das Resultat besteht in der Erkenntnis, dass es in der deutschen Europapolitik zwischen 1982 und 1988 weder bei den konkreten Interessen noch beim Einfluss des innerstaatlichen und gemeinschaftspolitischen Umfelds konstant gültige Muster bzw. Konstellationen gab und dass bei der Entscheidungsfindung das Bundeskanzleramt (Kohl) und das Auswärtige Amt (Genscher) als „zentraler Problemlösungsfilter“ fungierten, als „Schleuse zwischen sektoral orientierten Interessen und in der Gemeinschaft durchsetzbaren Positionen“ (S. 366). Das „integrationspolitische Primat“ der Akteure Kohl/Genscher habe sich gegenüber den Ressorts und der Bundesbank als „durchsetzungsstärkstes Interesse deutscher Europapolitik“ erwiesen. Die deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel von 1982 habe sich nicht in der Reihenfolge von innenpolitischem Interessenclearing zum Agieren auf Gemeinschaftsebene vollzogen, sondern mit einem überwiegend taktischen Vorgehen im umgekehrten Ablauf oder in Parallelität beider Entscheidungsprozesse.

Die deutsche Agrarpolitik sei in den 1980er Jahren von zwei gegenläufigen Interessenströmungen geprägt gewesen: von den integrations-skeptischen und reformunwilligen Kräften, die traditionell auf eine einkommensorientierte Hochpreispolitik bei möglichst unbegrenzter Abnahmegarantie fixiert waren, und von den gemeinschaftsorientierten Kräften, die sich um vitale deutsche Interessen wie außenpolitische Handlungsfähigkeit, sicherheitspolitische Berechenbarkeit und haushaltspolitische Konsolidierung für eine Wiederbelebung des Integrationsprozesses stark machten. Mit der Regierung Kohl sei die „bewegende Kraft“ von den nationalen Agrar- wieder auf die Integrationsinteressen verlagert worden. Die agrarpolitische Konsensfindung ging aus dem Kreis der Agrarexperten auf den Rat der Staats- und Regierungschefs über. Die erste Akzentsetzung für dieses gewandelte gemeinschaftsorientierte Handeln sei schon auf dem Stuttgarter Ratstgipfel 1983 erfolgt. Dabei habe die Bundesregierung auch ihre finanziellen Möglichkeiten verhandlungstaktisch eingesetzt.

Ein auffällig neues Element der deutschen Europapolitik der Regierung Kohl sei auch „die intensive Wahrnehmung bilateraler Gespräche auf europäischer Ebene“ gewesen, wie sie vor allem der Bundeskanzler zu Verhandlungs-

durchbrüchen genutzt habe. In der „Unterordnung agrarsektoraler Interessen unter das Primat des Krisenmanagements“ und in der „Etablierung der Paketlösungsstrategie“ durch ein Wechselspiel von Konzession und Interessenwahrung, anders gesagt in der „pragmatischen Integration dessen, was europapolitisch erreichbar“ gewesen sei, wird die wesentliche Leistung der Kohl-Regierung im Fall des Agrarsektors gesehen.

Auch beim Zustandekommen der Einheitlichen Europäischen Akte hat die deutsche Seite – „das Gespann Kohl/Genscher“ – entscheidend mitgewirkt, ebenfalls an den vorausgegangenen Rahmenbeschlüssen. Dabei sei die deutsche Position von dem langfristigen politischen Einigungsziel und einem auf Realisierbarkeit zielenden Pragmatismus geprägt gewesen. So erklärt es sich, dass die deutsche Europapolitik keinem festgelegten Programm folgte, sondern sich „als eine Fülle nicht notwendigerweise im Zusammenhang zu betrachtender und zu behandelnder Ziele“ (S. 277) darstellte.

Nach dem Regierungswechsel von 1982 habe sich eine „stabile Achse Kanzleramt-Auswärtiges Amt“ formiert, was sich insbesondere zugunsten institutioneller Reformen in der Europapolitik auswirkte. „Europäische Integration wurde zu einem primären Thema deutscher Außenpolitik erklärt“. Seit 1984, nach einer Schwächephase, wurde die deutsch-französische Zusammenarbeit durch die Achse Kohl-Mitterrand zum tragenden Element der europäischen Reformentscheidungen, die allerdings nicht nach einem verbindlichen Reformfahrplan zustande kamen, sondern sich eher der geschickten Nutzung von Verhandlungsspielräumen durch die deutsche Seite verdankten. Die Währungsunion wird für die Bundesrepublik zu Beginn der 1980er Jahre als ungeliebtes Kind der europäischen Einigungspolitik charakterisiert, weil sie ein ganzes Bündel brisanter innen- und gemeinschaftspolitischer Konfliktpotentiale enthalten habe. Darunter zählt der Verfasser den unentschiedenen Methodenstreit zwischen Monetaristen und Ökonomen, die möglichen Belastungen der deutsch-französischen Beziehungen, die Frage der DM-Stabilität sowie die Spannungen, die sich aus der „bipolaren währungspolitischen Orientierung“ der Bundesrepublik zum Dollar und zum EWS ergaben. Der von der Kohl-Regierung zunächst verfolgte ökonomistische Kurs, der auf eine Integration im Währungssektor durch die Kräfte des Marktes setzte, war allerdings europapolitisch nicht kompromissfähig. Das marktorientierte Konzept war „ein Konzept der Experten, nicht der Europapolitiker“ (S. 355). Die Studie macht deutlich, dass die Überwindung dieser Grundschwierigkeiten in den 1980er Jahren schließlich durch die Verlagerung des Entscheidungszentrums vom Zentralbankrat und dem in der Währungspolitik federführenden Finanzministerium zur Bundesregierung, „von den Experten weg und zu den Außenpolitikern im Kanzleramt...“, gelang.

Die Münsteraner Dissertation von *Henrik Meyer* hat die Europapolitik der Ära Kohl „unter dem spezifischen Aspekt des Zusammenwirkens von poli-

tischem Umfeld und europapolitischen Leitbildern“ (S. 21) untersucht.⁴⁴ In einem recht gekünstelten Ansatz werden, ausgehend von den staatlichen Oberzielen der Bundesrepublik Deutschland und den europapolitischen Leitbildern der Akteure und der Öffentlichkeit, die „Richtung und Entschlossenheit“ der europäischen Integrationspolitik der Regierung Kohl mit Hilfe des Begriffs des Umfeldes als der „Summe von sich wandelnden politischen Strukturen, Beziehungen und Konstellationen, welche den politischen Rahmen für die Entscheidungsfindung ... bilden“, zu erklären versucht. Das sieht konkret so aus, dass die 16 Jahre Regierungszeit Kohls in neun Untersuchungsabschnitte zerlegt werden und der Verlauf der europäischen Integration in den einzelnen Phasen ganz schematisch nach den Entwicklungen und Kräften des EG-System-Umfeldes abgefragt wird, wobei jeweils eine Sortierung nach innen-, außen- und europapolitischen Bestimmungsfaktoren erfolgt. Für die Innenpolitik sind dies das Regierungslager, die dominierenden innenpolitischen Themen, die europapolitische Übereinstimmung der Regierungsparteien und das öffentliche Meinungsbild, für die Außenpolitik unter anderem die regionale Bedeutung des Landes, die sicherheitspolitische Lage, die bilateralen Beziehungen sowie die weltwirtschaftliche Entwicklung und für die Europapolitik vor allem das Integrationsstadium, die Agenda der Gemeinschaft bzw. Union, der Kurs der anderen Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission wie auch die Auswirkungen des Ratsvorsitzes.

Wie bei nicht wenigen politikwissenschaftlichen Arbeiten verhält sich das Untersuchungsergebnis auch hier umgekehrt proportional zum Aufwand der Fragestellung. Es werden imponierende theoretische Kulissen aufgebaut, vor denen dann aber nur ein mäßiges Stück zur Aufführung kommt. Die Ergebnisse, die zusammenfassend festgehalten werden, laufen auf Gemeinplätze hinaus, die von jedem historisch-politischen Zusammenhang absehen und infolge konzessiver Aussagen zudem häufig ins Banale abgleiten. In den 1980er Jahren hätten danach die europapolitischen Leitbilder „keinen nach außen sichtbaren Schwankungen“ unterlegen, die etwa durch Veränderungen des politischen Umfeldes veranlasst worden wären. Die „Oberziele“ Sicherheit und Wirtschaftswachstum hätten weitergehende Integrationsschritte unabweislich gemacht. Nach der EG-Reform durch die Einheitliche Europäische Akte (Mai 1986) sei allerdings bei der Bundesregierung eine deutliche Verlangsamung der Einigungsbemühungen in Richtung europäischer Währungsunion festzustellen. „Helmut Kohl wollte bei einem derart schwerwiegenden Integrations-schritt, den er grundsätzlich unterstützte, zunächst Vorsicht walten lassen“ (S. 224). Insgesamt habe das außenpolitische Umfeld aufgrund der relativen

44 Henrik MEYER, *Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl. Die Auswirkungen des politischen Umfeldes auf die Integrationsbereitschaft der Bundesregierung* (Schriftenreihe Politikwissenschaft 5), Berlin 2004.

Stabilität des Ost-West-Gegensatzes und des Zusammenspiels von Bonn und Paris stimulierend auf die deutsche Europapolitik eingewirkt. Innenpolitisch habe es weder im Regierungslager noch im parlamentarischen Raum ernsthafte europaskeptische Stimmen gegeben, und auch die Zustimmung der Bevölkerung sei „recht hoch“ gewesen. In den 1990er Jahren, nach dem Zustandekommen des Vertrags von Maastricht seien Umfeldbedingte Modifikationen der Integrationspolitik Kohls zu verzeichnen. Durch die deutsche Einheit hätten nationale Anliegen einen anderen Stellenwert bekommen als in den Jahrzehnten zuvor. Ferner sei in der Bevölkerung wegen der Währungsunion und die Sorge um die DM eine skeptische Grundstimmung aufgekommen. Die Arbeit lässt keinen Zweifel daran, dass Kohls Engagement für die Weiterentwicklung der EU, den Leitbildern wie den Aktivitäten nach, unverändert blieb. Sein besonderes Bemühen um die Währungsunion wird darauf zurückgeführt, dass zum einen mit ihrer Verwirklichung alle Befürchtungen zerstreut werden sollten, „ein wiedervereinigtes Deutschland könnte in Europa die Führung an sich reißen“, zum anderen Kohl die Währungsunion als „historische Mission“ begriffen habe, mit der er „in die Geschichtsbücher eingehen wollte“ (S. 372).

Die Europapolitik ist für die Geschichts- und Politikwissenschaft nicht zuletzt deshalb ein ungewöhnlich komplexer und damit auch unvergleichlich faszinierender Untersuchungsgegenstand, weil dieses Europa in seiner Nachkriegsentwicklung von mehr als einem halben Jahrhundert über den Rahmen des nationalen Interesses der Mitgliedstaaten hinausgewachsen ist und nun als selbständige Größe mit eigenen Notwendigkeiten und Ansprüchen, mit einer „Gemeinschaftsräson“ mit im Spiel ist. Auf exemplarische Weise hat das die Studie von *Hans Stark*, seit 1991 Leiter des Comité d'études des relations franco-allemandes (Cefra) im Pariser Institut français des relations internationales (ifri), über die deutsche Europapolitik der Ära Kohl in ihrer Problemstellung berücksichtigt.⁴⁵ Ohne explizite theoretische Etikettierung, bei der oft nur viel Wissenschaft draufsteht, während dann wenig drin ist, besticht sie durch zuverlässige Materialverarbeitung, Analyseprägnanz und verstehende Interpretation. Die Zentralperspektive ist dabei die französische, das heißt, dass mit der Darstellung der deutschen Politik zugleich auch die französische und im weiteren Sinn die westeuropäische verdeutlicht wird.

Die Arbeit versucht eine Ortsbestimmung der Europapolitik der Regierung Kohl vor und nach der Wiedervereinigung: Im ersten Teil wird die europäische Integrationspolitik Kohls „du déclin au renouveau“ (1982–1991) geschildert, im zweiten Teil die deutsche Europapolitik „entre vocation supranationale et repli intergouvernemental“ (1992–1998). Dem Verfasser geht es dabei vor allem um die Frage, ob das Ende der bipolaren Ära mit der deutschen Einheit

45 Hans STARK, *Helmut Kohl, l'Allemagne et l'Europe. La politique d'intégration européenne de la République fédérale 1982–1998*, Paris 2004.

und dem Zusammenrücken von West- und Osteuropa die deutsche Politik im Prozess der „*construction européenne*“ verändert habe. Welches Gewicht komme den Elementen der Kontinuität und denen des Wandels in Kohls Europapolitik zu? Entgegen allen Prognosen und Analysen der neorealistischen Schulen strenger und gemäßigter Observanz vermag Stark überzeugend nachzuweisen, dass sich das wiedervereinigte Deutschland unter der Kanzlerschaft Kohls vom Ziel der Europäischen Union nicht fortbewegte und die Integrationskonzepte der 1980er Jahre für seine Regierung weiter maßgebend geblieben sind. Die deutsche Politik sei ohne „*rupture*“ auf der Gemeinschaftsline geblieben. Das Interesse der anderen Gemeinschaftsmitglieder, allen voran Frankreichs, die größer gewordene, das europäische Gleichgewicht gefährdende Bundesrepublik wirtschaftlich und politisch fester im Integrationswerk zu verankern, habe mit der Politik Kohls korrespondiert, durch Stärkung des „*caractère européen*“ Deutschlands traditionelle deutsche Belange wie Subsidiarität, Regionalismus und Stabilität in die Integration einzubringen. Selbst da, wo Deutschland wie bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion sein monetäres Modell durchgesetzt habe, sei dies nicht als Rückkehr zur klassischen Machtpolitik zu deuten, sondern mit einem Verzicht auf monetäre Souveränität und mit dem Opfer der DM verknüpft gewesen. Kohl habe auch nicht versucht, den Europäischen Rat zu stärken und für Deutschland mehr Stimmen als die anderen großen Mitgliedstaaten auszuhandeln. Ebenso wenig sei der deutsche Einfluss durch die erweiterten Befugnisse des Europäischen Parlaments und die größere Rolle der Kommission wesentlich gesteigert worden. Die Europapolitik der Regierung Kohl sei auf der Linie der Kontinuität geblieben; selbst im Währungsbereich, in dem die deutsche Haltung – häufig als „*Diktat*“ der Bundesbank denunziert – ihren Grund nicht etwa in veränderten Machtverhältnissen nach der wiedererlangten Einheit hatte, sondern wie schon in den 1980er Jahren der „alten“ Bundesrepublik“ in der Kraft der deutschen Wirtschaft.

Institutionell sei für die föderale Organisation der Europäische Union auch nicht das Modell des deutschen Bundesstaates maßgebend geworden, sondern Deutschland habe sich umgekehrt den Vorstellungen einer EU „*de nature gouvernementale*“ angeschlossen. Zu Recht warnt der Verfasser aber vor einer schematischen Unterscheidung zwischen einer supranationalen Gemeinschaftspolitik der „alten“ Bundesrepublik und einer dezidiert pro-gouvernementalen des vereinigten Deutschlands. Die deutsche Zurückhaltung in den Fragen der institutionellen Vertiefung der EU und der Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen bei den Regierungskonferenzen zwischen dem Turiner Gipfel 1996 und dem Vertrag von Amsterdam 1997 sei keineswegs auf ein nachlassendes Europa-Engagement oder sogar auf ein europapolitisches „*Revirement*“ des vereinigten Deutschlands zurückzuführen, sondern habe als Konsequenz einer notwendig gewordenen Interessen- und Positions-

abstimmung zwischen Paris (Chirac!) und Bonn zu gelten. Die Schlussfolgerungen dieser aufschlussreichen Arbeit gehen dahin, dass weder neorealistiche noch transnationalistische Erklärungsansätze ausreichen, um die Politik der „construction européenne“ der Regierung Kohl nach Motiven, Strukturen und Entwicklungen zu verstehen. Die deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl zeige zwischen 1982 und 1998 eine große Kontinuität, denn sie habe auf Grundsätzen und dauerhaften Faktoren, auf einem institutionellen Gerüst, auf einer Vielzahl interdependenter Verknüpfungen und auf einem unterstützenden Handeln privater Akteure (*acteurs privés*) beruht. Wer über die Europapolitik in der Ära Kohl arbeitet, ist gut beraten, sich mit dieser Studie als Einstieg zu beschäftigen; sie informiert zugleich kompetent über die deutsch-französischen Beziehungen dieser Zeit, ordnet Detailaspekte wie beispielsweise das Schäuble/Lamers-Papier von 1994 in ihren größeren europapolitischen Zusammenhang ein und diskutiert die wichtigsten wissenschaftlichen Thesen zur deutschen Rolle in Europa nach der Wiedervereinigung.

Auf die Europapolitik der Regierung Kohl im Prozess der Osterweiterung geht die Studie von *Stephen Collins* ein.⁴⁶ So vielversprechend ihre Fragestellung ist, so enttäuschend ist sie aufgrund ihrer „scholastischen“ Herangehensweise. Denn jeder Arbeitsschritt wird umständlich beschrieben. Der Leser erfährt von Kapitel zu Kapitel, was der Autor zu tun gedenkt, was er gerade tut und was er getan hat. Das mag zwar akademischen Graduierungskriterien genügen, nicht aber den Maßstäben internationaler Forschung. Durch zahlreiche Wiederholungen wird der Untersuchungsgegenstand derart in die Länge gezogen, dass das Endresultat recht dünn ausfällt. Theoretical framework ist allemal wichtiger als empirischer Befund. Es geht konkret um die Untersuchung der innen- und außenpolitischen Einflüsse auf das Entscheidungshandeln der Bundesregierung (*policy-making*) in den EU-Beitrittsverhandlungen mit den ostmitteleuropäischen Staaten. Im Mittelpunkt steht dabei die Ausübung der Richtlinienkompetenz (*agenda management*) durch Bundeskanzler Kohl in diesem Prozess. Die Ausgangshypothese, dass eine Kluft zwischen der Erweiterungsrhetorik des Bundeskanzlers und seiner Fähigkeit zur institutionellen Steuerung des europäischen Integrationsprozesses bestünde, wird falsifiziert. Tatsächlich habe die Bundesregierung die Politik der Erweiterung sowohl administrativ wie auch parlamentarisch und selbst im internationalen Rahmen der EU „managen“ können und Kohl sei so bei wichtigen Gipfelmeetings ein erfolgreicher Anwalt der beitrittswilligen Länder Osteuropas gewesen.

Ein Abriss der „Europapolitik unter Helmut Kohl“ findet sich, von *Ulrike Keßler* verfasst, in dem von *Gisela Müller-Brandeck-Bocquet* herausgege-

46 Stephen COLLINS, *German policy-making and eastern enlargement of the EU during the Kohl era: managing the agenda?*, Manchester 2002.

benen knappen Kompendium der bundesrepublikanischen Europapolitik.⁴⁷ Der Überblick von der europapolitischen „Relance“ 1982/83 bis zum Vertrag von Amsterdam 1997 und zur Osterweiterung gelangt zu dem Ergebnis, dass die Europapolitik Kohls, gemessen an seiner anfänglichen Zielsetzung und Europarhetorik, ein ambivalentes Bild abgebe. Es fallen Worte wie „glanzlos“ und „suboptimal“. Seine Politik sei von Pragmatismus und Orientierung am Konsensfähigen bestimmt gewesen. Für die letzten Jahre seiner Regierung lasse sich sogar eine Europapolitik mit „angezogener Handbremse“ feststellen, so als ob sich auch bei ihm eine „gewisse Ernüchterung im Hinblick auf die Realisierbarkeit seiner Ziele“ eingestellt hätte (S. 167). Auf die Integrationspolitik der deutsch-französischen Achse hätten als bremsende Kräfte die Bundesländer, die Bauernlobby und die skeptische öffentliche Meinung eingewirkt. Das Urteil der Geschichte ergeht im Lichte jeweiliger Gegenwart. Unter dem Eindruck der akuten europäischen Krise zögert man daher, diesen Beitrag mit seiner leisen Kritik an der Europapolitik der Ära Kohl als belanglos abzutun.

Die Rolle Kohls als „Baumeister Europas“ hat *Hanns Jürgen Küsters*⁴⁸ in einem Festschriftbeitrag von den unterschiedlichsten Problemstellungen her „hinterfragt“ (Periodisierung, Grundüberzeugungen und Zielvorstellungen, internationale Rahmenbedingungen, Integrationsstrategie und Entscheidungsprozesse). Als Ergebnis diagnostiziert er in der Forschung ein noch wenig gefestigtes Urteil über die europapolitische Leistung Kohls („... die Konturen bleiben verschwommen“), hebt aber zugleich als sicher hervor, dass „diese gewichtige Figur“ sechzehn Jahre lang in der Geschichte Europas „eine nicht zu unterschätzende, vorantreibende Kraft auf dem Weg zur europäischen Einigung“ gewesen sei. Historikern, die sich an die Erforschung der Europapolitik in der Ära Kohl machen, sei empfohlen, es mit diesem Aufsatz als Begleiter zu tun.

Die deutsche KSZE-Politik im Zeitraum des 2. und 3. Folgetreffens (Wien 1986 bis Helsinki 1992) hat *Ralf Roloff* in seiner Dissertation (Trier) umsichtig

47 Ulrike KEBLER, *Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl. Europäische Integration als „kategorischer Imperativ“?*, in: *Deutsche Europapolitik von Adenauer bis Merkel*, hg. von Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET u. a., 2. akt. und erw. Aufl., Opladen 2010, S. 119–171. – Für die erste Hälfte der Ära Kohl ist dazu als „Korreferat“ zu lesen: Melanie PIEPENSCHNEIDER, *Die Europapolitik Helmut Kohls 1982–1989*, in: *Frei und geeint. Europa in der Politik der Unionsparteien. Darstellungen und Dokumente zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge*, hg. von Günter RINSCHKE, Köln 1997, S. 77–88.

48 Hanns Jürgen KÜSTERS, *Helmut Kohl. Architekt der europäischen Einigung? Betrachtungen zur Erforschung seiner Europapolitik*, in: Mareike KÖNIG/Matthias SCHULZ (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen. Festschrift für Wolf D. Gruner zum 60. Geburtstag*, Wiesbaden 2004, S. 221–237.

beleuchtet.⁴⁹ Verfolgt wird die Entwicklung der KSZE vom internationalen „Regime“ (Stephen David Krasner) eines Modus Vivendi im bipolaren System des Ost-West-Gegensatzes bis zur Institutionalisierung als Instrument kooperativer Sicherheit und gesamteuropäischer Stabilitätspolitik. Dabei ist die Schlüsselfrage, wie leistungsfähig unter tendenziell instabilen Bedingungen eine multilateral ausgerichtete Außenpolitik sein könne, die auf Interdependenz, Verrechtlichung, friedlicher Streitbeilegung und Kooperation beruht. Es ist gelungen, herauszuarbeiten, wie die Bundesrepublik auf den Prozess und die Institutionalisierung der KSZE zur Verfolgung ihrer Interessen einwirkte. Die Bonner KSZE-Politik stellte sich zunächst bis zum Ende des Ost-West-Konflikts als Versuch dar, die beiden außenpolitischen Handlungsmaximen der Bundesrepublik, die Westbindung und die Osteinbindung, „gleichgewichtig in einem multilateralen Rahmen wirksam werden zu lassen“ (S. 110). Das Ergebnis des Wiener Folgetreffens sei für die Bundesrepublik „janusköpfig“ gewesen. Die Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte und menschlichen Kontakte hätten zwar Mittel zur Aufweichung der Blockstrukturen an die Hand gegeben, aber dafür sei der multilaterale Abstimmungsprozess schwieriger geworden, „weil die aufweichende Blockdisziplin der Verhandlungsgruppen die Differenzen mit den eigenen Verbündeten deutlicher hervortreten ließ“ (S. 216). Die KSZE habe auch unter den sich seit Herbst 1989 rasant verändernden Rahmenbedingungen einen hohen Stellenwert in der außenpolitischen Konzeption der Bundesrepublik behalten, allerdings mit einer entsprechend modifizierten Zielrichtung. Das Instrument des Wandels sei zusätzlich als Baustein in der Politik zur deutschen Einheit verstanden worden. Die Einbettung der deutschen Einheit in den KSZE-Prozess leistete der Gipfel von Paris (19.–21. November 1990), der in zentralen Aspekten auch die Institutionalisierung der KSZE vorantrieb. Die multilaterale Einbindung der deutschen Einheit in eine europäische Ordnung als Teil der Strategie des „selfcontainment“ sei so „für alle Beteiligten verträglich vollzogen“ worden (S. 319). Danach habe Deutschland die KSZE zum Auf- und Ausbau gesamteuropäischer Stabilitätsstrukturen mit Institutionen für ein Krisenmanagement nutzen wollen, jedoch habe sich die Umsetzung dieses Konzepts als schwierig erwiesen, was insbesondere im Konfliktfall Jugoslawien manifest geworden sei. Die Stärkung der KSZE, wie sie auf deutsche Initiative erfolgt sei, sei mit schwerwiegenden Mängeln verbunden gewesen. Zudem sei sie durch die Aufnahme der Sowjetunion bzw. deren Nachfolgestaaten schwerfälliger geworden. So ergibt sich für die KSZE-Politik der Bundesrepublik am Ende „ein schillerndes Vexierbild aus Kontinuitäten, Brüchen und schleichenden Veränderungen“ (S. 432). Der

49 Ralf RÖLOFF, *Auf dem Weg zur Neuordnung Europas. Die Regierungen Kohl/Genscher und die KSZE-Politik der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1992*, Vierow bei Greifswald 1995.

Beitrag der KSZE zur Aufweichung der Strukturen des Kalten Krieges sei groß gewesen. Die Anpassungsleistung an die Verhältnisse nach dem Umbruch von 1990 sei aber eher „zwiespältig zu beurteilen“. Das Dilemma der deutschen KSZE-Konzeption sei gewesen, dass die Institution – Parallele Völkerbund! – zu schwach zur Konfliktlösung gewesen sei, weil sie einzig den guten Willen der Beteiligten als Voraussetzung zugrunde gelegt habe. Die KSZE-Politik der Bundesrepublik bis 1992 aber als „Aufstieg und Fall des Genscherismus“ (S. 458) zu bezeichnen, erscheint allzu pointiert.

Eine Sammlung von Beiträgen „profilierter Autoren“, die am Zustandekommen der europäischen Währungsunion und an den Vorverhandlungen zum Vertrag von Maastricht in verantwortlichen Positionen im Bundesfinanzministerium, in der Deutschen Bundesbank, der EG-Kommission bzw. als Finanzexperten im Deutschen Bundestag oder im Europäischen Parlament mitgewirkt haben (u. a. *Peter Bofinger, Ingo Friedrich, Paul Kirchhof, Horst Köhler, Hilmar Kopper, Karl Otto Pöhl, Helmut Schlesinger, Hans Tietmeyer, Norbert Wieczorek*), hat *Theo Waigel* herausgegeben,⁵⁰ Thema ist die Begründung des Vertrages von Maastricht als Weichenstellung für die Weiterentwicklung Europas zur „offenen“ Gemeinschaft und zur Politischen Union. In den Blick kommt hier statt der Ebene der politischen Entscheidung die Ebene der Gestaltung und Beratung. Wer sich über die finanz- und wirtschaftspolitischen Rezepte und Zutaten beim Voranbringen der europäischen Währungsunion informieren will, ist mit diesem Buch gut bedient. Die „europäische Vision“, die Waigel in seinem einleitenden Aufsatz und zum Abschluss („Ein junger Deutscher fragt nach seiner Zukunft in Europa“) beisteuert, schmeckt etwas stark nach politischem Zuckerguss. Aber das ist wohl eben auch die Botschaft des Buches: Waigel steht für die Idee der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Wie entscheidend für die Fortschritte der europäischen Integration die deutsch-französische Gemeinsamkeit, das Tandem Kohl–Mitterrand, gewesen war, geht aus mehreren Beiträgen klar hervor.

Kulturpolitik

In der „Zeit“ vom 24. September 1998 – kurz vor der Bundestagswahl, die das Ende der Ära Kohl brachte – bilanzierte *Christoph Stölzl*, erster Generaldirektor des 1987 neugegründeten Deutschen Historischen Museums in Berlin, die Kohl-Jahre anhand der Haushaltszahlen für das vom Bund geförderte Kulturleben als „sehr gute Zeit“. Dagegen hatte der von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum ersten Kulturstaatsminister der Bundesrepublik berufene Journalist und Verleger *Michael Naumann* nach seinem Amtsantritt 1998 den Ein-

50 Theo WAIGEL (Hg.): *Unsere Zukunft heißt Europa. Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion*, Düsseldorf 1996.

druck einer „kulturpolitischen Sahelzone“, die von der Kohl-Regierung hinterlassen worden sei. Warum solche extrem auseinander liegenden Wertungsperspektiven auf die Kulturpolitik der Ära Kohl möglich sind, lässt sich der instruktiven, aus einer Ludwigsburger Magisterarbeit hervorgegangenen Broschüre von *Klaus Stemmler* entnehmen.⁵¹ Sie liest sich zugleich als Einführung in die allgemeine Problematik einer Bundeskulturpolitik in kompetenzrechtlicher (Bund-Länder-Konflikt), konzeptioneller (Unbestimmtheit des Aufgabenbereichs) und struktureller (Organisation und Verfahren) Hinsicht. Der Verfasser unterscheidet den Kulturboom der 1980er Wohlstandsjahre vom öffentlichen Kulturbetrieb unter den Vorzeichen der wirtschaftlichen Krise und der finanziellen Belastungen in den 1990er Jahren. Dazwischen – von 1991 bis 1993 – habe nach der Wiedervereinigung die Übergangsfinanzierung für die neuen Länder und die Hauptstadtkultur Berlins im Vordergrund der Kulturpolitik gestanden. Die Ära Kohl habe 1984 mit einer kulturpolitischen Positionsbestimmung begonnen, der konkret der kulturelle Ausbau Bonns (Kulturmeile) sowie Initiativen zur Stärkung des Geschichtsbewusstseins und neue Akzente im Förderungsbereich gefolgt seien. Bundeskanzler Kohl habe sich persönlich „die Förderung des Bewusstseins von Kultur, besonders von Geschichte“ angelegen sein lassen, konkretisiert in den repräsentativen Großprojekten der Kunst- und Ausstellungshalle und des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn sowie des Deutschen Historischen Museums in Berlin. Kohl habe die Kulturpolitik als „staatspolitischen Bedeutungsträger“, als „symbolische Politik“ gesehen. Wie in Bonn habe sich der Kanzler auch in Berlin stark für historische Projekte engagiert wie für die Neue Wache und das Holocaust-Denkmal, wobei auch die schon in Bonn geführten Diskussionen unter neuen Vorzeichen fortgesetzt worden seien. Dabei hätten „informale Strukturen“ transparente Entscheidungsverfahren verhindert. Der Kanzler habe die Themen zur „Chefsache“ gemacht und sie dadurch der parlamentarischen Diskussion entzogen. Eine Richtlinienpolitik in der Bundeskulturpolitik mit klaren Zielsetzungen habe es nur in Ansätzen gegeben. Das „sogenannte Kohl-System“ habe auch in der Kulturpolitik funktioniert.

Nicht ernst zu nehmen, aber amüsant zu lesen, ist das Buch des Journalisten *Norbert Seitz* über die Beziehungen der Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder zu den Künsten.⁵² Das Kapitel über Kohl mit der Überschrift „Bauen fürs Geschichtsbuch“ strotzt von Klischees und Voreingenommenheiten: Kohl hätte in seiner „zählebigen Regentschaft kein öffentliches Geschichtsergebnis“

51 Klaus STEMLER, *Kulturpolitik in der Ära Kohl. Eine Kritik von Grundlagen und Diskussionen zur Wahrnehmung von Kompetenzen unter der Regierung Helmut Kohl 1982–1998*, Bonn 2000.

52 Norbert SEITZ, *Die Kanzler und die Künste. Die Geschichte einer schwierigen Beziehung*, Berlin 2005.

ausgelassen. Verwiesen sei hier auf die Rezension von *Jörg-Dieter Gauger* in dieser Zeitschrift⁵³. Bisweilen gewinnt man den Eindruck, als ob gewisse Schreiber unbedingt den ominösen „CDU-Staat“ benötigten, um sich als Intellektuelle zu profilieren.

Die Stärkung des Geschichtsbewusstseins und der Identifikation mit dem Gemeinwesen Bundesrepublik war ein explizites staatspolitisches Ziel der Kulturpolitik in der Ära Kohl und damit Teil der von Kohl zu Beginn seiner Kanzlerschaft angekündigten „geistig-moralischen Wende“, die – viel zitiert und ironisiert – je nachdem entweder als konservativer Restaurationsversuch oder als neoliberale Auslieferung des Kulturbetriebs an den Markt missgedeutet worden ist. Der Verdacht, dass mit der geschichtspolitischen Förderung eines neuen nationalen Identitätsbewusstseins ein offizielles Geschichtsbild etabliert werden sollte, lag auch dem „Historikerstreit“ Mitte der 1980er Jahre zugrunde, der um die „historisierende“ Einordnung des Nationalsozialismus in die deutsche Geschichte geführt wurde.

Da Geschichte in Deutschland auch immer und im Besonderen Umgang mit der NS-Vergangenheit heißt, ist die Ära Kohl auch in dieser Beziehung besonders kritisch untersucht worden. An den Beispielen der „Neuen Wache“, des Denkmals für die ermordeten Juden Europas und des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik hat *Sabine Moller* zeigen wollen,⁵⁴ dass mit den historischen Großprojekten der Regierung Kohl die zu erinnernde Geschichte vom geschichtlichen Kontext getrennt und damit auch qualitativ mit einer Tendenz zur Relativierung der NS-Zeit verändert worden wäre. Das historische Material werde bei seiner Präsentation „dekontextualisiert“, historische Realität durch eine moralisierende „Entkonkretisierung“ aus den gesellschaftlich-politischen Zusammenhängen herausgelöst. Ein Verständnis der historischen Ereignisse als Realität sei damit unmöglich gemacht. Die Untersuchung wird in der Art und Weise eines Indizienprozesses geführt, der sich auf die Anklage stützt, in der Ära Kohl seien geschichtliche Ereignisse „entdifferenziert“ bzw. „entproblematisiert“, das heißt „ihrer individuellen und organisierten Akteure beraubt“ worden. Die Deutungsideologie, die dieser Diplomarbeit zugrunde liegt, ist dem Vorwort von *Joachim Perels* (Universität Hannover)⁵⁵ zu entnehmen: Die Regierung Kohl und die mit ihr kooperierenden (Warum nicht gleich kollaborierenden?) Historiker hätten das wirkliche Geschehen, statt es wie in rechtskonservativen Umdeutungen zu negieren oder anders zu bewerten, durch

53 Jörg-Dieter GAUGER, *Rezension: Norbert Seitz, Die Kanzler und die Künste*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 12 (2005), S. 285–287.

54 Sabine MOLLER, *Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl. Die Neue Wache, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Hannover 1998.

55 Er hat einschlägig veröffentlicht: Joachim PERELS, *Entsorgung der NS-Herrschaft. Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime*, Hannover 2004.

ihre sinnstiftenden Großprojekte und öffentlichkeitswirksam inszenierten „Versöhnungs“-Handlungen mit ehemaligen Kriegsgegnern „systematisch“ entkonkretisiert und in eine „leere Distanz“ gerückt.

Die Inanspruchnahme historischer Erinnerung für die Politik stellt zweifellos ein Problem dar, aber im wissenschaftlichen wie öffentlichen Diskurs unter demokratischen Bedingungen ist seine Entdramatisierung nur eine Frage der Zeit. In seiner Dissertation von 2001 hat *Rupert Seuthe* die Erinnerungskultur der 1980er und 1990er Jahre am Beispiel der Gedenktage, Museums- und Denkmalprojekte noch einmal auf eine „geistig-moralische Wende“ hin untersucht.⁵⁶ Ihm geht es speziell darum, ob in der Ära Kohl „tatsächlich eine kohärente Geschichtspolitik ins Werk gesetzt und wirksam“ geworden sei, die darauf abgezielt habe, „das Verhältnis zur Vergangenheit (mindestens) im Sinne einer Bedeutungsabschwächung der NS-Zeit als dominierende historische Bezugsgröße und darüber das bundesrepublikanische Gegenwarts- und Selbstverständnis neu zu justieren“ (S. 18). Diese Frage meint er verneinen zu können. Es habe in der Ära Kohl keine gezielten geschichtspolitischen Versuche gegeben, um das Ausmaß der Erinnerung an den Nationalsozialismus zu reduzieren oder zu manipulieren. Das zeitgenössische Bild „vom verdrängungswilligen oder ‚Schlussstrich‘-affinen Kanzler“ sei eine Chimäre. Die deutsche Erinnerungskultur in den 1980er und 1990er Jahren habe sich „durch die zahllosen Aktivitäten eines zunehmend verzweigten Netzwerkes von Erinnerungsträgern im wesentlichen unterhalb der staatlichen Ebene und weitgehend unabhängig von staatlichen Ritualen und Initiativen“ (S. 319) stetig weiter ausdifferenziert und verdichtet, so dass eine planvolle politische Steuerung sehr unwahrscheinlich sei. Handfeste politische Interventionen könnten in der offenen, pluralistischen Gesellschaft der Bundesrepublik allenfalls die öffentliche Debatte über die NS-Vergangenheit und den Umgang mit ihr beleben, nicht aber in bestimmte Richtung lenken oder gar hemmen. Das erscheint plausibel.

Eine vermittelnde These vertritt *Jan-Holger Kirsch* in seinem Bericht zu geschichtspolitischen Entwicklungen während der Ära Kohl.⁵⁷ In dieser Zeit habe die „Erinnerungskultur“ als Paradigma der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit die „Vergangenheitsbewältigung“ abgelöst und eine „Geschichtspolitik“ mit deutlichem Schwerpunkt auf der NS-Zeit sei „als eigenes, bewusst zu gestaltendes Handlungsfeld etabliert“ worden. Der „Anti-Institutionalist“ Kohl habe Institutionen der Geschichtskultur geschaffen, die seine

56 Rupert SEUTHE, *„Geistig-moralische Wende“? Der politische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Ära Kohl am Beispiel von Gedenktagen, Museums- und Denkmalprojekten*, Frankfurt/M. 2001.

57 Jan-Holger KIRSCH, *„Hier geht es um den Kern unseres Selbstverständnisses als Nation“*. *Helmut Kohl und die Genese des Holocaust-Gedenkens als bundesdeutscher Staatsräson*, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 43/44 (Dezember 2008), S. 40–48.

Amtszeit überdauern. Dabei wird vor allem in der Art des Entscheidungsverfahrens und weniger in den Inhalten eine „langfristig wirksame Belastung“ gesehen. Kohl habe „auch und gerade in der Geschichtspolitik“ zentrale Weichenstellungen persönlich vorgenommen.

Das wird beispielsweise auch immer von seinem mit US-Präsident Ronald Reagan unternommenen Bitburg-Besuch behauptet. Der ehemalige Bürgermeister von Bitburg hat über diesen umstrittenen Besuch auf dem Soldatenfriedhof Kolmeshöhe einen knappen, gleichwohl historisch interessanten, mit ausgewählten Texten und Photographien dokumentierten Bericht veröffentlicht.⁵⁸ Darin ist nicht nur manch „Fragwürdiges und Merkwürdiges“ des Geschehens von 1985, das er „hautnah miterlebte“, festgehalten, sondern auch prinzipiell wird die Notwendigkeit einer derartigen „weithin sichtbaren Geste der Aussöhnung“ in Frage gestellt. Spürbar wirkt hier die Verbitterung darüber nach, dass das rheinland-pfälzische Garnisonsstädtchen, in dem jahrzehntelang Amerikaner, Franzosen und Deutsche versöhnlich und freundschaftlich zusammenlebten, sich über Nacht gleichsam an den Pranger der Weltöffentlichkeit gestellt sah („Nazi-Nest“).

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Im Wahl- und Wechseljahr 1998 – zum 50. Geburtstag der DM – erschien die „Deutsche Wirtschaftsgeschichte“ von *Wolfram Weimer*; sie zeichnet nicht nur die Erfolgsentwicklung des „Modells Deutschland“ nach, sondern benennt auch die neuen Herausforderungen, denen es sich im Zeitalter der Globalisierung stellen muss.⁵⁹ Die Ära Kohl wäre danach auch eine Zeit der schleichenden Krise gewesen, die von einem fortbestehenden Übermaß an Staat, vom Mangel an Markt, von erschöpften Sozialsystemen und von mentalen Blockaden gegen Modernisierungen ausgegangen sei. Wie Adenauer hat Kohl nicht für sich in Anspruch genommen, ein Wirtschaftspolitiker zu sein, aber er war sich wie der erste Kanzler durchaus bewusst, dass seine Gesamtpolitik von den Ergebnissen der Wirtschaft abhängig war.

Der von Kohl-Kritikern im Abschwung seiner „Ära“ gern erhobene Vorwurf eines reformpolitischen Immobilismus („Reformstau“) bedarf einer differenzierten Überprüfung. Für die Wirtschaftspolitik der Kohl-Regierung hat das *Reimut Zohlhoyer* auf exemplarische Weise geleistet.⁶⁰ Seine theoretisch und empirisch gut unterlegte Darstellung geht von der – auf den ersten Blick sim-

58 Theo HALLET, *Umstrittene Versöhnung. Reagan und Kohl in Bitburg 1985*, Erfurt 2005.

59 Wolfram WEIMER, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro*, Hamburg 1998.

60 Reimut ZOHLNHÖFER, *Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982–1998* (Gesellschaftspolitik und Staatstätigkeit 22), Opladen 2001. – Vgl. auch DERS., *Parteien*,

pel erscheinenden – Doppelfrage aus, ob es in der Ära Kohl tatsächlich zu der beim Regierungsantritt angekündigten wirtschaftspolitischen „Wende“ gekommen ist und welche Politikmuster in den politischen und ökonomischen Phasen seiner Regierungszeit zu beobachten sind. Inwieweit fügt sich die Wirtschaftspolitik der 1980/90er Jahre in den Wandel der ökonomischen Leitvorstellungen von dem bis dahin dominierenden Keynesianismus zu mehr monetaristischen und angebotsorientierten Konzepten? Im Mittelpunkt der Untersuchung steht der „Reformpfad, den die christlich-liberale Koalition unter Helmut Kohl in Deutschland zwischen 1982 und 1998 einschlug.“ Die Analyse von fünfzehn ausgewählten Schlüsselentscheidungen der Regierungen Kohl erfolgt aufgrund eines theoretischen Erklärungsmodells, das den Einfluss der Parteien und anderer Institutionen auf die Staatstätigkeit einbezieht. Dabei wird neben dem Parteienwettbewerb im engeren Sinn auch die jeweilige Konstellation der sogenannten „Vetospiele“ berücksichtigt, also individueller oder kollektiver „Akteure“, deren Zustimmung für eine Abweichung vom politischen Status quo notwendig ist (Parteil Flügel, Sozialgruppen, Wirtschafts- und andere Interessenorganisationen, Gerichte, Länder usw.).

Es habe – so lautet ein Ergebnis der Studie – in den beiden ersten Wahlperioden der Regierung Kohl, am wirtschaftspolitischen Output gemessen, tatsächlich in den Politikfeldern Haushaltskonsolidierung, Steuerpolitik, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie Entstaatlichung einen Politikwechsel gegeben, jedoch sei er „ausgesprochen moderat“ ausgefallen und von weit geringerer Reichweite gewesen als etwa die Thatcher-Reformen in Großbritannien. Tiefgreifende Veränderungen wie eine qualitative Haushaltskonsolidierung oder eine Durchsetzung des Marktprinzips auf dem Arbeitsmarkt seien ausgeblieben, weil einer entsprechenden wirtschaftspolitischen Willensbildung die starken Vetopositionen der Sozialausschüsse in der CDU und der unionsgeführten Landesregierungen entgegengestanden hätten. Auch die ablehnende Haltung der Wählerschaft habe der regierenden Koalition für weitergehende Reformen kaum Spielraum gelassen. Vergleichsweise hätten die Zwänge aus der europäischen Integration und dem Globalisierungsprozess noch eine geringe Bedeutung gehabt. So sei aus der marktwirtschaftlichen „Wende“ der 1980er Jahre nur eine „halbe“ Drehung geworden.

Die Wirtschaftspolitik der letzten beiden Wahlperioden der Ära Kohl wird als Entwicklung „zwischen Vereinigungskonsens und parteipolitischer Konfrontation“ beschrieben. Bei der Herstellung der deutschen Einheit habe die Bundesregierung als Kompass die Analogie zum Wirtschaftswunder der alten Bundesrepublik in den 1950er Jahren vor Augen gehabt. Durch eine Währungsreform und durch Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in Verbin-

Vetospiele und der Wettbewerb um Wählerstimmen. Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Ära Kohl, in: Politische Vierteljahresschrift 42 (2001), S. 655–682.

derung mit einem umfassenden Institutionentransfer dachte man, ein ähnliches Wirtschaftswunder in den ostdeutschen Ländern einzuleiten, ohne dabei freilich voll in Rechnung zu stellen, welche enorme Kosten für die soziale Sicherung und den Ausbau der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik die sofortige vollständige Weltmarktintegration der ehemaligen DDR verursachen würde. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre habe eine breite, vom Einheitserlebnis getragene Übereinstimmung die Reformen von Post und Bahn sowie die Kompromisse des Solidaritätspakts, der Standortsicherung und des Spar- und Wachstumsprogramms ermöglicht, wenn auch die meisten der damit zusammenhängenden Gesetze nur auf moderate Veränderungen hinausgelaufen seien. Doch dieses Kompromissmuster „lässt sich als geradezu beispielhafte Bestätigung des Vetospielertheorems betrachten“ (S. 365). In den Jahren 1996 bis 1998 sei die Haushaltskonsolidierung dann wegen des verstärkten Parteienwettbewerbs in der Koalition und den Bundesländern unzureichend gewesen, und bei den vorgenommenen Liberalisierungen in der Arbeitsmarkt- und der Entstaatlichungspolitik seien vor allem ein erhöhter Problemdruck und Vorgaben seitens der Europäischen Union ausschlaggebend gewesen. Die grundlegende Studie schließt mit der Empfehlung an die quantitativ orientierte Staatsfähigkeitsforschung, „Indikatoren zu entwickeln, die mehr als lediglich die Zahl der Vetospieler abbilden.“

Wirtschaftspolitik ist mit Sozialpolitik in wechselseitiger Abhängigkeit verbunden. Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft, die das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs verbindet (Müller-Armack), war allen Bundesregierungen gemeinsam, wenn auch mit unterschiedlichen Gewichtungen. Die Ära Kohl begann mit dem Versuch einer „Erneuerung“ der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne der Leitvorstellung Ludwig Erhards, dass eine Förderung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte und eine Konsolidierung der Staatsfinanzen auch sozialpolitisch zu Buch schlagen. Fast symbolisch mutet es von daher an, dass nach der Wiedervereinigung das enzyklopädische Großprojekt einer „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ in Angriff genommen wurde. Ein vergewissernder historischer Rückblick sollte noch einmal den erfolgreichen Auf- und Ausbau des deutschen Sozialstaats ins rechte Licht setzen, bevor ökonomische und sozialstaatliche Krisenerscheinungen das Musterbild der Sozialen Marktwirtschaft verschatteten. Die Ära Kohl wird in zwei der elf Bände dieses Handbuchs dargestellt.⁶¹ Das herausgebende Bundesministerium für Arbeit und Sozialord-

61 Manfred G. SCHMIDT (Hg.), *Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform 1982–1989* (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 7), hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Baden-Baden 2005; Gerhard A. RITTER (Hg.), *Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung 1989–1994* (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 11), hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Baden-Baden 2007.

nung verdient alle Anerkennung dafür, dass es – selten genug für eine Behörde! – die deutsche Einheit auch als „Sternstunde“ für die Geschichtsschreibung erkannte und dieses Großunternehmen initiierte (einschließlich Finanzierung!), das mit seiner dreifachen Perspektive auf die „alte“ Bundesrepublik, die DDR und das vereinigte Deutschland bis 1994 sicherlich noch viele Forschergenerationen als Basis- und Maßstabwerk begleiten dürfte. Der Heidelberger Politikwissenschaftler und Leibnizpreisträger *Manfred G. Schmidt* zeichnet als Herausgeber für Band 7, der der ersten Hälfte der Ära Kohl gewidmet ist, verantwortlich, der emeritierte Münchner Historiker *Gerhard A. Ritter* für Band 11, der den innerdeutschen Einigungsprozess und seine problematischen Auswirkungen auf den deutschen Sozialstaat darstellt. In den siebzehn, jeweils bis auf wenige Ausnahmen von den gleichen Autoren verfassten Spezialekapiteln werden nicht nur Kernthemen der Sozialpolitik in ihrer Entwicklung wie Arbeit, soziale Sicherung, Gesundheit, Familien-, Jugend- und Altenpolitik, sondern auch eher ordnungspolitische Gegenstandsbereiche wie Bildungs-, Wohnungs- und Vermögenspolitik behandelt.

Schmidt hebt in seinem Einleitungskapitel hervor, dass die allgemeinen Rahmenbedingungen in den 1980er Jahren für eine Politik der finanziellen Konsolidierung und für institutionelle Reformen günstig waren, dass aber eine Neuordnung von Staat und Gesellschaft, die auch Werthaltungen und geistig-moralische Leitbilder einbeziehen sollte, auf die mehrheitliche Ablehnung der Bürger gestoßen sei. Die Regierung Kohl habe trotz ihres Handlungsspielraums bis 1990 im Ganzen eine eher moderate Einsparungs- und Reformpolitik betrieben. Dabei seien sowohl wahlpolitische Rücksichtnahmen (u. a. bei der Rentenpolitik, der Vertagung der Reform des Gesundheitswesens, der Einführung des Erziehungsgeldes) als auch die einflussreiche Rolle von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und den CDU-Sozialausschüssen, deren Vorsitzender er bis 1987 war, ausschlaggebend gewesen; Blüm habe sich „Raum für neue sozialstaatsfreundliche Weichenstellungen“ (S. 149/150) offen halten wollen. Die arbeitspolitischen Deregulierungen (Beschäftigungsförderungsgesetz, Neuordnung des § 16 Arbeitsförderungsgesetz), die ohnehin im Vergleich etwa zu den Liberalisierungsmaßnahmen in Großbritannien sehr bescheiden ausfielen, seien „im regierungsinternen Willensbildungsprozess“ als Preis zu werten, den der Arbeitnehmerflügel der Unionsparteien dem Wirtschafts- und Mittelstandsflügel sowie der FDP für eine vorsichtige Konsolidierung zu zahlen gehabt hätte.

In der Gesamtbetrachtung am Schluss des Bandes werden die unterschiedlichen Blickwinkel bei der Bewertung der Sozialpolitik der 1980er Jahre – von der Koalition und der Opposition, von Verbänden und von der Wissenschaft – in souveräner Stoffbeherrschung vergleichend nebeneinander gestellt. Im Zentrum der Bilanzierung steht dann die Frage: „Warum keine größere ‚Wende‘?“ Zum Teil, so lautet der Antwortversuch, hätten die verantwortlich Handelnden

nicht anders gekonnt, „weil Improvisation und Machbarkeitsgrenzen einem großen Kurswechsel entgegenstanden“ (S. 793), zum Teil hätten sie aber auch „nicht anders gewollt“. Uneinigkeit in der Koalition habe ebenso zu den Gründen gehört wie der „mäßige Einfluss der Länder“. Das Ausbleiben einer radikaleren „Wende“ nach 1982 habe auch mit dem „wirtschafts- und sozialpolitischen Pragmatismus“ von Bundeskanzler Kohl zusammengehungen. Anders als in der Deutschland- und Europapolitik habe er in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, bei einem grundsätzlichen Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, auf politische Führung verzichtet. Sein Pragmatismus habe ihn unter anderem dazu bewogen, auf Eingriffe in Subventionen für wichtige Wirtschaftssektoren wie die Landwirtschaft oder den Bergbau zu verzichten. In der Regierungspraxis der Koalition aus CDU, CSU und FDP sei ferner im Laufe der 1980er Jahre das wirtschaftsliberale Element gegenüber dem von Blüm vertretenen christlich-sozialen in den Hintergrund getreten. Blüm habe es als „Mission“ empfunden, die sozialstaatliche Balance durch Anpassung an die neuen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen zu wahren. Die Sozialpolitik der 1980er Jahre mache auch deutlich, wie stark die Staatstätigkeit in der Bundesrepublik an „übergroßer Fragmentierung der Problemdiagnose und der Problemlösung“ (S. 803) laboriere. „Die Fragmentierung erwächst aus der ausgeprägten vertikalen und horizontalen Zersplitterung der Staatsorganisation und des Regierungssystems in der Bundesrepublik Deutschland.“ Und schließlich habe es auch an der großen Mehrheit der mit dem Status quo der Sozialpolitik zufriedenen Wähler gelegen, dass die christlich-liberale Koalition den ihr zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum nicht für einen ordnungspolitischen Strategiewechsel („Wende“) genutzt habe, sondern nur zu einer vorsichtigen Konsolidierungs- und Reformpolitik bereit gewesen sei.

Die historiographische Aufgabe, welche Herausgeber und Autoren des elften Bandes mit der Darstellung der Sozialpolitik im Zeichen der deutschen Vereinigung zu bewältigen hatten, war von beispielloser Komplexität. Die Transformation der Wirtschafts- und Sozialverfassung der DDR, die gleichzeitige Europäisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die verstärkte Globalisierung machten in großen Teilen eine Verschiebung der bis dahin gültigen „staatshistorischen“ Perspektive gewissermaßen ins Dreidimensionale erforderlich: Da war die „alte“ Bundesrepublik, in der die Kontinuität der wirtschafts- und sozialpolitischen Institutionen und Akteure erhalten blieb; da war die ehemalige DDR, die „neuen Bundesländer“, für die die Übernahme des bundesdeutschen Systems eine „extreme Diskontinuität“, einen völligen Bruch bedeutete, und dann gab es den „gemeinsamen Staat“, der infolge der Entwicklungen in Europa und in der Weltwirtschaft, aber auch aufgrund des demographischen Wandels und der Auswirkungen der technologischen Revolution für die Arbeitswelt mit „grundlegend neuen Problemen“ konfrontiert wurde. Die

„gesamte Entwicklung“ sei, so heißt es orientierend über die Rahmenbedingungen, auf eine Schwächung des Produktionsfaktors Arbeit zugunsten des Faktors Kapital und der Faktoren Management und Wissensdienstleistung hinausgelaufen. „Während das Kapital sich zunehmend der Beteiligung an den Kosten des Gemeinwesens durch das Ausweichen in andere Länder oder der Drohung damit entziehen konnte, wurde der Faktor Arbeit zum ‚Lastesel‘, „dem man insbesondere einen immer größeren Anteil an der Finanzierung der sozialen Sicherung auferlegte“ (S. 64). Es waren einzigartige Herausforderungen, vor die sich in diesem Bedingungsrahmen die Sozialpolitik gestellt sah. Das Schlüsselkapitel über die „sozialpolitischen Denk- und Handlungsfelder“ (S. 108–339) verdeutlicht, dass die Sozialunion durch Übernahme der westdeutschen Sozialordnung seitens der DDR praktisch ohne Alternative war, weil für eine gleichzeitige Reform des bundesdeutschen Sozialstaates oder gar für eine Verschmelzung der Sozialsysteme der beiden deutschen Staaten weder genügend Zeit noch die dafür erforderlichen Mehrheiten vorhanden waren. Der Aufbau der Institutionen und Träger des Sozialstaates in den neuen Ländern sei „insgesamt eine Meisterleistung der Verwaltung, aber auch der Organisation der weiteren sozialpolitischen Akteure“ (S. 282) gewesen.

Die hohen finanziellen Lasten der Einigung hätten „jedoch mittel- und langfristig die strukturellen Probleme des deutschen Sozialstaats (Überalterung der Bevölkerung, Kostenexplosion im Gesundheitswesen, Wandel der Arbeitswelt, härterer internationaler Wettbewerb) noch verschärft“ (S. 234). Von der Einigung zunächst in den Hintergrund gedrängt, seien sie in den frühen 1990er Jahren umso stärker hervorgebrochen. Die „schnelle und relativ reibungslose“ Transformation des westdeutschen Sozialstaates auf den Osten habe die politischen und sozialen Kosten der Einheit gesenkt, aber zugleich „hohe wirtschaftliche Kosten verursacht und die sozialen Sicherungssysteme besonders durch die massive Förderung der Frühverrentung und die aktive Arbeitsmarktpolitik zusätzlich belastet“ (S. 282). Die Staatsschulden stiegen von 1989 bis 1993 um mehr als das Doppelte, ebenso nahmen die Sozialleistungen, die Staatsquote und die Lohnnebenkosten stark zu. Es wird offenkundig, dass die ab Herbst 1992 unternommenen Versuche, diese Entwicklung wieder umzukehren, „letztlich ohne Erfolg“ geblieben sind. Die Probleme seien nicht gelöst, sondern immer wieder von einer auf eine andere Institution geschoben worden. Diese sozialpolitische Verschiebep Praxis habe nicht zuletzt ihren Grund darin gehabt, dass es wegen der Vielzahl der Akteure und ihrer Interessen, aber auch wegen der „institutionellen Segmentierung“ zu keiner politisch aktivierbaren Gesamtkonzeption der Sozialpolitik gekommen sei.

Besondere Probleme hätten sich auch aus der ungenügenden Abstimmung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ergeben. So erklärt es sich wohl auch, dass vieles in der Sozialpolitik auf persönliche Überzeugungs- und Durchsetzungskraft ankam, wie das Beispiel von Bundesarbeitsminister Nor-

bert Blüm zeigt. Seine starke Stellung im Kabinett Kohl, als Spitzenmann des Arbeitnehmerflügels der CDU und Parteivorsitzender in NRW, mit Rückendeckung seitens des Bundeskanzlers und unterstützt durch die „Koalition der Sozialpolitiker“ aus Parlament und Verbänden, wirkte sich vor allem bei der Einführung der Pflegeversicherung 1991–1994 aus. Den einen galt er damit als Wegbereiter der weltweit einmaligen Sicherung in der Tradition der deutschen Sozialversicherung, den anderen als Verteidiger eines veralteten Konzepts des Sozialstaates. Die Einzelbeiträge dieses Bandes unterstreichen die Bedeutung der Persönlichkeit in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik, deren Kontinuität angesichts der tiefgreifenden Veränderungen der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen „bemerkenswert“ (S. 1110) erscheint. Aus ihnen lässt sich aber auch ablesen, wie schwierig es infolge gesonderter Entwicklungen in den sozialpolitischen Teilbereichen geworden ist, an der „Politik des mittleren Weges“ zwischen Wohlfahrtsstaat und marktorientiertem Kapitalismus, zwischen wirtschaftlicher Effizienz, Preisstabilität und starkem Sozialstaat festzuhalten, wie es die Bundesregierung nach der Wiedervereinigung getan hat und wie es in diesem Band gerade auch im Hinblick auf die Kosten dieser Politik souverän dargestellt worden ist. Gesamtdarstellungen dieser Art sind weniger als Beitrag zur laufenden Diskussion der Wissenschaft gedacht, sondern sollen als Schleusen- und Klärwerke für die Forschung dienen.

Eine Diagnose des deutschen Sozialstaats in der Ära Kohl hat auch *Jens Alber*, früher Konstanz, jetzt Berlin, im Anschluss an seine bekannte Monographie⁶² über die sozialstaatliche Entwicklung der Bundesrepublik bis 1983 vorgenommen.⁶³ Er unterzieht verbreitete Deutungsversuche zur Sozialpolitik der Kohl-Regierungen einer vergleichenden Überprüfung anhand quantitativer Daten. Die am häufigsten kolportierte These der Reformunfähigkeit des deutschen Sozialstaats ist durch die Befunde nicht belegbar. Die Zahlen sprechen auch gegen die These, dass es in der Ära Kohl eine „konservative Transformation“ im Sinne eines gezielten Umbaus vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrts-gesellschaft gegeben habe. Ebenso werde die „Rekommodifizierungsthese“ nicht bestätigt, wonach unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs durch Kürzungen bei der Sozialhilfe und bei Zahlungen an Arbeitslose vor allem der Faktor Arbeit verbilligt und ein Arbeitszwang institutionalisiert werden sollte. Mit den Diagnosen einer Systemsicherungspolitik und Budgetierung werde

62 Jens ALBER, *Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950–1983*, Frankfurt/M. 1989.

63 DERS., *Der deutsche Sozialstaat in der Ära Kohl. Diagnosen und Daten*, in: Stephan LEIBFRIED/Uwe WAGSCHAL (Hg.), *Der deutsche Sozialstaat. Bilanzen–Reformen–Perspektiven*, Frankfurt/M. 2000, S. 235–275. – Mit Beiträgen u. a. von Franz-Xaver KAUFMANN, Manfred G. SCHMIDT, Hans-Werner SINN, Werner TEGTMEIER, Hans F. ZACHER setzt dieser Band überhaupt eine Richtmarke zur Verortung des deutschen Sozialstaats am Ende des vorigen Jahrhunderts.

man vergleichsweise den realen Entwicklungen eher gerecht. Tatsächlich sei ein programmatischer Wechsel der Sozialpolitik zum Prinzip der einnahmeorientierten Ausgabenpolitik feststellbar. Vielmehr weise die Sozialpolitik in der Ära Kohl eine „durchaus ambivalente Entwicklung“ auf (S. 271), die auf die „komplexe Koalitionsdynamik“ innerhalb der Unionsparteien zwischen Arbeitnehmer- und Wirtschaftsflügel, „Frauenflügel“, liberalem Koalitionspartner und Landesfürsten zurückgeführt wird. Historisch-traditionell und strukturell seien christlich-demokratische Parteien „eine auf vielfältigen Interessenausgleich zwischen wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen bedachte komplexe politische Kraft“.

Es ist höchst lehrreich, den Arbeiten der Wissenschaft ein Journalistenprodukt entgegenzustellen. Der innenpolitische SZ-Redakteur und Publizist *Heribert Prantl* hat eine Streitschrift für die „Reaktivierung des Sozialstaats“ verfasst,⁶⁴ dessen Grundprinzipien wie Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit der Autor durch die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche und die „Zerbröselung“ der Sozialen Marktwirtschaft aufgegeben sieht. „Das Kapital hat gesiegt ... Der Sozialstaat verwandelt sich in den Kapitalstaat“ (S. 17/18). Untermauert wird diese These in sieben Kapiteln, in denen – auf der Grundlage von amtlichen Materialien und Presseerzeugnissen mit pointierter Argumentation und Formulierung – die „Verbetriebswirtschaftlichung des Gemeinwesens“ und deren Folgen für die sozialstaatliche Gemeinschaftsaufgabe, die Gemeinwohlverantwortung des Reichtums, die Familien- und Kinderfeindlichkeit des Wirtschaftssystems, die durch Medien, Wirtschaftswissenschaft und wirtschaftsfinanzierte Kampagnen betriebene „Katastrophalisierung Deutschlands“, die Verdrängung des Gebots der sozialen Gerechtigkeit durch die „neue Religion der Ökonomie“ und die Flucht des Staates und der Gesetzgebung aus der sozialen Verantwortung sowie die Mutation der Gesellschaft zur Klassengesellschaft durch Ausschluss der nicht funktionierenden oder produzierenden Menschen beschrieben werden. Während der Regierung Kohl habe der Um- und Abbau des Sozialstaats durch eine Ökonomisierung aller Lebensbereiche begonnen. Deutschland wurde von der Politik ab Mitte der 1990er Jahre „zum bloßen Standort kleingeredet“. Als neues Grundrecht habe sich das Recht auf ungestörte Investitionsausübung etabliert. In der Ära Kohl seien die Unternehmenssteuern von einem Anteil von 14,3 Prozent (1983) am Gesamtsteueraufkommen auf einen Anteil von 6,7 Prozent (1998) gesunken. Demgegenüber sei der Faktor Arbeit immer stärker belastet worden. Seit 1997 werde keine Vermögenssteuer mehr erhoben. Der Gesetzgeber habe damals die Erhebung der Vermögenssteuer ausgesetzt, nachdem das Bundesverfassungsgericht eine Änderung der Gesetzgebung zur

64 Heribert PRANTL, *Kein schöner Land. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit*, München 2005.

Beseitigung der Ungleichheiten in der Behandlung von Geldvermögen und Grundeigentum für erforderlich erklärt habe. Die rasanteste Wertsteigerung deutschen Bodens sei durch den Beschluss des Deutschen Bundestages für den Berlin-Umzug (20. Juni 1991) erfolgt. Der Berliner Boden habe sich daraufhin um rund 100 Milliarden DM verteuert. Der Staat habe diesen „zugeflogenen Reichtum“ auch nicht einmal teilweise abgeschöpft. Als Kommentar zur „Duldsamkeit“, mit der in der Öffentlichkeit die Diskreditierung des Sozialprinzips hingenommen wird, werden die „bösen Worte“ zitiert, „mit denen Heiner Geißler den Zustand der CDU in der späten Ära Kohl beschrieben hat: konform, uniform, chloroform.“

Für eine Abkehr von den sozialpolitischen Konzepten der Ära Blüm hat sich verschiedentlich *Andreas Meusch*, seit 1998 Leiter der Landesvertretungen der Technischen Krankenkassen, davor der VdAK-Landesvertretung Baden-Württemberg, ausgesprochen. Er fordert eine „sozialpolitische Zeitenwende“ auf den Eckpfeilern Erwerbsarbeit und Gleichgewicht von Solidarität und Eigenverantwortung. Einige seiner zwischen 1993 und 1999 in der „Politischen Meinung“, im „Handbuch zur Deutschen Einheit“ und in Verbandszeitschriften erschienenen Beiträge hat er in einer kleinen Broschüre zusammengefasst.⁶⁵ Die Aufgabe der Zukunft, so ist die Botschaft, sei die „Beschränkung des Sozialstaates und die Konzentration auf seine wesentlichen Aufgaben, indem Systemsicherheit bei den großen Lebensrisiken mit verstärkter Selbstorganisation von Sicherheit verbunden wird“ (S. 151).

Politikstil, Kanzlerdemokratie, „System Kohl“

Parteipolitische Machtfragen in der Union während der „Ära Kohl“ und nach der Wahlniederlage von 1998 hat *Gerd Langguth*⁶⁶ analysiert, der sich als ehemaliger Bundesvorsitzender des RCDS, als MdB (Wahlkreis Esslingen) sowie als Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund, zuletzt als Geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung nicht nur über lange Zeit besonderer Unterstützung durch Kohl erfreuen durfte, sondern auch in dessen Macht- und Regierungssystem guten Einblick hatte. Der Honorarprofessor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn, der seine praktischen Erfahrungen in der Politik mit „solider politikwissenschaftlicher Analyse“ (S. 27) zu verbinden beansprucht, nimmt bei seiner Kritik am „System Kohl“ wie an denen, die im engeren dazugehörten, kein Blatt vor den Mund. Die Architektur der Macht in der Ära Kohl sieht er auf drei Säulen begründet: auf der Partei als der Basis, auf der Fraktion als dem Netzwerk und

65 Andreas MEUSCH, *Und der Zukunft abgewandt. Sozialpolitik in der Ära Kohl*, Hamburg 2002.

66 Gerd LANGGUTH, *Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU*, München 2001.

auf dem Kanzleramt als der Zentrale der Macht. Kohls Erfolgsgeheimnis habe in der synergetischen Nutzung der drei Bereiche zur Machtsicherung gelegen. Vom Bundeskanzleramt aus habe Kohl „seine Fäden in die Partei und in die Fraktion hinein“ gesponnen. Zentrum im Zentrum der Macht seien die abendlichen Tafelrunden mit seiner engsten Umgebung gewesen. In diesem „Küchenkabinett“ sei es selten um Grundfragen der Politik gegangen, sondern es hätten Monologe und „Tratscherei“ des Kanzlers dominiert, der sich auf diesem Wege oft nutzbare Informationen aus dem persönlichen Bereich von Politikern geholt habe.

Kohls Politikstil sei nicht eben leicht zu beschreiben, weil Kohl in seinem biedereren Habitus und normalen Auftreten kein Charisma zu erkennen gegeben habe. Das Kernelement seines Führungsstils habe darin bestanden, dass er, statt selber klare inhaltliche Vorgaben zu machen, lieber abgewartet habe, in welche Richtung der Entscheidungsprozess gehen werde. Als Kennzeichen dieses Politikstils werden genannt: unbedingter Glaube an sich selbst (Kohl habe immer genau gewusst, was er wollte), die Art, wie ein guter „Hausvater“ zu reden und so die Brücke zum einfachen Menschen zu schlagen (Kohl habe durch Schwammigkeit seiner Formulierungen die unterschiedlichsten Gruppen bedienen können), die besondere Kommunikationstechnik (joviale Vertraulichkeit bei gleichzeitiger Wahrung der Distanz, burschikoser Charme, persönliche Ansprache, bewusstes Einsetzen seiner körperlichen Statur), eine personalistische Führung (Telefonate, informelle Gespräche, weniger Aktenstudium; Präsidieren und Moderieren als Führungsersatz), Missachtung des Institutionellen (Geschäftsordnung, Ministerverantwortlichkeit) sowie Entpolitisierung der Parteigremien (demokratische Gremien seien für Kohl nur Mittel zum Zweck gewesen).

Derselbe Verfasser hat Kohl („Die Macht des Geschichtsdeuters“) auch zusammen mit dessen Amtsnachfolgern Gerhard Schröder („Die Macht des Aufsteigers“) und Angela Merkel („Die Macht der Sphinx“) als „Machtmenschen“ porträtiert.⁶⁷ Das seien – so die Definition – „ichbezogene Persönlichkeiten, die – unter weitgehender Hintanstellung privater und anderer Ziele – mit allen ihren Energien auf den Erwerb und Erhalt von Macht fixiert sind, die zum Zwecke des Machterhalts tatsächliche wie auch vorgetäuschte Ziele zu nutzen wissen und deutliche Lust an der öffentlichen Macht verspüren“ (S. 484). Aus den politischen Biographien der drei Kanzler werden in Verknüpfung mit eigenen Erfahrungen und unsystematisch Angelesenem nicht eben aufregende Erkenntnisse über den Machtmenschentypus gezogen, die dann im Schlusskapitel zu acht Thesen zusammengestellt werden. Zu guter Letzt wird – in nicht unwitziger Analogie zu Einsteins berühmter Formel – die Gleichung präsentiert: „Macht gleich Öffentliche Wirkung mal Personalbeeinflussung im Quadrat“.

67 DERS., *Kohl, Schröder Merkel – Machtmenschen*, München 2009.

Zum Einstein der Machttheorie ist Langguth damit freilich nicht geworden. Aus wissenschaftlicher Sicht sind seine Beobachtungen und Reflexionen trivial und flach; es fehlen machttheoretische Analysen und Interpretationen im Kontext des politischen Systems. So wird uns „Normalmensch“ nur wieder einmal bestätigt, was wir schon immer von den Mächtigen zu wissen meinten: „Macht macht süchtig“, und wer sie hat, „will sie so lange wie möglich festhalten“.

Inwieweit in der Regierungspraxis Adenauers und Kohls der Kanzler (als Person und Organ) oder die Parteien die bestimmenden Kräfte des gouvernementalen Willensbildungsprozesses gewesen sind und welche Gewichtsverteilung zwischen kanzlerdemokratischen und parteidemokratischen Elementen jeweils für die Entscheidung den Ausschlag gegeben hat, ist von *Evelyn Schmidtke*⁶⁸ untersucht worden. Ihre vergleichende Studie, die im Hauptteil (S. 92–279) den Regierungsstil der Kanzler exemplarisch an der Entwicklung des Bundeskanzleramtes sowie an den Koalitionsbildungen und Koalitionskonflikten darstellt, erbringt nicht nur eine für die weitere Forschung definitiv und empirisch-historisch brauchbare Klärung kanzlerdemokratischer und parteidemokratischer Regierung, sondern enthält auch eine Fülle interessanter Beobachtungen und Feststellungen zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland.

Ein von *Stephen Padgett* (University of Strathclyde, früher Essex) herausgegebener schmaler Aufsatzband⁶⁹ mit Beiträgen britischer und deutscher Politikwissenschaftler thematisiert höchst anregend die Entwicklung des Kanzleramtes in der Bundesrepublik im Verhältnis zu den Parametern Verfassung, Amtsausstattung, Parteien- und Verbandsdemokratie, Exekutive sowie Außenpolitik. Dabei erweist sich gerade am Beispiel Kohls die Schwierigkeit, zwischen persönlichem Regierungsstil und struktureller kanzlerdemokratischer Führung zu unterscheiden. Die Kanzlerregierung Kohls sei im Wesentlichen durch seinen Parteiführerstil geprägt gewesen („the apotheosis of party management“). Dazu habe eine Personalisierung des Regierungshandelns gehört, die sich nicht nur in einer personenbezogenen Arbeitsweise, sondern auch in informellen Umgehungen von Exekutive und Parteigremien bei der Entscheidungsfindung („Küchenkabinett“) äußerte. Unter Kohl habe die Entwicklung von der Kanzlerdemokratie der alten Bundesrepublik zur Koordinationsdemokratie des neuen Deutschland eingesetzt. Die Autoren geben aber zu, dass Kohls lange Regierungszeit, noch dazu mit der deutschen Einheit in der Mitte,

68 Evelyn SCHMIDTKE, *Der Bundeskanzler im Spannungsfeld zwischen Kanzlerdemokratie und Parteiendemokratie. Ein Vergleich der Regierungsstile Konrad Adenauers und Helmut Kohls*, Marburg 2001.

69 Stephen PADGETT (Hg.), *Adenauer to Kohl. The Development of the German Chancellorship*, London 1994.

es problematisch macht, durchgängig passende Deutungen zu finden. Im resümierenden Schlusskapitel (*Gordon Smith*) werden Kohl drei Kanzlerleben zuerkannt: Kanzler der Wendepolitik bis 1989, Kanzler der Einheit 1989/90 und Kanzler des vereinigten Deutschlands, der zwischen der Wiederanknüpfung („reversion“) an seine frühe Kanzlerschaft und den wirtschaftlichen sowie außenpolitischen Anforderungen des Übergangs zum „Post-Unification Germany“ schwankte. Seine zunehmende Führungsschwäche in den 1990er Jahren sei auch im Zusammenhang mit dem Niedergang der Volksparteien und der höheren Wahlfluktuation zu sehen.

Den innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess innerhalb der CDU unter dem Vorsitz Helmut Kohls hat die Berliner Privatdozentin für Politikwissenschaft *Ingrid Reichart-Dreyer* am Beispiel des Grundsatzprogramms der CDU von 1994 untersucht.⁷⁰ Fragestellung, Argumentation und Terminologie ihrer am Otto-Suhr-Institut der FU angenommenen Habilitationsschrift sind an Politischer Theorie, Politischer Soziologie, Sozialpsychologie und Verfassungslehre orientiert, was sich sprachlich in Wendungen wie „permanente Präferenzkreation“, „Kollektivgutproblem“, „Handlungsergebnisverantwortung“, „Koevolution“ u. ä. niederschlägt. Als Quellen wurde neben Publikationen der CDU und ihrer Gliederungen auch ungedrucktes Material von Politikern aus der Parteiarbeit ausgewertet. Die Untersuchung geht von vier Schlüsselfragen aus: Wer organisierte die Programmarbeit, wie beeinflusste die Art des Vorgehens das Ergebnis, wer setzte sich durch und inwieweit trug die Programmarbeit dazu bei, die Aufgaben einer politischen Partei zu erfüllen? Das Ergebnis ist, dass die CDU dabei ihre Chance verpasst habe, über das Parteiprogramm durch Annäherung an das Gemeinwohl gesellschaftlich integrierend zu wirken und die zur gesellschaftlichen Reform notwendige Offenheit und Lernfähigkeit herzustellen. Stattdessen habe die Parteiführung den programmatischen Arbeitsprozess machttaktisch kanalisiert. Der Vorsitzende und Bundeskanzler Kohl sei im Hinblick auf Zugang, Zeitrahmen und Reichweite der Programmarbeit Herr des Verfahrens geblieben. Aus dem Kanzleramt heraus hielt er über ein engmaschiges personalisiertes Netz in jeder Phase der Diskussion die Fäden in der Hand, griff aber praktisch nie aktiv in die Programmdebatte ein, sondern vermittelte eher den Eindruck des Moderators. Er verfügte als Parteivorsitzender zudem über die Organisation, entschied also über die finanziellen Mittel und die zeitlichen Vorgaben. Für Kohl habe dabei die Programmarbeit weniger der Außen- als der Innenwirkung gedient, als ein Instrument des politischen Machterhalts und als Kitt der Partei durch Mobilisierung über Themen. Werde die Partei wie von Kohl als „politische Heimat“ begriffen, erscheine „die Integration unterschiedlicher Interes-

70 Ingrid REICHART-DREYER, *Macht und Demokratie in der CDU, dargestellt am Prozess und Ergebnis der Meinungsbildung zum Grundsatzprogramm 1994*, Wiesbaden 2001.

sen, Biographien, Erfahrungen und Sichtweisen nicht mehr als Aufgabe“ (S. 108). Mit dieser Position habe sich Kohl deutlich von den Zielen der beiden Vorsitzenden der Programmkommission, Lothar de Maizière und Reinhard Göhner, unterschieden, die der Partei durch Schärfung des demokratischen Bewusstseins und durch Gemeinsamkeit auf der Suche nach Orientierung eine Vermittlungsaufgabe im Sinne des Gemeinwohls zuweisen wollten. Kohl habe demgegenüber vom Grundsatzprogramm erwartet, dass es über die Tagespolitik hinaus als Kompass der Gemeinschaft die Richtlinie einer Politik für die Zukunft deutlich mache (Rede, Hamburger Parteitag 1994). Gleichzeitig habe er jedoch suggeriert, dass es sich um die Fortschreibung des Ludwigshafener Programms handle, nicht um einen Neuanfang. Die Programmarbeit sei so auf Werbung reduziert worden; Orientierung und Profilsetzung seien demgegenüber zurückgetreten: „Auf diese Weise verkündeten die Regierenden in dem von Mitgliederwiderspruch bereinigten Wahlprogramm dem Wahlvolk, wie es zu denken habe“ (S. 235).

Unter dem Titel „Macht und Machtverlust“ hat der Historiker *Frank Bösch* (Gießen) die Fortsetzung seiner „Geschichte der CDU“⁷¹ in der Ära Kohl⁷² herausgebracht. Nach der Reformphase unter Kohls Führung in den 1970er Jahren, so meint er erkennen zu können, habe die Parteipolitik vor allem dem Krisenmanagement und der Absicherung von Kohls Machtposition gedient. Mit der Rückkehr an die Regierung 1982 sei jedoch wieder – ähnlich wie bei Adenauer – das Kanzleramt „zur Heimat der Partei“ (S. 122) geworden, und auch ein informeller Führungsstil habe sich dabei wieder durchgesetzt. Das Parteipräsidium sei zwar ein wichtiges Koordinationsgremium geblieben, aber im Vergleich zu den informellen Mitarbeiterzirkeln habe es nicht als Entscheidungszentrum funktioniert. Die Partei erhielt nach 1982 eine Doppelstruktur, die Elemente der Reformpartei und der Kanzlerpartei vereinte („organisierte Kanzlerpartei“), ablesbar an dem schwindenden Einfluss der Partei gegenüber der Regierungspolitik wie auch an den Veränderungen der Mitgliederbasis, Wählerbindung und Parteifinanzierung.

Aus der tiefen Krise, in der die CDU und Kohl Ende der 1980er Jahre gesteckt hätten, habe sie die deutsche Einheit gerettet. Nicht nur, dass Kohl im Wiedervereinigungsprozess ein bis zum „Starkult“ (S. 135) gehendes staatsmännisches Prestige gewonnen habe, ihm sei auch – im Zuge der Vereinigung mit der Ost-CDU – die Chance gegeben worden, die Partei zu seinen Gunsten umzugestalten (verringerte Bedeutung von Stellvertretern, Vorstand, Präsidium und Generalsekretär). Seine mit der Adenauer vergleichbare Parteiführung habe aus der CDU für einige Jahre wieder eine „Kanzlerpartei“ gemacht, bis

71 Frank BÖSCH, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart 2001.

72 DERS., *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, Stuttgart 2002.

nach 1994 erneut Reformforderungen und Neuansätze in den Ländern das Gewicht der Partei vergrößert hätten.

In Kohls erster Regierungsphase (1982–1989) sei ein „gemäßigter Umbruch“ (S. 47) mit „mittleren Erfolgen“ in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gelungen. Doch langfristige Reformentwürfe („geistig-moralische Wende“) seien im Diskussions- und Durchsetzungsprozess verblasst, so dass die Bilanz im ganzen zwiespältig ausfalle: Die CDU erhielt ein „doppeltes Gesicht“ als Partei des Aufschwunges und als Partei der sozialen Kälte (S. 51).

„Mittlere Erfolge“ hätten auch die Außen- und Sicherheitspolitik geprägt, in der Kohl aber „als Architekt eines gemeinsamen Europa“ Profil gewonnen habe. Die Wiedervereinigung sei für die Union ein „denkbar großes Geschenk“ in einer Phase gewesen, in der sie durch eine „pragmatische Regierungsfixierung“ blockiert war. Mit dem Profil, das Kohl als „Kanzler der Einheit“ gewann, habe er die Partei in der Folge nach innen festigen können. Nach dem Schub, den die Wiedervereinigung für die Innen- und Außenpolitik wie für die Autorität des Bundeskanzlers bedeutete, blieben in der zweiten gesamtdeutschen Regierung Kohl die politischen Erfolge aus. Damit habe sich auch wiederum das Profil der CDU verschoben, die 1998 „ähnlich perspektivenlos und unkreativ“ wirkte wie kurz vor der Einheit (S. 62–65). Kohl habe den Fehler begangen, nicht rechtzeitig die Macht abzugeben, obwohl er die Fälle Peter Altmeier und Konrad Adenauer vor Augen hatte. In seiner Nachfolgefrage (insbesondere in Bezug auf Schäuble) habe er ein „selbstherrliches Machtgebaren“ gezeigt und den Eindruck gemacht, als betrachte er „seine Ämter als einen persönlichen Erbhof“ (S. 146f.). Man merkt dem Buch an vielen Widersprüchen und Unsicherheiten im Urteil an, dass es hastig und vielfach durch Montage aus bereits erschienenen anderen Beiträgen des Autors niedergeschrieben worden ist.

Als Kanzler und Parteivorsitzender hat Kohl in seinen 16 Regierungsjahren mehr als 60 Wahlkämpfe bestritten – zu Bundestags- (5) und Landtagswahlen (49 bzw. mit der CSU 53), zu drei Europawahlen und zur Volkskammerwahl in der DDR 1990. Volker Hetterich weist in seiner bei Max Kaase entstandenen Dissertation⁷³ über die Wahlkämpfe in der Bundesrepublik darauf hin, dass Wahlkampfplanung und Wahlkampfführung im Vergleich zu Wählerverhalten und Wahlrends als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung in Deutschland kaum Interesse gefunden haben. Seine Längsschnittanalyse ist der gelungene Versuch, die bundesrepublikanischen Wahlkämpfe im Kontext

73 Volker HETTERICH, *Von Adenauer bis Schröder – der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998*, Opladen 2000. – Für den Bundestagswahlkampf 1998 vgl. Elisabeth NOELLE-NEUMANN/Hans Matthias KEPPLINGER/Wolfgang DONSBACH (Hg.), *Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998*, 2. Aufl., Freiburg 2000.

ihrer jeweiligen Rahmenbedingungen zu untersuchen und das Parteihandeln dabei auch aus der Perspektive der Akteure zu erklären. Für den Wahlkämpfer Kohl wird unter anderem herausgestellt, dass er die Anlage seiner Wahlkämpfe stets selbst bis in Detail verfolgt habe. Bis 1990 zumindest sei auch die Struktur seines Kampagnemanagements ebenso wie sein engster Beraterkreis von Kontinuität geprägt gewesen. Von 1983 an hätten Kohl und die CDU auf die Personalisierung gesetzt; die Wahlkämpfe seien als „Kanzlerkampagnen“ aufgezogen worden, insbesondere in den 1990er Wahlen im Fernsehen, das „in einer quantitativ wie qualitativ neuen Dimension zur Personalisierung des CDU-Wahlkampfes auf Kohl“ (S. 327) beigetragen habe. Dabei habe Kohl von den privaten Sendern profitiert, so dass hier die Vermutung eines Zusammenhangs mit der von ihm betriebenen Medienpolitik naheliege (S. 264). Beim Bundestagswahlkampf 1998 sei allerdings die hochgradige Personalisierung auf Kohl in dem Maße unglaubwürdig geworden, in dem sich die Diskussion über die weitere Dauer seiner Amtszeit, auch in der Union selbst, verstärkt habe. „Der CDU misslang es diesmal, eine konzeptionell wie handwerklich konsistente Kampagne zu führen ...“ (S. 407).

Zu den prominentesten Kritikern der Personalisierung auf Kohl in den Wahlkämpfen gehörte *Heiner Geißler*, der erfolgreiche Wahlkampfleiter der CDU in den 1980er Jahren. Sein Buch „Gefährlicher Sieg“⁷⁴, in dem er die Partei daran erinnert, dass Politik auch Programmatik und Streit über Inhalte bedeute, ahmt den Stil eines Tagebuches nach, mit zeitlich unregelmäßigen Eintragungen, die am 8. September 1993 (Sitzung des CDU-Präsidiums) einsetzen und mit dem 23. November 1994 enden (Kohls Regierungserklärung nach seiner Wiederwahl als Bundeskanzler). Verarbeitet werden Daten des persönlichen Lebens, eigene Reflexionen sowie Presseartikel, die zu kommentierenden Betrachtungen von Vorgängen in Politik und Gesellschaft zusammengesetzt werden. In seiner Regierungserklärung habe Kohl zwar die Anregung Geißlers, „die Menschen direkt anzusprechen“, aufgegriffen, aber dies mit der Botschaft verbunden, die Deutschen sollen fitter, rationeller, konkurrenzfähiger werden, ohne deutlich zu machen, warum und wozu sie die Anstrengungen auf sich nehmen sollten. Geißler versucht demgegenüber unter der Überschrift „Ticket ins Jahr 2000“ zur Diskussion über die Zukunftsaufgaben beizutragen (Modernisierung der Union und neue Ziele wie Bundesstaat Europa, Verantwortung Deutschlands für die Menschenrechte in der Welt, Auseinandersetzung mit dem Fundamentalismus, Abschied von der Männergesellschaft, technologische Innovation, ökologische und soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität, Umbau des Sozialstaats mit Konzentration auf das Wichtige, grundsätzliche Änderung der Steuerpolitik). Die allfälligen Reformen

74 Heiner GEIBLER, *Gefährlicher Sieg. Die Bundestagswahl 1994 und ihre Folgen*, Köln 1995.

verlangten, Streit anzufangen über die Antworten auf diese großen Herausforderungen. Dabei gelte es zu beachten: „Der soziale Friede ist ein Produktionsfaktor.“ Es handelt sich um Aktualisierungen sattsam bekannter Geißler'scher Ansichten und Positionen.

Die lange Amtszeit der Regierung Kohl hat das Forschungsinteresse besonders auf Themen des Policy-making gelenkt. Der Regierungstechnik Bundeskanzler Kohls wird nicht selten nachgesagt, das eine parteipolitisierte, informalisierte Entscheidungsfindung im politischen Prozess den grundgesetzlich vorgeschriebenen „formalen“ Verfahrenswegen vorgegangen sei. Es wird sogar eine Dominanz der parteipolitisierten, informellen Komponenten der Politikformulierung in der Ära Kohl unterstellt. Der Wirkungsweise von Informalisierung und Parteipolitisierung in den Legislaturperioden von 1982–1994 ist *Frederik A. Petersohn* konkret zugespitzt auf das Beispiel der Steuerpolitik und des informalen wie informellen Einflusspotentials des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) als organisierter Interessenvertretung auf den Grund gegangen.⁷⁵ Er vermag in seiner Spezialfallstudie zu zeigen, dass es im Bereich der Steuerpolitik für den gesamten Untersuchungszeitraum nicht durchgängig-einheitlich und in der gleichen Ausprägung eine „Informalisierung und Parteipolitisierung ehemals formal-exekutiver Prozesse“ durch Formen und Gremien der Koalitionszusammenarbeit gegeben hat. Nach dem Verlust der strategischen Mehrheit im Bundesrat hätten informale interfraktionelle Konsultationen innerhalb der Koalition sogar an Bedeutung verloren. Die steuerpolitischen Positionen des BDI habe nur die FDP in wesentlichen Punkten vertreten, sei aber damit gegenüber den Koalitionsparteien CDU und CSU nicht durchgedrungen. Da der BDI keinen direkten Zugang zu den Koalitionsgremien gefunden habe und informelle Interaktionen wie Kontakte und inneres Lobbying für ihn nur bedingt zu aktivieren gewesen seien, habe er bei seiner Einflussnahme auf die Öffentlichkeitsarbeit gesetzt. Die Zugeständnisse der Koalitionsregierung seien für den BDI insgesamt enttäuschend gewesen. Lediglich während der relativ kurzen Amtszeit von Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (1991–1993) sei es ganz offen zur „Verzahnung wirtschaftspolitischer Forderungen des Spitzenverbandes und der Agendabildung eines Bundesministers“ (S. 205) gekommen. Die ablehnende Haltung des Koalitionspartners habe aber damals eine Steuerpolitik im Sinne des BDI verhindert. Die Untersuchung eröffnet interessante Einblicke in die Lenkungsmöglichkeiten und Beeinflussungswege eines Spitzenverbandes der Wirtschaft bei Gesetzgebungsverfahren. Gewünscht hätte man sich allerdings für die Darstel-

75 *Frederik A. PETERSOHN, Zur Bedeutung von Informalisierung und Parteipolitisierung im Politikformulierungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland. Dargestellt am Beispiel der steuerpolitischen Positionen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) zwischen 1982 und 1994* (Uni Press Hochschulschriften 112), Münster 2000.

lung, dass sie nicht ganz so verwickelt und verwirrend ausgefallen wäre wie ihr „Gegenstand“.

Historisch gibt es sicherlich gute Gründe, die Regierungszeit Kohls als „Höhepunkt der Kanzlerdemokratie“ zu charakterisieren,⁷⁶ der „periodischen Ausprägung der deutschen Verfassungswirklichkeit“, wie es *Werner Kaltefleiter* einmal ausgedrückt hat.⁷⁷ Nach seiner Meinung hätten für Kohl „die Parameter des Parteiensystems wieder auf Kanzlerdemokratie gestanden“; später habe auch noch das Profil des „Kanzlers der zwei Einheiten“, der deutschen und der europäischen, seine Kanzlerdemokratie geprägt. Auch *Karlheinz Nicolauß* hat nach den von ihm in seiner Monographie über die „Kanzlerdemokratie“⁷⁸ herausgearbeiteten Merkmalen die Kanzlerschaft Kohls mit diesem Regierungstyp identifiziert. Abstriche macht er jedoch beim „Kanzlerprinzip“, dem Kohl Mitte der 1980er und in der Endphase seiner Regierungszeit mit wechselndem Erfolg oder sogar unvollkommen gerecht geworden sei (S. 292). Hingegen sei sein Verhältnis zur „Kanzlerpartei“ der „Schlüssel zum Verständnis“ seiner Kanzlerdemokratie. Eine derart enge Verbindung zwischen Kanzleramt und Parteivorsitz habe es bei keinem anderen Kanzler gegeben. Die Dominanz des Bundeskanzlers über seine Partei sei bei Kohl als Merkmal der Kanzlerdemokratie – für sie gibt es offenbar einen Messbereich mit eingeschränkten Toleranzen – „zu stark“ (!) ausgeprägt gewesen. Voll gegeben gewesen sei während Kohls Kanzlerschaft der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition als weiteres Merkmal der Kanzlerdemokratie, nur im letzten Regierungsjahr sei die Polarisierung zwischen den Lagern nicht so zur Geltung gekommen. Von Anfang an vorhanden gewesen seien aber Engagement und Kompetenz des Kanzlers in der Außenpolitik. Das persönliche Prestige Kohls („Personalisierung“) wiederum habe Mitte der 1980er Jahre deutliche Einbußen erlitten; so sei die Bundestagswahl 1987 keine ausgesprochene Kanzlerwahl gewesen. Doch die Wiedervereinigung und die dadurch erworbene Reputation als internationaler Staatsmann hätten die Image- und Umfragewerte Kohls enorm gesteigert. In der Bundestagswahl 1994 habe er politisch stark von Medienpräsenz und Personalisierung profitiert.

Als „Kanzlerdemokratie im Parteienstaat“ hat *Karl-Rudolf Korte* die Regierungspraxis Kohls typisiert; sie habe auf „Machtabstärkung seiner Richtlinien-

76 Vgl. Henning KÖHLER, *Höhepunkt der Kanzlerdemokratie. Helmut Kohl hat Deutschland und Europa entscheidend vorangebracht*, in: *Die Politische Meinung* 55 (2010) 485, S. 43–49.

77 Werner KALTEFLEITER, *Die Kanzlerdemokratie des Helmut Kohl*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 27 (1996), H. 1, S. 27–37, hier S. 28.

78 Karlheinz NICLAUß, *Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Paderborn 2004. (Akt. Fassung seines erstmals 1988 erschienenen Buches).

enkompetenz durch die unbestreitbare Herrschaft über die CDU“ beruht.⁷⁹ Der Führungsstil wird als persönlich geprägt und personenbezogen definiert. Kohl habe vor allem vermittelt durch Personen seines Netzwerkes regiert. Das habe sich unter anderem in einer geschickten Personalpolitik geäußert. Ein „stilles Regieren“ durch Integrieren und Moderieren habe ebenso dazu gehört wie eine „Verflüssigung der Richtlinienkompetenz“ durch informelle Verfahren in Verbindung mit relativer Offenheit in Sachfragen. Das und eine subtile Ausbalancierung der Machtarchitektur habe das „System Kohl“ ausgemacht. Korte stellt am Ende der Ära Kohl – noch unbeeinflusst vom Sturm des CDU-Spendenskandals – die interessante These auf, dass das System Kohl „durchaus auch als eine moderne, zeitgemäße Antwort“ auf die Herausforderungen durch Parlamentsstrategien, Amtshierarchien, Verbandspositionen, Länderinteressen, Parteikonstellationen und die Züge anderer Vetospieler angesehen werden könne. Wie solle eine parlamentarisch-demokratische Regierung auf die „Globalisierung der Politik“ reagieren, wie auf die Entgrenzung politischer Entscheidung, auf die zunehmende Bürokratisierung und auf die neuen Mittel der Kommunikation?

Der Parteispendenskandal 1999/2000, der die CDU bis ins Mark erschütterte und das Ansehen ihres nunmehrigen Ehrenvorsitzenden Kohl rampoanierte, machte solche Überlegungen obsolet. Regierungsleistung und Führungsstil Kohls gerieten ins Zwielficht. Neben das Bild des „Kanzlers der Einheit“ schob sich das des „Bimbos-Kanzlers“ („Der Spiegel“, 21. Februar 2000). Das „System Kohl“ wurde schlagartig ein Pejorativ, ein „giftiges System“, wie es *Georg Seeblen* in der taz beschrieb, bei dem „bloße Berührung genügt, um Biografie und Moral entscheidend aus der Bahn zu werfen“.⁸⁰ Nicht nur, dass Kohl durch seinen Umgang mit Spenden und seine illegalen Parteifinanzierungspraktiken die CDU in die größte Krise ihrer Geschichte stürzte, seine Regierung geriet auch durch Schmiergeldaffären wie um die Privatisierung der Leuna-Raffinerie und um Panzerlieferungen an Saudi-Arabien in den Verdacht der Korruption. Mehr noch: Es zeigte sich die Macht des Geldes als Element politischer Führung und personalistischen Machtanspruchs. Wie ein großes Fragezeichen heftete sich dieser Affärenkomplex der Ära Kohl an und modifizierte deren öffentliches Bild in Wissenschaft, Politik und Publizistik. Für die Nachfolgerregierung kam sie gerade recht, um aus dem gewaltigen Schatten des „Kanzlers der Einheit“ heraustreten zu können.

Als „System Kohl“ ist die Auslagerung politisch wichtiger Sachverhalte aus der Regelorganisation der Partei oder Regierung in Einzelkontakte, die über

79 Karl-Rudolf KORTE, *Kommt es auf die Person des Kanzlers an? Zum Regierungsstil von Helmut Kohl in der „Kanzlerdemokratie“ des deutschen „Parteienstaates“*, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 29 (1998) H. 3, S. 387–401.

80 Georg SEEBLER, „Das Kohlgate-Lächeln“, in: taz vom 26.1.2000.

einen „personalistischen Machtanspruch“ durch Verparteilichung, politische „Tischgemeinschaft“ und Verpfändung gesteuert werden, von *Rainer Weinert* auf die soziologischen Aspekte hin untersucht worden.⁸¹ Die politischen Führungsstrukturen der CDU wie der Regierung seien von Kohl „durch eine eigentümliche Form der Personalisierung“, ein undurchschaubares Geflecht persönlicher Beziehungen und Abhängigkeitsverhältnisse, „überwölbt“ worden. Das „System Kohl“ wird so als „Überwölbung verfassungsmäßiger Zuständigkeiten und institutioneller Kompetenzräume durch personalistische Direktkontakte“ (S. 377) definiert. Die „personalistische Kompetenzappropriation“ habe sich dabei nicht auf alle Ressorts, sondern nur auf jene politischen Bereiche bezogen, die für den Kanzler bedeutsam gewesen wären. Diese Struktur personaler Abhängigkeiten und Verpflichtungen sei wiederum durch ein umfangreiches Pfründensystem gefestigt worden. Der Verfasser sieht das politische System in Deutschland auch künftig der Informalisierung und Oligarchisierung ausgesetzt. Die „personalistische Versuchung“ bestehe angesichts der aufwendigen Verfahren politischer Entscheidungsfindung für jeden Kanzler und Parteiführer: „Oder anders ausgedrückt: Kohl kommt wieder“.

Als „Tatzeuge“ hat *Friedbert Pflüger* (1977/78 RCDS-Bundesvorsitzender, 1981–1989 Mitarbeiter von Richard von Weizsäcker, seit 1984 als Pressesprecher des Bundespräsidenten, 1990–2006 MdB, 2006 Spitzenkandidat des CDU für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, seit 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, 2006–2008 dort CDU-Fraktionsvorsitzender)⁸² einen Bericht über das „System Kohl“ abgeliefert. Laut Klappentext erwarb er sich in der Ära Kohl „den Ruf eines unabhängigen Politikers, der auch vor deutlicher Kritik am Bundeskanzler nicht zurückschreckte“. Sein Buch, das auf persönlichen Aufzeichnungen über die Ereignisse in der CDU und um Kohl von 1999/2000 beruhen soll, ist zu jenen „Rette sich, wer kann“-Äußerungen zu zählen, mit denen CDU-Politiker in dem öffentlichen Wirbel des CDU-Parteispendenskandals ihr Verhältnis zu Kohl zu erklären und zu korrigieren suchten, um möglichst ohne Beschädigung ihrer Position und ihres Ansehens zu bleiben.

In diesem Sinn werden zunächst eigene Erfahrungen mit dem „System Kohl“ geschildert („Innenansichten“) und daraus 21 „Lehrsätze“ formuliert, die aus Kohls politischer Praxis allgemeine Regeln der Machttechnik in der Parteiendemokratie ableiten. Nur – Kohl ist kein „Principe“ gewesen, und Pflüger ist kein Denker von Machiavelli-Format! So ist denn fast alles ziemlich banal, was da an Machtkunstlehre der Parteiendemokratie ausgeführt ist. Etwa: Nimm die ‚Neuen‘ ernst; erweise Politikern auf allen Ebenen kleine

81 Rainer WEINERT, *Politischer Personalismus in Deutschland. Soziologische Aspekte des „Systems Kohl“*, in: Berliner Journal für Soziologie 11 (2001) 3, S. 375–390.

82 Friedbert PFLÜGER, *Ehrenwort. Das System Kohl und der Neubeginn*, Stuttgart 2000.

Gefallen; suche dir für deine engste Umgebung eine absolut treu ergebene Mitarbeiterin; lade ab und zu politische Mitstreiter zu Essensrunden in den kleinen Kreis deiner Vertrauten ein; wenn du Bundeskanzler bist, dann verzichte nicht auf die Führung von Partei und Fraktion usw. Nach Auskunfterteilung darüber, wie er die drei Monate vom Bekanntwerden der „schwarzen“ CDU-Konten bis zum Rücktritt Schäubles erlebte, vom „ersten Schock“ bis zu „Rühes Wunder“ (Wahlergebnis in Schleswig-Holstein: 35,2 Prozent), lässt Pflüger sich über seinen Spaß an der Politik und seinen politischen Beruf aus. Er setzt sich mit den geläufigen Vorurteilen gegenüber der Abgeordnetentätigkeit auseinander (Gauner, Mittelmaß, Absahner, Faule, Traumtänzer) und spart auch das mühsame Spendensammeln für Wahlkämpfe und Parteiarbeit im Wahlkreis nicht aus. Zum Schluss wird unter dem Motto „Den Neubeginn wagen“ eine Agenda 2050 (!) der Parteireform ausgebreitet. Der Respekt und die Anerkennung, die dem Staatsmann Kohl und seiner historischen Leistung gezollt werden, dienen dabei zugleich als Legitimation für eine Auseinandersetzung mit den Schattenseiten der „Herrschaft“ Kohls, die „zur Komplettierung des Machtsystems“ selbst vor illegalen Methoden nicht zurückgeschreckt sei. Kohl wird von Pflüger in einer Doppelgestalt porträtiert, geteilt in den Staatsmann, der die Verbindung von deutscher Wiedervereinigung und europäischer Einheit verwirklichte, und den „Demokrator“, der einen absoluten Führungsstil praktizierte, schwarze Konten unterhielt und sich nicht scheute, das Parteiengesetz zu brechen. Beides sei jedoch nicht gegeneinander aufzurechnen: Kohls historische Leistungen blieben ebenso bestehen wie die Rechtsbrüche und der „nicht erträgliche“ Umgang mit dem Ehrbegriff. Das Bild, das Pflüger von Kohl zeichnet, bewegt sich zwischen Verehrung und Verurteilung.

Tonart und Tonstärke der schrillen Auseinandersetzung mit dem System Kohl wurden jedoch von der journalistischen Publizistik bestimmt, die Kohl als einen „Systempolitiker“ abzustempeln suchte. Als erprobte Vertreter der investigativen Reportage erzählen *John Goetz*, *Conny Neumann* und *Oliver Schröm* den Schmiergeld- und Parteispendenskandal⁸³ um die berichtigten Lobbyisten Dieter Holzer und Karlheinz Schreiber aus der Perspektive der Steuerfahnder und Staatsanwälte, wobei sie sich mangels nicht zugänglicher Dienstunterlagen auf Dokumente stützen, die sie „aus anderen Quellen erhalten haben“, etwa auf Handakten oder Protokolle des Bundestagsuntersuchungsausschusses wie auch auf mündliche Informationen von Ermittlern, Zeugen und sonstwie Beteiligten. Im Mittelpunkt der Darstellung steht der Augsburger Staatsanwalt Winfried Maier, der wie der Held eines Kriminalromans genrekundig in Szene gesetzt wird. „Es war ein nasskalter Wintermorgen, als Winfried Maier aus der zweimotorigen Propellermaschine der Augs-

83 John GOETZ/Conny NEUMANN/Oliver SCHRÖM, *Allein gegen Kohl, Kiep & Co. Die Geschichte einer unerwünschten Ermittlung*, Berlin 2000.

burg Airways stieg. Berlin empfing ihn mit dunklen Wolken“, so fängt es an – Raymond Chandler lässt grüßen. Im „Epilog“ wird dann Kohl als selbstherrlicher „Pate“ dieses Systems festgemacht (S. 209f.). Neben Einzelheiten über die schwierige Ermittlungsarbeit in diesem Politikskandal ist bei der Lektüre nach zehn Jahren vor allem zweierlei festzuhalten: Je aktueller solche Reportagen aufgemacht sind, desto schneller sehen sie alt aus. Und wenn etwas den Autoren nicht in den Kram gepasst hat, ist ihr investigativer Ehrgeiz plötzlich wie verfliegen.

Das gilt auch für die „Zeit“-Redakteure *Thomas Kleine-Brockhoff* und *Bruno Schirra*. Bei ihrem Buch⁸⁴ handelt es sich um eine Zusammenstellung und Ausarbeitung von Artikeln, die schon im „Dossier“ der „Zeit“ erschienen sind. Man begegnet hier dem „investigativen Journalismus“ in der abstoßendsten Form, weil er einseitig-polemisch und in untersuchungsrichterlicher Anmaßung betrieben wird. Als selbsternannte Volkstribunen, die ihre Rechercheergebnisse und Schlussfolgerungen allein als Wahrheit gelten lassen, nehmen sie sich aufgrund ihrer zur Schau gestellten „Verpflichtung“ auf das „Prinzip Öffentlichkeit“ (S. 14) das Recht zur Schmähung. Das Rezept ist bekannt und bewährt: Man formuliert Verdächtigungen und konstruiert Zusammenhänge, die eine „Schuld“ suggerieren, und wenn der Betroffene sich dagegen verwahrt, wird das als Reaktion eines Ertappten gedeutet. Weitere Zutaten sind inkriminierende Fragen, die andere Feststellungen als die eigenen prinzipiell in Zweifel ziehen, und eine diskriminierende Wortwahl wie „Täter“, „Tatort“, „Staatskriminalität“, „unappetitlich“, „ehrenwerte Gesellschaft“, „übel Riechendes“ usw.

Hauptquellen der Recherchen sind auch hier neben veröffentlichtem Material vor allem Interviews, geheime Informanten, Dokumente, die auf anonymem Weg oder bei „klandestinen Treffen“ erworben wurden. Der Kauf der Leuna-Werke durch den französischen Ölkonzern Elf-Aquitaine wird als Schlüsselereignis der Finanzaffären in der Kohl-Regierung dargestellt. Leuna erscheint als bloßer Ausschnitt eines „Kartells der Begünstigung“, in dem die Käuflichkeit von Politikern der Dreh- und Angelpunkt gewesen wäre. Gemeint, obzwar nur gleichsam nebensächlich genannt, ist das „System Kohl“ (S. 139), in dem „viele einzelne Akteure in Regierung, Partei und Wirtschaft ‚spezielle Vorteile‘ genossen hatten. Ein ganzes System zur wechselseitigen Befriedigung partikularer Interessen ist entstanden ...“ (S. 159). Nach Definition hätte es sich bei diesen „unappetitlichen Geschäften“ um handfeste Korruption gehandelt, die durch Aktenraub aus dem Bundeskanzleramt schließlich sogar zu „kruder Regierungskriminalität“ geworden wäre, zu einem „deutschen Watergate“ (S. 88). Zu dem „System“ hätte gehört, dass von den Staats-

84 Thomas KLEINE-BROCKHOFF und Bruno SCHIRRA, *Das System Leuna. Wie Politiker gekauft werden. Warum die Justiz wegschaut*, Hamburg 2001.

anwaltschaften gegenüber dieser „offenkundigen Staatskriminalität“ jahrelang Ermittlungsverweigerung betrieben worden wäre und sich die Justiz in skandalöser Weise von der Politik abhängig gezeigt hätte (Nachwort: „Die Täter müssen ans Licht – Wider die Abhängigkeit der Aufklärer“). Das Buch behandelt auch den Max-Strauß-Fall, die Affäre um die verschwundenen Kanzleramtsakten („Bundeslöschtag“) ⁸⁵, den Pfahls-Komplex sowie die Ehlerding-Spende an die CDU und ihren Hintergrund. Ein „System“ soll deutlich gemacht und angeprangert werden. Die Polemik des Buches richtet sich weniger direkt gegen Kohl, aber es wird sehr deutlich gemacht, dass mit dem „System Leuna“ das „System Kohl“ gemeint ist. Gleich im Vorwort wird Kohl zusammen mit seinem „Hausmeister“ (!) Friedrich Bohl als Verantwortlicher für die „Staatskriminalität im Kanzleramt“ apostrophiert.

Das Buch von *Klaus Dreher* über das Parteifinanzierungssystem der CDU in der Ära Kohl mit Sonderkonten, Schwarzgeldzahlungen und verdeckten Großspenden ist ein Nachtrag oder besser Nachschlag zur Kohl-Biographie des Autors von 1998. ⁸⁶ Kohl wird darin im Umgang mit Spendengeldern und geheimen Konten als machtbessener, selbstgerechter, charakterlich deformierter Politiker gezeichnet, der sich Loyalität und Ausbau seiner Machtstellung in der Partei „gekauft“ hätte. Er sei zwar persönlich nicht korrupt, aber er habe um der Macht und des Machterhalts willen seine Mitarbeiter, seine Partei und die Parteigelder instrumentalisiert. Seine Skrupellosigkeit habe ihn dabei bis zu illegalen Finanzpraktiken und bis zum vorsätzlichen Verstoß gegen die Verfassung getrieben. Kurz: Das vielberufene „System Kohl“ habe aus 25 Jahren dubioser, mit List und Tücke ausgebaute Parteifinanzierung und illegaler Spendenpraxis bestanden. Dreher übernimmt die These von Bösch (siehe S. 350f.), wonach Kohl die von ihm zuerst heftig kritisierte verdeckte Parteifinanzierung und die „schwarzen Kassen“ der „Adenauer-CDU“ nicht nur übernommen, sondern das ganze „System“ auch in seinen illegalen Methoden weiter ausgebaut habe, nachdem er selbst Parteivorsitzender geworden sei (S. 35ff.). Selbst der Konflikt zwischen Kohl und Geißler 1987/89 wird im Wesentlichen auf die Differenzen in Sachen Kontenwirtschaft Kohls zurückgeführt. Die Trennung von Geißler in Bremen 1989 soll nicht das Ergebnis eines Machtkampfes im Anschluss an die enttäuschende Bundestagswahl von

85 Vgl. Günter BUCHSTAB, *Bundeslöschtag? Ein Lehrstück über die Skandalisierung der Politik*, in: Bernhard LÖFFLER/Karsten RUPPERT (Hg.), *Religiöse Prägung und politische Ordnung in der Neuzeit. Festschrift für Winfried Becker zum 65. Geburtstag*, Köln 2006, S. 633–661. Nach der Lektüre dieses Kabinettsstücks historischer Konkretisierung stellt sich auch die Frage, wie es kommt, dass sich Journalisten eines renommierten Blattes derart zu Laufburschen der Parteipolitik machen lassen.

86 Klaus DREHER, *Kohl und die Konten. Eine schwarze Finanzgeschichte*, Stuttgart 2002. – Die Biographie (DERS., *Helmut Kohl, Leben mit Macht*, Stuttgart 1998) ist im ersten Teil dieses Literaturberichts (wie Anm. 1), S. 400f. vorgestellt worden.

1987 gewesen sein, sondern eine moralische Veranstaltung, in der sich der Mitwisser Geißler, von Gewissensbissen gequält, dem illegalen Finanzgebaren Kohls verweigert habe. „Jetzt wissen wir es besser. Es waren die schwarzen Konten“ (S. 106). Kohl habe die Partei gekauft und bestochen, um ihre Zustimmung zu bekommen. Wie die Parteifinzen habe Kohl auch die politischen Ereignisse vom Herbst 1989 für seine innerparteilichen Auseinandersetzungen instrumentalisiert. Denn, so Dreher, ohne die deutsche Einheit wäre die Regierung Kohl 1991 beendet worden und er „einer der mittelmäßigen Bundeskanzler geblieben, die von der Geschichte vergessen werden.“ Rezensionen haben dem Verfasser eine diffuse und fehlerhafte Zusammenschreibung von Nachrichtenmaterial und Pressestimmen vorgeworfen. Noch mehr missfällt der schrille Grundton dieses Machwerks, das darauf angelegt ist, Kohl als monströsen Seelen(ver)käufer, als jeden „erdrückende Riesengestalt“ (S. 196) zu denunzieren. Der hämische Ton, der auch im Schlussabschnitt über den Tod Hannelore Kohls nicht zu überhören ist, disqualifiziert nicht nur sachlich das Buch, sondern auch charakterlich den Autor.

Auch die SZ mit ihren prominenten Redakteuren *Hans Leyendecker*, *Michael Stiller* und *Heribert Prantl*⁸⁷ tat sich darin hervor, den CDU-Spendenskandal als Signum der Ära Kohl darzustellen. Leyendecker liefert eine Reportage des Spendenskandals, den er als logischen Endpunkt des Aufstiegs Kohls zur Macht biographisch „verortet“. Die Story setzt mit Kohls politischen Anfängen in Ludwigshafen und Rheinland-Pfalz ein. In süffisant ausgemalten Einzelheiten und immer im launigen Präsens: Steueroase Rheinland-Pfalz, Schiebereien mit der Staatsbürgerlichen Vereinigung, Flicks schwarze Kassen „wg. Kohl“ einschließlich des „Black out“ vor dem Untersuchungsausschuss, Geldsegen von der Ost-CDU, Leuna-Affäre usw., ab „November 1999“ nur noch in Monatskapiteln bis „Mai/Juni 2000“, ein Indiz dafür, mit welcher heißen Nadel das alles gestrickt wurde. Das Finanzsystem der CDU ist als bewegender Mechanismus des Systems Kohl beschrieben. Erst durch Kohl habe die von Anbeginn „schief gelaufene“ – das heißt illegale – Parteifinanzierung der CDU jene fatale Beziehung zur Erhaltung persönlicher Macht bekommen, in vollem Bewusstsein der Ungesetzlichkeit des Finanzgebarens und daher „konspirativ“.

Prantls Botschaft ist: Nicht nur die CDU, sondern auch die CSU, nicht nur Kohl, sondern auch die Amigos, ergo: Die Union insgesamt und ihre Politiker überhaupt sind im Wesenskern so verdorben! Das Hauptanliegen ist, Kohl als Rechtsbrecher anzuprangern. Zu diesem Zweck werden die bekannten Vorgän-

87 Hans LEYENDECKER, *Helmut Kohl, die CDU und die Spenden. Eine Fortsetzungsgeschichte* (S. 11–244); Michael STILLER, *Strauß, Schreiber & Co. Das weißblaue Amigo-System* (S. 245–472); Heribert PRANTL, *Herrschaft und Barschaft. Von der Veralltäglichen des Ungesetzlichen. Ein Skandal und seine Folgen* (S. 473–595), in: *Helmut Kohl, die Macht und das Geld*, Göttingen 2000. Auch als Hörbuch im Radoropa Verlag Berlin 2006.

ge und Vorwürfe wie Szenen eines Dramas aneinandergereiht und alle Klischees über und zu Kohl bedient, flockig-locker und affektiert-selbstverliebt.

Kohls Vita: „ein politisches Märchen von einem, der auszog, das Fürchten zu lernen“ (S. 477). Bis zuletzt im Finanzskandal habe der „Furchtlose“ jede Kritik an sich ablaufen lassen. Die kleine Welt der Provinz habe er zum Muster für die große genommen. Für das geistige Deutschland sei er die Verkörperung der Geistlosigkeit gewesen, aber er merkte das nicht, weil er seine stoische Selbstgefälligkeit mit Machtinstinkt verbunden habe. Sein Machtwillen und seine Machtverwirklichung seien bis zur Beschädigung des Rechtsstaates gegangen, ja er habe das Vertrauen in die Lauterkeit des parlamentarischen Systems untergraben. Kurz: Kohl stehe für den „Notstand der Republik“ (S. 585). Es ist ein Buch aus „aktuellem“ Anlass, das offensichtlich die heiße Konjunkturphase des Spendenskandals nutzen wollte, um die Gier des Publikums nach Enthüllung zu befriedigen. Ein Fertiggericht nach bewährten Rezepten, das – abgekühlt – reichlich abgestanden schmeckt.

Ob all diesen Autoren bewusst war, dass sie mit ihrem eifernden „System“-Gebrauch einen diffamierenden Kampfbegriff der Weimarer Republik wiederbelebten?⁸⁸

Kohl und die Medien

Im Rahmen einer vergleichenden Medienporträtierung der deutschen Kanzler hat der Publizist und Medienberater *Lars Rosumek* auch das Verhältnis Kohls zu den Medien auszuleuchten versucht.⁸⁹ Gestützt auf Interviews mit PR-Be-

88 Dazu der Leserbrief von Winfried BECKER (Universität Passau), „Wer ohne stichhaltige Beweise das angebliche ‚System Kohl‘ brandmarkt, sollte als guter Demokrat einmal darüber nachdenken, in welch fatale Nachbarschaft er sich begibt.“, in: „Die Welt“ vom 30.3.2000.

89 Lars ROSUMEK, *Die Kanzler und die Medien. Acht Porträts von Adenauer bis Merkel*, Frankfurt/M. 2007, S. 157–220. – Einen wissenschaftlichen Zugang zur Kanzlerdarstellung im Fernsehen bietet das aus einer Hildesheimer Dissertation hervorgegangene Buch von Christoph SCHEURLE, *Die deutschen Kanzler im Fernsehen. Theatrale Darstellungsstrategien von Politikern im Schlüsselmedium der Nachkriegsgeschichte*, Bielefeld 2009. Am Beispiel von Kanzlerdarstellungen wird das „Theater-Modell“ für Vorgänge der Politik in einem „Wahrnehmungsdreieck“ von Inszenierung, Rolle und Figur analysiert und diskutiert. Als empirische Materialgrundlage dienten Nachrichtensendungen, Live-Übertragungen, Rededuelle, Interviews, Wahlwerbung, Politische Magazine sowie Unterhaltungssendungen. Allerdings ist die Vorgehensweise bei der Untersuchung nicht historisch-deskriptiv, sondern eher systematisch-funktionalistisch, so dass kein komplexes Bild der Kanzlerdarstellung in der Ära Kohl vermittelt wird. Von Kohl heißt es, dass die Mühe, die er mit dem Öffentlichkeitssystem der Medien gehabt habe, sich auch bei seinen Auftritten zeigte, was ihn aber „in den Augen der Menge nicht nur sympathisch, sondern auch glaubwürdig erscheinen ließ“ (S. 192). Kohls persönlicher Stil habe nicht aufgrund von Medienkompetenz überzeugt, sondern weil er die Mühe, die er mit den Medien gehabt habe, als „Eigen-Art in seine Darstellung integriert“. Sein Darstellungstalent habe nicht im „dramatischen Dialog“ gelegen, sondern in der „episch ausgebreiteten Geschichtsdarstellung,

ratern und Regierungssprechern analysiert er fachkundig und urteilssicher die medienbezogene politische Öffentlichkeitsarbeit (Public Relations) der Kanzler seit Adenauer. Die Kanzlerdemokratie, das ist die Ausgangsfeststellung seiner Arbeit, verschaffe dem Kanzler einerseits einen deutlichen Vorsprung in der medialen Selbstdarstellung, andererseits sei die PR-Gestaltung immer auch von dessen persönlichen Kompetenzen und Präferenzen abhängig. So habe Kohl auch noch in den 1990er Jahren, als sich seine Imagewerte infolge der Wiedervereinigung verbesserten, „erkennbare Schwierigkeiten“ mit seiner Mediendarstellung gehabt. Seine Rolle sei gewissermaßen die des „Antihelden“ gewesen (S. 289/290), obwohl er der erste deutsche Regierungschef gewesen sei, „der unter ‚Vielkanalbedingungen‘ agieren konnte.“ Er habe aber die Optionen, die ihm das Privatfernsehen zur Selbstdarstellung geboten hätte, bis 1990 praktisch ungenutzt gelassen. Einen Grund dafür sieht der Verfasser im Misstrauen Kohls gegen Journalisten und deren Arbeit. Als erster Kanzler habe Kohl wesentliche Teile der politischen Öffentlichkeitsarbeit aus dem Bundespresseamt ins Bundeskanzleramt verlagert und auf professionelle Einzelberater zurückgegriffen.

Auch in der Medienarbeit während seiner Regierungszeit lassen sich zwei Phasen deutlich unterscheiden: Bis 1989 seien die persönlichen Kompetenz- und Imagewerte Kohls „auf bescheidenem Niveau“ geblieben; sein Image sei überwiegend negativ („Kanzler-Malus“), ja „teilweise tragisch-komisch“ gewesen. Das aber habe sich mit der deutschen Einheit grundlegend geändert und praktisch ins Gegenteil verkehrt: Kohl habe sich mit Beginn der 1990er Jahre „vom Medientolpatsch zum Medienliebbling“ entwickelt. Dabei habe als „entscheidender Faktor“ die Etablierung des Privatfernsehens gewirkt, im Besonderen sei für diesen Imagewandel aber auch der neue PR-Berater für Kohls Fernsehauftritte, der 1991 aus der CDU-Zentrale ins Kanzleramt gewechselte Andreas Fritzenkötter, verantwortlich gewesen. Kohl sei der erste Bundeskanzler gewesen, der für seine politische Öffentlichkeitsarbeit Formate der Fernsehunterhaltung statt der klassischen Formate genutzt habe. Trotz allen Prestigegewinns seit 1990 und trotz des im Wahlkampf von 1994 inszenierten Personenkults um ihn sei aber Kohl „kein charismatischer Kanzler im klassischen Sinn“ gewesen.

Als einen Beitrag zur politischen Kommunikationsforschung hat *Christoph Kahlenberg* die Präsentation des Politikers Kohl am Beispiel des SWF-Hörfunkprogramms und der Zeitungartikel der „Rheinpfalz“ untersucht.⁹⁰ Seine

die immer auch die eigene Person innerhalb der Erzählung verortet“ (S. 197). Pointiert heißt es, dass ‚Kanzler Kohl‘-Darstellungen dann gelungen seien, wenn er sich nicht als Kanzler präsentierte, sondern wenn er über sich als Kanzler erzählte und so „das Volk an der Politik teilhaben“ ließ.

90 Christoph KAHLENBERG, *Helmut Kohl in der Berichterstattung des Südwestfunk-Hörfunkprogramms und der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“* (Südwestrundfunk-Schriftenreihe, Rundfunkgeschichte 7), Baden-Baden 1999.

Arbeit konzentriert sich dabei auf die qualitative Analyse der Darstellung und Bewertung Kohls anhand von drei zeitlich wie thematisch voneinander unabhängigen Ereigniskomplexen: der Wörner-Kießling-Affäre 1984, dem Bitburg-Besuch Kohls und Reagans und der Ablösung von Heiner Geißler als CDU-Generalsekretär 1989. Die formulierten Untersuchungsergebnisse demonstrieren geradezu die methodische Schwierigkeit, die Vielfalt medialer Nachrichten und Kommentare codiert zu erfassen und auf einen Nenner zu bringen. Danach gilt generell, dass im Vergleich der beiden Medien ihre Gemeinsamkeiten gegenüber den Unterschieden überwiegen. Die Analysebefunde werden jedoch derart differenziert dargelegt, dass der Erkenntnisgewinn, den man aus dieser Arbeit in Bezug auf das Thema „Kohl in den Medien“ ziehen kann, nur gering ist. SWF und RP hätten Kohl in ihrer Berichterstattung über die Wörner-Kießling-Affäre und die Geißler Ablösung „taktisches Geschick“ zugeschrieben, ihn aber das eine Mal als „entscheidungsschwach“, auch als „führungsschwach“ (SWF), das andere Mal als „entscheidungsstark“ bzw. auch als „führungsstark“ hingestellt.

In beiden Medien bilde die Berichterstattung über den Bitburg-Besuch einen „Sonderfall“, weil das vermittelte Bild von Kohl „einen eher unklaren, bisweilen sogar widersprüchlichen Eindruck“ hinterlasse (S. 243). Das trifft auf diese Studie selbst zu. Wenn zum Schluss bestätigt wird, „was andere Autoren durch ihre Arbeit herausgefunden haben“, dass nämlich die Medien Politiker „gemäß ihrer redaktionellen Linie beurteilen“, fühlt sich der Leser ob dieser Weisheit fast gefoppt. Wichtiger als das relative Kohl-Bild sind in dieser Studie allemal die über die explizite Themenstellung hinausgehenden allgemeinen Beobachtungen und Reflexionen zum Verhältnis zwischen Medien und Politik und zur Rolle der Medien als Konstrukteure politischer Vorstellungsbilder.

Die „printmediale Perzeption“ europapolitischer Entscheidungen in der Ära Kohl ist das Thema einer Gießener staats- und wirtschaftswissenschaftlichen Dissertation von *Peter Walter*.⁹¹ Er sieht die Zweiteilung der europäischen Integrationspolitik durch die Zäsur von 1990 und den danach verfügbaren größeren politischen Handlungsspielraum auch in der Berichterstattung und den Kommentaren der Printmedien gespiegelt. Die Ausgangsfrage ist, „wie erfolgreich oder erfolglos“ Kohl und sein Handeln im europäischen Kontext von den ausgewählten Zeitungen und Magazinen („Spiegel“, „Focus“, FAZ, FR, taz, SZ) perzipiert und bewertet worden seien. In der Analyse der Texte geht es

91 Peter WALTER, *Die Darstellung der europäischen Integrationspolitik des Bundeskanzlers Helmut Kohl in ausgewählten deutschen Printmedien*, Diss. Gießen 2001 (pdf); mit einem informativen Kommentar des Forschungs- und Literaturstandes unter verschiedenen Themenaspekten. – Einen Hinweis in diesem Zusammenhang verdient auch die Magisterarbeit von Frank FINKBEINER, *Die Berichterstattung des „Spiegel“ über Helmut Kohl zwischen 1982 und 1998 am Beispiel der Titelgeschichten* (hbz-Verbund NRW), masch., Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Münster 2000.

dabei nicht nur um die inhaltliche Perzeption, sondern auch um die sprachlichen Mittel, mit der die Person des Kanzlers dargestellt ist.

Insgesamt, so wird herausgearbeitet, sei die Perzeption der Europapolitik Kohls in den Medien stets von zurückhaltender Skepsis bis Ablehnung geprägt gewesen. Erfolg oder Misserfolg seiner Politik seien an den Zielen gemessen worden, die er offensichtlich nicht erreicht hatte. So sei besonders kritisiert worden, dass Kohl die DM für eine „weiche“ europäische Währung geopfert habe, obwohl er sein erklärtes Ziel einer Politischen Union nicht habe erreichen können. Im Presseurteil erschien Kohl „eindeutig“ als eigentlicher „Verlierer von Maastricht“ (S. 335). Lediglich zwischen der Vollendung der deutschen Einheit und Maastricht sei der Kanzler als „Chef“ und „Super-Europäer“ herausgestellt worden. Aber schon in der Diskussion um den Maastricht-Vertrag hätten die Medien begonnen, die Notwendigkeit einer nationalen deutschen Interessenwahrung in den Vordergrund zu stellen und ihre Ablehnung der Europapolitik Kohls deutlich zu verstärken. Spätestens seit dem Gipfel von Amsterdam 1997 hätten die untersuchten Medien in der Auffassung übereingestimmt, dass Kohl „mit seiner Europapolitik gescheitert sei“ (S. 339) und dass er „als Verräter an seiner eigenen Sache“ erscheine.

Was sich so inhaltlich nachweisen lässt, hatte auch linguistische Entsprechungen, wie der Verfasser zeigen kann. Die medialen Wertungen hätten bis zu persönlich diffamierender Diktion zugenommen, und zwar auffallend mehr in den Innenseitenberichten als auf den Titelseiten. Die taz habe sogar „Kohl ganz unverhohlenen Unfähigkeit vorgeworfen“. Im Fazit wird konstatiert, dass Kohl, ganz gleich wie er aufgetreten sei und was er getan habe, sich stets einer „negativen Resonanz der Medien“ gewiss sein konnte. „Über Kohl positiv zu berichten ... gehörte nicht zum ‚guten Ton‘ der Pressearbeit“ (S. 344). Eine Ausnahme wird nur für den Kontext der Wiedervereinigung erkannt. Es sei einzigartig, heißt es am Schluss, dass ein Bundeskanzler über seine gesamte Amtszeit hinweg gegen ein negatives Presse-Image habe ankämpfen müssen, und es sei erstaunlich, dass diese permanente Negativdarstellung offenbar nicht vermochte, „den Rezipienten und damit den Wähler davon zu überzeugen, dass Helmut Kohl wohl nicht die richtige Persönlichkeit für das Amt des Bundeskanzlers sei“ (S. 345).

Eine vergleichende Untersuchung der „Kommunikationstypen“ Helmut Kohl und Gerhard Schröder hat *Heinrich Georg Neumann* mit seiner Dissertation vorgelegt.⁹² Die mit Grafiken und Tabellen anschaulich aufbereitete Auswertung des audiovisuellen und verbalen Quellenmaterials lässt es zu, Kohl als

92 Heinrich Georg NEUMANN, *Konfidenz und Faszinationskommunikation. Vertrauen generierende und Faszination stimulierende Situativstrategien der Bundeskanzler Helmut Kohl und Gerhard Schröder am Beispiel der Neujahrsansprachen, ZDF-Sommerinterviews und Bulletins 1994 bis 2002*, Universität der Künste, Diss. masch., Berlin 2006.

„Kommunikationsasketen“ zu charakterisieren, der die „Frontalkommunikation“ in stereotypen Inszenierungen durch Erklärungen, Reden und Ansprachen bevorzugte. Schröder wird demgegenüber als „Kommunikationshedonist“ gesehen, der eine Präferenz für die Diskurskommunikation und multifunktionale Inszenierungen durch elektronische Medien hatte. Auf die Fülle interessanter Befunde, die diese Arbeit präsentiert, kann hier nur hingewiesen werden. Die Analyse der vertrauenerweckenden und faszinierende Wirkung beider Kommunikationstypen ergibt: Kohl stützte sich mit „Wertofferten und Anerkennungsreferenzen“ stärker auf idealisierende Vertrauensfaktoren, während Schröder häufiger auf „Erfolgsparadigmen und Zuversichtsofferten“ setzte. Kohls besondere Faszination durch Persönlichkeit beruhte auf der Aktivierung von Selbstaufwertungen. Bei Schröder blieb die Faszination durch Visionen dominierend; er sei intensiver als Kohl auf die Rezipienten eingegangen und habe damit seinen Faszinationswert erhöht.

Theoretisch fundiert und empirisch überzeugend ist diese Arbeit sprachlich, trotz des umfangreichen Glossars, ziemlich gewöhnungsbedürftig. Auch wenn man einer relativ jungen Wissenschaft zugute halten muss, dass sie ihre eigene Terminologie pflegt, fühlt man sich manchmal an jene „Phrasendreschmaschine“ der 1970er Jahre erinnert, die mit drei gegeneinander drehbaren Pappscheiben beliebige Kombinationen möglichst fremdwörtlicher Adjektive und Komposita produzieren konnte, im vorliegenden Fall etwa „konkrete Regulierungsofferten“, „situative Faszinationspotenziale“ oder „optimierende Konfidenzfaktoren“; als Solitär darf wohl „Kanzlerkommunikationsrealisat“ verbucht werden. Gleichwohl erfüllt die Studie ihren Anspruch, mit ihrem Erklärungsmodell einer „Konfidenz- und Faszinationskommunikation“ dem Rezipienten ein „Instrumentarium zur Dekodierung“ und dem politischen Akteur eine Grundlage zur Verbesserung seiner „Vertrauens- und Faszinationspotenziale“ an die Hand zu geben.

Die Studie von *Herbert Kubicek*, Professor für Angewandte Informatik in Bremen, über die Medien- und Kommunikationspolitik in und nach der Ära Kohl ist in ihrer ersten Internet-Fassung⁹³ nicht mehr zugänglich. So ist man auf seinen entsprechenden Aufsatz in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“⁹⁴ angewiesen. Darin äußert er sich kritisch zur Politik der Deregulierung und Privatisierung des „Fernmeldewesens“ zwischen Bildschirmtext-Staatsvertrag (1983) und Mediendienste-Staatsvertrag (1997). Einen „Netzettbewerb und damit einen technologischen Innovationsansporn“ habe die Regierung Kohl damit nicht eingeleitet. Auch positive Beschäftigungseff-

93 <http://infosoc.informatik.uni-bremen.de>.

94 Herbert KUBICEK, *Von der Angebots- zur Nachfrageförderung. Die Medien- und Kommunikationspolitik in und nach der Ära Kohl*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (1998), S. 1093–1104.

fekte in der informations- und kommunikationstechnischen Industrie seien langfristig ausgeblieben. Bei den medien- und kommunikationspolitischen Weichenstellungen der Ära Kohl sei zudem verkannt worden, das eine neoliberale angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die den Erwerb und die Nutzung von Kommunikationsmedien als reines „Wirtschaftsgut“ betrachte, nicht auch zugleich eine Veränderung von Kommunikationsweisen hervorbringe. Als Ergänzung zu den technischen Innovationen werden deshalb entsprechende soziale Innovationen gefordert, insbesondere im Umbau des Bildungssystems.

Ende der Ära Kohl

Ein beachtenswertes Aufsatzbändchen über die Bundestagswahl 1998 und das Ende der Ära Kohl ist von den amerikanischen Deutschlandkennern *David P. Conradt* (Univ. of East Carolina), *Gerald R. Kleinfeld* (Arizona State Univ.) und *Christian Søe* (California State Univ.) herausgebracht worden;⁹⁵ es schließt damit an den von ihnen 1995 vorgelegten Sammelband über das deutsche Parteiensystem im vereinigten Deutschland an.⁹⁶ Die Autoren, unter ihnen auch deutsche Politikwissenschaftler und Wahlforscher (*Wolfgang-Uwe Friedrich*, *Wolfgang G. Gibowski*), haben im Wahlausgang von 1998 einen „Meilenstein“ der politischen Entwicklung in Deutschland gesehen, weil er erstmals eine vollständige Auswechslung der Regierungsparteien zur Folge hatte und die erste „postwar generation“ an die Macht brachte. In den Einzelbeiträgen wird die Bedeutung der Wahl und des Wahlergebnisses für die im Bundestag vertretenen Parteien sowie der ökonomische und außenpolitische Kontext analysiert. *Clay Clemens* (College of William & Mary) hat seinen Artikel über die Unionsparteien witzig mit dem Titel von Edwin O’Connors preisgekröntem Roman „The Last Hurrah“ überschrieben, der auch das Ende einer politischen Ära schildert. Das Erlöschen der Ideologien der Ost-West-Auseinandersetzung, die Krise des politischen Mitte-Rechts-Lagers in den Industrienationen, die ökonomische Unsicherheit durch die Globalisierung ebenso wie die Zunahme von Regionalismus und Multikulturalismus hätten sich „in a time of policy wonks and media magnates“ (S. 54/55) gegen Kohl und die Union ausgewirkt. Doch damit sei Deutschland auf keinen „Sonderweg“ abgewichen, sondern habe sich genauso „normal“ verhalten wie die anderen westlichen Demokratien; mit der einzigen Ausnahme „in regard to the relative poor showing of the far-right parties“ (*David F. Patton*).

95 David P. CONRADT/Gerald R. KLEINFELD/Christian SØE (Hg.), *Power Shift in Germany. The 1998 Election and the End of the Kohl Era* (Modern German studies 5), New York 2000.

96 DIES. sowie George K. ROMOSER (Hg.), *Germany’s News Politics: Parties and Issues in the 1990s* (Modern German Studies 1), New York 1995.

Als „historische Zäsur“ hat *Werner Weidenfeld* in einem lesenswerten Essaybändchen⁹⁷ den Kanzlerwechsel von 1998 verstanden wissen wollen. Merkwürdig sanft sei die Ära Kohl entschwunden; fast leise habe sich mit ihr, dem Oberflächenbefund nach, eine prägende Zeit der Bundesrepublik verabschiedet. In der Tiefendimension von Politik und Gesellschaft hätten sich jedoch währenddessen „relevante Verschiebungen“ vollzogen, zu deren Ausläufern auch Kohls Abwahl gehört habe. Die Ära Kohl sei der letzte Nachhall der Ära Adenauer. Mit ihr, so Weidenfeld, verließ eine Generation die politische Arena, die ihre politische Prägung in den Nachkriegsjahren erhalten hatte und die noch persönliche Erinnerungen an Krieg, Not und Ruinen besaß. Diese Grunderfahrungen hätten ihr ein „ebenso emotionales wie programmatisches Gerüst“ zur Orientierung geboten, aber sie sei nicht mehr imstande gewesen, zu neuen Orientierungen jenseits der bipolaren Weltordnung, im Zeitalter der Globalisierung und der digitalen Revolution, zu gelangen. Der „Europäer“ Kohl habe alles getan, um die gesellschaftliche Dimension des Integrationsprozesses ins Blickfeld zu rücken; der Deutschlandpolitiker habe wie Adenauer die enge Verbindung der deutschen und europäischen Frage zur Grundlage seines Handelns gemacht und am Ziel der deutschen Einheit festgehalten. Mit dem Ende der Teilung Deutschlands und Europas, mit der Europäischen Integration sei praktisch der „Aufgabenkatalog“ der Nachkriegszeit erledigt worden. Danach habe sich der Motor der Politik „im Leerlauf“ gedreht. Weidenfelds scharfsinniger, ja auch scharfzüngiger Kommentar zur „Zäsur der Führungsgeneration“ 1998, vorgetragen mit überschäumender, manchmal bis zum „Bildrauschen“ gehenden Metaphorik („rudern auf dem medienumtosten Meer der Augenblicksdramatik“), enthält darüber hinaus höchst anregende Betrachtungen über die künftigen Aufgaben in Europa, in den transatlantischen Beziehungen und im Prozess der Globalisierung. Zum Schluss steht die „Frage nach Ziel und Perspektive in der neuen Zeit“: Die Suche nach Antworten sei „die zentrale politisch-kulturelle Herausforderung an das Deutschland nach der unbemerkten Zäsur, zu deren Bearbeitung es nur seine historischen Erfahrungen heranziehen kann“ (S. 135). Geschichtsbewusstsein als reflektierte Vergangenheit präge Gegenwart und Zukunft.

Ist Helmut Kohl in die Reihe der „charismatischen Führer der deutschen Nation“ zu stellen? Der Frankfurter Historiker *Dieter Hein* hat zu dieser Frage einen differenziert argumentierenden, überlegenswerten Essay verfasst.⁹⁸ Kohl gelte zwar gemeinhin als „anticharismatische Figur“, aber die Frage sei, ob sich in seinem Fall die an der Begrifflichkeit Max Webers orientierte Unter-

97 Werner WEIDENFELD, *Zeitenwechsel. Von Kohl zu Schröder. Die Lage*, Stuttgart 1999.

98 Dieter HEIN, *Helmut Kohl. Ein charismatischer Führer der deutschen Nation?*, in: Frank MÖLLER (Hg.), *Charismatische Führer der deutschen Nation*, München 2004, S. 259–281.

scheidung von Charisma als Bezeichnung einer sozialen Beziehung zwischen Herrscher und Beherrschten und Charisma im Sinne persönlicher Qualitäten und Ausstrahlung aufrechterhalten lasse. Sein personenbezogener Politikstil, zu dem politische Gefolgschaften gehörten, habe durchaus charismatische Elemente aufgewiesen. Dazu habe auch Kohls Abneigung gegen Institutionen und starre Regelwerke gepasst. Die Distanz zur rational-bürokratischen Herrschaft zeige eine „Affinität zum Modell charismatischer Führung“ (S. 270). Von daher vermag der Verfasser bei Kohl gewisse Fähigkeiten und Ansätze zum Aufbau einer charismatischen Beziehung zu identifizieren, die sich gerade im Zeitablauf deutlicher abzeichnete. Die Blütezeit in Kohls politischem Wirken, für die im engeren Sinne der Charisma-Begriff zutreffen würde, umfasse aber nur die Monate vom September 1989 bis zur gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990. Dessen ungeachtet sei der von Kohl entwickelte Führungs- und Regierungsstil ein „Musterbeispiel für den Prozeß gleichzeitiger Zunahme von rationaler und charismatischer Herrschaft“ (S. 281).

Die Frage nach den Desideraten der Forschung über die Ära Kohl, die Frage also, was von ihr mit Dringlichkeit der Bearbeitung harrt oder was überhaupt ganz fehlt, erscheint heute im zeitlichen Abstand von rund einer halben Generation noch verfrüht. Selbst bei der – am häufigsten behandelten – Geschichte der deutschen Einheit sind noch allenthalben Defizite der Erforschung dieser sechzehn Jahre der Bundesrepublik zu registrieren. Doch zugleich gilt, dass keine andere Kanzlerregierung nach deren Ablauf und noch bei Lebzeiten ihres „Chefs“ eine derart intensive wissenschaftliche Zuwendung erfahren hat, ganz zu schweigen von der publizistischen und medialen. Auch daran ist ihr historischer Stellenwert abzulesen: Sie fiel in eine Zeitenwende, deren Dimensionen wir nur erahnen können, ja sie deckte sich zum Großteil mit ihr; Bundeskanzler Helmut Kohl wirkte darin als nicht unwichtiger Agent und Akteur des Wandels mit. Mit welchem unmittelbaren oder mittelbaren Anteil? Erst eine breitere Quellenkenntnis und das Wissen um die Wirkung auf die „Nachgeschichte“ würden eine angemessene Beurteilung der Persönlichkeit Kohls und seiner Regierungszeit erlauben, hat Horst Möller zu recht angemerkt. In diesem Sinn stellt die Aufarbeitung der Ära Kohl „eine Herausforderung für die Zeitgeschichtsschreibung“ (Andreas Rödter)⁹⁹ dar.

99 Rezension der „Erinnerungen“ Kohls, in: sehepunkte 4 (2004), Nr. 12 (15.12.2004), <<http://www.sehepunkte.historicum.net/2004/12/5793.html>>.

Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie Auswahlbibliographie 2009–2010

Editionen, Handbücher, Lexika

Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973. Bearb. von Günter BUCHSTAB mit Denise LINDSAY (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Düsseldorf 2009.

Das Kabinett Ehard II. 20. September 1947 bis 18. Dezember 1950. Bd. 3: 5.1.1950–18.12.1950. Bearb. von Oliver BRAUN (Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954). München 2010.

Monographien, Aufsätze, Sammelbände

Deutschland

ADEN, Menno: Deutsch ins Grundgesetz. Der Parteitagsbeschluss der CDU. In: Zeitschrift für Rechtspolitik 42 (2009) 2, S. 53f.

ALBERS, Hagen: Onlinewahlkampf 2009. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 59 (2009) 51, S. 33–38.

ALBERTS, Klaus: Theodor Steltzer. Szenarien seines Lebens. Eine Biographie. Heide 2009.

ARETZ, Jürgen: „Gläubig tätig auf festem Grund“. Vor zwanzig Jahren starb Bruno Heck. In: Die Politische Meinung 54 (2009) 478, S. 67–71.

BAJOHR, Frank: Hanseat und Grenzgänger. Erik Blumenfeld – eine politische Biographie (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 46). Göttingen 2010.

BARON, Udo/WILKE, Manfred: Doppelmoral. Geschichte der CDU-Blockpartei und die Partei Die Linke. In: Mut 44 (2009) 505, S. 68–74.

BECKER, Winfried: La CSU. Un partito democratico cristiano nella Germania del secondo dopoguerra. In: Bartolo GARIGLIO/Marta MARGOTTI/Pier Giorgio ZUNINO (Hg.): Le due società. Scritti in onore di Francesco Traniello. Bologna 2009, S. 435–453.

BERGSDORF, Wolfgang: Christliche Quellen der Freiheit. Warum die Begrenztheit der Demokratie und die Totalität des Glaubens einander bedingen. In: Die Politische Meinung 55 (2010) 486, S. 26–30.

DERS.: Ein Leben für die Gerontologie. Ursula Lehr zum 80. Geburtstag. In: Die Politische Meinung 55 (2010) 487, S. 72–74.

BEST, Volker: Die Strategie der kommunizierten Ehrlichkeit im CDU/CSU-Bundestagswahlkampf 2005. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 40 (2009), S. 579–602.

- BOHL, Friedrich: Die Wiedervereinigung und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In: Peter RAMSAUER (Hg.): Weichenstellungen für Deutschland und Europa. Theo Waigel. Stationen eines Politikers. München 2009, S. 111–121.
- BORCHARD, Michael: Bleibt alles anders? Das deutsche Parteiensystem und das „Superwahljahr“ 2009. In: Die Politische Meinung 54 (2009) 479, S. 53–58.
- BRETTSCHEIDER, Frank/BACHL, Marko: Die Bundestagswahl 2009 und die Medien. In: Politische Studien 60 (2009) 428, S. 46–55.
- BROCKE, Wulf: Bewegte Wasser. Der Politiker Jürgen Echternach. Hamburg 2009.
- BRUNS, Tissy: Schwarz-gelb und die neue Ungleichheit. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 23 (2010) 2, S. 8–11.
- BUBLITZ, Matthias: Gegliederter Universalismus. Politische Philosophie und ihre Tendenzen in der bundesdeutschen Parteienprogrammatische (Aktuelle Probleme moderner Gesellschaften 4). Frankfurt/M. 2010.
- BUCHSTAB, Günter: Jurist, Kirchenmann und Politiker. Zum 90. Geburtstag von Richard von Weizsäcker. In: Die Politische Meinung 55 (2010) 484, S. 55–60.
- DEBS./KLEINMANN, Hans-Otto/KÜSTERS, Hanns Jürgen (Hg.): Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz. Köln 2010.
- BÜTTNER, Annett: Helene Weber (1881–1962) als katholische Publizistin. In: Thomas PITTRUF/Walter SCHMITZ (Hg.): Freie Anerkennung übergeschichtlicher Bindungen. Katholische Geschichtswahrnehmung im deutschsprachigen Raum des 20. Jahrhunderts. Beiträge des Dresdener Kolloquiums vom 10. bis 13. Mai 2007. Freiburg i. Br. 2010, S. 89–105.
- Die Bundestagswahl 2009. Mit Beitr. von Marko BACHL u. a. In: Politische Studien 60 (2009) 428, S. 18–65. [Themenheft]
- BUNTENBACH, Annelie: Die Ruhe vor dem Sturm. Eine Bewertung der Sozialpolitik im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP. In: Soziale Sicherheit 58 (2009) 11, S. 365–371.
- BUTTERWEGGE, Christoph: Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung. Eine sozialpolitische Bilanz der großen Koalition. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 54 (2009) 9, S. 64–72.
- BUTTIGLIONE, Rocco (Hg.): Profilo storico e programmatico della CDU tedesca. Soveria Mannelli 2009.
- CLEMENS, Clay: Modernisation or Disorientation? Policy Change in Merkel's CDU. In: German Politics 18 (2009) 2, S. 121–139.
- DE ROMANIS, Veronica: Il metodo Merkel. Il pragmatismo alla guida dell' Europa. Venedig 2009.
- DECKER, Frank: Koalitionsaussagen und Koalitionsbildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 59 (2009) 51, S. 20–26.

- DERS.: Mehrheit ohne Projekt? Der mühsame Start der schwarz-gelben Koalition. In: *Mut* 44 (2009) 507, S. 6–13.
- DEHM, Ursula: Das TV-Duell 2009 aus Zuschauersicht. Dreistufige Befragung zum Wahlduell zwischen Kanzlerin Angela Merkel und Herausforderer Frank-Walter Steinmeier. In: *Media Perspektiven* (2009) 12, S. 651–661.
- DEMESMAY, Claire/GLAAB, Manuela (Hg.): *L'avenir des partis politiques en France et en Allemagne*. Ouvrage publié avec le soutien de l'Institut français des relations internationales (Ifri), le Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), la Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) et la Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Villeneuve d'Ascq 2009.
- Deutsche Einheit und europäische Integration – Helmut Kohl zum 80. Geburtstag. Mit Beitr. von Angela MERKEL u. a. In: *Die Politische Meinung* 55 (2010) 485, S. 1–59. [Themenheft]
- DIEKMANN, Kai (Hg.): *Helmut Kohl. Auf dem Weg*. Fotografien von Konrad Rufus MÜLLER. München 2010.
- DERS. (Hg.): *Helmut Kohl. In Geschichte und Gegenwart*. Fotografien von Daniel BISKUP. München 2010.
- D'OTTAVIO, Gabriele: La lezione della Grosse Koalition. In: *Il Mulino* 58 (2009) 6, S. 960–967.
- DRIFTMANN, Markus: Mythos Dresden: Symbolische Politik und deutsche Einheit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 59 (2009) 21–22, S. 33–39.
- EBINGER, Falk/JOCHHEIM, Linda: Wessen loyale Diener? Wie die Große Koalition die deutsche Ministerialbürokratie veränderte. In: *dms. der moderne staat* 2 (2009) 2, S. 327–345.
- EICHHORN, Joachim Samuel: *Durch alle Klippen hindurch zum Erfolg. Die Regierungspraxis der ersten Großen Koalition (1966–1969)* (Studien zur Zeitgeschichte 79). München 2009.
- EICKER-WOLF, Kai/KÖRZELL, Stefan/NIECHOJ, Torsten (Hg.): *In gemeinsamer Verantwortung. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Großen Koalition 2005–2009*. Marburg 2009.
- EISEL, Stephan: *Helmut Kohl. Nahaufnahme*. Bonn 2010.
- Das Ende der Volksparteien? Mit Beitr. von Hubert KLEINERT u. a. In: *Neue Soziale Bewegungen* 23 (2010) 1, S. 59–80. [Themenheft]
- FAHRENSCHON, Georg: Vertrauensverlust der Volksparteien? Die Ergebnisse der Bundestagswahl sind trotz des Sieges der Union eine Warnung. In: *Die Politische Meinung* 54 (2009) 479, S. 59–62.
- FLACHSBARTH, Maria: Selbstverpflichtung für eine christlich-demokratische Politik. Religiös verankerte Werte sind Basis und Orientierung. In: *Die Politische Meinung* 55 (2010) 486, S. 15–20.
- FOUSSIER, Gérard: Pragmatisme et sérénité. Le style Merkel après quatre années à la chancellerie. In: *Dokumente* 65 (2009) 5/6, S. 5–8.

- FREUDENSTEIN, Astrid: Die Machtphysikerin gegen den Medienkanzler. Der Gender-Aspekt in der Wahlkampfberichterstattung über Angela Merkel und Gerhard Schröder (Aktuelle Probleme moderner Gesellschaften 3). Frankfurt/M. 2010.
- FRICKE, Otto: Warum Schwarz-Grün keine ernsthafte Option ist. In: *Liberal* 52 (2010) 2, S. 4–6.
- FRIEDRICH, Ingo: Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa – Der Beitrag der CSU für ein christlich geprägtes Europa. In: Philipp W. HILDMANN (Hg.): *Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa. Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert.* München 2009, S. 91–95.
- GABRIEL, Oscar W./WESSELS, Bernhard/FALTER, Jürgen W. (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005.* Wiesbaden 2009.
- GAST, Henrik: „Kanzlerkommunikation“ von Adenauer bis Merkel. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 59 (2009) 38, S. 27–32.
- GEORGET, Jean-Louis: *L'incertitude du succès. La CDU/CSU et le FDP à la veille des élections nationales allemandes.* (Notes du Cerfa 65). Paris 2009.
- GLAESNER, Katja: Angela Merkel – mit „Soft Skills“ zum Erfolg? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 59 (2009) 50, S. 28–34.
- GLÜCK, Alois: *Warum wir uns ändern müssen. Wege zu einer zukunftsfähigen Kultur.* München 2010.
- GROSSE-BRÖMER, Michael: Rechtspolitische Schwerpunkte der CDU/CSU in der 17. Wahlperiode. In: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 43 (2010) 3, S. 65f.
- HANSEN, Niels: *Franz Böhm und Ricarda Huch. Zwei wahre Patrioten (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 57).* Düsseldorf 2009.
- HANSMANN, Wilfried/WINK, Paul B.: *Konrad Adenauer in Bildnissen von Ernst Günter Hansing. Mit Texten von Anneliese POPPINGA und Elisabeth NOELLE.* Worms 2009.
- HARNISCH, Sebastian: Die Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Merkel. Eine liberale Analyse der Großen Koalition. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 3 (2010) 1, S. 59–83.
- HARTLEB, Florian: *Freiherr Karl-Theodor zu Guttenberg. Politischer Aufsteiger mit Charisma.* In: *Mut* 45 (2010) 509, S. 18–22.
- HEINSOHN, Kirsten: *Konservative Parteien in Deutschland 1912 bis 1933. Demokratisierung und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 155).* Düsseldorf 2010.
- Helmut Kohl. *Realist und Visionär. Meilensteine eines politischen Lebens.* Hg.: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Sankt Augustin/Berlin 2010.
- HERZOG, Roman: „Der Umbruch im Parteiensystem und seine Folgen“, [Rede] gehalten am 19. Februar 2009 Apollo-Theater, Siegen (Siegener Universitätsreden 5, Rubens Lectures 2). Siegen 2009.

- HILMER, Richard: Bundestagswahl 2009: Ein Wechsel auf Raten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 41 (2010) 1, S. 147–180.
- HIRSCHER, Gerhard: Der Weg zur bürgerlichen Mehrheit. Die Unionsparteien und die Wahlen von 2005 bis zur Bundestagswahl 2009 (Berichte und Studien 90). München 2010.
- HITZE, Guido: Verlorene Jahre? Die nordrhein-westfälische CDU in der Opposition 1975–1995. Teil 1: 1975–1985. Teil 2: 1985–1990. Teil 3: 1990–1995 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 45). Düsseldorf 2010.
- HOCHSTUHL, Kurt: Leo Wohleb. Pädagoge und Politiker (Prägende Köpfe aus dem Südwesten 6). Leinfelden-Echterdingen 2009.
- HÖLSCHER, Wolfgang: Abschied vom Konzept der gemeinsamen Außenpolitik. Zur parlamentarischen Auseinandersetzung über die neue Ostpolitik in den Jahren 1969 bis 1972. In: Historische Zeitschrift 290 (2010) 2, S. 347–385.
- HÖPNER, Martin: Parteigänger und Landschaftspfleger: Eine Analyse der Parteispending großer deutscher Unternehmen, 1984–2005 (MPIfG Working Paper 09/6). Köln 2009.
- HOFMANN, Gunter: Richard von Weizsäcker. Ein deutsches Leben. München 2010.
- HOPP, Gabriele: CDU-Programm für lebendige ländliche Räume. In: Rainer FRIEDEL/Edmund A. SPINDLER (Hg.): Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Chancenverbesserung durch Innovation und Traditionspflege. Wiesbaden 2009, S. 25–31.
- HOPP, Gerhard: Machtfaktor auch ohne Machtbasis? Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die CSU. Wiesbaden 2010.
- HOYMAN, Tobias: Der Streit um die Hochschulrahmengesetzgebung des Bundes. Politische Aushandlungsprozesse in der ersten großen und der sozialliberalen Koalition. Wiesbaden 2010.
- JAMES, Peter: End of an Era? The Landtagswahl in Bavaria, September 2008. In: German Politics 18 (2009) 1, S. 103–109.
- JESSE, Eckhard: Die Bundestagswahl 2009 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 41 (2010) 1, S. 91–101.
- DERS.: Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in den neuen Bundesländern seit 1990. In: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 965–972.
- DERS.: (Über-)Scharfe Kritik am „Versagen der Politik“. Hans Herbert von Arnims „Volksparteien ohne Volk“. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 19 (2009), S. 421–436.
- DERS.: Der glanzlose Sieg der „Bürgerlichen“ und die Schwäche der Volksparteien bei der Bundestagswahl 2009. In: Zeitschrift für Politik 56 (2009), S. 397–408.
- DERS.: Wahlen 2008. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 21 (2009), S. 101–114.

- JOU, Willy: The 2008 Hamburg Bürgerschaftswahl: Birth of a New Coalition Formula. In: *German Politics* 18 (2009) 1, S. 96–102.
- JUN, Uwe: Organisationsreformen der Mitgliedparteien ohne durchschlagenden Erfolg: Die innerparteilichen Veränderungen von CDU und SPD seit den 1990er Jahren. In: JUN/NIEDERMAYER/WIESENDAHL, S. 187–210.
- DERS./NIEDERMAYER, Oskar/WIESENDAHL, Elmar (Hg.): Die Zukunft der Mitgliedernpartei. Opladen 2009.
- JUNG, Helmut: Schwarz-Gelbe Mehrheit mit sozialliberalem Profil. Eine Analyse der Bundestagswahl 2009. In: *Politische Studien* 60 (2009) 428, S. 21–34.
- JUNGE, Christian: Parteien ohne Eigenschaften? Zur Diffusion organisationaler Identität von CDU und SPD aus der Perspektive ihrer Mitglieder. In: JUN/NIEDERMAYER/WIESENDAHL, S. 129–158.
- KAISER, André/FISCHER, Jörn: Linkages between Parliamentary and Ministerial Careers in Germany, 1949–2008: The Bundestag as Recruitment Pool. In: *German Politics* 18 (2009) 2, S. 140–154.
- KAUDER, Volker: Brücken in die Freiheit bauen. Mit ihrer wertegeleiteten Außenpolitik will die Union den Menschenrechten weltweit Geltung verschaffen. In: *Internationale Politik* 64 (2009) 1, S. 83–88.
- DERS.: Im Interesse Deutschlands. Die außen- und sicherheitspolitischen Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 2 (2009), S. 273–283.
- KEIDERLING, Gerhard: Um Deutschlands Einheit. Ferdinand Friedensburg und der Kalte Krieg in Berlin 1945–1952. Köln 2009.
- KEISER, Silvia: Peter Altmeiers Europapolitik. Handlungsrahmen – Konzeption – Maßnahmen. In: Corine DEFRANCE/Michael KIBENER/Pia NORDBLOM (Hg.): Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945. Zivilgesellschaftliche Annäherungen. Tübingen 2010, S. 327–345.
- KEßLER, Ulrike: Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl: Europäische Integration als „kategorischer Imperativ“? In: MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, S. 119–171.
- KLAEDEN, Eckart von: German Foreign Policy: Parameters and Current Challenges. In: *A Long Walk to Democracy: 20 Years After the Fall of the Berlin Wall*. Johannesburg 2009, S. 39–46.
- KOECKE, J. Christian/SIEBEN, Michael: Die Christlich-Demokratische Union. Grundüberzeugungen, Geschichte, Organisation. Handreichung zur politischen Bildung. 2. überarb. u. erw. Aufl. Sankt Augustin/Berlin 2010.
- KÖSTERS, Christoph/KULLMANN, Claudio/LIEDHEGENER, Antonius/TISCHNER, Wolfgang: Was kommt nach dem katholischen Milieu? Forschungsbericht zur Geschichte des Katholizismus in Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 49 (2009), S. 485–526.

- KOHL, Helmut: Mauerfall und Wiedervereinigung. Gestaltung und Geschenk. In: *Die Politische Meinung* 54 (2009) 479, S. 5–12.
- DERS.: Vom Mauerfall zur Wiedervereinigung. *Meine Erinnerungen*. München 2009.
- KORTE, Karl-Rudolf: Die Bundestagswahlen 2005 als critical elections. In: *Der Bürger im Staat* 59 (2009) 2, S. 68–73.
- DERS.: Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl seit Herbst 1989. In: Klaus-Dietmar HENKE (Hg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München 2009, S. 419–440.
- KRONENBERG, Volker: Schwarz, Gelb, Grün – Rot? Perspektiven an Rhein und Ruhr. In: *Mut* 45 (2010) 509, S. 22–29.
- KÜRSCHNER, Isabelle: Die CSU – eine Männerpartei? Erfolgreiche Frauen in einer Partei mit konservativem Frauenbild. In: *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* (2009) 2, S. 227–239.
- DIES.: Frauen in den Parteien. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 59 (2009) 50, S. 16–21.
- KUES, Hermann: *Gesellschaft braucht Orientierung. Christliche Sozialethik und praktische Politik*. Würzburg 2010.
- KÜSTERS, Hanns Jürgen: Die Bundesregierung und die Krise der DDR vor dem Mauerfall. In: Klaus-Dietmar HENKE (Hg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München 2009, S. 365–373.
- DERS.: Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90. Freiburg i. Br. 2009.
- DERS./UERTZ, Rudolf (Hg.): *Christlich-Soziale im DGB. Grundlagen – Geschichte – Perspektiven. Eine Ausstellung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung*. Sankt Augustin 2009.
- LANDWEHRLIN, Thomas: Amalgames sémantiques. La CDU est-elle encore un parti démocrate-chrétien? In: *Documents* 64 (2009) 2, S. 9–10.
- LAU, Mariam: Innovation im Sinne der Tradition. Die Union braucht mehr Mut zur Moral. In: *Die Politische Meinung* 54 (2009) 477, S. 21–26.
- LEAMAN, Jeremy: *The political economy of Germany under Chancellors Kohl and Schröder: decline of the German model? (Monographs in German History 29)*. New York 2009.
- LEES, Charles: Rule Makers and Rule Takers: On Volkspartei Adaption and Strategy. In: *German Politics* 19 (2010) 1, S. 89–104.
- LENK, Kurt: Vom Mythos der politischen Mitte. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 59 (2009) 38, S. 15–20.
- LEYEN, Ursula von der: Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten. Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft kann auf neuen Wegen fortgeschrieben werden. In: *Die Politische Meinung* 55 (2010) 487, S. 5–9.

- LIEDHEGENER, Antonius: Wahlentscheidend? Die Unionsparteien und ihre C-Debatten. Fundamental-Christliche Entwürfe haben wenig Wirkung gezeigt. In: *Die Politische Meinung* 55 (2010) 486, S. 31–36.
- LÖSCHE, Peter: Ende der Volksparteien? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 59 (2009) 51, S. 6–12.
- LOMMATZSCH, Erik: Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers. Frankfurt/M. 2009.
- MAEGERLE, Anton: Christdemokraten: Ein Szenebild. In: *Tribüne* 49 (2010) 193, S. 109–115.
- MAIER, Hans: Ein Provisorium hat sich bewährt. Das Grundgesetz nach 60 Jahren. In: *Zeitschrift für Politik* 56 (2009), S. 409–426.
- MAIZIÈRE, Thomas de: Wie Politik Beratung braucht. In: *Zeitschrift für Politikberatung* 2 (2009) 2, S. 186–192.
- MERKEL, Angela: Machtworte. Die Standpunkte der Kanzlerin. Hg. von Robin MISHRA. Freiburg i. Br. 2010.
- DIES.: Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim Empfang der Hanns-Seidel-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen des zweiten Ökumenischen Kirchentages am 14. Mai 2010 in München. In: *Politische Studien* 61 (2010) 431, S. 49–54.
- DIES.: Wir haben die Kraft. Das Regierungsprogramm von CDU und CSU. In: *Die Politische Meinung* 54 (2009) 477, S. 5–9.
- MERKEL, Wolfgang/WESSELS, Bernhard: La Germania dopo le elezioni. In: *Il Mulino* 59 (2010) 1, S. 93–100.
- MIELKE, Gerd: The Misfit. Angela Merkel und ihr zweiter Versuch, einen ordentlichen Wahlkampf für die Union zu machen. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 22 (2009) 2, S. 9–19.
- MINKENBERG, Michael: Religion and Euroscepticism: Cleavages, Religious Parties and Churches in EU Member States. In: *West European Politics* 32 (2009) 6, S. 1190–1211.
- MIRBACH, Ferdinand: Die CSU und die Muslime – Integrationspolitik und die besondere Verantwortung von Parteien. In: *Politische Studien* 60 (2009) 425, S. 68–75.
- MISKIMMON, Alistair/PATERSON, William E./SLOAM, James (Hg.): *Germany's Gathering Crisis. The 2005 Federal Election and the Grand Coalition*. Basingstoke 2009.
- MITTAG, Jürgen/STEUWER, Janosch: *Politische Parteien in der EU (Europa kompakt 6)*. Wien 2010.
- MITTELSDORF, Harald (Red.): *Die „Runden Tische“ der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl als vorparlamentarische Gremien im Prozess der Friedlichen Revolution 1989/1990 (Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen 28)*. Weimar 2009.

- MÖLLER, Horst: Die Union und die deutsche Einheit. In: SCHIPANSKI/VOGEL, S. 57–63.
- MÜLLER, Markus/SCHLÖGEL, Martina/STURM, Roland: Sicherheit als Thema der deutschen Innenpolitik. Eine Analyse der Bundestagswahlprogramme von CDU und SPD (1949–2005). In: Nikolaus WERZ (Hg.): Sicherheit. Baden-Baden 2009, S. 31–48.
- MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik. Von Adenauer bis Merkel. 2. akt. u. erw. Aufl. Wiesbaden 2010.
- MURSWIECK, Axel: Angela Merkel als Regierungschefin und Kanzlerkandidatin. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 59 (2009) 51, S. 26–32.
- NAYHAUSS, Mainhardt Graf von/JEHLE, Manfred: Helmut Kohl. Meine Jahre mit dem Kanzler der Einheit. Köln 2010.
- NEITZKE, Martina: Die CDU Hessen 1950–1967. Politikentwicklung und Organisationsstrukturen. Wiesbaden 2010. (Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen 29, Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 80). Wiesbaden 2010.
- NEU, Viola: Parteien und Wähler im Wahljahr 2009. In: Politische Studien 60 (2009) 425, S. 24–40.
- DIES.: Sozialstruktur und politische Orientierungen der CDU-Mitglieder 1993–2006. In: JUN/NIEDERMAYER/WIESENDAHL, S. 159–184.
- NIEBUHR, Frank: Mitgliederwerbung als Herausforderung und Chance – erfolgreiche Maßnahmen der CDU. In: JUN/NIEDERMAYER/WIESENDAHL, S. 251–256.
- NIEDERMAYER, Oskar: Ein Modell zur Erklärung der Entwicklung und Sozialstruktur von Parteimitgliedschaften. In: JUN/NIEDERMAYER/WIESENDAHL, S. 91–110.
- DERS.: Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 7. Juni 2009 in Deutschland: SPD-Debakel im Vorfeld der Bundestagswahl. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 40 (2009), S. 711–731.
- NOACK, Hans-Joachim/BICKERICH, Wolfram: Helmut Kohl. Die Biographie. Berlin 2010.
- OBERREUTER, Heinrich: Was heißt heute konservativ? In: Ulrich SARCINELLI/Volker HÖRNER (Hg.): Was ist? Konservativ, links, liberal, grün. Mainz 2009, S. 20–29.
- OCKENFELS, Wolfgang: Das hohe C. Wohin steuert die CDU? Augsburg 2009.
- PAMPEL, Bert: Innerer Widerstand oder Kollaboration? Die Diskussionen um Hans Globke und Manfred Stolpe im Vergleich. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 60 (2009), S. 330–345.
- PAPPI, Franz Urban: Regierungsbildung im deutschen Fünf-Parteiensystem. In: Politische Vierteljahresschrift 50 (2009) 2, S. 187–202.

- DERS./SEHER, Nicole Michaela: Party Election Programmes, Signalling Policies and Salience of Specific Policy Domains: The German Parties from 1990 to 2005. In: *German Politics* 18 (2009) 3, S. 403–425.
- PFLÜGER, Friedbert: Richard von Weizsäcker. Mit der Macht der Moral. München 2010.
- PÖTTERING, Hans-Gert (Hg.): Damit Ihr Hoffnung habt. Politik im Zeichen des „C“. Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2010.
- POFALLA, Ronald: Fundament für den Aufschwung. Die Union zielt auf eine gemeinsame Kraftanstrengung. In: *Die Politische Meinung* 54 (2009) 478, S. 62–66.
- POKORNY, Kristin: Die französischen Auslandskorrespondenten in Bonn und Bundeskanzler Konrad Adenauer 1949–1963. Diss. Bonn 2009 (<http://hss.ulb.uni-bonn.de/2009/1810/1810.htm>).
- POLENZ, Ruprecht: Besser für beide. Die Türkei gehört in die EU. Ein Standpunkt von Ruprecht Polenz. Hamburg 2010.
- POPPINGA, Anneliese: Adenauers letzte Tage. Die Erinnerungen seiner engsten Mitarbeiterin. Stuttgart 2009.
- PÜTTMANN, Andreas: Relikt oder Markenkern? Zur strategischen Opportunität und sozialetischen Aktualität einer Politik mit dem „C“. In: Philipp W. HILDMANN (Hg.): Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa. Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert. München 2009, S. 71–83.
- RADUNSKI, Peter: Power to the People: Issue Campaigning und Volksbegehren. In: *Zeitschrift für Politikberatung* 2 (2009) 3, S. 517–524.
- RECKER, Marie-Luise: Konrad Adenauer. Leben und Politik. München 2010.
- REEB, Hans-Joachim: Die Parteiprogramme zur Sicherheitspolitik vor den Bundestagswahlen. In: *Europäische Sicherheit* 58 (2009) 8, S. 68–71.
- REINKEN, Joachim Georg: Divergenzen zwischen Partei und Fraktion. Untersuchungen zum Spannungsverhältnis von CDU-Parteiführung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Diss. masch. Münster 2009.
- RICHTER, Michael: Christdemokraten als Begründer des Neuanfangs. In: SCHIPANSKI/VOGEL S. 163–171.
- DERS.: Doppelte Demokratisierung und deutsche Einheit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 60 (2010) 11, S. 20–26.
- RÖTTGEN, Norbert/VOGEL, Bernhard (Hg.): Bürokratiekostenabbau in Deutschland. Entstehung, Praxis und Perspektiven. Zur Geschichte des Standardkostenmodells in Deutschland und den Möglichkeiten seiner Ausweitung auf die öffentliche Verwaltung am Beispiel der Kommunen. Baden-Baden 2010.
- RUDOLPH, Hermann: Richard von Weizsäcker. Eine Biographie. Berlin 2010.

- RÜTTGERS, Jürgen (Hg.): Berlin ist nicht Weimar. Zur Zukunft der Volksparteien. Essen 2009.
- DERS.: Politik für die Wissensgesellschaft. Vortrag anlässlich der Eröffnung des Wintersemesters 2008/2009, Speyer, 5. November 2008 (Speyerer Vorträge 93). Speyer 2009.
- DERS.: Die Union ist die einzige Volkspartei. Lehren aus einer historischen Wahl. In: Die Politische Meinung 54 (2009) 481, S. 39–44.
- DERS. (Hg.): Wer zahlt die Zeche? Wege aus der Krise. Essen 2009.
- SAALFELD, Thomas: Regierungsbildung 2009: Merkel II und ein höchst unvollständiger Koalitionsvertrag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 41 (2010) 1, S. 181–206.
- SCHABEDOTH, Hans-Joachim: Angela Merkel – Regieren mit SPD und Union. Bilanz der großen Koalition. Marburg 2009.
- SCHÄUBLE, Wolfgang: Ohne Maß ist die Freiheit der Ruin. In: Frank SCHIRRMACHER/Thomas STROBL (Hg.): Die Zukunft des Kapitalismus. Berlin 2010, S. 134–143.
- DERS.: Zukunft mit Maß. Was wir aus der Krise lernen können. Lahr/Schwarzwald 2009.
- SCHAVAN, Annette: Politische Pionierin. Zum 80. Geburtstag von Dorothee Wilms. In: Die Politische Meinung 54 (2009) 479, S. 63–65.
- SCHIPANSKI, Dagmar/VOGEL, Bernhard (Hg.): Dreißig Thesen zur deutschen Einheit. Freiburg i. Br. 2009.
- SCHMID, Andreas: Maßstäbe setzen. Auf den Spuren Richard von Weizsäckers. Berlin 2010.
- SCHMIDT, Manfred G.: Zwischen Ausbaureformen und Sanierungsbedarf: Die Sozialpolitik der siebziger und achtziger Jahre. In: Thomas RAITHEL/Andreas RÖDDER/Andreas WIRSCHING (Hg.): Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren. München 2009, S. 131–139.
- SCHNEIDER, Nikolaus: Kompassnadel statt Navigationsgerät. Zum Christlichen in der Politik. In: Die Politische Meinung 55 (2010) 486, S. 21–25.
- SCHÖNFELDER, Jan: Strauß und Kohl in Erfurt. Die Privatbesuche der westdeutschen Spitzenpolitiker 1983 und 1988. In: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt 70 (2009), S. 99–121.
- SCHUKRAFT, Corina: Die Anfänge der deutschen Europapolitik in den 50er und 60er Jahren: Weichenstellungen unter Konrad Adenauer und Bewahrung des Status quo unter seinen Nachfolgern Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger. In: MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, S. 13–66.
- SCHWAN, Heribert/STEININGER, Rolf: Die Bonner Republik 1949–1998. Berlin 2009.
- DIES.: Helmut Kohl. Virtuose der Macht. Düsseldorf 2010.

- SCHWARZ, Hans-Peter (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute. München 2009.
- SCHWIEBELMANN, Christian: Die CDU im Norden der DDR 1952–1961. Ein Blick hinter die Kulissen einer Blockpartei in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin. In: *Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern* 13 (2009) 1, S. 37–57.
- SEITENBECHER, Manuel: Revolution in verträglicher Dosis. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) während der 68er-Jahre an der FU Berlin. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 58 (2010) 6, S. 505–526.
- SHAKUSH, Mohammed: Der Islam im Spiegel der Politik von CDU und CSU. Aspekte einer komplizierten Beziehung. In: Thorsten Gerald SCHNEIDERS (Hg.): *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*. 2. akt. u. erw. Aufl. Wiesbaden 2010, S. 377–390.
- SEIGMUND, Jörg: The Decline of the Volksparteien: An Analysis of their Historical Losses in the 2009 Election. In: Karen DONFRIED u. a.: *Germany's Electoral System at 60: Trends and Reforms for the 21st Century (German-American Issues 11)*. Washington, D. C. 2009, S. 7–16.
- SONDERMANN, Ralph: Jürgen Rüttgers. Mit Fotos von Ralph SONDERMANN und einem Vorwort von Harry WALTER. Essen 2010.
- STROHMEIER, Gerd/WITTLINGER, Ruth: Parliamentary Heads of State: Players or Figure-heads? The Case of Horst Köhler. In: *West European Politics* 33 (2010), S. 237–257.
- STUHLER, Ed: Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit. Berlin 2010.
- STURM, Roland: Abschied von der politischen Heimat? Volksparteien am Ende? In: Helmut NEUHAUS (Hg.): *Gesellschaft ohne Zusammenhalt? Atzelsberger Gespräche 2008*. Erlangen 2009, S. 45–66.
- DERS.: Die Regierungsbildung und Koalition nach der Bundestagswahl 2009. In: *Politische Studien* 60 (2009) 428, S. 56–65.
- DERS.: Wie regiert die zweite Große Koalition? In: *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* 1 (2009), S. 69–79.
- SZATKOWSKI, Tim: Das Dritte Reich in den Reden des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Ein Vergleich mit seinen Amtsvorgängern. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 58 (2010) 5, S. 432–453.
- TEUFEL, Erwin: *Gewissen für das Ganze. Ein politisches Leben*. Freiburg i. Br. 2009.
- DERS.: Weltorientierung und Werteorientierung. Zur Bedeutung des Christlichen für die CDU. In: *Die Politische Meinung* 55 (2010) 486, S. 7–10.
- THESING, Josef: Peter Molt – ein weitsichtiger Akteur in der Gründungsphase der Konrad-Adenauer-Stiftung. In: Theodor HANF/Hans N. WEILER/Helga DICKOW (Hg.): *Entwicklung als Beruf. Festschrift für Peter Molt*. Baden-Baden 2009, S. 18–31.

- TREFFKE, Jörg: Gustav Heinemann. Wanderer zwischen den Parteien. Eine politische Biographie. Paderborn 2009.
- VÖSSING, Ansgar: Die Kontakte der Berliner CDU zur Opposition und zu neuen Parteien in der DDR. Erinnerungen aus der Zeit zwischen September 1989 und Oktober 1990. In: *Deutschland Archiv* 43 (2010) 1, S. 52–59.
- VOGEL, Bernhard: Peter Molt. Seine Heidelberger Jahre. In: Theodor HANF/Hans N. WEILER/Helga DICKOW (Hg.): *Entwicklung als Beruf. Festschrift für Peter Molt*. Baden-Baden 2009, S. 11–17.
- Ders.: Was ist konservativ? In: Ulrich SARCINELLI/Völker HÖRNER (Hg.): *Was ist? Konservativ, links, liberal, grün*. Mainz 2009, S. 12–19.
- WAHLERS, Gerhard: Peter Molt – Realist und Ratgeber in der Entwicklungspolitik. In: Theodor HANF/Hans N. WEILER/Helga DICKOW (Hg.): *Entwicklung als Beruf. Festschrift für Peter Molt*. Baden-Baden 2009, S. 48–57.
- WAIGEL, Theo: Die Entstehung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. In: Stephan WIRZ/Philipp W. HILDMANN (Hg.): *Soziale Marktwirtschaft: Zukunfts- oder Auslaufmodell? Ein ökonomischer, soziologischer, politischer und ethischer Diskurs*. Zürich 2010, S. 33–42.
- WEIZSÄCKER, Richard von: *Der Weg zur Einheit*. München 2009.
- WENDELBORN, Gert: *Christentum und Sozialismus. Als Theologieprofessor in der DDR*. Hg. von Friedrich M. BALZER. Bonn 2010.
- WESTLE, Bettina: Die Spitzenkandidatin Angela Merkel (CDU/CSU) und der Spitzenkandidat Gerhard Schröder (SPD) in der Wahrnehmung der Bevölkerung bei der Bundestagswahl 2005. In: Steffen KÜHNEL/Oskar NIEDERMAYER/Bettina WESTLE (Hg.): *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*. Wiesbaden 2009, S. 329–365.
- WILIARTY, Sarah Elise: *The CDU and the Politics of Gender in Germany. Bringing Women to the Party*. New York 2010.
- WILLNER, Roland: *Wie Angela Merkel regiert. Eine Analyse am Beispiel der Arbeitsmarktpolitik*. Marburg 2009.
- WIRTH, Günter: Dr. Walther Schreiber (1884–1958) – Vom Soldatenrat der Obersten Heeresleitung bis an die Spitze des Berliner Senats. Politische Biografie eines preußischen Demokraten in wechselnden Systemen. In: *Saale-Unstrut-Jahrbuch* 14 (2009), S. 94–106.
- ZEHETMAIR, Hans (Hg.): *Zukunft braucht Konservative*. Freiburg i. Br. 2009.
- ZOHLNHÖFER, Reimut: Große Koalition: Durchregiert oder im institutionellen Dickicht verheddert? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 59 (2009) 38, S. 9–14.
- DERS.: „Koalition der neuen Möglichkeiten“ oder Interregnum auf dem Weg zu passenden Mehrheiten? Eine Bilanz der Politik der Großen Koalition unter Angela Merkel, 2005–2009. In: *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* (2009) 2, S. 201–215.

- ZOLLEIS, Udo: Indeterminacy in the Political Center Ground: Perspectives for the Christian Democratic Party in 2009. In: *German Politics and Society* 27 (2009) 2, S. 28–44.
- ZOLLITSCH, Robert: Christlicher Glaube und Politik. Der Aufruf, bleibende Frucht zu bringen, gilt auch dem Allgemeinwohl. In: *Die Politische Meinung* 55 (2010) 486, S. 11–14.
- ZORZI, Markus: CSU – Erfolgreiche Volkspartei. In: JUN/NIEDERMAYER/WIESENDAHL, S. 283–287.

Europa, Lateinamerika

- América Latina – Alemania y Europa: una alianza para el siglo XXI. Unión Demócrata Cristiana Alemana (CDU). In: *Diálogo Político* 26 (2009) 4, S. 149–163 (deutsch: <http://www.cducsu.de/GetMedium.aspx?mid=1287>; portugiesisch: <http://www.cducsu.de/GetMedium.aspx?mid=1291>).
- BOYER, John W.: Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf (Studien zu Politik und Verwaltung 93). Wien 2010.
- BUCHSTAB, Günter (Hg.): Die kulturelle Eigenart Europas. Freiburg i. Br. 2010.
- BUTTIGLIONE, Rocco: Christliche Parteien in nachchristlicher Gesellschaft. In: *Die Neue Ordnung* 64 (2010) 1, S. 4–9.
- CARSTENS, Otto Markus: Europäische Parteien. Wirkungsvolle Akteure der Demokratie? Marburg 2009.
- Desarrollo democrático en América Latina. Mit Beitr. von Manfred MOLS u. a. In: *Diálogo político* 26 (2009) 4, S. 11–147. [Themenheft]
- FISCHER-BOLLIN, Peter (Hg.): *Coligações partidárias na nova democracia brasileira. Perfis e tendências.* São Paulo 2010.
- FONTAINE, Pascal: *Herzenssache Europa. Eine Zeitreise 1953–2009. Geschichte der Fraktion der Christdemokraten und der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament.* Brüssel 2009.
- DERS.: *Voyage au coeur de l'Europe 1953–2009. Histoire du Groupe Démocrate-Chrétien et du Parti Populaire Européen au Parlement européen.* Brüssel 2009.
- FORLANI, Arnaldo: *Potere discreto. Cinquant'anni con la democrazia cristiana.* Venedig 2009.
- GAGATEK, Wojciech: The European People's Party and the Party of European Socialists: Government and Opposition? In: *European View* 8 (2009), S. 301–311.
- GEHLER, Michael (Hg.): *Vom gemeinsamen Markt zur europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957–2007. From Common Market to European Union Building. 50 years of the Rome Treaties 1957–2007* (Institut für Geschichte der Universität Hildesheim, Arbeitskreis Europä-

- ische Integration. Historische Forschungen: Veröffentlichungen 5). Wien 2009.
- GERL-FALKOVITZ, Hanna-Barbara u.a. (Hg.): Europäische Menschenbilder (Religionsphilosophie. Diskurse und Orientierungen. Bd. 1, Abt. 1: Brennpunkte). Dresden 2009.
- JUNG, Winfried/MEYER, Martin F.: Der Beginn einer neuen Ära in Chile: Sebastián Piñera gewinnt die Präsidentschaftswahl gegen den Christdemokraten Eduardo Frei. In: KAS-Auslandsinformationen 26 (2010) 3, S. 76–101.
- KHOL, Andreas u. a. (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008. Wien 2009.
- DERS. u. a. (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2009. Wien 2010.
- MARTENS, Wilfried: Europe: I Struggle, I Overcome. Berlin 2009.
- OBERNDORFER, Tobias: Die EVP in der Analyse. München 2009.
- OUVVARD, David: Alain Poher, homme d'Etat et démocrate chrétien. Diss. Paris 2009. [Microforme]
- PÖTTERING, Hans-Gert: Europa nimmt Schwung. Zum Ergebnis der Europawahl und den Reaktionen Europas auf die Finanzkrise. In: Die Politische Meinung 54 (2009) 477, S. 34–39.
- DERS.: Die christdemokratische Vision Europas. Ergebnisse und neue Herausforderungen im Zeitalter des Vertrags von Lissabon. In: Die Politische Meinung 55 (2010) 483, S. 5–10.
- SCARANO, Federico: Antonio Segni, Konrad Adenauer e l'integrazione europea. In: Piero CRAVERI/Antonio VARSORI (Hg.): L'Italia nella costruzione europea. Un bilancio storico (1957–2007). Mailand 2009, S. 369–394.
- SCHÜSSEL, Wolfgang: Offengelegt. Aufgezeichnet von Alexander PURGER. Salzburg 2009.
- UERTZ, Rudolf: Welche Bedeutung hat das Christentum im öffentlichen Raum Europas? Nach dem Straßburger Kruzifix-Urteil. In: Die Politische Meinung 55 (2010) 486, S. 37–42.
- VAN DER BRUG, Wouter/HOBOLT, Sara B./DE VREESE, Claes H.: Religion and Party Choice in Europe. In: West European Politics 32 (2009), S. 1266–1283.
- WINEROITHER, David: Kanzlermacht – Machtkanzler? Die Regierung Schlüssel im historischen und internationalen Vergleich. Wien 2009.

Abstracts

Winfried Becker: Surmounting the multi-party state. From the Weimar to the Bonn model (pp. 1–24)

Based on the statement that the Federal Republic of Germany is a successful party democracy the lines of German party history from the end of the German Empire up to the 1950s are traced. In addition to the established representatives of the political camps regional foundations and splinter groups are presented and the development within the context of the respective election campaigns is illustrated.

Jörg-Dieter Gauger: “Education” in the manifestos of the parties in the Bundestag (pp. 25–53)

The policy statements or manifestos of the parties represented in the German Bundestag are being questioned for their advocated educational demands and the underlying implicit perceptions of education. A sophisticated description of the notions of education prevailing at the moment within politics and attempts at a solution for the upcoming reform tasks is developed.

Christoph Kösters: Revolution, reunification and Catholic Church 1989/90 (pp. 55–112)

The conduct and decision processes within the Catholic Church in the context of the peaceful revolution and reunification are traced in detail. By analysing copious published documents the impression that the consolidation of German Catholicism took place completely without reservations can be rectified. The roles of the various protagonists and their attitude are vividly described.

Heinrich Küppers: Struggle for power or more? An essay on the difficult beginnings of the CSU up to 1949 (pp. 113–148)

The quarrels within the newly established CSU between the wing represented by Josef Müller (“Ochsensepp”) and the circles close to Fritz Schäffer and Alois Hundhammer are being traced. In doing so especially the ideological aspects will be emphasised, which separated Müller with his decidedly interdenominational approach from the rather traditional, denominationally narrower and in parts particularistic concepts of his adversaries, without denying the power struggle’s personal aspects.

Erik Lommatzsch: Hans Globke’s relationship with Ludwig Erhard (pp. 149–173)

Whereas Hans Globke as a close assistant to Konrad Adenauer refrained from making public comments about the minister of economic affairs, he exercised less constraint in personal

contact with the chancellor as will be shown. On the basis of various examples, e.g. his conduct during the crisis about the presidential line of succession in 1959, Globke's reservations Erhard about will be made clear.

Stephen Schröder: Dr. Paul Franken (1903–1984): a catholic academic in the Rhenish circles of resistance (pp. 175–203)

During the National Socialistic period the Bonn historian and later on director of Federal Agency for Civic Education was involved in many ways in Rhenish resistance groups. With the help of an intricate source of records – Franken had been able to destroy most of his personal papers before his imprisonment in 1937 – the connection between different resistance groups with whom Franken was able to stay in contact will be traced.

Rudolf Uertz: The “C” and the CDU's political objectives (pp. 205–231)

The explicit reference to Christianity as guiding principle in politics has been an issue in the CDU's programmatic development since its foundation. Taking a sideways glance at the development within the SPD makes abundantly clear that the conservation of the Union Parties' unique characteristics within the political landscape of parties requires again and again direct debate and re-positioning.

Hanns Jürgen Küsters: Introduction (pp. 233–237)

The author challenges the often-stated hypothesis of the Kohl government's inability to reform throughout the 1990s and emphasises the prominent role of Rudolf Seiters during the negotiations on the Prague embassy refugees' right of exit.

Rudolf Seiters: The departure of the embassy refugees from Prague and Warsaw (pp. 239–246)

This account describes from the point of view of the then Chancellery Minister Rudolf Seiters the negotiations with GDR concerning the departure of the East German citizens who in 1989 fled into the Federal German embassies in Prague and Warsaw. To this day Hans-Dietrich Genscher who was only involved at the sidelines is frequently given credit for the negotiations' successful conclusion.

Hans-Peter Schwarz: Reform incentives during the 1990s or: the innovator Helmut Kohl. Observations and questions (pp. 247–268)

The perception that the 1990s were a period of reform inability and stagnation is opposed decidedly. The reforms in the field of privatisation as well in the social field which today have been slightly forgotten are remembered and the reform plans conceived by Kohl which were obstructed by the then opposition's majority at the Federal Assembly are touched on.

Rudolf Morsey: Consequences of the political censorship in the American zone of occupation. How newspaper articles by Fritz Gerlich and Ingbert Naab from the years 1931 to 1933 were altered in a reprint in 1946 (pp. 269–277)

The archivist Dr. Fritz Gerlich who was murdered in the course of the “Röhm-Putsch” (Night of the Long Knives) and his fellow campaigner the Eichstätt capuchin friar Ingbert Naab had cautioned in quite a few newspaper articles against the nascent National Socialism and they substantiated their criticism with comparisons to Stalin’s style of communism. In 1946 by the time these articles were collectively published the policy of the American occupation authorities to censor criticism at the allied partner Soviet Union enforced textual changes. These are listed here.

Christopher Beckmann: “Faced with a national political decision...”: letters by Ludwig Erhard to leading FDP politicians prior to the federal election in 1949 (pp. 279–291)

Ludwig Erhard’s decision for a political commitment in the CDU is put into historical context by a documentation of letters to liberal politicians from the holdings of the ACDP and a comprehensive introduction.

Résumés

Winfried Becker: Dépasser l'État de petits partis : du modèle de Weimar à celui de Bonn (p. 1–24)

Partant du constat que la République fédérale d'Allemagne est une démocratie de partis qui se porte bien, l'auteur retrace les grandes lignes de l'histoire des partis allemands depuis la fin de l'empire wilhelminien jusque dans les années 1950. Outre les figures bien connues des divers camps politiques, il présente également des formations régionales ainsi que des groupuscules et les suit dans leurs campagnes électorales respectives.

Jörg-Dieter Gauger: « L'éducation » dans les déclarations de principe des partis au Bundestag (p. 25–53)

Gauger revisite les déclarations de principe ou les grandes lignes programmatiques des partis représentés au Bundestag au prisme de leurs revendications en matière d'éducation et des représentations implicites de l'éducation qu'elles renferment. Il en résulte une présentation très détaillée des concepts éducatifs dominants dans le champ politique de l'époque et des solutions envisagées pour la mise en œuvre des réformes nécessaires.

Christoph Kösters: La révolution, la réunification et l'Église catholique en 1989/90 (p. 55–112)

L'article retrace en détail le comportement et les processus décisionnels au sein de l'Église catholique au moment de la révolution pacifique et de la réunification. Le dépouillement d'une vaste documentation publiée permet de rectifier l'idée que la fusion du catholicisme allemand s'est déroulée sans réserve. Les rôles des divers acteurs et leur comportement sont mis en lumière avec grande clarté.

Heinrich Küppers: Lutte pour le pouvoir ou au-delà ? Les difficiles débuts de la CSU avant 1949 (p. 113–148)

L'auteur traite des conflits entre l'aile représentée par Josef Müller (« Ochsenhepp ») et les cercles proches de Fritz Schäffer et Alois Hundhammer au sein de la jeune CSU. Sans gommer les aspects personnels de cette lutte pour le pouvoir, il s'arrête longuement sur les aspects idéologiques qui divisaient Müller, avec son approche résolument interconfessionnelle, et ses adversaires dont les idées étaient relativement traditionnelles, moins ouvertes sur le plan confessionnel et non dénuées de particularisme.

Erik Lommatzsch: Les relations de Hans Globke et de Ludwig Erhard (p. 149–173)

Si Hans Globke, étroit collaborateur de Konrad Adenauer, s'abstenait de faire des déclarations publiques sur le ministre de l'Économie Ludwig Erhard, sa réserve, ainsi que l'auteur le montre, ne s'appliquait pas à ses contacts directs avec le chancelier. À l'appui de plusieurs

exemples, dont son attitude lors de la crise de succession du président fédéral de 1959, l'auteur met en évidence les réticences de Globke vis-à-vis d'Erhard.

Stephen Schröder: Paul Franken (1903–1984) : un universitaire catholique dans les milieux de la résistance rhénane (p. 175–203)

L'historien bonnois et futur directeur de l'Office fédéral d'éducation politique (Bundeszentrale für politische Bildung) était impliqué de multiples façons dans les milieux résistants rhénans sous le III^e Reich. Sur la base de sources lacunaires – Franken avait réussi à détruire lui-même une grande partie de ses papiers avant son arrestation en 1937 –, l'étude retrace l'enchevêtrement de différents groupes de résistance avec lesquels Franken était en contact.

Rudolf Uertz: Le « C » et la programmatique de la CDU (p. 205–231)

La référence explicite au christianisme comme modèle politique est inscrite dans le développement programmatique de la CDU depuis sa fondation. Avec quelques détours par l'évolution au sein du SPD, l'auteur montre que le maintien de cette caractéristique propre aux partis de l'Union, unique dans le paysage politique allemand, implique d'incessants débats productifs et repositionnements.

Hanns Jürgen Küsters: Introduction (p. 233–237)

L'auteur porte un regard critique sur l'idée répandue de la prétendue incapacité du gouvernement Kohl à mener des réformes dans les années 1990 et souligne le rôle de Rudolf Seiters dans les négociations sur la sortie du territoire des réfugiés à l'ambassade de Prague en 1989.

Rudolf Seiters: La sortie du territoire des réfugiés dans les ambassades de Prague et de Varsovie (p. 239–246)

Le rapport décrit les négociations menées avec la RDA à propos de la sortie du territoire des ressortissants est-allemands réfugiés dans les ambassades de la RFA à Prague et Varsovie en 1989, en partant du point de vue de l'ancien chef de la Chancellerie fédérale, Rudolf Seiters. Le succès de ces négociations est aujourd'hui encore souvent attribué au ministre des Affaires étrangères de l'époque, pourtant accessoirement impliqué, Hans-Dietrich Genscher.

Hans-Peter Schwarz: Les élans de réforme dans les années 1990 ou Helmut Kohl le réformateur. Observations et questions (p. 247–268)

L'auteur s'attaque résolument à l'idée selon laquelle les années 1990 ont été une phase d'absence de réformes et de paralysie. Il rappelle des réformes, aujourd'hui oubliées, initiées dans le domaine des privatisations et du système social. Certes bloquées par l'opposition au Bundesrat, elles n'en témoignent pas moins des projets de réformes conçus sous le gouvernement Kohl.

Rudolf Morsey: Répercussions de la politique de censure dans la zone d'occupation américaine. Comment des articles de Fritz Gerlich et d'Ingbert Naab rédigés entre 1931 et 1933 ont été remaniés dans une réédition parue en 1946 (p. 269–277)

L'archiviste Fritz Gerlich, assassiné lors de la Nuit des longs couteaux en 1934, et son compagnon d'armes, le père capucin d'Eichstätt, Ingbert Naab, avaient mis en garde contre la montée du nazisme dans d'innombrables articles parus en 1932/33 et avaient étayé leurs critiques à l'aide de comparaisons avec le communisme d'obédience stalinienne. Lorsque ces articles ont été rassemblés dans une anthologie en 1946, la politique des autorités d'occupation américaines contraignit les éditeurs à censurer les critiques sur l'allié soviétique et à procéder à des remaniements de texte. Ce sont ces derniers qui sont documentés ici.

Christopher Beckmann: « Placé devant une décision politique d'importance nationale... » : la correspondance de Ludwig Erhard avec des leaders du FDP en amont des élections législatives de 1949 (p. 279–291)

La décision de Ludwig Erhard de s'engager politiquement aux côtés de la CDU est mise en lumière au moyen des lettres qu'il a adressé à des dirigeants politiques libéraux, issues des fonds archivistiques de l'ACDP. Une longue introduction les replace dans leur contexte historique.

Zusammenfassung

Winfried Becker: Die Überwindung des Vielparteienstaates. Vom Weimarer zum Bonner Modell (S. 1–24)

Ausgehend von der Feststellung, dass die Bundesrepublik Deutschland eine erfolgreiche Parteiendemokratie ist, werden die Linien der deutschen Parteiengeschichte seit dem Ende des Kaiserreichs bis in die 1950er Jahre nachgezeichnet. Neben den etablierten Vertretern der politischen Lager werden dabei auch regionale Gründungen und Splittergruppen vorgestellt und die Entwicklung im Kontext der jeweiligen Wahlkämpfe dargestellt.

Jörg-Dieter Gauger: „Bildung“ in den Grundsatzserklärungen der Parteien im Deutschen Bundestag (S. 25–53)

Die Grundsatzserklärungen bzw. -programme der im Bundestag vertretenen Parteien werden auf die darin vertretenen Bildungsforderungen und die implizit dahinter stehenden Vorstellungen von Bildung befragt. Es entsteht eine differenzierte Darstellung der innerhalb der Politik zurzeit vorherrschenden Bildungsbegriffe und der erwogenen Lösungsansätze für die anstehenden Reformaufgaben.

Christoph Kösters: Revolution, Wiedervereinigung und katholische Kirche 1989/90 (S. 55–112)

Detailliert werden das Verhalten und die Entscheidungsprozesse innerhalb der katholischen Kirche im Umfeld von Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung nachgezeichnet. Unter Auswertung umfangreicher publizierter Materialien kann die Vorstellung korrigiert werden, dass das Zusammenwachsen des deutschen Katholizismus gänzlich ohne Vorbehalte erfolgt sei. Plastisch werden dabei die Rolle der unterschiedlichen Akteure und ihr Verhalten herausgearbeitet.

Heinrich Küppers: Machtkampf oder Mehr? Ein Beitrag zu den schwierigen Anfängen der CSU bis zum Jahre 1949 (S. 113–148)

Die Auseinandersetzungen in der frühen CSU zwischen dem von Josef Müller („Ochsen-sepp“) vertretenen Flügel und den Fritz Schäffer und Alois Hundhammer nahestehenden Kreisen werden nachgezeichnet. Dabei werden besonders die weltanschaulichen Aspekte betont, die Müller mit seinem dezidiert interkonfessionellen Ansatz von den eher traditionellen, konfessionell engeren und teilweise partikularistischen Vorstellungen seiner Gegenspieler trennten, ohne die persönlichen Aspekte des Machtkampfes zu leugnen.

Erik Lommatzsch: Hans Globkes Verhältnis zu Ludwig Erhard (S. 149–173)

Während sich Hans Globke als enger Mitarbeiter Konrad Adenauers mit öffentlichen Äußerungen über dessen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard zurückhielt, so übte er, wie gezeigt

wird, im direkten Kontakt mit dem Bundeskanzler weniger Zurückhaltung. Anhand mehrerer Beispiele, u. a. seinem Verhalten in der Krise um die Nachfolge des Bundespräsidenten 1959, werden Globkes Vorbehalte gegenüber Erhard deutlich gemacht.

Stephen Schröder: Dr. Paul Franken (1903–1984): Ein katholischer Akademiker in den rheinischen Widerstandskreisen (S. 175–203)

Der Bonner Historiker und spätere Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung war während der NS-Zeit auf vielfältige Weise in rheinische Widerstandskreise involviert. Nachgezeichnet wird auf schwieriger Quellenbasis – ein Großteil von Frankens Papieren hatte dieser selbst vor einer Inhaftierung 1937 vernichten können – das Ineinandergreifen verschiedener Widerstandsgruppen, mit denen Franken Kontakt hielt.

Rudolf Uertz: Das „C“ und die Programmatik der CDU (S. 205–231)

Der explizite Bezug zum Christentum als Leitbild in der Politik wird in der programmatischen Entwicklung der CDU seit ihrer Gründung beschrieben. Mit Seitenblicken auf die Entwicklung in der SPD wird deutlich, dass die Bewahrung dieses Alleinstellungsmerkmals der Unionsparteien in der deutschen Parteienlandschaft immer wieder die produktive Auseinandersetzung und Neuverortung erfordert.

Hanns Jürgen Küsters: Einführung (S. 233–237)

Der Autor hinterfragt kritisch die häufig vertretene Vorstellung von einer angeblichen Reformunfähigkeit der Regierung Kohl in den 1990er Jahren und betont die Rolle von Rudolf Seiters bei den Verhandlungen über die Ausreise der Prager Botschaftsflüchtlinge 1989.

Rudolf Seiters: Die Ausreise der Botschaftsflüchtlinge aus Prag und Warschau (S. 239–246)

Der Bericht schildert die Verhandlungen mit der DDR um die Ausreise der in die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau geflüchteten DDR-Bürger 1989 aus der Perspektive des damaligen Kanzleramtsministers Rudolf Seiters. Der erfolgreiche Abschluss wird bis heute häufig dem nur am Rande beteiligten Außenminister Hans-Dietrich Genscher zugute gehalten.

Hans-Peter Schwarz: Reformimpulse in den neunziger Jahren oder: Der Reformher Helmut Kohl. Beobachtungen und Fragen (S. 247–268)

Deziiert wird gegen die Vorstellung angegangen, die 1990er Jahre seien eine Phase der Reformunfähigkeit und des Stillstandes gewesen. Erinnert wird an heute aus dem Blick geratene Reformen im Bereich von Privatisierungen sowie dem Sozialsystem und auf die durch die damalige Oppositionsmehrheit im Bundesrat blockierten, aber unter Kohl konzipierten Reformvorhaben verwiesen.

Rudolf Morsey: Auswirkungen der Zensurpolitik in der US-Besatzungszone. Wie Zeitungsartikel von Fritz Gerlich und Ingbert Naab aus den Jahren 1931–1933 in einem Nachdruck von 1946 verändert worden sind (S. 269–277)

Der im Zuge des Röhms-Putsches 1934 ermordete Archivar Dr. Fritz Gerlich und sein Mitstreiter, der Eichstätter Kapuzinerpater Ingbert Naab, hatten 1932/33 in etlichen Zeitungsartikeln vor dem aufkommenden Nationalsozialismus gewarnt und diese Kritik durch Vergleiche mit dem Kommunismus stalinistischer Prägung untermauert. Als 1946 diese Artikel gesammelt veröffentlicht wurden, erzwang die Politik der US-Besatzungsbehörden, Kritik am Bündnispartner Sowjetunion zu zensieren, textliche Änderungen. Diese werden hier dokumentiert.

Christopher Beckmann: „Vor die staatspolitische Entscheidung gestellt ...“: Briefe Ludwig Erhards an führende FDP-Politiker im Vorfeld der Bundestagswahl 1949 (S. 279–291)

Die Entscheidung Ludwig Erhards für ein politisches Engagement mit der CDU wird durch die Dokumentation von Briefen an liberale Politiker aus dem Bestand des ACDP belegt und in einer umfangreichen Einleitung in den historischen Kontext gestellt.

Mitarbeiter dieses Bandes

- Winfried Becker*, Dr. phil., Professor em. für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Passau
- Christopher Beckmann*, M.A., Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Jörg-Dieter Gauger*, Dr. phil., stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin, apl. Professor für Alte Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Hans-Otto Kleinmann*, Dr. phil., bis 2002 stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin; apl. Professor für Neuere Geschichte (i. R.), Universität zu Köln
- Christoph Kösters*, Dr. theol., Wiss. Mitarbeiter der Forschungsstelle der Kommission für Zeitgeschichte in Bonn
- Heinrich Küppers*, Dr. paed., Professor für Neueste Geschichte (i. R.), Bergische Universität Wuppertal
- Hanns Jürgen Küsters*, Dr. rer. pol., Hauptabteilungsleiter Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin; apl. Professor für Politikwissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Erik Lommatzsch*, Dr. phil., Leipzig
- Rudolf Morsey*, Dr. phil., Dr. h. c., Professor em. für Neuere Geschichte an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
- Rudolf Seiters*, Dr. h. c., Bundesminister a. D.; Präsident des Deutschen Roten Kreuzes
- Stephen Schröder*, Dr. phil., Archivrat Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar
- Hans-Peter Schwarz*, Dr. phil., Dr. h. c., Professor em. für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte, Gauting
- Rudolf Uertz*, Dr. phil., Referent der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin; apl. Professor für Politikwissenschaft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

